CHRISTLICHE DEMOKRATEN UND CHRISTLICH-SOZIALE UNTERSUCHUNG ZUM INTERPARTEILICHEN BÜNDNISVERHALTEN VON CDU UND CSU 1969 - 1979

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
im Fachbereich III

(Geographie/Geowissenschaften, Geschichte,
Politikwissenschaft, Klassische Archäologie,
Ägyptologie, Kunstgeschichte)
der Universität Trier

vorgelegt von

Wolfgang PAULY

Trier 1981

Berichterstatter: Prof. Dr. Erwin Faul
Prof. Dr. Peter Haungs

Datum der mündlichen Prüfung: 30. Juni 1981

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41550006_0001

CHRISTLICHE DEMOKRATEN UND CHRISTLICH-SOZIALE UNTERSUCHUNG ZUM INTERPARTEILICHEN BÜNDNISVERHALTEN VON CDU UND CSU 1969 - 1979

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
im Fachbereich III

(Geographie/Geowissenschaften, Geschichte,
Politikwissenschaft, Klassische Archäologie,
Ägyptologie, Kunstgeschichte)
der Universität Trier

vorgelegt von

Wolfgang PAULY

Trier 1981

Berichterstatter: Prof. Dr. Erwin Faul
Prof. Dr. Peter Haungs

Datum der mündlichen Prüfung: 30. Juni 1981

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Vorbemerkung		1 - 7
Forschungsstand und Problemstellung		8
- Quellenübersicht		8 - 1o
- Literaturlage		1o - 17
- Thematische Ab- und Eingrenzung		17 - 21
- Inhaltlicher Aufbau		22 - 29
1.	Historischer Überblick - die deutsche Frage als Grundsatzfrage christlich-demokratischer und christlich-sozialer Politik	3o
1.1.	Die 'verwaltete' deutsche Frage - christlich-demokratische/christlich-soziale Außen- und Deutschlandpolitik	31 - 33
1.2.	Die 'Politik der kleinen Schritte' - die Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition	34 - 37
2.	Exkurs: Die Nation-Frage - 'staatliche Existenz' und'nationale Identität' in der Bundesrepublik Deutschland	38 - 39
2.1.	Die Problematik eines neuen deutschen Nationalstaates in der Parteipolitik von CDU und CSU	4o - 43
2.2.	Die These von der 'Rest-Souveränität' in der CDU	43 - 49
2.3.	Die Idee vom supra-nationalen Europa in der CSU	5o - 56

3.	Die Konzeption einer neuen Deutschland- und Ostpolitik in der sozialliberalen Bundesregierung	57 - 62
3.1.	'Deutschlandpolitik ohne Hallstein-Doktrin' - die erste Antwort der Opposition auf die 'Neue Deutschland- und Ostpolitik'	63 - 65
3.2.	Die Rückorientierung der Union	66 - 72
4.	Die Union in der Opposition	73
4.1.	Die parlamentarische Ausgangssituation (1969)	73 - 8o
4.2.	Parteiinterne Kursbestimmung (197o)	81 - 91
5.	Die (sach-)politische Antwort der Union auf die 'Neue Deutschland- und Ostpolitik' (1969)	92 - 93
5.1.	'Kooperation' und'Konfrontation' in der ersten Oppositionsphase	93
5.1.1.	Alternierende Taktik der Union (1969/197o)	94 - 99
5.1.2.	Das Angebot zum politischen 'Burgfrieden' (1971)	99 - 1o6
5.2.	Die Problematik des politischen Konsens in der Union	1o6 - 1o8
5.3.	Im Endstadium der 'harmonischen Opposition'	1o8 - 112

5.4.	Eskalation der Differenzen zwischen CDU und CSU (1971)	112 - 118
5.5.	Die Suche nach dem innerparteilichen Kompromiß	118 - 122
6.	Das Ostvertragswerk im parlamentarischen Entscheidungsprozeß (1972)	123
6.1.	Alternative Konzeptionen von CDU und CSU	123 - 132
6.2.	Der gemeinsame Entschließungsantrag zu den Ostverträgen	133 - 135
6.2.1.	Der Antrag zum konstruktiven Mißtrauensvotum	135 - 139
6.2.2.	Der Gegensatz zwischen CDU und CSU	139 - 147
6.3.	Das Scheitern Barzels	147 - 154
6.4.	Gegensätze zwischen außernpolitischen Führungsgruppen in der Union	154 - 156
6.4.1.	Die innerparteiliche Gruppenbildung	156 - 16o
6.4.2.	Die formale Einheit der Union	16o - 164
7.	Strukturen der außenpolitischen Alternativ-Vorstellungen von CDU und CSU	165
7.1.	Die versuchte außenpolitische Adaption	165 - 169
7.2.	Verbindung außen- und innenpolitischer Motive	169 - 173

8.	Die Union in der Opposition - die zweite Legislaturperiode	174
8.1.	Parlamentarische Erfahrungen seit 1969	174 - 176
8.2.	Die 'gewählte' Opposition ab 1972	176 - 18o
8.2.1.	Die Bundespräsidentenfrage 1974	18o - 184
8.2.2.	Die Konzeption einer bundesweiten CSU (1974	185 - 187
8.2.2.1.	Kontrahenten in der CSU	187 - 188
8.2.2.2.	Gegnerschaft in der CDU	188 - 19o
8.2.2.3.	Die provisorische Schlichtung	19o - 192
8.2.2.4.	Die versuchte Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß (1974)	192 - 195
8.2.3.	Die Konzeption einer bundesweiten CSU (1975)	196
8.2.3.1.	Neue Wege zur Eigenständigkeit	196 - 198
8.2.3.2.	Die 'vierte Partei' im Test	198 - 2o1
8.2.3.3.	Die Strategiediskussion zwischen CDU und CSU	2o1 - 2o4
8.2.3.3.1.	Die Ausgangspositionen	2o4 - 2o9
8.2.3.3.2.	Die Verhandlungen	2o9 - 213
8.2.3.4.	Die Diskussion der vierten Partei in der CDU	214 - 225

8.3.4.	Neue Gemeinsamkeiten in der Union	226 - 228
8.2.4.1.	CDU, CSU und das Ahlener Programm	228 - 232
8.2.4.2.	Die Parteivorsitzenden Kohl und Strauß	233 - 241
8.2.5.	Die Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen (1975)	241 - 251
8.3.	Die Diskussion um die vierte Partei vor der Bundestagswahl 1976	251 - 261
9.	Entwicklungen im Bündnisverhalten von CDU und CSU nach der Bundestagswahl 1976	262
9.1.	Die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft	262
9.1.1.	Die Vorbedingungen	262 - 266
9.1.2.	Die Entscheidung	266 - 268
9.1.3.	Diskutierte Folgen	268 - 275
9.2.	Die restaurierte Union	275 - 282
9.2.1.	Die Verhandlungen	282 - 285
9.2.2.	Die 'neue Ostpolitik der CDU'	285 - 289
9.2.3.	Die Vereinbarungen	289 - 292
9.3.	Die Doppel-Union	292 - 298

1o.	Die Deutschlandpolitik als unions-internes Konfliktfeld	299 - 3o6
1o.1.	Die 'kombinierte Strategie' des Oppositionsführers	3o7 - 3o9
1o.2.	Der außenpolitische Konsens in den Unionsparteien	3o9 - 318
1o.3.	Die Führungsdiskussion um den CDU-Parteivorsitzenden	318 - 325
1o.4.	Deutschlandpolitische Alternativen der Opposition (Mai 1977)	325 - 328
11.	Der Personalismus der Union	329
11.1.	Die CDU nach der Bundestagswahl 1976	329 - 336
11.2.	Strategiekonflikte in der Opposition	336 - 341
11.3.	Die Strategiegespräche in den Unionsparteien	342 - 349
12.	Die Krise der Opposition - eine Verfassungskrise des Staates?	35o - 354
12.1.	Die Problematik der Union	355
12.1.1.	Die Strategiefrage	355 - 361
12.1.2.	Die personelle Heterogenität	361 - 371
12.2.	Perspektiven für die Union	371 - 387

Vorbemerkung

Als der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Gerald R. Ford, zu Beginn der amerikanischen Präsidentschaftswahlen im März 1976 seinen später oft zitierten Satz formulierte: "Das Wort 'détente' gebrauche ich nicht mehr", so schien er damit nicht nur für sein eigenes Land eine Ära in der internationalen Politik zu beenden. Die Zweifel an jenem weltweit unternommenen Versuch einer umfassenden politischen und militärischen Entspannung zwischen Ost und West ließen seine Fortsetzung offenbar nicht mehr zu.

Henry Kissinger, der jahrelang als Autor und Initiator dieser Politik gegolten hatte, kommentierte diese Worte seines Präsidenten nicht. Zwar gab es vermutlich für ihn noch immer keine Alternative zu dem unter seiner Federführung eingeschlagenen Entspannungskurs, aber auch er hätte einräumen müssen, daß die Erwartungen zumindest in einigen Teilbereichen zu hoch gespannt gewesen waren.

In der Bundesrepublik Deutschland mußte diese Diskrepanz zwischen selbstgesetztem Erwartungshorizont und erkennbaren bzw. absehbaren politischen Realitäten in nahezu gleichem Ausmaß konstatiert werden. In kaum einem anderen Land hatte man weitergehende Hoffnungen geweckt und konkretere Folgen in Aussicht gestellt als hier. Auch in der Bundesrepublik wurde - mit zeitlicher Verzögerung - selbst bei Autoren und engagierten Verfechtern der 'Neuen Deutschland- und Ostpolitik' von "Fehleinschätzungen" (Egon Bahr, 1977) oder "Enttäuschungen" (Bundeskanzler Schmidt, nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan 1980) gesprochen, die ebenso aus der westdeutschen Perspektive Abstriche am Konzept der globalen Entspannungspolitik unumgänglich erscheinen ließen.

Aber konnte man deshalb den politischen Entscheidungsträgern in der Bundesrepublik unterstellen, zehn Jahre lang von g r u n d s ä t z l i c h falschen außenpolitischen Voraussetzungen ausgegangen zu sein, und mußten somit zu Beginn der achtziger Jahre die wesentlichsten Prinzipien der westlichen Außenpolitik einer Korrektur unter-

zogen werden? Das Schicksal der Entspannungspolitik sei ein Musterbeispiel für eine Konzeption, bei der Hoffnungen und Wirklichkeit auseinanderklafften und irreale Erwartungen den Blick der die Regierung tragenden politischen Akteure für das real Mögliche über zehn Jahre hinweg in der Tat bereits bei der Konzipierung der G r u n d l a g e n dieser Politik verstellt habe - so zumindest lautete der Vorwurf, den die Unionsparteien in ihrer Funktion als parlamentarische Opposition seit dem Jahre 1969 immer wieder artikuliert hatten.

Um ein solches Urteil über einen der bedeutendsten Teilbereiche westdeutscher Außenpolitik verstehen zu können, sollte zunächst der aus der Sicht der Opposition entscheidende Ausgangspunkt der 'détente' Berücksichtigung finden. Danach war die Entspannungspolitik zumindest in ihrer ersten Phase keine politische Konzeption des Westens, erarbeitet zur Durchsetzung bestimmter politischer Zielvorstellungen gegenüber dem Osten. Das geistig-politische Fundament dieser Politik sei vielmehr in dem sowjetischen Konzept der sogenannten 'friedlichen Koexistenz' zu sehen, durch das die Sowjetunion die Gefahren militärischer Konflikte habe vermindern wollen. Gedacht werde dabei ausschließlich an eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten, denn nur insoweit könne die UdSSR an einer Modifizierung des Status quo interessiert sein.

Ferner betrachte die Sowjetunion die Propagierung ihres Gedankens der friedlichen Koexistenz als ein geeignetes Mittel, um ihre zwei primären Ziele - Gewährleistung der äußeren Sicherheit und Absicherung bzw. Erweiterung ihres unmittelbaren und mittelbaren Herrschaftsbereichs - zu verwirklichen. Dabei spiele es nur eine untergeordnete Rolle, daß das legitime Schutzbedürfnis der Sowjetunion, welches unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg im Vordergrund gestanden hatte, von den Staaten des westlichen Bündnissystems im umgekehrten Sinne geteilt worden war (was überhaupt erst ihr Eingehen auf die sowjetische Konzeption motiviert habe); ebensowenig ändere es etwas an der Tatsache des offensiven Charakters sowjetischer Politik, daß auf seiten der kommunistischen Führungsmacht die Idee von der Entfesselung einer kommunistischen Weltrevolution im

Laufe der Zeit immer mehr von rein machtpolitischen Erwägungen verdrängt wurde.

Ausschlaggebend für die Sowjetunion sei, daß die im Westen zu verzeichnende partielle Übernahme der östlichen Vorstellungen von friedlicher Koexistenz und Entspannung zu einer nicht unerheblichen Verbesserung in der Zweck-Mittel-Relation ihrer Politik führen werde: Eine Verschiebung des Kräftegleichgewichts zugunsten des Ostblocks werde umso rascher vor sich gehen, je entspannungsfreudiger sich die westlichen Staaten außenpolitisch verhielten, während gleichzeitig die UdSSR die Effizienz ihres übrigen Instrumentariums, nämlich die innere Zersetzung der westlichen Staaten bis hin zur offenen Unterstützung von Terror und Subversion, und die direkte militärische Konfrontation einschließlich der Möglichkeit militärischer Intervention in politisch-geographischen Randzonen zu steigern trachte.

Und eben diese Überzeugung, die von außen gesteuerte (Selbst-) Destruktion der liberalen Gesellschaften des Westens als eine unabdingbare Folgeerscheinung einer solchermaßen betriebenen Entspannungspolitik nicht zu erkennen bzw. nicht eingestehen zu wollen, bildete den Kern einer von CDU und CSU geführten i n n e n p o l i t i s c h e n Argumentation, mit der die Opposition die 'Neue Deutschland- und Ostpolitik' der sozial-liberalen Bundesregierung parlamentarisch wie außerparlamentarisch konfrontierte.

Folgt man dem am Ende der siebziger Jahre (im Angesicht bevorstehender Bundestagswahlen) in den Oppositionsparteien wieder relativ einmütig vertretenen Tenor außenpolitischer Meinungsäußerungen, so ist die Bilanz zehnjähriger Entspannungspolitik für die Bundesrepublik Deutschland überwiegend negativ. Eine Schwächung der westlichen Verteidigungsbereitschaft und eine gefährliche Lähmung in der ideologischen Auseinandersetzung sei ebenso festzustellen wie eine fortschreitende Destabilisierung unserer demokratischen Gesellschaftsordnung.

Es kann sicher nicht als eine historische Zufälligkeit angesehen werden, daß neben einer solchermaßen diagnostizierten gesamtgesell-

schaftlichen Entwicklungstendenz ein fortschreitender Desintegrationsprozeß auch bei den Kritikern selbst zu beobachten ist. Dieser sich im wesentlichen über einen Zeitraum von zehn Jahren erstreckende Vorgang der sach- wie personalpolitischen Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Gruppierungen bei Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen mit der Folge von Lockerungserscheinungen im Bündnis zwischen CDU und CSU war ursächlich bedingt durch zwei verschiedenartige politische Konstellationen:
Zum einen im Bereich der internationalen Politik durch die Entspannungspolitik zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Sowjetunion sowie infolgedessen die veränderte außenpolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland. Die daraus von der 1969 gebildeten sozial-liberalen Bundesregierung gezogene Konsequenz einer neuen Deutschland- und Ostpolitik deklarierte sich selbst als eine Fortschreibung jener bereits unter den Außenministern Schröder und Brandt gemachten Ansätze einer teilweisen ostpolitischen Neuorientierung innerhalb der bundesdeutschen Außenpolitik.

Zum zweiten in der innenpolitischen Situation der Bundesrepublik Deutschland durch die (auf Bundesebene) erstmalige Übernahme der Funktionen einer parlamentarischen Opposition durch CDU und CSU, deren inner- bzw. zwischenparteiliches Verhältnis in zunehmendem Maße von (zumeist öffentlich ausgetragenen) Gruppen- und Persönlichkeitsrivalitäten bei einem gleichzeitigen Verlust an Führungsautorität in der Christlich-Demokratischen Union gekennzeichnet war.

Erst ein der Entspannungspolitik beigemessener verminderter Stellenwert für die internationalen Beziehungen sowie die Einigung der Unionsparteien auf die Kanzlerkandidatur des christlich-sozialen Parteivorsitzenden können als Indizien für einen grundlegenden Wandel der genannten beiden Politik-Konstellationen gedeutet werden. Eine solche (angenommene) Veränderung wichtiger politischer Rahmenbedingungen würde die Möglichkeit eröffnen, die Auflösungstendenz im Parteienbündnis von CDU und CSU aufzuhalten oder unter Umständen sogar ganz oder auch nur in Teilen zu revidieren. Eine Rückkehr zu jenem Bild von 'der Union' und ebenso ihrem parteiinternen, einheit-

lichen Selbstverständnis, wie es kennzeichnend war für die Ära des erfolgreichen Außenpolitikers Adenauer, erscheint unter den Gegebenheiten sich wandelnder politischer Grundkonstellationen zumindest nicht ausgeschlossen.

Ein solchermaßen eintretender Fall vermag umso naheliegender zu erscheinen, als viele jener Ideen aus anderen Politikbereichen, die seit den ersten regionalen Gründungsvorgängen der Unionsparteien 'den Unionsgedanken' ausgemacht hatten, in den vorrangig an Fragen der Außenpolitik und hier insbesondere der Deutschland- und Ostpolitik sich entzündenden unionsinternen Auseinandersetzungen zeitweilig als in den politischen Hintergrund gedrängt oder sogar endgültig verloren angesehen werden konnten. Männern wie Johannes Albers, Karl Arnold, Josef Gockeln, Adam Stegerwald und anderen aus der Gründergeneration von CDU und CSU war es zu der Zeit (d.h. am Ende der vierziger Jahre) gelungen, die Idee der Volkspartei auf der Grundlage der christlichen Soziallehre und eines christlich-konservativen Menschenbildes als politische Antwort auf die allgemein-politische Destruktion Deutschlands durch den Nationalsozialismus zu verwirklichen. Es war einer jener Leitgedanken, der - wie vor allem auch die politische Vereinigung von katholischen und protestantischen Christen in einer einzigen Partei - der Union unter verschiedenen Gesichtspunkten die Berechtigung für ihre Namensgebung verlieh.

Leo Schwering schildert in seinen Erinnerungen[1] eindrucksvoll, worum es den Gründern der Union ging: Eine Partei zu schaffen, die in bewußter Gegnerschaft zu traditionalem Konservatismus und sozialistischem Kollektivismus das gesamte Volk ansprach, eine Partei, deren Mitglieder und Wähler dementsprechend aus allen Schichten, Gruppen und Berufen der Gesellschaft kommen. CDU und CSU waren insoweit die einzig wirklich neuen Parteien der deutschen Nachkriegsgeschichte. Der Gedanke der Volkspartei war ein prinzipieller politischer Neubeginn nach 1945. Als Volksparteien beseitigten CDU und CSU nicht nur die politische Spaltung zwischen Katholiken und Protestanten, sondern verschmolzen auch konservative, christlich-soziale und liberale Strömungen und gewannen so ein unverwechsel-

[1] Schwering: Frühgeschichte, S. 9 ff.

bares Profil. Die Idee der Volks- oder Integrationspartei als konzentrische Organisationsform für ein breites Spektrum geistiger und politischer Richtungen erwies sich als das überzeugende Konzept für die Bewältigung eines spezifischen Teilbereichs der Anfangsprobleme in der Bundesrepublik Deutschland.'Die Union' wurde für alle Bevölkerungsschichten attraktiv und mehrheitsfähig - und damit gleichzeitig zu der politisch-parlamentarischen Basis, von der aus Konrad Adenauer und andere neben der innen- auch die außenpolitische Konsolidierung der zweiten deutschen Republik mit Erfolg anzugehen vermochten.

Zwischen einer solchen, oft geradezu idealistisch anmutenden Anfangseuphorie und dem resignativ anmutenden Satz Rainer Barzels: "Der Zeitgeist steht gegen uns. Wer will das leugnen? Aber dieser Zeitgeist ist schon zu Zeiten unserer politischen Führung gegen uns entstanden, erzeugt und gefördert worden ..."[2], liegt jenes Datum der Bundestagswahlen und der Kanzlerwahl vom 21. Oktober 1969, das den Unionsparteien den Abschied von zwanzigjähriger Existenz als führende Regierungsträger und den Gang in die parlamentarische Opposition brachte. Die seit diesem Zeitpunkt bei Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen entbrannte Diskussion um die Konditionen einer möglichen Rückkehr an die Regierungsmacht führt wieder zurück zu jener Problematik politisch-substantieller Übereinstimmung, die zwischenzeitlich von existentieller Bedeutung für die Union geworden ist.

Die dabei immer wieder spekulativ erwogene Trennung zwischen Christlich-Demokratischer und Christlich-Sozialer Union würde zwar in einem solchen - hypothetischen - Falle die in der Hauptsache organisationsmäßige Scheidelinie zwischen den Teilen einer auseinandergebrochenen Union darstellen. Der oftmals apostrophierte politisch-substantielle Gegensatz zwischen CDU und CSU aber bedarf gerade unter einer solchen Perspektive der Modifizierung; denn er manifestiert sich nur zwischen der CSU und mehr oder minder zeitlich konstanten

[2] Rainer Barzel: Wir dienen der Freiheit, Keine Konzessionen an den Zeitgeist, in: Deutsches Monatsblatt, Nr. 1, 1973

Gruppierungen in der CDU oder einzelnen Persönlichkeiten dieser Partei. Außer in sachpolitisch relativ unbedeutenden und dabei ohnehin wenig kontroversen Fragen gelangten die Christlichen Demokraten selbst nur äußerst selten zu einem vergleichbar monolithischen Verhalten wie die bayerischen Christlich-Sozialen. Die bei unionsinternen Auseinandersetzungen zumeist sehr schnell und vielfältig unternommenen Vermittlungsversuche durch nicht oder nicht direkt beteiligte Unionsgruppierungen und -Persönlichkeiten waren bislang ein Ergebnis dieses Umstandes, ein anderes ein latent schwelender Bündniskonflikt zwischen den zwei 'Schwesterparteien'. Ihre oft mehr inter- als innerparteilich konkurrierenden Verhaltensnormen gewannen zwischenzeitlich eine Eigendynamik, die eine nachhaltige Wirkung auf Bewußtsein und politische Verhaltensweisen der bundesdeutschen (Wahl-)Bevölkerung nicht mehr ausgeschlossen erscheinen ließ.

Vor der Katholischen Akademie in Trier erklärte Helmut Kohl 1973, "in dem Maße, wie es ... (CDU und CSU, Anm. d. Verf.) gelänge, ihre Politik gerade den Intellektuellen gegenüber neu zu begründen", hätten beide eine "echte Chance, wieder an den politischen Erfolg früherer Zeiten anzuknüpfen"[3].

Im Vorfeld oder zumindest in Ergänzung zu einer solchen auf Außenwirkung bedachten parteipolitischen Strategiekonzeption sollten jedoch - auch im Sinne einer einigen Union und des von ihr anvisierten Ziels einer Rekonstituierung der aus den fünfziger und sechziger Jahren gewohnten Machtverhältnisse - Analyse und interne Selbstanalyse der beiden Unionsparteien und ihres Bündnisses stehen.

[3] Helmut Kohl: Politiker und Intellektuelle sollen offen sprechen (Rede vor der Katholischen Adademie in Trier), abgedruckt in: Deutsches Monatsblatt, Nr. 4, 1973

Forschungsstand und Problemstellung

Quellenübersicht

Die ungleiche Erforschung politischer bzw. politikwissenschaftlicher Fragestellungen in der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer ungleichgewichtigen Bevorzugung der ausschließlich parteigeschichtlichen Abhandlungen (und dabei vor allem über die als politische Institution sehr viel bewußtere und darum präsentere Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Gegensatz zu der organisatorisch lange Zeit lediglich rudimentär existenten CDU/CSU) bedingt den weitgehend monographischen Charakter dieser Arbeit.

Sie stützt sich unter anderem auf zum Teil noch unveröffentlichte Akten und Arbeitspapiere der betroffenen Parteien, deren Einsichtnahme dem Verfasser in den Parteiarchiven von CDU und CSU in Bonn und München dankenswerterweise weitgehend gestattet wurde. Aus neuerer Zeit stammende Protokolle der beiden Parteivorstände und anderer Parteigremien, die Fraktionsakten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie ein großer Teil der persönlichen Korrespondenz der Vorsitzenden beider Parteien blieben dagegen unter Verschluß[1].

Weitere Primärquellen der Arbeit waren Aufsätze und Reden, Rundfunk-, Fernseh- und Zeitungsinterviews sowie Zeitungs- und Zeitschriftenartikel der politischen Führungspersönlichkeiten aus den Unionsparteien.

Persönliche Befragungen der politischen Handlungsträger ergaben dazu oftmals interessante und aufschlußreiche 'Momentaufnahmen' von politischen Aktionsabläufen. Ihre Zuverlässigkeit kann jedoch partiell ebenso in Zweifel gezogen werden wie die durch (eine vielfach als allein möglich verbleibende) Auswertung aktueller Pressenachrichten gewonnenen Aussagen über Politikgeschehen jüngeren Datums.

[1] Vgl. das Urteil Duvergers über die den politischen Parteien eigene "primitive Rechtsordnung", in der "die Gesetze und Riten geheim sind und ... dem Blick des Profanen entzogen werden. Nur die alten Kämpfer der Partei wissen mit den Umwegen ihrer Organisation Bescheid und kennen die Feinheiten der Intrigen, die gesponnen werden. Aber sie haben selten einen wissenschaftlichen Sinn, der es ihnen ermöglichte, die nötige Objektivität zu wahren. Und sie sprechen nicht gerne.", aus: Duverger: Politische Parteien, Einleitung S. XIII; desgl. Lehmbruch über die "ausgeprägte Geheimniskrämerei" der Parteien und ihrer Funktionäre, in: Lehmbruch: Politikwissenschaft, S. 75

Grundsätzlich sollte bei einer Untersuchung zu den deutschland- und ostpolitischen Vorstellungen der Opposition und internen Verhaltensweisen in und zwischen den Unionsparteien von einer distanzierenden Skepsis gegenüber Verifizierbarkeit und langfristigem Aussagewert der erhaltenen Angaben ausgegangen werden. Eine empirisch abgesicherte Analyse erscheint angesichts des kurzen zeitlichen Abstandes zu dem fortgesetzt in der politischen Diskussion befindlichen Untersuchungsgegenstand kaum möglich.

Neben dem aktuellen Reiz, den das Bezugsmuster Außenpolitik - Opposition - Unionsparteien zweifellos bietet, ist jedoch die Gefahr unverkennbar, bei der in einer kritischen Wertung der behandelten Thematik der Mangel an einer (potentiell) objektivierenden Zeitverschiebung zu den referierten Problemstellungen mit dem Fehlen inhaltlicher Distanz eine unheilvolle Verbindung eingeht. Ein auf die Arbeitsinhalte übergreifendes engagiertes Interesse, gleichwertig ob für oder gegen den politischen Standort der Union, ist bislang den wenigsten Untersuchungen zugute gekommen[2].

Der zentrale Gegenstand dieser Studie, die unionsinterne Parteienkoalition von CDU und CSU, ist andererseits bereits an sich in einem hohen Maße politisch. Auch eine empirisch fundierte und methodologisch abgesicherte politikwissenschaftliche Analyse wird daher schon wesensimmanent politisch und sich dieser Invarianten gerade angesichts eines verhältnismäßig hohen Grades an Subjektivität der zur Verfügung stehenden Arbeitsmaterialien ständig bewußt sein müssen.

> "... Politik als Wissenschaft ist selber, in sich selber politisch, ohne daß sie darum im mindesten der Korruption einer 'Politisierung' unterläge, nämlich in den Dienst irgendeiner Macht oder irgendeines Herrschaftssystems träte. Die reine Erkenntnis hat unvermeidlich praktische Folgen. Folgen, die meist 'gar nicht abzusehen sind'"[3].

[2] Vgl. dazu beispielsweise die für ihre jeweilige parteipolitische Richtung typischen Wahlkampf'dokumentationen'
Gerhard Mayer-Vorfelder/Hubertus Zuber (Hg.): Union alternativ, Stuttgart 1976 und Rolf Seeliger (Hg.): Mit der Union ist kein Staat zu machen, SPD in der Auseinandersetzung mit der CDU/CSU, München 1976

[3] Sternberger: Lebende Verfassung, S. 14

Mit seiner Begriffsdefinition geht Sternberger noch einen Schritt weiter: Für ihn sind sämtliche in der politischen Wissenschaft benutzten Begriffe immer auch als Eingriffe in praktizierte Politik zu sehen. Es zeigt sich, mit welcher Umsicht - und das bedeutet in den meisten Fällen den Versuch einer möglichst genauen Rekonstruktion der zur Analyse anstehenden politischen Prozeßabläufe - sich eine Untersuchung bewegen muß, deren schwankendes Fundament in seinen wesentlichen Bestandteilen auf nicht überprüfbaren Äußerungen beteiligter Akteure oder unbeteiligter (aber größtenteils engagierter) Beobachter beruhen muß, sich jedoch zugleich noch jedem eigenen historisch-distanzierten Urteil entzieht.

Literaturlage

Der thematische Gegenstand dieser Untersuchung zur institutionellen wie personalen Interaktion von CDU und CSU sind zwei Parteien, die seit ihrem Bestehen konfessions- wie auch im gesellschaftspolitischen Sinne übergreifend stets einen Großteil des politischen Spektrums im parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland abzudecken vermochten. Politische Gruppierungen, die neben Sozial- und Freien Demokraten in eine besondere (da auf ein identisches Wählerpotential abzielend) Konkurrenzsituation zu den Unionsparteien traten, blieben vereinzelte, hinsichtlich ihrer politischen Relevanz weitgehend unbedeutende Randerscheinungen[4]. Dies wurde - insbesondere im Vergleich

[4]Die Wiedergründung der Deutschen Zentrumspartei im Jahre 1945 kam nur sehr zögernd und endgültig erst zu einem Zeitpunkt zustande, als Kommunisten, Sozialdemokraten und ebenso die Christlichen Demokraten/Christlich-Sozialen sich in eigenen Parteien zusammengefunden hatten und damit den bei einer Reihe führender Zentrumspolitiker der Weimarer Republik wie dem nachmaligen (Wieder-)Gründungsmitglied in Westfalen, Dr. Karl Spiecker, erwogenen Plan einer deutschen Labour-Party (als einem Zusammenschluß aus Zentrumsanhängern, rechten Sozialdemokraten und linken Christlichen Demokraten) irreal hatten werden lassen. Auch vermochte es die Zentrumspartei - anders als die nach ihrer Lizenzierung (29.3.1948) anfänglich sehr erfolgreich agierende BP in Bayern (Landtagswahl 195o: 17,9% aller abgegebenen Stimmen) - zu keinem Zeitpunkt, die innerhalb der christlich/konservativ orientierten Wählerschaft dominierende Position der CDU ernsthaft zu gefährden; vgl. Wieck: Entstehung der CDU, S. 133 ff.; desgl. Mintzel: Geschichte der CSU, S. 51ff. Ebenfalls konnte trotz temporär spektakulärer Wahlerfolge der NPD auf Länderebene von einer substantiellen Bedrohung der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik oder der in ihr demokratisch legitimierten und etablierten Bundes-/Landesparteien CDU und CSU seitens der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands oder ihrer Vorläuferin in den fünfziger Jahren, der DRP (Deutsche Reichspartei), kaum je gesprochen werden, vgl. Niethammer: Angepaßter Faschismus, S. 272

zur Republik von Weimar oder den von latenter politischer Labilität gekennzeichneten europäischen Nachbardemokratien wie der vierten französischen Republik und dem krisengewohnten Italien - zu Recht oftmals als d a s Phänomen und d e r politische Stabilisator der zweiten deutschen Republik angesehen.

Ebenso wie dieses 'Phänomen' war jenes essentielle Element Teil der Ausgangsüberlegungen zu der vorliegenden Arbeit, dessen (thesenartige) Verdeutlichung bereits im Titel versucht worden ist und dem als kontinuierlich wiederkehrenden Faktor gerade in dem für die Untersuchung ausgewählten Zeitabschnitt der Jahre 1969 bis 1979 bei der CDU wie vor allem der CSU die Funktion eines Basisgedankens zukommt: Die definitorische Unterscheidung zwischen 'Christlichen Demokraten' und 'christlich-sozialen' Abgeordneten, Funktionären, Wählern etc. als zwei voneinander unabhängigen politischen Gruppierungen im Parteiensystem der Bundesrepublik. Eine Sicht der CSU als einer (auf historische Zufälligkeiten zurückgehenden und damit an sich politisch-perspektivlosen) bayerischen Variante unter den CDU-Landesverbänden[5a] ist damit per definitionem bereits auszuschließen.

Eine umfassende und quellenmäßig fundierte Monographie über 'die Partei CDU/CSU' ist bislang lediglich in einem Fall erarbeitet und veröffentlicht worden[5b]. Wohl aber gibt es neben der 1965 erschienenen Dissertation Walter Berberichs[6] und den neueren Arbeiten von Detleff Bischoff[7], Peter Gutjahr-Löser[8], H.-J. Kleinsteuber[9] und Günter Müchler[10] vor allem die eingehende struktur-analytische Untersuchung zur CSU von Alf Mintzel[11] sowie den von demselben Autor stammenden ge-

[5a] Vgl. Narr: CDU-SPD, S. 73; desgl. Bertsch: CDU/CSU, S. 1o4f.

[5b] Geoffrey Pridham: Christian democracy in Western Germany: the CDU/CSU in government and opposition, 1945-1976, London 1977

[6] Walter Berberich: Die historische Entwicklung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bis zum Eintritt in die Bundespolitik, Würzburg 1965

[7] Detleff Bischoff: Die außenpolitische Konzeption der CSU und ihre Durchsetzung in der Großen Koalition 1966-1969, Berlin 1972 (als Buch erschienen unter dem Titel: Franz Josef Strauß, die CSU und die Außenpolitik)

[8] Peter Gutjahr-Löser: CSU-Portrait einer Partei, München, Wien 1979

[9] H.-J. Kleinsteuber: Christlich-Soziale Union (CSU), in: Hans-Helmut Röhring/Kurt Sontheimer (Hg.): Handbuch des deutschen Parlamentarismus, München 197o, S. 112f.

[10] Günter Müchler: Das Bündnisverhältnis von CDU und CSU, München 1972 (als Buch erschienen unter dem Titel: CDU/CSU, Das schwierige Bündnis)

[11] Alf Mintzel: Die CSU, Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972, Opladen 1975

schichtlichen Überblick über die Entwicklung der bayerischen Union seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges[12]. An vergleichbaren Untersuchungen für die CDU fehlt es fast ganz, wenn man von den überwiegend auf die Aufbauphase der Christlich-Demokratischen Partei beschränkten Studien von Ernst Deuerlein[13], Arnold J. Heidenheimer[14], Helmuth Pütz[15], Gerhard Schulz[16] oder der neueren Arbeit von Wulf Schönbohm[17] sowie zeitlich bzw. auf spezifische Politik-Probleme beschränkten Einzeluntersuchungen wie den von Wolfgang F. Dexheimer[18], Christian Hacke[19], G. Pridham [2o] oder Hans-Joachim Veen[21] absehen will.

Trotz umfangreicher tagespolitischer Berichterstattung über die Politik der Unionsparteien wurde der Gesamt-Union weder von publizistischer noch von wissenschaftlicher Seite bisher jenes Interesse entgegengebracht, das in seinem Umfang dem immer wieder konstatierten eigentümlichen Reiz der Union auf die bundesrepublikanische Öffentlichkeit[22]

[12] Alf Mintzel: Geschichte der CSU, Ein Überblick, Opladen 1977

[13] Ernst Deuerlein: CDU/CSU 1945-1957, Köln 1957

[14] Arnold J. Heidenheimer: Adenauer and the CDU, The rise of the leader and the integration of the party, The Hague 196o

[15] Helmuth Pütz: Die CDU, Entwicklung, Aufbau und Politik der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Düsseldorf ^{2}1976

[16] Gerhard Schulz: Die CDU, Merkmale ihres Aufbaus, in: Neumann: Parteien in der Bundesrepublik

[17] Wulf Schönbohm, CDU-Portrait einer Partei, München, Wien 1979. Die Arbeiten von Pütz und Schönbohm führen zwar in ihrer zeitlichen Darstellung bis zum Beginn der siebziger Jahre, gehen dafür aber nur selten über eine deskriptive Darlegung der Organisationsformen und politischen Selbstpräsentation der CDU hinaus.

[18] Wolfgang F. Dexheimer: Koalitionsverhandlungen in Bonn, Zur Willensbildung bei Regierungsbildungen in den Jahren 1961, 1965 und 1969, sozialwissenschaftliche Dissertation, Konstanz 1973; ders.: und M. Hartmann: Zur Geschichte und Struktur der Arbeitskreise und -gruppen in der CDU/CSU, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3, 197o, S. 234ff.

[19] Christian Hacke: Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU, Wege und Irrwege der Opposition seit 1969, Köln 1975

[2o] G. Pridham: The CDU/CSU Opposition in West Germany, 1969-1972: A Party in search of an Organisation, in: Parliamentary Affairs, Heft 2, 1973, S. 2o1ff.

[21] Hans-Joachim Veen: Opposition im Bundestag, Ihre Funktionen, institutionellen Handlungsbedingungen und das Verhalten der CDU/CSU-Fraktion in der 6. Wahlperiode 1969-1972, Bonn 1976

[22] Vgl. Mühler: CDU/CSU, S. 9

und der faszinierenden (nicht selten scheinbar schon hypnotischen) Ausstrahlung dieses nach dem Zweiten Weltkrieg neu entstandenen Parteiengebildes entsprochen hätte. Politisch-publizistische Berichterstattung und sozialwissenschaftliche Analysen waren ebenso wie die mit der Thematik 'CDU/CSU' befaßten zahlreichen Tendenzschriften vorwiegend Abhandlungen zu einzelnen Unionspolitikern sowie deren staats- bzw. parteipolitischen Aktivitäten. Der innere Zustand und die Entwicklung der Parteien wie auch deren programmatische Äußerungen wurden personalisiert und nur in ihrer Minderzahl (und dann unter zumeist sehr untypischen Teilaspekten) sachpolitisch beleuchtet.

Diese überpointiert personenbezogene Betrachtungsweise der CDU/CSU-Parteipolitik und ihres gegenseitigen Bündnisverhaltens verstellte oft den Durchbruch zu einer den tatsächlichen parteiinternen Gegebenheiten und gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen adäquaten Analyse, wie sie schließlich erst Alf Mintzel mit seiner empirischen Darstellung für die CSU und deren Aufstieg zur hegemonalen Partei im süddeutschen Freistaat gelang[23].

Nach dem Verlust der Regierungsmacht in Bonn änderte sich ganz allmählich diese Sicht der Parteienproblematik von Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen. Mit dem erzwungenen Fortfall einer - bonafide bis zu diesem Zeitpunkt weithin als existent angesehenen - grundsätzlichen Identität von gemeinsamer CDU/CSU-Partei- und Regierungspolitik wurde nun zunehmend das Faktum einer in vielfacher Hinsicht fehlenden parteipolitischen wie parteiorganisatorischen Analyse allgemein erkannt. Erste Bestandsaufnahmen erbrachten dann ein den Unionsparteien wenig schmeichelndes Resultat: Der soeben festgestellte Negativ-Zustand beruhte nicht zuletzt auf der noch immer vorherrschenden Einschätzung und (wenn auch unausgesprochen bzw. sogar ausdrücklich negiert) partiellen Selbsteinschätzung der Union als 'Kanzlerwahlverein'[24] oder - um einen weit mehr plastischen und daher vermutlich zutreffenderen Vergleich zu zitieren[25] - als einem aus einer

[23] Vgl. Mintzel: Die CSU, S. 35

[24] Vgl. die Parteienanalyse von Wolf-Dieter Narr über die politischen Zukunftschancen von CDU und CSU für die siebziger Jahre, in: Narr: CDU - SPD, S. 61

[25] Vgl. Skibowski: Zukunft mit der CDU, S. 17

zwanzigjährigen (politischen) Schlacht allein noch übriggebliebenen und manövrierfähigen Kriegsschiff[26], dessen Dilemma es war, daß sich auf seiner Brücke die Admirale aller untergegangenen 'Dickschiffe' (wie Ministerämter u.ä.) drängten und leidenschaftlich darüber diskutierten, warum sie nun eigentlich keine 'Dickschiffe' mehr besäßen und wer welche Kabinen benutzen dürfe.

In der politischen Publizistik wie in der sozialwissenschaftlichen Literatur aber wurde dieser Problematik der Parteien-Union aus CDU und CSU nur sehr allmählich ein verstärktes Interesse entgegengebracht[27]. Waren es bis 1969 die gemeinsame Regierungsarbeit und die mit dem Glanz der Regierungsämter ausgestatteten Persönlichkeiten gewesen, die lediglich sporadisch, das heißt in Ausnahmesituationen (wie politischen Krisenzeiten, Regierungsum- oder -neubildungen[28]) der von CDU und CSU geführten Bundesregierungen, einen anderen Eindruck aufkommen ließen als den der einen und einigen Union, so schien diese Aussage zunächst auch für die gemeinsame Oppositionsfraktion von CDU und CSU ihre Gültigkeit zu behalten. Die Unionsparteien blieben in ihrem Selbstverständnis weiterhin die eigentlichen - nun im Wartestand befindlichen - Regierungsparteien, und sie blieben weiterhin 'die Union'. Die Gründe hierfür konnten vor allem in dem über Jahrzehnte gewachsenen engen politischen Aktionsbündnis von CDU und CSU gesehen werden. Christliche Demokraten und Christlich-Soziale hatten spätestens mit ihrer einheitlichen (und erfolgreichen) Präsentation im ersten Bundestagswahlkampf 1949 und dem anschließend vollzogenen Zusammenschluß zu einer Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag die Vorstellung von der 'CDU/CSU' als einer politischen Einheit in gesellschaftlich und politisch strukturbestimmenden Fragen vor allem propagandistisch so erhärtet, daß später, trotz des sich

[26] Gemeint ist damit die Bundestagsfraktion der CDU/CSU in der 6. Legislaturperiode

[27] Einzige Ausnahme bilden die oben bereits genannte Arbeit von Günter Michler sowie eine Reihe ausnahmslos auf Einzelaspekte beschränkter Aufsätze

[28] Vgl. unter anderem die oben genannte Dissertation Wolfgang F. Dexheimers zu den Koalitionsverhandlungen in Bonn wie auch den Aufsatz desselben Autors 'Die CSU-Landesgruppe, Ihre organisatorische Stellung in der CDU/CSU-Fraktion', in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3, 1972, S. 3o7ff.

schärfer konturierenden außen- und gesellschaftspolitischen Eigenprofils der CSU, solche Differenzierungsprozesse zumeist nur als eine Frage von politischen und parlamentarischen Fraktionsbildungen in der Union gewertet wurden[29]. Die CSU galt als eine De-facto-Regionalorganisation der CDU mit zugestandenen bayerischen Besonderheiten, deren Grundsatzpositionen ebenso wie ihre tagespolitischen Verlautbarungen gewöhnlich untrennbar mit denen der großen Schwesterpartei vermischt wurden. Der von einigen am Ende der sechziger Jahre polemisch gesehene 'CDU-Staat'[30] hätte - abgesehen von der Verifizierbarkeit dieser These - eigentlich als ein 'CDU/CSU-Staat' apostrophiert werden müssen. Daß dies von politischen Sympathisanten wie Kontrahenten der Unionsparteien implizit auch so verstanden, es aber nicht für notwendig erachtet wurde, diese Unterscheidung auch im Ausdruck deutlich werden zu lassen, war nur ein weiterer Beweis für die wie selbstverständlich unterbleibende Differenzierung zwischen den beiden Parteien.

Es war das Bild einer Union, die sich über weite Strecken ihrer vergleichsweise kurzen Geschichte hatte dominieren lassen von einer einzigen Persönlichkeit - der Konrad Adenauers - und die zudem darin noch einen Vorteil zu erblicken vermochte, den sie bei der Wahl der Nachfolger immer wieder zu perpetuieren suchte[31]; einer Union, die kaum etwas dem in der Öffentlichkeit vorherrschenden Eindruck entgegenzustellen sich in der Lage sah, sie sei unter organisationspolitischen Gesichtspunkten nicht viel mehr als eine lockere Koalition aus Landesverbänden und Interessengruppen[32]; einer Union nicht zuletzt, deren führendes Gründungsmitglied und Mann der ersten Stunde in Bayern sich (als Protagonist einer reichseinheitlichen Unionsidee[33]) zum Verfechter jener Version machte, die die divergierende Namensgebung für die beiden Unionsparteien lediglich auf die anfänglichen Kommunikationsschwierigkeiten der chaotischen frühen Nachkriegszeit zurückzuführen suchte[34]. Diese Union konnte und wollte sich auch süd-

[29] Mintzel: Die CSU, S. 35f.

[30] Vgl. Schäfer/Nedelmann: CDU-Staat

[31] Vgl. unter anderem Stackelberg: Erhards Sturz, S. 144ff.

[32] Vgl. Mintzel: Die CSU, S. 36

[33] Vgl. den Gedanken einer 'Reichsunion in nascendi' Josef Müllers, in: Mintzel: Geschichte der CSU, S. 78f.

lich der Mainlinie offenbar lange Zeit nicht dagegen zur Wehr setzen, als politische Einheit angesehen zu werden.

Desgleichen erschien unter entscheidungsprozeduralen Gesichtspunkten eine gesonderte Behandlung von CDU und CSU als zwei unterschiedliche Parteien wenig sinnvoll. Zwar gab es die parallel zueinander existierenden Parteigremien, doch hatte das Argument durchaus seine Berechtigung, die eigentlichen Entscheidungen würden in einem personell eng begrenzten Kreis führender Unionspolitiker um den jeweiligen Bundeskanzler bzw. die von der Union gestellten Kabinettsmitglieder oder aber in der Bonner Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU gefällt. Die nicht einmal immer zumindest der Form halber in den Gremien der beiden Parteien nachvollzogene Entscheidungsfindung besaß oft nur noch rein akklamatorischen Charakter. Das separate Auftreten der CSU-Landesgruppe innerhalb der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU wurde gleichgesetzt mit dem 'anderer Unterorganisationen'.

Unter diesem Blickwinkel wurden öffentlich ausgetragene direkte politische Kontroversen zwischen CDU und CSU - im Gegensatz zu persönlich-politischen Divergenzen während der gemeinsamen Regierungszeit bis 1969 ohnehin relativ selten - oft lediglich als eine besonders geschickte Form politisch-taktischer Arbeitsteilung zum Zwecke der Werbung und Mobilisierung unterschiedlicher, möglichst weit gestreuter Wählerpotentiale gewertet[35]. Konstrastierungen zwischen CDU und CSU wurden demgemäß für wahltaktisch und propagandistisch symptomatische Erscheinungen einer sorgfältig ausgeklügelten Absorptionsstrategie in das gesamte konservative Lager hinein bis hin zu rechtsextremen Gruppen gehalten. Eine Strategie der Unionsparteien demnach, deren politische Notwendigkeit nicht zuletzt auch darin gesehen wurde, 'Weimarer Verhältnisse' zu vermeiden: Abseits der demokratischen Ordnung befindliche (und ihr somit potentiell gefährliche) konservative politische Strömungen sollten durch die große Volkspartei Union aufgefangen und von ihr in kontrollierbare Bahnen gelenkt werden. Die so

[34] Der ehemalige CSU-Vorsitzende Josef Müller auf dem Landesparteitag der CSU in München am 23.1o.1955, zit. bei: Deuerlein: CDU/CSU, S. 59

[35] Vgl. Friedhelm Baukloh: Regiert die CDU weiter mit?,in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12, 1969, S. 1266ff.

erkannte staatspolitische Zielsetzung der Union schien selbst von den anderen großen Parteien in der Bundesrepublik mehr oder minder stillschweigend toleriert zu werden und vermochte sowohl in den fünfziger Jahren wie auch am Ende der sechziger Jahre mit der weitgehenden politischen Integration der Vertriebenen bzw. dem Scheitern der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) bei der Bundestagswahl 1969 zwei von allen Seiten mit Erleichterung aufgenommene Erfolge zu zeitigen. Nicht die CDU/CSU per se wurde als übermäßig heterogener und daher labiler politischer Zusammenschluß angesehen, sondern das von ihr angesprochene Wählerspektrum.

Unter einer solchen Prämisse mochte eine scharfe analytische Trennung und eine genaue empirische Untersuchung von CDU und CSU in ihrem Verhältnis zueinander und in ihrer spezifischen Rolle im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland für überflüssig gehalten werden[36].

Thematische Ab- und Eingrenzung

Obwohl empirisch in keiner Weise abgesichert, schloß man von der statutarischen Ähnlichkeit und der organisatorischen Verbindung zwischen CDU und CSU auf eine dementsprechend angenommene organisatorische wie programmatische Integration, ja quasi Identität beider Parteien. Die zur Rechtfertigung dieser Hypothese herangezogenen Kronzeugen waren dabei die Gralshüter der Unionsidee selbst[37].

[36] In einem weit überwiegenden Teil der Parteienliteratur, vor allem der fünfziger und sechziger Jahre, wird die CSU wie selbstverständlich der CDU als Gesamt- oder Überpartei zugeordnet, so etwa in: Wolfgang Hirsch-Weber/Klaus Schütz: Wähler und Gewählte, Eine Untersuchung der Bundestagswahl 1953, Berlin 1957; Gert Schäfer/Carl Nedelmann (Hg.): Der CDU-Staat, Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, München 1967; Klaus Günther: Der Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik, Adenauer-Erhard-Kiesinger, Hannover 197o; Thomas Ellwein: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen ^{4}1977. Beispielhaft für die noch fortzusetzende Reihe analoger Anschauungen mag die von Wolf-Dieter Narr in seiner vergleichenden Programm-Praxis-Analyse von CDU und SPD getroffene Aussage stehen: "Es wird ... kaum Rücksicht genommen auf den bayerischen Sonderfall der CSU. Sie wird normalerweise in die Darstellung der CDU mit einbezogen bis auf wenige abweichende Merkmale ...", aus: Narr: CDU - SPD, S. 73

[37] Vgl. so unter anderem die Aktennotiz Konrad Adenauers für eine Besprechung mit Jakob Kaiser im April 1946, zit. in: Wieck: Christliche und Freie Demokraten, S. 1o9f.; dazu Schwering: Frühgeschichte, S. 164; dazu Konrad Adenauer in seinem Vorwort zu: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Christliche Demokraten, S. 5f.
In Anlehnung an den - mit Zustimmung der bayerischen Delegierten - auf dem 'Reichstreffen' der Union in Bad Godesberg (14.-16.12.1945) ursprünglich gefaßten Beschluß der einheitlichen Firmierung als 'Christlich-Demokratische Union' beziehen

Lange Zeit derart kaum ein Thema tiefergehender öffentlicher oder wissenschaftlicher Erörterungen, ließen die auf die Bundestagswahl von 1969 (und den damit einhergehenden Verlust der Regierungsmacht) in den siebziger Jahren folgenden Entwicklungen im Verhältnis der beiden Unionsparteien zueinander die Bündnisproblematik der Union verstärkt in die Diskussion geraten. Nicht erst seit diesem Zeitpunkt gab es sachliche und persönliche Differenzen in der Union, und nicht erst danach wurden sie in einer für beide Parteien mitunter denkbar schädigenden Weise öffentlich ausgetragen; doch im Zuge der auch noch zehn Jahre danach fühlbaren Nachwirkungen wurde zum ersten Male ernsthaft die Frage nach einer Auflösung der Fraktionsgemeinschaft gestellt. Die verlorene Bundestagswahl von 1972 konnte sich unter anderem deshalb nicht in diesem Sinne auswirken, weil mit dem Rücktritt von Rainer Barzel die offene Krise in den Unionsparteien zunächst beigelegt wurde.

Nach der 1976 abermals nicht in ausreichendem Maße gewonnenen Bundestagswahl konnte dann schon nicht mehr ein personelles Revirement in der Unionsführung den 'Bruder'-Zwist vermeiden. Der Beschluß der CSU von Wildbad Kreuth brachte nach siebenundzwanzigjähriger gemeinsamer Fraktionstradition im Deutschen Bundestag und zwanzigjähriger Regierungserfahrung die - trotz aller spekulativer Überlegungen innerhalb wie vor allem außerhalb die beiden Unionsparteien letztlich doch für wenig wahrscheinlich gehaltene[38] - kurzfristige Lösung des erneut in die Opposition gedrängten Unionsbündnisses.

Eine Expansion der bayerischen Unionspartei über die Maingrenze hinaus - und damit eine bundesweite Konkurrenz von CDU (samt einem zu gründenden bayerischen Landesverband) und CSU - war damit nicht mehr nur denkbar, sie erschien nun als eine logische Schlußfolgerung aus den

[37] Forts.: sich in dem seither üblich gewordenen Sprachgebrauch die Termini 'christlich-demokratisch' und 'Christliche Demokraten' zumeist immer noch sowohl auf CDU wie CSU. Vgl. dazu Schwering: Frühgeschichte, S. 169

[38] Vgl. die zahlreichen Kommentare über den Beschluß der CSU von Wildbad Kreuth als einem vermuteten taktischen Manöver des CSU-Vorsitzenden zur Durchsetzung eigener politischer Zielvorstellungen in der Gesamt-Union, so unter anderem Nina Grunenberg: Elastisch in Gefecht mit dem Norden - Wird der Beschluß von Wildbad Kreuth schließlich doch noch aufgehoben?, in: Die Zeit vom 3.12.1976, S. 3

in Bayern geschaffenen Fakten[39]. Die bislang von den Christlich-Sozialen mit großem Erfolg eingenommene Doppelrolle als einer autonomen bayerischen Landespartei mit besonderem Bundescharakter schien beendet zugunsten eines eindeutigen Vier-Parteiensystems oder - und hier lag die große Unbekannte bei allen Überlegungen - einer grundsätzlich veränderten und somit für niemanden berechenbaren vollkommen neuen Parteienkonstellation in der Bundesrepublik Deutschland[40].

Die schließlich doch noch mit der Entscheidung zur fraktionellen Wiedervereinigung endenden Gespräche zwischen CDU und CSU bewahrten das bestehende Parteiensystem der Bundesrepublik in seinen seit nunmehr dreißig Jahren erprobten Formen. Doch das Vertrauen zwischen den Unionsparteien wurde durch eine immer wieder auflebende Diskussion um eine sogenannte 'vierte Partei' wie auch auf Grund einer Reihe offener parteipolitischer Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU wiederholt schwerwiegenden Belastungen ausgesetzt. Erst die Nominierung des christlich-sozialen Parteivorsitzenden zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1980 scheint einen weitergehenden Prozeß zumindest zeitweise aufgehalten zu haben bzw. wieder partiell rückgängig machen zu können, der das Unionsbündnis zu einer funktionalen Arbeitsgemeinschaft zweier voneinander unabhängiger und auf ihre Selbständigkeit zunehmend bedachter politischer Parteien zum Zwecke koordinierter Parlamentsarbeit auf Bundesebene (und schon nicht mehr einer einheitlichen Kanzlerkandidatur, Programmatik oder gar Wahlkampfführung[41]) herabzustufen drohte. Untersucht werden soll diese existentielle Gefahr für jene 'einige Union', als die sie von ihren Gründungsvätern in einem (für eine solchermaßen neuartige Parteienkonstruktion unentbehrlichen) Nachkriegs-Enthusiasmus konzipiert worden war[42].

[39] Vgl. "Die CDU droht mit der Gründung eines Landesverbandes Bayern am 15. Dezember", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.11.1976, S. 1; desgl. "Union: Da kann man nur noch beten", in: Der Spiegel vom 6.12.1976, S. 23ff.

[40] Vgl. die Begründung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß für den Trennungsbeschluß von Wildbad Kreuth, in: Der Spiegel vom 29.11.1976, S. 40ff. "... die Parteigrenzen wieder etwas flüssiger zu machen" (S. 40)

[41] Vgl. das Spiegel-Gespräch mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, in: Der Spiegel vom 29.11.1976, S. 36

[42] Vgl. Schwering: Frühgeschichte, S. 164f.

Die vorliegende Arbeit versteht sich dabei nicht als statistische Datenbank einer seit 1969 oder gar 1945 bzw. '49 bis heute sich zuspitzenden Krisensituation im innerparteilichen Koalitionsstreit; die zum Untersuchungsgegenstand gemachte P r o b l e m a t i k des Unionsbündnisses darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses Bündnis trotz seiner am Untersuchungsende festgestellten Revisionsbedürftigkeit seit mehr als dreißig Jahren Bestand hat und sich immer noch als politisch funktionstüchtig erweist. Dagegen soll vielmehr der Versuch unternommen werden, die strukturellen Bedingungen des Bündnisses von CDU und CSU unter zwei Gesichtspunkten eingehender zu betrachten: Zum einen anhand des ausschnitthaften, wenn auch zumeist dominanten politischen Teilbereichs der Deutschland- und Ostpolitik (für die Jahre 1969 bis 1973); und zum zweiten auf der Grundlage der Interaktionen unionsinterner Führungsgruppen (für den Zeitraum 1973-1979)[43]. Die von der 'großen' Politik vorgegebenen Schwankungen sowie die Frage ihrer determinierenden Wirkung auf die 'kleinere' Parteipolitik bilden die Prärogative in der Darstellung.

Der Problembereich 'Außenpolitik - Parlamentarische Opposition', bislang in der Politikwissenschaft durchgehend unterrepräsentiert[44], wurde dabei noch bis in die siebziger Jahre hinein zudem eher mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in einen Verständniszusammenhang gebracht[45] als mit den nahezu zwanzig Jahre lang die außenpolitischen Handlungsmaximen bestimmenden Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen. Die auf diese nunmehr zutreffenden Beurteilungskriterien als parlamentarische Opposition mit historisch gewachsenen Aktionsschwerpunkten in der Außenpolitik[46] korrelierten obendrein zunächst keineswegs mit dem Selbstverständnis der beiden Parteien. Die beherrschende Stellung deutschland- und ostpolitischer Fragestellungen während der ersten Legislaturperiode sozial-liberaler Regierungsverantwortung sowie die (unter anderem) daraus in nicht unwesentlichem Maße resultierende Problematik unionsinterner Führungsrivalitäten legen jedoch die Einordnung des zu behandelnden Themas in den übergreifenden Problemkreis der Außen-, Deutschland- und Ostpolitik zumindest für den oben genannten Zeitraum nahe. Die danach vorgenommene thematische Einengung auf die spezifische Bündnisproblematik von CDU und CSU unter dem Gesichtspunkt von Auseinandersetzungen in und zwischen den Parteieliten mag vor dem Hintergrund ihrer Handlungsdominanz bei der Formulierung der Unionspolitik ebenso gerechtfertigt

erscheinen. Andere Politikfelder wie auch zum Beispiel parteiensoziologische Untersuchungskriterien wurden dabei weitgehend unberücksichtigt gelassen.

[43] wobei selbstverständlich keineswegs von einer e x a k t zu definierenden zeitlichen Zäsur auszugehen ist

[44] Erste grundlegende Bezugspunkte finden sich bei Heino Kaack: Opposition und Außenpolitik, in: Czempiel: Anachronistische Souveränität, S. 225; Rudolf Hrbek: Die SPD, Deutschland und Europa, Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschland-Politik und Westintegration (1945-1957), Bonn 1972; Joachim Hütter: SPD und nationale Sicherheit, Internationale und innepolitische Determinanten des Wandels der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik 1959-1961, Meisenheim am Glan 1975; Reinhold Roth: Parteiensystem und Außenpolitik, Zur Bedeutung des Parteiensystems für den außenpolitischen Entscheidungsprozeß in der BRD, Meisenheim am Glan 1973; ders.: Außenpolitische Innovation und politische Herrschaftssicherung, Eine Analyse von Struktur und Systemfunktion des außenpolitischen Entscheidungsprozesses am Beispiel der sozial-liberalen Koalition 1969-1973, Meisenheim am Glan 1976

[45] Vgl. unter anderem Paul Noack: Deutsche Außenpolitik seit 1945, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1972; desgl. Abraham Ashkenasi: Reformpartei und Außenpolitik, Die Außenpolitik der SPD Berlin-Bonn, Köln, Opladen 1968

[46] Vgl. zur Oppositionstypologie insbesondere: Robert A. Dahl (Hg.): Political Oppositions in Western Democracies, New Haven, London ^{4}1972; Heinrich Oberreuter (Hg.): Parlamentarische Opposition, Ein internationaler Vergleich, Hamburg 1975; Hans-Gerd Schumann (Hg.): Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 1976; vgl. zum Begriff des p e n e t r i e r t e n S y s t e m s ("penetrated system"/Hanrieder) bzw. dem Theorem der 'l i n k a g e p o l i t i e s' (Rosenau) Wolfram F. Hanrieder (Hg.): Comparative Foreign Policy, Theoretical Essays, New York 1971, darin: Ders.: Actor, Objectives and International Systems, S. 108-131; ders.: Compatibility and Consensus: A Proposal for the Linkage of External and Internal Dimensions of Foreign Policy, S. 242-264; James L. Rosenau: Linkage Politics, New York 1969, darin: Ders.: Political Science in a Shrinking World, S. 1-17; ders.: Toward the Study of National-International Linkages, S. 44-63; ders.: The Scientific Study of Foreign Policy, New York 1971; dazu Karl W. Deutsch: Analyse Internationaler Beziehungen, Frankfurt 1971; Werner Link: Der Einfluß des Parlaments auf die Außenpolitik, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 2, 1971, S. 359-387

Inhaltlicher Aufbau

Als Studie zu Aktions- und Interaktionsweisen von CDU und CSU wird diese Arbeit die jüngste Parteigeschichte der Union nicht als Parlaments- oder Fraktionsgeschichte der CDU/CSU abhandeln[47], noch wird sie den durch die Literatur hinlänglich bekannten ideengeschichtlichen Hintergrund des christlichen Konservatismus[48] bzw. den 'epochalen' Neubeginn christlich-demokratischer Parteien in Europa nach 1945 in ausführlicher Weise zur Darstellung bringen. Diesbezügliche Abhandlungen liegen bereits in der älteren parteigeschichtlichen Literatur vor[49].

Es soll vielmehr auf die (erkennbare) Entwicklung des Bündnisses aus Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen eingegangen sowie der Versuch unternommen werden, anhand einer Rekonstruktion der Bündniskrisen der Union - die ihrerseits wiederum nur einen, wenn auch bis zum Jahre 1979 zunehmende Bedeutung erlangenden wesentlichen Teilaspekt im Verhältnis der ansonsten bei gemeinsamer Parlaments-, Wahlkampf- und anderer zwischenparteilicher Arbeit weiter kooperierenden Unionsparteien bedeuten - eine Analyse der jüngsten Bündnisgeschichte von CDU und CSU zu erstellen. Die Untersuchung gliedert sich dabei in zwei einleitende Abschnitte aus den (Grenz-)Bereichen der internationalen Politik bzw. der politischen Theorie und zwei thematisch grundlegende empirische Arbeitsteile.

[47] Eine derartige Untersuchung stellt die Arbeit von Hans-Joachim Veen dar; eine Anschluß-Untersuchung über die Parlamentsarbeit der CDU/CSU-Fraktion in der 7. und 8. Legislaturperiode wurde im Jahre 1979 von Ute Kaßnitz an der Ruhr-Universität Bochum erstellt (sie liegt jedoch zur Zeit noch lediglich als ungedruckte Dissertation vor)

[48] nicht ausschließlich gleichzusetzen mit dem politischen Katholizismus, da über diesen hinausgehend und beispielsweise auch protestantische Kräfte umfassend, die sich noch in der Gründungsphase der Weimarer Republik in einer sogenannten 'Evangelischen Volkspartei' (EVP) zu sammeln suchten und schließlich unter anderem im 'Christlich-Sozialen Volksdienst' oder Gruppierungen der 'Deutschnationalen Volkspartei' (DNVP) das politische Pendant zur Zentrumspartei darstellten, vgl. Mehnert: Evangelische Kirche und Politik; dazu Wieck: Entstehung der CDU

[49] Vgl. unter anderem Carl Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Wirken der Deutschen Zentrumspartei, 9 Bde., Köln 1928-1932; Ludwig Bergsträsser: Dokumente zur Entwicklung des politischen Katholizismus, in: Deutscher Staatsgedanke, 2. Reihe III, 2 Bde., München 1921/1923; Karl Buchheim: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1953; Emil Ritter: Der Weg des politischen Katholizismus in Deutschland, Breslau 1934

In dem ersten einleitenden Abschnitt folgt nach einem kritischen Abriß über die Behandlung der deutschen Frage nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges bzw. in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Stellung im Bereich der internationalen Nachkriegspolitik eine kurze Darstellung der prinzipiellen Neuerungen der 'Neuen Deutschland- und Ostpolitik' der sozial-liberalen Koalition nach 1969 sowie deren erste Beantwortung durch die nunmehrige parlamentarische Opposition aus Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen.

Das zweite einleitende Kapitel (überschrieben als Exkurs zur Nation-Frage) behandelt ansatzweise das - nicht erst seit dem Jahre 1945 - zentrale Problem deutscher Außenpolitik. Aufgezeigt werden sollen neben der allgemeinen Nation-Problematik in Deutschland die in den Unionsparteien spezifischen Anschauungen hierüber wie auch die zwischen CDU und CSU bestehenden graduellen Unterschiede auf diesem Politikfeld. In diesem Kapitel sollen die unverzichtbaren datenmäßigen Grundlagen geschaffen werden, deren Ausläufer sich später in der historisch-politischen Argumentation der Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen in den sechziger und siebziger Jahren wiederfinden werden, so etwa wenn in dem Europa-Konzept der CSU immer wieder die Furcht vor einer isolierten Mittellage der Bundesrepublik im Zentrum Europas beschworen wird[5o].

[5o] Vgl. Strauß: Herausforderung und Antwort, S. 5of.; desgl. Bischoff: CSU und Außenpolitik, S. 81. Nicht eingegangen werden kann dabei auf Vorstufen dieser in wie zwischen CDU und CSU geführten Diskussion in den vierziger und fünfziger Jahren, als sich sachpolitisch-programmatische Divergenzen zwischen beiden Parteien beispielsweise mit der Abfassung des sich zum Teil an sozialdemokratischen Vorstellungen orientierenden 'Ahlener Programms' der CDU der britischen Besatzungszone (1947) dokumentierten, während gleichzeitig das fast religiöse Sendungsbewußtsein eines Fritz Schäffer in Süddeutschland noch im Verlauf der tiefsten wirtschaftlichen Depression im Winter 1947/48 dem Kampf um die Bewahrung des "wertvollen nationalen Kulturerbes" und der "Seele des bayerischen und deutschen Volkes" - vgl. so Fritz Schäffer in seiner Rede vor der Bezirksversammlung des Bezirksverbandes München der CSU in München am 2o.2.1948/ Archiv Dr. Josef Müller, München, Akte CSU-München 31o und Akte: I Protokolle 1946 - 31.12.1946 ..., S. 2ff., auszugsweise abgedruckt in: Mintzel: Die CSU, S. 225ff. - Priorität vor materieller Bedürfnisbefriedigung beimaß (trotz nicht zu übersehender Analogien in der Diktion Schäffers zu rhetorischen Figuren des NS-Propagandaministers Joseph Goebbels - vgl. so eine der letzten Rundfunkansprachen von Joseph Goebbels am Vorabend des 56. Geburtstages von Adolf Hitler (18.4.1945), in: Heiber: Goebbels-Reden, Bd. 2, S. 449 und 452f. - war die politische Motivation des CSU-Politikers, anders als noch zwei Jahre zuvor bei Goebbels, jedoch weniger der erhoffte Mobilisierungs- und Durchhalteeffekt auf die 'Massen' gewesen. Mit solchen Reden vor der oberbayerischen und Münchner Bezirksversammlung der CSU gab er der damals sicherlich breiten innerparteilichen Opposition gegen den "diktatorischen" und "reichsfreundlichen" Führungsstil des am-

Die parteigeschichtlichen Entwicklungen der Union in der Zeit als führende Bonner Regierungspartei(en) sowie der trotz aller Abnutzungserscheinungen immer noch unter einem positiven Vorzeichen stehende Verlauf der zwischenparteilichen Beziehungen im Bündnis von CDU und CSU[51] bezeichnen das Vorfeld des eigentlichen Untersuchungszeitraums. Die Problematik einer sich zunehmend artikulierenden 'Opposition in der Regierung', die schließlich in der Großen Koalition mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht unwesentlich mit beitrug zur partiellen Lähmung der bundesrepublikanischen Außenpolitik - die Studie Bessons bietet auch hierfür eine bislang nicht übertroffene Darstellung -, und die sich in Stellungnahmen von SPD und FDP abzeichnende Übereinstimmung in der von beiden Parteien gesehenen Notwendigkeit einer erneuerten Außen- und Deutschlandpolitik werden zu Antezedenzien eines politischen Bewegungsablaufs, an dessen Ende die Bildung der sozial-liberalen Koalition und der Eintritt der Union in ihre Oppositionsphase stehen.

Nach einer überblickhaften Darlegung der wichtigsten Außenbedingungen und (parteien-)systemimmanenten Determinanten der von SPD und FDP am Ende des Jahres 1969 konzipierten 'Neuen Deutschland- und Ostpolitik' (Gliederungspunkt drei) wird im dritten Abschnitt (in den Gliederungspunkten vier bis einschließlich acht) der Zeitraum bis zum Jahre 1976 untersucht. Die behandelten Gegenstände reichen dabei von der internationalen Politik-Konstellation, in die die veränderte deutsche Außenpolitik sich gestellt sah, über die ersten Reaktionen auf die neue Regierungspolitik von seiten der parlamentarischen Opposition bis hin zu den bereits zu diesem Zeitpunkt erkennbar werdenden Meinungsdivergenzen in sachpolitischen Aussagen wie über die längerfristig einzuschlagende Oppositionsstrategie der Union. Dabei sollen zunächst für

[50] Forts.: tierenden Parteivorsitzenden Müller eine moralische Legitimierungsgrundlage und die praktische Handlungsanweisung zur Rebellion. Dabei nutzte Schäffer seine große Autorität, die er als ehemaliger BVP-Vorsitzender und Staatsrat in weiten Teilen Altbayerns noch immer besaß.

In der Tat folgten ihm die beiden großen Bezirksverbände in die Auseinandersetzung, deren vorläufiges Ende die Parteikrise des Jahres 1948/49 und die Ablösung Josef Müllers durch den bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard im Parteivorsitz der Christlich-Sozialen wurde.)

[51] Vgl. unter anderem Mühler: CDU/CSU, S. 138ff., 2o9ff.

den Zeitraum 1969-1971 in parallelen Schritten die inhaltliche Argumentation wie danach die taktischen Überlegungen der beiden Oppositionsparteien aufgezeigt werden (Kapitel vier und fünf); die Darstellung der Vorgänge um die Ratifizierung der Verträge mit Moskau und Warschau im Jahre 1972 sowie deren interne Folgeerscheinungen für CDU und CSU (kulminierend in einer verstärkten - außenpolitischen - Gruppenbildung in der Union sowie dem Rücktritt des Oppositionsführers Rainer Barzel im Jahre 1973) schließen sich in dem darauf folgenden Kapitel (sechs) an. Zusammenfassend für die ersten drei Jahre parlamentarischer Opposition von Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen wie dann auch weiterführend für die achte Legislaturperiode des Deutschen Bundestages werden in den Kapiteln sieben bzw. acht die andauernden Schwierigkeiten der Unionsparteien bei der Selbstfindung und Eigendefinition ihrer neuen Position im politischen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland untersucht. Der allmähliche Wandel von der "Opposition wider den erklärten Volkswillen" (Kiesinger) und der zumindest anfänglich zum Teil paralogischen Dynamik der 'eigentlichen Regierungsparteien' CDU und CSU in Kontradiktion zur "interimistischen" Regierungspolitik von Sozial- und Freien Demokraten[52] bis hin zur öffentlich artikulierten Annahme der Oppositionsrolle nach der verlorenen Bundestagswahl von 1972[53] stellen die entscheidenden Etappen dieses Weges der Unionsparteien dar.

Die Darstellung der 1969 einsetzenden neuen außen- und deutschlandpolitischen Dimension der bundesrepublikanischen deutschen Politik in ursächlicher Verbindung mit den im Verlauf des folgenden Jahrzehnts sich phasenweise verstärkenden Ansätzen desintegrativer Verhaltensweisen der beiden Unionsparteien ist das Ziel dieses dritten Abschnitts. Es können dabei auf Grund der Themenstellung nur bedingt die für das gesamte demokratische System der Bundesrepublik Deutschland bedeutsam

[52] Vgl. Hacke: Ost- und Deutschlandpolitik, S. 64f.

[53] Vgl. die Ausführungen des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Rainer Barzel, nach der Bundestagswahl von 1972: "In diesem 7. Deutschen Bundestag sind durch die Wähler selbst die Aufgaben klar verteilt. Sie (gemeint sind SPD und FDP, Anm. d. Verf.) sollen Regierung, wir sollen Opposition ...", in: Deutscher Bundestag, Sten B., VII, S. 30

werdende Übernahme und Ausfüllung der klassischen Funktionen parlamentarischer Opposition[54] durch die Union gleichberechtigt Berücksichtigung finden neben der Aufgabe, die innerparteilichen Bewegungsabläufe bei CDU und CSU aufzuzeigen.

Beide Aspekte der unionspolitischen Entwicklung seit dem Ende der sechziger Jahre - das vorrangig außenorientierte Oppositionsverhalten der Unionsparteien auf dem ihnen lange Zeit als traditionelle Domäne zugeschriebenen Feld der Außen- und Deutschlandpolitik[55] wie

[54] In der Untersuchung werden für den Bereich der Oppositionstypologie die Kategorien aus den Arbeiten von Robert A. Dahl verwendet, der im wesentlichen zwischen den beiden Typen der 'kooperativen' und der 'kompetitiven' Opposition (bzw. deren kombinierter "cooperative-competitive strategies" - so im amerikanischen Kongreß) unterscheidet.

Die von Dahl vorgenommene Anwendung beider Kategorien auf die parlamentarischen Demokratien in Frankreich und Italien kann gleichfalls auf das politische System der Bundesrepublik Deutschland übertragen werden, vgl. Robert A. Dahl: Patterns of Opposition, in: Ders.: Political Oppositions, S. 332-347; ders.: A preface to democratic theory, Chicago 1956; ders.: Modern political analysis, Englewood Cliffs ^{2}197o; ders.: Polyarchy, Participation and Opposition, London 1971

[55] Als nahezu durchgängig anwendbar für den behandelten Zeitraum (insbesondere bis zum Jahre 1973) wie den politischen Gegenstand der Außen-, speziell der Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Bonner Koalition sowie ihrer christlich-demokratischen/christlich-sozialen Opponentin erweist sich die Kompatibilitäts-/Konsensus-Theorie Wolfram F. Hanrieders. Seine Annahmen gehen aus von "two concepts that permit the correlation of important external and international dimensions of foreign policy aims, and that allow the analyst to view foreign policy as a continuous process bridging the analytical barriers between the international and the domestic political system. The first is the concept of c o m p a t i b i l i t y, which is intended to assess the degrees of feasibility of various foreign policy goals, given the strictures and opportunities of the i n t e r n a t i o n a l system; the second is the conept of c o n s e n s u s , which assesses the measure of agreement on the ends and means of foreign policy on the d o m e s t i c political scene", aus: Hanrieder: Compatibility and Consensus, S. 977; vgl. ders.: Compatibility and Consensus: A Proposal for the Conceptual linkage of External and Internal Dimensions of Foreign Policy, in: The American Political Review, Bd. 61, Nr. 4, 1967, S. 1971-982; dazu James N. Rosenau: Compatibility, Consensus, and an Emerging Political Science of Adaption, in: The American Political Science Review, Bd. 61, Nr. 4, 1967, S. 983-988 (Rosenaus Kritik an der Theorie Hanrieders); Wolfram F. Hanrieder: Antwort auf die Kritik Rosenaus, in: The American Political Science Review, Literatur XIII, 1968, S. 1ff.; wieder aufgenommen wurde der Theorie-Ansatz Hanrieders unter anderem von Christian Hacke.

die gesamtgesellschaftlich ebenso relevante stufenweise Prädetermination einer unionsinternen Strukturveränderung - bilden den Hintergrund für die im vierten Abschnitt (in den Punkten neun bis einschließlich elf) versuchte Analyse der jüngsten parteipolitischen Tendenzen im Bündnis aus Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen. Dessen Perspektiven bzw. viel diskutierte Perspektivlosigkeit unter den auch nach der Bundestagswahl des Jahres 1980 weiter unveränderten politischen Rahmenbedingungen des bundesrepublikanischen Parteiensystems (mit dem sozial-liberalen Regierungslager auf der einen, und der von beiden Unionsparteien erneut bestätigten gemeinsamen Bundestagsfraktion aus CDU und CSU auf der Oppositionsseite) markieren die grundsätzlichen Fragestellungen dieses in erster Linie unter dem Gesichtspunkt unionsinterner Gruppenkonflikte gesehenen Abschnitts der Untersuchung. Ausgehend von der kurzzeitigen Auflösung der Fraktionsgemeinschaft durch die Christlich-Soziale Union im November/Dezember 1976 (Gliederungspunkt neun) über die sich auch im Jahre 1977 - zunächst erneut vor dem thematischen Hintergrund der Deutschlandpolitik - fortsetzende Diskussion über die Möglichkeiten einer Neuformierung des Unionsbündnisses bis hin zu der bereits wenige Monate nach der Bundestagswahl von 1976 einsetzenden Personal- und Führungsdiskussion, insbesondere auf seiten der CDU (Punkte zehn und elf), sollen die bis zur Nominierung von Franz Josef Strauß zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten beider Unionsparteien im Mai 1979 verstärkt zu beobachtenden Indizien für eine allmähliche unionsinterne Strukturveränderung nachgezeichnet werden. Das gerade mit dem letztgenannten Umstand der Übernahme der Spitzenposition der Union durch den CSU-Vorsitzenden zumindest zeitlich korrelierende politische Faktum eines erkennbaren inneren Konsolidierungsprozesses des Bündnisses kann gleichfalls nach der die Strauß-Kandidatur formell beendenden Bundestagswahl 1980 weiter konstatiert werden; es leitet über zu dem abschließenden Kapitel dieser Arbeit (Gliederungspunkt zwölf), in dem noch einmal wesentliche Elemente und allgemeine Bedeutung der Bündnisproblematik von CDU und CSU zusammengefaßt und zugleich mögliche Perspektiven der Union aus Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen erörtert werden.

Daß dabei über den empirischen Bereich hinaus- und in den vorwiegend spekulativer Aussagen übergegangen wird, ist weitgehend unvermeidlich. Zweierlei mag (nicht zuletzt zum besseren Verständnis der dieser

Untersuchung zu Grunde liegenden Politik-thematischen Auswahl) vorab gesagt werden: Zum ersten haben CDU und CSU auch nach dem Abschluß des ersten Teilabschnitts ihrer Existenz als parlamentarische Opposition im Deutschen Bundestag sich keineswegs mit der dort dominanten veränderten Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland wirklich zufrieden gegeben. Die nach Ratifikation der Verträge mit der Sowjetunion, Polen und der DDR von führenden Unionspolitikern ausgesprochenen Worte 'Pacta sunt servanda' gaben zwar die Absicht der Opposition wider, die einmal geschlossenen Verträge korrekt einzuhalten und nicht zu brechen, doch mußte der Mehrzahl der übrigen außenpolitischen Stellungnahmen aus beiden Unionsparteien entnommen werden, daß an eine inhaltliche Ausfüllung oder gar Weiterführung dieser Politik seitens einer von der Union gestellten Bundesregierung kaum zu denken gewesen wäre. Doch weder war die 'Neue Deutschland- und Ostpolitik' - trotz der von einigen ihrer Autoren später selbst eingestandenen Kritikwürdigkeit eines Teils ihrer Methoden und Vorgehensweisen - ein neutralistischer Alleingang der Bundesrepublik, der diese aus ihren westlichen Bindungen herausbrach (sondern sie im Gegenteil vor einer drohenden Isolierung bewahrte), noch war eine Opposition gegen diese Politik bei der Bevölkerung der Bundesrepublik mehrheitsfähig. In diesem Sinne nahezu zwangsläufig mußten bei CDU und CSU eindeutige Niederlagen verzeichnet werden, als Wahlen sich als ein Plebiszit über die Deutschland- und Ostpolitik darstellten (1972) bzw. der Kanzlerkandidat der Union einen politischen Kurswechsel zu verkörpern schien (1980). Will die Union den Grad ihrer Koalitions- und Mehrheitsfähigkeit entscheidend erhöhen, muß sie - ähnlich wie die SPD in den Jahren 1959/60 in der Frage der Westintegration der Bundesrepublik - die Prinzipien der internationalen Entspannungspolitik (und damit implizit ebenso der veränderten Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik seit 1969) inhaltlich akzeptieren und in ihre eigene Politik einbeziehen[56].

[56] Erste Anzeichen für eine derartige partielle Neudefinition des eigenen politischen Standorts konnten in b e i d e n Unionsparteien nach der Bundestagswahl 1980 registriert werden; so sprachen Christliche Demokraten von der Notwendigkeit, die Union auf dem Feld der Außen- und Deutschlandpolitik aus der 'Neinsage-Ecke' herauszuführen (Ernst Albrecht) bzw. ihre 'Kontaktschwäche nach Osten' zu beheben (Lothar Späth), während der nordrhein-westfälische Präsidiumsvorsitzende der CDU, Kurt Biedenkopf, die Unionsparteien aufforderte, über die vom CSU-Vorsitzenden benutzte Formel des 'Pacta sunt servanda' hinaus zu gehen.

Zuvor hatte im ähnlichen Sinne der wiedergewählte Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Friedrich Zimmermann, den Wunsch der Opposition formuliert, einen 'Schlußstrich' unter die zehn Jahre währende Auseinandersetzung über bundes-

Zum anderen: Christliche Demokraten und Christlich-Soziale waren jene wesentlich n e u e n Elemente der zweiten deutschen Demokratie, die einen Großteil der Kräfte in das politische System der Bundesrepublik zu integrieren vermochten, die in der ersten deutschen Republik Parlamentarismus und Parteiwesen bekämpft und letztlich zerstört hatten. Dementsprechend ist ihre Lage heute einzuschätzen; nachdem CDU und CSU über zwanzig Jahre lang Gruppen und Parteien zumeist konservativer politischer Ausrichtung (wie die Bayernpartei, den BHE, die Deutsche Partei oder die NPD) inzwischen fast ebenso vollständig absorbiert haben wie die diversen 'national-liberalen' ehemaligen Parteigänger der FDP, steht die Union nun vor der Aufgabe, sich neue, das heißt andere politische Resourcen zu erschließen. In einem Augenblick, da Politikwissenschaftler wie von Krockow in bewußter Absetzung zu dem von Dahrendorf vor wenigen Jahren geprägten Begriff des 'sozial-demokratischen Konsens' in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland bereits einen 'sozialdemokratischen Dissens' prognostizieren zu können glauben[57], besitzt die Union ein Chance, anders als die in der Regierung gebundenen, aber schon allein aus ihrer ganzen Tradition heraus sehr viel mehr auf den Staat und dessen gesellschaftlichen Interventionsmechanismus fixierten Sozialdemokraten, (derzeit noch) politische Schlagworte wie 'Bürgerfreiheit' oder 'bürgerliche Selbstverwaltung' zu attraktiven Leitsätzen des eigenen politischen Programms zu machen.

In jedem Fall stellen sich die Problematik wie die Frage nach den Perspektiven des Unionsbündnisses dem Betrachter als Untersuchungsfelder dar, für die die politische Zäsur des Jahres 1969 und darin vor allem die Übernahme der Funktionen einer parlamentarischen Opposition durch CDU und CSU von entscheidender Bedeutung waren und die damit auch eine Rechtfertigung für die zeitliche Beschränkung des Untersuchungszeitraums auf die zehn Jahre danach zu bieten vermögen.

[56] Forts.: republikanische Ostpolitik zu ziehen, vgl. unter anderem Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.11.1980, S. 1

[57] Vgl. Christian Graf von Krockow: Was wird aus der Union? Die CDU/CSU steht vor einer Wende ihrer Politik, Sie braucht ein neues Programm für die Zukunft, in: Die Zeit vom 24.10.1980, S. 9f.

1. Historischer Überblick - die deutsche Frage als Grundsatzfrage christlich-demokratischer und christlich-sozialer Politik

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges war mit der totalen Niederlage Deutschlands und der Besetzung durch die Siegermächte auch die Verantwortung für Deutschland - zunächst jedenfalls - in die Hände der Alliierten übergegangen. Nach dem Willen der alliierten Kriegsgegner sollte die Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland der Beginn einer umfassenden Neugestaltung des mitteleuropäischen und zugleich des globalen politischen Systems sein.[1]

Nicht aber die erhoffte politisch 'heile Welt' oder eine auch nur ansatzweise Lösung der mit dem Begriff 'Deutschland' seit mehreren Jahrhunderten fast schon synonymen 'deutschen Frage' hatten am Ende der Kriegs- und Nachkriegskonzepte für Deutschland[2] gestanden, sondern die Auswirkungen des sich seit 1946/47 ständig verschärfenden und 195o in der Korea-Krise kulminierenden Ost-West-Konflikts mit den USA und der UdSSR als antagonistischen Führungsmächten. Europa und speziell Deutschland waren durch die langen Kämpfe derart geschwächt, daß sie in der ersten Nachkriegszeit auf äußere Hilfe angewiesen und von äußerem Einfluß abhängig blieben, wobei diese Verlagerung des internationalen Kräfteverhältnisses ganz wesentlich auch auf den Beginn des Atomzeitalters zurückzuführen war.

Vor diesem weltpolitischen Hintergrund mußte die Deutschlandpolitik der Alliierten gesehen werden. Sie war zunächst geprägt von der tiefen Furcht gegenüber einer potentiellen neuen deutschen Großmachtstellung. Mit der Zunahme der Spannungen der ehemaligen Kriegsverbündeten untereinander jedoch trat an die Stelle von Neutralisierung und Kontrolle die schrittweise Assimilierung des jeweiligen Besatzungsgebietes in den eigenen Herrschaftsbereich. Für die Vereinigten Staaten und ihre beiden europäischen Partner Großbritannien und Frankreich wurde Westdeutschland, analog dem Verhältnis UdSSR - sowjetisch besetzte Zone, immer mehr zu einem möglichen, in den sich herausbildenden Blocksystemen sogar unverzichtbaren Bundesgenossen.

[1] Vgl. unter anderem: Günter Moltmann: Zur Formulierung der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 15, 1967, S. 299-322

[2] Vgl. dazu: Lloyd C. Gardner: America and the German 'Problem', 1945-1949, in: Bernstein, Barton J. (Hg.): Politics and Policies of the Truman Administration, Chicago 197o, S. 113-148

1.1. Die 'verwaltete' deutsche Frage - christlich-demokratische/christlich-soziale Außen- und Deutschlandpolitik

Dieser weltpolitischen Grundkonstellation entsprachen die beginnenden eigenen politischen Aktivitäten der neu eingerichteten Institutionen der westdeutschen Bundesrepublik, deren erster Bundeskanzler, Konrad Adenauer, - um seine Westpolitik und ihre Glaubwürdigkeit nicht zu gefährden - weitgehend auf eine aktive Ostpolitik verzichtete, die zumindest hätte versuchen können, die Möglichkeiten eines Ausgleichs mit der Führungsmacht in Osteuropa, das hieß mit der Sowjetunion, schrittweise zu prüfen.

Besonders sichtbar geworden war diese Konzeption Adenauers bei der Reaktion des Kanzlers auf die sowjetische Note vom 1o. März 1952, in der der Grundriß eines Friedensvertrages mit Deutschland als Verhandlungsgrundlage angeboten wurde. Ob die von der Regierung Adenauer zurückgewiesenen Verhandlungen zu einem Erfolg in Richtung auf eine Wiedervereinigung geführt hätten, war sicher fraglich, zumal die anderen europäischen Mächte einem wiedervereinigten neutralen Deutschland ihrerseits mit nicht unbedeutender Skepsis gegenüberstanden[3]. Die Weigerung aber, östliche Offerten überhaupt auf mögliche akzeptable Inhalte ernsthaft zu überprüfen, ließ politische Gegner des Bundeskanzlers wie den 1951 zurückgetretenen Innenminister Heinemann von einer der zahlreichen 'Irreführungen' und 'Selbsttäuschungen' der nach seiner Ansicht falschen Deutschlandpolitik der CDU/CSU sprechen[4].

Derart geäußerte Kritik vermochte jedoch kaum die positive Bilanz der deutschen Außenpolitik in den fünfziger Jahren zu trüben. Adenauers außen- und deutschlandpolitische Konzeption fügte sich ohne große Reibungsverluste ein in die amerikanische Politik-Strategie des 'roll-back', der damit zugleich der Rang der außenpolitischen Leitidee des westlichen Bündnisses auch für die Bundesrepublik zugemessen werden mußte.

[3]Vgl. Paul Y. Hammond: Directives for the Occupation of Germany: The Washington Controversy, in: Stein, Harold (Hg.): American Civil-Military Decisions. A Book of Case Studies, Birmingham, Alabama 1963, S. 311-46o

[4]Vgl. Gustav W. Heinemann: Nachwort (S. 9, 1965), in: ders.: Artikel und Reden, S. 156 f.

Erst angesichts der sich nach dem Rücktritt und Tod des amerikanischen Außenministers John F. Dulles (gest. 24. Mai 1959) beschleunigt verändernden weltpolitischen (und hier vor allem sowjetisch-amerikanischen) Konstellation bedeutete die nahezu unverändert beibehaltene Haltung der Bundesregierung in zunehmendem Maße, daß es in der Deutschlandpolitik nicht mehr darum ging, Fortschritte in bezug auf die deutsche Wiedervereinigung zu machen, sondern daß es immer schwieriger wurde, auch nur eine Sanktionierung des Status quo zu vermeiden, an der die Alliierten mehr und mehr Interesse zu gewinnen schienen.

Aus diesen Gegebenheiten zog bereits Adenauer selbst die Konsequenzen, als er sich seit Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre bestrebt zeigte, die deutsche Frage in den Hintergrund treten zu lassen und sie möglichst von den Tagesordnungen der Ost-West-Verhandlungen fernzuhalten. Zugleich suchten auch schon er und der 1961 als Nachfolger von Brentanos neu ernannte Bundesminister des Auswärtigen, Gerhard Schröder, den direkten Kontakt zu den osteuropäischen Staaten und insbesondere der Sowjetunion, um so die Deutschlandfrage nicht zu einem Handelsobjekt der früheren Alliierten werden zu lassen. Doch obwohl bereits Adenauer von der Realität gesprochen hatte, daß bei der Lösung der deutschen Frage die vierte Siegermacht, die Sowjetunion, mitwirken mußte und auch die Deutschen selbst nichts unversucht lassen dürften, die UdSSR zu einer Änderung ihrer Haltung hierzu zu veranlassen[5], mußte gleichfalls am Ende der Regierungszeit seines Nachfolgers Ludwig Erhard und der von seinem Außenminister Schröder praktizierten 'Politik der Bewegung' in Richtung Osten bei einer Bilanz der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik noch festgestellt werden, daß der überwiegende Teil der Fragen und Probleme weiter ungelöst war und in welch hohem Maße zugleich die deutschen Probleme eine internationale Politik der Entspannung erschwerten[6].

Der Bundesrepublik war es - zum Teil auf Grund innenpolitischer bzw.

[5]Vgl. Adenauer: Erinnerungen, Bd. 3, S. 35o f.

[6]Vgl. Jacobsen: Mißtrauische Nachbarn, S. 215

innerparteilicher Widerstände in den Regierungsparteien CDU und CSU[7] - bis zur Mitte der sechziger Jahre nicht gelungen, jene in den fünfziger Jahren gekannte Konkordanz zwischen (west-)deutscher Außenpolitik und dem Grundtenor der Weltpolitik wieder herzustellen. Dieser Umstand trug entscheidend mit zum schnellen Sturz des einstmals so populären 'Vaters des Wirtschaftswunders', Ludwig Erhard, und seiner Regierung bei[8].

Hatten die Regierungen Adenauer und Erhard schließlich vergeblich versucht, der speziell für Deutschland bestehenden Gefahr zu begegnen, daß die USA als westliche Führungsmacht allmählich der Neigung erlagen, eine Sanktionierung des Status quo in der Deutschlandfrage zu akzeptieren, wenn nicht sogar anzustreben[9], so suchte sich die 1966 gebildete Große Koalition aus CDU/CSU und SPD explizit den weltpolitischen Entspannungstendenzen anzupassen:

> "Die deutsche Regierung tritt für eine konsequente und wirksame Friedenspolitik ein, durch die politische Spannungen beseitigt und das Wettrüsten eingedämmt werden. Wir werden an Vorschlägen zur Rüstungskontrolle, Rüstungsverminderung und Abrüstung mitarbeiten"[10].

Aber wie zuvor war auch nach Wiederauflösung dieser für die Bundesrepublik neuartigen und dank ihrer parlamentarischen Unangreifbarkeit eigentlich mit bislang kaum gekannten Möglichkeiten ausgestatteten Regierungskonstruktion der Eindruck entstanden, daß sich die westdeutsche Außen- und Deutschlandpolitik in vielfältigen Wortgefechten festgefahren hatte; in ihnen waren die Unionsparteien von der Linie der Großen Koalition teilweise wieder auf politische Standorte der fünfziger Jahre zurückgewichen, so wie es parallel dazu ebenso bei SPD und FDP Kräfte gab, die sich von jenem realistischen Mittelweg entfernten, den die Regierung Kiesinger/Brandt im Dezember 1966 eingeschlagen hatte[11].

[7] Vgl. unter anderem Besson: Außenpolitik, S. 31off.

[8] Vgl. ebenda, S. 348ff.

[9] was sich unter anderem bereits darin anzudeuten schien, daß die USA mit der sowjetischen Formel von der 'Lösung der deutschen Frage' den Gedanken akzeptierten, daß dies auch anders als durch eine Wiedervereinigung geschehen könne, vgl. Hans Buchheim: Andenauers Deutschlandpolitik, in: Konrad Adenauer, S. 94

[10] Regierungserklärung Bundeskanzler Kiesingers vom 13.12.1966, in: Rummel: Große Koalition, S. 189

[11] Vgl. Besson: Außenpolitik, S. 429f.

1.2. Die 'Politik der kleinen Schritte' - die Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition

War mit dieser Entwicklung ein CDU/CSU-FDP-Bündnis jedenfalls unter außenpolitischen Gesichtspunkten immer schwieriger und daher unwahrscheinlicher geworden[12], so mußte der Regierungswechsel von 1969 eher als politische Zwangsläufigkeit, denn als eine 'Verschwörung gegen den Wahlsieger CDU/CSU'[13] angesehen werden. Er war verbunden mit dem Wandel der innenpolitischen Konditionen in der Bundesrepublik und den außenpolitischen Konstellationen, unter die sich eine Regierungspolitik in Bonn gestellt fand und denen sich die Unionsparteien durch einen Verzicht auf den Wandel der eigenen Anschauungen, Methoden und Maßstäbe nicht angepaßt hatten. Dennoch konnte von einer politischen oder personellen Erschöpfung der Union keineswegs die Rede sein. Sie hatte die Bundestagswahl nicht verloren, sondern wenn auch nur knapp, gewonnen, aber sie war eben doch nicht mehr stark genug gewesen, ihre Herrschaft und damit die Regierungsmacht auf Bundesebene gegen SPD und FDP zu behaupten[14].

Die sozial-liberale Koalition hatte sich über längere Zeit hinweg angebahnt, sie erschien als eine "Konsequenz der außen- und innenpolitischen Herrschaftsbedingungen"[15]. Das Vertrauen der Bevölkerung der Bundesrepublik in ungestörte ökonomische Wachstumsraten war durch die (zwischenzeitlich weitgehend bewältigte) Wirtschaftskrise in der Mitte der sechziger Jahre gebrochen worden, der Übergang vom Glauben an das 'Wirtschaftswunder (West-)Deutschland' zu einer wirklichen nationalen Identität nicht zuletzt durch das Festhalten an überkommenen außenpolitischen Prinzipien aber noch nicht vollzogen. Das dabei vorrangige Problem stellte sich für die Bundesrepublik im Jahre 1969 in der fiktiven Kontinuität zwischen dem Reich von 1871 (in den Grenzen von 1937) und dem noch als 'Provisorium' apostrophierten staatlichen Gebilde von 1949 dar. Deutschlandfrage und Deutschlandpolitik waren prädestiniert dazu, Kristallisationspunkte politischer Kontroversen zu werden.

[12] Vgl. ebenda, S. 431

[13] Vgl. Deutschland-Magazin, Nr. 3, 1971, S. 7

[14] Vgl. Bavendamm: Bonn unter Brandt, S. 1o f.

[15] Ebenda, S. 1o

Die mit hochgespannten Erwartungen und im Vergleich zur Politik früherer christlich-demokratischer und christlich-sozialer Bundesregierungen sehr weitgehenden Vorleistungen gegenüber der Sowjetunion eingeleitete neue Deutschland- und Ostpolitik - im Rahmen einer allgemein propagierten 'Friedenspolitik' - baute die ohnehin schon zu großen Teilen zusammengebrochenen deutschlandpolitischen Positionen in der bundesrepublikanischen Politik weiter ab und trug somit zu einer mehr nüchtern-realistischen Einschätzung deutscher Probleme auch in der breiten Öffentlichkeit bei; sie ließ zugleich aber ebenso eine Entspannungseuphorie entstehen, deren Eigendynamik eine Kursänderung in der Deutschland- und Ostpolitik oder gar eine Rückkehr zu einer - angesichts der trotz aller Abrüstungsgespräche und der zwischen den Weltmächten erzielten Teilabkommen fortgesetzten militärischen Aufrüstung potentiell angemessen erscheinenden - anderen Bewertung machtpolitischer Faktoren nahezu unmöglich machte.

Die im Zuge dieser Politik abgeschlossenen Ostverträge mit der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei sowie der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag bestätigten einerseits den seit 1945 faktisch längst festliegenden Verlust der deutschen Ostgebiete und implizierten andererseits die Aufgabe jeglichen deutschen Alleinvertretungsanspruchs und damit jeder künftigen Einmischung der Bundesrepublik in die inneren Angelegenheiten der in ihrer Staatlichkeit voll anerkannten DDR. Nur "noch einige hauchdünne und hochabstrakte Vorbehaltsformulierungen"[16] trennten den zweiten deutschen Staat am Schluß der ersten Phase sozial-liberaler Deutschlandpolitik von seinem jahrzehntelang hartnäckig verfolgten Ziel: Der völkerrechtlichen Anerkennung durch die Bundesrepublik Deutschland. Es war eine von der christlich-demokratischen, aber insbesondere der christlich-sozialen Opposition als "Begriffsakrobatik in ... Kernfragen unserer Politik"[17] schon frühzeitig abgelehnte Handhabung der deutschen Frage.

Für CDU und CSU blieb ebenso Westberlin, gleichgültig was und auf

[16] Bernard Willms: Entspannung und Abgrenzung, Die objektiven Widersprüche der gegenwärtigen Ost-West-Politik, in: Blumenwitz: Partnerschaft, S. 67

[17] Karl Theodor von und zu Guttenberg: Rede vor dem BT am 29.1o.1969, in: Meisner: Ostpolitik, S. 391

welcher politischen Ebene darüber vertraglich vereinbart wurde, immer ein Ansatzpunkt für Pressionsversuche der Sowjetunion gegenüber der Bundesrepublik und dem Westen insgesamt; das den von der Opposition befürchteten 'Status quo minus' tatsächlich auf unabsehbare Zeit fixierende Viermächteabkommen über (West-)Berlin von 1971 hatte nach Meinung der Union allein durch sein Zustandekommen in Verhandlungen auf internationaler Ebene noch erheblich zu dem eingetretenen Zustand politischer Labilität in Deutschland und Europa beigetragen.

Daneben schloß die neue Deutschlandpolitik seit 1969 als einen ihrer wesentlichen Inhalte eine veränderte Haltung zur nationalen Frage ein. Es galt, nationale Betonung oder gar Überbetonung zu dämpfen, um damit nicht das höchste selbstgesteckte Ziel, die Wahrung der Einheit der Nation in Deutschland[18], durch eine auch auf diesem Sektor provozierte Abgrenzungsreaktion seitens der DDR zu gefährden[19].

Es war nur natürlich, daß die Opposition auch an gerade diesem von der sozial-liberalen Koalition selbst gesetzten Maßstab die Ergebnislosigkeit der neuen Politik zu demonstrieren suchte und dabei zu dem Schluß kam, daß seit dem Beginn der Politik der neuen Regierung die beiden Teile der deutschen Nation keineswegs einander näher gekommen seien. Sollte noch in dem 1972 abgeschlossenen Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik die gemeinsame deutsche Nation herausgestellt werden - was als einer der Hauptzwecke dieses Vertrages bezeichnet werden darf - so sah ihn die Union als nicht erfüllt an. Aus ihrer Sicht enthielt der Grundlagenvertrag von der Nationfrage schon nichts mehr[20].

[18] Vgl. Regierungserklärung Bundeskanzler Brandts vom 28.1o.1969, in: Texte, Bd. 4, Seite 12

[19] Die am 7.1o.1974 in Kraft getretene Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6.4.1968 sieht sowohl eine eigene Staatsbürgerschaft der DDR (Abschnitt II, Kapitel 1, Artikel 19, Absatz 4) als auch eine eigene Nationalität vor, die mit dem Begriff vom'Volk der DDR' und seiner 'nationalen Selbstbestimmung' (Präambel der Verfassung vom 7.1o.1974) die alte Formel von 'der ganzen deutschen Nation' (Präambel der Verfassung vom 6.4.1968) ersetzte, vgl. 'Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik' in der Fassung vom 7.1o.1974, in: Junge Welt vom 2.1o.1974 (Beilage)

[20] Manfred Abelein: Rede vor dem BT am 31.1.1975, in: Informationen zur Deutschlandpolitik, Heft 5, 1975, S. 27

Es fehlte in der Überzeugung der überwiegenden Mehrheit der Opposition für die westdeutsche Bevölkerung jener Identitätsfaktor, der für alle historisch gewachsenen Staaten, insbesondere die großen Nationalstaaten in Ost und West, konstitutiv ist. Für den Verlust dieses elementaren Bestandteils nationaler Eigenständigkeit, der sich unter anderem in der Mißachtung der Vertriebenenverbände durch die Bundesregierung zeige, machten CDU und CSU ursächlich die Deutschland- und Ostpolitik der Regierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher als ein folgenschweres Fehlverhalten in bezug auf eine positive Lösung der Deutschlandfrage verantwortlich.

> "Schon Brandts Bekenntnisse zur Einheit der Nation wurden immer schwächer. Letztlich verkroch er sich nur noch hinter der Kulturnation, die er als Klammer vorschob. Ich habe gar nichts gegen die Kulturnation, aber wir werden in diesem Zusammenhang mißtrauisch. Ich bin auch bei der Rede von Helmut Schmidt ('Erklärung der Bundesregierung betr. die Lage der Nation' am 3o. Januar 1975, Anm. d. Verf.) sehr mißtrauisch geworden, als er die Kulturnation so deutlich herausstellte. Denn es war bezeichnend, daß hier nur ein bestimmter Gegensatz besteht"[21].

Während CDU und CSU die deutsche Nation und die nationale Einheit immer eindeutiger zum Kernpunkt ihrer Alternativvorstellungen in der Deutschlandpolitik erhoben - wie in der Rede des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Carstens am 3o. Januar 1975[22] - sahen sie in einem entgegengesetzt verlaufenden nationalen Reduktionsprozeß auf seiten der Regierung ihre bereits am Anfang sozial-liberaler Deutschlandpolitik stehenden Bedenken gegen die neue Deutschland-Konzeption schließlich in vollem Umfang bestätigt. Die These des früheren außenpolitischen Sprechers der CSU, von und zu Guttenberg, daß die von SPD und FDP betriebene Regierungspolitik einem Anerkennungskurs gegenüber dem zweiten deutschen Staat gleichkomme[23], hatte sich im Urteil der Opposition verifiziert, und zwar nicht nur bezüglich einer Anerkennung der staatlichen Teilung Deutschlands, sondern auch bereits in Hinblick auf die, von der Bundesregierung nur noch nicht formell eingestandene, Anerkenntnis der Nicht-Existenz einer gemeinsamen deutschen Nation.

[21] Ebenda

[22] Vgl. Karl Carstens: Rede vor dem BT am 3o.1.1975, auszugsweise abgedruckt in: ebenda, S. 24 f.

[23] Vgl. Karl Theodor von und zu Guttenberg: Rede vor dem BT am 27.5.197o, in: Texte, Bd. 5, S. 194

2. Exkurs: Die Nation-Frage - 'staatliche Existenz' und 'nationale Identität' in der Bundesrepublik Deutschland

Das Verständnis von deutscher Nation, insbesondere das Problem ihrer fortgesetzten Geltung für das gesamte, nach 1945 aufgeteilte ehemalige Gebiet des Deutschen Reiches (und darüber hinaus), gerieten zu dem primären und zugleich immer häufiger artikulierten Punkt in der Argumentation der Opposition gegen die 'Neue Deutschland- und Ostpolitik'.

Doch es war ein bereits historisch zu konstatierender Mangel an nationaler Identität mit dem jeweiligen politischen System in Deutschland[24], der sich auch nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus in fast gleicher Weise fortgesetzt hatte.

[24] Die Begriffe 'deutsch', 'Deutscher', 'deutsches Volk', 'deutsche Nation' waren über lange Zeitperioden nicht mit eindeutigen Inhalten versehen. Es kann ganz allgemein gelten, daß die Nationalität eines Volkes eine sehr vielschichtige Determinante ist, und fallen die von wissenschaftlicher Theorie und politischer Praxis vorgenommenen Inhaltsgebungen nicht selten weit auseinander, so gilt das für den deutschen Bereich doppelt. Der deutsche Volks- und Nationbegriff deckte sich fast nie mit den politischen Gegebenheiten und bereitet auch heute noch der Politik immer neue Schwierigkeiten.

Für das Werden eines Volkes zur Nation kommt dem Staat eine ausschlaggebende Bedeutung zu, da er ausnahmslos zum Kristallisationspunkt der zu politischem Bewußtsein erwachenden Einzelkräfte innerhalb des Volkes wird. So wird in den meisten westlichen Staaten der Umfang der Nation von den Staatsgrenzen her definiert, auf deutschem Territorium hingegen, wo der einheitliche Staat fehlt, stellt die deutsche Nation bestenfalls jenes "Band um das gespaltene Deutschland" dar, von der Willy Brandt ein Jahr nach dem Regierungseintritt der sozialliberalen Koalition in Bonn sprach.

Der "ins Universale und allgemein Menschliche" erweiterte deutsche Nation-Begriff bei Friedrich Meinecke zeigt, wie sich diese Tendenz zur weitgehenden Eliminierung politischer Alltagsrealität aus Begriff und Idee der Nation und seine Ausfüllung mit der Sphäre des 'Ewigen' und quasi Religiösen mühelos in die deutsche Geschichte zurückverfolgen läßt, vgl. Friedrich Meinecke: Weltbürgertum und Nationalstaat, Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates, München[9] 1969; dazu Alfred Jüttner: Die deutsche Frage, Eine Bestandsaufnahme, Köln 1971

Nach Beendigung des Krieges war allein der Wille der Besatzungsmächte zum Träger der hoheitlichen Gewalt in Deutschland geworden und erst allmählich entfaltete sich mit fortschreitender Normalisierung der Lage wieder eine eigene deutsche Staatsgewalt auf allen Ebenen. Die Frage nach Bruch[25] oder Kontinuität[26] deutscher Staatlichkeit angesichts der Vorgänge des Jahres 1945 jedoch wurde unbeschadet des 'unconditional surrender' vom 8. Mai 1945, im Westen stets mit der These von der Weiterexistenz Deutschlands beantwortet.

Für den Osten existierte zu keiner Zeit ein Deutschland in den Vorkriegsgrenzen. Bereits im Dezember 1950 erklärte Wilhelm Pieck als Präsident der Deutschen Demokratischen Republik bei der Ankunft in Warschau, daß sein Besuch Polens und die vorgesehene Ratifizierung des Abkommens über die Festlegung der deutsch-polnischen Staatsgrenze an der Oder und in der Lausitzer Neiße ein weithin sichtbares Symbol dafür seien, daß zwischen den beiden Völkern und Staaten alle strittigen Fragen geregelt und so eine dauerhafte Grundlage für 'einigen Frieden' und 'unzerstörbare Freundschaft' geschaffen seien[27].

Auf der Grundlage einer unterschiedlichen Definition der deutschen Nachkriegsgrenzen bestand im zweiten deutschen Staat demnach ein subjektiv anderes Staatsverständnis, das sich nicht mehr auf die Kontinuität mit dem Staat von Weimar oder dem zweiten deutschen Kaiserreich berief, sondern vielmehr in der geographischen wie politischen Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg erst die Grundlage des eigenen Staatsorganismus sah (bzw. sehen mußte).

[25] Vgl. als Protagonisten dieser Theorie Hans Kelsen: The international legal status of Germany to be established immediately upon termination of war, in: American Journal of International Law, Bd. 38, 1944, S. 689 ff.

[26] Diese Ansicht wurde von der weitaus größten Zahl der Staatsrechts- und Völkerrechtslehrer vertreten; vgl. die Entschließung der deutschen Völkerrechtslehrer auf ihrer ersten Hamburger Tagung vom 17.4.1947: "...Das Deutsche Reich ist auch nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und der Besetzung ein Staat mit eigenen Staatsangehörigen und ein Subjekt im Sinne der allgemeinen Völkerrechte geblieben ...", aus: Jahrbuch für Internationales Recht, Bd. 1, 1947, S. 6

[27] Vgl. Pieck: Reden, S. 14 f.

2.1. Die Problematik eines neuen deutschen Nationalstaates in der Parteipolitik von CDU und CSU

Neben den Themen 'nationale Vergangenheit' und 'innere Einheit' bildete der Begriff der staatlichen Souveränität - obwohl viel seltener genannt als die Wiedervereinigung - den dritten großen Kristallisationspunkt des Nationalbewußtseins in Deutschland nach den beiden Weltkriegen. Doch ähnlich wie etwa die Idee der deutschen Kultur wurde die seit dem neunzehnten Jahrhundert mit dem Nationalstaat verbundene Souveränität primär zu einem abstrakten Wortbegriff und weniger zu einem Erkenntnisproblem.

Nach außen gerichtet kann Souveränität summarisch als 'nationale Unabhängigkeit' definiert werden oder wie in der Beschreibung von Carlo Schmid bei der Erörterung der Pariser Verträge, als "der eigentlich substantielle Gehalt dieses Begriffes - das Recht einer Nation, ohne Genehmigung, ohne Zustimmung eines Dritten, die Formen und Inhalte ihrer politischen Existenz zu bestimmen und demgemäß nach innen und außen zu handeln"[28]. Dies jedoch, so schränkte Schmid selbst ein, sei eine Rechtsidee oberhalb der realen Machtverhältnisse, die das eigentliche politische Maß setzen[29].

Die nach innen durch bundesstaatliche Hoheitsgewalt gekennzeichnete Souveränität stellt im Gegensatz zu dieser klassischen Version von Staatssouveränität mit ihrer Ableitung vom Volk in der Weimarer Verfassung und so auch wieder in der Bundesrepublik Deutschland etwas konstitutiv Neues dar. Innere Souveränität wird seitdem demokratisch und national zugleich gesehen, das heißt in einer Ideenkombination, die Souveränität bereits mit dem Begriff der Nation als gegeben voraussetzt[3o].

Auf dieser Ebene der Argumentation sind sich alle großen Parteien in der Bundesrepublik weitgehend einig. Der außenbezogene Souveränitätsbegriff, etwa im Sinne der unabhängigen Macht eines 'wirklichen'

[28] Carlo Schmid: Rede vor dem BT am 26.2.1955, in: Deutscher Bundestag, Sten. B.II, S. 3821

[29] Vgl. ebenda

[3o] Vgl. ebenda, S. 3825

deutschen Staates bei Treitschke[31], kann in der Gegenwart als kaum noch existent angenommen werden. Es ergibt sich eine Art 'Realdefinition', die als noch verbliebenen Kern der Souveränität für Länder wie Deutschland das bloße Mitspracherecht in allen sie betreffenden Fragen zum Inhalt hat. Von diesem reduzierten Begriff nationaler Souveränität ist es nur noch ein Schritt zu der vor allem von Sozialdemokraten vertretenen Erkenntnis[32], die bereits weitreichende Konsequenzen für das Selbstverständnis von Staat und Nation mit sich bringt: Die Souveränität wird als grundsätzlich teilbar angesehen[33]. Diese Anschauung von 'realer Souveränität' führt so nicht nur zu einem klaren Widerspruch zu den bekannten alten Souveränitätstheorien, etwa von Bodin[34], sondern markiert ebenso jene Scheidelinie, an der die parteipolitischen Anschauungen in der Bundesrepublik hart aufeinanderstoßen.

Christlich-demokratische und hier speziell konservative Vorstellungen von der Qualität des Souveränitätsbegriffs heben sich bereits im Vorfeld der oben genannten Überlegungen zur Reduktion staatlicher Souveränität davon ab. Nicht erst die Teilung von Souveränität brächte in sich Gefahren für Staat und Nation, sondern schon deren Wertminderung in Theorie und Praxis. Gerade zur Zeit der Bildung der beiden deutschen Staaten, so ihre Argumentation, hätten die Nachwirkungen der unheilvollen Demontagepolitik und die durch das Besatzungsstatut auferlegten Souveränitätsbeschränkungen die Idee eines Kernstaates in geradezu verhängnisvoller Weise überschattet[35]; dieses nachträglich gezeichnete Bild Jakob Kaisers zeigt die Identifikation von Souveränitäts- und nationaler Substanz, deren paralleler Schwund hier beklagt wird. Die Tatsache jedoch, daß im Unterschied zu 1918/19 eine im Sinne der Einheit der Nation verstandene vollkommene Souveränität in Deutschland nach 1945 und erst recht vier Jahre später zumindest kurzfristig nicht mehr zu erreichen war, ließ auch Politiker der CDU und CSU bald ihren politischen Anspruch hierauf modifizieren. Angesichts eines historisch gewandelten Hintergrundes komme es weniger auf den Souveränitätsbegriff im alten Sinne an, vielmehr sei die

[31] Vgl. Heinrich von Treitschke: Fichte und die nationale Idee (Leipzig 1862), in: Ders.: Aufsätze, Bd. 1, S. 113 ff.

[32] Vgl. mehrere zitierte Äußerungen von SPD-Politikern, in: Gabbe: Parteien und Nation, S. 303 f.

[33] Vgl. Carlo Schmid, ebenda, S. 303

'faktische Rechtsgleichheit' Deutschlands in den zukünftigen zwischenstaatlichen Beziehungen von entscheidender Bedeutung[36]. Diese vor allem unter Berücksichtigung der europäischen Einigungsbestrebungen am Anfang der fünfziger Jahre sowie des letztlich gescheiterten EVG-Vertrages zu wertende Einsicht Eugen Gerstenmaiers unterschied sich graduell von den in der Regierung vorherrschenden Anschauungen. Die außenpolitische Führung der Union mit Adenauer und von Brentano an ihrer Spitze[37] hielt weiterhin an dem vom Kanzler seit 1949 verfochtenen Leitmotiv der v o l l e n staatlichen wie nationalen Souveränität für die Bundesrepublik Deutschland fest. Auf dieser Grundlage müsse die gleichberechtigte Teilnahme bei der stufenweisen Integration (West-)Europas das Ziel Deutschlands bleiben[38].

Die damit wiederholte Gleichsetzung von 'nationaler Gleichberechtigung' und 'staatlicher Souveränität' konnte als weiteres Indiz dafür gelten, daß aus der Perspektive von Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen mit Hilfe des Postulats vollständiger Wiedererlangung der Selbstbestimmung für alle Deutschen die Begriffe 'Staats-

[34] "...former la definition de souveraineté: ... (la) puissance absolue et i n d i v i s i b l e ..." (Livre premier); vgl. Bodin: Les six Livres de la République, S. 122 f.

[35] Vgl. Jakob Kaiser in Essen am 10.8.1949, zit. bei: Gabbe: Parteien und Nation, S. 153

[36] Vgl. Eugen Gerstenmaier: Rede vor dem BT am 26.2.1954, in: Deutscher Bundestag, Sten. B.II, S. 556

[37] Bereits lange Zeit vor seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union (18.3.1961) trat Franz Josef Strauß als d e r bundespolitische Vertreter seiner Partei in Bonn auf, während sich die Parteivorsitzenden - zumeist gleichzeitig im Amt des bayerischen Ministerpräsidenten (Hans Ehard 1946-1955; Hans Seidel 1957-1961) - nach dem Sturz Josef Müllers im Mai 1949 vorwiegend als Landespolitiker in Bayern betätigten; vgl. Mintzel: Geschichte der CSU, S. 112 und S. 345 ff.

[38] Vgl. Adenauer: Erinnerungen, Bd. 1, S. 341 ff.

souveränität' und 'Nation' auch für das deutsche Volk ihre Bedeutung wiedererlangen sollten - wenn auch nicht im traditionell nationalstaatlichen Sinne, sondern in demselben Maße, wie sie für alle anderen, am Prozeß der europäischen Integration teilnehmenden Völker Geltung besitzen würden. Doch auch in dieser reduzierten Form blieb die Souveränität als politischer Leitwert noch erhalten, eng verbunden mit Volk/Nation und Staat. Undeutlich blieb auf dieser allgemeinen Ebene ihrer Zielvorstellungen nur, inwieweit eine Abweichung von den tradierten Absolutheitswerten für CDU und CSU tolerierbar war und welche Motive für eine Beschränkung der nationalen Hoheit als genügend gelten sollten[39].

Über beide Fragen entstand jene folgenreiche nationale Dauerkontroverse, die zur argumentativen Basis in den Auseinandersetzungen über eine neue Deutschland- und Ostpolitik in den siebziger Jahren wurde.

2.2. Die These von der 'Rest-Souveränität' in der CDU

Die Formel von den 'vereinigten Nationalstaaten' Europas[40] schien in den fünfziger Jahren weitgehend für die gemeinsamen Europa-Vorstellungen der Bonner Regierungskoalition Geltung zu besitzen. Bei näherer Betrachtung zeigten sich jedoch unterschiedliche Handlungs- und Bewertungskriterien in den regierungstragenden Parteien CDU und CSU, die dem aus der historischen Sicht gezogenen summarischen Urteil einige Differenzierungen hinzufügten.

Bei den Christlichen Demokraten war eine starke Tendenz zur Überwindung jeglichen Nationalismus' zu verzeichnen. Politische Kategorien waren nicht mehr nationalstaatlich, sondern erweiterten sich um eine gesamteuropäische Perspektive, die in sich eine nicht unbeträchtliche Einschränkung der zuvor genannten nationalstaatlichen Komponente bedingten.

[39] Vgl. die unpräzisen, ganz auf das pragmatische Element seiner Politik abgestimmten Äußerungen Konrad Adenauers hierzu, in: Adenauer: Erinnerungen, Bd. 2, S. 19 ff.

[40] Vgl. Adenauer: Erinnerungen, Bd. 2, S. 16 f.

Angesichts der nach dem Zweiten Weltkrieg von ihm beobachteten politischen Entwicklungen erklärte sich der westdeutsche Bundeskanzler ausdrücklich dazu gezwungen, nationale Vorstellungen und Traditionen preiszugeben[41]; die Übertragung nationalstaatlicher Kategorien auf die europäische Ebene führte dabei bis hin zu der Kernthese, daß dies auch praktisch in der Transformation von deutscher und anderer Souveränität auf echte übernationale Organisationen bewirkt werden müsse.

Eine solche Umorientierung prägte das Nationalbewußtsein christlich-demokratischer Politiker derart nachhaltig, daß ihnen nicht selten der Vorwurf gemacht wurde, die Konsequenzen ihrer Ideen ließen daran zweifeln, ob von deutschem Bewußtsein bei ihnen überhaupt noch etwas übrig sei. Daran war soviel richtig, daß zum Beispiel bei dem von diesem Vorwurf zeitweise ebenfalls betroffenen Adenauer nicht alleine seine aus der Kölner Zeit stammenden anti-preußischen, rheinischen Westeuropa-Vorstellungen zur Erklärung herangezogen werden mußten[42], sondern ebenso ein grundsätzlicher antinationalistischer Affekt, der in der Zeit des 'Dritten Reiches' zum Fixpunkt seiner antinational-sozialistischen Gesinnung geworden war[43]. Adenauers grundsätzliche Verurteilung der zerstörerischen Rolle des Nationalismus ist im übrigen auch schon Element seiner Europasympathien in der Nachkriegsphase 1918-192o (siehe seine Haltung zur Paneuropa-Bewegung von Graf Coudenhove-Callerghi). Mit der Erinnerung an die fatalen Konsequenzen, die das Scheitern der Weimarer Demokratie gezeitigt hatte, verband sich daher umso leichter - und nicht nur bei Adenauer allein - eine Überzeugung, daß sich die Nationen Europas jetzt oder nie einigen müßten, da die historische Chance unwiederbringlich und für alle europäischen Staaten ohne Alternative sei[44]. Es lag in der inneren Logik einer solchen politischen Grundhaltung, daß der ersten praktischen Souveränitätsübertragung an eine supranationale Institution

[41] Vgl. ebenda, S. 19

[42] Vgl. zum Beispiel die Rheinstaat-Pläne Adenauers während der Zeit der englischen Besetzung Kölns 1918/19, in: Marie-Luise Recker: Adenauer und die englische Besatzungsmacht (1918-1926), aus: Stehkämper: Konrad Adenauer, S. 1o4 ff.

[43] Vgl. Rudolf Morsey: Adenauer und der Nationalsozialismus, in: ebenda, S. 46o ff.

[44] Vgl. Adenauer: Erinnerungen, Bd. 2, S. 13

im Rahmen des Schumann-Planes 1951 der Rang eines Vorgangs von welthistorischer Bedeutung beigemessen wurde, der das E n d e d e s N a t i o n a l i s m u s in all diesen Ländern bedeuten[45] und damit ein neuer Abschnitt in der europäischen Geschichte werden könne[46]. Für Europa hatte zu Beginn der fünfziger Jahre in den Augen führender Repräsentanten der CDU eine neue Epoche begonnen, die unweigerlich auch das Verständnis von Staat und Nation nachhaltig beeinflussen mußte.

Der Ablauf eines derartigen Europäisierungsprozesses stellte sich für die Christlichen Demokraten in der Art eines allgemeinen Angleichungs- und Harmonisierungsverfahrens dar. Man nahm an, daß nach den Erfahrungen zweier Weltkriege in Europa ein genügend starkes Kollektivinteresse vorhanden sei, das die traditionellen Nationalismen und den nationalen Egoismus zu überwinden vermöge. Wenigstens eine teilweise Aufgabe der Souveränität[47] sollte von allen europäischen Staaten verlangt werden - eine Forderung, die zunächst in (West-)Deutschland die Wiederherstellung eines souveränen Staates zur Voraussetzung hatte. Im Laufe der Zeit sollte dann die Integration in Westeuropa, möglicherweise später ausgedehnt auf ganz Europa, voranschreiten und so zu einem Zusammenschluß europäischer Staaten führen, deren nationale Substanz in einem Mindestmaß an sogenannter 'Rest-Souveränität' erhalten bleiben würde. Die Anklänge an die Vorstellung von einem 'Europa der Vaterländer' Charles de Gaulles[48] wurden noch deutlicher, nahm man die realistische Einschätzung Adenauers hinzu, daß ein Warten auf alle Nationen nie zum Ziel führen werde und sich eine baldige Lösung der europäischen Probleme nur auf der Basis eines 'Klein-Europa' und nicht eines illusionären gesamteuropäischen Staates verwirklichen lasse[49].

In der CDU war man sich bewußt, daß bei dem anvisierten supranationalen europäischen Gebäude die Verfassung der alten Nationen in

[45] Vgl. ders.: Rede vor dem BT am 12.7.1951, in: Deutscher Bundestag, Sten B. I, S. 6501 (C/D)

[46] Vgl. ders.: Erinnerungen, Bd. 1, S. 423

[47] Vgl. Konrad Adenauer: Interview mit Le Monde, in: Le Monde vom 19.3.1953, S. 6

[48] "...Für Adenauer ... (konnte) es sich ebensowenig wie für mich darum handeln, unsere Völker, ihre Staaten, ihre Gesetze in irgendeiner vaterlandlosen Konstruktion aufzulösen", vgl. de Gaulle: Memoiren, S. 221

[49] Vgl. Adenauer: Erinnerungen, Bd. 1, S. 425 f.; desgl. de Gaulle: Memoiren, S.321 f.

einem reduzierten Status erhalten bleiben mußte. Zu stark verwurzelt war in Großbritannien und vor allem Frankreich die allgemeine Ansicht, man bedürfe unter dem strikten Gesichtspunkt seines Nationalinteresses und ganz im Gegensatz zu Deutschland genau genommen keiner Organisation Westeuropas, da der Krieg den beiden Staaten weder Ansehen noch Integrität geraubt habe. Ein Mann wie der französische Staatspräsident erstrebte zwar die praktische und möglichst politische Annäherung aller europäischen Staaten[50], keineswegs jedoch das vollständige Aufgehen der 'Grande nation' Frankreichs in einem europäischen Gesamtstaat.

Die in der CDU gewollte oder zumindest doch akzeptierte Europa-Konzeption kannte auch in einem realisierten Staatenverbund Westeuropas noch Franzosen, Italiener, Luxemburger oder Deutsche, in ihr wurden kulturelle Eigenart und nationales Geschichtsbewußtsein bewahrt. Die Nationen sollten als Kultureinheiten bestehen bleiben, die Bedeutung der Grenzen und die Souveränität als Voraussetzung wie Instrument einzelstaatlicher Machtausübung sollten dagegen zugunsten einer höheren Ebene vermindert werden. Die Nation als entpolitisierter Kulturträger innerhalb der geographischen Einheit Europa war in groben Umrissen als das sich verkleinernde Objekt für die alte, das politische Europa als das Objekt für die neue, zu erweiternde Vaterlandsliebe gedacht. Das Scheitern des supranationalen Kernstücks dieses Konzepts, der EVG, vermochte in der CDU nichts an ihrer Konzeption zu ändern. Desgleichen wurden in der 'Ersatzlösung' in Form der Pariser Verträge die erreichte staatliche Souveränität und zugleich die Fortschritte in den Integrationsbemühungen in Europa hervorgehoben. Der Hinweis auf supranationale Elemente in den jetzigen Verträgen und die Bereitschaft, wesentliche Bestandteile der (soeben wiedererlangten) eigenen Souveränität sofort in eine übergeordnete Gemeinschaft einzubringen, waren auch noch nach dem von Adenauer nie ganz verwundenen Rückschlag in den westeuropäischen Einigungsbemühungen[51] die charakteristischen Merkmale

[50] Vgl. de Gaulle: Memoiren, S. 221 f.

[51] Vgl. Adenauer: Erinnerungen, Bd. 1, S. 563

der europäisch-nationalen Diskussion innerhalb der CDU[52].

Hinter der von der CDU angestrebten teilweisen Umorientierung des nationalen Denkens in Deutschland (und in Europa) standen neben den Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit jedoch ebenso traditionsbeladene Motive. Diejenigen Christlichen Demokraten, nach deren Ansicht die Nationalstaaten infolge der nach dem großen Krieg eingetretenen Entwicklung nicht mehr in der Lage waren, Europas Stellung in der Welt zu sichern[53], sahen gleichrangig das Ziel, das christliche Abendland und seine Kultur vor dem Untergang zu retten[54]. Nur wenn Europa wieder zu einem politischen Begriff gemacht werde, sei die Chance gegeben, nicht auf lange Zeit zu Abhängigen der Supermächte USA und Sowjetunion zu werden[55], sondern Europa wieder zu einem maßgebenen Faktor in der Weltpolitik zu machen[56], der europäischen Kultur ihre führende Stellung zu erhalten[57] und nicht zuletzt die deutsche Frage einer befriedigenden Lösung zuzuführen. "... Es gab keinen anderen Weg, zu Verhandlungen mit Sowjetrußland zu kommen, es gab keinen anderen Weg, zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zu kommen, als den, den Westen so stark wie möglich zu machen, ... ein starkes und einheitliches Europa zu schaffen[58]. Diese an karolingische oder napoleonische Reichsvorstellungen erinnernde Europaidee bildete, zusammen mit der Vision Europas und hier speziell Deutschlands als Damm gegen kommunistische, sprich sowjetische Weltherrschaftspläne (auch in der Nach-Stalin-Ära als unvermindert gefährlich vorausgesetzt[59]), die histo-

[52] Vgl. Adenauer: Rede vor dem BT am 5.1o.1954, in:Deutscher Bundestag, Sten. B. II, S. 2233 (B/C)

[53] Vgl. Adenauer: Erinnerungen, Bd. 2, S. 14

[54] Vgl. ebenda, S. 19 f.

[55] Vgl. ebenda, S. 13

[56] Vgl. ders.: Erinnerungen, Bd. 1, S. 563

[57] Vgl. ders.: Erinnerungen, Bd. 2, S. 19

[58] Ders.: Erinnerungen, Bd. 1, S. 562 f.

[59] Ders.: Erinnerungen, Bd. 2, S. 155 f.

risch-traditionale Dimension im christlich-demokratischen Europa-Gedanken; auch sie war allein jedoch kein hinreichender Erklärungsgrund für die Ziele der CDU. Der Schritt nach Europa war nach 1945 für Adenauer und seine Partei ebenso ein modernes Unterfangen; er sollte im Eigeninteresse Europas eine zukünftige europäische Föderation fördern und gab Adenauer gleichzeitig Gelegenheit, in einer höchst subtilen staatsmännischen Taktik zwei zentrale Ziele deutscher Politik zu verfolgen: Zum einen die Einbeziehung Westdeutschlands in ein europäisches Integrationssystem und zum anderen die Durchsetzung der Gleichberechtigung Westdeutschlands auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene[60].

Die sachlich schon viel früher gegebene Notwendigkeit, zur 'Bewahrung des nationalen wie des europäischen Kulturerbes' und zur Lösung deutscher nationaler Probleme eine Einigung Europas mit allen Mitteln anzustreben, sahen die CDU und ihr erster Bundeskanzler nach dem Zweiten Weltkrieg als doppelt dringliche Aufgabe ihrer Politik vor sich: Der durch den Nationalsozialismus ausgelöste Krieg hatte zu einer weltpolitischen Machtkonstellation geführt, in der sich die europäischen Nationalstaaten einer existentiellen Bedrohung ausgesetzt sahen. Bei den Christlichen Demokraten Deutschlands herrschte die Überzeugung vor, daß die Lebensfähigkeit des europäischen Kontinents in erster Linie von der eigenen Fähigkeit abhängen würde, die negativen Erfahrungen der Vergangenheit zu überwinden und daraus die richtigen Folgerungen für die Zukunft zu ziehen[61]. Historisch-traditionale Begründung und aktuelle Politikzwänge waren Motivation genug, um in der Nachkriegszeit die CDU frühzeitig zu einer engagier-

[60] Vgl. Kurt Birrenbach: Adenauer und die Vereinigten Staaten in der Periode seiner Kanzlerschaft,
in: Blumenwitz und andere: Konrad Adenauer und seine Zeit, Bd. 1, S. 480

[61] Adenauer: Erinnerungen, Bd. 2. S. 16

ten Verfechterin europäischer Einigungsbestrebungen werden zu lassen[62]. Trotz eines allgemein zu verzeichnenden Europakonsensus in der Bundesrepublik (wie auch in anderen europäischen Staaten), mußten bei einer Ziel-Mittel-Analyse der parteipolitischen Vorstellungen zur Europafrage jedoch ebenso graduell unterschiedliche Betrachtungs- und Aktionsweisen festgestellt werden. Nicht auszunehmen davon waren auch schon zu diesem frühen Zeitpunkt die beiden Schwesterparteien CDU und CSU.

[62] Obwohl mit der dargestellten Europakonzeption die Vorstellungen der CDU und insbesondere die ihrer Parteiführung unter Konrad Adenauer weitgehend umrissen sind, soll als Beispiel für abweichende, zumeist stärker theoretische Ansätze in der Christlich-Demokratischen Union die hierbei noch am ehesten politisch relevante Position Eugen Gerstenmaiers erwähnt werden.

Mit den Zielen Adenauers identisch, findet sich bei Gerstenmaier ein teilweise anderes Geschichtsbild, das zwar auch die nationalstaatliche Verkrustung Europas im 19. Jahrhundert verdammt, für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg jedoch schon jene epochale Umorientierung im Problembereich 'Nation-Europa' konstatieren will, deren Leitbild bereits in der Weimarer Republik die 'Vereinigten Staaten von Europa' gewesen seien. Die Erfolglosigkeit der damaligen europäischen Einigungsbewegung lassen diese Christlichen Demokraten nach 1945 extensiver noch als Adenauer die Transformierung nationaler Souveränität in supranationale Formen fordern.

Nach der Überwindung des Nationalstaates besitzt für diese Richtung innerhalb der Christlichen Demokraten weniger die Verwirklichung christlich-abendländischer Kulturtraditionen als vielmehr der Aufbau eines gesamteuropäischen 'Friedensstaates' - einschließlich der Länder Osteuropas - die entscheidende Bedeutung.

Eine Umsetzung des EVG-Vertrages von 1954 in die politische Praxis hätte für Gerstenmaier nicht lediglich eine Etappe auf dem Weg zu einer militärischen Einigung bedeutet, sondern sehr viel mehr den politischen Durchbruch im Denken mit nationalstaatlichen Souveränitätskategorien; die Nicht-Ratifizierung des Vertrages durch die französische Nationalversammlung aber verdeutlichte allein schon die außenpolitischen Widerstände, denen bereits Adenauers Überlegungen von nationaler Rest-Souveränität zu weit gingen (vgl. unter anderem de Gaulle: Memoiren, S. 221 f.). Auf diese Reaktionen mußten dementsprechend in gesteigertem Maße auch die ausgreifenderen Forderungen Gerstenmaiers treffen, was ihre innerparteiliche Ausstrahlung nicht unerheblich beeinträchtigte; vgl. Eugen Gerstenmaier: Was ist des Deutschen Vaterland? Rede vor dem 1o. Bundesparteitag der CDU in Köln 1961, in: ders.: Reden und Aufsätze, Bd. 2, S. 255 ff.; ders.: Neuer Nationalismus? Von der Wandlung der Deutschen, Stuttgart^2 1966

2.3. Die Idee vom supra-nationalen Europa in der CSU

Konrad Adenauers Bekenntnis " Ich bin Deutscher, aber ich bin und war auch immer Europäer und habe als solcher gefühlt"[63], war Ausdruck seiner Überzeugung, daß europäische Einigung und deutsche Wiedervereinigung keine unvereinbaren Ziele, sondern lediglich zwei Aspekte ein und desselben Programms waren. Für ihn war die deutsche Einheit in Freiheit ein Teil der europäischen Einheit in Freiheit[64], ein Entweder-Oder einer 'Politik für Deutschland' oder einer 'Politik für Europa' schien ihm ein verhängnisvoller Irrtum zu sein, da es ohne ein starkes und einiges Europa keine Verwirklichung der deutschen Einheit in Freiheit und damit keine Selbstverwirklichung der deutschen Nation geben könne. Nur eine Verbindung der europäischen Völker werde das erforderliche politische Kräftefeld zur Wiedervereinigung Deutschlands und Wiedergewinnung der einen deutschen Nation bilden können[65].

Dieser nahezu unangreifbare, weil von jeglichen Partikular- (sprich Parteien-)Interesse scheinbar losgelöste Europa-Glaube des CDU-Vorsitzenden und ersten Bundeskanzlers hätte in seiner Bejahung einer europäischen Staaten- und Völkergemeinschaft seinen Ursprung gleichfalls in den Reihen der CSU haben können. Wohl kaum aber wäre von den Christlich-Sozialen jenen im Zusammenhang mit einer Integration Europas genannten Langzeit-Absichten seiner Politik - Wiedervereinigung Deutschlands und Wiederherstellung einer einigen deutschen Nation - als den (aus deutscher Sicht) eigentlichen Zielsetzungen eines europäischen Zusammenschlusses ein derartig hoher Stellenwert zugebilligt worden. Für die bayerische CSU waren die deutsche Wiedervereinigung und die Freiheit aller Deutschen lediglich Bestandteile bzw. Resultanten eines e r s t e n S c h r i t t e s einer Politik, in der eine Union der freien europäischen Länder als Vorstufe zu einer größeren Föderation angesehen wurde[66].

[63] Adenauer: Erinnerungen, Bd. 1, S. 41

[64] Vgl. ders. in einem Interview am 24.4.1952, abgedruckt in: Archiv der Gegenwart, 22. Jg., S. 3443

[65] Vgl. ders.: Erinnerungen, Bd. 1, S. 536 ff.

[66] Vgl. Strauß: Herausforderung und Antwort, S. 147

Die politische Notwendigkeit zu einem solchen weiteren Schritt in der Form eines gesamteuropäischen Bundesstaates erschien den Christlich-Sozialen geradezu naturbedingt. In ihren Augen hatte die partielle Identität außen- wie innenpolitischer Interessen zwischen den USA und der Sowjetunion - gesehen als Schnittpunkt und nicht als Parallelität zweier politisch-ökonomischer Entwicklungslinien - Europa zum Objekt der Großmächte werden lassen. Dieser Niedergang des alten kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Führungszentrums nach dem Zweiten Weltkrieg hatte praktisch kommen müssen,

> "weil die Lenker der Geschichte der Staaten ... nicht die Entschlossenheit aufbrachten, den Sprung ins kalte Wasser zu wagen, über die Schatten der nationalstaatlichen Vergangenheit zu springen und die zersplitterten Kräfte Europas zusammenzulegen, wobei die wirtschaftliche Kraft eines europäischen Bundesstaates größer ist als die Addition der Potentiale seiner bisherigen Nationalstaaten"[67].

Für das Fortbestehen des deutschen Volkes galt somit der gleiche Grundsatz wie für seine westlichen und östlichen Nachbarn: Eine weitere politische und wirtschaftliche Existenz konnte nur dann garantiert werden, wenn aus Deutschen, Engländern, Franzosen etc. Europäer würden, die sich für eine Stärkung der europäischen Willensbildung und die Wiederinangriffnahme der europäischen Integration einsetzten. Nicht gleichrangig Deutscher u n d Europäer - wie noch bei Adenauer - sollte man sein, sondern vorrangig Bürger mit europäischem Bewußtsein.

Den Grund für diese wertmäßige Rangfolge sahen die Christlichen Sozialen in den realpolitischen Gegebenheiten als Folge des in Wahrheit von Europa insgesamt verlorenen Krieges. Es ging jedoch etwa keineswegs darum, wieder die politischen Lasten der Großmächte USA oder UdSSR in anderen Erdteilen zu übernehmen und 'Weltpolitik' zu treiben; es ging vor allem darum,

> "das Bestimmungsrecht über uns selbst nicht Schritt für Schritt zu verlieren. Zur Zeit sind wir noch bei einem abgestuften Mitbestimmungsrecht. Das bedeutet aber doch nichts anderes, als daß nationale Souveränität im früheren

67 Ebenda, S. 113

Sinn des Wortes endgültig für die Europäer entschwunden ist und nur auf dem Wege des übernationalen Zusammenschlusses in neuer Form wiederhergestellt werden kann"[68].

Werde dieser Versuch nicht unternommen, so könne dies sehr schnell bedeuten, daß andere Mächte über Europas "anachronistische Miniaturstaatenwelt" bestimmen würden und den europäischen Nationen dann nur die "Protokollsouveränität als Traditionsstandarte" erhalten bliebe.

Deutschland (gleichgültig ob Ost-, West- oder ein hypothetisches Gesamtdeutschland) sowie allen anderen Nationen des alten Kontinents wurden also als Einzelgliedern jegliche Überlebenschancen abgesprochen. 'Nation' sollte es lediglich noch in der übergreifenden Dimension einer europäischen Föderation geben; ihre verschiedenen Sub-Nationalitäten wie die der Basken, Iren, Slowenen oder auch Bayern sollten der neuen Konstruktion Europas sowohl Starthilfe als auch demokratische Lebenskraft verleihen - vergleichbar den deutschen Bundesländern, die diese Funktion heute innerhalb der Bundesrepublik erfüllen[69].

Damit war eine Vision skizziert worden, deren Ziel einer Integration der bestehenden europäischen Nationalstaaten weitgehend identisch war mit dem christlich-demokratischer Europa-Vorstellungen, die jedoch darüberhinaus noch einen weiteren Schritt des politischen Zusammenschlusses vorsah und auch darin fest verankert war in der noch kurzen Tradition der Christlich-Sozialen Union.

Anders als seine in der Enge bayerischer Provinzialität befangenen Gegenspieler hatte sich der erste Landesvorsitzende der CSU, Josef Müller, schon sehr früh nach Kriegsende im verfassungspolitischen wie im parteiorganisatorischen Sinne zu einer Politik der 'Öffnung nach Deutschland' bekannt. Nicht die defensiv katholisch-bayerische Politik im Sinne eines 'christlichen Bollwerks Bayern'[70] der christlich-sozialen Parteigruppierung um Fritz Schäffer, Alois Hundhammer,

[68] Ebenda

[69] Vgl. diese Parenthese bei Strauß: Entwurf für Europa, S. 19 f.

[70] Vgl. Mintzel: Die CSU, S. 261

Anton Pfeiffer und andere hatte er praktizieren wollen, sondern eine Stärkung bayrisch-konservativen Einflusses innerhalb eines erneuerten Reiches[71] war sein Ziel gewesen.

Dementsprechend hatte Müller in der CSU den künftigen bayerischen Landesverband einer 'Reichsunion in nascendi'[72] gesehen. Er war überzeugt gewesen, daß die entstehende 'Union' auch 'reichsweit' nicht nur die sozialen und konfessionellen, sondern auch die landsmannschaftlichen Gegensätze zu überbrücken berufen sei. Und das hieß für ihn, die CSU dahin zu führen, daß sie in der veränderten historischen Situation nicht den alten Reichsvorbehalt der Bayernpartei erneuerte. Zwar ließ Müller nie einen Zweifel daran aufkommen, daß er ein föderalistisch verfaßtes Deutschland und eine entsprechende Rolle der Landesverbände in einer künftigen 'Reichsunion' anstrebte, doch allein die Befürwortung eines wiederzuerstellenden deutschen Gesamtstaates und einer einheitlichen christlich-konservativen Partei reichten aus, um in der CSU eine fundamentale Kritik an der Person des Parteivorsitzenden und seinen nationalstaatlichen Vorstellungen herauszufordern. Daß dabei auch die Gegner Müllers Verfassungsfragen und Fragen des organisationspolitischen Verhältnisses der CSU zu den Unionsparteien außerhalb Bayerns in einem grundsätzlichen und untrennbaren Zusammenhang sahen, war selbstverständlich.

Bei der nach dem Zweiten Weltkrieg alternativen Möglichkeit eines souveränen Nationalstaates Deutschland unter Einschluß Bayerns oder staatlich-bayerischer Eigenständigkeit wie auch in der Frage eines organisatorisch-politischen Aktionsbündnisses mit den anderen Unionsparteien traten innerhalb der Christlich-Sozialen Union Divergenzen auf, die die Verklammerung von Parteikonzeption, Organisationspolitik und Verfassungspolitik zeitweise als existentielle Gefährdung der Partei erscheinen ließen. Ihre Perpetuierung - in abgeschwächten Formen - bewog traditionalistische Kreise innerhalb der

[71] Vgl. den Plan Josef Müllers, die weitere bayerische Zustimmung zur 'Reichsidee' von dem Zugeständnis der übrigen Länder abhängig zu machen, den Schwerpunkt des neuen 'Reiches' in den Südwesten Deutschlands, nach Franken, zu verlegen und Bamberg als Hauptstadt eines neuen deutschen Staates auszuwählen, in: ebenda, S. 26off.

[72] Vgl. die ausführliche Darstellung der Gründungsphase und Sonderentwicklung der CSU, in: ebenda, S. 251ff.

Christlich-Sozialen Union (so unter anderem um den ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel), bis in die jüngste Zeit, sich auch die heutige CSU wieder mehr in der Funktion einer bayerischen Staats- und Ordnungspartei zur Bewahrung bayerisch-politischer Kultur und zur Festigung bayerischer Eigenstaatlichkeit vorzustellen. Der Frage eines engen organisatorisch-politischen Aktionsbündnisses mit der Schwesterunion stand dieser Teil der Partei seit jeher skeptisch, stellenweise mit schroffer Ablehnung gegenüber. Das in der ursprünglichen Konzeption Gemeinsame aller Unionsparteien, der Gedanke christlicher Interkonfessionalität und sozialen Ausgleichs auf der Grundlage christlicher Ethik, war und ist für die Traditionalisten in der CSU kein Anstoß zu enger organisationspolitischer Kooperation oder gar zu einem Zusammenschluß mit der CDU. Das vorrangige politische Ziel der prononciert bayerisch-katholischen und bayerisch-vaterländisch gesonnenen Kräfte war es immer, das 'christliche Bollwerk Bayern' als zentrales noch verbliebenes christliches Restgebiet in Europa abzukapseln (Hundhammer)[73], verfassungspolitisch gegen hegemoniale und unitarische Kräfte bestmöglich abzusichern und so den Vorzug staatspolitischer wie (volks-)gruppenspezifischer Eigenständigkeit Bayerns gegenüber einem unzeitgemäßen neuerlichen Nationalstaat Deutschland zu betonen.

> "Die Nationalstaaten sind im heutigen Europa ... allein aufgrund ihrer Größenordnung und Bevölkerungszahl anachronistische Gebilde, die ihre Funktion als lebens- und wettbewerbsfähige Einheiten nicht mehr zu erfüllen vermögen. Daher erweist sich jetzt der Selbstbehauptungswille einer Nation gerade in der Fähigkeit und Bereitschaft, eine beengende Vorstellungswelt von gestern hinter sich zu lassen und sich nach Maßstäben zu orientieren, die für die inzwischen angebrochene zweite technische Revolution gültig sind. Es wäre eine nicht nur unnötige, sondern für das Wohl und den Fortbestand der europäischen Völker äußerst bedrohliche Zeitvergeudung, wenn man sich noch weiterhin mit den überholten Problemen der nationalstaatlichen Organisation und Reorganisation in Mitteleuropa beschäftigte ... Das nationale Verantwortungsbewußtsein der Deutschen findet daher einen zeitgemäßen Ausdruck weniger im Beharren auf einer staatlichen Wiedervereinigung, die nun einmal durch die Gegebenheiten im Augenblick wenig realistisch ist, obgleich sie selbstverständlich vom menschlichen Standpunkt aus wünschenswert und rechtlich absolut begründet ist, sondern vielmehr in dem politischen Entschluß, Verhältnisse in Europa herbeiführen zu helfen, mit denen die freiheitliche Existenz, das soziale Wohlergehen, die kulturelle

[73] Vgl. Mintzel: Die CSU, S. 261

und wirtschaftliche Leistungskraft auch für die kommenden Generationen des ganzen Volkes gesichert werden können"[74].

Eine unterschiedliche Zukunftsperspektive für Staat und Nation wird deutlich zwischen Adenauers schrittweisem Bemühen zur Erlangung der vollen Souveränität Deutschlands als Staat wie als Nation[75] und dieser Auffassung, daß der Nationalstaat ein an sich überlebtes Element darstelle, das den europäischen Völkern nicht mehr als Grundlage ihrer Selbstbestimmung, ihrer Prosperität und ihrer geistigen Fortentwicklung zu dienen in der Lage sei[76].

Im Spannungsfeld zwischen bayerischer Staatsideologie und partei- und verfassungspolitischer Neuorientierung in den Realitäten eines von ihr selbst mitgestalteten neuen westdeutschen Staates begreift die CSU nach zwanzigjähriger Regierungsbeteiligung (auf Bundesebene) - wie zu Zeiten ihrer Gründung - wieder zunehmend eine Politik des 'christlichen Bollwerks Bayern' als einen natürlichen Akt staatlicher Selbstbestimmung und Selbstabgrenzung Bayerns und weniger als Verpflichtung zur 'christlichen Offensive'[77] bei der politischen Mitbestimmung eines nationalen deutschen Gesamtstaates.

Zugleich wird damit auch die organisationspolitische Frage des Verhältnisses zur anderen Unionspartei und das Problem einer einheitlichen Unionspolitik zu einem Streitpunkt ersten Ranges, der in der Gründungsphase nach 1945 sehr bald zugunsten der Sonderentwicklung der CSU zu einer autonomen bayerischen Landespartei mit - später - besonderem Bundescharakter in Gestalt eines bundespolitischen Aktionsbündnisses mit der CDU entschieden wurde.

Der von den Christlichen Sozialen in der deutschen wie der europäischen Nation-Problematik geforderte Umdenkungsprozeß, um so im Interesse einer Erhaltung der zivilisatorischen Kraft Europas durch nationale Willensakte die als überholt angesehenen Nationalstaaten zu überwin-

[74] Strauß: Herausforderung und Antwort, S. 135

[75] Vgl. Adenauer: Erinnerungen, Bd. 1, S. 341

[76] Vgl. Strauß: Herausforderung und Antwort, S. 136

[77] Vgl. Mintzel, Die CSU, S. 261

den, hat sein historisches Pendant in der Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union. Nachdem seine operative Basis durch den innerparteilichen Bruderkampf zwischen BVP-Traditionalisten und reichsfreundlichen Politikern bereits seit 1946 in erheblichem Maße eingeschränkt worden war, wurde der auch für eine 'Reichsunion' eintretende Josef Müller 1949 schließlich als Parteivorsitzender gestürzt, womit der einen Reichsvorbehalt im Sinne alter BVP-Politik propagierende Schäffer-Hundhammer-Flügel endgültig die bestimmende Mehrheitsposition innerhalb der CSU einzunehmen vermochte. Landespolitische Parteiautonomie als auch die Politik des 'christlichen Bollwerks Bayern' mit der Zielsetzung einer europäischen Föderation[78] waren von da an die politischen Maxime christlich-sozialer Arbeit.

Die erfolgreiche und dadurch auch für die CSU parteipolitisch profitable Regierungspolitik Konrad Adenauers ließ die Unterschiede in der Beantwortung der Nation-Frage durch CDU und CSU über viele Jahre hinweg hinter den Glanz des in seiner nationalen Souveränität weitestgehend restauriert erscheinenden westdeutschen Teilstaates zurücktreten. Das Postulat eines 'Europas der Völker', sich in zeitlicher Abfolge anschließend an das dann überwundene Europa der Staaten, blieb jedoch unvermindert Bestandteil christlich-sozialen Gedankenguts[79]. Es konnte sich in dem Augenblick erneut zu voller Virulenz entfalten, als eine sozial-liberale Bundesregierung begann, die ostpolitischen Ansätze des christlich-demokratischen Außenministers Gerhard Schröder zu einer grundsätzlich neuen Deutschland- und Ostpolitik auszubauen, und damit die Konsolidierung der Bundesrepublik Deutschland als national eigenständiger Staat auch in Richtung auf Osteuropa und dessen sowjetische Führungsmacht abzusichern suchte.

[78] Vgl. Mintzel: Die CSU, S. 261

[79] Vgl. unter anderem Strauß: Entwurf für Europa, S. 164

3. Die Konzeption einer neuen Deutschland- und Ostpolitik in der sozial-liberalen Bundesregierung

Am Ende des Jahres 1969 hatten sich sowohl die weltpolitische Konstellation als auch die innenpolitische Lage der Bundesrepublik im Vergleich zur Ausgangssituation für die vorhergehende Regierung der Großen Koalition von 1966 grundlegend gewandelt.

In den Vereinigten Staaten war im Januar die politische Führung von Johnson zu Nixon und seinem Außen- und Sicherheitsberater Henry Kissinger übergegangen. Deren Politik konnte und wollte sich nun nicht mehr dazu verstehen, weltweit und unter Einschluß Europas die wenn nicht einzige, so doch führende Ordnungsmacht zu sein[1]; eine Ansicht, die in einem sich abzeichnenden Abbau von amerikanischem Über-Engagement in der Weltpolitik (beispielsweise in Südost-Asien) und einer Umgestaltung des globalen Mächtegleichgewichts (von der Bi-Polarität USA - UdSSR zu einem Dreieckssystem mit der Volksrepublik China als neuer Großmacht) auch bereits erste Auswirkungen in der politischen Praxis zeitigte.

Zu gleicher Zeit erfuhr die französische Politik nach dem Rücktritt de Gaulles vom Amt des französischen Staatspräsidenten im April 1969 unter seinem Nachfolger Pompidou zunächst eine teilweise Abkehr von der isolierten Großmachtpolitik und erweckte neue Hoffnungen auf Fortschritte im Prozeß der westeuropäischen Integration.

In der Sowjetunion wurde das endgültige Heraustreten des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid J. Breschnew, aus dem Moskauer Führungskollektiv offenkundig. Die von der (dem Leitungsgremium des Generalsekretariats direkt unterstellten) sowjetischen Westpolitik ausgehende neuerliche Forderung nach einer schon 1954 angeregten europäischen Sicherheitskonferenz sowie die in bezug auf die Deutschlandfrage zugleich bekundete Bereitschaft, ihren Teil zur Normalisierung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Verbund der kommunistischen Staaten Osteuropas beizutragen[2], waren Indikatoren einer

[1] Vgl. Kissinger: Westliche Allianz, S. 271

[2] Leonid J. Breschnew: Der Kampf der Sowjetunion für den Frieden und die Sicherheit der Völker, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den 24. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion über die internationale Stellung der UdSSR und die außenpolitische Tätigkeit der KPdSU vom 3o.3.1971, in: Ders.: Reden und Aufsätze, S. 158

gleichfalls im Ostblock aufgenommenen allgemeinen Entspannungspolitik, besonders in Richtung Westeuropa.

Der seit Anfang der sechziger Jahre zu konstatierende Wandel in der internationalen Politik-Konstellation von der sogenannten 'Eindämmungspolitik' (auf der Seite des Westens) bzw. einer in der Hauptsache auf die Konsolidierung des durch den Zweiten Weltkrieg erworbenen Herrschaftsbereichs abzielenden reinen Machtpolitik (auf seiten der Sowjetunion) hin zu einer globalen 'Détente'-Politik hatte sich in den wichtigsten westlichen Hauptstädten ebenso durchgesetzt wie bei der östlichen Führungsmacht. Eine der Ausnahmen hatte dabei die Bundesrepublik Deutschland dargestellt, deren nur zögernd versuchte Anpassung an das Entspannungskonzept, das ihr aus der Zeit nahezu völliger außenpolitischer Konformität mit den Staaten des westlichen Bündnisses zukommende Attribut erfolgreicher Außenpolitik (in den fünfziger Jahren) bis zum Ende der sechziger Jahre mehr und mehr hatte abhanden kommen lassen.

Auf diese Situation einer umfassenden weltpolitischen Neuorientierung und der nur auf einer Mehrheit von acht Stimmen beruhenden parlamentarischen Basis traf die Regierungserklärung einer Bundesregierung, die zum ersten Male seit Bestehen der Bundesrepublik auf Bundesebene von den koalierenden Sozial- und Freien Demokraten getragen wurde (von denen Willy Brandt bei seiner Wahl zum Bundeskanzler obendrein nur 251 der 254 SPD- bzw. FDP-Stimmen im Bundestag erhielt). In ihr kündigte die neue Regierung Brandt/Scheel mit der von Brandt am 28. Oktober 1969 gehaltenen Rede neben zahlreichen 'Inneren Reformen' auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik an, das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der langjährigen politischen Verkrampfung lösen zu wollen[3].

Unter dem Leitgedanken 'Kontinuität und Erneuerung' erklärte sich die SPD-FDP-Regierung bei der Verfolgung dieses Ziels ihrer Politik entschlossen, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und den Zusammenhalt der deutschen Nation zu wahren, den Frieden zu erhalten und an einer europäischen Friedensordnung mitzuarbeiten. Nach dem

[3]Vgl. die folgenden Auszüge aus der Regierungserklärung Bundeskanzler Brandts vom 28.1o.1969, in: Meissner: Ostpolitik, S. 38off.

Bekenntnis, daß allen Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung zukomme wie allen anderen Völkern auch, aber artikulierte Brandt das, was als ein Abgehen von auch noch in der Großen Koalition beibehaltenen Grundsatzpositionen angesehen werden mußte: Der Bundeskanzler definierte es als "Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren, ... (ein) weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation zu verhindern, also (zu) versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen". Ein Kooperationsangebot, das von zweiseitigen, ohne Diskriminierungen geführten Verhandlungen auf der Ebene der Regierungen zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit führen sollte und im Folgenden die explizite Anerkenntnis zweier Staaten in Deutschland enthielt, deren Beziehungen zueinander "von besonderer Art" zu sein hätten.

Um dem neuen Selbstverständnis bundesrepublikanischer Deutschlandpolitik auch institutionell Ausdruck zu verleihen, wurde das bisherige 'Ministerium für gesamtdeutsche Fragen' in 'Ministerium für innerdeutsche Beziehungen' umbenannt, das als erster Ressortleiter Egon Franke übernahm.

Wenn die Versicherung, daß die neue Bundesregierung die im Dezember 1966 durch Bundeskanzler Kiesinger eingeleitete Politik fortsetzen werde, nicht nur beschwichtigende Funktion besitzen sollte und die Kontinuität der Außen- und Deutschlandpolitik nicht nur ein Postulat war, so nahm die Politik der sozial-liberalen Koalition größere Risiken auf sich als alle vorangegangenen Regierungen. War schon mit der Regierungserklärung Bundeskanzler Kiesingers vom Dezember 1966 eine von vielen als lange überfällig deklarierte[4] neue Phase deutscher Außenpolitik eingeleitet worden, so mußte in dieser, wenn auch ausdrücklich nicht völkerrechtlichen Anerkennung der DDR als souveräner Staat mit der darin implizierten internationalen politischen Aufwertung Ostberlins als unausweichlicher Folgeerscheinung zumindest eine tiefgreifende Zäsur (west-)deutscher Außen- und Deutschlandpolitik gesehen werden.

[4]Vgl. Schmidt: Strategie des Gleichgewichts, S. 233

Die Bundesregierung hatte es in ihrer ersten offiziellen Äußerung konsequent vermieden, den Terminus 'Wiedervereinigung' zu gebrauchen; wenn es auch ihr erklärtes Ziel war, die beiden Teile des deutschen Volkes einander wieder näher zu bringen und die deutsche Nation vor einer drohenden Spaltung zu bewahren[5], so ließ sich die auf diese Weise demonstrierte volle Respektierung der Staatlichkeit der DDR kaum noch mit einem Grundsatz wie dem vereinbaren, daß es innerhalb jeder politischen Einheit nur einen Träger der verfassungsgebenden Gewalt geben kann[6].

Die ebenso wie von ihren Vorgängerinnen auch von der SPD-FDP-Regierung den Ostblockstaaten einschließlich der DDR angebotenen Gewaltverzichtserklärungen, die insbesondere mit Blick auf Polen und die Oder-Neiße-Linie ausgesprochene Bestätigung der territorialen Integrität aller europäischen Staaten[7] und die Neuformulierung der innerdeutschen Politik bedeuteten eine Annäherung an die von der Konferenz der Partei- und Regierungschefs der Staaten des Warschauer Paktes auf ihrer Budapester Konferenz am 17. März 1967 erhobenen Forderung nach Unantastbarkeit der in Europa bestehenden Grenzen (darunter ausdrücklich erwähnt die Oder-Neiße-Grenze und die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR)[8].

Dieser Versuch der sozial-liberalen Bundesregierung, die Deutschlandpolitik auf ein in Teilen grundsätzlich neues Fundament zu stellen und in der deutschen Politik eine Öffnung nach Osten vorzubereiten, war nichts anderes als die - weitgehende - Umsetzung dessen in praktische Politik, was in der Theorie des bisherigen Leiters des Planungsstabes im Auswärtigen Amt und nunmehr zum Staatssekretär (später im

[5] Vgl. Bundesaußenminister Scheel: Rede vor dem BT am 29.1o.1969, in: Meissner: Ostpolitik, S. 39o

[6] Vgl. Schmitt: Verfassungslehre, S. 53

[7] Vgl. Regierungserklärung Bundeskanzler Brandts vom 28.1o.1969, in: Meissner: Ostpolitik, S. 383

[8] Vgl. das Kommuniqué der Konferenz der Partei- und Regierungschefs der Staaten des Warschauer Vertrages vom 17.3.1969, in: Albertz/Goldschmidt: Dokumente zur Deutschlandpolitik, S. 184

Rang eines Staatsministers) im Bundeskanzleramt avancierten geistigen 'Ziehvaters' veränderter bundesdeutscher Außenpolitik, Egon Bahr, die Übertragung von Kennedys 'Strategie des Friedens' auf deutsche politische Verhältnisse bedeutete: Die Politik eines 'Wandels durch Annäherung', die Bahr in seiner Tutzinger Rede aus dem Jahre 1963 postuliert hatte[9]. Es war eine Abkehr von jener Konzeption, die die deutsche Frage internationalisieren und sie mit grundsätzlichen Lösungsmöglichkeiten des Ost-West-Gegensatzes hatte verknüpfen wollen. Über viele Jahre hinweg hatte damit die Bundesrepublik ihr bilaterales Kernproblem auf die internationale Ebene verlagert und so die "Hauptakteure der internationalen Politik der fünfziger und frühen sechziger Jahre zu direkten deutschlandpolitischen Krisenbeteiligten"[10] gemacht.

Die neue SPD-FDP-Regierung dagegen plante - nach Findung eines innerdeutschen Modus vivendi in der Deutschlandfrage - als nächsten Schritt die 'Multilateralisierung der europäischen Entspannungspolitik'[11]. In ihrer langfristigen Perspektive war damit die neue Ostpolitik keine Politik des Status quo; sie sollte vielmehr zu einer europäischen Friedensordnung führen, zu deren Realisierung beiderseitige innen- und außenpolitische Innovationen notwendig werden würden. In der Innenpolitik hieß dies unter dem übergreifenden Schlagwort von den 'Inneren Reformen' vor allem die 'Demokratisierung' verschiedener ge-

[9] Vgl. das Referat des damaligen Leiters des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Egon Bahr, vor der Evangelischen Akademie Tutzing am 15.7.1963, in: Meissner: Ostpolitik, S. 48; vgl. dazu auch Löwenthal: Ostpolitik, S. 65

[10] Schmid: Deutschlandpolitik, S. 14

[11] Daneben sieht Manfred Knapp zum Beispiel noch ein weiteres Ziel bzw. eine logische Konsequenz aus der Ambivalenz der neuen Ostpolitik. Er vermutet - vor allem mit Blick auf Frankreich und dessen ostpolitische Vorreiterrolle völlig zu Recht -, daß die Praktizierung eigener westdeutscher Ostpolitik den außenpolitischen Handlungsspielraum der Bundesrepublik mittel- und langfristig nach Osten als auch nach Westen beträchtlich erweitern werde. Damit erhielte die Bundesregierung mehr politischen Einfluß in Europa und in der internationalen Politik, vgl. Manfred Knapp: Zusammenhänge zwischen der Ostpolitik der BRD und den deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Jahn/Rittberger: Ostpolitik, S. 171f.

sellschaftlicher Teilbereiche[12], außenpolitisch verband sich damit die Absicht, eine europäische Staatengemeinschaft zu errichten, die

> "kein neuer Block, sondern eine exemplarische Ordnung sein soll, die als Bauelement einer ausgewogenen g e s a m t e u r o p ä i s c h e n Friedensordnung taugt. In diesem Sinne sucht die Bundesrepublik Deutschland die Verständigung mit dem Osten in Zusammenarbeit und Abstimmung mit ihren Partnern im Westen"[13]

(eine solche Verknüpfung innen- und außenpolitischer Entscheidungsfelder erscheint wesentlich und zugleich stellvertretend für die insgesamt hinter der Politik der sozial-liberalen Koalition stehenden Theorieansätze und hier vor allem die politischen Vorstellungen führender Sozialdemokraten wie in diesem Falle Brandts)[14].

Diese sich an Konvergenztheorien der frühen sechziger Jahre anlehnende Konzeption[15], wie auch die daraus abgeleitete und praktizierte Politik mußten - aus ideologischen wie aus politisch-pragmatischen Motiven - auf den unverzüglichen Widerstand der neuen Opposition CDU/CSU treffen. Damit war schon zu Beginn der ersten Periode eines SPD-FDP-Bündnisses in der Bundesrepublik die vor allem in den Fragen der Deutschland- und Ostpolitik stattfindende Konfrontation von Regierung und parlamentarischer Opposition vorgezeichnet.

[12] Vgl. eine versuchsweise Definition dieses ebenfalls noch sehr allgemein formulierten Politik-Verhaltens bei: Helmut Schmidt: Bedingungen des Sozialen Friedens, in: Löwenthal: Demokratischer Sozialismus, S. 55ff.

[13] Bundeskanzler Brandt: Erklärung auf der EWG-Gipfelkonferenz in Den Haag am 1.12.1969, in: Brandt: Wille zum Frieden, S. 223

[14] Vgl. unter anderem Wolf-Dieter Karl: Entspannungspolitik, Der Weg von der Konfrontation zur Kooperation in den Ost-West-Beziehungen, in: Schwarz: Sicherheitspolitik, S. 142

[15] Weder in seiner programmatischen Tutzinger Rede von 1963 noch in der zehn Jahre später am gleichen Ort gehaltenen 'Jubiläumsrede' spricht sich jedoch zum Beispiel Egon Bahr explizit für eine Konvergenztheorie aus, vgl. dazu auch die unter Leitung Bahrs vom Planungsstab des Auswärtigen Amtes zur deutschen Interessenlage innerhalb der Diskussion über die Gestaltung der europäischen Sicherheit angefertigte Studie, in: Schmid: Deutschlandpolitik, S. 96f.

3.1. 'Deutschlandpolitik ohne Hallstein-Doktrin' - die erste Antwort der Opposition auf die 'Neue Deutschland- und Ostpolitik'

In der Aussprache über die Regierungserklärung Bundeskanzler Brandts am 29. Oktober 1969 bestätigte sich die im Wahlkampf abzeichnende Rückorientierung führender Sprecher von CDU und CSU zu deutschlandpolitischen Positionen aus der Zeit vor der Großen Koalition[16] und der darin auch von Unionspolitikern gezeigten substantiellen Gesprächsbereitschaft mit der DDR.

In den von den Rednern der Opposition vorgetragenen ersten kritisch-analysierenden Stellungnahmen zur 'Neuen Deutschland- und Ostpolitik' war dabei offensichtlich immer noch jener Eindruck vorherrschend, den die Intervention sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei vom 21. August 1968 und die daraus abgeleitete Sorge über mögliche sowjetische Interventionsansprüche gegenüber der Bundesrepublik Deutschland (auf der Grundlage der Feindstaatenartikeln der UN-Charta)[17] ausgelöst hatten. So bezweifelte unter anderem der Fraktionsvorsitzende der Unionsparteien im Bundestag, Barzel, daß mit der von der sozial-liberalen Bundesregierung vorgezeichneten Politik eine innerdeutsche oder gar eine gesamteuropäische Lösung der Deutschlandfrage zu erreichen sei. Die von der Sowjetunion signalisierte Annäherung könne nach dem Jahre 1968 ebensogut als ein Täuschungsmanöver aufgefaßt werden[18]. Dennoch seien gleichfalls die Unionsparteien bereit, mit Ostberlin zu verhandeln und sich auf der Basis der Menschenrechte um eine Lösung der deutschen Frage zu bemühen[19].

[16] Vgl. unter anderem Besson: Außenpolitik, S. 426, 429, 435, 437, 441f.

[17] Nach Artikel 53 und Artikel 1o7 der UN-Charta werden "Zwangsmaßnahmen" des Sicherheitsrates oder einzelner Regierungen gegen sogenannte "Feindstaaten" gestattet, die während des Zweiten Weltkrieges Gegner der Signatarstaaten der Charta der UNO gewesen sind, vgl. Artikel 53 und Artikel 57 der Charta der Vereinten Nationen, in: Stoecker:Verträge, S. 368 und 375

[18] Vgl. Deutscher Bundestag, Sten B., VI, S. 4o

[19] Vgl. ebenda

Konnte man in der Rede des Oppositionsführers mit dem Angebot einer 'kritischen Kooperation' an die Bundesregierung und der am Schluß gestellten Frage, wo denn eigentlich - in den Zielen - die Alternative zur Großen Koalition sei, noch den Versuch der Christlichen Demokraten sehen, in der Deutschlandpolitik an der Konzeption der Regierung Kiesinger/Brandt zumindest von den politischen Grundsätzen her festzuhalten, so sprach der CDU-Vorsitzende selbst schon sehr viel mehr als Vertreter jener (zu dem Zeitpunkt dominanten) Gruppierung in den Unionsparteien, nach deren Ansicht bereits die Regierung der Großen Koalition bis hart an die Grenze der Preisgabe fundamentaler Rechtspositionen gegangen war, ohne auf der sowjetischen Seite eine Reaktion hervorzurufen[20]. Als Vorgänger Brandts im Bundeskanzleramt stellte er die in seiner Sicht durch Losungen wie 'Sicherheit durch Normalisierung'[21] bereits mehr als bedrohte Kontinuität zwischen alter und neuer Ostpolitik zur Diskussion und konfrontierte so die Aussage der sozial-liberalen Bundesregierung von den 'zwei Staaten in Deutschland'[22] mit der gemeinsam von CDU/CSU und SPD am 25. September 1968 verabschiedeten Resolution zur Deutschlandpolitik; nach dieser komme eine Anerkennung des anderen Teils Deutschlands als Ausland oder zweiter souveräner Staat deutscher Nation nicht in Betracht[23]. Kiesinger genügte die von Brandt abgegebene Versicherung - im Gegensatz zum Fraktionsvorsitzenden Barzel - offensichtlich nicht, daß auch unter ihm als Bundeskanzler eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung nicht in Betracht kommen werde[24], und er warnte die neue Regierung vor der Gefahr, daß mit der so eingeleiteten Politik jene internationale Anerkennung der DDR initiiert werden könne, die unter der Führung der Christlich-Demokratischen und der Christlich-Sozialen Union zwanzig Jahre lang mit Erfolg gemeinsam verhindert worden sei[25].

[20] Vgl. Löwenthal: Ostpolitik, S. 76

[21] Vgl. ebenda, S. 79

[22] Vgl. die Regierungserklärung Bundeskanzler Brandts vom 28.1o.1969, in: Texte, Bd. 4, S. 12

[23] Vgl. die Regierungserklärung Bundeskanzler Kiesingers zur außenpolitischen Lage am 25.9.1968, in: Texte, Bd. 3, S. 81f.

[24] Vgl. die Regierungserklärung Bundeskanzler Brandts vom 28.1o.1969, in: Texte, Bd. 4, S. 12

[25] Vgl. Deutscher Bundestag, Sten. B., VI, S. 78

Noch entschiedener gegen die annoncierte sozial-liberale Außen- und Deutschlandpolitik zeigte sich der außenpolitische Sprecher der CSU, von und zu Guttenberg, in seiner ersten Erwiderung auf die Regierungserklärung. Er sprach der Bundesregierung grundsätzlich ihre Legitimierung ab, ohne daß das deutsche Volk darüber befunden hätte, von zwei Staaten in Deutschland zu sprechen; seine Termini waren weiterhin 'Zone' und 'Pseudostaat' für den anderen Teil Deutschlands[26].

Damit hatte der Sprecher der CSU - seinerseits wiederum um einige Grade härter in seinen Formulierungen als der CDU-Vorsitzende Kiesinger mit seiner als 'der Sachverhalt da drüben' zuvor benutzten Umschreibung für den zweiten deutschen Staat[27] - erneut jene Stelle getroffen, an der sich die DDR nach den Erfahrungen in der Deutschlandpolitik am empfindlichsten getroffen fühlte: Der Ignorierung ihrer Staatlichkeit und ihres Namens. Diese Positionen: Das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik für ganz Deutschland und der fehlende Staatscharakter der DDR, bei denen die politische Führung der DDR der Überzeugung war, sie seien "geschaffen zu dem Zweck, die territorialen Ansprüche der westdeutschen Imperialisten im gesamten ehemaligen Expansionsgebiet des Nazistaates zu decken"[28], konnten, in dieser Schärfe und dieser Häufigkeit ausgesprochen, weder der vom ehemaligen Bundeskanzler für die Bundesrepublik deklamierten 'Brückenfunktion' zwischen West- und Osteuropa[29] entsprechen noch der vom Fraktionsvorsitzenden Barzel ja auch für CDU und CSU konstatierten Gesprächsbereitschaft gegenüber dem Osten sonderlich dienlich sein.

[26] Vgl. Karl Theodor von und zu Guttenberg: Rede vor dem BT am 29.1o.1969, in: Deutscher Bundestag, Sten. B., VI, S. 91ff.

[27] Vgl. Deutscher Bundestag, Sten. B., VI, S. 77

[28] Graubuch, S. 12f.

[29] Vgl. die "jahrhundertelange" Funktion Deutschlands als der "Brücke zwischen West- und Osteuropa. Wir möchten diese Aufgaben auch in unserer Zeit gerne erfüllen", aus: Regierungserklärung Bundeskanzler Kiesingers vom 13.12.1966, in: Rummel: Große Koalition, S. 19o

3.2. Rückorientierung der Union

Unter Adenauer hatten die Unionsparteien Deutschlandpolitik nach dem Motto 'Westintegration und Wiedervereinigung' betrieben, nun schienen sich bei den in Opposition stehenden CDU und CSU wieder Vorstellungen von einer ähnlich gearteten Deutschland- und Ostpolitik durchzusetzen. Unter der Formel 'Selbstbestimmung und westeuropäische Union' beinhalteten sie einen Katalog von Forderungen und Zielsetzungen, die die Union dem von ihr wegen fehlender Kooperationsbereitschaft seitens der DDR als chancenlos verurteilten Konzept eines 'Wandels durch Annäherung' oder einer mit illusionären Hoffnungen verbundenen 'Anerkennung der Realitäten'[30] der sozial-liberalen Bundesregierung als ein eigenes Modell christlich-demokratischer/christlich-sozialer Deutschlandpolitik entgegenzusetzen suchte:

- Verwirklichung der Menschenrechte im anderen Teil Deutschlands,
- Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands (auch in Etappen),
- Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen,
- temporäre Anerkennung eines zweiten deutschen Staates unter der Voraussetzung menschlicher Erleichterungen,
- (unbeschadet der Ablehnung als Gewaltregime) Gespräche oder Verhandlungen mit der Führung der DDR, um so die innerdeutsche Lage zu entkrampfen.

Dabei müsse die Grenze für Verhandlungen mit Ostberlin in jedem Falle dort liegen, wo politische Grundsätze der Bundesrepublik oder deren Einbindung in die westliche Staatengemeinschaft angetastet würden[31].

Auch wenn CDU und CSU in der Debatte über die Regierungserklärung beklagt hatten, daß darin das Wort 'Wiedervereinigung' fehle[32], so akzeptierten offensichtlich mit ihrer ersten programmatischen Alternativkonzeption doch auch die Unionspolitiker die bereits unter Adenauer

[30] Vgl. Gerhard Reddemann: Wieder-Vereinigung?, in: Gölter/Pieroth: Die Union. S. 335

[32] Vgl. Rainer Barzel: Rede vor dem BT am 29.1o.1969, in: Deutscher Bundestag, Sten. B., VI. S. 44

[31] Vgl. Gerhard Reddemann: Wieder-Vereinigung?, in: Gölter/Pieroth: Die Union. S. 343f.

gewonnene Erkenntnis[33], daß trotz des wiederholten Bekenntnisses aller ehemaligen Besatzungsmächte zu einer Politik der Wiedervereinigung Deutschlands kein Zweifel daran bestehen konnte, daß die Wiedervereinigung von allen Mächten nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und Garantien als wünschenswert erachtet und daß die Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands bevorzugt wurde, falls diese Voraussetzungen und Garantien nicht gesichert erschienen.

Doch genauso wie unter Adenauer - und das war in der Tat ein Zurückgehen hinter die Positionen Schröders und Kiesingers (zu Beginn seiner Amtszeit) - so zog die Opposition aus der daraus resultierenden Einsicht, daß angesichts des weltpolitischen Kräfteverhältnisses eine Wiedervereinigung im Augenblick unmöglich war und vom Westen wie vom Osten desgleichen in der nahen Zukunft noch abgelehnt werden würde, auch jetzt wiederum die Konsequenz, daß eine deutsche Wiedervereinigung nicht so sehr in einer aktiven Politik nach Osten, als in einer intensivierten westeuropäischen Integrationspolitik die besseren Grundlagen finden würde. Die von Dean Acheson geprägte Formel der Politik des 'Verhandelns aus einer Position der Stärke'[34] besaß für die Union zu Beginn der siebziger Jahre eine erneute, wenn auch nicht in ihrer früheren Absolutheit gesehene Gültigkeit.

Bereits Gerhard Schröder hatte als Außenminister davor gewarnt, sich von den osteuropäischen Völkern abzukapseln; vielmehr sei es im eigenen Interesse der Bundesrepublik Deutschland wünschenswert, neben anderen ebenso den amtlichen Kontakt zu den Staaten Osteuropas (unter Einschluß der DDR) wiederherzustellen und damit durch die (von einer CDU/CSU-FDP-Koalition getragene) deutsche Bundesregierung zur Entspannung der nationalen wie der internationalen politischen Atmosphäre beizutragen[35]. Desgleichen hatte auch Kiesinger deutlich werden lassen, daß die weltpolitische Problematik in das deutsche Problem eingeflochten bleibe und somit Gespräche mit der Macht notwendig mache,

[33] Vgl. Grewe: Deutsche Außenpolitik, S. 17o

[34] Vgl. Schmid: Deutschlandpolitik, S. 14

[35] Vgl. die Rede Bundesaußenminister Schröders in Düsseldorf am 28.6.1963. in: Auswärtiges Amt: Bemühungen, S. 451

die das politische System im anderen Teil Deutschlands lenke und stütze und gegen deren Willen eine Einigung Deutschlands kaum realisierbar erscheine[36]. Doch die von ihren Autoren immer wieder als kontinuierliche Fortsetzung der Politik der Großen Koalition und lediglich anknüpfend an die Politik ihrer Vorgängerin charakterisierte Außen- und Deutschlandpolitik der SPD-FDP-Regierung[37] sowie ihre verstärkt gezeigte Gesprächsbereitschaft in Richtung Osten wurden von Christlichen Demokraten wie christlich-sozialen Politikern dagegen als 'zweites Versailles', 'programmierter Untergang'[38] und 'Politik des Ausverkaufs'[39] stigmatisiert.

Zu dieser Sicht der sozial-liberalen Deutschlandpolitik als einem unnötigen Verzicht auf deutsche Rechtspositionen[40] kam aber auch die, nach Auffassung von CDU und CSU, Unvereinbarkeit der neuen Politik mit dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und damit dem

[36] Vgl. die Rede Bundeskanzler Kiesingers beim Staatsakt im Bundeshaus in Bonn am 17.6.1967, in: Kiesinger: Stationen, S. 227

[37] Vgl. Regierungserklärung Bundeskanzler Brandts vom 28.1o.1969, in: Texte, Bd. 4, S. 12

[38] Vgl. Bayernkurier vom 11.1o.1969, S. 1

[39] Vgl. Bayernkurier vom 1.11.1969, S. 1

[40] Von der CDU/CSU-Oppostion wurde zu diesem frühen Zeitpunkt offenbar in ihrer überwiegenden Mehrheit tatsächlich nicht gesehen (bzw. nicht offen zugestanden), daß die begrenzten Versuche der Regierungen Erhard und Kiesinger, von den ausgefahrenen Gleisen einer negativen Politik der Rechtsansprüche weg zu einer aktiven Politik der Bewegung zu kommen, auch nur begrenzten Erfolg hatten bringen können. Ein Grund dafür war gewesen, daß die bisherigen Bemühungen auf einer engen Front - nur gegenüber dem nichtsowjetischen Europa, ohne weiterführendes Konzept gegenüber der UdSSR und der DDR - unternommen worden waren.

Ein zweiter Grund hatte darin bestanden, daß auch gegenüber den osteuropäischen Ländern die neue Bewegung weiter durch die alten Rechtsvorbehalte gebremst wurde. Die bereits seit Anfang der sechziger Jahre zu beobachtende osteuropäische Aktivität der Amerikaner und besonders der Franzosen, die beispielsweise längst die Oder-Neiße-Grenze als endgültig anerkannt hatten, war zu keinem Zeitpunkt von solchen Hemmnissen belastet gewesen, vgl. Löwenthal: Ostpolitik, S. 6off.

Grundgesetz der Bundesrepublik:

> "Die Regierung Brandt/Scheel ... (geht) von der Absicht aus, daß im Zuge ihrer Ost- und Deutschlandpolitik der sogenannte zweite deutsche Staat in absehbarer Zeit allgemein diplomatische Anerkennung erfahren soll. Eine solche internationale Bestätigung der Teilung der deutschen Nation in zwei gleichberechtigte Staaten steht jedoch ... im direkten Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes"[41].

Die Union schien mehrheitlich den Standpunkt zu vertreten, daß zumindest vorläufig auf eine Nichtanerkennung der DDR und damit den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik nicht verzichtet werden konnte. Die Frage von Oppositionsführer Barzel in der Debatte über die Regierungserklärung nach der weiteren Gültigkeit der 'Hallstein-Doktrin'[42] konnte dementsprechend gar nicht anders als deren neuerliche Befürwortung durch die CDU/CSU verstanden werden.

In der Debatte des Bundestages über den 'Bericht zur Lage der Nation' 197o wurden diese politischen Leitlinien von CDU und CSU in der Deutschlandfrage bestätigt. Als Sprecher der Unionsparteien forderte der CSU-Vorsitzende Strauß nachdrücklich, zu - wenn auch nicht allen - Methoden und Formen der Adenauer-Politik zurückzukehren[43], und bekräftigte die Überzeugung der Union, daß nur eine voll in das westliche System eingebundene Bundesrepublik in der Lage sei, eine realistische und erfolgversprechende Deutschlandpolitik zu betreiben. Diese westliche Absicherung deutscher Politik stelle eines der Axiome der Politik der Unionsparteien dar[44].

Hauptsächlicher Gradmesser für die praktische Effizienz jeder Deutschlandpolitik blieben auch diesmal menschliche Erleichterungen, die der Union als Vorbedingung und ebenso als Ergebnis von Verhandlungen mit der DDR primär maßgebend erschienen.

[41] Guttenberg: Neue Ostpolitik, S. 39

[42] Vgl. Deutscher Bundestag, Sten B., VI. S. 44

[43] Vgl. Deutscher Bundestag, Sten. B., VI, S. 9oo

[44] Vgl. ebenda

Diese von Oppositionsführer Barzel zugleich mit der Notwendigkeit eines außenpolitischen Neuansatzes durch die Bundesregierung verknüpfte Forderung[45] stellte demgemäß eine der grundlegenden Bedingungen der Opposition für eine Zustimmung zu den von der Regierung vereinbarten Gesprächen mit der DDR-Führung dar. Bereits am 7. Dezember 1969 hatte Barzel der sozial-liberalen Bundesregierung dringend empfohlen, nicht immer wieder nur von einem 'besonderen Verhältnis' zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu sprechen und es Ostberlin zu überlassen, Maximalvorschläge zu machen, die auf ihre Weise ein besonderes Verhältnis zu statuieren suchten[46],sondern selbst konkrete Verhandlungsangebote zu unterbreiten. Erst eine so erfolgte Klärung des innerdeutschen Verhältnisses schaffe beispielsweise die Voraussetzungen für die von den osteuropäischen Staaten gewünschte Sicherheitskonferenz.

In einer Resolution vom 8. Februar 197o erneuerte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion diesen Appell an die Bundesregierung un erklärte unter Hinweis auf die bislang einseitig fast ausschließlich mit der Sowjetunion aufgenommenen Verhandlungen[47] ihre grundsätzliche Unterstützung

[45] Vgl. ebenda, S. 959

[46] Vgl. die Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Rainer Barzel, auf der Jahrestagung des Kuratoriums 'Unteilbares Deutschland' in Berlin am 7.12.1969 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[47] Die in diesem Punkt von der Opposition gezeigte Besorgnis konnte sich gerade in den ersten Monaten des Jahres 197o in erheblichem Maße auf (der Opposition zugänglich gemachte) Informationen stützen, die in der Tat ein hervorgehobenes Interesse der westlichen Verbündeten an dem Stand der zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion aufgenommenen Kontakte erkennen ließen. Von den auf drei Ebenen eingeleiteten Gesprächen mit der UdSSR, Polen und der DDR wurden insbesondere in den USA die deutsch-sowjetischen mit gesteigerter Aufmerksamkeit verfolgt, da man zunächst die Befürchtung hatte, der deutsche Nato-Partner könne durch allzu waghalsige Einlassungen mit seiner Ostpolitik leichtfertig und zum Schaden des Westens in den Sog des Moskauer Machtzentrums geraten und so potentiell ganz Europa sowjetischen Einflüssen öffnen. Es kam jedoch bald zu einer Klärung des gegenseitigen Verhältnisses, als die bundesrepublikanische und die amerikanische Diplomatie offenbar in sehr hohem Grade Konsultationen und Kooperation pflegten und westdeutsche Politiker immer wieder darauf hinwiesen, daß die atlantische Allianz die Basis jeder Politik sei; vgl. Manfred Knapp: Zusammenhänge zwischen der Ostpolitik der BRD und den deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Jahn/Rittberger: Ostpolitik, S. 166ff.

für den Beschluß der Koalition, nun vor allem mit Ostberlin in Gespräche über alle Fragen des Zusammenlebens der Deutschen einzutreten. Zwar befürchteten CDU und CSU, daß solche Gespräche mit der Bedingung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR verquickt werden könnten[48], und auch ihre gegenüber dem von der Bundesregierung anvisierten Ziel, vom 'Nebeneinander' zum 'Miteinander' mit der DDR zu kommen, geäußerte Skepsis[49] blieb weiter existent. Doch die Union hatte mit dem Vorschlag Barzels und der gleichermaßen vom CSU-Vorsitzenden Strauß befürworteten innerdeutschen Kooperation[50] ihre - kritisch abwartende - Bereitschaft gezeigt, der SPD-FDP-Regierung bei ihren deutsch-deutschen Kontakten vorläufig zumindest keine Hindernisse entgegenzustellen.

Die Prioritäten einer christlich-demokratischen wie christlich-sozialen Deutschlandpolitik - Selbstbestimmung und Wiedervereinigung auf der Basis westlicher Integration - bestanden aber dennoch unzweifelhaft fort, und wie distanziert die Unionsparteien gegenüber den deutschlandpolitischen Prinzipien der sozial-liberalen Bundesregierung insgesamt noch waren[51], erwies sich in der Bundestagsdebatte zur Außen- und Deutschlandpolitik wenige Tage danach am 25. Februar.

[48] Vgl. Deutscher Bundestag, Sten.B., VI, S. 1561

[49] Vgl. ebenda, S. 44

[50] Vgl. Franz Josef Strauß: Rede vor dem BT am 15.1.197o, in: Meissner: Ostpolitik, S. 434

[51] Die beiden Schwerpunkte der oppositionellen Kritik bezogen ihre Motivation sowohl aus der Innenpolitik als auch den außenpolitischen Funktionszusammenhängen in der Deutschlandfrage. Zum einen waren die Unionsparteien nicht zu einer Anerkenntnis bereit, daß sowohl in den Massenmedien wie in vielen gesellschaftlichen Gruppen schon seit längerer Zeit ein Prozeß der Neuorientierung und des Umdenkens in Gang gekommen war und eine 'neue dynamische Politik' gefordert wurde - bezogen insbesondere auf den Bereich der Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland; vgl. Manfred Knapp: Zusammenhänge zwischen der Ostpolitik der BRD und den deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Jahn/Rittberger: Ostpolitik, S. 162; zum zweiten hegten CDU wie CSU erhebliche Zweifel daran, daß die von Bonn neuerlich forcierte Ost- und Deutschlandpolitik mit der ausdrücklichen Billigung sämtlicher Instanzen des westlichen Bündnisses zustandegekommen sein könne. Der von den Regierungsparteien für ihre Politik immer wieder deklamierte "Basiskonsens aller Beteiligten" wurde von den Unionsparteien grundsätzlich negiert; vgl. Paul Noack/Rainer Eger: Ostverträge und westliches Bündnis, in: Blumenwitz: Partnerschaft, S. 314

Wiederum bekräftigte Rainer Barzel die auch von der Opposition gesehene Notwendigkeit eines deutschen Beitrags zu einer europäischen Friedensordnung, warnte jedoch davor, diesen ohne Verbesserungen und reale Veränderungen für die Menschen und Völker zu leisten. Der von der Bundesregierung angestrebte Gewaltverzicht zwischen den beiden deutschen Staaten dürfe nicht ein Verzicht auf Bemühungen um eine friedliche Lösung der deutschen Frage sein[52].

Desgleichen äußerte sich der CSU-Vorsitzende Strauß und sprach dabei noch deutlicher aus, daß die Opposition zwar bereit war, der Bundesregierung in der Frage des Gewaltverzichtsabkommens zu folgen, wenn es sich hierbei um den Verzicht auf Anwendung oder Androhung physischer Gewalt für die Austragung von Meinungsverschiedenheiten oder für die Durchsetzung politischer Ziele und nicht zugleich um den Verzicht auf die Verfolgung dieser Ziele mit friedlichen Mitteln handelte. Die CDU/CSU werde sich aber insbesondere der sowjetischen Interpretation des Gewaltverzichts widersetzen, nach der auch die Verfolgung der deutschen Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln ausgeschlossen sei[53].

[52]Vgl. Deutscher Bundestag, Sten., B., VI. S. 1555ff.

[53]Vgl. ebenda, S. 1569ff.

4. Die Union in der Opposition

4.1. Die parlamentarische Ausgangssituation

Bereits einen Monat nach der Regierungserklärung Bundeskanzler Brandts vom 28. November 1969 setzte die sozial-liberale Bundesregierung ihre Unterschrift unter den lange Zeit - auch zwischen CDU und CSU[1] - disku-

[1] Vgl. erste Anzeichen einer solchen unionsintern gegensätzlichen Diskussion bereits auf dem CSU-Parteitag in München im Oktober 1966: "Die Delegierten (des Parteitages, Anm. d. Verf.) ... standen unter dem Eindruck, daß alles, was bislang in jahrelangen Scharmützeln ... gegen die Außen-, vor allem gegen die Europa- und Ostpolitik Schröders zusammengetrieben worden ist, sich nun zur Gewaltattacke, zur Materialschlacht formiere ... Dieser CSU-Parteitag hielt den Zeitpunkt für gekommen, mit Schröders Politik der kalten Schulter gegenüber Frankreich und der einseitigen Überantwortung deutscher und europäischer Interessen an die USA Schluß zu machen", aus: Christ und Welt vom 14.1o.1966, S. 3;
dazu Gerhard Schröder: Stellungnahme zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 24.1.1973, Unkorrigiertes Redemanuskript (Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn); bezugnehmend auf die zuvor von Bundeskanzler Brandt für den Fall einer Nicht-Ratifizierung vorhergesagten negativen Folgeerscheinungen für die bundesdeutsche Außenpolitik und das Verhältnis zu den westlichen Alliierten erklärte Schröder:" ... Wir haben es begrüßt, daß der Bundeskanzler dies klar ausgesprochen hat. Bei den notwendigen und schwierigen Bemühungen, die Funktionsfähigkeit der Allianz aufrechtzuerhalten und zu stärken, wird die Bundesregierung die Unterstützung der Opposition finden. Dies gilt in gleicher Weise für die Erhaltung und Vertiefung unserer vertrauensvollen Verbindung mit den Vereinigten Staaten von Amerika, ohne deren Mitwirkung das Atlantische Bündnis keine politische und militärische Kraft hätte. Eine enge Verbindung zu den Vereinigten Staaten ist daher für die Bundesrepublik Deutschland lebensnotwendig ...", ebenda, S. 5;
dazu Franz Josef Strauß: Fragen zum Sperrvertrag, in: Bayernkurier vom 5.1o.1973, S. 3.
Bei der am 2o. Februar 1974 stattfindenden Abstimmung über die Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages im Deutschen Bundestag votierte - entgegen dem Ergebnis einer vorangegangenen internen Abstimmung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wo sich noch eine Mehrheit gegen das Vertragswerk ausgesprochen hatte - schließlich eine knappe Mehrheit der Unionsabgeordneten für den Vertrag und sicherte diesem so die Mehrheit von insgesamt 355 Ja- gegenüber 9o Nein-Stimmen;
vgl. zur Geschichte der Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland um den Non-Proliferation-Vertrag unter anderem Besson: Außenpolitik, S. 423ff.

tierten Atomwaffensperrvertrag[2], um auf diese Weise der Befürchtung vorzubeugen, daß eine an atomarem Potential beteiligte Bundesrepublik (derart neben ihrer wirtschaftlichen Stärke auch politisch und militärisch aufgewertet) bei den Ostblockstaaten als den zukünftigen Vertragspartnern sicherlich nicht auf weniger Skepsis und mehr Vertrauen stoßen würde; andererseits bestand bei den neuen Regierungsparteien die Hoffnung, daß durch ein erstes "Abwerfen von Ballast" (Brandt) eine auch über den Bereich der Sicherheitspolitik hinaus Geltung erlangende Signalwirkung die Erfolgsaussichten einer veränderten deutschen Außenpolitik a priori erhöhen würde[3]. Fast zum gleichen Zeitpunkt jedoch hatte sich auf der Ebene der internationalen Politik die Entspannung weniger als ein Mittel erwiesen, die Konfrontation der Blöcke abzubauen, als die Desintegration der Blöcke zu fördern und damit sowohl innerhalb der gegensätzlichen Bündnissysteme Spannungen zu erzeugen als auch das gegenseitige Mißtrauen der Führungsmächte wieder zu verstärken. Eine Gleichsetzung von generell akzeptierten Status quo und Entspannungspolitik war nicht mehr unbedingt als zwingend anzusehen.

[2] 'Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons'
Obwohl in dem Vertragstitel derart beschränkend genannt und auch von den beiden Inspiratoren des Vertrages USA und UdSSR in der Diskussion zumeist ausschließlich erwähnt, war in dem Vertragswerk nicht nur die wortgemäße Herstellung (=proliferation), sondern gleichfalls die Frage der Verfügungsgewalt - für alle zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht im Besitz atomaren Potentials befindlichen Staaten negativ, daß heißt ohne einen für sie vorgesehenen direkten Zugang zu spaltbarem Material - geregelt worden. Vor allem in der vom Vertrag (am 1.7.1968 unterzeichnet in Washington, London und Moskau, in Kraft getreten am 5.3.197o; Frankreich und die VR China traten diesem Abkommen jedoch ebensowenig bei wie dem von 1963) vorgesehenen "geeigneten internationalen Aufsicht" über jede Verbreitung und Nutzung der Kernenergie sahen die kernwaffenlosen Staaten einen weiteren Schritt, das amerikanisch-sowjetische atomare Kondominium zu festigen und selbst als Staaten minderen Ranges eingestuft zu werden.

Auf einer Konferenz der Nichtkernwaffenstaaten in Genf (29.8.-28.9.197o), an der 92 Länder teilnahmen, wurde demgemäß eine Resolution (Entwurf der BRD) verabschiedet, die sich insbesondere gegen diese, auch die friedliche Verwendung der Kernenergie beeinträchtigende, Vertragsformel wandte sowie die Nichtanwendung von Gewalt und das Verbot der Androhung von Gewalt als unteilbaren Grundsatz für die zwischenstaatlichen Beziehungen in den Mittelpunkt stellte, vgl. die Vertrags- und Resolutionstexte, in: Rönnefarth/Euler: Konferenzen, Bd. 5, S. 182ff.

[3] Vgl. Brandt: Friedenspolitik, S. 222

Auf der Grundlage dieser leicht gedämpften internationalen Entspannungseuphorie konnte es der zunächst "staunend und das für sie kaum Begreifliche noch nicht begreifen wollend"[4] in die Rolle der parlamentarischen Opposition geratenen CDU/CSU etwas weniger schwer fallen, die ihr nach den Bundestagswahlen vom September 1969 zukommende Funktion in der Bundesrepublik zumindest auf dem außen- bzw. deutschlandpolitischen Sektor zu übernehmen. Dies vor allem auch deshalb, weil offenkundig die noch aus der Wahlkampfzeit stammende schwesterparteiliche Solidarität zwischen CDU und CSU auch über das eigentliche Wahldatum hinaus - und trotz des einer Wahlniederlage gleichkommenden Regierungsverlustes - weiter zu bestehen und sich sogar noch zu verstärken schien[5]. Zu den nach der Wahl vor allem von seiten der SPD

[4]Skibowski: Zukunft mit der CDU, S. 9

[5]So zeichneten sich die anfänglichen Stellungnahmen der beiden Oppositionsparteien zu den wichtigsten Problembereichen der sozial-liberalen Deutschland- und Ostpolitik zumeist - mit Ausnahme der im Text genannten Ansätze zu Unterschiedlichkeiten g r u n d s ä t z l i c h e r Art, deren vorrangiger Stellenwert jedoch oft erst aus nachträglicher Sicht erkennbar wurde - durch eine zum Teil weitgehende inhaltliche Übereinstimmung aus.

Die vor allem von seiten der CSU und ihrem Vorsitzenden Strauß schon in den Anfangsstadien der politischen Umorientierung durch die SPD-FDP-Regierung geäußerte grundsätzliche Befürchtung, die neue Politik bedeute das Ende jeglicher deutschlandpolitischen Lösungen überhaupt, da sie die Verfolgung der deutschen Wiedervereinigung und anderer nationaler deutscher Ziele auch mit friedlichen Mitteln praktisch ausschließe, stellte sehr schnell das die ersten Treffen eines westdeutschen mit dem ostdeutschen Regierungschef begleitende hauptsächliche Argument der g e s a m t e n Opposition dar.

In einer ersten Beurteilung des Erfurter Treffens zwischen Brandt und Stoph (19.März 197o) bestätigte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Barzel die bereits vor der Zusammenkunft artikulierte Bereitschaft der Union, Gespräche mit der DDR zu unterstützen, unterstrich jedoch anschließend den ausdrücklich für Christliche Demokraten w i e Christlich-Soziale bestehenden engen Zusammenhang zwischen den innerdeutschen Initiativen der Bundesregierung, den Sondierungsgesprächen in Moskau und Warschau sowie den bevorstehenden Viermächteverhandlungen über Berlin. Gleichzeitig äußerte er im Namen der Opposition deren wachsende Befürchtung, "daß die Bundesregierung auf dem Wege ist, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, besondere Beziehungen zur DDR herzustellen, welche Merkmale der Anerkennung enthalten, der Sowjetunion gegenüber neue Verpflichtungen einzugehen und zwei deutsche Staaten zu Mitgliedern der UN zu machen" (Erklärung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel zu dem Erfurter Treffen und der Ostpolitik der Bundesregierung vom 2o.3.197o/Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn). Von etwaigen Gegenleistungen sei nichts zu sehen, und mit einer bei Fortsetzung der gegenwärtigen Deutschlandpolitik zu erwartenden "Stärkung der sowjetischen Hegemonie in Europa" würde man allen Europäern nur einen schlechten Dienst erweisen.

erneut lautgewordenen Einwänden gegen eine Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU im Bundestag[6] erklärte der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und Strauß-Vertraute, Leo Wagner, noch am 1o. Oktober, mit ihren grundlegenden staats- wie parteipolitischen Positionen befinde sich die CSU auf dem gleichen politischen Standort wie die CDU. Hinter den Bestrebungen, die Fraktionsgemeinschaft der beiden Schwesterparteien durch Manipulierung von Verfahrensregeln auseinanderzudividieren, stehe dagegen ein 'machiavellistisches Kalkül'[7]. Daß zugleich von den Christlich-Sozialen die historisch bedingte Eigenständigkeit der CSU neuerlich ebenso wieder betont wurde wie ihre Selbstdefinition als "Gruppierung spezifisch bayerischer, staatsbildender Kräfte"[8], gehörte inzwischen schon fast zur Parteitradition der CDU/CSU und schien obendrein auch lediglich Anlaß zu sein für eine bewußt intensivierte zwischenparteiliche Kooperation von CDU und CSU. Öffentlich wurde von beiden Seiten bestätigt, daß die Parteivorsitzen-

[5]Forts.: In einer nach den Kasseler Gesprächen (21.Mai 197o) der beiden deutschen Regierungsvertreter o h n e G e g e n s t i m m e n gefaßten Entschließung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurden die Differenzen mit der Bundesregierung dann weitaus deutlicher und akzentuierter präzisiert. CDU und CSU stellten darin übereinstimmend fest, daß der Verlauf der Kasseler Begegnung die von der Union für eine Zustimmung fixierten Kriterien nicht erfülle. Erneut wandten sich beide Parteien gegen eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR sowie gegen eine Politik, "die trotz gegenteiliger Beteuerung praktisch zur Anerkennung führt" (Entschließung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Ost- und Deutschlandpolitik vom 26.5.197o/Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn). Im übrigen seien konkrete Fortschritte in der Deutschlandfrage und speziell in der Berlinfrage Voraussetzung für vertragliche Regelungen wie den angestrebten Gewaltverzichtsabkommen mit Moskau und Warschau sollten derartige Abkommen auch durch die Opposition mitgetragen werden.

[6]Womit unter anderem deren Anspruch auf Stellung des Bundestagspräsidenten begründet und so der in der SPD diskutierte "totale Machtwechsel" in Bonn 1969 verhindert werden sollte.

[7]Vgl. dpa vom 1o.1o.1969 (dpa 95 we/ba - 14.3o); mit ihren Angriffen auf die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU, so Wagner weiter, rede die "SPD einem Verstoß gegen die in Artikel 9, Absatz 3, des Grundgesetzes als Grundrecht garantierte Koalitionsfreiheit das Wort" ... Noch gehe es "um Fragen des demokratischen Stils. Sollte aber die Reihe der Stilbrüche (gemeint ist hierbei vor allem das Verhalten von SPD und FDP gegenüber den bisherigen Regierungsparteien CDU und CSU in der Frage der Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierungskoalition im Anschluß an die Bundestagswahl 1969, Anm. d. Verf.) zur Methode eines neuen sozialistisch geprägten Regierungsstils in Deutschland werden", so gerieten die "Prinzipien unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats in Gefahr", vgl. ebenda.

[8]ebenda

den Kiesinger und Strauß in naher Zukunft grundlegend das Verhältnis der Unionsparteien zueinander erörtern wollten. CDU und CSU seien eine Arbeitsgemeinschaft, die nun endlich realisiert werden müsse. Beide Parteien hätten sich über Fragen der gemeinsamen alltäglichen Parlamentsarbeit ebenso zu verständigen wie über Grundsatzprobleme beispielsweise derart, daß sich die CSU als eine konservative Partei verstehe und die CDU als Partei der integrierenden Mitte[9].

Solchermaßen auf eine demonstrativ einmütige Parteienbasis gestellt, machte der für die Dauer der gesamten Legislaturperiode wiedergewählte Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Rainer Barzel, in seiner Antwort auf die von Bundeskanzler Brandt abgegebene Regierungserklärung der neuen Bundesregierung ein insbesondere für die Außen- und Deutschlandpolitik geltendes Angebot zur Kooperation mit der Opposition[10].

Doch sehr schnell schon waren die kontroversen Auffassungen über die Substanz einer solchen Politik evident geworden, als der Oppositionsführer seine Kritik an dem Fehlen des Wortes 'Wiedervereinigung' und der in der Regierungserklärung enthaltenen Anerkenntnis von zwei Staaten in Deutschland anbrachte. Weder sei eine solche, von SPD und FDP dargelegte Überzeugung mit der Präambel des Grundgesetzes vereinbar, noch könne es in Deutschland zu dem von der Koalition angestrebten geregelten Nebeneinander oder Miteinander kommen, da sich Rivalität nicht konföderieren und Freiheit nicht mit Diktatur mischen lasse[11].

Damit war den seit dem Wahltag und der Ankündigung einer sozial-liberalen Koalitionsregierung noch immer in einer Art politischer Lethargie befangenen Unionsparteien[12] und vor allem der gemeinsamen Bundestagsfraktion aus CDU und CSU von deren Vorsitzenden ein erstes formales wie inhaltliches Oppositionsprinzip vorgegeben worden: Kooperation mit der Regierung als Versuch aktiver Mitgestaltung insbesondere der deutschen Außenpolitik.

[9] Vgl. Welt am Sonntag vom 23.11.1969, S. 1ff.

[10] Vgl. Rainer Barzel: Rede vor dem BT am 29.1o.1969. in: Weber/Jahn: Deutschlandpolitik, S. 824

[11] Vgl. ebenda, S. 824 f.

[12] Vgl. Skibowski: Zukunft mit der CDU, S. 16ff.

In der sich anschließenden Diskussion um die Regierungserklärung der ersten sozial-liberalen Bundesregierung aber hatten sich dann nicht nur die Kluft zwischen der alten und der neuen Regierungsmehrheit im Parlament oder die Distanz der Unionsparteien zu eigenen außen- wie deutschlandpolitischen Konzepten der vergangenen Jahre offenbart, zur gleichen Zeit kündigte sich bereits in den Reden der anderen führenden CDU-/CSU-Politiker Kiesinger und von und zu Guttenberg das baldige Ende jener Unions-Harmonie an, deren anfängliche (scheinbare) Existenz der Opposition eine so gute Startposition gegenüber der Regierung und die politische Fundamentierung des eigenen (speziell außenpolitischen) Regierungspostulats zu garantieren schien. Die wiederholte Warnung vor einer völligen Aufgabe der 'Hallstein-Doktrin' bzw. einem damit unvermeidbar werdenden politischen und diplomatischen 'Erdrutsch' zugunsten der DDR (Kiesinger)[13] oder gar die auf die Grundsätze der neuen Politik zielende Kritik, nicht Fortentwicklung der Kontinuität sondern Bruch der Kontinuität sei das Charakteristikum der deutschlandpolitischen Konzeption von SPD und FDP (von und zu Guttenberg)[14], paßten kaum noch zu dem vom Führer der Opposition im Parlament artikulierten Kooperationsangebot an die neu im Amt befindliche Regierung.

Schon in der ersten Debatte im Bundestag als Opposition hatten sich damit bei Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen die für später signifikant werdenden Positionen in der Deutschlandfrage in ihren grundsätzlichen Strukturen angedeutet: Während die Vertreter der Christlich-Sozialen Union sich vorzüglich dieses Teilgebietes der Politik bedienten, um sich von der Schwesterpartei in ihrer Oppositionshaltung graduell abzuheben, indem sie sehr viel kompromißloser und einheitlicher ihre deutschlandpolitischen Grundsätze als konsequente Fortsetzung traditioneller bundesrepublikanischer Deutschlandpolitik mit der 'gebrochenen' Deutschland- und Ostpolitik der SPD-FDP-Regierung zu kontrastieren suchten, dominierte bei den Christlichen Demokraten sowie der Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion - und damit der eigentlichen Führung der gesamten Opposition - von Anfang an eine offensichtlich in weiten Bereichen taktisch bestimmte, Kooperation mit

[13] Vgl. Kurt Georg Kiesinger: Rede vor dem BT am 29.1o.1969, in: Meissner: Ostpolitik, S. 384

[14] Vgl. Karl Theodor von und zu Guttenberg: Rede vor dem BT am 29.1o.1969, in: Meissner: Ostpolitik, S. 39of.

der Bundesregierung nicht ausschließende, Konzeption den Oppositionsstil.

Gleichrangig neben die aktuelle politische Arbeit als parlamentarische Opposition aber trat in der Union die von Barzel zunächst in der Fraktion im Deutschen Bundestag durchgeführte organisatorische Umstrukturierung. Die Fraktion der CDU/CSU erhöhte die Zahl ihrer parlamentarischen Geschäftsführer von drei auf fünf und ersetzte den ursprünglich gefaßten Plan zur Bildung eines Schattenkabinetts nach britischem Vorbild durch die Konstruktion einer sogenannten 'Kernmannschaft', in der 'verdiente' Regierungsmitglieder vergangener Jahre zusammen mit Parteistrategen aus beiden Unionen als eine Art Führungsstab tätig werden sollten.

Die erste Erkenntnis der aus der Regierungsverantwortung gedrängten Unionsparteien jedoch war wohl die, daß die Fraktion nicht gleichzusetzen war mit der Opposition; Fraktion und Partei mußten darauf vorbereitet werden, daß sie jeweils bestimmte, voneinander unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen hatten. Auf der einen Seite mußten die von den Parteiapparaten erwarteten programmatischen, personellen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für ein Existieren in der Opposition erst noch geschaffen werden, und andererseits war es zukünftig die Aufgabe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in ihrer Funktion als die effizienteste Verklammerung von CDU und CSU sowie in intensiver Kommunikation mit den befreundeten Landesregierungen und Landtagsfraktionen die mittelfristige und die Tagespolitik der Opposition zu formulieren und im Parlament zu vertreten.

Diese Forderungen stellten sich beiden Unionsparteien zugleich: Der CDU, deren organisatorische Schwächen über lange Zeit hinweg vor allem durch charismatische Führerpersönlichkeiten wie Adenauer und zeitweise auch Erhard überdeckt worden waren, und der CSU, die zwar eine kontinuierliche und umfassende, auf politische Herrschaftsabsicherung und -erweiterung - hauptsächlich bezogen auf das Land Bayern - angelegte Organisationspolitik ausgebildet hatte (innerhalb der, wie die Untersuchungen Mintzels aufzeigen, seit 1955 bereits wesentliche Elemente und Charakteristika einer mehr als nur regionalen 'Massen- und Apparat-

Partei modernen Typs' entwickelt wurden[15]). Aber auch die Christlich-Sozialen hatten unter dem Gesichtspunkt ihrer parteilichen sozialen Basis nicht gleichermaßen ihren 'volksparteilichen' Charakter auszuprägen verstanden[16]. Für beide Parteien implizierten die genannten Umstände somit zunächst eine organisationspolitische Neuorientierung, deren Verzögerung am Ende des Jahres 1969 lediglich einer Manifestierung der nicht nur bei politischen Gegnern anzutreffenden Ansicht gleichgekommen wäre, daß die 'etablierten Kräfte' von CDU und CSU, das hieß die bisherigen Inhaber von Regierungsämtern und führende Parteivertreter, der Neigung erliegen könnten, das Schicksal der Union zu beklagen und die eingetretene Entwicklung als einen unverdienten, jedenfalls von den Wählern nicht eigentlich gewollten Schicksalsschlag hinzustellen[17].

Ein solcher 'Irrtum der Geschichte' aber würde sich kaum von selbst korrigieren, ebensowenig wie dies von einer Union erwartet werden durfte, die bereits nach wenigen Wochen als parlamentarische Opposition im demokratischen System der Bundesrepublik Indizien für eine Verifizierung jener These zu zeitigen schien, die CDU und CSU das Kriterium der handelnden Einheit nur solange zusprechen wollte, wie beide durch die Regierungsmacht zusammengehalten würden[18]. Verdränge man sie von dieser Macht, so werde mit unabdingbarer Zwangsläufigkeit ein parteiorganisatorischer Entwicklungsprozeß einsetzen, der nur mit einer Auflösung des Unionsbündnisses seinen Abschluß finden könne.

[15]Vgl. Mintzel: Geschichte der CSU, S. 67ff.

[16]Vgl. ders.: Die CSU, S. 5o8f.

[17]Vgl. Ernst Benda: Folgerungen für die Partei und die Parteivereinigungen, in: Gölter/Pieroth: Die Union, S. 13o

[18]Vgl. so Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3o.1o.1966, S. 1

4.2. Parteiinterne Kursbestimmung (1970)

Anzeichen für ein beginnendes Auseinanderleben innerhalb der Unionsparteien waren in der Tat schon zu Anfang des ersten Oppositionsjahres in einer Deutlichkeit zu registrieren, von der selbst solche Beobachter sich überrascht zeigten, die mit einer derartigen Tendenz als Folge der ungewohnten und noch unverkrafteten Oppositionsstellung der CDU und CSU auf Bundesebene gerechnet hatten. Aus sogenannten 'CSU-nahen Kreisen[19], das heißt den von der Parteizentrale der Christlichen Sozialen in der Münchner Lazarettstraße vorzugsweise (und gezielt) mit Informationen ausgestatteten Personengruppen, konnten Hinweise auf ein eskalierendes Mißtrauen innerhalb der Christlich-Sozialen Union gegenüber der größeren Schwesterpartei vernommen werden. Es galt vor allem jenen CDU-Politikern, die aus übergeordneten gesamtpolitischen Gründen eine Kooperation mit der Bundesregierung und den Koaltionsparteien zumindest im Bereich der Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik anstrebten[20] und deshalb die sich immer deutlicher abzeichnende kompetitive Strategie der CSU ablehnten. Diese als Folge der "politpsychologischen Arbeit" der SPD bewertete 'Links-Unterwanderung' (Strauß) eines Teils der Christlichen Demokraten rief bei Funktionären in der Bonner Nassestraße[21] nicht nur Kopfschütteln, sondern - angesichts sich mehrender Gründungen von 'CSU-Freundeskreisen' im gesamten Bundesgebiet - Reaktionen wie "für uns problematisch" oder "eine bedenkliche Erscheinung" hervor[22].

Die beiderseitige Distanzierung zwischen CDU und CSU war unverkennbar und zeigte auch bereits erste personelle Auswirkungen: Außenpolitisch

[19] Die unmittelbare Quelle dieser von der CSU-Landesleitung virtuos gehandhabten Sonderform parteilicher Informationspolitik fand sich dabei zumeist in der, dem Parteivorsitzenden sehr nahestehenden Redaktion des Parteiorgans Bayernkurier um dessen Chefredakteure und persönliche Beauftragte des (seit 1961) alleinigen Herausgebers (Franz Josef Strauß) Marcel Hepp bzw. nach dessen Tod Wolfgang Horlacher (ab September 1971), vgl. zur geschichtlichen Entwicklung wie zum strukturellen Aufbau des 'Bayernkurier' Mintzel: Geschichte der CSU, S. 16off.

[20] Vgl. Rainer Barzel: Rede vor dem BT am 29.1o.1969, in: Deutscher Bundestag, Sten. B., VI, S. 4off.

[21] Damaliger Sitz der CDU-Parteizentrale

[22] Vgl. PPP (Politisch Parlamentarischer Pressedienst) vom 27.2.197o, S. 3f.

konservative Unionspolitiker wie von und zu Guttenberg, Marx, Stoltenberg oder von Wrangel fühlten sich von der Fraktionsspitze im Bundestag alleingelassen oder sogar bewußt ausgeschaltet und gingen nun ihrerseits auf Distanz zur eigenen Partei[23]. Führende Christliche Demokraten wie der stellvertretende Parteivorsitzende Gerhard Schröder wurden öffentlich der "Komplizenschaft mit der SPD" bezichtigt[24].

Ihrerseits fanden die Befürworter kompetitiver Oppositionspolitik in der Unionsfraktion - mit dem CSU-Vorsitzenden Strauß als der unbestritten zentralen Figur - Unterstützung insbesondere bei jungen Abgeordneten, die in ihren zumeist unsicheren Wahlkreisen die Chancen eigener Profilierung in einer offenen Ablehnung des taktisch bestimmten moderierten Verhaltens der Fraktionsführung im Bundestag sahen. Am vehementesten kam - außer von der Schwesterpartei CSU - die CDU-parteiinterne Kritik aus jenen Bundesländern, in denen Landtagswahlen bevorstanden und in denen man daher besorgt war, daß die Politik der Parteispitze in Bonn die Wahlchancen der Union noch weiter vermindern werde.

Fraktions- wie Parteiführung der Christlichen Demokraten gerieten so allmählich unter einen permanenten Druck von außen wie von Teilen der eigenen Parteibasis, zur Vermeidung einer selbstverschuldeten Wahlniederlage parlamentarisch jenen Oppositionskurs einzuschlagen, der ihr in einer Absatzbewegung von der CDU auf seiten der CSU bereits vorgezeichnet wurde. Nicht die von den auswärtigen Verbündeten hervorgehobene Übereinstimmung der Außen- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel mit Konzeption und Zielsetzung der eigenen Détente-Politik[25] wurden offensichtlich als die (wahl-)entscheidenden Kriterien

[23] So traten die Abgeordneten Marx und von Wrangel Krankheitsurlaube mit der Bemerkung an, "gewisse Kreise in der CDU-Spitze" seien offenbar darauf aus, profilierte aber außenpolitisch nicht auf der Linie der Fraktionsführung liegende Unionspolitiker sich "gewissermaßen heißlaufen" zu lassen, um sie dann durch koalitionskonforme Unionspolitiker ersetzen zu können, vgl. ebenda, S. 4

[24] Vgl. ebenda

[25] Insbesondere die USA zeigten sich nach anfänglicher Skepsis befriedigt über das Bemühen der neuen sozial-liberalen Bundesregierung, ihre Beziehungen zu Osteuropa grundsätzlich zu entschärfen, die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens nicht mehr in Frage zu stellen, unter das Münchner Abkommen einen Schlußstrich zu ziehen und mit der DDR zu einem Modus vivendi zu kommen, zumal Regierungsvertreter der USA "dergleichen mehrmals ihrem Bundesgenossen nahegelegt hatten", vgl. Manfred Knapp: Zusammenhänge zwischen der Ostpolitik der BRD und den deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Jahn/Rittberger: Ostpolitik, S. 167

angesehen, sondern die eigene, auf die geographisch wie politisch spezifische Situation der Bundesrepublik Deutschland abhebende (und überdies mehr innenpolitische) Argumentation; ein außen- wie deutschlandpolitischen Fragestellungen zukommender ausschlaggebender Stellenwert für die bevorstehenden Landtags- bzw. Bundestagswahlkämpfe wurde von den meisten Oppositionspolitikern noch grundsätzlich verneint.

Doch auch diese kontrovers geführte Strategiediskussion konnte zunächst den Anschein erwecken, als werde sie auf Dauer den Einheitsgedanken innerhalb der Union eher fördern als ihm abträglich sein. Zwar mußten Aufrufe wie die des RCDS-Vorsitzenden Gerd Langguth zu einer Fusion von CDU und CSU[26] auch weiterhin als "jugendlicher Enthusiasmus" (Langguth über Langguth) einer ansonsten mehr als Sprungbrett für Parteikarrieren denn als Motor der Gesamtpartei fungierenden parteipolitischen Nachwuchsorganisation[27] angesehen werden, doch schien auch der im April 197o in München abgehaltene erste Parteitag der CSU nach dem Ausscheiden aus der Bonner Regierungsverantwortung gleichermaßen auf der Ebene der politischen Praktiker nach einer innerparteilichen Sturmperiode wieder jene enge Dependenz der beiden Schwesterparteien zum Ausdruck zu bringen, die ihre Charakterisierung als "irgendwie siamesisch verbunden"[28] zu rechtfertigen vermochte. Hinter den Kulissen des Parteitages hatte nämlich offenbar ein Arrangement zwischen dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel und dem CSU-Parteivorsitzenden Strauß stattgefunden, das den CSU-Generalsekretär Max Streibl in München vor einem Kreis unionsnaher Journalisten verkünden ließ, daß der CSU-Vorsitzende Barzel die Anerkennung und Förderung der alleinigen Kanzlerkandidatur für den nächsten Bundestagswahlkampf der Union zugesagt habe. In diesem Gesprächsergebnis durfte der entscheidende Grund für die in München beobachtete Wandlung des "lern- und anpassungsfähigen Vorsitzenden"[29] der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 'staatsmännisch' kooperationsbereiten zum 'hemdsärmeligen' und auf Konfrontationskurs zur Bundesregierung einschwenkenden Rhetoriker zu sehen sein. Form und Inhalt der Münchner

[26] Vgl. Frankfurter Neue Presse vom 11.3.197o, S. 2

[27] Vgl. Pütz: Christlich-Demokratische Union, S. 51

[28] Eduard Neumaier: Irgendwie siamesisch verbunden, Das Verhältnis zwischen CDU und CSU, in: Publik vom 17.7.197o, S. 5

[29] Besson: Außenpolitik, S. 359

Barzel-Rede wurden inner- wie außerhalb der Union als Akzeptierung des von der CSU gesteuerten kompetitiven Oppositionskurses gewertet - und damit als Anerkennung einer mit dem Vorsitzenden der Schwesterpartei zumindest geteilten Oppositionsführung.

Weniger aufgrund der in der bayerischen Landeshauptstadt gemachten politischen Aussagen[3o] als vielmehr mit Blick auf die dort erheblich

[3o] Dort ließ sich eine Parallelität zu den bislang von Kiesinger zu außen- und deutschlandpolitischen Themen bekanntgewordenen Äußerungen feststellen.
Diese härtere Haltung gegenüber der Regierungspolitik schlug sich schon sehr bald (wenn auch nur kurzfristig) im Oppositionsverhalten der Union nieder. So wurde das Verhandlungsergebnis der zwischen dem sowjetischen Außenminister Gromykow und dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Bahr, am 22. Mai 197o abgeschlossenen 'Sondierungen' bereits vor seinem Bekanntwerden auf deutscher Seite (18. Juni 197o) als "Ballspiel zwischen Bonn, Moskau, Warschau und Ostberlin" (Strauß - Deutscher Bundestag, Sten. B., VI, S. 1576) und Werk eines "dilettantischen Amateurdiplomaten" (Strauß in einem Interview in: Der Spiegel vom 23.2.197o, S. 24) abqualifiziert und geriet so zusammen mit den von Bundesaußenminister in Moskau geführten Vertragsverhandlungen zu Kristallisationspunkten einer verschärften Konfrontation mit der Bundesregierung.
Barzel selbst erwähnte das ursprünglich von ihm gemachte Angebot zu interfraktioneller Zusammenarbeit mit den Regierungsparteien in keiner Stellungnahme mehr. In der Bundestagsdebatte über die Deutschland-, Ost- und Europapolitik am 27. Mai 197o schließlich erklärte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, daß ihm spätestens die Begegnung zwischen Brandt und Stoph in Kassel endgültig gezeigt habe, daß nicht Entspannung, sondern Verhärtung das bisherige Resultat der deutschlandpolitischen Unternehmungen der Bundesregierung sei. Dabei sei für die Opposition vor allem das "Entgegenkommen ohne Gegenleistung" und das "Tempo der Meinungsänderung" von Bundeskanzler Brandt beunruhigend. Auch sei im Gegensatz zu dem Erfurter Treffen in den von Brandt in Kassel vorgelegten zwanzig Punkten schon nicht mehr von dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes die Rede. Noch einmal - so Barzel - müsse die Bundesregierung dringend davor gewarnt werden, mit der DDR-Führung Vereinbarungen zu treffen, bevor die Viermächte-Gespräche über Berlin zu greifbaren positiven Ergebnissen geführt hätten (Deutscher Bundestag, Sten. B., VI, S. 2665ff.)
In einer durch äußerst emotionale Argumentationsweise gekennzeichneten Rede des CSU-Bundestagsabgeordneten von und zu Guttenberg kamen schließlich zwei Grundzüge der oppositionellen Politik von CDU und CSU sehr anschaulich zum Ausdruck: Zum einen der zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen bereits als geglückt zu bezeichnende Versuch der kompromißlosen Ablehnungsfront innerhalb der Union (stets mit den bayerischen Christlich-Sozialen als ihrem sprichwörtlich harten Kern), die generelle Linie der Oppositionspolitik in ihrem Sinne festzulegen; zum anderen die letztlich auf die gesamte Deutschland- und Ostpolitik und nicht nur einzelne Teilbereiche bezogene Ablehnung dieser zwar noch keineswegs mehrheitlichen, jedoch in ihrem Impetus wie eine innerparteiliche Mehrheit sich auf die Bestimmung des politischen Kurses der Opposition auswirkenden Unionsgruppierung. Der neben dem Fraktionssprecher Marx als einziger außenpolitischer Experte der Union ohne Einschränkungen gegen die neue Politik argumentierende christlich-soziale Politiker von und zu Guttenberg machte der Bundesregierung den grundsätzlichen Vorwurf, sie sei dabei, "das Deutschlandkonzept des Westens aufzugeben und in jenes der Sowjetunion einzutreten". Bei ihren Gesprächen mit der DDR-Regierung habe sich die Tendenz der von der sozial-liberalen Koalition betriebenen Deutschlandpolitik angedeutet, die DDR auch völkerrechtlich anzuerkennen (Deutscher Bundestag, Sten. B., VI, S. 26 und 92ff.).

reduzierten Aussichten auf eine erneute Kanzlerkandidatur Kurt Georg Kiesingers fühlte man sich in den von dieser Entwicklung betroffenen CDU-Kreisen um den noch amtierenden Parteivorsitzenden parteipolitisch isoliert. Die Vorgänge von München, so vermutete man in der Umgebung des ehemaligen Bundeskanzlers, würden dazu führen, daß der ihnen ohnehin schon bedroht erschienene Zusammenhalt innerhalb der Unionsführung nun noch mehr belastet worden sei[31].

4.3. Innerparteiliche Spannungsakkumulation (1971)

Wie bald sich die Vermutung über ein vorzeitiges Ende des (ohnehin nur bis zu den nächsten Bundestagswahlen terminierten)[32] Übereinkommens zwischen Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen bewahrheiten sollte, bewiesen die im Spätsommer 197o sich von Woche zu Woche verschärfenden Attacken des CSU-offiziösen Parteiorgans Bayernkurier gegen die Führung der CDU. Nicht nur, daß die Christlich-Sozialen - im Gegensatz zur CDU-Parteispitze - eindeutig klarmachten, daß sie den vorliegenden Moskauer Vertrag[33] abzulehnen gedächten[34],

[30] Forts.: Die trotz Beibehaltung der von ihr vertretenen Positionen in der Deutschlandpolitik von der CDU/CSU-Opposition eine Zeitland tolerierte Gesprächsinitiative der Bundesregierung gegenüber dem zweiten deutschen Staat hatte nicht sofort zu den auch von den 'Gemäßigten' in der Union zuvor als Minimalforderungen erklärten praktischen Fortschritten in der Deutschlandfrage geführt, und schien in wachsendem Maße nur die negative Einschätzung einer solchen Öffnung der deutschen Politik nach Osten zu bestätigen (und verhalf ihr damit unionsintern entscheidend mit zum Durchbruch).

[31] Vgl. P P P vom 15.4.197o

[32] Vgl. ebenda

[33] Als für alle Ostverträge maßgebendes Kernstück der Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung kann der 197o unterzeichnete und 1972 (zusammen mit dem deutsch-polnischen Abkommen) vom Deutschen Bundestag ratifizierte Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion angesehen werden. Er stand demzufolge nicht nur im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses in der Bundesrepublik (vgl. die in Relation große Zustimmung zu dem Vertragswerk von 85% gegenüber 46% Zustimmung zum Warschauer Vertrag und 56% zu einem Vertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik, aus: Emnid-Informationen, Nr. 9/1o, 1972, S. 3), sondern war auch der zentrale Gegenstand der innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen der Regierungskoalition und der Opposition über die seit 1969 betriebene Außen- und Deutschlandpolitik und ihre Folgeerscheinungen für die Sicherheitslage der Bundesrepublik, ihre Bindungen an die Westmächte und über die Frage einer möglichen Neutralisierung oder politischen Öffnung (West-)Deutschlands für sowjetischen Machteinfluß.
In der Frage, wie die Opposition auf einen Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR reagieren sollte, waren zu Anfang des Jahres 197o in den Unionsparteien noch etwa zwei Drittel der Fraktion der Meinung, die Oppositionspolitik von CDU und CSU müsse vor allem darin bestehen, die Bundesregierung zu warnen und insbe-

sondere in der umstrittenen Deutschland- und Ostpolitik den Versuch zu unternehmen, "Pfähle einzuschlagen, damit die bisherige Politik (christlich-demokratischer/christlich-sozialer Bundesregierungen, Anm. d. Verf.) nicht ins Rutschen gerate". Ein Drittel der Bundestagsfraktion war bereits in dem genannten Zeitraum zu dem Schluß gelangt, daß nur noch eine harte Kritik an der SPD-FDP-Regierung möglich und für die Union politisch nutzbringend sei. Diese Annahme stützt sich auf eine briefliche Umfrage, die der Verfasser bei 6o Abgeordneten von CDU und CSU - im Verhältnis 5 : 1 - im Deutschen Bundestag gemacht hat. Das bei einem Stand von 4o Rückläufen ermittelte Ergebnis wurde durch nach diesem Zeitpunkt noch eintreffende Antworten bestätigt.
Zu ähnlichen Aussagen bezüglich des innerparteilichen Meinungsbildes bzw. Kräfteverhältnisses in den Unionsparteien nicht nur für den Bereich der Außen- und Deutschlandpolitik kommt Skibowski in seiner Analyse der ersten Monate der CDU/CSU-Opposition. Es bleibt jedoch unklar, worauf der Autor die von ihm gemachten Angaben stützt, vgl. Skibowski: Zukunft mit der CDU, S. 42ff.
Am 12. August 197o unterzeichneten Brandt und Scheel in Moskau den auf dem 'Bahr-Papier' basierenden deutsch-sowjetischen Vertrag. In der Präambel wurde auf den Abschluß des Abkommens vom 13. September 1955 hingewiesen und derart der Versuch unternommen, die Kontinuität zu den damaligen Erklärungen Adenauers und seiner Politik herzustellen. Doch während Adenauer am 13. September 1955 aus Anlaß der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion noch erklärt hatte, daß dieser Akt "keine Anerkennung des derzeitigen beiderseitigen territorialen Besitzstandes ... und keine endgültige Festsetzung der Grenzen Deutschlands dar(stellt)" (Adenauer: Erinnerungen, Bd. 2, S. 55o), stimmten die sozial-liberale Bundesregierung und die Regierung der UdSSR im Vertrag von Moskau formell darin überein, daß sie

> "heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich (betrachten), wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik" (Artikel 3 des 'Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken'/Dokumentation zur Entspannungspolitik, S. 15ff.).

Unter Hinweis auf diese Diskontinuität und zugleich Unvereinbarkeit mit dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes sprach sich nach Beendigung der Moskauer Vertragsverhandlungen schließlich eine Mehrheit in den Unionsparteien Ende 197o gegen den vorliegenden Vertragstext aus.

[34] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 3.9.197o, S. 1

sondern vor allem parteitaktische Mängel waren es, die neben diesem sachpolitischen Dissens der größeren der beiden Schwesterparteien nun aus der eigenen Union vorgehalten wurden. Unter der Überschrift 'Weniger diskutieren' kritisierte der Herausgeber des Blattes persönlich das "Straßentheater", das seiner Meinung nach in der CDU vor sich gehe und dem politischen Gegner zur Freude gereiche[35]. Es stehe nicht zum besten, wenn eine Partei auf Dauer selbst mehr in der Diskussion stehe als ihre politischen Aktivitäten, schrieb Strauß, und bescheinigte der CDU offen Mangel an Selbstbewußtsein und Disziplin sowie an Verständnis für das, was der Unions-Wähler wolle, nämlich die baldmöglichst notwendige Ablösung der Regierung Brandt. Einzig der Sturz der Bundesregierung und die Wiederübernahme der politischen Verantwortung für Deutschland müsse das Ziel von CDU und CSU sein. Dazu aber bedürfe es einer Selbstdarstellung der Christlich-Demokratischen Union, die nicht vorwiegend von fruchtloser Debattierlust gekennzeichnet sei[35].

[35] Wie ein solches für die gesamte Union gewünschtes Parteiimage vom Stil wie Inhalt her in der sachpolitischen Auseinandersetzung mit der Regierung auszusehen habe, exerzierte die CSU der Schwesterpartei zu diesem Zeitpunkt bereits vor. Die Münchner Zeitschrift 'Aktuelle Politik' - als Redakteur fungierte der Öffentlichkeitsreferent der CSU, Franz Forchheimer - erschien am gleichen Tage (5.9.197o) unter dem Titel "Vertrag gegen Deutschland". Autor war Bruno Bandulet, außenpolitischer Referent der CSU-Landesleitung. In der Veröffentlichung hieß es, der Moskauer Vertrag diene nicht den nationalen Interessen Deutschlands, sondern der Sowjetunion. Der sowjetische Gewaltverzichtsbegriff, der in den Vertrag Eingang gefunden habe, sehe so aus, daß die kommunistische Seite weder nach außen noch nach innen auf Gewaltanwendung verzichte, während die westliche Seite nicht nur auf Gewalt verzichtet habe, sondern auch auf "jede friedliche Politik, die die Änderung bestehender Zustände anstrebt oder die in Moskau sonstwie als störend empfunden wird". Das Moskauer Abkommen sei in Wirklichkeit kein Abkommen über Gewaltverzicht, sondern über Gewaltübertragung an die Sowjetunion, denn Artikel 4 beziehe sich auf das Potsdamer Abkommen und auf die UN-Charta einschließlich ihrer Feindstaatenartikel. Von diesen Artikeln der UN-Charta spreche die sowjetische Regierung derzeit nur deswegen nicht mehr, weil die jetzige Politik Bonns keinen Anlaß dazu biete, zumal die Bundesregierung ja die Teilung Deutschlands und die Anexion der Ostgebiete anerkannt habe. "Sobald Bonn jedoch seine frühere Wiedervereinigungspolitik wiederaufnimmt, werden die Feindstaatenklauseln hervorgeholt", schrieb Bandulet. - Aus diesen und weiteren in dem betreffenden Artikel aufgeführten Gründen könne von einem Bonner Verhandlungserfolg gegenüber der UdSSR nicht die Rede sein. Das Bundesaußenminister Scheel in Moskau zäh verhandelt habe, sei eine Legende. Die sozial-liberale Bundesregierung habe lediglich ein geniales propagandistisches Manäver inszeniert, "das selbst einen Goebbels vor Neid erblassen ließe", vgl. dazu Frankfurter Rundschau vom 3.9.197o, S. 2

Die CSU-Kritik kam sicherlich nicht ganz zu unrecht. Nach einem Jahr als parlamentarischer Opposition wirkte die CDU insgesamt weder immer einig noch stark, noch attraktiv. Die größte Fraktion im Deutschen Bundestag, die von Anbeginn an mehr als die hinter ihr stehenden beiden Parteien das Bild der Union in der Opposition geprägt hatte, wies eine zunehmende Abstinenz führender Unionspolitiker auf. Die perpetuierlich nahezu allein aktive Gruppe um den Fraktionsvorsitzenden Barzel mühte sich zwar redlich, mittels steter Presseerklärungen das Bild einer präsenten Opposition aufrecht zu erhalten, doch konnte dies auch bei bestem Willen nicht ausreichen. Viel wesentlicher war, daß sich innerhalb der amtierenden CDU-Führung zunehmend Anzeichen von Resignation, Ungeduld und persönlicher Rivalität mischten mit der außerhalb der Partei immer häufiger artikulierten Einsicht, daß das große Wählerparteien-Bündnis 'Union' auch im Interesse der gesamten Demokratie nicht auseinanderlaufen dürfe[36]; eine solche Entwicklung aus eigener Kraft aufzuhalten aber schien den christlich-demokratischen Politikern zusehends größere Anstrengungen abzuverlangen.

Die Christlichen Demokraten besaßen eine Reihe politischer Persönlichkeiten. Aber sie hatten kaum jemanden, der sowohl im Hinblick auf die Wähler als auch für die Parteimitglieder ein unbestreitbares Prä an Autorität aufwies. Nach dem Aktivitätsboom des ersten Oppositionsjahres[37] rächte es sich nun immer deutlicher, daß die Partei Adenauers und Erhards es sich früher leicht gemacht hatte, indem sie 'große Männer' plakatierte, die dem Bürger alles Unangenehme abzunehmen versprachen, aber wenig Wert auf kritische Mitarbeit der Vielen legte. Jetzt fehlte der 'große Mann', und man saß auf den harten Bänken der Opposition. Da war es dann auch nur sehr bedingt hilfreich zu nennen, wenn aus den eigenen Reihen die nicht ausreichend akzentuiert erscheinende Haltung vieler CDU-Spitzenpolitiker und ehemaligen Amts-

[36] Vgl. Flensburger Tageblatt vom 3.9.1970, S. 3

[37] Soweit die vielfältigen legislativen Aktivitäten vor allem der Anfangszeit überhaupt in das öffentliche Bewußtsein treten konnten, mußten sie oft eher den Eindruck aktivistischer Verzettelung und Profillosigkeit der Opposition hervorrufen, als daß sie einen Beitrag zur schwerpunktmäßigen Ausformung der politik-programmatischen Konturen der Opposition in der Öffentlichkeit leisteten, vgl. Veen: Opposition im Bundestag, S. 192

inhaber bemängelt[38] oder gar einzelne Unionsmitglieder als durch "Opportunismus, Gefallsucht gegenüber den Massenmedien oder pure Unkenntnis" motivierte "CDU-Dissidenten"[39] gebrandmarkt wurden.

Ebenso schwer verständlich im Sinne der von den Christlichen Sozialen beschworenen schwesterparteilichen Partnerschaft zwischen CDU und CSU[4o] mußte es sein, wenn an gleicher Stelle (zwei Sätze zuvor) die in der Tat seit längerer Zeit zu beobachtenden Versuche einiger Presseorgane beklagt wurden, Unionspolitiker gegeneinander auszuspielen oder andere 'aufzubauen', diese berechtigte Kritik jedoch mit der Begründung geäußert wurde, daß der in den Medien am meisten gelobte Kandidat für die Union der schädlichste sei, und damit die gleiche (unangemessene) Form der politischen Auseinandersetzung gewählt wurde[41]. Wie wollte die Union den Satz von Franz Josef Strauß: "Wir müssen dafür sorgen, daß einer von uns ins Palais Schaumburg einziehen kann, um wieder deutsche Politik zu machen" (gesagt in seiner Grußadresse vor dem Düsseldorfer CDU-Parteitag im Januar 1971), in politische Realität umsetzen, wenn zwar in der Münchner Lazarettstraße keine Zweifel daran gelassen wurden, CDU und CSU würden nur dann wieder ihren Führungsanspruch in der Bundesrepublik in die Tat umsetzen können, "wenn die beiden Parteien wie seit einundzwanzig Jahren auch weiterhin Schulter an Schulter marschieren und wenn der gemeinsame politische Wille in der parlamentarischen Fraktionsgemeinschaft weiterhin in entschlossener Zusammenarbeit zum Tragen gebracht wird"[42], zur gleichen Zeit jedoch CDU-Sozialausschüsse[43] wie CSU-

[38] Vgl. Deutsche Tagespost vom 2.9.197o, s. 1

[39] Gemeint waren damit die CDU-Politiker Gerhard Schröder, Jürgen Echternach und Norbert Blüm, denen das in Würzburg erscheinende katholisch-konservative Blatt wiederholt vorgeworfen hatte, durch ihre außenpolitische Haltung ("unlogisch und beschämend zugleich") mit dazu beizutragen, daß "das Erbe Adenauers verspielt" werde, vgl. ebenda.

[4o] Vgl. Wilfried Scharnagel: Reibung vermeiden, Nur Kooperation hilft weiter, in: Bayernkurier vom 16.1.1971, S. 1

[41] Gemeint waren insbesondere die Hamburger Illustrierte 'Stern' und ihr Chefredakteur Henri Nannen, in dessen Organ Meinungsumfragen unter CDU-Mitgliedern wie auch bei nicht den Unionsparteien nahestehenden Bundesbürgern veröffentlicht worden waren, die alle Gerhard Schröder als den bei einer Wahl attraktivsten Spitzenkandidaten für die Union ausgewiesen hatten, vgl. ebenda.

[42] Wilfried Scharnagel: Handeln - das Gebot der Stunde, Reden über sich selbst als Hindernis, in: Bayernkurier vom 3o.1.1971, S. 1

[43] Auf ihrer Duisburger Hauptversammlung im März 1971, vgl. dazu Bayernkurier vom 13.3.1971, S. 1

Parteiführung[44] eine solche partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Teilen der CDU und der CSU vor der Öffentlichkeit in Abrede stellen zu müssen glaubten?[45]

Das fraktionsinterne Übereinkommen vom Frühjahr 197o, das vor allem dazu hatte dienen sollen, dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel die Übernahme des christlich-demokratischen Parteivorsitzes wie der Kanzlerkandidatur ohne sie begleitende größere Personalauseinandersetzungen innerhalb der Opposition zu ermöglichen, schien bereits ein Jahr darauf partiell wieder aufgehoben zu sein. Der Widerstand konservativer Gruppierungen in den Unionsparteien gegen die Ostpolitik der sozial-liberalen Regierung ließ nun von dieser Seite unter Führung des CSU-Vorsitzenden eine generelle Festlegung der Opposition auf ein kompromißloses, kompetitives parlamentarisches Verhalten erwarten. Währenddessen hatte Oppositionsführer Barzel seinen Versuch wiederaufgenommen, durch taktisches Lavieren eine konkrete (potentiell alternative) Antwort der Opposition auf die von der Bundesregierung zwischenzeitlich auf allen Ebenen in Gang gesetzte dynamische Außen- und Deutschlandpolitik zu vermeiden, um so die Unionsparteien vor einer drohenden außen- wie innenpolitischen Isolation zu bewahren. Das postulierte Kriterium der eigenen Regierungsfähigkeit war entscheidend davon abhängig, ob das Unterfangen des Oppositionsführers, mit mäßigenden Stellungnahmen moderierend in die unionsinterne Diskussion einzugreifen, gelingen würde.

[44] Vgl. Bayernkurier vom 3.7.1971, S. 2

[45] Anlaß für derartige Spekulationen war ein Gespräch, das der stellvertretende CSU-Vorsitzende Franz Heubl und zwei CSU-Bundestagsabgeordnete mit einer Gruppe von Bundestagsabgeordneten der CDU unter Führung des Bundesgeschäftsführers der CDU-Sozialausschüsse, Norbert Blüm, in Königswinter geführt hatten. Laut der im Anschluß an das Gespräch herausgegebenen Presseerklärung wurden dabei "in aller Offenheit kritische Fragen des Verhältnisses zwischen Junger Arbeitnehmerschaft und CSU" erörtert. Der gleichzeitig in der Pressemitteilung enthaltene Hinweis auf die Möglichkeit einer zukünftigen Zusammenarbeit hatte dann offenbar den Anstoß zu den genannten Überlegungen gegeben, vgl. Bayernkurier vom 3.7.1971, S. 2

5. Die (sach-)politische Antwort der Union auf die 'Neue Deutschland- und Ostpolitik' (1969)

Waren die diversen Kurs-Modifikationen der Opposition in den ersten Jahren auch nur verständlich vor dem Hintergrund dieser parteiinternen Macht- und Führungsrivalitäten, so mußte gerade deswegen zunächst die Einheitlichkeit der Unionstaktik überraschen.

Bereits die Antwort des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden auf die Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt hatte deutlich gemacht, daß die Unionsparteien ihr oppositionelles Selbstverständnis an den 'klassischen' Maximen orientierte: Die für sie so ungewohnte Rolle definierten die christlich-demokratischen und christlich-sozialen Parteipolitiker als politische Alternative, die immer präsent sein müsse, und permanente Kontrolle der Regierung, die in der Union als einem selbsternannten 'Wächter der Freiheit' einen schon allein nach Quantität ihrer Parlamentssitze gerechnet überaus potenten Gegenpart zu sehen hatte[1].

In der im Streit um den Nachweis der jeweils besseren Gewährleistung von Kontinuität und Grundsatzwahrung der Deutschland- und Ostpolitik endenden ersten parlamentarischen Auseinandersetzung von Regierung und Opposition hatte Barzel der sozial-liberalen Koalition im Namen der gesamten Fraktion der CDU/CSU aber auch jenes Angebot zur Zusammenarbeit gemacht[2]. Noch einmal hatte er die gemeinsame Haltung in der Großen Koalition beschworen, war jedoch in den von ihm genannten deutschlandpolitischen Einzelpunkten selbst auf die zum Teil aus der Zeit Adenauers stammenden Positionen und damit - der Forderung eines Teils der eigenen Fraktion entsprechend - hinter die Regierungserklärung von 1966 zurückgegangen.

Es war ein Angebot unter dem Stichwort 'Gemeinsamkeit', mit dem die CDU/CSU einen Teil der verlorengegangenen Regierungsmacht zurückzuerlangen hoffte. Oblag es der bayerischen CSU, in harter Opposition zur

[1] Vgl. Deutscher Bundestag, Sten. B., VI., S. 38of.

[2] Vgl. Rainer Barzel: Rede vor dem BT am 29.1o.1969, in: Weber/Jahn: Deutschlandpolitik, S. 824.

Regierungspolitik einen möglichen 'nationalen Ausverkauf' anzuprangern, so sollte die CDU sowohl auf Bundesebene (unter anderem in den zuständigen und von ihr mit Schröder und Gradl geführten außenpolitischen und innerdeutschen Bundestagsausschüssen) wie durch indirekte Einwirkungen der von ihr gestellten Länderregierungen - von 1969 bis zum Februar 1976 mit der Mehrheit von einundzwanzig zu zwanzig Stimmen im Bundesrat, seither mit sechsundzwanzig zu fünfzehn Stimmen der von der Union regierten Bundesländer - den Versuch unternehmen, Einfluß zu erhalten auf die Gestaltung der Deutschland- und Ostpolitik. Daß es bei dieser sehr bald von den Unionsparteien vorgenommenen 'Arbeitsteilung' zwangsläufig auch zu einem immer häufigeren Austausch oftmals mehr als nur kritischer Bemerkungen zwischen CDU und CSU kommen mußte, war abzusehen. Nicht vorgeplant, aber vorhergesehen konnten diese zwischenparteilichen Differenzierungen dann immer noch als ein nicht unbedingt negativ zu bewertendes taktisches Unterscheidungsmerkmal gewertet werden, mit dem in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit ein möglicherweise noch breiteres Meinungsspektrum abzudecken und damit für die nächsten Bundestagswahlen und die danach erhoffte Rückkehr auf die Regierungsbänke nutzbar zu machen war[3].

5.1. 'Kooperation' und 'Konfrontation' in der ersten Oppositionsphase

Entscheidend für das Reüssieren dieses Konzepts der Fraktionsführung wie für eine effektive Parlaments- und Öffentlichkeitsarbeit der erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik von den Informationsträgern des Regierungsapparates weitgehend und in zunehmendem Maße abgeschnittenen beiden Parteien CDU und CSU war zum Zeitpunkt der Antwort Barzels auf die Regierungserklärung zunächst, daß die Opposition von der Regierung die geforderten umfassenden Informationen erhielt und vor allem auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik christlich-demokratische und christlich-soziale Argumente gehört und mit in den Entscheidungsprozeß der Bundesregierung aufgenommen wurden. Die Union hatte den festen Willen, ein Stück der verlorenen Regierungsmacht zurückzugewinnen.

[3] Vgl. Friedhelm Baukloh: Regiert die CDU weiter mit?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12, 1969, S. 1266ff.

5.1.1. Alternierende Taktik der Union (1969/197o)

Während der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende in seiner Rede mehrmals auf die äußerst schmale Basis der Regierungskoalition im Parlament hinwies, besaß die Oppositionsführung ebenso wie der Bundeskanzler und das Auswärtige Amt bereits Informationen, daß zumindest Polen aber wohl auch die Sowjetunion und die DDR die von der sozial-liberalen Bundesregierung anvisierten vertraglichen Regelungen nur dann für erfolgversprechend halten würden, wenn sie im Deutschen Bundestag von einer breiten Mehrheit getragen würden[4]. Es war demnach eine durchaus realistische Einschätzung der politischen Ausgangslage, wenn die Unionsparteien unter der Formel 'Gemeinsamkeit' auch ein Mitspracherecht in der Außen- und Deutschlandpolitik verstanden wissen wollten, ohne ein direktes Regierungsmandat zu besitzen.

Diese Politik von harter Konfrontation (insbesondere der CSU und eines Teils konservativer CDU-Abgeordneter) zur Koalition von SPD und FDP oder auch nur der Hinweis auf deren Möglichkeit bei gleichzeitig demonstrierter Kooperationsbereitschaft (wiederum gruppenspezifisch vornehmlich von seiten der Fraktionsführung und einzelner CDU-Abgeordneter) wurde nun charakteristisch für die kommende Arbeit der Opposition. Am 7. Dezember 1969 forderte der Oppositionsführer die Bundesregierung auf, bei ihren deutschlandpolitischen Aktivitäten endlich zu beachten, daß schon "Karl Marx und seine Epigonen, aber auch andere ... den Blick freier gemacht (haben) für die Unterscheidung der formalen von der realen Freiheit, für die zwischen formaler und realer Demokratie", erklärte aber in derselben Rede gleichzeitig, die Bundesregierung wäre gut beraten, den Verantwortlichen in der DDR statt ihrer Erklärung allgemeiner Gesprächsbereitschaft ein konkretes Verhandlungsangebot zu machen. Nicht immer wieder nur von einem 'besonderen Verhältnis' zwischen den beiden Teilen Deutschlands sollte die Bundesregierung sprechen, sondern zum Beispiel Verkehrsfragen zum Gegenstand eines völkerrechtlich perfekten Staatsvertrages[5] machen.

[4]Vgl. Skibowski: Zukunft mit der CDU, S. 28

[5]Vgl. die Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Rainer Barzel, anläßlich der Jahrestagung des Kuratoriums 'Unteilbares Deutschland' in Berlin am 7.12.1969 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Die Opposition stünde einem solchen Unterfangen zwar nicht unkritisch, aber auch nicht voreingenommen gegenüber. Der Fraktionsvorsitzende von CDU und CSU verband seine grundsätzliche Ablehnung einer fundamentalen Neuorientierung in der Deutschlandpolitik der SPD-FDP-Regierung mit eigenen Detailanregungen und partieller Zustimmung zu einzelnen Problemkreisen, wie zum Beispiel auch der erklärten Unterstützung der im März bzw. Mai des folgenden Jahres in Erfurt und Kassel stattfindenden Treffen der Regierungschefs Brandt und Stoph.

Die Taktik der Union von kalkulierter Gegensätzlichkeit und dem Versuch indirekten Mitregierens vermied zwar die große Kontroverse, verschaffte ihr jedoch sichtbar weder die erwartete politische noch eine publizistische Resonanz. Dank der unvermeidlich in Opposition zu einer Mitte-Links-Regierung wieder prononcierter vertretenen konservativen Gegenpositionen ergab sich für CDU und CSU stattdessen vielmehr die (selbsterkannte)[6] Gefahr, in der öffentlichen Meinung zunehmend in die Rolle einer 'Rechtspartei' zu fallen, die zwar frei vom Verdacht der rechtsradikalen Verfassungswidrigkeit war, aber doch konservativ genug erschien, um die politische Mitte freizugeben.

Im Gegensatz zum CSU-Vorsitzenden Strauß hatte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag bis dahin deshalb auch versucht, den offenen Konflikt mit der Regierung - zwischen konservativ-christlich-demokratischen und sozial-liberalen Deutschlandvorstellungen - zu vermeiden, um den Anschluß an eventuelle Erfolge der letzteren offenzuhalten und die Opposition nicht in eine Isolation zu den weltweit erkennbaren Entspannungstendenzen zu manövrieren. Angesichts des immer bedrohlicher steigenden Risikos für politische Glaubwürdigkeit und Zukunftschancen der Union, angesichts dreier bevorstehender Landtagswahlen und des innerparteilichen Widerstandes, insbesondere der CSU und des Flügels der Vertriebenenverbände in der CDU - auf deren Stimmen Rainer Barzel, wollte er Nachfolger des auf dem Mainzer Parteitag der CDU im November 1969 noch einmal wiedergewählten Kurt Georg Kiesinger[7] als Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat werden, unbedingt

[6] Vgl. Richard von Weizsäcker: Wo liegen die Unterschiede?, in: Gölter/Pieroth: Die Union, S. 165

[7] Vgl. die parteiinternen Begleitumstände bei der Wiederwahl Kiesingers in: Skibowski: Zukunft mit der CDU, S. 2o

angewiesen war - schien der Oppositionsführer auf dem CSU-Parteitag in München (1o.-12. April 197o) seine Politik nun einer methodischen Korrektur zu unterziehen: Barzel schwenkte zumindest in seiner Rhetorik ein auf den Kompetitiv-Kurs der CSU und der 'beharrenden Kräfte' innerhalb seiner eigenen Partei, der aus deren Sicht allein geeignet war, die Prädominanz der Union auch bei der zukünftigen politischen Entwicklung der Bundesrepublik zu sichern[8]. Als Maxime der künftigen Oppositionshaltung von CDU und CSU auf dem Sektor der Deutschlandpolitik deutete sich eine Verwirklichung der von dem CSU-Bundestagsabgeordneten und zum konservativen Flügel der Union zählenden Richard Jäger in einem Interview aufgestellten Forderung an, die Auseinandersetzungen mit der Bundesregierung müßten wieder im harten Stil der fünfziger Jahre geführt werden[9].

Auf außenpolitisch Andersdenkende in den Unionsparteien verstärkte sich der parteiinterne Druck in erheblichem Maße[1o]. Dem früheren Außenminister Gerhard Schröder wurden bei seiner anfänglich moderierten Haltung gegenüber der Außenpolitik der SPD-FDP-Regierung nun öffentlich persönliche und ausschließlich an der eigenen Karriere (sprich der Betreibung seiner Kanzlerkandidatur) orientierte Motive unterstellt[11], während man dem ehemaligen außenpolitischen Sprecher der Unionsparteien im Bundestag[12], Ernst Majonica, anläßlich seiner

[8] Vgl. Mintzel: Die CSU, S. 484

[9] Vgl. in: Der Spiegel vom 13.4.197o, S. 82; dazu Bayernkurier vom 5.9.197o, S. 1

[1o] Desgleichen gerieten jedoch auch andere 'Linke' in der CDU in eine kritische Kommentierung von seiten konvervativer 'Parteifreunde'. So bezeichneten es christlich-soziale Politiker im Falle des zweiten Vorsitzenden der Gewerkschaft ÖTV und ehemaligen Hauptgeschäftsführers der CDU-Sozialausschüsse, Karl-Heinz Hoffmann, als geradezu "unverständlich ..., wie ein Mann vom Schlage Hoffmanns das Parteibuch der CDU behalten kann". Hoffmanns 'Sündenfall' war sein Eintreten für eine Ausweitung der Arbeitnehmermitbestimmung in kommunalen Unternehmen über das bisherige Arbeitnehmerdrittel im Aufsichtsrat gewesen, vgl. dazu Bayernkurier vom 24.7.1971, S. 1

[11] Vgl. Bayernkurier vom 31.7.1971, S. 1

[12] Bis zum Jahre 1968

Stellungnahme[13] zu den Berlin-Verhandlungen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bestätigte, daß er dieses Amt zu Recht nicht mehr ausüben dürfe[14]. Die für einen stärker an der politischen Mitte ausgerichteten Oppositionskurs eintretenden Mitglieder der Jungen Union in Nordrhein-Westfalen sahen sich als 'Rheinische Jungradikale'[15] ebenso abqualifiziert wie das neue publizistische Organ außen- und sozialpolitisch liberal-konservativer Gruppierungen in der CDU, Publik[16].

Dabei wurde gerade zu diesem Zeitpunkt auch in der bayerischen Schwesterpartei beobachtet[17], daß die Christlich-Demokratische Union nach einer längeren Phase der parteiinternen Diskussionen und andauernden Personaldebatten sich inzwischen wieder geschlossener zeigte als zuvor; nachdem die sozial-liberale Bundesregierung sich insbesondere im Falle des wichtigen deutsch-sowjetischen Abkommens entschlossen gezeigt hatte, auch gegen den erklärten Willen der Opposition und weitestgehend ohne deren Beteiligung ihre ostpolitischen Konzeptionen in konkrete Vertragsabschlüsse einmünden zu lassen, zeigten sich ihrerseits immer mehr Unionsmitglieder bereit, weniger kooperativ als in kompromißloser Frontstellung darauf zu reagieren.

[13] In der Juli/71-Nummer der'Blätter des Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen' hatte Majonica einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er unter anderem zwar die Einstellung Moskaus zur Lösung der Deutschlandfrage und zu einer möglichen westeuropäischen Einigung als negativ definierte, jedoch insgesamt zu dem Schluß kam, daß die Kooperationsbereitschaft des Kreml mit den einzelnen EWG-Ländern (und damit auch der Bundesrepublik) schließlich zur Anerkennung der EWG und so zur freiwilligen Begrenzung seiner Macht auf dem Kontinent führen werde. Als "Prophetismus eines Ex-Experten" und Übernahme der "von den Sozialisten verordnete(n) Schreibweise des kommunistischen Deutschland" wurde der Artikel von dem CSU-Parteiorgan umgehend beantwortet, vgl. Bayernkurier vom 31.7.1971, S. 4

[14] vgl. ebenda

[15] Vgl. Bayernkurier vom 18.9.1971, S. 3

[16] als "des katholischen Kirchensteuerzahler teuerstem Kind", in: Bayernkurier vom 1o.7.1971, S. 1

[17] Vgl. unter anderem Wilfried Scharnagl: Die Zeit der Mißdeutung sollte vorbei sein, in: ebenda; dazu Bayernkurier vom 11.9.1971, S. 2

Eine konsequente Fortführung dieses parlamentarischen Kompetitiv-Kurses gegen die Außen- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel aber praktizierte zunächst wieder nur die Christlich-Soziale Union. Barzel modifizierte seine auf dem CSU-Parteitag gemachten Äußerungen schon bald in verschiedenen Ergänzungen zu einer eher skeptisch-abwartenden Haltung gegenüber der Regierungspolitik[18], zumal sich erste Erfolge der Bemühungen Brandts und Scheels zeigten. Die Bundesregierung vermochte in dieser Lage davon zu profitieren, daß mit ihrer Unterschrift unter den Kernwaffensperrvertrag am 28. November 1969 ein die außenpolitische Bewegungsfreiheit der Bundesrepublik einengender Faktor beseitigt worden war und die sozialliberale Regierung im Unterschied zu den Regierungen Erhard und auch noch Kiesinger sich nicht nur mehr oder weniger zwangsweise der in der Hauptsache von den Großmächten vorgezeichneten Entspannungslinie angepaßt hatte, sondern selbstbewußt und schon fast in der Rolle eines Vorreiters eine eigene deutschland- und ostpolitische Konzeption verfolgte. Als einer der Autoren dieser Konzeption hatte der damalige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Egon Bahr, in den ersten Monaten des Jahres 197o in Moskau mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko geheime Vorverhandlungen über eine vertragliche Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR geführt. Deren Ergebnisse wurden in den zehn Punkten des sogenannten 'Bahr-Papiers' niedergelegt, das dann als Grundlage für die offiziellen Verhandlungen diente, die mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12. August 197o ihren Abschluß fanden.

Dieses 'Bahr-Papier' aber stellte für die in ihrer strikten Ablehnung der immer augenfälliger mehr als nur modifizierten Deutschland- und Ostpolitik verbleibenden Teile von CDU und CSU eine neuerliche und endgültige Verifizierung all der von ihnen gehegten Befürchtungen dar. Noch während der Vorverhandlungen Bahrs in Moskau hatte der CSU-Vorsitzende Strauß auf einer Veranstaltung seiner Partei in Vilshofen seine Kritik am deutschlandpolitischen Kurs der Bundesregierung in der Erklärung gipfeln lassen, mit dieser Politik werde Deutschland nicht nur 'ausverkauft', sondern allmählich 'verschenkt'[19]. Eine auch

[18] "Die Bundesregierung sollte die Konsultationen pflegen und die Kooperation suchen, dann würde man einen endgültigen Eindruck formulieren können" (Barzel), in: Der Spiegel vom 4.5.197o, S. 39

[19] Vgl. die Rede von Franz Josef Strauß auf einer Parteiveranstaltung der CSU in Vilshofen am 11.2.197o (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

für die Deutschen selbst erfolgreiche Deutschlandpolitik könne erst dann betrieben werden, wenn die Bundesrepublik mit den Staaten des Ostblocks auf der Basis der Gleichberechtigung verhandeln könne. Eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Europa sei daher die eigentliche Aufgabe deutscher Ostpolitik.

5.1.2. Das Angebot zum politischen 'Burgfrieden' (1971)

Wie konzeptionell unabdingbar der CSU-Vorsitzende diese von ihm propagierte außenpolitische Rückkehr zur Adenauerschen 'Politik der Stärke' für die gesamte Union ansah, zeigte die fast gleichzeitig von den Christlichen Sozialen wiederaufgenommene Drohung mit der Separierung von der Schwesterpartei. Noch während der CDU-Generalsekretär es als völlig abwegig bezeichnete, die im Frühjahr 197o im gesamten Bundesgebiet auftretenden 'Freundeskreise der CSU'[2o] als eine Vorstufe für eine neue Bundespartei sehen zu wollen[21], konnte der in Berlin als stellvertretender Vorsitzender eines solchen Kreises fungierende Exilkroatenführer Branco Jelic von der CSU-Führung unwidersprochen erklären, Ziel seiner Organisation sei die überregionale Unterstützung der von der CSU und ihrem Vorsitzenden namentlich in der Deutschlandfrage propagierten Politik; die derzeitige Regierungskoalition aus SPD und FDP könne dagegen nur als ein nationales Unglück bezeichnet werden. Der 'Freundeskreis der CSU' werde innerhalb kurzer Zeit in allen Bundesländern eigene Landesverbände gründen[22].

Unter anderen politischen Auspizien in der Schlußphase der Kanzlerschaft Ludwig Erhards von Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern der CSU erstmals gegründet[23], waren die Freundeskreise der CSU in der neuen Situation zu Beginn der siebziger Jahre zwar - so die Pressestelle der CSU-Landesleitung in München - in keinem einzigen Fall veranlaßt oder gefördert worden, doch wertete die CSU es

> "als erfreuliches Zeichen, daß auch zahlreiche Bürger, die bisher keiner politischen Partei angehörten, zur politischen Mit-

[2o] Vgl. unter anderem Trierischer Volksfreund vom 6.3.197o, S. 1

[21] Vgl. dpa vom 2o.2.197o (dpa 239 he-19.16)

[22] Vgl. Stuttgarter Zeitung vom 21.2.197o, S. 3

[23] Vgl. dazu PPP vom 6.3.197o, S. 5f.

arbeit bereit sind, wenn sie in geeigneter Weise angesprochen werden. Im übrigen wären die 'Freundeskreise' gut beraten, wenn sie ihre Mitglieder auffordern würden, zu intensiverer Meinungs- und Willensbildung innerhalb der CDU beizutragen"[24].

Aber dieser letzte Versuch einer parteipolitischen Einflußnahme auf die christlich-demokratische Schwesterpartei mit dem Ziel einer sehr spezifischen Oppositionshaltung zu außenpolitischen Fragestellungen erregte nun seinerseits erhebliche Verärgerung und Abwehrreaktionen bei der CDU[25]. Es wurde deutlich, daß der CSU-Vorsitzende mit seinen Äußerungen zur Außenpolitik zwar eine deutschlandpolitische Alternative der Oppositionsparteien aufgezeigt hatte, diese jedoch keineswegs repräsentativ war für das in diesem politischen Teilbereich immer noch breit gefächerte Meinungsspektrum innerhalb der Union. Während die so zu Wort gekommene starke Gruppierung die CDU/CSU-Opposition auf ein unbedingtes Nein zur Deutschland- und Ostpolitik von SPD und FDP verpflichten wollte und die Regierungspolitik beispielsweise durch die Veröffentlichung des sogenannten 'Gromyko-Papiers'[26] wenige Tage vor der Reise Bundesaußenminister Scheels nach Moskau zwar nicht scheitern ließ, jedoch zumindest formal belastete, artikulierte der frühere Außenminister Gerhard Schröder die deutschlandpolitischen Vorstellungen einer entgegengesetzt operierenden Gruppe.

[24] CSU-Information vom 11.3.197o

[25] Vgl. CDU-Generalsekretär Bruno Heck über den CSU-Vorsitzenden: Strauß sei ein selbständiger politischer Kopf mit kräftigem Temperament. "Das hat im allgemeinen Vorzüge und bringt natürlich hin und wieder auch Ärger". Kritische Stimmen aus der CDU gegenüber der CSU im allgemeinen gebe es nicht. "Allerdings ist es ein offenes Geheimnis, daß Strauß in der Bundesrepublik ebenso engagierte Anhänger wie engagierte Gegner hat. Das wirkt sich auch bis in die Reihen der Union hinein aus ...", vgl. dpa vom 2o.2.197o (dpa 239 he-19.16); vgl. dazu Jürgen Echternach, Bundesvorsitzender der Jungen Union: "Käme es nun konsequenterweise auch zur Bildung von Freundeskreisen der CDU in Bayern und letztlich zu einer Auseinandersetzung zwischen CDU und CSU im Bundesgebiet, so wäre dies das Ende des Unionsgedankens und ein schwerer Schlag gegen die Union als maßgebliche politische Kraft in der Bundesrepublik", in: Aktuell vom 5.3.197o, S. 2

[26] In dem von den Bundestagsabgeordneten Marx und von und zu Guttenberg veröffentlichten angeblichen Vertragsentwurf, den der sowjetische Außenminister Gromyko an Staatssekretär Bahr Anfang März 197o übergeben haben sollte, war unter anderem die gleiche völkerrechtliche Verbindlichkeit eines Vertrages zwischen BRD und DDR wie die von Verträgen zwischen der Bundesrepublik und anderen sozialistischen Staaten festgeschrieben worden. Der Sprecher der Bundesregierung, Conrad Ahlers, bestritt jedoch die Existenz eines derartigen offiziellen sowjetischen Papiers, vgl. die entsprechenden Dokumente, in: Weber/Jahn: Deutschlandpolitik, S. 878f.

Schröder forderte seine Partei Anfang des Jahres 197o auf, der Regierung bei den anstehenden Vertragsverhandlungen jede nur denkbare Hilfe zu geben und ihr somit innenpolitisch Rückhalt zu bieten und der Deutschland- und Ostpolitik zugleich die Möglichkeit einer breiteren parlamentarischen Basis offenzuhalten[27]. Da auch zunehmend wieder andere Politiker aus der Partei- und Fraktionsführung der CDU wie Barzel, von Weizsäcker, von Wrangel und Kohl deutlicher dokumentierten, daß sie den Anschluß an die Bundesregierung nicht verlieren wollten, wurde ein Kompromiß geschlossen: Zwar lehnte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU, Will Rasner, die von der Bundesregierung angebotene Teilnahme an den Gesprächen in Moskau im Namen seiner Fraktion aus Mangel an Informationen über die potentiellen Konsequenzen der Verträge am 2o. Juli 197o ab, doch bekräftigte der CDU-Vorsitzende Kiesinger als Sprecher der Opposition auf einer Pressekonferenz vier Tage später, daß die CDU/CSU nicht beabsichtige, wärhend der Anwesenheit des Außenministers in Moskau dessen Verhandlungen zu stören[28].

Dieses Angebot eines 'Burgfriedens' an die Regierung aber war nicht ausschließlich ein Ausdruck von Fairneß seitens der Opposition, sondern gleichzeitig auch der Versuch eines Burgfriedens in den Unionsparteien selbst. Denn während sich die CDU-Parteiführung unter ihrem noch amtierenden Vorsitzenden und Altbundeskanzler Kiesinger wie auch der Vorstand der Fraktion unter Oppositionsführer Barzel zumindest auf ein Moratorium ihrer eigenen oppositionellen Konfrontationsstrategie gegenüber der Außenpolitik der Bundesregierung geeinigt zu haben schienen, eskalierte zusehends die Phalanx der CSU-Freundeskreise und verstärkte damit die Ablehnungsfront gegenüber der Ostpolitik in den Unionsparteien. Die Gründungsvorgänge von Landesverbänden in Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland sowie einer 'Bundesvereinigung der Freundeskreise der CSU' in Bonn am 14. März 197o[29] hatten mit ihrer noch einmal wiederholten Zielsetzung einer aktiven Unterstützung der von den Christlichen Sozialen eingenommenen Positionen in der Außen- und Deutschlandpolitik[3o]

[27] Vgl. Der Spiegel vom 4.5.197o, S. 38

[28] Vgl. die Presseerklärung des CDU-Vorsitzenden Kiesinger vom 24.7.197o (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[29] Vgl. Trierischer Volksfreund vom 12.3.197o, S. 1

[3o] Vgl. die Pressemitteilung des Bundes-Präsidiums der 'Freundeskreise der CSU' vom 14.3.197o (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

zwischenzeitlich unter der Führung von Männern wie dem Kölner Professor für Byzantinistik, Berthold Rubin[31], und anderen ehemaligen CDU-Mitgliedern[32] ein derart gewichtiges politisches Potential ansammeln können, daß der CSU-Vorsitzende zu Recht von 'starken Kreisen in der CDU' sprechen konnte, die der spezifischen Ausrichtung christlich-sozialer Oppositionspolitik nahestanden, und - so Strauß - deren Freundschaft man sich in der CSU erhalten wolle[33]. Trotz der auch in der Zukunft seitens der CSU gelegentlich noch absolvierten Distanzierungen[34] von demonstrativen Einzelaktionen[35] der ihr nahestehenden Freundeskreise war damit in der Bundesrepublik eine neue politische Kraft existent, die nicht nur laut der eigenen Satzung mit besonderer Betonung der Deutschlandfrage[36] die Außenpolitik der Bundesregierung und dort insbesondere die deutschlandpolitischen Teilbereiche auf direktem Wege wie vor allem durch Einflußnahme auf interne Entscheidungsprozesse der Opposition indirekt mitzubestimmen suchte, sondern ihre Arbeit auch durch die politische Liaison mit einer der vier großen Bundesparteien als parteipolitisch weitgehend abgesichert betrachten konnte.

[31] Vgl. dpa vom 15.3.197o (dpa 1o8/1o5 js-16.1o)

[32] Das Präsidium der 'Bundesvereinigung der Freundeskreise der CSU' bestand neben Berthold Rubin (Präsident) aus seinen drei Stellvertretern Adelheid Moser, Rudi Pawelka und Werner Straub, aus: Pressemitteilung des Bundes-Präsidiums der 'Freundeskreise der CSU' vom 14.3.197o (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[33] Vgl. Franz Josef Strauß in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk vom 11.4.197o (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[34] So des öfteren durch den stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Hermann Höcherl: "... Die Union hat an der Deutschland- und Ostpolitik der Regierung sehr viel auszusetzen. Sie distanziert sich aber mit allem Nachdruck von Aktionen wie die des 'Bundesverbandes der Freundeskreise der CSU' (gemeint ist die Klage der 'Freundeskreise' vor dem Bundesverfassungsgericht). Die CSU wird die Auseinandersetzungen, die sie mit der Regierung auszutragen hat, im Bundestag führen", aus: dpa vom 16.6.197o (dpa 217 js-19.54)

[35] Wegen "Staatsgefährdung und Verfassungsbruch" erstattete der 'Bundesverband der Freundeskreise der CSU' am 16.6.197o Anzeige gegen die Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht, vgl. die nähere Begründung der Anzeige, in: dpa vom 16.6.197o (dpa 117 ree/wi-13.48)

[36] Vgl. § 1, Abs. 2 der Satzung des 'Freundeskreises der Christlich-Sozialen Union (CSU) - Deutschlands e.V.' vom 14.3.197o (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Eine die innerparteiliche Kompromißsituation widerspiegelnde, zusammenfassende Darstellung ihres aktuellen Standortes in der Deutschlandpolitik nahmen CDU und CSU dann noch einmal gemeinsam in dem Schreiben ihres Fraktionsvorsitzenden an Bundeskanzler Brandt vom 1o. August 197o vor. Darin teilte Barzel der Bundesregierung mit, daß sich die Union ein Votum für oder gegen den in Moskau ausgehandelten Vertrag noch vorbehalten müsse; solange, bis alle Verabredungen und Verträge als einheitliches Ganzes vorlägen und Einigkeit zwischen Regierung und Opposition (und wohl - wenn auch unausgesprochen - ebenso innerhalb der Opposition[37]) darüber bestehe, was unter den für die Union unabdingbaren befriedigenden Lösungen hinsichtlich Berlins und der innerdeutschen Probleme zu verstehen sei. Darüber hinaus erfülle der Moskauer Vertrag zwar einige Erwartungen der Unionsparteien, lasse aber auf der anderen Seite entscheidende Bedenken besonders in bezug auf ein ausgewogenes Verhältnis von Leistung der Bundesrepublik Deutschland und Gegenleistung der Sowjetunion weiter fortbestehen[38].

Damit hatten sich CDU und CSU sowohl eine Zustimmung wie die weitere Verneinung bis zur Vorlage aller deutschland- und ostpolitischen Abmachungen ausdrücklich offengehalten. Daß sich die gemeinsam beschlossene Strategie bei den vorhandenen Gegensätzen nicht lange durchhalten ließ[39] und der Union eine politische und in deren Gefolge eine gleichfalls nicht auszuschließende organisationspolitische Kontroverse bevorstand, ließ sich voraussehen. War 1969 bei der Behandlung der deutschen Frage eine Diskrepanz zwischen den in der Koalition mit den Sozialdemokraten eingebundenen CDU/CSU-Kabinettsmitgliedern und einem Teil der Bundestagsfraktion der CDU/CSU mit ihren noch weit mehr den Traditionen Adenauerscher Außenpolitik näherstehenden Deutschlandvorstellungen zu beobachten gewesen, so zeigten sich nun auf dieser

[37] Vgl."Franz Josef Strauß will nach den Wahlen in Bayern ... mit der CDU Fraktur reden", in: Wirtschaftswoche vom 2o.11.197o, S. 12f. ("Konfrontation mit der Schwesterpartei")

[38] Vgl. das Schreiben des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Rainer Barzel, an Bundeskanzler Brandt vom 1o.8.197o (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[39] Vgl. die Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Rainer Barzel, vor der Bundestagsfraktion der Unionsparteien anläßlich der Münchner Außenministerkonferenz der EWG vom 17.11.197o (in dieser Rede stellte Barzel der Bundesregierung überraschend die Unterstützung der Opposition für ihre Außenpolitik auch gegenüber der Sowjetunion ohne substantielle Vorbedingungen in Aussicht) (Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

ehemals klassischen Domäne christlich-demokratischer wie christlich-sozialer Politik Widersprüche nicht nur auf einigen, sondern auf nahezu allen Ebenen der Parteihierarchie. Aus diesem Grunde und mit Blick auf die wachsende Zustimmung der Bevölkerung zur Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung war es kaum verwunderlich, daß in der publizistischen Tätigkeit der Oppositionsführung die Argumentation gegen die Deutschland- und Ostpolitik am Ende des Jahres 197o zurückgestellt wurde und stattdessen die konträren Auffassungen in der Wirtschaftspolitik den ersten Platz in der Oppositionsstrategie von CDU und CSU einzunehmen begannen.

Wurde die außenpolitische Thematik jedoch noch diskutiert, so konnte schon bald- trotz eines immer deutlicher werdenden Bündnisses, insbesondere in Fragen der Außenpolitik, zwischen der CSU einerseits und den ihr nahestehenden Freundeskreisen wie auch einer Reihe national-liberal gesonnener ehemaliger Frei-Demokraten, so um den ehemaligen FDP-Abgeordneten Starke[4o] andererseits - eine nicht unerhebliche Tendenzverschiebung innerhalb der offiziellen Oppositionsverlautbarungen festgestellt werden: Auf eine diesbezügliche Frage hatte Oppositionsführer Barzel Journalisten noch im Mai 197o geantwortet, daß in Hinsicht auf Vereinbarungen mit dem zweiten deutschen Staat eine von CDU und CSU gestellte Bundesregierung sich an alle völkerrechtlich verbindlichen Verpflichtungen lediglich strikt halten werde[41]; zu Beginn des darauffolgenden Jahres war es die Opposition (bzw. deren parlamentarische Führung im Deutschen Bundestag) nun selbst, die sich aktiv für konkrete Schritte zur Entspannung wie zum Beispiel Gewaltverzicht, beiderseitige ausgewogene Truppenverminderung oder ein europäisches System multilateralen Zahlungsausgleichs mit den Ländern Ost- und Mitteleuropas (auch mit der DDR) aussprach[42]. Wenn auch weiter unter stetem Hinweis auf die Entspannungsvorschläge ihrer einstigen Bundeskanzler

[4o] Vgl. Carl-Wolfgang Holzapfel (Vorsitzender der Bundesdelegiertenversammlung der CSU-Freundeskreise'): "Gründung der Freundeskreise mit der CSU abgesprochen", in: dpa vom 7.12.197o (dpa 212 re/wi-21.17); vgl. dazu Franz Josef Strauß: "Ich betrachte Herrn Starke als einen echten Nationalliberalen, als einen Mann, der seine politische Gesinnung nicht geändert hat. Somit ist deren politischer Kurs sicherlich dem unseren ähnlich ...", in: DFS-Monitor vom 7.12.197o, 2o.3o (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[41] Vgl. Der Spiegel vom 4.5.197o, S. 38

[42] Vgl. Deutschland-Union Dienst vom 9.3.1971, S. 5

Adenauer, Erhard und Kiesinger[43], so forderten nun die offiziellen politischen Stellungnahmen der Opposition konkrete Schritte zur Entspannung: "Wir brauchen eine befriedigende Regelung in und um Berlin und den spürbaren, praktischen, wirksamen, unwiderrufbaren Beginn der Entspannung in Deutschland. Denn ohne Entspannung in Deutschland gibt es, wie die Dinge liegen, keine Entspannung in Europa"[44].

Wie tief jedoch mit dieser Ausweitung des ursprünglich angebotenen Stillhalteabkommens zur erklärten Unterstützung der außenpolitischen Grundsätze der Regierung Brandt/Scheel durch die Oppostionsführung diese die innerparteilichen Gräben erneut hatte aufreißen lassen, bewies die aus den eigenen Reihen kommende Antwort auf solchermaßen offenbartes Oppositionsverständnis.

Es müsse endlich, so verlautete von seiten der CSU, auch von Christlichen Demokraten verstanden werden, daß SPD und FDP den sich auf diese Weise als Vertreter ihrer eigenen außenpolitischen Zielsetzungen erweisenden Unionsmitgliedern einen Teil der Regierungsfähigkeit verdankten. Einmal mehr habe sich gezeigt, daß die innerparteilichen Divergenzen, welche bei der CDU erneut zu registrieren seien, in keinem Sinne einer einheitlichen Sachaussage und damit ebenso nicht dem gemeinsamen Bündnis dienten[45]. So vorerst wieder auf die innerparteiliche Konsensusfindung als primäres Ziel der beiden Unionsparteien konzentriert[46], wurde es zur immer wieder hinausgeschobenen, dadurch jedoch auch immer drängender werdenden Aufgabe der Union, sich auch als parlamentarische Opposition in ein praktikables Verhältnis zu der geänderten Deutschlandpolitik zu setzen. Die dabei vom CSU-Vor-

[43]Vgl. Rainer Barzel: "Deutsche Friedenspolitik gibt es seit 1945", in: Ebenda

[44]Ebenda, S. 5f.

[45]Bayernkurier vom 31.7.1971, S. 1

[46]Vgl. die in öffentlichen Verlautbarungen der Führungsgremien der CDU und CSU danach immer wiederkehrenden Andeutungen über die zur inneren Situation der eigenen Parteien angestellten Analysen (so etwa im Kommuniqué über die Sitzung des Präsidiums der CDU vom 25.6.1971: "... Das Präsidium beschäftigte sich ausführlich mit der politischen Situation und nahm zur innerparteilichen Lage der CDU Stellung ...", 'Willi Weiskirch, Sprecher der CDU: Kommuniqué über die Sitzung des Präsidiums der Christlich Demokratischen Union Deutschlands' vom 25.6.1971 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

sitzenden und anderen Unionspolitikern offenbar zur Leitlinie ihres politischen Handelns erhobene "demagogische Vermittlung von ... (parteilicher) Basis und Führung - zum Beispiel mit den Mitteln der bekannten Vilshofenrhetorik -"[47], um auf diese Weise den erhofften innerparteilichen Integrationseffekt entsprechend den ihnen eigenen oder zumindest nahekommenden Politik-Anschauungen durchzusetzen, konnte nur als "ein fragwürdiger Lösungsversuch"[48] der CDU/CSU-Opposition dazu gewertet werden.

5.2. Die Problematik des politischen Konsens in der Union

Bereits die erste Parlamentssitzung nach der Vertragsunterzeichnung Brandts und Scheels in Moskau (12. August 197o) hatte deutlich gemacht, daß sich die Opposition in der schwierigen Situation befand, der Politik der sozial-liberalen Bundesregierung nicht mit einer gemeinsam formulierten, in sich geschlossenen und realitätsbezogenen Alternative und einheitlichen Arugmenten in der Diskussion der Außen- und Deutschlandpolitik begegnen zu können.

Bis zu diesem Zeitpunkt war die Haltung der CDU/CSU-Fraktion von einem generellen Nein zur Regierungspolitik bestimmt gewesen, nun präzisierte der Oppositionsführer zum ersten Male die Ablehnung der Unionsparteien an Hand des deutsch-sowjetischen Vertrages. Zu Beginn seiner Ausführungen gab Barzel eine Analyse der aus der Sicht der Christlichen Demokraten und christlich-sozialen Abgeordneten verfehlten Denkansätze, Anlagen, Methoden und auch wesentlichen Inhalte der Außenpolitik der Bundesregierung, machte der SPD-FDP-Koalition in den anschließend von ihm vorgenommenen sechs 'Feststellungen' der CDU/CSU-Fraktion zur Deutschlandpolitik[49] zugleich aber erneut das Angebot einer gemeinsam und vertraulich zwischen der Bundesregierung, den drei Westmächten und der bundesdeutschen Opposition zu erarbeitenden deutschlandpolitischen Position[5o].

[47] Mintzel: Die CSU, S. 526

[48] Ebenda

[49] In diesen 'Grundlagen für eine gemeinsame Politik mit der Bundesregierung' forderte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, die westeuropäische Einigung voranzutreiben (1), eine ungeschwächte militärische Anwesenheit der USA in Deutschland sicherzustellen (2), die Bindungen Westberlins an die Bundesrepublik zu stärken (3), ihre Bemühungen "zur Überwindung innerdeutscher Grenzverhaue" zu intensivieren (4), nicht ohne vorherige Konsultation der Opposition eine deutsch-polnische Grenzregelung anzustreben (5) und zur besseren Beurteilung des deutsch-sowjetischen Vertrages weitere Informationen, so unter anderem die Verhandlungsprotokolle, zugänglich zu machen (6), aus: Rainer Barzel: Erklärung vor dem BT am

Damit hatte Barzel - ähnlich wie der CDU-Vorsitzende Kiesinger bereits am 12. August mit seiner Stellungnahme zum Moskauer Vertrag, in dem von ihm trotz der weiterbestehenden prinzipiellen Einwendungen der Opposition gegen die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung immerhin auch ein begrenzter Fortschritt in der deutschen Frage gesehen worden war - die Ablehnung durch die Opposition nicht mehr grundsätzlich und total, sondern in ihren Kernfragen zum Teil stark eingeschränkt formuliert. Aus dem Forderungskatalog des Oppositionsführers war sogar herauszulesen, daß CDU und CSU in ihren deutschlandpolitischen Überlegungen, so wie sie von Barzel offiziell dokumentiert worden waren, in weiten Teilen nahezu mit der Regierungspolitik identisch zu sein schienen. Nicht einmal die in die Diskussion geratene Verfassungskonformität des Vertragswerkes war vom Fraktionsführer der Union direkt in Zweifel gezogen worden[51].

Ebenso wie bei den Moskauer Verhandlungen lehnten dann CDU und CSU die Einladung, einen Vertreter zu den Verhandlungen nach Warschau zu entsenden, am 26. Oktober 197o ab, da die Vorgehensweise der Bundesregierung seit langem festgelegt sei und auf Grund des Moskauer Vertrages ohnehin kein Verhandlungsspielraum mehr bestehe[52].

Trotz dieser negativen Reaktion aber konnte festgehalten werden, daß in ihren Grundsätzen die Oppositionspolitik im Herbst 197o weiter ausgerichtet war auf eine bedingte Kooperation mit der Bundesregierung in der Deutschland- und Ostpolitik unter der Bedingung partieller Einflußnahme auf die Entscheidungen der SPD-FDP-Koalition in diesen Politikfeldern. Noch wenige Tage zuvor war sie deutlich geworden in der von der gesamten CDU/CSU-Bundestagsfraktion verabschiedeten Resolution zur Politik gegenüber Polen, in der sich Christliche Demokraten wie Christlich-Soziale für eine Verständigung und Aussöhnung mit dem ehemaligen Kriegsgegner aussprachen und außer der Erweiterung des gegenseitigen Handels- und Wirtschaftsaustausches auch die baldige Aufnahme

[49]Forts.: 18.9.197o, in Texte, Bd. 6, S. 135ff.

[5o]Vgl. ebenda, S. 137

[51]Vgl. Rainer Barzel: Erklärung vor dem BT am 18.9.197o, in: Texte, Bd. 6, S. 139

[52]Vgl. die Erklärung des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 26.1o.197o (Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutchen Bundestags, Bonn)

diplomatischer Beziehungen zu diesem Ostblockstaat gefordert hatten[53]. Daneben hatten die in dem Briefwechsel zwischen Barzel und Brandt vom 1o. bzw. 15. August vereinbarten vertraulichen Gespräche zwischen Regierung und Opposition (9.-22. September 197o) auch wenigstens in Teilbereichen dem Verlangen der Union nach zusätzlicher Information über die ostpolitischen Abkommen und Vorhaben der Bundesregierung in der Deutschlandpolitik Rechnung getragen.

Das politische Selbstbewußtsein der Unionsparteien war ein Jahr nach dem Verlust der Regierungsmacht wieder sichtbar angewachsen. Die von CDU und CSU entwickelten politischen Aktivitäten und die zum Teil wenig koordiniert durchgeführten inner- oder zwischenparteilichen Ausschuß- und Arbeitsgruppenbildungen hatten zwar mangels einer immer noch nicht auf die neuen parlamentarischen Funktionen eingestellten Fraktions- wie Parteiorganisation (insbesondere der CDU) oft nicht die gewünschte Effektivität und vor allem zumeist nicht die publizistische Aufmerksamkeit - vergleichbar der früheren Regierungstätigkeit - gebracht. Doch bei Christlichen Demokraten wie Christlich-Sozialen wurde sowohl in den unteren Gliederungen der beiden Parteien als auch in der Bundestagsfraktion und der Parteispitze der CDU zunehmend die Ansicht vertreten, daß gerade auf dem Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik die Union sozusagen im Stillen mitinformiert und mitberatend an dieser Politik mitwirken könne und so eine substantielle Einflußnahme politisch doch wirksam zu machen sei. Es war bereits der Ausspruch 'Ohne uns vermag die Regierung nichts' zu hören[54].

5.3. Im Endstadium der 'harmonischen Opposition'

Spätestens der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen (unterzeichnet am 7. Dezember 197o in Warschau) aber beendete diese fast schon euphorische Selbstsicht der Christlichen Demokraten wie auch vieler Christlich-Sozialer. Die Vereinbarung mit Warschau stieß zunächst auf den grundsätzlichen Widerstand der Mehr-

[53] Vgl. die Resolution der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Politik gegenüber Polen am 15.1o.197o (Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

[54] Vgl. Skibowski: Zukunft mit der CDU, S. 46

heit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, da es sich darin um eine Respektierung bzw. Anerkennung der, wie es im Vertragstext lautete, "Unverletzlichkeit der Grenzen" und der "territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen"[55] handelte - Grenzen, die von CDU und CSU noch als unrechtmäßige Teilungen deutscher Gebiete angesehen wurden.

Durch dieses Vertragswerk kam es jedoch nicht nur zu den größten Unstimmigkeiten in der Deutschland- und Ostpolitik zwischen Regierung und Opposition, sondern ebenso innerhalb der Unionsparteien selbst. Nicht nur, daß die bislang als relativ folgsame Nachwuchsorganisation geltende Junge Union sich mit großer Mehrheit für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze aussprach[56], sondern auch, daß es selbst in der ansonsten eher monolithisch anmutenden Christlich-Sozialen Union zu abweichenden Meinungsäußerungen wie der des früheren Bundesministers Höcherl kam[57], avisierte jetzt die aus der neuen Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung resultierende Problematik innerparteilicher Kohärenz der Union in der Zukunft. Entscheidungen in einem anderen politischen Bereich als auslösendes Moment für die ja nicht erst seit 1969 in den Unionsparteien existenten inneren Spannungen aber wären dabei ebenso durchaus denkbar gewesen; daß die Opposition jedoch von Anfang an vor allem das Thema der Außen- und Deutschlandpolitik aufgegriffen und zum Schwerpunkt der innenpolitischen Kontroverse - und gleichzeitig ihrer eigenen Bündniskrise - hatte werden lassen, erklärt zum Beispiel Kaltefleiter aus der langjährigen Regierungstradition der CDU/CSU, der Zusammensetzung der Fraktion und den Interessen des größten Teils ihrer Führung[58]. So wie schon immer die Außenpolitik als der sich für jede Regierung anbietende strategische Bereich angesehen worden war[59], so schienen seit ihrer Verdrängung von den Schalthebeln der Macht im

[55] 'Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen' vom 7.12.197o, in: Texte, Bd. 6,S. 258

[56] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 18.8.197o, S. 1

[57] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 12.1.1971, S. 1

[58] Vgl. Kaltefleiter: Bundestagswahl 1972, S. 32

[59] Vgl. ebenda, S. 35

Bund CDU und CSU diese Feststellung auch in bezug auf die parlamentarische Opposition in die Reihe der allgemein anerkannten politischen Topoi aufgenommen zu haben.

Neben die von Kaltefleiter aufgezählten - kaum zu bestreitenden - Gründe für diese eindeutige politisch-thematische Präferenz der Unionsparteien auf dem Feld der Außen-, Deutschland- und Ostpolitik, auch zur Zeit ihrer Opposition, mußte jedoch ein weiterer, entscheidender Grund genannt werden, der seinen Ursprung in der politischen Thematik der 'Neuen Deutschland- und Ostpolitik' an sich besaß: Eine in ihrer Hauptsache von konservativen oder nationalliberalen Kräften geprägte und auch weiterhin politisch getragene Partei bzw. Parteienkoalition CDU/CSU war von ihrem tradierten politischen Selbstverständnis her nicht nur motiviert genug, sondern nahezu gezwungen, die durch die Priorität, die die Regierungspolitik trotz ihrer schwerpunktmäßigen Ankündigung von 'Inneren Reformen' etc. unzweideutig aufwies, gegebene außenpolitische Herausforderung anzunehmen und nun ebenso ihrerseits die Hauptakzente der inner- oder zwischenparteilichen Diskussion wie der oppositionsstrategischen Argumentation im Bereich eines Lösungsversuches zur deutschen Frage zu sehen. Die insbesondere in der zahlenmäßig weit überproportionierten Gruppe außen- und deutschlandpolitischer Experten bei Christlichen Demokraten wie Christlich-Sozialen vielfach gegebenen personellen Rivalitätskonstellationen potenzierten dazu noch den 'pluralistischen' Charakter, den das Meinungsspektrum der Union in diesem Teilbereich ihrer Oppositionspolitik nicht selten aufwies.

Entscheidend für die endgültige Stellungnahme von CDU und CSU zu dem Ostvertragswerk wurde schließlich noch einmal der Rückgriff der Union auf das Angebot zur Gemeinsamkeit an die Regierungsparteien. Ohne ausdrücklich die vorliegenden Verträge von Moskau und Warschau in ihren Inhalten abzulehnen und unter mehrmaligem Hervorheben der grundsätzlichen Übereinstimmung in den Zielen: Sicherung des Friedens, Gewaltverzicht, wirkliche Entspannung, Verbesserung der Beziehungen und möglichst viel Zusammenarbeit mit Osteuropa einschließlich der Sowjetunion und mit dem anderen Teil Deutschlands - ein Prioritätenkatalog, der eine tragfähige Grundlage für eine deutschlandpolitische Koopera-

tion zwischen Regierung und Opposition hätte darstellen können - richtete das Mitglied des Präsidiums der CDU, Gerhard Schröder, am Jahresende 197o seine hauptsächliche Kritik an der sozial-liberalen Außenpolitik auf die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Bundesregierung. Statt der erforderlichen Behutsamkeit und Gemeinsamkeit habe sich die Politik von SPD und FDP von Anfang an unter einen Erfolgszwang gestellt, welcher der Behandlung der schwierigen Probleme in den Bereichen der Außen- und Deutschlandpolitik nicht dienlich gewesen sei[6o].

Diese sehr moderierte Kritik entsprach dabei keineswegs nur der Haltung einer der sozial-liberalen Deutschland- und Ostpolitik ohnehin positiv gegenüberstehenden Unionsgruppierung um den ehemaligen Außenminister; sie war vielmehr Ausdruck der von der Fraktionsführung der CDU/CSU im Bundestag schon Ende November beschlossenen grundlegenden Stellungnahme der Opposition zu den Ostverträgen: Die Union verwies zwar auf ihre prinzipiellen Bedenken gegen die nach ihrer Meinung mit großer Wahrscheinlichkeit im Widerspruch zum Grundgesetz, zu den Vereinbarungen mit den westlichen Verbündeten und zu der ebenfalls grundsätzlich vereinbarten Verantwortung der Bundesrepublik für die Rechte und das Schicksal des ganzen Deutschland stehenden Verträge, räumte aber der Bundesregierung durchaus noch die Chance ein, diese Bedenken zu entkräften und insbesondere den Nachweis zu erbringen, ob und wie sie den Anspruch auf eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland als Ganzes substantiell gewahrt habe[61].

Damit und mit dem nun auch von der gesamten Unionsfraktion ausgesprochenen Verzicht auf jegliche Anwendung von Gewalt zur Änderung des gegenwärtigen territorialen Besitzstandes Polens hatten CDU und CSU ihre Kritik an Methode - übereilte und ohne Einbeziehung der Unionsparteien vorgenommene Vereinbarungen - und Inhalt - mangelnde völkerrechtliche Absicherung und Verzicht auf Änderung des Status quo in Europa auch mit friedlichen Mitteln - der Verträge formuliert, zugleich

[6o] Vgl. Gerhard Schröder: Gedanken zum Jahreswechsel, Beitrag in: Deutschland-Union-Dienst vom 3o.12.197o, S. 3ff.

[61] Vgl. die Stellungnahme der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum deutsch-polnischen Vertrag vom 25.11.197o (Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

aber ebenso deutlich gemacht, daß sie bei erkennbarem Entgegenkommen der Koalition nicht unbedingt auf ihrer ablehnenden Haltung bestehen würden. Maßstab dafür sollten konkrete Verbesserungen im innerdeutschen Verkehr und in Berlin sein; nur solange es hier keine unwiderruflichen Fortschritte gebe, werde man auch nicht zu Ratifikationen von Fragmenten kommen[62].

5.4. Eskalation der Differenzen zwischen CDU und CSU (1971)

Die Unionsparteien waren demnach gewillt, die Deutschland- und Ostpolitik als ein einheitliches Ganzes zu betrachten und darunter auch eine mögliche Lösung der Berlinfrage einzuordnen. Natürlich würde auch die Beurteilung einer Berlin-Regelung durch die Opposition von der Berücksichtigung ihrer Vorschläge und vom Zusammenwirken zwischen der Bundesregierung und der Unionsfraktion im Bundestag abhängen.

Beide Forderungen wurden weitgehend erfüllt, doch es erfolgte keine dementsprechende einheitliche Reaktion auf der Seite der Christlichen Demokraten/Christlich-Sozialen. Nachdem am 23. August 1971 die Berlin-Gespräche der vier Mächte USA, Großbritannien, Frankreich und UdSSR erfolgreich abgeschlossen worden waren, betonte die CDU-Führung zwar, es gebe keinen Grund zum Jubeln, da nicht alle Forderungen der Bundesrepublik erfüllt worden seien, stellte sich aber insgesamt positiv zu den Abmachungen. Auch in der nächsten Etappe der Verhandlungen für eine Berlin-Regelung sei die Opposition daher bereit, vertraulich mitzuwirken[63]. Die Union hatte aktiv an der Gestaltung des Berlin-Abkommens teilgenommen, und das Gros der Christlichen Demokraten zeigte sich nun befriedigt, daß "dank der konsequenten Haltung der Westmächte und trotz der Nachgiebigkeit der Bundesregierung" ein Teil der vertraulichen Vorschläge der CDU/CSU-Fraktion in der Viermächte-Vereinbarung seinen Niederschlag gefunden hatte[64]. Die Anwesenheit von CSU-Vertre-

[62] Vgl. die Erklärung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel über die Haltung der Opposition zu den Ostverträgen am 28.12.1970 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[63] Vgl. das Interview des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel mit der Frankfurter Rundschau am 25.8.1971, in: Frankfurter Rundschau vom 26.8.1971, S. 2

[64] Vgl. den Beschluß der engeren Fraktionsführung der CDU/CSU zum Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971 (Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

tern[65] beim Zustandekommen dieses Beschlusses der Unions-Fraktionsführung im Bundestag schien eine analoge Haltung sogar der konservativen bayerischen Schwesterpartei zu garantieren, zumal sich auch das Präsidium und der Bundesvorstand der CDU in einer gemeinsamen Erklärung vom gleichen Tage ausdrücklich in einem ähnlichen Sinne zu dem vorliegenden Papier äußerten.

Erstmals hatte die Union praktisch beweisen können, was sie sich mit der These von der 'konstruktiv-kritischen Oppositionshaltung' selbst auferlegt hatte: Permanent zu beweisen, daß sie bessere Politik zu machen in der Lage war als die Koalition und damit ihre ständige Bereitschaft zu demonstrieren, die Regierungsmacht in Bonn wieder zu übernehmen; "sie ... (war) als Opposition 'the alternative government'"[66].

Beinahe überraschend, weil gänzlich anders, reagierte dagegen trotz der gemeinschaftlichen Haltung in der Bundestagsfraktion die bayerische CSU auf das Abkommen. Nicht wie bei der großen Schwesterpartei CDU war Zustimmung unter Vorbehalten kennzeichnend für ihre ersten Stellungnahmen zu dieser Berlin-Vereinbarung, sondern nahezu totale Ablehnung des gesamten Vertrages und der Art seines Zustandekommens. In dem christlich-sozialen Publikationsorgan 'Bayernkurier' (der nach Bildung der Bonner sozial-liberalen Koalition im Jahre 1969 mit dem Selbstverständnis als 'Blatt der deutschen Opposition'[67] und verstärkter bundesweiter Resonanz in Erscheinung trat und dabei zunehmend die Funktion eines halboffiziösen Parteiorgans zumindest der bayerischen Union übernommen hatte) wurden den Berlin-Vereinbarungen mangelnde Vorbereitung von seiten der Bundesregierung und in ihrem Ergebnis nicht nur eine Wahrung, sondern sogar eine erhebliche Erweiterung des politisch-rechtlichen Besitzstandes der UdSSR und ihres Verbündeten DDR in und um Berlin zugeschrieben[68]. Für die CSU bedeutete das Abkommen

[65] Zu dem Kreis der sogenannten 'engeren Fraktionsführung' gehörten neben den CDU-Politikern Barzel, Katzer und von Weizsäcker als Vertreter der CSU Strauß, Stücklen und Höcherl

[66] Georg Gölter/Elmar Pieroth: Opposition auf Zeit, in: dies.: Die Union, S. 348

[67] Vgl. Mintzel: Die CSU, S. 484

[68] Vgl. Bayernkurier vom 31.8.1971, S. 1

nicht die erste Stufe zu einer in Leistung und Gegenleistung ausgewogenen endgültigen Berlin-Regelung, als die es noch explizit von der CDU/CSU-Fraktionsführung angesehen worden war[69], sondern bereits die Festschreibung des von den Ostblockstaaten proklamierten Status' Westberlins als einer 'besonderen politischen Einheit', losgelöst von der Bundesrepublik[70].

Damit war ein Teil der Union sichtbar von der gemeinsamen Linie der Opposition abgewichen und auf weit konservativere Grundpositionen zurückgegangen. Für die CSU handelte es sich bei der Deutschlandpolitik der SPD-FDP-Regierung nicht nur um bedenkliche Konzessionen an die Sowjetunion und die DDR[71], aus ihrer Sicht ignorierte diese Politik zum Schaden der Bundesrepublik und ganz Deutschlands die für die bayerischen Christlich-Sozialen weiter bestehende "Konfrontation mit einer Kombination, die heißt: ... weltrevolutionärer Kommunismus und russischer Imperialismus, beides in der Zentrale Moskau vertreten"[72].

Zugleich schien die Rollen-Bestätigung, die die CDU auch aus der Sicht der Christlich-Sozialen Union im Verlauf der Berlin-Verhandlungen als konstruktive Opposition unzweifelhaft erfahren hatte, für die Führung der CSU das Startsignal gewesen zu sein, ungeachtet aller zwischenparteilicher Absprachen einen die Grenzen rationaler Argumentation mehr als einmal überschreitenden Verbal-Feldzug gegen die größere Schwesterpartei zu starten. Angefangen mit dem nun wieder betonten Hinweis darauf, daß Franz Josef Strauß auf jeden Fall in die engste Wahl möglicher Kanzlerkandidaten der Union gehöre[73], wurde den Christlichen Demokraten politische Leichtgläubigkeit in bezug auf die von ihnen angenommenen Einflußmöglichkeiten auf die Außen- und Deutsch-

[69] Vgl. den Beschluß der engeren Fraktionsführung der CDU/CSU zum Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971 (Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

[70] Vgl. Bayernkurier vom 31.8.1971, S. 2

[71] Vgl. Franz Josef Strauß: Rede vor dem BT am 15.1.197o, in: Meissner: Ostpolitik, S. 434

[72] Franz Josef Strauß: Rede vor dem BT am 15.1.197o, in: Meissner: Ostpolitik, S. 434

[73] Vgl. Bayernkurier vom 31.7.1971, S. 2

landpolitik der Regierung nachgesagt[74]; die von den Westmächten ausgehandelte Berlin-Regelung sei letztlich nichts anderes als der einwandfreie Status quo minus, und dessen positive Beurteilung durch die Spitzengremien der Christlich-Demokratischen Union sei nur der Beweis dafür, daß sich so mancher Politiker der CDU nicht davor gehütet habe, der Gefahr einer oberflächlichen Analyse zu erliegen[75]. Wie sehr die Reaktionen vieler Unionspolitiker auf den Abschluß des Viermächteabkommens mit dieser christlich-sozialen Vorstellung von wahrer Opposition kollidierten, erläuterte der CSU-Vorsitzende schließlich selbst:

> "Wir haben keine Aussicht, jemals wieder in die Regierung zurückzukehren, wenn wir uns nicht zu einem ganz klaren Kontrastprogramm in der Wertordnung, in der Sachaussage und in der Vertretung durchringen. Wenn wir in Nuancen die Regierungspolitik bejahen, sagen die Leute großartig; dann wählen wir mal gleich SPD. Wir aber haben keinen Grund, der Regierung die Arbeit abzunehmen".

Sollte ein solches Oppositionsverhalten zukünftig nicht ebenso auf seiten der christlich-demokratischen Parteiführung die von Strauß geforderte, notwendige Unterstützung finden, so glaubte der CSU-Vorsitzende darauf verweisen zu müssen,

> "daß die CSU eine gewisse Funktion in der Gesamtfraktion hat. Anders ausgedrückt: Wenn nach dem Bundesparteitag (der CDU im Herbst 1971, Anm. d. Verf.) ein Bundesparteivorsitzender der CDU existiert und wenn die Frage der Kanzlerkandidatur geregelt wird, bei der die CSU ein entscheidendes Wort mitreden muß, dann hat es gar keinen Sinn zu sagen: Wir sind für Barzel, wir sind für Schröder, wir sind für XY! Es gibt keine Figur, deren Einsetzung als Kanzler ... selbstverständlich ist ... Die Frage ist etwa objektiv ausgedrückt: Mit wem mobilisieren wir die meisten Wählerprozente und wer kann die gemeinsame Politik der Unionsparteien, wenn er an diese Stelle kommt, am konsequentesten, am überzeugendsten, am s c h l a g k r ä f t i g s t e n vertreten?"[76]

[74] "Nur ganz Naive ... (können) sich von den unter dem Druck der linksgeschalteten Presse langsam Umschwenkenden (vertrauliche Zusammenarbeit mit der Bundesregierung bei den Bahr-Kohl-Verhandlungen, worauf man die CDU nun festnagelt!) irre machen lassen", aus Bayernkurier vom 11.9.1971, S. 1

[75] Vgl. ebenda

[76] Franz Josef Strauß: Ich sage: Nein! Deutschland wieder auf dem Weg in eine Sackgasse, in: Bayernkurier vom 25.9.1971, S. 5

Damit hatte Strauß sein Verlangen nach Übernahme der von den Christlich-Sozialen verfochtenen bedingungslos kompetitiven Oppositionsstrategie unterstrichen mit der - in den folgenden Wochen und Monaten noch mehrmals wiederholten[77] - Drohung, den beiden christlich-demokratischen Anwärtern auf einen Einzug in das Palais Schaumburg die für eine Kanzlerkandidatur der Gesamt-Union unverzichtbare Unterstützung gegebenenfalls, das hieß bei zu enger Anlehnung an die regierungsamtliche Politik, zu entziehen. Mit der von ihrem Vorsitzenden geforderten 'Klärung am linken Flügel'[78] der Christlich-Demokratischen Union war von den Christlich-Sozialen ein in der Hauptsache[79] außenpolitischer Aspekt zum Kriterium für eine weitere gemeinsame Unionspolitik erklärt worden. Zudem hatte der oft negierte, aber dennoch beständig weiterlebende Satz, daß Franz Josef Strauß in der Union die Rolle des Kanzler-Machers spiele[80], durch den CSU-Vorsitzenden nun selbst eine Verifizierung erfahren.

Als geradezu unvermeidlich mußte es in dieser Situation erscheinen, daß jetzt ebenso Abweichungen von der einheitlichen Oppositionshaltung in der anderen politischen Richtung erfolgten. Führende christlich-demokratische Unionspolitiker im Bund und in den Ländern, wie der Vorsitzende der außenpolitischen Kommission der CDU, Walter Leisler Kiep, und der CDU-Oppositionsführer im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Heinrich Köppler, traten offen als Befürworter der von der Bundesregierung geschlossenen Verträge mit osteuropäischen Staaten und der Berlin-Regelung auf[81] und warnten nachdrücklich davor, die Deutschlandpolitik aus den allgemeinen politischen Kontroversen nicht herauszulassen; anderenfalls werde die politische Glaubwürdigkeit der Bundesregierung und damit auch der Bundesrepublik Deutschland[82] nachhaltig

[77] Vgl. "Nur eine Vorentscheidung, Zum Bundesparteitag der CDU", in: Bayernkurier vom 2.1o.1971, S. 1; vgl. dazu "Nach Saarbrücken die Probleme, Was auf Rainer Barzel wartet", in Bayernkurier vom 9.1o.1971, S. 1

[78] Vgl. Franz Josef Strauß: Es geht um die Sache, Geschlossenheit der Union niemals dringlicher, in: Bayernkurier vom 16.1o.1971, S. 1

[79] Mehr als zwei Drittel des Strauß-Artikels handelten über die Kanzlerkandidatenfrage der Union sowie die zurückliegende Debatte um die Berlin-Regelung bzw. die Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung, vgl. ebenda.

[80] Vgl. ebenda

[81] Vgl. dazu unter anderem Roland A. Höhne: Die Motive der ostpolitischen Opposition seit 1969, in: Jahn/Rittberger: Ostpolitik, S. 55f.

beeinträchtigt werden[83].

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk vertrat Gerhard Schröder in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages[84] die Ansicht, daß die bislang erreichte Berlin-Regelung annehmbar sei und das Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 eine Chance für eine Verbesserung der innerdeutschen Lage bedeute, da es reale Lebenserleichterungen für die Berliner in Aussicht stelle, die Verantwortlichkeit der drei Westmächte für Westberlin weiterhin in vollem Umfang gewährleiste und die enge Bindung zwischen der Bundesrepublik und Berlin unterstreiche[85]. In der nur fünf Tage später erfolgten Replik[86] auf die Äußerungen Schröders nannte es CSU-

[82]Man beachte an dieser Stelle, daß das Eintreten der Unionspolitiker für das außenpolitische Ansehen der Bundesrepublik Deutschland zugleich ebenso ein Indiz dafür war, in welch kurzfristigem Zeitraum auch von diesen Christlichen-Demokraten erneut eine christlich-demokratische/christlich-soziale Bundesregierung in Bonn für wahrscheinlich gehalten wurde, für die eine Minderung der außenpolitischen Reputation dann wie für die noch regierende SPD-FDP-Koalition eine problematische Belastung auch ihrer Außenpolitik hätte bedeuten müssen, vgl. dazu Skibowski: Zukunft mit der CDU, S. 1ff.

[83]In welchem Maße insbesondere auf seiten der Christlich-Sozialen Union der solchermaßen offenkundig gewordene Mangel an parteilicher Einigkeit bei den Christlichen Demokraten als der Union insgesamt (und damit ebenso der CSU) politisch abträglich angesehen und verurteilt wurde, zeigte die Antwort der Christlichen Sozialen auf die Äußerungen der CDU-Politiker: "Luthers Devise 'Hier stehe ich, ich kann nicht anders' scheint nicht unbedingt Maxime der CDU zu sein; zumindest nicht, was die Äußerungen zum Berlin-Abkommen betrifft. Wenn man versucht, den vielfältigen Chor der Unionspolitiker auf eine Melodie zu bringen - und dies würde selbst dem besten Kapellmeister schwerfallen - wenn man beispielsweise die Flötisten Majonica, Köppler, alle bewußten Mißinterpretationen wohl einkalkuliert, in ihrer Solistenkunst verfolgt hat, dann freilich kommt man zu der Auffassung, daß so mancher sich in der CDU genau umgekehrt verhält: 'Hier stehe ich, ich kann auch anders!'", aus: Wolfgang Horlacher: Mit einer Zunge reden, Presseerklärung, herausgegeben im Auftrage der CSU-Landesleitung, München, vom 1o.9.1971 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[84]CSU-Kommentar zu dieser von Schröder selbst wiederholt vorgenommenen Rollen-Spezifikation seiner eigenen Person: "Schröders staatsmännisches Statement, abgegeben wie von jemand, der unberührt von der ... Entscheidung abseits steht", aus: Bayernkurier vom 31.7.1971, S. 1

[85]Vgl. Gerhard Schröder: Interview mit dem Deutschlandfunk zum Viermächte-Abkommen über Berlin am 5.9.1971 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[86]"... Warum hütet sich die CDU nicht, von der linken Presse, gleichsam selbstverständlich, in das Koordinatensystem eingebaut zu werden, demzufolge die Russen natürlich niemals zur Aufgabe ihres Dogmas von der selbständigen Einheit Westberlins zu zwingen seien, folglich es schon ein Erfolg sei, wenn man recht einseitige 'menschlich Erleichterungen' bekäme, für die man dann natürlich in Sachen Bundespräsenz zu zahlen habe? Ist die CDU in der Tat auf ein solch fadenscheiniges Konzept einer 'Berlin-Regelung' hereingefallen? ...", aus: Wolfgang Horlacher: Fragen über Fragen, Presseerklärung, herausgegeben im Auftrage der CDU-Landesleitung, München, vom 1o.9.1971 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Pressesprecher Horlacher eine 'Groteske', daß maßgebliche Sprecher der CDU wie der ehemalige Außenminister den Versuch unternähmen, nicht die eigenen Argumente der Union zum Kernpunkt der Diskussion zu machen, sondern stattdessen den Schritten der Gegenseite noch politisches Wohlwollen entgegenzubringen sich bereit zeigten.

Von einer inneren Geschlossenheit oder einer nach außen vermittelten Einheitlichkeit der Unionsparteien in Fragen der Deutschland- und Ostpolitik konnte angesichts derart divergierender Argumentationen zu diesem Zeitpunkt kaum noch gesprochen werden.

5.5. Die Suche nach dem innerparteilichen Kompromiß

In Reaktion auf die sich eskalierenden inneren Kontroversen in den Unionsparteien, die sich zudem in bedrohlicher Weise hauptsächlich zwischen der CSU einerseits und den der neuen deutschland- und ostpolitischen Konzeption der Regierung Brandt/Scheel positiv gegenüberstehenden CDU-Politikern auf der anderen Seite abzuspielen begannen, schien die Fraktionsführung der CDU/CSU unter dem neuen christlich-demokratischen Parteivorsitzenden und um die Kanzlerkandidatur der Union bemühten Rainer Barzel im Herbst 1971 eine Korrektur der Oppositionsstrategie vornehmen zu wollen. In der Folge von Stellungnahmen wie der vom 'Ausverkauf deutscher Außenpolitik' oder einer 'roten Kaderpartei SPD' (Barzel)[87] verschärften sich die innenpolitischen Spannungen mit dem Hauptthema der Deutschland- und Ostpolitik merklich. Offensichtlich sollte der verhärtete Kurs der Opposition der Versuch eines innerparteilichen Kompromisses zwischen den konträren Auffassungen zur Deutschlandpolitik sein und mit einer vorläufig verstärkten, verbalen Konfrontation zur Bundesregierung die Geschlossenheit der Union selbst wieder erhöhen. Noch Ende September 1971 (also kurz vor seiner Wahl zum CDU-Parteivorsitzenden) machte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende dem Bundeskanzler erstmals seit langem wieder den Vorwurf, das deutschlandpolitische Vorgehen der sozial-liberalen Koalition orientiere sich an der Opportunität der Macht mehr als an den Menschenrechten[88].

[87] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 18.1o.1971, S. 8

[88] Vgl. Der Spiegel vom 25.1o.1971, S. 28

Bei diesem Ansatz eines neuerlichen Konfrontationskurses aber mußte es zunächst belassen werden. Die Nobelpreisverleihung an Willy Brandt im Oktober 1971 und die damit vollzogene Nobilitierung des politischen Gegners veranlaßte die Bundestagsfraktion von CDU und CSU und ihren Vorsitzenden Barzel zu einer erneuten taktischen Wende in ihrer Oppositionspolitik. Gegen einen Friedensnobelpreisträger und die augenscheinlich weltweite Anerkennung der Politik seiner Regierung ließ sich naturgemäß nur schwer mit dem Vorwurf 'nationaler Unzuverlässigkeit' ankämpfen, durch die im Bereich der Außen- und Deutschlandpolitik "die Schleusen geöffnet ... worden (sind), die Konrad Adenauer fest verschlossen hatte"[89].

In seiner einen Tag nach Bekanntgabe der Preisverleihung am 21. Oktober 1971 gehaltenen Rede während der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages machte der Oppositionsführer unter Bezugnahme auf die Auszeichnung Brandts an die Bundesregierung wiederum das Angebot einer weitestgehend gemeinsam getragenen Politik, vor allem auf dem Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik, unter der Bedingung, daß die Opposition mehr Einfluß erhalte auf deren Verlauf. Sein Appell richtete sich an die 'Solidarität aller Demokraten' in der nationalen deutschen Frage[90].

Barzel suchte damit seine Strategie für CDU und CSU festzulegen, die die Unionsparteien bis zu den für 1973 erwarteten Bundestagswahlen vor einer Isolierung vom allgemeinen Trend einer Öffnung in Richtung Osten bewahren sollte, ihnen sogar durch die Einbringung eigener Vorstellungen in die Deutschland- und Ostpolitik als dem Kernstück der Politik der SPD-FDP-Regierung die Möglichkeiten eigener Profilierung bot und außerdem sowohl die innerhalb der CDU vorhandenen Bestrebungen, die Verträge zu verabschieden, als auch die Befürworter eines harten Nein in der Union durch Erlangung von partiellen Zugeständnissen von der Regierungsseite wieder in eine einheitliche Oppositionspolitik zu re-integrieren trachtete.

[89] Rede des CSU-Vorsitzenden Strauß vor dem Landesparteitag der CSU in München am 16.1o.1971 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[90] Barzel: "Kann oder soll aus dem notwendigen sachlichen Gegeneinander von Regierung und Opposition Unversöhnlichkeit und Feindschaft werden? Soll etwa der Wahlkampf zwei Jahre dauern?" zit. in: Der Spiegel vom 25.1o.1971, S. 28

Im Hinblick auf eine Beeinflussung der Regierungspolitik besaß dieses Konzept des Oppositionsführers eine durchaus realistische Grundlage in der nur knappen Sechs-Stimmen-Mehrheit der Koalition im Bundestag und in wachsendem Maße auch in der als politisches Gegengewicht dazu noch genutzten Ein-Stimmen-Mehrheit der unionsgeführten Bundesländer im Bundesrat. Die Aussicht auf eine profitable Doppelrolle schien damit für die Union gegeben: Einmal als Opposition im Bundestag, zum anderen als Mitregentin spätestens im Bundesrat, wobei in der Öffentlichkeit dargestellt werden konnte, daß es das Verdienst der Union sei, negative Komponenten der Regierungspolitik vermieden zu haben. Die Zustimmung der Länder-Unionen zum neuen Oppositionskonzept hatte Bayerns CSU-Ministerpräsident Alfons Goppel bereits mit der Erklärung bekundet, er halte es für falsch, wenn eine Opposition sich nur auf negative Voten bei ihrer parlamentarischen Arbeit verlege; sie müsse vielmehr auf v i e l f ä l t i g e Weise versuchen, ihre politischen Ansichten zur Durchsetzung gelangen zu lassen[91].

Der zweite, für die zumindest publizistische Effektivität der Oppositionshaltung noch gewichtigere Teilaspekt der Unionstaktik - die parteiliche Einheit - aber wurde vorerst nicht im gewünschten Umfang erreicht. Während der Fraktionsvorsitzende Barzel nach seiner Warschaureise (2o.-24. Januar 1971) im Dezember 1971 in Moskau (1o.-16. Dezember 1971) auch mit der zweiten an den Ostverträgen beteiligten kommunistischen Regierung Kontakt aufnahm[92], stellte der CSU-Vorsitzende fast zur gleichen Zeit unmißverständlich klar, daß es zwar auch eine Ostpolitik der CDU/CSU (in der Regierung) geben werde, daß aber die Deutschland- und Ostpolitik der derzeitigen Bundesregierung auch in der Zukunft mit dem noch forcierten Widerstand zumindest eines Teils der Unionsparteien zu rechnen habe: Man sehe in der Opposition derzeit keinen Grund, dem sowjetischen Verhandlungspartner, der deutschen Bun-

[91] Vgl. Der Spiegel vom 19.7.1971, S. 19

[92] Auf ihrer ersten Sitzung nach Rückkehr von seiner Moskau-Reise sprach die gesamte Fraktion der CDU/CSU - also einschließlich aller CSU-Abgeordneten, jedoch ohne den nicht anwesenden Vorsitzenden der Christlich-Sozialen - ihrem Vorsitzenden in dem im Anschluß an dessen Berichterstattung gefaßten Beschluß "ihren besonderen Dank für seine Haltung" aus und erklärte "in vollem Umfang die Billigung der Bemühungen, das Vertragswerk für die CDU/CSU zustimmungsfähig zu machen", vgl. den Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Ostverträgen vom 17.12.1971 (Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

desregierung, der deutschen Öffentlichkeit oder den westlichen Partnerstaaten gegenüber eine Zusage zu den Ostverträgen in Aussicht zu stellen[93]. Auf die personellen wie politisch-inhaltlichen Differenzen mit und innerhalb der großen Schwesterpartei angesprochen, wiederholte Strauß noch einmal das von ihm bereits nach Unterzeichnung des Berlin-Abkommens gezogene Fazit:

> "Die Verlegenheiten der CDU offenbaren, wie verkehrt es war, nicht von vornherein die Grundlagen des in sich total verkehrten Ansatzes dieser Art 'Bonner Ostpolitik' bloßzulegen. Nun fürchtet man sich offenkundig vor der öffentlichen Meinung, die ... nun einer renitent erscheinenden CDU auch noch mit den Westalliierten drohen" könne[94].

Die Intentionen der beiden Spitzenpolitiker in der Union, mit einer eigenen Deutschland- und Ostpolitik (als Regierungsparteien) zu neuen, verbesserten Ergebnissen einer solchen Politik zu gelangen, waren identisch, ihre Art des politischen Vorgehens jedoch erwies sich als zumindest in den zeitlichen Vorstellungen unterschiedlich: Während Rainer Barzel in persönlichen Gesprächen mit den Vertragspartnern der Bundesrepublik Möglichkeiten einer v e r ä n d e r t e n Fortschreibung dieses Teils der deutschen Außenpolitik zu eruieren suchte, hatte der CSU-Vorsitzende erneut seine Absicht bekundet, mit einer - wie er es sah - Offenlegung ihrer strukturellen Fehler die Revisionsbedürftigkeit der sozial-liberalen 'Neuen Deutschland- und Ostpolitik' insgesamt zu erweisen; erst die danach zu vollziehende grundlegende Abkehr von der seit 1969 praktizierten Politik - und nicht ihre Modifizierung - werde zu Verträgen mit auch für die Union akzeptablen politischen Inhalten führen.

Die Konzeption des auf dem neunzehnten Bundesparteitag in Saarbrücken (4.-5. Oktober 1971) zum neuen CDU-Vorsitzenden gewählten und danach auch in der CSU als wahrscheinlichem Kanzlerkandidaten der Unionspar-

[93] Vgl. Franz Josef Strauß: Interview mit dem Südwestfunk am 5.12.1971 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[94] Vgl. Bayernkurier vom 11.9.1971, S. 1

teien geltenden[95] Rainer Barzel, aber auch einer vorläufig noch überwiegenden Mehrheit in der Partei- und Fraktionsführung der Christlichen Demokraten[96] hatte endgültig seit der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Bundeskanzler und der damit gewonnenen (weiteren) internationalen Reputation der sozial-liberalen Deutschland- und Ostpolitik eine Zustimmung zu den Ostverträgen anvisiert.

Daneben ließ ein bereits seit den ersten Monaten des Jahres 197o bei Meinungsumfragen konstatierter erheblicher Vertrauensverlust für CDU und CSU sowie ein mit 6o bis 7o% - gemessen an dem Wahlergebnis von 1969 - überraschend hoher Anteil an Zustimmung zur außenpolitischen Umorientierung der SPD-FDP-Regierung in der Bevölkerung der Bundesrepublik[97] eine solche Entscheidung der Union allein schon aus wahltaktischen Gesichtspunkten als naheliegend erscheinen.

Doch entweder wurden derart negative Folgewirkungen auf die kommenden Wahlen bewußt in Kauf genommen (was wenig wahrscheinlich war) oder aber es wurde dem derzeit noch mit Vorrang in der politischen Diskussion befindlichen Politik-Bereich (der Außen-, Deutschland- und Ostpolitik) nicht jener dominante Stellenwert beigemessen, der dort gefallene Entscheidungen bei Wahlen hätte ausschlaggebend werden lassen müssen: Zunehmend vermochten die Kräfte in den Unionsparteien immer mehr politisch an Terrain zu gewinnen, die entsprechend ihrer eigenen Überzeugung, jedoch ebenso mit Sicht auf eine mögliche Rückerlangung der Regierungsmacht bei den nächsten Bundestagswahlen es immer noch für sachlich richtig und zugleich erfolgversprechend hielten, diese Form der von der sozial-liberalen Bundesregierung versuchten Entkrampfung und Enttabuisierung der deutschen Frage als "rasche Erfolge der 'neuen Ostpolitik' ... um den Preis völliger deutscher Kapitulation"[98] offen zu mißbilligen.

[95] CSU-Vorsitzender Strauß:"Ich habe aus meiner Meinung nie ein Hehl gemacht, daß Rainer Barzel für die CSU zum engsten Kreis der möglichen Kandidaten (für die Kanzlerkandidatur der Union, Anm. d. Verf.) gehöre. Und ich kann jetzt ruhig hinzufügen, daß nun mit seiner Wahl zum Bundespartei-Vorsitzenden sich seine Position natürlich in dieser Richtung verstärkt hat ...", aus: Franz Josef Strauß: Es geht um die Sache, Geschlossenheit der Union niemals dringlicher, in: Bayernkurier vom 16.1o.1971, S. 3

[96] Vgl. unter anderem den einstimmig gefaßten Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Rückkehr ihres Vorsitzenden Barzel von seiner Moskau-Reise am 17.12.1971 (Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

[97] Vgl. Skibowski: Zukunft mit der CDU, S. 47 und S. 53 f.

[98] Czaja: Europäische Friedensordnung, S. 11

6. Das Ostvertragswerk im parlamentarischen Entscheidungsprozeß (1972)

6.1. Alternative Konzeptionen von CDU und CSU

Nach mehr als zwei Jahren der innerparteilichen Diskussion über die adäquate parlamentarische Vorgehensweise der Opposition gegen die (oder zusammen mit der) von der sozial-liberalen Bundesregierung eingeleitete(n) 'Neuen Deutschland- und Ostpolitik' sowie einer intensiven Auseinandersetzung mit den Inhalten dieser Politik schienen sich die Unionsparteien schließlich mehrheitlich geeinigt zu haben. Einer, wie sie es sahen, Politik der Erfüllung von Kernforderungen der östlichen Seite, ohne daß dazu zwingende Gründe (etwa in Form politischen Drucks seitens der Westmächte) vorgelegen hätten und ohne daß äquivalente Gegenleistungen erkennbar geworden seien sowie ohne jeglichen Versuch, zu einem Arrangement mit der Opposition zu kommen[1], vermochten die Unionspolitiker nicht zuzustimmen. Und diesmal war es die Christlich-Demokratische Union, die nach Überwindung ihrer akuten Führungsprobleme auf ihrem Personalparteitag in Saarbrücken im Oktober 1971 zu Beginn des folgenden Jahres im Rahmen der gemeinsamen Strategie der Regierungspolitik ein erstes, in sich geschlossenes eigenes Alternativprogramm entgegenzusetzen suchte. War auch bei Abzug aller unumgänglichen Parteitagsrhetorik die Ablehnung dergesamten Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung in Saarbrücken schon sehr eindeutig ausgefallen, so mußte die Vorstellung des sogenannten 'Stufen-Plans' der Christlichen Demokraten durch den zwischenzeitlich fast unumstrittenen Oppositionsführer am 4. Januar 1972 nunmehr als Beweis auch der konstruktiven Seite ihrer Rolle als parlamentarische Opposition gelten.

In einem Beitrag für den Deutschland-Union-Dienst begründete Barzel die Kritik der Opposition an dem von der Regierung Brandt/Scheel vorgelegten Vertragswerk dabei noch einmal mit dessen Unvollständigkeit, die den Kern der Deutschlandfrage, die Lage der Deutschen in Deutschland, ungelöst lasse. Die innerdeutschen Ausfüllungsvereinbarungen zum Berlin-Abkommen enthielten ebenso wie die Verträge von Moskau und

[1] Vgl. Rainer Barzel: Rede vor dem BT am 28.1.1971, in: Texte, Bd. 7, S. 554

Warschau zwar zahlreiche entscheidende Vorleistungen seitens der Bundesrepublik, jedoch stünden diesen nur unzureichende Verbesserungen hinsichtlich einer innerdeutschen Freizügigkeit gegenüber[2].

Mit dem 'Stufen-Plan' der Unionsparteien sollte dagegen in einem mehrjährigen, stufenweisen Prozeß die Altersgrenze für Ost-West-Reisende gesenkt, Reisen in dringenden Fällen, Wochenend- und Tagesreisen für Westdeutsche mit der DDR ausgehandelt und mit derart verbürgten Erleichterungen für die Menschen die Gespräche für einen innerdeutschen Ausgleich, das hieß für einen tatsächlichen Modus vivendi im Verhältnis der beiden Staaten zueinander geschaffen werden[3]. Bei den dazu erforderlichen Verhandlungen mit der DDR werde jeder Versuch, die schon bislang gegebenen, geringen Möglichkeiten innerdeutscher Freizügigkeit lediglich in eine von der DDR gewünschte völkerrechtlich verbindliche Form zu bringen, auf den Widerstand der CDU/CSU stoßen[4].

Die Christlichen Demokraten bestanden nach diesem von ihnen präsentierten Alternativ-Konzept also weiter auf ihrem Postulat, einer Anerkennung der DDR als zweitem deutschen Staat praktische innerdeutsche Fortschritte vorausgehen zu lassen. Ebenso sollte das Abkommen mit der DDR den Abschluß eines Grundvertrages vorsehen, der rechtskräftig werde, sobald bestimmte wesentliche Teile des vereinbarten Programms zunehmender Freizügigkeit wechselseitig zwischen beiden deutschen Staaten realisiert worden seien[5]. Das bedeutete, daß bis zu einer, erst sehr langfristig ins Auge gefaßten, ebenfalls stufenweisen Anerkennung der DDR die deutsche Frage grundsätzlich offengehalten werden sollte. Es müsse, so verstand es der Oppositionsführer, der DDR zugemutet werden, die Realität der Einheit des deutschen Volkes in dem Maße Rechnung zu tragen, in dem die Bundesrepublik jene Realität zu akzeptieren bereit sei, daß die staatliche Einheit Deutschlands in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden könne[6].

[2]Vgl. Rainer Barzel in seinem Vorwort im Deutschland-Union-Dienst vom 4.1.1972, S. 1

[3]Vgl. das 'Stufen-Programm zunehmender Freizügigkeit', abgedruckt in Deutschland-Union-Dienst vom 4.1.1972, S. 2ff.

[4]Vgl. ebenda, S. 3

[5]Vgl. ebenda, S. 4

[6]Vgl. ebenda

Die größere der beiden Unionen hatte mit diesem 'Stufen-Plan' eine Gegenposition zur Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung bezogen, wie sie der letzte von ihr gestellte Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung von 1966 bereits in Grundzügen angedeutet hatte: Aufnahme von Kontakten zwischen Behörden der Bundesrepublik und solchen im anderen Teil Deutschlands, ohne daß dadurch in der Weltmeinung der Eindruck erweckt werde, als rücke die Bundesrepublik von ihrem Rechtsstandpunkt ab[7].

Es war damit aber naturgemäß eine Position, die der spätere Erste Sekretär der SED, Erich Honecker, im Namen der Parteiführung kurze Zeit nach dem Ausscheiden der Unionsparteien als eben jene Politik der bisherigen, von CDU und CSU getragenen Regierungen charakterisiert hatte, die die Bundesrepublik Deutschland zum Hauptstörenfried für die europäische Sicherheit gemacht habe.[8]

Die Chance einer ohnehin nur sehr langfristigen Realisierung war unter diesem Gesichtspunkt für das deutschlandpolitische Konzept der Christlichen Demokraten demnach nur in begrenztem Maße anzunehmen; daß sich die Union der größeren Widerstände, auf die ihre Vorstellungen (im Vergleich zur Regierungspolitik) treffen mußten, bewußt und diese abzubauen ebenso durchaus gewillt war, hatte noch im Dezember 1971 die ausdrückliche Versicherung des Oppositionsführers zeigen sollen: "Auch wir kennen die reale Lage. Wir wissen, daß die DDR da ist. Wir haben nicht die Absicht, sie anzugliedern oder sie anzuschließen"[9]. Und in gleichem Sinne hatte nur wenige Tage danach sein Stellvertreter im Fraktionsvorsitz, Stücklen, ergänzend vor dem Deutschen Bundestag hinzugefügt, daß gleichfalls christlich-soziale Deutschlandpolitik zu Versöhnung und Zusammenarbeit zwischen a l l e n europäischen Staaten beitragen solle[10].

[7] Regierungserklärung Bundeskanzler Kiesingers vom 13.12.1966, in: Rummel: Große Koalition, S. 193

[8] Zit. bei: Lippmann: Honecker, S. 210

[9] Interview Rainer Barzels in der Zeit: Ich will nichts verschärfen, in: Die Zeit vom 10.12.1971, S. 2

[10] Vgl. Richard Stücklen: Rede vor dem BT am 15.12.1971, in: Texte, Bd. 9, S. 409

Es mußte bereits als eine direkte Reaktion auf die Initiative der Christlichen Demokraten gewertet werden, als der Erste Sekretär des ZK der SED, Honecker, in einer Rede vor Angehörigen der Nationalen Volksarmee am 6. Januar 1972 davon sprach, es sei, und darin wisse er sich eins mit den 'sozialistischen Bruderstaaten' und deren Partei- und Staatsführungen,

> "völlig sinnlos, daß manche Leute in der BRD immer wieder die alte Platte von irgendwelchen sogenannten innerdeutschen Beziehungen auflegen. Von solchen seltsamen 'Beziehungen' kann keine Rede sein. Im Gegenteil: ... Über die Frage der Nation (hat) bereits die Geschichte entschieden ... Zwischen der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und der imperialistischen BRD gibt es keine Einheit und kann es keine Einheit geben ... Dauergerede über die Einheit der Nation ändere nichts mehr daran, sondern stelle lediglich den Versuch dar,"sich in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik einzumischen, und dieses Recht gestehen wir niemandem in der BRD zu"[11].

Den deutschlandpolitischen Vorstellungen der Opposition war zumindest vorerst eine eindeutige Absage erteilt worden, die in der erstmals von einem führenden Funktionär der SED gemachten Äußerung, für die DDR sei die Bundesrepublik somit Ausland, sogar 'imperialistisches Ausland'[12], noch eine Erweiterung des bisherigen Standpunktes der DDR erfuhr.

In einer am 24. Januar 1972 gefaßten Entschließung lehnte der Bundesausschuß der CDU unter Berufung auf die Grundsätze der Aussöhnungspolitik aller von der CDU/CSU getragenen Bundesregierungen[13] die Ostpolitik und speziell die Verträge mit Moskau und Warschau ab, da sie langfristig zu einer für die Sicherheit der Bundesrepublik gefährlichen Kräfteverlagerung in Europa beitrügen und im Gegensatz zu dem von der Union vorgelegten 'Stufen-Plan' nicht zu Freizügigkeit und menschlichen Erleichterungen im geteilten Deutschland führen könnten[14].

[11] Erich Honecker: Wichtige Fortschritte bei der Sicherung des Friedens, Rede auf der Insel Rügen am 6.1.1972, in: Texte, Bd. 9, S. 514

[12] Vgl. ebenda

[13] Vgl. die Entschließung des Bundesausschusses der CDU zur Ostpolitik vom 24.1.1972 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[14] Vgl. ebenda

Dennoch ermöglichten die Unionsparteien nach Wochen intensiver Beratungen und Verhandlungen, bei denen der Opposition jedoch kaum eine besondere, politisch-publizistisch effektvolle Präsentation ihrer Anschauungen (sprich ihres Alternativprogramms) in der Bevölkerung gelang[15], die Ratifizierung der Verträge, nachdem in einem gemeinsamen Entschließungsantrag von Regierung und Opposition vom 1o. Mai 1972 CDU und CSU wesentliche Elemente der deutschlandpolitischen Positionen aus dem 'Stufen-Plan' in die offizielle Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik hatten einbringen können. Die Betonung des Modus-vivendi-Charakters (1), die ausdrückliche Verneinung der Ostverträge als Rechtsgrundlage für heute bestehende Grenzen (2) und die Hervorhebung des Rechts auf Selbstbestimmung (3) sowie die Feststellung, daß die Verträge die Lösung der deutschen Frage nicht präjudizierten (3) und die endgültige Regelung der deutschen Frage im Ganzen noch offengehalten worden war (5)[16], entsprachen dem von der Unionspartei (CDU) verfolgten Plan und seiner Zielsetzung, die Deutschlandfrage offenzuhalten und neben den Normalisierungs- und Entspannungsbestrebungen gegenüber der DDR und den Ostblockstaaten ebenso auf eine noch intensivierte West-Bindung der Bundesrepublik (8) hinzuarbeiten[17].

War der 'Stufen-Plan' der CDU das erste kohärente Alternativprogramm der Union seit ihrem Eintritt in die Funktionen der parlamentarischen Opposition 1969 gewesen, so mußte es umso bemerkenswerter erscheinen, daß noch nicht einmal einen Monat danach eine zweite Alternativkonzeption der Opposition zur Regierungspolitik vorgelegt wurde, diesmal von seiten der CSU.

Am 1. Februar 1972 veröffentlichte die Christlich-Soziale Union einen am Vortage vom Präsidium der Partei beschlossenen, bis zur Unterschriftsreife vollendeten Entwurf eines 'Vertrages über Gewaltverzicht

[15]Vgl. unter anderem Rudolf Augstein: Ende schlecht, alles gut?, in: Der Spiegel vom 15.5.1972, S. 22

[16]Vgl. den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP zur zweiten Beratung und Schlußabstimmung der Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit der UdSSR und der VR Polen vom 1o.5.1972, in: Texte, Bd. 1o. S. 427ff.

[17]Vgl. dazu das 'Stufen-Programm zunehmender Freizügigkeit', abgedruckt im Deutschland-Union-Dienst vom 4.1.1972

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken' als Gegenentwurf zum Gewaltverzichtsvertrag mit der UdSSR vom 12. August 197o. In dem aus sechs Artikeln bestehenden Vertragsentwurf[18] sollten beide Seiten sich verpflichten, alle strittigen Fragen einschließlich der über Grenzen und Demarkationslinien nur mit friedlichen Mitteln zu lösen (1) sowie ihren Willen dokumentieren, daß weder die sowjetische Politik auf Grund der Artikel 53 und 1o7 der Charta der Vereinten Nationen ein einseitiges Interventionsrecht gegenüber der Bundesrepublik in Anspruch nehmen werde, noch die von der Bundesrepublik verfolgte Politik sich gegen einen anderen europäischen oder außereuropäischen Staat richte, ungeachtet des weiter bestehenden Ziels auf Selbstbestimmung und Einheit der deutschen Nation (2); beide vertragsschließenden Seiten sollten darin übereinstimmen, die Grundsätze des Völkerrechts, des Selbstbestimmungsrechts und der Nicht-Einmischung sowie der Grundfreiheiten wie Freizügigkeit für Menschen und Ideen achten zu wollen (3).

Ausdrücklich in einem eigenen Artikel (4) hervorgehoben wurde in dem CSU-Entwurf, daß eine endgültige Regelung der deutschen Frage einschließlich der deutschen Grenzen einem Friedensvertrag mit ganz Deutschland vorbehalten bleiben müsse[19].

Vor, während als auch wiederholt nach der Präsentation des Vertragsentwurfs wies der CSU-Vorsitzende explizit - aus der (unerklärt bleibenden) Abwesenheit des Vorsitzenden der Schwesterpartei CDU und gemeinsamen Fraktionsvorsitzenden Barzel, geschlossene - Vermutungen zurück, daß es bezüglich der Beurteilung der Ostpolitik und auch dieses oppositionellen Vertragsentwurfes Differenzen zwischen CDU und CSU gebe. Der vorgelegte Entwurf gelte für die gesamte Union[2o].

Doch es mußte den diesbezüglich eher skeptischen Eindruck noch verstärken, als sich in einer ersten Reaktion darauf der Oppositionsführer mit seiner Qualifizierung des CSU-Entwurfs als eines 'wertvollen Bei-

[18] Vgl. den CSU-Entwurf eines 'Vertrag(es) über Gewaltverzicht zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR' vom 31.1.1972 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[19] Vgl. ebenda, S. 56o

[2o] Vgl. Stuttgarter Zeitung vom 1.2.1972, S. 1

trags' zur Überwindung der deutschlandpolitischen Stagnation[21] auch diesmal von seinem ersten (das hieß christlich-sozialen) Stellvertreter in der Fraktionsführung, Stücklen, vertreten ließ[22].

Eines der ursächlichen Motive der bayerischen Unionspartei für diesen eigenen Vertragsentwurf war dabei zugleich eines ihrer hauptsächlichen Argumente gegen den von der Bundesregierung in Moskau abgeschlossenen Vertrag gewesen: Die Überzeugung, der deutsch-sowjetische Vertrag könne und werde in der bestehenden Fassung von der UdSSR grundlegend anders interpretiert werden als von der sozial-liberalen Koalition. Ein Indiz für diese Annahme sahen die christlich-sozialen Unionspolitiker in der Tatsache, daß im Moskauer Vertrag zwar verbal von der bestehenden wirklichen Lage aus gegangen worden sei und die Bundesrepublik mit der Anerkenntnis aller europäischen Grenzen einschließlich der zur DDR dem auch Rechnung getragen habe[23], die Sowjetunion es dennoch weiterhin ablehne, von Bindungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin oder Existenz einer Europäischen Gemeinschaft überhaupt Kenntnis zu nehmen[24].

Ausschließlich mit dieser letzten Begründung jedoch hatte der Bundesausschuß der CDU am 24. Januar bereits in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Deutschland- und Ostpolitik und die Verträge mit Moskau und Warschau als deren konkreter Ausdruck abgelehnt, da

> "das vorliegende Vertragswerk und die anhaltende Weigerung der Sowjetunion, die Europäischen Gemeinschaften als unwiderrufliche Realität anzuerkennen, den Frieden und die Grundlagen der europäischen Politik gefährden und langfristig zu einer für die Sicherheit der Bundesrepublik gefährlichen Kräfteverlagerung in Europa beitragen (wird)"[25].

Es war eine wenn nicht explizite, so doch kaum zu übersehende Differenzierung zwischen CDU und CSU in einem der wesentlichen Fragenkomplexe

[21] Vgl. ebenda

[22] In ihren ersten Reaktionen auf den Vertragsentwurf der CDU sprachen die beiden Regierungsparteien von einem "Trennpapier" zwischen CDU und CSU bzw. einem "Zeugnis politischer Naivität"; eine Stellungnahme der CDU erfolgte nicht, vgl. ebenda

[23] Vgl. 'Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken' vom 12.8.197o, in: Dokumentation zur Entspannungspolitik, S. 16

[24] Vgl. das Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971, Artikel II B (Bestimmungen, die die Westsektoren Berlin betreffen), in: Dokumentation zur Entspannungspolitik, S. 1o2

(Grenzfrage) in dem Bereich der Deutschland- und Ostpolitik.

Analog dazu nahmen die Sprecher der unionsgeführten Bundesländer bei der Beratung des Moskauer Vertrages im Bundesrat am 9. Februar 1972 unter Hinweis auf die Beschlüsse lediglich der jeweils eigenen Partei[26] - die aber stets als repräsentativ für die gesamte Opposition dargestellt wurden[27] - eine zwar differenzierte, in ihrem Fazit einer Ablehnung des vorliegenden Vertrages jedoch wieder einhellig kritische Haltung zur Ostpolitik ein. Mit ihrer Mehrheit von einundzwanzig zu zwanzig Stimmen verabschiedeten die Ländervertreter von CDU und CSU eine Stellungnahme des Bundesrates, in der die schwerwiegenden politischen wie verfassungsrechtlichen Bedenken der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Opposition gegen die Ostverträge in zwölf Punkten noch einmal zusammenfassend aufgezählt wurden:

- Unklarheiten und Mehrdeutigkeiten der Verträge könnten zu einem Instrument sowjetischer Einmischung in die deutsche Innenpolitik werden (1);
- die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit werde durch die Anerkennung der DDR gefährdet (2);
- das Vertragswerk nehme wesentliche Elemente eines Friedensvertrages vorweg und entlasse damit die vier Mächte de facto aus ihrer Verantwortung für Deutschland als Ganzes (6);
- die innerdeutschen Vereinbarungen zum Viermächteabkommen stellten nicht jene, von Bundesregierung und CDU/CSU als Voraussetzung für die Vertragsratifizierung bezeichnete befriedigende Berlin-Regelung dar (7);
- es sei ungeklärt geblieben, ob die Sowjetunion auf ihr Interventionsrecht nach Artikel 53 und 1o7 der UN-Charta für die Bundesrepublik verzichtet habe (8);

[25] 'Entschließung des Bundesausschusses der CDU zur Deutschland- und Ostpolitik und zu den Ostverträgen' vom 24.1.1972 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[26] Kohl, Stoltenberg,Filbinger, Röder: 'Entschließung des Bundesausschusses der CDU zur Deutschland- und Ostpolitik und zu den Ostverträgen' vom 24.1.1972; Goppel: CDU-Entwurf eines 'Vertrag(es) über Gewaltverzicht zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR' vom 31.1.1972

[27] Siehe dazu die parallele Formulierung des CSU-Vorsitzenden bei der Vorstellung des CSU-Vertragsentwurfs am 1.2.1972

- die UdSSR werde möglicherweise unter Berufung auf den Moskauer Vertrag die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaften zu einer politischen Union zu verhindern suchen (9)[28].

Aus diesen Gründen werde der Bundesrat die Vertragsgesetze ablehnen, da die von ihnen zu erwartenden Folgeerscheinungen nicht in den gewünschten Fortschritten in Richtung auf mehr Freizügigkeit bestehen würden (11), sondern weit mehr zu verstärkten isolationistischen Tendenzen in der amerikanischen Politik und zu einer Verminderung der militärischen Präsens der USA in Europa führen könnten (12). Zudem müsse der Bundesregierung grundsätzlich die Berechtigung abgeprochen werden, neben den Deutschland betreffenden Grenzen auch alle übrigen Grenzen in Ost- und Südosteuropa zu legalisieren und dadurch die hegemoniale Stellung der Sowjetunion zu festigen (1o)[29]. Nur wenn diese Fragen im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens eindeutig geklärt würden[3o], sei eine Zustimmung des Bundesrates zu erwarten.

Die von den christlich-demokratischen wie christlich-sozialen Ländervertretern geforderte Eindeutigkeit des Vertragswerkes stellte ebenso im Bundestag die Primär-Forderung der Opposition an die Regierung bei der ersten Lesung der Ratifizierungsgesetze zu den Ostverträgen dar. Drei grundlegende Voraussetzungen nannte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Barzel, bei deren Realisierung die vorliegenden Verträge als ein Modus vivendi auch für die Unionsparteien noch zustimmungsfähig werden könnten:

Erstens, durch eine positive Einstellung der Sowjetunion zur Europäischen Gemeinschaft;

zweitens, durch die Aufnahme des Selbstbestimmungsrechts in das Vertragswerk selbst;

drittens, durch die verbindlich vereinbarte Absicht, in Deutschland Freizügigkeit stufenweise herzustellen.

[28] Vgl. die Stellungnahme des Bundesrates zu den Ostverträgen vom 9.2.1972, in: Texte, Bd. 1o, S. 97ff.

[29] Vgl. ebenda, S. 1oo

[3o] Vgl. ebenda

Geschehe dies nicht, stehe das Verhalten der Opposition bei der Abstimmung fest: "Zu diesem unvollständigen, in Leistung und Gegenleistung unausgewogenen, im Inhalt mißdeutbaren Vertragswerk sagen wir, die CDU/CSU, in aller Verantwortung: So nicht"[31].

Auch dem früheren und potentiell zukünftigen Außenminister Schröder erschienen die mit den Verträgen verbundenen Risiken nun erheblich größer als die aus ihnen resultierenden Chancen. Ebenso wie vor ihm Brandts Vorgänger Kiesinger[32], vertrat auch er die Auffassung, daß durch die vorgelegten Verträge die Teilung Deutschlands noch vertieft werde. Von der so oft zitierten Kontinuität der sozial-liberalen Deutschland- und Ostpolitik könne somit sicherlich nicht gesprochen werden. Die Politik dieser Bundesregierung habe vielmehr wesentliche Teile der früheren Politik aufgegeben oder sie auf Formalien reduziert[33].

Für die Opposition hatte die SPD-FDP-Regierung mit dem vorgelegten Vertragswerk in seiner jetzigen Form die Prinzipien zwanzigjähriger, von der Union geprägter Regierungspolitik größtenteils verlassen und in der Beurteilung der deutschen Frage und ihrer Lösungsmöglichkeiten eine Polarisierung der politischen Standorte provoziert. Durch den Verzicht auf die wiederholt angebotene Gemeinsamkeit mit der Opposition im Deutschen Bundestag habe die Bundesregierung mit dazu beigetragen, einen Prozeß der Spaltung zwischen den demokratischen Parteien in der Bundesrepublik einzuleiten. Das Ostvertragswerk der sozial-liberalen Koalition diene damit weder der deutschen Politik noch der Versöhnung mit den angesprochenen Völkern, sondern lediglich der Befriedigung der Wünsche ihrer Regierungen und müsse deshalb, trotz der mit dieser Entscheidung verbundenen schweren Belastungen und Aufgaben für die deutsche Außenpolitik, von den Unionsparteien abgelehnt werden (Strauß)[34].

[31] Deutscher Bundestag, Sten. B., VI, S. 9752f.

[32] Vgl. ebenda, S. 9790

[33] Vgl. ebenda, S. 9821

[34] Vgl. Deutscher Bundestag, Sten. B., VI, S. 9909

6.2. Der gemeinsame Entschließungsantrag zu den Ostverträgen

Dennoch ließ die Union den Moskauer wie den ihm zeitlich als auch inhaltlich nachfolgenden Vertrag mit der Volksrepublik Polen bei den entscheidenden Abstimmungen in Bundestag und Bundesrat am 17. bzw. 19. Mai 1972 durch ihre bis auf zehn Nein-Stimmen (im Bundestag) einmütige Stimmenthaltung passieren und damit in Kraft treten. Dieses Verhalten war entgegen allen vorherigen Äußerungen wie auch den bei der Opposition gehegten substantiellen Bedenken gegen die Verträge auf die innerhalb der CDU/CSU-Fraktion immer noch vorhandene und (nach Erhalt zusätzlicher Informationen aus dem Bundesaußenministerium wie von seiten der westlichen Alliierten noch kurze Zeit vor der Ratifizierungsdebatte) in wachsendem Maße wieder gewonnene Erkenntnis zurückzuführen, daß ein Scheitern dieser Kernstücke der Ost- und auch Deutschlandpolitik nicht allein als das vorläufige Ende einer nicht von ihr verantworteten Außenpolitik anzusehen sein würde[35], sondern daß eine wie immer motivierte Ablehnung der Ostverträge vor allem Tendenzen ermutigen müßte, die sowohl im westlichen als desgleichen im östlichen Ausland als latent vorhanden angenommen wurden: Die Neigung, sich ohne vorherige Beteiligung der Bundesrepublik über deutsche Probleme zu verständigen[36].

Die Opposition mußte zugestehen, daß dieses - eine antideutsche Koalition der auf Koexistenz und Kooperation ausgerichteten Weltmächte oder auch nur eine vom internationalen Trend zur Entspannung isolierte Bundesrepublik - bereits der, wie Bundeskanzler Brandt es bei der zweiten Lesung der Ostverträge im Bundestag nannte, "Alptraum Bismarcks, der Alptraum Adenauers"[37] gewesen war und daß ein weiteres Abwarten der deutschen Regierung in bezug auf die Deutschlandfrage gravierende weltpolitische Entwicklungen auszulösen im Stande war, die sich zum Nachteil der Bundesrepublik auswirken konnten.

Ein weiterer Grund für das Verhalten der Opposition bei der Ratifizierung des Vertragswerkes war in den intensiven Bemühungen der Regierungskoalition und der Unionsparteien um eine gemeinsame oder wenigstens

[35] wie es der CSU-Vorsitzende zuvor getan hatte, vgl. ebenda

[36] Vgl. Bundeskanzler Brandt: Rede vor dem BT am 10.5.1972, in: Texte, Bd. 10, S. 489

[37] Ebenda

angenäherte Haltung in der Frage der Ostverträge zu sehen, die auch in der sich als Phase geschlossener Ablehnung durch die Opposition darstellenden Zeit bis Anfang April unvermindert fortgesetzt worden waren.

Mit dem Ziel, einen gemeinsamen Weg für die Verabschiedung der Ostverträge zu finden, hatten sich die führenden Politiker von Opposition und Regierung noch am 12. April 1972 getroffen; doch bereits zu diesem Zeitpunkt war durch die vorangegangenen Ereignisse erkennbar geworden, daß kaum noch Aussichten auf Abwendung des Konflikts zwischen der Bundesregierung und den Unionsparteien bestehen konnten. Am 24. Januar 1972 hatte selbst der Bundesausschuß der CDU als das formal ranghöchste Organ der Partei zwischen den Parteitagen den einstimmigen Beschluß gefaßt, die Verträge von Moskau und Warschau abzulehnen[38]. Dem entsprach der gemeinsame Tenor der von den Christlichen Demokraten gehaltenen Reden bei der ersten Lesung der Ratifizierungsgesetze zu den Ostverträgen im Deutschen Bundestag.

Während Oppositionsführer Barzel in Zusammenfassung aller Argumente der Opposition zwar zu dem Schluß zwangsläufiger Ablehnung durch seine Fraktion gelangte, zuvor aber auch die Verträge als einen Modus vivendi bezeichnet hatte, denen die Union bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen doch noch zustimmen könnte und deshalb den Vorschlag machte, die Ostverträge bis zum Abschluß eines befriedigenden innerdeutschen Vertrages nicht in das parlamentarische Ratifizierungsverfahren einzubringen, fielen die Stellungnahmen der Unionsabgeordneten Kiesinger und Strauß und sogar die Gerhard Schröders weit eindeutiger in ihrer Ablehnung der Ostverträge aus. Sie reichten von der Auffassung, daß durch die Ostverträge und die dahinterstehende Ostpolitik der Bundesregierung die Spaltung Deutschlands vertieft und eine Wiederherstellung der deutschen Einheit erschwert werde (Kiesinger)[39] bis zu der Warnung, daß die Verträge mit Moskau und Warschau lediglich ein Baustein im Gebäude der sowjetischen Weststrategie seien und in der Funktion eines 'Büchsenöffners' ganz Westeuropa dem Einfluß der

[38] Vgl. die Entschließung des Bundesausschusses der CDU vom 24.1.1972 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[39] Vgl. Kurt Georg Kiesinger: Rede vor dem BT am 23.2.1972, in: Weber/Jahn: Deutschlandpolitik, S. 974

Sowjetunion zugänglich machen sollten (Strauß)[40].

Mit weniger plastischen Formulierungen, doch gleich in seiner Schlußfolgerung, die Verträge abzulehnen, begründete der frühere Außen- und Verteidigungsminister Schröder die Kritik der Opposition mit der Gefahr, daß die Ostpolitik der Bundesregierung langfristig den Zusammenhalt des Westens sowie das empfindliche Machtgleichgewicht in Europa und damit die Sicherheit der Bundesrepublik beeinträchtige. Im übrigen, so Schröder, seien Verträge der vorliegenden Art schon vor Jahren und somit auch bereits christlich-demokratischen Bundesregierungen möglich gewesen[41].

Damit hatte die Union sich auf eine Konfliktstrategie auch im Bereich der Deutschland- und Ostpolitik gegen die sozial-liberale Bundesregierung festgelegt, die noch keineswegs, wie in der Rede Barzels ja auch nur für den Fall ausbleibender Modifizierung angekündigt, das endgültige Scheitern der Ostverträge an der CDU/CSU-Opposition bedeuten mußte; zunächst aber schloß sie eine gemeinsame Politik mit den Regierungsparteien aus und präjudizierte somit auch den negativen Ausgang des Dialogs zwischen Regierung und Opposition vom 12. April 1972.

6.2.1. Der Antrag zum konstruktiven Mißtrauensvotum

Als eine Folge der permanent weitergeführten Auseinandersetzungen, in denen CDU und CSU entgegen allen noch 197o in den beiden Parteien intern gestellten Prognosen, daß die Chance, die SPD-FDP-Regierung in Bonn etwa mit Hilfe einzelner Abgeordneter aus den Koalitionsparteien vorzeitig wieder von der Macht zu verdrängen, realiter kaum bestehe[42], nun doch offensichtlich auf einen Sturz der Regierung Brandt/Scheel nach Möglichkeit noch vor der Ratifizierung der Ostverträge hinarbeiteten, mußten die vielfach als 'erkauft' verurteilten Wechsel von FDP- und SPD-Bundestagsabgeordneten[43] - darunter des früheren FPD-Vorsitzenden Mende - zur CDU/CSU-Fraktion angesehen werden.

[40] Vgl. Franz Josef Strauß: Rede vor dem BT am 24.2.1972, in: Ebenda, S. 974f.

[41] Vgl. Gerhard Schröder: Rede vor dem BT am 24.2.1972, in: Ebenda, S. 975

[42] Vgl. Skibowski: Zukunft mit der CDU, S. 134

[43] Vgl. so den Ausspruch des SPD-Fraktionsvorstandsmitglieds Konrad Porzner vom 27.4.1972, "daß Barzel wohl mindestens vier Leute gekauft hat", zit. in: Der Spiegel vom 1.5.1972, S. 29

Die Mehrheit für die Bundesregierung war im Winter 1971/72 immer geringer geworden und ihre parlamentarische Basis mußte im Frühjahr 1972 als unmittelbar bedroht erscheinen. Hinzu kam, daß die seit dem Regierungsantritt 1969 abgehaltenen Landtagswahlen mit Ausnahme der Wahlen zur Bremer Bürgerschaft zugunsten der Christlichen Demokraten ausgegangen waren[44]. Als daher die Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 23. April 1972 der CDU die absolute Mehrheit von 53% statt bisher 44,2% der Stimmen brachten[45], und am Abend des gleichen Tages die Zustimmung zumindest dreier FDP-Abgeordneter[46] sicher schien, entschied sich die CDU/CSU-Opposition zu dem Wagnis eines ersten konstruktiven Mißtrauensvotums im Bundestag in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit der Begründung, daß vor allem die Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Regierung die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland existentiell gefährde und keinen Rückhalt mehr in der deutschen Bevölkerung finde, versuchte die Union die Wahl Barzels zum Bundeskanzler.

Zumindest der zweite Teil der Motivierung dieser parlamentarischen Aktion konnte nicht überzeugen, angesichts der spontanen Sympathiekundgebungen und -demonstrationen für die Regierung Brandt/Scheel und vor dem Hintergrund der von Januar bis April 1972 in Meinungsbefragungen ermittelten, weiter zunehmenden Befürwortung der sozial-liberalen Deutschland- und Ostpolitik in der Bundesrepublik (Steigerung von 79 auf 82%)[47].

In Berücksichtigung dieser Faktoren und des mit der Ablehnung des Haushalts des Bundeskanzleramtes entstandenen parlamentarischen Patts

[44] Vgl. die Wahlergebnisse der Landtagswahlen in den Bundesländern 1969-1973, in: Bonner Almanach, 1974, S. 297f.

[45] Vgl. ebenda, S. 298

[46] Wilhelm Helms, Gerhard Kienbaum, Knut von Kühlmann-Stumm

[47] Vgl. Emnid-Informationen, Nr. 3/4 1972, S. 3f. und Nr. 9/1o, 1972, S. 3

zog der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende aus dem Scheitern des Antrags der Opposition[48] bereits am darauffolgenden Tag (28. April 1972) für den Bereich der Deutschland- und Ostpolitik erste Konsequenzen: Um die nun zu befürchtende reine Zufallsmehrheit für oder gegen die Ostverträge im Bundestag mit den noch unabsehbaren Folgen für die internationale Stellung der Bundesrepublik zu vermeiden, schloß Barzel jetzt nicht mehr aus, daß sich die Union mit der Bundesregierung auf eine gemeinsame Entschließung einigen könne, die zumindest Teilen der Opposition die Zustimmung zu den ansonsten unveränderten Verträgen erlauben würde[49]. Darüber hinaus konnte es wohl auch als eine Reaktion auf die von einigen NATO-Verbündeten, insbesondere den USA, angestellten Bemühungen, in mehreren Kontaktaufnahmen die deutsche Opposition zu einer Überprüfung ihrer offiziellen deutschland- und ostpolitischen Positionen zu bewegen[50], angesehen werden, als die Unionspolitiker

[48] Am 27. April 1972 war von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag der Antrag gestellt worden, mit Hilfe des sogenannten 'Konstruktiven Mißtrauensvotums' nach Artikel 67 GG Bundeskanzler Brandt ab- und ihren Fraktionsvorsitzenden Barzel an seine Stelle zum neuen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu wählen.

Die noch am Morgen des 27. April von den FDP-Abgeordneten Gerhard Kienbaum und Knut von Kühlmann-Stumm avisierte Zustimmung zu dem Antrag der Opposition sowie eine gleichlautende Aussage des aus der FDP-Fraktion zwischenzeitlich ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten Wilhelm Helms vom Vortage ließen zusammen mit den 246 Mandaten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die für ein Gelingen des Antrags der Opposition erforderliche absolute Mehrheit von 249 Stimmen als gesichert erscheinen (abgesehen werden soll hier von weitergehenden Prognosen wie der des ehemaligen FDP-Vorsitzenden Erich Mende, der den Unionsparteien 5 - 6 zustimmende Stimmen von seiten der FDP-Fraktion vorausgesagt hatte). Da in der Abstimmung dann jedoch nur 247 Ja-Stimmen für den Antrag der Opposition abgegeben wurden (und unter der Prämisse, daß die nach ihrer Stimmabgabe von den Abgeordneten Kienbaum und von Kühlmann-Stumm gemachten Aussagen, sie hätten für Rainer Barzel votiert, den Tatsachen entsprachen), mußten zumindest zwei Abgeordnete der Union gegen den Antrag der eigenen Fraktion gestimmt haben.

Das in der Bundesrepublik auf Länderebene bislang zweimal zur Anwendung gebrachte Institut des konstruktiven Mißtrauens (Februar 1956 und Dezember 1966 in Nordrhein-Westfalen, wo damit jeweils eine SPD-FDP-Koalition ins Amt gebracht wurde) wird in der politikwissenschaftlichen Literatur kontrovers beurteilt; der (mit Einschränkungen vorgenommenen) Einschätzung als "wirksames Instrument ... gegenüber dem Kanzler" (Ellwein) steht dabei die Ansicht gegenüber, daß "es im ganzen nicht so positiv zu beurteilen (ist), wie das bei seiner Einführung häufig getan wurde. Dieses Instrument kann u.U. verhängnisvolle Folgen haben, es zwingt die Parteien, zu frühkonstitutionellen Bräuchen zurückzukehren, wo die Parteiführer oder Gruppenexponenten hinter dem Rücken des Regierungschefs mit dem König konspirierten, um sich über einen neu zu kooptierenden Regierungschef zu verständigen" (von Beyme): vgl. Ellwein: Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, S. 275; dazu Klaus von Beyme: Artikel 'Mißtrauensvotum' in: Sontheimer/Röhring: Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, S. 395

[49] Vgl. Der Spiegel vom 1.5.1972, S. 23

[50] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 26.5.1972, S. 1

Marx und Strauß zusammen mit Vertretern der Bundesregierung (Ehmke und Genscher) diese Entschließung gemeinsam in einer Kommission schließlich ausarbeiteten. Auf die Weise sollte CDU und CSU eine Brükke gebaut werden, den Verträgen entweder doch noch zuzustimmen oder sich wenigstens, wie dann geschehen, der Stimme zu enthalten und die Ratifizierung indirekt zu ermöglichen.

Das Problem der Textinterpretation der zehn Punkte umfassenden Entschließung vom 1o. Mai 1972 (Einbringung im Bundestag), in der nun ausdrücklich festgestellt war, daß die Verträge mit Moskau und Warschau nicht im Widerspruch zu dem Streben der Bundesrepublik nach friedlicher Widerherstellung der nationalen Einheit im europäischen Rahmen stünden und ebenso nicht die Lösung der deutschen Frage präjudizieren könnten[51], sowie die Diskussion, ob die Vertragspartner Sowjetunion und Polen überhaupt ihrerseits eine solche Erklärung als für sie irgendwie relevant akzeptieren würden, besaßen neben der außen- auch eine innenpolitische bzw. innerparteiliche Dimension bei Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen.

Das noch nicht überwundene Mißtrauen in der CDU/CSU-Fraktion über das abweichende Votum von mindestens zwei Unionsabgeordneten bei dem gescheiterten Mißtrauensvotum vom 27. April sowie die ursprünglich weit divergierenden Meinungsäußerungen innerhalb der Union in bezug auf die Deutschland- und Ostpolitik mußten als die primären Ursachen für eine allmähliche Reduktion der bis zu diesem Zeitpunkt im Jahre 1972 noch anzunehmenden inner- wie zwischenparteilichen Übereinstimmung i n d e n G r u n d s ä t z e n angesehen werden. Die Union hatte bewiesen, daß sie von ihrer zahlenmäßigen Stärke im Deutschen Bundestag her wie in ihrer sachpolitischen Argumentation der sozial-liberalen Bundesregierung durchaus ebenbürtig zu sein vermochte; das Ausbleiben des erhofften Erfolges jedoch, die Regierung auch noch vor Ablauf der Legislaturperiode ablösen zu können, erwies sich als auslösendes Moment für eine der ernsthaftesten Bündniskrisen in der gemeinsamen Geschichte von Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen.

[51] Vgl. die gemeinsame Entschließung aller drei im Bundestag vertretenen Fraktionen vom 1o.5.1972, in: Weber/Jahn: Deutschlandpolitik, S. 993

Hatten selbst die als konsequente Vertragsgegner geltenden Unionspolitiker Marx und Strauß noch am 9. Mai nach ihrem Kommissionsberatungen mit den Regierungsvertretern sich vor der CDU/CSU-Fraktion für die erarbeitete Resolution engagiert und den Befürwortern der Verträge in den Unionsparteien damit anscheinend den Weg zu einem Ja geebnet[52], so kam es trotz andauernder innerparteilicher Anstrengungen, die Opposition weiterhin zu einem möglichst geschlossenen Auftreten zu befähigen[53], zwei Tage vor der abschließenden Behandlung der Ostverträge im Bundestag doch noch zum erklärten Bruch in der Einschätzung der Deutschland- und Ostpolitik zwischen CDU und CSU.

6.2.2. Der Gegensatz zwischen CDU und CSU

Am 15. Mai 1972 erklärte der Bundesvorsitzende der CDU, Rainer Barzel, einleitend zu den Beratungen des Bundesvorstandes seiner Partei über die Haltung der Opposition bei der im Bundestag anstehenden Abstimmung, er sehe nach den nunmehr erreichten Klarstellungen die Möglichkeit, den Verträgen zuzustimmen[54]. Entsprechend stellte der Bundesvorstand der CDU zum Abschluß seiner internen Gespräche einstimmig fest, daß durch die Festigkeit und Beharrlichkeit der Union folgende Punkte geklärt worden und somit kein Hindernis mehr für eine Zustimmung der Christlichen Demokraten seien:

- Die Ostverträge nähmen nicht einen Friedensvertrag für Deutschland vorweg,
- die deutsche Frage sei nicht präjudiziert,
- das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen bleibe weiter das Ziel bundesdeutscher Politik,
- die Bündnis- und Integrationspolitik im Westen werde durch die Verträge nicht angetastet.

[52] Vgl. Der Spiegel vom 15.5.1972, S. 24f.

[53] Aus vielfach als taktisch angesehenen Motiven hatten sich insbesondere die zeitweise für eine veränderte Deutschland- und Ostpolitik eingetretenen Unionspolitiker Kiesinger und vor allem Schröder im Gegensatz zum Partei- und Fraktionsvorsitzenden Barzel wiederum auf eine ablehende Position zu den Ostverträgen festgelegt, vgl. unter anderem ebenda, S. 26f.

[54] Vgl. den Bericht Barzels vor dem Bundesvorstand der CDU vom 15.5.1972 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Damit seien die Ostverträge der Bundesregierung auch für Unionsabgeordnete zustimmungsfähig geworden, die letzte Entscheidung, wie über die Verträge abzustimmen sei, solle jedoch dem Gewissen jedes einzelnen Abgeordneten überlassen bleiben[55].

Dieser, in ihrem gesamten Tenor auf eine Zustimmung der Christlichen Demokraten zu den Verträgen mit Moskau und Warschau abgestellten Erklärung des CDU-Bundesvorstandes setzte die CSU-Landesgruppe in Bonn am Abend des gleichen Tages eine in ihrem Inhalt nahezu gegensätzliche eigene kurze Erklärung entgegen: Die Landesgruppe der Christlich-Sozialen Union im Bundestag habe sich darauf geeinigt, weiterhin die Ostverträge abzulehnen und bei der Abstimmung über die Ratifizierungsgesetze mit Nein zu stimmen[56]. Ein Übereinkommen zwischen den beiden Unionsparteien in dieser essentiellen politischen Frage war offensichtlich versäumt worden und mußte - falls überhaupt noch möglich - nun als die dringendste inner- und zwischenparteiliche Aufgabenstellung erscheinen.

In den Beratungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über ihre Haltung bei der Schlußabstimmung über die Ostverträge an den darauffolgenden zwei Tagen kaum es zunächst zur offenen Konfrontierung der unterschiedlichen Standpunkte. Ein Teil der Fraktion, darunter der Fraktionsvorstand, die Sozialausschüsse und die Vertreter der Jugendorganisation, bekannte sich zu der Auffassung Barzels, daß das Gesamtergebnis der vertraulichen Gespräche zwischen der Opposition und der Bundesregierung einschließlich des gemeinsamen Entwurfs einer Bundestagsentschließung positiv zu beurteilen sei. Ein anderer Teil - CSU-Landesgruppe, Vertreter der Vertriebenenverbände und Vertragsgegner wie Kiesinger und Schröder - schloß sich der Haltung des CSU-Vorsitzenden an, der weiterhin auf der Ablehnung der Ostverträge im Bundestag beharrte.

Entsprechend einem Vorschlag des CDU-Abgeordneten Walter Hallstein und persönlichen Aufrufen der beiden Altbundeskanzler Erhard und Kiesinger

[55] Vgl. die Erklärung des Bundesvorstands der CDU zu den Ostverträgen vom 15.5.1972 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[56] Vgl. den Beschluß der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag vom 15.5.1972 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

zur Erhaltung der Unionseinheit einigten sich die beiden Lager schließlich am 17. Mai, indem sie der Bundestagsfraktion von CDU und CSU empfahlen, zwar für den gemeinsamen Entwurf der Bundestagsentschließung zu den Ostverträgen zu votieren, sich aber bei der Abstimmung über die Verträge selbst der Stimme zu enthalten. Lediglich einigen wenigen Vertragsgegnern wie dem Vertriebenenvertreter Walter Becher sollte eine abweichende Nein-Stimme gestattet werden. Gleichzeitig wurde der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl, von der Fraktion beauftragt, bei den von der Union gestellten Länderregierungen dafür zu sorgen, daß auch im Bundesrat die Verträge nicht am Einspruch der Christlichen Demokraten oder der bayerischen Staatsregierung scheitern würden.

Mit diesem Kompromiß einer Aufwertung der gemeinsamen Bundestagsentschließung und einem Passieren-lassen der Ostverträge durch CDU und CSU schienen ein außenpolitisches Desaster vermieden und der innere Zusammenhalt der Union gewahrt worden zu sein. Doch die Geschlossenheit der Unionsfraktion, für deren Erhalt beispielsweise der Befürworter der Verträge, Erik Blumenfeld, nach eigener Aussage sein Ja zu dem Vertragswerk zugunsten einer Stimmenthaltung im Bundestag geopfert hatte[57], war vorerst nur als eine äußerliche Demonstration zu werten, deren formaler Charakter keineswegs gleichzusetzen war mit einer auch sachbezogenen Einmütigkeit. Hatten die Unionsführer Strauß und Barzel den gesamten Komplex der Verträge nach ihrer Einigung mit der Bundesregierung auf eine gemeinsame Entschließung als optimale Lösung (Strauß)[58] bezeichnet und noch eine Woche später am 9. Mai erklärt, man bewerte das erzielte Ergebnis positiv und übernehme die Verantwortung dafür (Barzel)[59], so war die am 17. Mai nach Beendigung der Beratungen von CDU und CSU von Rainer Barzel vor der Bundestagsfraktion abgegebene Stellungnahme kennzeichnend für die zum Teil resignierende Selbsteinschätzung der eigenen, zur Wahrung wenigstens der äußeren Unionseinheit geschlossenen innerparteilichen Kompromißformel: Der Wunsch nach Einigkeit, so Barzel, zwinge den Fraktionsvorsitzenden alles zu tun, um festzustellen, welcher Weg zu gehen sei.

[57]Zit. in: Der Spiegel vom 22.5.1972, S. 27

[58]Vgl. ebenda, S. 24

[59]Vgl. Der Spiegel vom 22.5.1972, s. 24

Wenn die Fraktion sich einmütig der Stimme enthalten wolle, werde er den Weg dafür freimachen[60].

Barzel, der aus direkten Kontakten mit Vertretern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs auch persönlich von der positiven Beurteilung und der Zustimmung der Westmächte zu den Ostverträgen in Kenntnis gesetzt worden war[61], war weitgehend mit dem Versuch gescheitert, die Unionsparteien in der Deutschland- und Ostpolitik in den allgemeinen Entspannungstrend aktiv zu integrieren. Nicht das in seinem außenpolitischen Bericht 197o vom Präsidenten der westlichen Führungsmacht ausgesprochene 'Willkommen' für die deutsche Ostpolitik und die ihr 1971 von Nixon versprochene Unterstützung und damit die internationale Anerkennung[62] hatten den Ausschlag bei der Entscheidungsfindung der bundesdeutschen Opposition gegeben, sondern die bei Teilen der Union vorhandenen nationalstaatlichen und eine westeuropäische politische Gemeinschaft intendierenden Vorstellungen, die nach Meinung dieser Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen konträr verliefen zu dem Gedanken einer gesamteuropäischen Friedensordnung, wie er unter anderem von der Sowjetunion propagiert wurde und der sie selbst einschließen sollte[63]. Zudem hatte sich letztlich bei vielen Unionspolitikern auch offenbar jenes "weitgehend unkritische Verhältnis zur nationalen Attitüde"[64] durchgesetzt, das schon Eugen Gerstenmaier dem Konservatismus als entscheidendes Charakteristikum zugeschrieben hatte[65].

[60] Vgl. ebenda, S. 26

[61] Vgl. Hillgruber: Deutsche Geschichte, S. 139

[62] Vgl. dazu Noack: Deutsche Außenpolitik, S. 125

[63] Vgl. Franz Josef Strauß: Rede vor dem BT am 24.2.1972, in: Zur Sache, Heft 4, S. 24

[64] Eugen Gerstenmaier: Was heißt heute konservativ?, in: Der Monat, Heft 166,1972,S.27

[65] Als weitgehend unbestritten in der neueren Konservativismus-Forschung kann inzwischen gelten, daß die Anfänge des Konservativismus mit den Anfängen eines Prozesses der "Durchsetzung der kapitalistischen Produktion respektive der bürgerlichen Gesellschaft" (Grebing) zusammenfallen.

Der seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts insbesondere in Deutschland zu neuer politischer Bedeutung aufsteigende Nationalismus unterlief zugleich die ebenfalls neuen überstaatlichen Impulse einer liberalen und sozialen, demokratischen Emanzipationsbewegung:"Indem die nationalistischen Bewegungen den starken Staat erstrebten, rückten sie wiederum in enge Beziehung mit konservativen Restaurationsbestrebungen. Dies ... Bündnis gegen Demokratie und Sozialismus, die übernationalen Bewegungen, führte den Konservativen die Gefühlspotenzen zu, die aus dem gesteigerten Nationalbewußtsein immer weiterer Bevölkerungsschichten rührten"

Die innerparteiliche Krise der Opposition hatte zunächst Unionspersönlichkeiten wie Barzel, Strauß und Stücklen wieder in dem Bemühen vereint, diese durch ein gemeinsames Vorgehen zu überwinden. Doch weder diese Gemeinsamkeit von Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen untereinander noch die über lange Zeit hinweg vom Oppositionsführer der Regierung für die Deutschland- und Ostpolitik angebotene interfraktionelle und zwischen-parteiliche Gemeinsamkeit konnten - trotz der gemeinsamen Bundestagsentschließung zu den Verträgen mit Moskau und Warschau - als erreicht angesehen werden.

So wie angesichts der unter anderem dem früheren Außenminister Gerhard Schröder zugeschriebenen taktischen Überlegungen, daß die Union, wenn sie unter der Führung Barzels vorzeitige Neuwahlen verlieren sollte, bei der Suche nach einem neuen Führer zwangsläufig auf ihn stoßen werde[66], oft kaum noch von innerparteilicher Konkordanz auch nur der Christlichen Demokraten untereinander gesprochen werden konnte[67], so deutete sich nach der Ratifizierung der Ostverträge auch zwischen Bundesregierung und CDU/CSU das vorläufige Ende der Phase versuchter oder zumindest offerierter Gemeinsamkeit seitens der Oppositions an.

[65] Forts.: (Bracher). Die Konservativen hatten damit den Anschluß gefunden an den emotionalen Nationalismus der Massen, der sie zuvor als revolutionäre Kraft bedroht hatte.

Einer solchen, unter anderem von Greiffenhagen entwickelten Einordnung des Konservativismus als eine der bürgerlichen Gesellschaft wie dem Nationalstaat immanente Theorie (bzw. Ideologie) - wie sie offensichtlich auch von Eugen Gerstenmaier hier übernommen worden ist - widersprechen die Vertreter des Neokonservativismus wie zum Beispiel Kaltenbrunner oder Huntington; ihren Arbeiten liegt die These zu Grunde, daß Konservativismus in seinen Inhalten zwar jeweils historisch-kontingent, in seinen Intentionen jedoch überzeitlich, als "transzendentalsoziologische" Bewegung (und somit unabhängig von konkreten zeitgeschichtlichen Erscheinungen, wie es der Nationalismus darstellt) zu definieren ist, vgl. Meinhard Ade: Neokonservativismus und CDU-Programm, in: Sonde, 2/1972, S. 15ff.; dazu Bracher: Das deutsche Dilemma; dazu Grebing: Faschismus und Konservativismus; dazu Greiffenhagen: Dilemma des Konservativismus; dazu Huntington: Konservativismus als Ideologie, in: Doeker: Politische Systeme; dazu Kaltenbrunner: Der schwierige Konservativismus, in: Ders.: Rekonstruktion des Konservativismus; dazu Krockow: Konservativismus

[66] Vgl. Der Spiegel vom 22.5.1972, S. 25

[67] Vgl. dies auch in der Selbsteinschätzung innerhalb der Union, so für das genannte Beispiel (Schröder): "... Schröders staatsmännisches Statement ... kann nicht verdecken, daß diese Sicht haarscharf Schröderschen Interessen entspricht ...", in: Bayernkurier vom 31.7.1970, S. 5

In einer Erklärung ihres Vorsitzenden Barzel vom 19. Mai 1972 stimmte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zwar der am gleichen Tage von Bundeskanzler Brandt angebotenen Kooperation auf außen- und deutschlandpolitischem Gebiet zu, betonte nun aber primär ihre Pflichten als parlamentarische Opposition. Die Tolerierung einer Minderheitenregierung bei gleichzeitiger Vernachlässigung ihrer oppositionellen Aktivitäten sei für die Unionsparteien indiskutabel, auch mit Blick auf vorzeitige Neuwahlen, die Barzel in der gegenwärtigen Situation von zweihundertachtundvierzig Stimmen der Regierungsparteien zu zweihundertachtundvierzig Stimmen der CDU und CSU im Bundestag für die geegnetste Lösung hielt[68].

Die Patt-Situation im April 1972 hatte tatsächlich die Vorverlegung der Wahl eines neuen Bundestages mit dem Ziel, zu klaren Mehrheitsverhältnissen zu kommen, zu einer politischen Notwendigkeit gemacht. Trotz des vom Grundgesetz mit einer langwierigen Prozedur verbundenen Verfahrens hätte spätestens nach dem Rücktritt des lange Zeit als 'zweiter Mann' der SPD-Führungsmannschaft herausgestellten Wirtschafts- und Finanzministers Schiller am 7. Juli 1972 das Fortbestehen einer sozial-liberalen Minderheitsregierung größte Schwierigkeiten für die gesamte weitere Politik der Regierung Brandt/Scheel aufwerfen müssen.

Nachdem dem Bundeskanzler am 22. September das Vertrauen planmäßig verweigert worden war und Bundespräsident Heinemann den Bundestag aufgelöst hatte, setzte der kürzeste, aber intensivste Wahlkampf in der Geschichte der Bundesrepublik ein. Mit in dem Ausmaß unerwartetem Engagement und wachsenden Emotionen geführt, brachte er schließlich mit dem Ergebnis der Bundestagswahlen vom 19. November 1972 eine klare Entscheidung zugunsten einer Fortdauer der sozial-liberalen Koalition und einer zweiten Regierung Brandt/Scheel.

Die nicht nur bei Christlichen Demokraten oder den bayerischen Christlich-Sozialen oftmals anerkennend geäußerte (Selbst-)Einschätzung, die CDU/CSU habe im Gegensatz zu früheren Oppositionen in der Bundesrepublik den Versuch gemacht, ihre Alternativen nicht nur in der

[68] Vgl. die Erklärung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel zur Ost- und Deutschlandpolitik vom 19.5.1972 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Öffentlichkeit zu verkünden, sondern dies zumeist auch durch ihre parlamentarischen (sprich legislativen) Aktivitäten untermauert und somit eigene, konstruktiv-alternative Politik betrieben[69], hatte sich nicht auf das Wählerverhalten auszuwirken vermocht.

Der weniger mit den Themen der Außen- und Deutschlandpolitik als vielmehr unter finanz- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen geführte Wahlkampf aber hatte vor allem ein in den Bundestagswahlen der Bundesrepublik beinahe schon traditionelles Charakteristikum aufgewiesen, das in den anschließend verfaßten Wahlanalysen[70] als entscheidend herausgestellt wurde für die vergleichsweise hohe Wahlniederlage der Unionsparteien: Die sogenannte 'Modernitätsorientierung'.

> "Diese Entscheidung zur Modernität kennzeichnet die Entwicklung der Wählerschaft der Bundesrepublik seit Anfang der 60er Jahre und das Ergebnis der Bundestagswahl 1972 ordnet sich in diesen Prozeß ein. Das ist die strukturelle Grundlage für den Erfolg der SPD und für die Wahlniederlagen der CDU/CSU. Die SPD und an ihrer Spitze Willy Brandt symbolisierten den Fortschritt, die Imagekomponente, die der CDU/CSU und ihrem politischen Personal am meisten fehlte"[71].

Vor diesem Hintergrund hätten für die Opposition Chancen, das von ihr erhoffte Wahlergebnis zu erzielen, nur in einer 'Inflationswahl' bestanden, die die Preissteigerungen wie die allgemeine wirtschaftliche Situation zum entscheidenden Faktor für das Wahlverhalten hätte machen können. Die Unionsparteien hatten diese Möglichkeit nicht zu nutzen vermocht; zwar waren die Preissteigerungen perzipiert und auch beklagt worden, man hielt die Bekämpfung der Inflation für die wichtigste Aufgabe in der Bundesrepublik, aber diese wirtschaftspolitische Problematik hatte nicht ausgereicht, um in größerem Umfang beispielsweise Protestwähler von der Regierung zur Opposition hinüberzuziehen. Die tendenziell positive Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in der Bevölkerung bot eine Erklärung hierfür[72]. Verstärkt wurde dies wiederum durch eine latent vorhandene, überwiegende Zustimmung in der Be-

[69] Vgl. Olaf von Wrangel: Beitrag in: Schnabel: Die Opposition, S. 34

[70] Vgl. unter anderem Politische Vierteljahresschrift, Heft 2, 1973

[71] Kaltefleiter: Zwischen Konsens und Krise, S. 168

[72] Vgl. Dieter Roth: Ökonomische Variablen und Wahlverhalten, Eine empirische Untersuchung zur Validität von Einschätzungsfragen, S. 261 (Tabelle 1)

völkerung (und hier sogar von seiten eines Teils der Unionsanhänger) zur Deutschland- und Ostpolitik[73] und deren Aktualisierung in der außenpolitischen Diskussion der letzten vierzehn Tage vor der Wahl, die durch die Paraphierung des Grundlagenvertrages (8. November 1972) ausgelöst worden war[74]. Nichts spricht aus der nachträglichen Sicht dafür, daß die Bewertung des Grundlagenvertrages unmittelbar und direkt das Wahlverhalten in nennenswerter Form beeinflußt hat. Zumindest drei mittelbare Auswirkungen jedoch sind nach Kaltefleiter festzustellen:

Erstens, die Diskussion um den Grundlagenvertrag hatte von der Diskussion der Preisstabilität abgelenkt;

zweitens, mit Hilfe des Grundlagenvertrages war es erreicht worden, die negativen Imagekomponenten der CDU/CSU in bezug auf die Ostpolitik und insbesondere in bezug auf das Verhalten im Deutschen Bundestag im Frühjahr 1972 neu zu stimulieren;

drittens, der Grundlagenvertrag hatte die durch die Ostpolitik gewonnene allgemeine Reputation der Regierung und die positiven Imagequalitäten für Willy Brandt sowie das Übergewicht der SPD in diesem Bereich noch unterstrichen[75].

Ein weiteres Merkmal des Wahljahres 1972 mag gleichfalls mitentscheidend geworden sein für den am Ende fast ausschließlich auf die Personen der beiden Spitzenkandidaten Barzel und Brandt konzentrierten Wahlkampf mit seinem abschließenden, erstmals eindeutigen Votum[76] gegen die Unionsparteien. Es war Gegenstand einer aus der Zeit noch vor dem Jahr 1972 datierenden Analyse, die der Unionspolitiker Richard von Weizsäcker über personalisierte Wahlkämpfe erstellt und unter den gegebenen gesellschaftspolitischen Bedingungen auch im Falle der Bundesrepublik

[73] Vgl. Max Kaase: Die Bundestagswahl 1972: Probleme und Analysen, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 2, 1973, S. 158

[74] "Indem sie von der Diskussion der Wirtschaftspolitik ablenkte und das nationale I-Tüpfelchen auf die Ostpolitik setzte, dürfte der Grundvertrag in erster Linie die Funktion erfüllt haben, Dissonanzen bei potentiellen Koalitionswählern zu reduzieren und ihre Wahlentscheidung zu stabilisieren", vgl. ebenda, S. 159

[75] Vgl. Kaltefleiter: Zwischen Konsens und Krise, S. 169

[76] Vgl. die nach Bundesländern aufgeschlüsselten Erst- und Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahlen 1969 und 1972 in einer Gegenüberstellung, in: Kaltefleiter: Zwischen Konsens und Krise, S. 128

Deutschland für anwendbar erachtet hatte:

> "Dort (in einem personalisierten Wahlkampf, Anm. d. Verf.) wetteifern nicht Kontrastprogramme. Vielmehr stehen sich Spitzenkandidaten oder Mannschaften gegenüber, die, wie in einem mittelalterlichen Turnier, gemeinsamen Prinzipien verpflichtet sind und nur darum kämpfen, wer von ihnen sie am besten beherrscht. Persönliche Glaubwürdigkeit und natürliche Autorität der Spitzenkandidaten, verbunden mit dem pragmatischen harten Management, vermögen Wahlkämpfe heute nachhaltiger zu beeinflussen als Programme und Prinzipien"[77].

Bei derart gesetzten Prämissen wäre ein Wahlsieg des noch Ende Mai 1972 vom CSU-Vorsitzenden Strauß als gemeinsamer Kanzlerkandidat erneut in Frage gestellten CDU-Vorsitzenden Barzel[78] und seiner christlich-demokratischen/christlich-sozialen Führungsmannschaft sechs Monate danach nahezu eine Überraschung gewesen.

6.3. Das Scheitern Barzels

Die Parteiführungen von CDU und CSU hatten bei der Entscheidung über die tragenden Bestandteile der 'Neuen Deutschland- und Ostpolitik', die Verträge mit Moskau und Warschau sowie den innerdeutschen Grundlagenvertrag, letztlich einer, wenn auch in der Hauptsache formalen Einheitlichkeit der Union den Vorrang vor einer unter anderem von Barzel als notwendig anerkannten Politik gegeben. Dieses Streben nach parteilicher Homogenität, nach der immer wieder artikulierten Geschlossenheit der Union[79] in einem oft kaum noch integrierbar erscheinenden Meinungsspektrum in den Jahren seit Antritt der Oppositionsrolle durch Christliche Demokraten und Christlich-Soziale im Herbst 1969 war naturgemäß eng verbunden mit der Person des CDU-Parteivorsitzenden, Oppositionsführers im Bundestag und Kanzlerkandidaten der Union, Rainer Barzel. Hatten die Unionsparteien mit einem gewissen Nach-Effekt noch bis etwa Anfang der sechziger Jahre ihre Integration weitgehend in der Person Adenauers dadurch erfahren, daß er Bundeskanzler und Parteivorsitzender zugleich war, vor allem aber auch da-

[77] Richard von Weizsäcker: Wo liegen die Unterschiede?, in: Gölter/Pieroth: Die Union, S. 166

[78] Vgl. Welt am Sonntag vom 28.5.1972, S. 1

[79] Vgl. so CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep nach der Stimmenthaltung der Unionsparteien bei der Abstimmung über die Ostverträge am 17.5.1972, zit. in: Der Spiegel vom 22.5.1972, S. 27

durch, daß die gesamte Union in ihrem Spitzenpolitiker eine Persönlichkeit besaß, die "Sinn und Wesen demokratischer Ordnung im Negativen wie im Positiven bis ins letzte erfaßt(e) und ... deren Instrumentarium souverän (beherrschte), ... nicht fremde Entscheidungen mit seiner Autorität (deckte), sondern ... ständig um den eigenen Anspruch auf 'einsame Entschlüsse' (rang)"[80], so mußte die Unmöglichkeit des weder durch ein Regierungsamt noch durch den überwiegenden Teil der eigenen Parteifreunde in seinen deutschlandpolitischen Auffassungen unterstützten und damit in seiner Autorität bestärkten Unionsführers Barzel, eine entsprechende Interessenübereinstimmung innerhalb und zwischen Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen zu erreichen, beinahe zwangsläufig seinen Sturz auslösen. Daß die Deutschland- und Ostpolitik der politische Kristallisationspunkt jener Jahre war, besaß dabei möglicherweise lediglich sekundäre Bedeutung. Auch einschneidende innenpolitische Reformen einer sozial-liberalen Bundesregierung hätten - wenn auch vielleicht langfristiger - angesichts des ebenso im sozial- und gesellschaftspolitischen Bereich existenten Dissens' in CDU und CSU (Wirtschaftsrat-Sozialausschüsse) zu einer innerparteilichen Zerreißprobe führen können.

Entgegen auch seiner eigenen, teilweise 'neo-nationalen' Argumentation[81] und der zeitweise der gesamten Opposition, es werde etwas 'verschenkt', Rechtstitel würden vergeben, über die zu verfügen die Regierung Brandt/Scheel nicht das Recht habe, dürfte Barzel schon auf Grund der ihm zugänglichen Informationen[82] die Schwierigkeiten gesehen haben, in denen sich eine CDU/CSU-Bundesregierung nach einer Ablehnung des Ostvertragswerkes und damit der weltweiten entspannungspolitischen Tendenzen international befunden hätte. Dadurch ~~befand sich~~ stand der Oppositionsführer, wollte er an die Regierungsmacht gelangen, unter dem Handlungszwang, ungeachtet seiner subjektiv-ideologischen Einstellung und vor allem der vieler Parteifreunde, Gemeinsamkeit mit der Regierung zu suchen und gleichzeitig auf ein unerläßliches Mindestmaß an Einheitlichkeit innerhalb der eigenen Fraktion zu achten. Dabei erwies es

[80] Eschenburg: Politische Aufsätze, S. 204

[81] Vgl. diese Terminologie bei Paul Noack, in: Noack: Deutsche Außenpolitik, S. 135

[82] Vgl. unter anderem Hillgruber: Deutsche Geschichte, S. 139

sich in der Deutschland- und Ostpolitik als leichter, Gemeinsamkeit zwischen der CDU-Mitte, dem Arbeitnehmerflügel der Union und der sozial-liberalen Regierungskoalition zu erreichen als zwischen CDU und CSU - eine ähnliche Konstellation wie schon in der Großen Koalition vor 1969[83].

Ausschlaggebend für Barzels Scheitern dürfte vor allem gewesen sein, daß er bei seinen Bemühungen um Gemeinsamkeit mit der Bundesregierung auf den Widerstand persönlich-politischer Gegner wie Schröder und Strauß gestoßen war, die - trotz ihrer taktischen Mit-Einbeziehung in die Verhandlungen mit der SPD-FDP-Koalition - konsequent die Linie einer sehr viel mehr an den tradierten Prinzipien der Union orientierten Außen- und Deutschlandpolitik verfolgten.

Galt der CSU-Vorsitzende schon seit langem innerhalb der CDU/CSU als unangefochtener Repräsentant einer Politik der Sicherheit, die sich auf die Hypothese stützt, der militärische Angriff auf Westeuropa sei das eigentliche Ziel der sowjetischen Politik[84], so mußte der CDU-Vorsitzende in Gerhard Schröder einen Konkurrenten erblicken, in dem nicht wenige aus beiden Unionsparteien den attraktiveren Kandidaten für ein neues Mißtrauensvotum und eine erneute bürgerliche Koalition aus CDU/CSU und einer potentiellen liberal-konservativen Splittergruppe der FDP sahen[85]. Selbst in unionsnahen Kreisen jedoch mußte diese Konstellation des permanenten Gegeneinander innerhalb der beiden Christlichen Unionen als erhebliche Minderung der Aussichten auf die so erhoffte Regierungsmacht, insbesondere aber auf einen Wahlerfolg erkannt werden, die obendrein die Position des Parteiführers schwächte.

Die beiden entscheidenden Niederlagen Barzels innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 17. Mai 1972 und schließlich am 8. und 9. Mai 1973 waren dann auch nicht ausschließlich als Antworten auf die zur Diskussion stehenden Sachfragen zu verstehen, sondern, zumindest im letzten Fall, als Absage an die Person des Spitzenkandidaten, der die

[83] Vgl. dazu neben der ausführlichen Darstellung Bessons vor allem Dahlberg: Franz Josef Strauß, S. 32f.

[84] Vgl. Altmann: Außenpolitische Perspektiven, S. 107

[85] Vgl. unter anderem Der Spiegel vom 8.5.1972, S. 25

Union nicht zu einem Wahlsieg bei den vergangenen Bundestagswahlen hatte führen können.

Diese Einsicht war wahrscheinlich bereits das Motiv Barzels gewesen, nach der verlorenen Wahl am 19. November 1972 die Person des Oppositionsführers aus der Diskussion nehmen zu wollen und lediglich die Programmatik der Opposition und deren taktische Präsentation zu überprüfen. Damit aber traf er auf die deutliche Ablehnung gerade auch liberaler Gruppierungen in der Union, die schon in der Anfangsphase christlich-demokratischer/christlich-sozialer Opposition betont hatten, daß es CDU und CSU gar nicht nötig hätten, ein neues Programm zu proklamieren und dem Wähler anzubieten; aus ihrer Sicht erschien es ausreichend, einige programmatische Äußerungen und Entscheidungen der CDU-Parteitage von Düsseldorf aus dem Jahre 1965 und Berlin 1968 zu aktualisieren und neu zu formulieren[86].

Es waren daher vermutlich nicht allein konservative Teile der CDU/CSU-Fraktion, die den Sturz Barzels Anfang 1973 betrieben. Der durch das gescheiterte Mißtrauensvotum vom 27. April und den Ratifizierungsdisput vom Mai 1972 sowohl bei dem Gros der Wählerschaft als auch bei den eigenen Parteianhängern als ständig lavierender Taktiker an politischer Glaubwürdigkeit und Resonanz permanent verlierende CDU-Vorsitzende[87] schien nach seinem Hinweis auf die Notwendigkeit einer programmatischen Neu- oder gar Umorientierung der Unionsparteien (insbesondere da ihm selbst entscheidender Anteil sowohl bei der Ausarbeitung des Berliner Programms der CDU von 1968 wie auch bei dessen Fortschreibung auf dem Düsseldorfer Parteitag von 1971 zugesprochen wurde) nun gleichfalls in seinen Sachaussagen als unzuverlässig diskreditiert zu sein.

Die evident gewordene Fehleinschätzung der eigenen Situation durch die Führung der CDU/CSU, die nach zwanzigjähriger Regierungsverantwortung mit ihrer Erfahrung und mit ihrer Kenntnis der Regierungs-

[86] Vgl. unter anderem Skibowski: Zukunft mit der CDU, S. 21f.

[87] Vgl. die im Juli 1973 veröffentlichten Meinungsumfragen, wonach Barzel - noch als CDU-Vorsitzender - bereits einen deutlichen Sympathie-Rückstand zu seinem Konkurrenten Kohl aufwies: Für Barzel sprachen sich 22% der Gesamtbevölkerung, 31% der CDU/CSU-Anhänger aus gegenüber 49% bzw. 47% für Kohl, aus: Emnid-Information, Nr. 7/8, 1973, S. 3

apparatur sich auf Grund dieser Tatsache vom ersten Tag an als Alternative verstanden wissen wollte, die an jedem Tag bereit war, die Verantwortung zu übernehmen, wenn die Mehrheitsverhältnisse dies erlaubten[88], hatte sehr frühzeitig begonnen, sich für die Union verhängnisvoll auszuwirken. Die an sich logische Überlegung war nämlich sogleich nach Übernahme ihrer neuen Funktion als parlamentarische Opposition von dieser pervertiert worden zu einem schwerpunktmäßig in Fragen der Deutschlandpolitik sichtbar werdenden 'Mitregieren ohne Mandat' bzw. dem steten Versuch dazu. Dieses entgegen allem rhetorischen Anschein einer unversöhnlichen Konfrontation mit der Bundesregierung über weite Phasen die Politik der Union bestimmende Merkmal kooperativer Oppositionshaltung konnte in bezug auf die Durchsetzung unionsspezifischer Gesichtspunkte wie für den damit von ihr beeinflußten Bereich der Außenpolitik insgesamt als erfolgreich und profitabel angesehen werden.

Der ständige Wechsel bzw. die zeitweilig sogar zu beobachtende Parallelität mit kompetitiven Verhaltensweisen (wenn auch of nur getragen von Teilen der Opposition) aber hatten die lange Zeit den politischen Kurs wie die Person des Oppositionsführers stützende Mehrheit innerhalb der Unionsfraktion[89] allmählich ebenso aufzehren lassen wie sie es unter anderem schließlich verhinderten, daß sich die konstruktiven Beiträge der Opposition zur Außen- und Deutschlandpolitik in einem für die Unionsparteien positiven Wählervotum niederschlugen. CSU wie CDU lasteten beide Faktoren - die zunehmend verlorengegangene inner- und zwischenparteiliche Harmonie sowie den sich wahlpolitisch nicht auszahlenden Versuch deutschlandpolitischer Gemeinsamkeit mit der sozial-liberalen Bundesregierung - nun nahezu ausschließlich d e m Spitzenpolitiker der Union alleine an.

Dreieinhalb Jahre hatte es Rainer Barzel weitgehend verstanden, das bereits beim Regierungsverlust 1969 von manchen erwartete Auseinanderbrechen der zwanzig Jahre lang oft ausschließlich in der Funktion eines 'Kanzlerwahlvereins' gesehenen Union zu verhindern. Mit unzähligen, oft nur kurzlebigen Kompromissen hatte er den offenen Kampf der verschiedenen Unionsflügel vor allem in dem seit Antritt der SPD-FDP-Re-

[88]Vgl. so Olaf von Wrangel: Beitrag, in: Schnabel: Die Opposition, S. 33f.

[89]Vgl. Skibowski: Zukunft mit der CDU, S. 25ff.

gierung dominierenden Bereich der Deutschland- und Ostpolitik zu vermeiden versucht. Und gerade in den Auswirkungen dieser Deutschlandpolitik und ihrer kontroversen Diskussion in den Unionsparteien erblickte Barzel schließlich den Anlaß zum Rücktritt vom Amt des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, als am 8. Mai 1973 sich die Gesamtfraktion der beiden Unionsparteien entgegen der vorhergegangenen eindeutigen Befürwortung durch ihren Vorsitzenden mit einhunderteins zu dreiundneunzig Stimmen gegen den gleichzeitigen UNO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland und der DDR aussprach.

War ein Jahr zuvor, auf dem Höhepunkt der Bemühungen zur Ratifizierung der Ostverträge, schon von seiten der Christlich-Sozialen Union mit der Drohung einer Auflösung der Fraktionsgemeinschaft taktiert worden[90] - und dies auch nicht zum ersten Male -, so waren es nach dem Rücktritt Barzels vom gemeinsamen Fraktionsvorsitz am 9. Mai jetzt Mitglieder der CDU, die eine unzweideutige Klarstellung christlich-demokratischer Positionen zum Beispiel in der Deutschlandfrage forderten. Stimme die CSU dann damit nicht überein, so solle tatsächlich eine Auflösung der Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag einer ernsthaften Überprüfung unterzogen werden[91].

Die damit auch außerhalb der beiden Parteien erkennbar gewordenen Spannungen innerhalb der Union und hier vor allem zwischen der Mehrheit der CSU und den dem liberalen Flügel der großen Schwesterpartei zuzurechnenden Christlichen Demokraten wurden nun erneut von den Kontrahenten auch in aller Öffentlichkeit ausgesprochen. Doch standen sie damit noch nicht an einem Ende der innerparteilichen Krise der Unionsparteien, obwohl mit der Wahl von Karl Carstens zum neuen Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU am 17. Mai 1973 und nach dem gescheiterten Bemühen Barzels um die Erhaltung wenigstens seines CDU-Parteivorsitzes mit der Wahl Helmut Kohls zu seinem Nachfolger auf dem einundzwanzigsten Parteitag der CDU in der Bonner Beethovenhalle (12. Juni 1973) die Union zwei ihrer drei parteihierarchischen Spitzenposten neu besetzte und damit zumindest personell die Konsequenzen ihrer ersten Jahre als Opposition im Deutschen Bundestag zog.

[90] Vgl. Der Spiegel vom 22.5.1972, S. 21f.

[91] Vgl. so Wolfgang Vogt, CDU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied der Sozialausschüsse, zit. in: Der Spiegel vom 14.5.1973, S. 21

Die vom demissionierten Oppositionsführer selbst vorgenommene Definition: "Dies ist keine Taktik, dies ist Strategie"[92] für die Politik der Unionsparteien seit 1969 und die vor allem von Christlichen Demokraten in der Außen- und Deutschlandpolitik mit der von ihnen gezeigten Kooperationsbereitschaft und -praxis durchaus eingenommenen Positionen einer konstruktiven Oppositionshaltung mochte berechtigt sein - vor dem Hintergrund personeller Kontroversen und Divergenzen in den Sachproblemen, wie sie in CDU und CSU seit dem Verlust der Staatsmacht forciert zu Tage traten, hatte 'die Union' in der Zeit ihrer Opposition bis zu diesem Zeitpunkt weder eine innere Konsolidierung erfahren noch war sie einer Rückgewinnung der Regierungsmacht sehr viel näher gekommen.

Allein mit der Wahl eines neuen Oppositionsführers im Deutschen Bundestag und dem Wechsel von Rainer Barzel zu Helmut Kohl in der Parteiführung der Christlichen Demokraten aber würde die Union noch kaum ausreichende Distanz zu den ihr (nicht nur) aus der Oppositionsrolle erwachsenen Schwierigkeiten der vergangenen Jahre zu finden vermögen. Zwar stand es außer Zweifel, daß die Union einen großen Teil ihrer Wahlerfolge von 1949 bis 1969 ihren Führungspersönlichkeiten verdankte, jedoch wären die Erfolge von CDU und CSU mit attraktiven Spitzenkandidaten nicht ausschließlich zu erzielen gewesen. Deren Arbeit hatte durch eine ebenso erfolgreiche, und das hieß unter anderem den einmal vorgegebenen politischen Realitäten entsprechende (nicht unbedingt sie akzeptierende) Politik der Union begleitet werden müssen. Auch wenn für die Beurteilung einer Partei in der öffentlichen Meinung weit weniger das politische Programm maßgebend erschien als vielmehr ihre (in der Opposition naturgemäß sehr viel schwerer zu vermittelnde) innen- und außenpolitische Leistungsfähigkeit und vor allem ihr Personalangebot, so mußte sie doch in beidem sich koordiniert und harmonisiert darzustellen in der Lage sein. Eine Führungsmannschaft[93] konnte ein Weg dazu sein, strukturelle Veränderungen in Richtung auf eine neue Einheitlichkeit 'der Union' waren langfristig als die noch wichtigere Aufgabe für CDU und CSU anzunehmen[94].

[92] Zit. in: Der Spiegel vom 8.5.1972, S. 21

[93] Vgl. unter anderem die These 26 aus: Helmuth Pütz/Peter Radunski/Wulf Schönbohm: 34 Thesen zur Reform der CDU, in: Sonde, Heft 4/1969, S. 18

[94] Vgl. unter anderem die These 17 aus: Helmuth Pütz/Peter Radunski/Wulf Schönbohm: 34 Thesen zur Reform der CDU, in: Ebenda, S. 14

6.4. Gegensätze zwischen außenpolitischen Führungsgruppen in der Union

Das Scheitern des konstruktiven Mißtrauensvotums am 28. April 1972 und die zwischen Bundesregierung und Opposition getroffene Absprache, mit Hilfe einer gemeinsamen Bundestagsresolution die Ostverträge als das Kernstück der von SPD und FDP konzipierten neuen Politik doch noch für die Unionsparteien zustimmungsfähig zu gestalten, hatte das gegenseitige Verhältnis von Regierung und Opposition erneut in Richtung auf eine - bei dem parlamentarischen Patt unumgängliche - Kooperation zubewegt. Dadurch vermochten diejenigen in der Union, die wie der CDU-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Barzel, der Generalsekretär der Partei, Kraske, und die Abgeordneten von Weizsäcker, Leisler Kiep, Mikat, Blüm und andere[95] an einer Zustimmung der Opposition zu den Verträgen interessiert waren, ihren Einfluß zu verstärken. Vor der Einbringung des Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler Brandt, in einer Periode überwiegender Konfrontation zur Bundesregierung, waren in der Zwischenzeit die Hauptakzente der oppositionellen Argumentation dagegen von der geschlossen, zu einer Ablehnung der Ostverträge tendierenden CSU und den sich großenteils um Gerhard Schröder sammelnden konservativen Christlichen Demokraten in der CDU gesetzt worden.

Zunächst noch hatte es den Anschein gehabt, als seien auch diese schon in der Vergangenheit gegen die Deutschland- und Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel angetretenen Unionspolitiker zu einer Anpassung an die Entwicklung bereit gewesen. Als es dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel Anfang Mai 1972 gelang, den CSU-Vorsitzenden Strauß und den zum konservativen Parteiflügel zu zählenden CDU-Bundestagsabgeordneten Marx in entscheidenden Positionen an der gemeinsamen Ausarbeitung der interfraktionellen Resolution zu beteiligen, lag die Vermutung nahe, daß der Oppositionsführer diese beiden wichtigen außenpolitischen Meinungsführer in seine Kooperationsstrategie mit der Zielsetzung, den Ostverträgen zuzustimmen, hatte einbeziehen können.

Daß sich diese Annahme nicht bestätigte und insbesondere die CSU weiter auf ihrem prinzipiellen Nein beharren würde, hätte schon die

[95] Vgl. Der Spiegel vom 8.5.1972, S. 24

noch vor den Gesprächen mit der Bundesregierung von dem ost- und deutschlandpolitischen Arbeitskreis der CSU abgegebene Stellungsnahme andeuten müssen, daß die bislang genannten Bedenken und Vorbehalte gegen die Verträge nicht durch eine Entschließung des Bundestages und auch nicht mit einer Präambel zu den Ratifizierungsgesetzen ausgeräumt werden könnten, da solch einseitige Erklärungen keine Änderung der eigentlichen Vertragsinhalte darstellten[96].

Je deutlicher ebenso in der CDU die Gegner einer Gemeinsamkeits-Taktik zu erkennen glaubten, daß die Sowjetunion den von der Opposition aufgestellten Bedingungen letztlich doch nicht entsprechen werde, desto enger schlossen sich diese Abgeordneten dem christlich-demokratischen Politiker an, der lange Zeit als einer erneuerten Deutschland- und Ostpolitik besonders zugeneigt gegolten hatte: Dem ehemaligen Außenminister Gerhard Schröder. Schröder sah zunehmend selbst in den Bemühungen um eine gemeinsame Interpretation der Ostverträge durch die angetrebte Bundestagsresolution keinen Sinn mehr, da die Verträge ausschließlich aus sich selbst interpretierbar[97] seien. Wenn die Verträge erst einmal ratifiziert seien, so der Unionspolitiker, habe man sich nur noch an das zu halten, was in dem eigentlichen Vertragswerk stehe. Eine - nach der Abstimmung im Deutschen Bundestag - sowohl von der Bundesregierung[98] als auch von Moskau[99] geteilte Ansicht. Desgleichen war auch der CSU-Vorsitzende Strauß wieder von der anfänglich gezeigten Konzilianz in bezug auf die Möglichkeit einer Zustimmung der Union zu den Ostverträgen weitgehend abgerückt. In einer Stellungnahme vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 4. Mai 1972 appellierte der Unionspolitiker zwar noch an seine christlich-demokratischen und christlich-sozialen Fraktionskollegen, Solidarität zu wahren. Zugleich aber deutete er an, daß es eher um eine Einigkeit im

[96] Vgl. die Stellnungnahme des Ost- und Deutschlandpolitischen Arbeitskreises der CSU vom 3o.4.1972 (Archiv der CSU-Landesleitung, München); vgl. dazu Frankfurter Rundschau vom 3.5.1972, S. 4

[97] Vgl. Der Spiegel vom 8.5.1972, S. 27

[98] Vgl. das Interview Bundesaußenminister Scheels, in: Der Spiegel vom 22.5.1972, S.3o

[99] Vgl. die Erklärung des sowjetischen Außenministers Gromyko anläßlich der Ratifizierung des Moskauer Vertrages durch das Präsidium des Obersten Sowjet am 31.5.1972, nach der für die Sowjetunion "allein der Wortlaut des Vertrages" bindend sei, in: Weber/Jahn:Deutschlandpolitik, S. 1ooo

Nein zu den Ostverträgen gehen könne, als um deren Billigung durch die Opposition[100].

Während die beiden CDU- bzw. CSU-Politiker und mit ihnen ein erheblicher Teil der Unionsfraktion diese Haltung für die gesamte Union verbindlich zu machen suchten[101], konkretisierte sich bei anderen Gruppen innerhalb von CDU und CSU die Absicht, nach den einmal erreichten Klarstellungen den Verträgen zuzustimmen[102].

Die damit zum Ausdruck gekommenen kontroversen Anschauungen von Angehörigen beider Parteien waren Anzeichen für die seit langem vorhandenen und an der Frage einer Ratifizierung der Ostverträge im Frühjahr 1972 nun immer akzentuierter hervortretender und schließlich zu einem offenen Konflikt aufbrechenden außen- und deutschlandpolitischen Gegensätzlichkeiten in der Bewertung der Politik der sozialliberalen Bundesregierung.

6.4.1. Die innerparteiliche Gruppenbildung

Schon zu Beginn der Oppositionszeit waren in der CDU/CSU Diskrepanzen bei der Beurteilung einer Neuorientierung in der Deutschlandfrage sichtbar geworden. Hatte der frühere Bundeskanzler Kiesinger in der Antwort auf die Regierungserklärung seines Nachfolgers noch zugesagt, daß die Opposition einer im Sinne der von der Großen Koalition gemachten Ansätze verlaufenden kontinuierlichen Politik nicht im Wege stehen werde[103], so war von seinem ehemaligen Staatssekretär und CSU-Abgeordneten von und zu Guttenberg bereits zu diesem Zeitpunkt jener 'Bruch der Kontinuität[104] konstatiert worden, der die Unvereinbarkeit mit christlich-demokratischen und christlich-sozialen Positionen in der deutschen Frage notwendig einschloß. Die aber noch nach den ersten

[100] Vgl. Der Spiegel vom 8.5.1972, S. 27f.

[101] Vgl. die Protokolle der Beratungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über ihre Haltung bie der Schlußabstimmung über die Ostverträge am 16. und 17.5.1972 (Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn, auszugsweise abgedruckt in: Weber/Jahn: Deutschlandpolitik, S. 991f.

[102] Vgl. den Bericht des CDU-Vorsitzenden Barzel vor dem Bundesvorstand seiner Partei am 15.5.1972 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[103] Vgl. Kurt Georg Kiesinger: Rede vor dem BT am 29.1o.1969, in: Meissner:Ostpolitik, S. 384

[104] Vgl. Karl Theodor von und zu Guttenberg: Rede vor dem BT am 29.1o.1969, in: Ebenda, S. 39o

parlamentarischen Debatten über die Deutschland- und Ostpolitik durchaus zutreffende Beurteilung, die Oppositionsführung unter Rainer Barzel habe wenig Mühe, die Fraktion auf einen einheitlichen Kurs zu bringen[105], besaß bei einer zwei Jahre danach vorgenommenen Analyse des innerparteilichen Zustandes der Union nur mehr eine sehr reduzierte Gültigkeit.

Die Unterschiede in der Bewertung der Ostverträge und der Deutschland- und Ostpolitik insgesamt waren am Tage vor der Abstimmung am 17. Mai 1972 in der Union offenkundiger den je, zumal es dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel, unterstützt von der außenpolitischen Gruppe in der CDU, die den Verträgen mit Moskau und Warschau aufgeschlossen gegenüberstand, nur partiell gelungen war, den CDU-Bundesvorstandsbeschluß vom 15. Mai 1972, in dem die Verträge mittels einer gemeinsamen Bundestagsresolution für zustimmungsfähig erklärt wurden[106], auch für die Bundestagsfraktion von CDU und CSU verbindlich zu machen.

Zum ersten Mal nach ihrem Wechsel auf die Bänke der parlamentarischen Opposition zerfiel die Union nach außen derart deutlich sichtbar in fünf unterschiedliche außenpolitische Gruppierungen[107]:

Erstens, die eine (modifizierte) Fortschreibung der sozial-liberalen Deutschland- und Ostpolitik befürwortende Gruppe, die demgemäß ebenso eine Ratifizierung der Ostverträge in ihrer durch die gemeinsame, interpretierende Erklärung aller Bundestagsparteien erweiterten Form anstrebte. Ihre führenden Sprecher waren, wie der Schatzmeister Walther Leisler Kiep und der Geschäftsführer der Sozialausschüsse, Norbert Blüm, insbesondere in der Führung der CDU anzutreffen, blieben aber in der Gesamtfraktion zunächst bedeutungslos;

[105] Vgl. Skibowski: Zukunft mit der CDU, S. 45

[106] Vgl. Beschluß und Erklärung des Bundesvorstands der CDU über die Ostverträge vom 15.5.1972 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[107] dargestellt in Anlehnung an Christian Hacke, vgl. ders.: Ost- und Deutschlandpolitik, S. 75f.

zweitens, eine außenpolitisch unentschiedene oder zumindest Entscheidungsoffenheit demonstrierende Gruppierung. Die führenden Mitglieder dieser Gruppe zeichneten sich wie der frühere Präsident der EWG-Kommission, Walter Hallstein, sowie die Abgeordneten Kurt Birrenbach, Johann Baptist Gradl, Ernst Majonica und Richard von Weizsäcker durch einen hohen außenpolitischen Reputationsgrad aus und waren überwiegend in der CDU-Bundestagsfraktion angesiedelt. Wie die gleichfalls der Gruppe zuzuordnenden Ministerpräsidenten Kohl und Stoltenberg sprachen sie sich weder eindeutig für noch gegen die Ratifizierung der Ostverträge aus, qualifizierten ihre Stellungnahmen aber durch betont sachliche Kritik und durch begrenzt zustimmende wie ablehnende und bedenkende Argumente. Differenziertheit des außenpolitischen Standorts und Sachlichkeit waren die Merkmale, mit denen diese Gruppierung skizziert werden konnte;

drittens, die Gruppe um Gerhard Schröder, wobei die Bezeichnung Gruppe nicht ganz zutreffend war, da Schröder "weniger eine organisierte und strukturierte Einheit repräsentierte, sondern eher als außenpolitischer Einzelgänger" (der im 'Evangelischen Arbeitskreis' der CDU/CSU als dessen Vorsitzender allerdings eine solide politische Hausmacht bei innerparteilichen Auseinandersetzungen sehen durfte) zu bezeichnen war. Durch seinen außenpolitischen Sachverstand und das ihm in der Union wie auch von Mitgliedern der SPD-FDP-Regierung[108] zugestandene Renomée, als Außenminister unter Adenauer und Erhard den Entwicklungsprozeß in der Deutschlandfrage auf der deutschen Seite selbst erst initiiert zu haben, "wirkten seine Stellungnahmen meinungsbildend auf viele Unionspolitiker, so daß von einer Gruppe der 'Schröderanhänger' gesprochen werden" (Hacke) konnte. Schröders Haltung zur Ratifizierung der Ostverträge war ambivalent. Seine öffentlichen Erklärungen seit 1972 ließen jedoch den Schluß zu, daß er, in der Überzeugung, daß die deutschen Interessen ohne die abgeschlossenen Verträge besser hätten wahrgenommen werden

[108] Vgl. unter anderem Bundesverteidigungsminister Schmidt: Rede vor dem BT am 24.2.1972, in: Texte, Bd. 10, S. 317f.

können[109], dem Vertragswerk mehr ablehnend als zustimmend gegenüberstand. Am 17. Mai allerdings stimmte auch er "im Interesse der gemeinsamen Schlagkraft"[110] für eine Enthaltung der Unionsparteien bei der Schlußabstimmung im Bundestag;

viertens, eine auf die wesentlichen Prinzipien Adenauerscher Außen- und Deutschlandpolitik zurückgreifende Gruppe in der CDU, angeführt von dem ehemaligen Bundeskanzler Kiesinger, dem außenpolitischen Sprecher der Fraktion, Marx, und dem westfälischen CDU-Vorsitzenden Windelen. Diese außenpolitische Gruppierung stützte sich vorwiegend auf Teile der Bundestagsfraktion, die die Deutschland- und Ostpolitik grundsätzlich ablehnten und sich demgemäß auch gegen eine Ratifizierung der Ostverträge aussprachen. Die in ihr vertretenen Christlichen Demokraten sahen sich durch die Mandatsüberträger aus den Regierungsfraktionen in ihrer ablehnenden Haltung auch des durch eine gemeinsame Parteienresolution komplettierten Vertragswerkes[111] bestärkt und nominell verstärkt und waren daher die einzigen, die durch ihre Repräsentanten im CDU-Bundesvorstand, Windelen und Amrehn, dem Beschluß vom 15. Mai nicht zustimmten;

fünftens, die Christlich-Soziale Union. Die führenden außenpolitischen Sprecher der CSU mit dem Parteivorsitzenden Strauß an der Spitze wandten sich von Anfang an mit Polemik, aber ebenso mit sachlichen Argumentationen gegen die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung. Sie war in ihrer überwiegenden Mehrheit folglich gegen eine zustimmende Haltung der Union im Bundestag, da eine Ratifizierung der Verträge in Verbindung mit den durch sie zu erwartenden politischen Gewichtsverschiebungen dem Verzicht auf deutsches Staatsgebiet wie auch auf das Selbstbestimmungsrecht gleichkomme und so das Vertragswerk die gesamte Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung zu einem mehr riskanten als aussichtsreichen Unterfangen werden lasse[112].

[109] Vgl. Gerhard Schröder: Rede vor dem BT am 23.2.1972, in: ebenda, S. 265

[110] Zit. in: Der Spiegel vom 22.5.1972, S. 27

[111] "Wir können nicht den von der roten Internationale ausgearbeiteten Verträgen einen schwarzen Hut aufsetzen" (Walter Becher), zit. in: Der Spiegel vom 8.5.1972, S.26

Die unterschiedlichen außenpolitischen Gruppierungen in den Unionsparteien ließen erkennen, daß der apostrophierte Gegensatz zwischen CDU und CSU[113] in den Anschauungen von Unionsgegnern[114] mindestens einer Modifizierung bedurfte, denn er manifestierte sich - wenn zu diesem Zeitpunkt und in dieser Abstrahierung überhaupt so darstellbar - nur zwischen der erstgenannten außenpolitischen Gruppierung (Kiep, Blüm) und der CSU. Er wirkte, wie auch die kontroversen Auffassungen innerhalb der CDU, vor allem jedoch deshalb oft polarisierend, weil, wie in diesem Falle, der außenpolitische Gegensatz (Kiep - Strauß) durch den gesellschaftspolitischen Gegensatz (Sozialausschüsse - CSU, Wirtschaftsrat) potenziert wurde.

6.4.2. Die formale Einheit der Union

Die taktische Zielsetzung des Oppositionsführers Barzel in Richtung auf eine begrenzte Kooperation mit der Regierung und Befürwortung der Ratifizierung durch die im Parlament schließlich nicht mehr überstimmbaren Unionsparteien schien anfänglich erfolgversprechend, weil der Fraktionsvorsitzende von CDU und CSU durch seine Vorbehaltsstrategie Forderungen der verschiedenen Unions-Gruppierungen entsprach und gleichzeitig eine objektive Verbesserung der Ostverträge für deren Auslegung durch die deutsche Politik erreichte.

Die nachträglichen Zugeständnisse und Erklärungen der sowjetischen Regierung und der Inhalt der gemeinsamen Resolution lieferten hierfür den Beweis - gültig, wie sich später immer eindeutiger herausstellte, jedoch ausschließlich für die innerdeutsche Diskussion.

Auf Grund dieser politischen Aufbesserung der Ostverträge (von denen auch die Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen wußten, daß

[112] Vgl. Franz Josef Strauß: Zu aktuellen Fragen der Außen- und Innenpolitik, Interview mit dem Südwestfunk am 5.12.1971 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[113] Vgl. so Christian Hacke: Die ost- und deutschlandpolitische Konzeption der parlamentarischen Opposition des 6. Deutschen Bundestages im Spannungsfeld zwischen Adaption und Alternative, in: Jahn/Rittberger: Ostpolitik, S. 43

[114] Wobei dieser unter anderem auch von Christian Hacke übernommene Terminus in dem herangezogenen Autoren einen den Unionsparteien eher nahestehenden Zitator gefunden hat (Hacke war während und noch kurze Zeit nach Abfassung seiner Dissertation, als deren Nebenprodukt der zitierte Aufsatz zu werten ist, Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung)

ihre Bedeutung völkerrechtlich sehr viel geringer zu veranschlagen war, als dies in der innerdeutschen Diskussion zum Ausdruck kam) und auf Grund beiderseitigen Zwangs von Regierung und Opposition zur Kompromißformel der Bundestagsentschließung konnte die für eine parlamentarische Verabschiedung der Verträge plädierende Gruppe in der CDU/CSU-Fraktion ihren Einfluß allmählich ausweiten.

Dabei kam den Statements des CDU-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Barzel in bezug auf eine mögliche Annahme der Verträge mit den Stimmen der Opposition entscheidende Bedeutung zu. Aussagen wie der, daß auch die CDU und CSU mit der Einsicht in die seit 1945 bestehenden politischen Realitäten - wie die DDR - einer nationalstaatlichen Deutschlandpolitik eine Absage erteilten[115] und es der politischen Lage entsprechend das Ziel der Opposition sei, zur Erreichung eines innerdeutschen Modus vivendi für eine Übergangszeit sich der Zustimmung und Hilfe der Sowjetunion vertraglich zu versichern, beispielsweise in Gewaltverzichtsvereinbarungen (womit sich eine ununterbrochene Linie von der Gesprächsbereitschaft Konrad Adenauers gegenüber der östlichen Führungsmacht über die Friedensnote der Regierung Ludwig Erhards bis zur Politik der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger ziehen lasse)[116], muß nachträglich eine gewisse Signalwirkung für die Unentschlossenen in Partei und Fraktion zugesprochen werden. Der Beschluß des CDU-Bundesvorstandes vom 15. Mai 1972 gab letzte Klarheit, daß die Parteispitze der CDU ihrer Fraktion die Zustimmung zu den Ostverträgen nahelegte. Dennoch scheiterte der Versuch, die gesamte Union zu einem positiven Votum zu bewegen.

Die Hauptursache für diesen Mißerfolg war das geschlossene Nein der CSU. Da auch die außenpolitische Gruppe um Kiesinger, Marx und Windelen in der CDU bereit schien, sich dem negativen Votum anzuschließen, wäre eine Spaltung der Unionsparteien in dieser Frage unvermeidlich gewesen. Erst als Unionspolitiker wie Hallstein, Birrenbach und die CDU-Ehrenvorsitzenden Erhard und schließlich auch Kiesinger selbst ihr Ansehen

[115] Vgl. Rainer Barzel: Aufriß zur Deutschland- und Ostpolitik, Arbeitspapier für die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 8.12.1971 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[116] Ebenda

in der Fraktion für die Kompromißformel 'Stimmenthaltung' in die Waagschale warfen[117], gaben Barzel und die vom Bundesvorstandsbeschluß beeinflußten Fraktionsmitglieder ihre ursprüngliche Absicht auf, den Verträgen zuzustimmen. Die Taktik des Oppositionsführers hatte sich nicht durchsetzen können gegen die Absicht der CSU-Führung, dem von ihr selbst erhobenen Anspruch Genüge zu leisten, daß keine der bestehenden Parteiformationen die nationalen Interessen mit solcher Selbstverständlichkeit vertrete wie die CSU (Strauß)[118].

An die Spitze der Überlegungen war das Postulat von der formalen Geschlossenheit der Union gestellt worden. Die Stimmenthaltung bildete den geringsten gemeinsamen Nenner aus den divergierenden Ansichten in CDU und CSU; sie ermöglichte aber auch jeder Gruppierung, ihre eigene Interpretation weiter zu vertreten. Die Vertragsbefürworter sahen trotz Stimmenthaltung das eigentliche Ziel erreicht und die Verträge verabschiedet (Majonica)[119], für die Vertragsgegner bedeutete die Stimmenthaltung nicht die Billigung der Verträge, da sie nur bereit gewesen waren, ihr Nein zugunsten einer Stimmenthaltung aufzugeben, um so nicht durch Ja-Stimmen aus dem Lager der CDU ungewollt zu einer absoluten Mehrheit oder sogar einer Zwei-Drittel-Mehrheit für die Verträge beizutragen[120]; und die Abwartenden konnten feststellen, daß ein abrupter politischer Kurswechsel der Unionsparteien vermieden worden war, mit der Bundestagsresolution noch am ehesten die Kontinuität bundesrepublikanischer Außen- und Deutschlandpolitik gewährleistet wurde und die Christlichen Demokraten die einer parlamentarischen Opposition von Politikwissenschaftlern wie Ellwein zugeschriebene Doppelfunktion von distanzierter Beteiligung und Kritik an der Tätigkeit der Regierung[121] erfüllt hatten.

Die Stimmenthaltung der CDU/CSU-Fraktion am 17. Mai 1972 hinterließ jedoch bei vielen Unionspolitikern und naturgemäß bei den politischen Gegnern einen wenig befriedigenden bzw. gänzlich enttäuschenden Ein-

[117] Vgl. die Protokolle der Beratungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über ihre Haltung bei der Schlußabstimmung über die Ostverträge am 16. und 17.5.1972 (Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

[118] Zit. bei: Conrad Taler: Menetekel 'Harzuburger Front', Beispiele der Übereinstimmung zwischen CDU/CSU und NPD, in: Geiß/Ulrich: Kontinuität der bürgerlichen Parteien, S. 126

[119] Zit. in: Der Spiegel vom 22.5.1972, S. 28

[120] Vgl. Franz Josef Strauß: Die Position der Union, In der Pflicht für Bayern die deutsche und europäische Aufgabe sehen, in: Bayernkurier vom 3.6.1972, S. 16

druck. Einer Opposition, die sich bei der Entscheidung über eine große grundsätzliche Frage der nationalen Zukunft der Stimme enthalte, wurde vielfach nachgesagt, sie habe einen Teil des eigenen politischen Anspruchs verloren[122].

Die der Union insbesondere von dem politischen Gegner vorgehaltene, lang andauernde Unentschiedenheit über ihre eigene parlamentarische Verhaltensweise[123], mußte dabei wesentlich auf das - aus parteipolitischen Motiven bis zur Designierung Barzels als Kanzlerkandidat der Union möglicherweise bewußt in Kauf genommene - Versäumnis der Oppositionsführung zurückgeführt werden, die Unionsparteien rechtzeitig auf ein klares Ja zu den Ostverträgen der Regierung vorzubereiten. Zum anderen hatte sich das Unvermögen oder die - im Gegensatz zu den analogen Vorgängen vier Jahre danach - zu diesem Zeitpunkt noch bestehende Unmöglichkeit erwiesen, trotz der durch die Vorbehaltsstrategie erzielten Verbesserungen der Verträge und der sich damit erfüllenden Forderung nach aktiver Mitwirkung im Bereich deutschlandpolitischer Entscheidungen, den für eine Zustimmung plädierenden Gruppen in der CDU/CSU ein offenes Votum für das Vertragswerk zu sichern, ohne zugleich eine Spaltung der Union zu riskieren. Dabei hatten personalpolitische (Barzel - Schröder) und parteiliche Rivalitäten, wie die wahrscheinlich tatsächlich ohne Abstimmung mit der CDU herausgebrachten 'Alternativen zur Ostpolitik' der CSU vom Januar 1972 und die daraus entstandene Verärgerung der Schwesterpartei[124], dem am Ende der parteiinternen Beratungen von Oppositionsführer Barzel artikulierten 'Wunsch nach Einigkeit'[125], der den Fraktionsvorsitzenden zwinge, a l l e Möglichkeiten zur Lösung des unionsinternen Konflikts zu erwägen, schon einige Zeit zuvor mehr den Charakter eines beschwörenden Appells als den einer parteipolitischen Zustandsbeschreibung zukommen lassen.

[121] Ellwein: Regierungs- und Verwaltungslehre, S. 173

[122] Vgl. unter anderem Arnulf Baring: "Eine CDU, die das Gewissen zu einer Redensart macht, hat abgewirtschaftet", aus: Ders.: Die morsche Opposition, in: Die Zeit vom 26.5.1972, S. 4

[123] Vgl. Willy Brandt: Rede vor dem Parteirat, dem Parteivorstand und der Kontrollkommission der SPD in Berlin am 24.6.1972, in: Brandt, Reden und Interviews, Bd. 2 S. 275

[124] Vgl. dazu auch Noack: Deutsche Außenpolitik, S. 137

[125] Zit. in: Der Spiegel vom 22.5.1972, S. 26

Inwieweit die an der Frage einer Ratifizierung der Ostverträge im Mai 1972 sichtbar gewordene Dominanz der außen- und deutschlandpolitisch konservativen Gruppierungen in CDU und CSU weiter bestehen konnte, ohne den Anspruch der Union auf die alsbaldige Regierungsübernahme zu einer politischen Fiktion werden zu lassen, wurde spätestens nach der Bundestagswahl vom November 1972 auch von Unionspolitikern verstärkt mit Skepsis betrachtet.

Der mit den Stimmen aller von CDU und CSU regierten Bundesländer ausgesprochenen Annahme des neuen Polen-Vertrages durch den Bundesrat ging zwar 1975/76 wiederum ein von einigen Beobachtern als überdramatisiert[126] empfundenes Ringen um die von der Opposition geforderten Klarstellungen des Vertragstextes voraus. Doch die letztliche Einmütigkeit der Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen in ihrer Zustimmung zu dem ergänzten Abkommen verhalf der Union und ihrem nunmehrigen Kanzlerkandidaten Kohl zu einem bedeutsamen Erfolg[127], der noch einmal der (Unions-)Hoffnung neue Berechtigung zu verheißen schien auf den für jeden Parteivorsitzenden zum Zwecke der inneren Konsolidierung und Festigung der eigenen (christlich-demokratischen) Partei wie des Unionsbündnisses mit der CSU als auch im Kampf um die Regierungsmacht unabdingbaren innerparteilichen Spielraum. Dem christlich-demokratischen/christlich-sozialen Kanzlerkandidaten von 1972 wurde nach der Debatte um die Ostverträge dagegen zumeist sein vermindertes politisches Ansehen und eine nur bedingte innerparteiliche Gefolgschaft[128] attestiert.

[126] Vgl. so unter anderem in: Der Spiegel vom 15.3.1976, S. 21

[127] Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 13.3.1976, S. 1

[128] Vgl. Der Spiegel vom 22.5.1972

7. Strukturen der außenpolitischen Alternativ-Vorstellungen von CDU und CSU

"Die Opposition darf sich nicht in jedem Fall von Kritik auf den Standpunkt stellen, daß sie das Aufzeigen von Alternativen nicht nötig habe. In den Grundfragen der Nation will der Bürger nicht nur wissen, was die Opposition nicht täte, sondern auch, was sie besser machte"[1].

Mit diesem Grundsatz hatten sich CDU und CSU in der Rolle der parlamentarischen Opposition selbst der politischen Norm unterworfen, in der Deutschlandfrage und damit auch der sie essentiell berührenden Ostpolitik als den "Lebensfragen unseres Staates und unserer Nation"[2] Alternativen zur Politik der sozial-liberalen Bundesregierung aufzuzeigen.

Das Problem der außenpolitischen Alternative der CDU/CSU-Opposition zur SPD-FDP-Koalition in einem historischen Gesamtkontext betrachtet, macht deutlich, daß dabei einige Gruppierungen in den Unionsparteien nicht erst ab 1969, sondern schon seit Beginn der sechziger Jahre auf jene 'Alternative der Stagnation' zusteuerten, aus der zu entrinnen die deutsche Ostpolitik seit Schröders Zeiten sich bemüht hatte[3]. Bereits die 'Schröder-Mehrheit', die die Kontinuität der westdeutschen Deutschland- und Ostpolitik im Zusammenhang des sich wandelnden Verhältnisses USA - UdSSR neu zu interpretieren versuchte, bestand zeitweise aus SPD, FDP und lediglich noch Teilen von CDU und (kaum mehr) CSU.

7.1. Die versuchte außenpolitische Adaption

Auch nach dem Wegfall der in der Großen Koalition eingegangenen außenpolitischen Bindungen bestand für die Union der existentielle Zwang, auf lange Sicht die Maxime der Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Regierungskoalition zu akzeptieren, wenn sie nicht den An-

[1] Der zweite von insgesamt fünf 'Grundsätzen', "nach welchen ... die parlamentarische Opposition geführt werden soll", nach: Richard Stücklen: Beitrag, in: Schnabel: Die Opposition, S. 30

[2] Helmut Kohl: Rede vor dem BT am 19.5.1972, in: Texte, Bd. 1o, S. 435

[3] Vgl. Besson: Außenpolitik, S. 435

schluß an die westliche Entspannungspolitik und die sich neu formierende internationale Konstellation verlieren und sich selbst als potentielle Regierungspartei diskreditieren wollte.

Die alte Formel aus den fünfziger Jahren 'europäische Entspannung durch Wiedervereinigung Deutschlands'[4] wurde angesichts der möglich erscheinenden Einigung der Großmächte unter Nicht-Berücksichtigung deutscher Interessen ersetzt durch die Formel 'Lösung der deutschen Frage im Rahmen eines vereinigten Europa und im Zuge gesamteuropäischer Entspannung'[5]. Hiermit hatte sich bereits ein qualitativer Wandel des christlich-demokratischen und vor allem christlich-sozialen Begriffs von Deutschlandpolitik vollzogen. Als oberstes Ziel wurde nicht mehr die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands gestellt, sondern durch die weit flexiblere Formulierung von der 'Lösung der deutschen Frage' ersetzt. Wie sich bald zeigte, verstanden die Unionsparteien unter der damit natürlich ebenfalls implizierten Wiedervereinigung nun aber beispielsweise nicht mehr unbedingt die Wiederherstellung Deutschlands in den Vorkriegsgrenzen, sondern waren bezüglich einer Übereinkunft mit dem polnischen Staat bereit, dessen bestehende Grenzen - wenn auch nicht ad hoc und in aller Form - anzuerkennen und sich auf gemeinsam zu erstellende Regeln für die Freizügigkeit dort lebender Deutscher und von der polnischen Regierung zu garantierende Volksgruppenrechte zu beschränken[6].

Insgesamt jedoch bestand weiter die Möglichkeit, daß die Haltung der Union immer weniger mit der weit mehr wachsenden Bereitschaft in der Bevölkerung der Bundesrepublik korrespondierte, eine aktive Deutschland- und Ostpolitik zumindest in ihrem Versuch zu akzeptieren. Warnungen vor einer zunehmenden außen- und innenpolitischen Isolierung der Unionsparteien kamen von unabhängigen Beobachtern der politischen Parteien in der Bundesrepublik wie aus den Reihen der Christlichen

[4]Vgl. Heinrich von Brentano: Das Deutschlandproblem im Rahmen einer gemeinsamen Außenpolitik, Rede vor der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg am 18.4. 1956, in: Böhm: Heinrich von Brentano, Reden, S. 196

[5]Vgl. Strauß: Herausforderung und Antwort, S. 163

[6]Vgl. die Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Rainer Barzel, anläßlich der Jahrestagung des Kuratoriums 'Unteilbares Deutschland' in Berlin am 7.12.1969, in: Meissner: Ostpolitik, S. 4o4

Demokraten selbst. Vor einigen Jahren noch, so wurde argumentiert, habe sich die Kritik in der Bundesrepublik der Außenpolitik weit voraus gezeigt. Heute seien die Kritiker einschließlich der Opposition weit hinter der Politik zurückgeblieben, ihre Schnittmuster veraltet[7]. Die Union lief auch noch mit ihren modifizierten außenpolitischen Ansichten, zudem begleitet von einer konsequent beibehaltenen Ablehnung grundsätzlicher deutschland- und ostpolitischer Neuorientierung, Gefahr, sich in einen Gegensatz zur überwiegenden Zustimmung, sogar von seiten eines Teils der Oppositionsanhänger[8], zu bringen und angesichts des mehrfach wiederholten offiziellen Votums des Westens auch in der eigenen Erkenntnis[9] eine nicht nur unpopuläre, sondern ebenso unrealistische Position in der Deutschlandfrage zu beziehen.

Der Bundesregierung schien es dagegen gelungen, sich in der Auseinandersetzung mit der Opposition eine Thematik zu schaffen, die in fast idealer Weise die Diskussion zu ihren Gunsten lenkte: Die Bevölkerung war gefühlsmäßig engagiert, sie befürwortete mehrheitlich die betriebene Politik und billigte der Opposition in diesen Fragen keine Kompetenz zu.

Diese positive Bewertung mußte allerdings spätestens seit Beginn des Jahres 1973 in zwei Aspekten eingeschränkt werden. Zum ersten lag der maximale Aufmerksamkeitswert der 'Neuen Deutschland- und Ostpolitik' zur Zeit der Beratung der Ostverträge im Bundestag, also im Frühjahr 1972, und ging dann nach der Verabschiedung der Verträge mit Moskau und Warschau allmählich zurück, um nur noch einmal - in den Monaten November und Dezember 1972, bei der Paraphierung bzw. Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages - wieder merklich anzusteigen.

Zum zweiten wurden Probleme der Außen- und hier speziell der Ostpolitik bereits im Wahlkampf für die Bundestagswahl 1972 von den (West-)

[7]Vgl. Rolf Zundel: Opposition im Abseits? in: Die Zeit vom 26.1.1972, S. 1

[8]Vgl. die so im Oktober 1972 ermittelte Zustimmung zum Warschauer Vertrag (66%), zum Moskauer Vertrag (67%) wie auch zum Verkehrsvertrag mit der DDR (73%), aus: Max Kaase: Die Bundestagswahl 1972: Probleme und Analysen, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 2, 1973, S. 158

[9]Vgl. so unter anderem Walther Leisler Kiep, zit. in: Die Zeit vom 27.8.1971, S. 3

Deutschen nicht in dem Maße für wichtig gehalten wie zum Beispiel wirtschaftspolitische Fragen. Oder anders ausgedrückt: "... man konnte auch als Oppositionsanhänger der Ostpolitik der Regierung eher zustimmen, ohne deswegen gleich starke Dissonanzen zu empfinden, die nur durch einen Wechsel zu einer der Regierungsparteien aufgelöst werden konnten."[10]

Dennoch durfte der Umstand nicht völlig vernachlässigt werden, daß die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung offenbar auf die generelle Zustimmung des Auslands stieß und gleichfalls innerhalb der Bundesrepublik überwiegend befürwortet wurde, und so bot sich der CDU/CSU-Opposition nur die Möglichkeit jener außenpolitischen Gegenposition, von der aus sie zwar die Ziele der sozial-liberalen Regierungspolitik weitgehend unterstützen konnte, mit einer kritischen Analyse der zur Erreichung dieser Ziele angewandten Maßnahmen jedoch zugleich die Mängel der deutschland- und ostpolitischen Aktivitäten von SPD und FDP aufzuzeigen und deren Ablehnung durch die Opposition zu begründen vermochte. Es sei nicht so, betonten Unionspolitiker immer wieder,

> "daß die jetzige Regierung Ostpolitik treibt und die CDU/CSU nach Osten hin die kalte Schulter zeigt und bloß nach Westen hin orientiert ist." Es werde "auch eine Ostpolitik der CDU/CSU geben", doch würde eine von der Union geführte Bundesregierung "versuchen, Verträge auszuhandeln, in denen nicht mehrdeutig definierbare Begriffe verwandt sind", und das hieße konkret, "wir würden einen Gewaltverzicht anstreben, der ohne Widerrufsklausel und ohne Einschränkungsklausel - also ohne die Möglichkeit einer anderen Auslegung unseren guten Willen zur friedlichen Lösung aller Fragen auch völkerrechtlich bekräftigen würde"[11].

Eine solche von der Union vertretene Politik hätte nach eigener Überzeugung gar nicht erst zu der Lage geführt, in die die Bundesregierung die Bundesrepublik übereilt, mit übersteigerter Erfolgsgläubigkeit und unter einem selbstgesetzten Erfolgszwang seit 1969 geführt habe[12] und

[10] Max Kaase: Die Bundestagswahl 1972: Probleme und Analysen, in: Politische Vierteljahresschrift, 2/1973, S. 158

[11] Franz Josef Strauß: Zu aktuellen Fragen der Außen- und Innenpolitik, Interview mit dem Südwestfunk am 5.12.1971 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[12] Ebenda, S. 258

in der sich die Opposition nur noch vor die Entscheidung zwischen zwei Übeln gestellt sah: Der Ratifizierung von Verträgen mit den durch sie eintretenden (für die Bundesrepublik negativ zu wertenden) Gewichtsverschiebungen in Europa oder der Nichtratifizierung und den daraus unweigerlich resultierenden Belastungen der deutsch-sowjetischen Beziehungen, womit nach den Worten der Regierung die Entspannungsmöglichkeiten im Osten auf unabsehbare Zeit verschüttet worden wären[13].

7.2. Verbindung außen- und innenpolitischer Motive

Zu diesen in der Außenpolitik zu erwartenden negativen Folgeerscheinungen kam hinzu, daß in der oppositionellen Kritik an der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung in wachsendem Maße Befürchtungen vor den innenpolitischen Auswirkungen geäußert wurden; die Politik der SPD-FDP-Regierung begünstige potentiell die langfristige Unterwanderung der gesellschaftspolitischen Ordnung der Bundesrepublik, sie bewirke eine innenpolitische Abkehr von den traditionellen politischen Werten und sei möglicherweise - wenn auch vielleicht nicht beabsichtigt - der Wegbereiter einer 'Finnlandisierung' der Bundesrepublik[14].

Die Union stellte damit die Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung in einen innenpolitischen Zusammenhang und gab ihren Bedenken Ausdruck, daß die Regierungspolitik letztendlich dem Primat der Systemerhaltung widerspreche[15] und darüber hinaus eine innenpolitische Bedrohung darstellen könne[16]. Nur einer gemeinsam mit den Unionsparteien betriebenen Politik dagegen werde es gelingen, unter Umgehung dieser Gefahren dauerhafte Fortschritte in der deutschen Frage zu erzielen. Regierung und Opposition sollten unter der Voraussetzung miteinander sprechen, daß auf beiden Seiten Patrioten stünden, die unter

[13] Vgl. Bundesaußenminister Scheel: Rede vor dem BT am 23.2.1972, in: Ebenda, Bd. 1o, S. 139

[14] Vgl. Welt am Sonntag vom 12.9.1971, S. 2

[15] "...Die Ostpolitik als Vorbereitung für die Sozialisierung der Bundesrepublik", vgl. Deutschland-Magazin, Nr. 9,1o, 197o, S. 9

[16] Vgl. ebenda, Nr. 1, 1971, S. 15

den gegebenen Bedingungen das Beste für Deutschland bzw. die Bundesrepublik Deutschland wollten[17]. Die Kontroverse zwischen den Koalitionsparteien und den beiden Unionsparteien sollte nicht, wie bisher zum Schaden des Diskussionsobjektes (Ostverträge, Abkommen mit der DDR) und der gesamten Politik der Bundesrepublik teilweise geschehen, in einen politischen Glaubenskrieg ausarten[18]. Der Versuch einer Lösung so schwieriger Probleme werde besser auf eine gemeinsame Grundlage gestellt, um negative Folgen zu vermeiden und die politische Nachhaltigkeit deutscher Positionen zu erhöhen.

Doch offenbar entschlossen, eine solche Argumentation und damit das Kooperationsangebot von CDU und CSU weiter unbeachtet zu lassen[19], bewirkte die Regierung Brandt/Scheel mit der von ihr seit 1969 praktizierten Deutschland- und Ostpolitik aus oppositioneller Perspektive einen gefährlichen Entspannungseuphorismus, der den bedrohlichen Charakter der Politik der UdSSR und das von ihr mit unverminderter Dynamik anvisierte Ziel verkenne, erste Weltmacht zu werden. Dabei war die Sowjetunion lediglich von der Konfliktstrategie zur weitaus erfolgreicheren Einflußstrategie offensiver Koexistenzpolitik übergegangen[2o] - so zumindest in der weltpolitischen Lagebeurteilung jener Teile der Union, die die Außenpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung bereits in ihren Ansätzen für verfehlt erachteten.

Der in Reaktion auf diese Befürchtungen der Opposition von den Regierungsparteien erhobene Verdacht, die Kritik von CDU und CSU resultiere weniger aus einer tatsächlich empfundenen innen- oder außenpolitischen Bedrohung, sondern diene vielmehr als Schutzbehauptung, um von der eigenen Politik der innenpolitischen Stagnation und der außenpolitischen Rückwärtsorientierung abzulenken, und beweise damit nur, wie Bundeskanzler Brandt es formulierte, daß die Union auch in der Innen-

[17] Vgl. Gerhard Schröder: Rede vor dem BT am 23.2.1972, in: Texte, Bd. 1o, S. 254

[18] Vgl. ebenda

[19] Vgl. ebenda, S. 255

[2o] Vgl. Hans Graf Huyn: Der Kreml bittet zur Kasse, Deutsche Steuergelder für den Aufbau des Weltkommunismus?, in: Informationen zur Deutschlandpolitik, Heft 7, 1975, S. 8

politik den Blick für die Realitäten verloren habe[21], wurde von den Unionsparteien als eben jenes von ihnen kritisierte, die deutsche Außenpolitik belastende innenpolitische Freund-Feind-Denken der Regierung zurückgewiesen. "Schwarz-Weiß-Malerei, etwa in dem Stile: Hier eine neue Ostpolitik, dort alter Immobilismus!" diene weder den Interessen der Bundesrepublik noch trage sie zu einem guten Stil der Diskussion bei[22].

Für CDU und CSU bestand weiterhin eine enge wechselseitige Verzahnung außen- und innenpolitischer Ursachen wie Folgeerscheinungen und damit implizit eine ebensolche, zweiseitig zu begründende Ablehnung der 1969 begonnenen sozial-liberalen Deutschland- und Ostpolitik und der primär zur Debatte stehenden Ostverträge. In der Sicht der Opposition drohte permanent die Gefahr, daß diese Verträge als außenpolitische Ergänzung zu einem einzuleitenden innenpolitischen Wandel in Richtung Sozialismus aufgefaßt werden mußten[23], während gleichzeitig in der Außenpolitik der Sowjetunion die Zielsetzung erkannt wurde, mit dem Ostvertragswerk der Bundesregierung ihren Besitzstand in Europa zu konsolidieren, die USA aus Europa hinauszudrängen und die Weiterentwicklung der europäischen Gemeinschaft zu einer politischen Union mit eigener Verteidigungskraft zu verhindern[24]. Es war im Grunde noch immer die von Unionspolitikern selbst als 'Kern der Differenz'[25] zur Regierungspolitik gekennzeichnete unterschiedliche Beurteilung über Zeitpunkt und Ausmaß in der Deutschlandfrage zu ergreifender Initiativen[26].

Die oppositionelle Strategie der versuchten Einbringung eigener, alternativer Vorstellungen in die Politik der SPD-FDP-Regierung hatte somit

[21] Bundeskanzler Brandt: Rede vor dem BT am 26.4.1972, in: Brandt, Reden und Interviews Bd. 2, S. 194

[22] Vgl. Gerhard Schröder: Rede vor dem BT am 23.2.1972, in: Texte, Bd. 1o, S. 256

[23] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.2.1972, S. 2

[24] Vgl. Franz Josef Strauß: Zu Fragen der deutschen Außenpolitik, Interview mit dem Südwestfunk am 5.12.1971 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[25] Vgl. Gerhard Schröder: Rede vor dem BT am 23.2.1972, in: Texte, Bd. 1o, S. 257

[26] Vgl. ders.: "War dies der richtige Zeitpunkt, so weitgehende Verträge zu schließen? Wir sagen klipp und klar, daß, wenn wir solche Verträge hätten schließen wollen, das schon Jahre vorher möglich gewesen wäre", aus: Ebenda

in dem Augenblick als nicht mehr praktikabel angesehen werden müssen, in dem CDU und CSU zu der Überzeugung kamen, daß diese Politik nicht nur eine Polarisierung der politischen Kräfte im Innern nach sich gezogen hatte, sondern, parallel zu den Ostverträgen, darüberhinaus eine unheilvolle Linksverschiebung im politisch-parlamentarischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland eröffnete (Schröder)[27]. Zwar wußten führende Unionspolitiker wie Strauß und Barzel, daß das von der Opposition als grundlegende Alternative zur Politik der sozial-liberalen Bundesregierung dargestellte Denkmodell einer 'Weltmacht Europa', die, aufbauend auf der Voraussetzung eines europäischen Bundesstaates mit einem aus britischen und französischen Kräften zusammengestellten eigenen Nuklearpotential, politische Bindungen in Westeuropa schaffen sollte, die es ermöglichen würden, die deutsche Frage nicht als nationales Anliegen nur eines Staates, sondern als eine gemeinsame europäische Angelegenheit zu behandeln[28], kaum Aussichten auf eine baldige Realisierung besaß. Auch die aus der Definition der 'Teilung Deutschlands' als einer 'Funktion der Teilung Europas'[29] gezogene Schlußfolgerung, erfolgversprechende Deutschlandpolitik sei nur möglich in einer verstärkt betriebenen Westintegration der Bundesrepublik, beispielsweise in einer neuen europäischen Initiative, die nach einer Phase intensivierter Ostpolitik die von den Unionsparteien geforderte erweiterte Westpolitik einleiten sollte[30], hatte sich schon vor dem Eintritt der Union in die Opposition beim Besuch des CSU-Vorsitzenden in London im Mai 1969 (19.) als eine Illusion erwiesen, die den Realitäten einer sich abzeichnenden europäischen Desintegration in keiner Weise entsprach[31].

Ebenso hatte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende in direkten Kontakten mit Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs die positive Beurteilung und die Zustimmung der Westmächte zur Deutschlandpolitik und den Ostverträgen kennengelernt[32]. CDU und CSU konnten demnach nicht

[27] Vgl. dazu Cramer: Grundvertrag, S. 137

[28] Vgl. Strauß: Herausforderung und Antwort, S. 163

[29] Vgl. ebenda

[30] Vgl. Rainer Barzel: Erklärung vor dem BT am 18.9.197o, in: Weber/Jahn: Deutschlandpolitik, S. 891

[31] Vgl. Besson: Außenpolitik, S. 441

[32] Vgl. Hillgruber: Deutsche Geschichte, S. 139

ignorieren, daß auch in anderen westlichen Staaten Tendenzen für eine Entspannungspolitik gegenüber dem Osten zu verzeichnen waren, die vom Standpunkt der Unionsparteien gleichfalls manches Bedenkliche enthalten mußten.

Doch trotz all dieser bei der Opposition nicht unregistriert gebliebenen Faktoren: Solange die Union sich von jeder wirklichen Beteiligung an der Deutschland- und Ostpolitik ausgeschlossen und zeitweise ohne jeglichen informellen Kontakt zur Bundesregierung sah[33] und Christliche Demokraten wie Christlich-Soziale sich weiter mit der sowjetischen Definition von Détente-Politik als einem Beitrag "zur Entwicklung des Klassenkampfes im nationalen und internationalen Maßstab"[34] konfrontiert fanden, stellte sich für den überwiegenden Teil der CDU/CSU-Opposition gar nicht erst die Frage, sich einer nicht von ihr mitgetragenen, veränderten Politik zur Lösung der deutschen Frage anzuschließen, selbst wenn sie, wie von der Koalition kontinuierlich betont, nur bedeutete, daß die Bundesrepublik "nach einer Zeit der Unklarheiten ... in den Grundstrom des weltpolitischen Willens zurück (kehrt), der Ost und West eine Lösung aus den Krämpfen und der permanenten Überanstrengung des Kalten Krieges befiehlt"[35].

Als insgesamt stellvertretend für diese politische Einstellung der Union war die Anfang 1972 von Gerhard Schröder formulierte Position der Christlichen Demokraten anzusehen, nach der es bei Überlegungen zur Deutschlandfrage unumgänglich sei, immer wieder von neuem darauf hin zu weisen, daß es einen großen Unterschied machte, ob vergleichbare Diskussionen über außenpolitische und nationale Fragen in Ländern und Staaten, die in sich völlig integriert seien, oder ob sie in einem geteilten Land von den Gegebenheiten der Bundesrepublik abgehalten würden[36].

[33] Vgl. Rainer Barzel in einem Interview mit der Berliner Morgenpost am 6.2.1971 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[34] Vgl. 'Das leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz und seine Gegner', Grundsatzartikel in der sowjetischen Parteizeitung 'Prawda' vom 9.1o.197o, abgedruckt in: Informationen zur Deutschlandpolitik, Heft 7, 1975, S. 5

[35] Bundeskanzler Brandt: Ansprache in der Harvard Universität in Boston am 5.6.1972, in: Brandt, Reden und Interviews, Bd. 2, S. 255

[36] Gerhard Schröder in einem Interview, in: Die Zeit vom 4.2.1972, S. 3

8. Die Union in der Opposition - die zweite Legislaturperiode

8.1. Parlamentarische Erfahrungen seit 1969

Nach dem Verlust der Regierungsmacht in Bonn war in den Unionsparteien das erste Jahr der Opposition überwiegend damit verbracht worden, die innerparteiliche Umstellung auf die neuen parlamentarischen Funktionen und die damit einhergehenden politischen Krisenerscheinungen der über so lange Zeit als d i e Regierungspartei geltende Union zu meistern sowie erste Versuche einer Kursbestimmung in der noch ungewohnten (und größtenteils seitens der Unionspolitiker unvorbereiteten) politischen Situation zu unternehmen. Spätestens am Ende dieses ersten Oppositionsjahres aber war auch deutlich geworden, wie schwierig dieses Unterfangen für ein von seiner Struktur her derart heterogenes Parteienbündnis, wie es die Unionsparteien nun einmal darstellten, sein mußte.

Von Franz Josef Strauß erwarteten zudem viele innerhalb der Union, daß er, der nach seiner erfolgreichen Ministertätigkeit im Finanzressort der Großen Koalition nun in der Opposition wieder zu einem der potentiellen Aspiranten auf die Kanzlerkandidatur der Unionsparteien geworden war, nach dem Abschluß des bayerischen Landtagswahlkampfes im November 197o nicht nur mit der eigenen CSU, sondern ebenso mit ihrer größeren Schwesterpartei eine neuerliche Diskussion über die unionsinterne Bündnisproblematik beginnen werde[1]. Insbesondere wurde eine Auseinandersetzung mit jenen politischen Auffassungen innerhalb der Christlich-Demokratischen Union erwartet, die denen des CSU-Vorsitzenden zuwiderliefen, und die bereits zu diesem Zeitpunkt nicht nur auf dem Gebiet der Außen- und Deutschlandpolitik, sondern beispielsweise auch wirtschafts- und finanzpolitisch den Dissens zwischen CDU und CSU hatten größer werden lassen. Fragen wie die der Mitbestimmung in Betrieben[2] oder einer Krankenhausreform[3] bildeten dabei die Kernpunkte der innerparteilich kontroversen Themenbereiche in der Union.

[1] Vgl. Wirtschaftswoche vom 2o.11.197o, S. 12

[2] Vgl. ebenda, S. 12f.

[3] Vgl. Wirtschaftswoche vom 6.11.197o, S. 14 (so lautete unter anderem innerhalb der CSU das Schlagwort für das Krankenhausreformprogramm der CDU zu Beginn der siebziger Jahre: "Sozialistisches Modell vom klassenlosen Krankenhaus")

Die persönliche Bestätigung einer Absprache bei der Gründung der CSU-Freundeskreise mit der Christlich-Sozialen Union durch den Vorsitzenden der Bundesdelegiertenversammlung der CSU-Freundeskreise, Carl-Wolfgang Holzapfel[4], sowie die Einschätzung des politischen Kurses dieser Gruppierungen als "sicherlich dem unseren ähnlich"[5] durch den CSU-Vorsitzenden ließen dazu lediglich noch Zweifel an der Ernsthaftigkeit der zwischenzeitlich auch wieder vermehrt zitierten Drohung mit der vierten Partei, schon nicht mehr aber an deren Existenz selbst zu.

Am 16. Dezember 197o schließlich hatte eine Serie von Gesprächen begonnen, in denen die Präsidien von CDU und CSU auf gemeinsamen Sitzungen Fragen ihrer beider Zusammenarbeit erörtern und dabei auch (gemeinsame) Stellungnahmen zu aktuell anstehenden politischen Problemen abschließend beraten wollten. Neben Einzelaspekten des im Entwurf vorliegenden, geplanten neuen CDU-Programms sollte somit ebenso eine allgemeine politische Aussprache zwischen den Vertretern der beiden Parteien stattfinden. Die im Anschluß an die ersten Beratungen durch CDU-Sprecher Weiskirch[6] vorgenommene Charakterisierung als 'freimütig' konnte dann als Indiz für den in der Zwischenzeit erreichten Grad der innerparteilichen Spannungen und damit die Notwendigkeit solcher Gespräche gedeutet werden.

Die in dieser Art in den folgenden Jahren immer häufiger geführten zwischenparteilichen wie intensiven Einzelberatungen führender Gremien beider Parteien über den inneren Zustand der Union[7] führten zu zahlreichen zur Vorlage gelangten gemeinsamen Aktionsprogrammen[8] und gemeinsam getroffenen politischen Entscheidungen der Unionsparteien; immer deutlicher jedoch mußte zugleich auch der Eindruck eines spätestens seit 1969 in Gang gekommenen und fortwährenden Gärungsprozesses

[4] Vgl. dpa vom 7.12.197o (dpa 212 re/wi - 21.17)

[5] Interview des CSU-Vorsitzenden Strauß im Deutschen Fernsehen (ARD) am 7.12.197o (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[6] Vgl. dpa vom 16.12.197o (dpa 248 ku/vd - 2o.47)

[7] Vgl. ebenda; dazu Willi Weiskirch (Sprecher der CDU): Kommuniqué über die Sitzung des Präsidiums der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vom 25.6.1971, in: CDU-Pressemitteilung vom 25.6.1971, S. 1ff.

im Bündnis der beiden christlich-demokratisch/christlich-sozialen Unionen entstehen[9].

8.2. Die 'gewählte' Opposition ab 1972

Nach der für CDU und CSU verlorenen Bundestagswahl von 1972 schließlich schien sich dann jener qualitative Wandel im Verhältnis von Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen anzukündigen, der zumindest zeitweise von der zwar keineswegs immer spannungsfreien, aber insgesamt durchaus erfolgreichen Kooperation der vergangenen Jahre zu einem überwiegend rivalisierenden Nebeneinander und damit hypothetisch sogar zur endgültigen Konfrontation im Bündnis der Unionsparteien führte bzw. führen konnte.

Erste Signale für die von den Christlichen Sozialen anscheinend angestrebte Veränderung im parteipolitischen System der Bundesrepublik Deutschland setzte der CSU-Vorsitzende in einer Interview-Serie zu Beginn des Jahres 1973. Am 14. Februar erklärte Strauß in der Tageszeitung 'Die Welt':

> "CDU und CSU sollten sich ... so verhalten, daß sie ohne Aufgabe ihrer, ich sage aber, wenigen Grundsätze, eine glaubwürdige Koalitionsbasis mit der FDP bieten. Die SPD wird unter dem Druck ihrer Linken in Versuchung sein, immer weniger Rücksicht auf ihren Partner zu nehmen, weil sie sich die absolute Mehrheit erhofft. Ich glaube, CDU und CSU sollten nicht mehr auf das Zweiparteiensystem setzen, schon weil das entsprechende Wahlrecht nicht geschaffen werden kann. Deshalb bleibt eine Frage offen, nämlich ob es dann noch richtig ist, das Zweiparteiensystem anzustreben oder ob es nicht zur Erzielung einer größeren Offenheit und Beweglichkeit für parlamentarische Mehrheitsbildungen besser wäre, unter Umständen vier Parteien im Bundestag zu haben. Für solche, die das Gras wachsen hören, füge ich hinzu, daß ich nicht die CSU als vierte Partei hier und heute meine"[10].

[8] Vgl. unter anderem die diversen Aktionsprogramme der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Europapolitik, auszugsweise abgedruckt in: Veröffentlichung des Pressereferats der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 18.1.1972, S. 1ff.

[9] Vgl. unter anderem den als Rechtfertigung gegenüber dem Vorwurf mangelnder politischer Geschlossenheit gedachten Bericht der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages (Redakteure: Olaf von Wrangel - verantwortlich -, Gerhard Reddemann, Wolfgang Vogt) über die internen Partei- und Fraktionsberatungen der Union zur Frage der Abstimmung über die Ostverträge vom Juni 1972 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn); er belegt in - vermutlich nicht beabsichtigter - anschaulicher Weise die bis zuletzt gegensätzlichen Positionen zwischen CDU- und CSU-Vertretern bezüglich der zu treffenden Unions-Entscheidung.

[10] Franz Josef Strauß in einem Interview, in: Die Welt vom 14.2.1973, S. 1ff.

Welche Partei oder Parteienkonstellation der CSU-Vorsitzende aber dann gemeint haben mochte, beantwortete Strauß auf eine diesbezügliche Frage eines Journalisten im März 1973:

> "Innerhalb der SPD und innerhalb der FDP sind Bewegungen im Gange. Unter den heutigen Umständen wäre die Beweglichkeit für Mehrheitsbildungen größer und es könnte dem Wählerwillen besser entsprochen werden, wenn man mehr als drei Parteien hätte"[11].

Damit jedoch konnten in der Hauptsache nur wieder jene nationalliberalen Kräfte gemeint sein, denen Strauß bereits ein Jahr nach Antritt der Opposition versichert hatte, daß ihnen die CSU eine politische Heimat zu geben bereit sei[12].

War dies - aus welchen (taktischen) Gründen auch immer - aber nicht in der bzw. durch die Christlich-Soziale(n) Union selbst zu verwirklichen, so boten sich als naheliegende Alternativen naturgemäß die politischen Gruppierungen an, denen der CSU-Vorsitzende bereits einen zu dem der CSU analogen politischen Kurs attestiert hatte, der sogenannten 'National-Liberalen Aktion' wie auch den CSU-Freundeskreisen[13]. Dachten die konservativen bzw. konservativ-liberalen Kreise in der Union also nicht an die CSU selbst als der künftig vierten Partei, so war es doch das ihr nahestehende - und zum Teil namentlich an sie anlehnende - politische Spektrum, aus dem die neue Partei ihr politisches Kräftepotential erhalten sollte.

Aber auch die bayerische Union war damit noch keineswegs als potentieller Erneuerungsfaktor des Parteiensystems in der Bundesrepublik Deutschland ausgeschlossen worden. Angesprochen auf seine vorherigen Äußerungen erklärte der CSU-Vorsitzende wenige Tage darauf in einer weiteren öffentlichen Stellungnahme, er gehe zu diesem Zeitpunkt davon aus, daß zwar im Jahre 1966 bei der Bildung der Großen Koalition CDU/CSU und SPD noch die Einführung des Mehrheitswahlrechts beschlossen hätten, jedoch eine solche Wahlrechtsnovellierung nach der politischen Entwicklung, die seitdem in der Bundesrepublik zu beobachten gewesen

[11] Franz Josef Strauß in einem Interview, in: stern vom 1.3.1972, S. 36

[12] Vgl. ders. in einem Monitor-Interview (DFS) vom 7.12.1970 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[13] Vgl. ebenda

sei, für beide kein ernsthaftes politisches Ziel mehr darstelle. Eine derartige Aussage schließe dann aber auch die Überlegung ein, daß die parlamentarische Demokratie besser mit Leben erfüllt und dem Wähler eine größere Auswahlmöglichkeit geboten werde, wenn nicht mehr nur drei Parteien, sondern wenn vier Fraktionen im Parlament vertreten seien. Doch noch bedeuteten diese Überlegungen kein e n d g ü l t i g e s Votum für die vierte Partei:

> "... Wie ich die gesamtpolitische Landschaft seit Jahr und Tag nunmehr überblicke, kann der Zeitpunkt kommen - das liegt allerdings nicht zuletzt an der politischen Orientierung der FDP in den nächsten Jahren, wie ich sozusagen in Klammern hinzufügen möchte -, daß eine vierte Partei in der Bundesrepublik sich bildet. Ich glaube nicht, daß dies die CSU ist, wie sie heute ist."[14]

Gründsätzlich war es somit nach den Worten ihres Vorsitzenden - der sich damit in keinerlei Gegensatz zur christlich-sozialen Parteitradition in Bayern gesetzt hatte[15] - durchaus denkbar, die CSU als vierte Partei bundesweit zu etablieren oder sie zumindest über die Grenzen des bayerischen Freistaates gezielt hinausgreifen zu lassen; daß dies nicht die CSU sein konnte, "wie sie heute ist", mußte dabei als eine eher selbstverständliche Einschränkung des CSU-Vorsitzenden erscheinen, die sich schon allein aus dem offiziellen Parteinamen[16] der bayerischen Union ergab.

Nach vergeblichen Bemühungen, den CSU-Vorsitzenden zu einer Rücknahme oder Modifizierung seiner öffentlich geäußerten Ansichten zu bewegen, suchte die Schwesterpartei zwei Monate danach von sich aus, anstelle einer möglichen Separierung der Idee von der Einheit der Union wieder ein Übergewicht in der innerparteilichen Diskussion einzuräumen. In einer Erklärung des CDU-Bundesvorstands vom 12. Mai 1973 verlautbarte dieser:

> "Die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU war die Voraussetzung für die Erfolge der Union seit ihrer Gründung. Der Bundesvorstand spricht sich entschieden für eine Fortführung dieser

[14] Franz Josef Strauß in einem Interview im Deutschlandfunk am 4.3.1973 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[15] Vgl. so unter anderem die Auffassung Gerhard Krolls schon in der Gründungsphase der Union, daß "Bayern ... das Reich vom Süden aufbauen müssen (wird) ...", in: Mintzel: Geschichte der CSU, S. 84ff.

[16] Christlich-Soziale Union i n B a y e r n e.V. (§ 2 der Parteisatzung)

Gemeinschaft aus. Eine 'vierte Partei' lehnt er ab. Der Bundesvorstand empfiehlt, daß vor der in der kommenden Woche stattfindenden Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden die notwendigen Sachgespräche zwischen CDU und CSU über die Politik der Union nach Inkrafttreten des Grundvertrages und zu wichtigen gesellschaftspolitischen Entscheidungen geführt werden"[17]

Nach den vergangenen drei Jahren, in denen die Deutschland- und Ostpolitik zum vorrangigen inhaltlichen Zündstoff in der parlamentarisch wie außerparlamentarisch geführten Auseinandersetzung zwischen der sozial-liberalen Bundesregierung als auch im Parteienbündnis von CDU und CSU selbst geworden war, schien spätestens mit der Bundestagswahl des Jahres 1972 (und der durch sie erzielten eindeutigen Klärung der Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag) sowie der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR (21. Dezember 1972) eine zumindest vorläufige Zäsur in der veränderten (west-)deutschen Außenpolitik auf diesen beiden Teilgebieten erreicht worden zu sein. Auch die Union, so hatte der neue CDU-Vorsitzende Kohl im August 1973 festgestellt, stehe auf dem Boden der von der Regierung getroffenen Vereinbarungen mit den osteuropäischen Staaten und der DDR; Aufgabe der Opposition werde es daher sein, die Chancen, die man nach den Vertragsabschlüssen noch besitze, optimal zu nutzen[18]. Bereits in seiner ersten Antwort auf die Regierungserklärung Bundeskanzler Brandts vom Januar 1973 hatte in gleicher Weise der CSU-Vorsitzende die im Zuge der sozial-liberalen Außenpolitik geschlossenen Abkommen nach dem Prinzip 'Pacta sunt servanda' für völkerrechtlich einwandfrei gültig erklärt[19]. Dem außen- und deutschlandpolitischen Problembereich mußte somit sowohl innenpolitisch als auch im Rahmen der unionsinternen Diskussion ein zukünftig erheblich verringerter politischer Stellenwert beigemessen werden. Seine Relevanz für die bündnispolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Unionsparteien war im Jahre 1973 bereits weitgehend anderen Fragestellungen gewichen - Fragen, die, wie es die ersten Anzeichen hatten erkennen lassen, in zunehmendem Maße ihre politische Brisanz nun überwiegend aus dem Bünd-

[17] Erklärung des CDU-Bundesvorstands zum Thema 'vierte Partei' vom 12.5.1973 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[18] Vgl. Helmut Kohl: Auch die CDU steht auf dem Boden der Ostverträge, Opposition stellt sich vier Aufgaben in der Ostpolitik, in: Bonner Generalanzeiger vom 30.8.1973, S. 1

[19] Vgl. Franz Josef Strauß: Rede vor dem BT am 24.1.1973, in: Texte, Bd. 12, S. 32

nisverhalten unionsinterner Führungsgruppen untereinander selbst bezogen, während ihre eigentlichen thematischen Inhalte oft nur sekundäre Bedeutung zu besitzen schienen.

8.2.1. Die Bundespräsidentenfrage 1974

Hatten damit die Unionsparteien eine zumindest vorläufig abschließende, einheitliche Stellungnahme zur 'Neuen Deutschland- und Ostpolitik' durch ihre beiden Parteivorsitzenden abgegeben, so schienen andererseits die Christlich-Sozialen nahezu gleichzeitig ihre betont eigenständige und mit der Schwesterpartei - zum Teil anscheinend bewußt - nicht koordinierte Parteipolitik noch zu verstärken. Ein neuerlicher Höhepunkt in dieser Entwicklung zeichnete sich zu Beginn des Jahres 1974 in der Frage der kommenden Bundespräsidentenwahl ab. Nachdem der amtierende Bundespräsident Gustav Heinemann auf seine Wiederwahl für eine zweite Amtsperiode verzichtet hatte, waren die Koalitionsparteien SPD und FDP übereingekommen, Bundesaußenminister Walter Scheel als ihren Kandidaten zur Wahl zu stellen. Wie zwei Jahre zuvor bei der Ratifizierung der Ostverträge im Bundestag und Bundesrat so schien sich nun unter der Führung des Parteivorsitzenden eine starke Gruppierung innerhalb der Christlichen Demokraten, die für eine - angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung ohnehin gesicherte - Wahl des Koalitionskandidaten eintrat, in der CDU und auch in der Fraktion der CDU/CSU allmählich durchzusetzen. Äußerungen anderer Christlicher Demokraten wie ebenso führender Vertreter der Christlich-Sozialen Union (mit Ausnahme des CSU-Vorsitzenden Strauß) ließen jedoch auf eine strikte Ablehnung dieser Verfahrensweise durch einen nicht unwesentlichen Teil der Unionsparteien schließen.

In der Tat stand die Union wiederum vor einer mit beträchtlicher publizistischer und somit Öffentlichkeitsresonanz verbundenen prinzipiellen Entscheidung. Dabei schienen sich die beiden Parteivorsitzenden Kohl und Strauß anfänglich bereits auf den Verzicht eigener Kandidatenaufstellung und die Unterstützung Scheels geeinigt zu haben. Aber nicht nur deshalb galt die Sache trotz der von Kohl selbst konstatierten unterschiedlichen Meinungen in der Union[2o] als entschieden. Es war das

[2o] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.1.1974, S. 1

Gewicht einer Vielzahl von Argumenten, die diesesmal in der Opposition eine weitere Diskussion der Präsidentenfrage inopportun erscheinen ließ. Ein Ja zu Scheel konnte die Union vom Makel des 'ewigen Neinsagers' befreien helfen, der - quasi als Schicksal jeder Opposition - an ihr haftete und den gerade in Deutschland die Wähler offenbar so übelnehmen. Die andere entscheidende Hoffnung der Union richtete sich auf die FDP: Die Freien Demokraten konnten es in den kommenden Jahren, möglicherweise schon nach den nächsten Wahlen von 1976, koalitionspolitisch honorieren, wenn die Opposition 1974 mit ihrem Ja zum FDP-Vorsitzenden ein Signal erneuerter Kooperationsbereitschaft mit den Liberalen zu geben verstand.

Die Gegner dieser taktischen Zukunftsprognose bauten dagegen auf ein wachsendes Selbstbewußtsein der Union (das sich sowohl auf die unter dem Nachfolger Brandts im Bundeskanzleramt erwarteten Mißerfolge der Regierung würde stützen können als zunehmend auch durch die eigenen Leistungen - und vor allem deren Anerkennung in der Bevölkerung - wieder untermauert werden würde). Auf dieser Seite der Argumente stand die Frage, ob denn die Parteien, die einst die stärksten waren und es wieder werden wollten, nicht besser täten, mit einem eigenen Kandidaten in die Präsidentenwahl zu gehen. Viele Repräsentanten in CDU und CSU wollten die Union in der Bundesversammlung vor allen Dingen einig sehen. Ein einheitliches Votum für den bisherigen Außenminister der sozial-liberalen Koalition aber war kaum zu erreichen, Einheitlichkeit in der Unterstützung eines eigenen Kandidaten dagegen weit eher.

Das Ergebnis dieser taktischen wie prinzipiellen Überlegungen war zunächst, daß CDU- wie CSU-Parteiführung 'auf Zeitgewinn'[21] spielten. Und sie taten es in einer zu den zwei Jahre zurückliegenden Ereignissen (Ratifizierung der Ostverträge) zeitweise derart analogen Form, daß ein Kommentator unter der Überschrift 'Taktik und Glaubwürdigkeit' (allerdings noch vor Beendigung der zahlreichen unionsinternen Gremienberatungen und interfraktionellen Gespräche) die Voraussage traf, der Opposition scheine es wieder zu gelingen, die Entscheidung zugunsten Scheels (die von CDU und CSU schließlich nicht getroffen wurde) so lange abzuwägen, bis die angestrebte politische Signalwirkung möglicherweise verloren gehe[22].

[21] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 15.1.1974, S. 2

[22] Vgl. Stuttgarter Zeitung vom 15.1.1974, S. 2

In wachsendem Maße wurde die Diskussion in CDU und CSU von zwei Komponenten beherrscht. Die Befürworter eines eigenen Kandidaten - als deren profiliertester Sprecher immer mehr der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger hervortrat - wollten weiter aus den genannten prinzipiellen Überlegungen nicht von vornherein auf einen Bewerber der Opposition verzichten. Zudem registrierten sie dabei nun sowohl in der Fraktion als auch in mehreren Landesverbänden politische Vorbehalte gegen den amtierenden Außenminister. Viele Unionsabgeordnete wollten danach vermeiden, für einen Politiker stimmen zu müssen, dessen Ostpolitik man vier Jahre bekämpft hatte; der Eindruck einer Rücknahme der in diesem Politikbereich geübten Kritik hätte sich, so ihre Befürchtung, insbesondere in den bevorstehenden Landtagswahlen negativ für die Union auswirken können[23]. Die Gegner eines CDU/CSU-Bewerbers - dazu gehörte neben der Gruppe um den CDU-Parteivorsitzenden insbesondere die CDU/CSU-Nachwuchsorganisation Junge Union - wollten dagegen in erster Linie vermeiden, lediglich aus optischen Gründen einen vermutlich aus ihren eigenen Reihen stammenden[24] 'Zählkandidaten' in ein von vorneherein aussichtsloses Rennen gegen den gerade bei ihnen zumindest als Bundespräsident durchaus für akzeptabel erachteten[25] FDP-Vorsitzenden zu schicken.

Wie auch fünf Jahre später bei veränderten Mehrheitsverhältnissen in der Bundesversammlung und einem nach erfolgreicher Amtszeit zur Wiederwahl anstehenden Bundespräsidenten betraf die 1974 in der Union geführte Personaldiskussion weniger die möglichen Präsidentschaftskandidaten Richard von Weizsäcker oder Kai-Uwe von Hassel und kaum die Person Walter Scheels, sondern mit zunehmender Dauer der innerparteilichen Diskussion immer deutlicher die des CDU-Parteivorsitzenden Kohl und seiner 'Führungsschwäche'. Kohl hatte wissen müssen, daß man nicht nur an der Parteibasis seine persönliche Meinung, keinen Kandidaten aufzustellen, als de-facto-Entscheid der Parteispitze ansehen würde.

[23] Vgl. Peter Quay: Vertagte Entscheidung, in: Kölnische Rundschau vom 15.1.1974, S. 2

[24] Als mögliche CDU/CSU-Kandidaten wurden in Bonn zwar offiziell lange Zeit keine Namen genannt, in Betracht gezogen wurde jedoch schon frühzeitig neben dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Kai-Uwe von Hassel, der zum liberalen Flügel seiner Partei gezählte Richard von Weizsäcker, der tatsächliche spätere Kandidat der Union für die aussichtslose Abstimmung.

[25] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 15.1.1974, S. 2

Daß diese Meinung bei einer anhaltenden Diskussion in allen parteigremien nach einer Zusammenkunft mit seinem CDU-Kollegen[26] von Kohl jetzt selbst revidiert wurde, ließ sich nur bedingt mit dem vom CDU-Generalsekretär Biedenkopf vorgebrachten Argument als 'Parteienalltag' interpretieren, in dem bei einer demokratischen Partei eine solche Diskussion vor einer Willensbildung stattfinden müsse[27]. Kohl vermochte noch darauf zu verweisen, daß der CSU-Vorsitzende ursprünglich die gleiche Ansicht geäußert hatte[28]; ansonsten hätte erneut von einer zudem publizitätsträchtigen Divergenz im Bündnis zwischen CDU und CSU gesprochen werden müssen. So konnte es gegebenenfalls noch als die 'größere demokratische Flexibilität' der CSU-Führung (im Vergleich zur Schwesterpartei) angesehen werden, als nach ersten Andeutungen des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Höcherl (CSU) zugunsten eines eigenen Unionskandidaten[29] zum Abschluß der gemeinsamen Sitzung der Präsidien von CDU und CSU am 14. Januar 1974[30] ebenfalls der CSU-Vorsitzende dem immer vernehmlicher werdenden Verlangen der Parteibasis und einiger Landesunionsvorsitzender[31] auch in der Bundesversammlung seitens der Union 'Flagge zu zeigen'[32], nachgab. Während der CDU-Vorsitzende in seiner Erklärung noch davon gesprochen hatte, daß alle demokratischen Parteien wegen der Bedeutung der Frage der Wahl des Staatsoberhauptes zusammentreffen und gemeinsam und in Ruhe diese Frage besprechen sollten[33], legte der christlich-soziale Parteivorsitzende die Wahl Walter Scheels zum Bundespräsidenten wenige Minuten später bereits endgültig in die Alleinverantwortung der SPD-FDP-Koalition.

[26] Am 15. Januar, im Anschluß an die gemeinsame Sitzung der Präsidien von CDU und CSU am Vortage, vgl. Neue Rhein-Zeitung vom 15.1.1974, S. 2; dazu Rheinische Post vom 15.1.1974, S. 2

[27] Zit. in: Süddeutsche Zeitung vom 15.1.1974, S. 2

[28] Vgl. unter anderem Kölner Stadt-Anzeiger vom 15.1.1974, S. 1

[29] Vgl. ebenda

[30] Die Sitzung endete mit dem formellen Beschluß, eine Entscheidung über die Wahl Walter Scheels zum Bundespräsidenten auch durch CDU und CSU oder die Aufstellung eines eigenen Unionskandidaten vorerst aufzuschieben; vgl. zu dem 'Verschiebungsbeschluß' der beiden Präsidien: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 2o.1.1974, S. 3

[31] Dies traf vor allem zu auf den baden-württembergischen CDU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Hans Filbinger sowie den hessischen CDU-Vorsitzenden Alfred Dregger. vgl. Stuttgarter Nachrichten vom 15.1.1974, S. 1

[32] Vgl. Deutsche Zeitung,Christ und Welt vom 18.1.1974, S. 1

Man betrachtete, so Strauß, in den Unionsparteien das Schauspiel eines Ämterschachers, wie er sich mit der angekündigten oder gar nur angedeuteten Kandidatur Scheels erhoben habe, als dem zur Disposition stehenden Staatsamt höchst unangemessen; es gehe dabei innerhalb der Koalition kaum noch um die sachlich oder personell beste Lösung, sondern lediglich um eine Austragung persönlicher Ambitionen einzelner Koalitionsmitglieder[34].

Am 24. März, also wenige Wochen vor dem Wahltermin für den neuen Bundespräsidenten, zeigte sich der CSU-Vorsitzende erneut als Vertreter der unionsinternen Bewegung für einen eigenen Präsidentschaftskandidaten; auf die Frage nach einem ihm für diese Kandidatur geeignet erscheinenden Unionspolitiker nannte Strauß gleich mehrere Namen[35] und erklärte, er halte es n a c h w i e v o r für richtig, wenn einer der Länderministerpräsidenten der CDU/CSU als eigener Kandidat von den Unionsparteien aufgestellt würde, da das Amt des Bundespräsidenten in erster Linie eine repräsentative Position und nicht, wie offenbar auf seiten von SPD und FDP verstanden, Bestandteil eines koalitionspolitischen Machtkalküls sei und bleiben solle[36].

Von dem einstmals zwischen ihm und Helmut Kohl einmütig gefaßten Beschluß über dieNichtaufstellung eines Unionskandidaten erwähnte der CSU-Vorsitzende nichts mehr.

Zwar trat keiner der von Strauß angesprochenen Unionspolitiker am 15. Mai 1974 den aussichtslosen Kampf um die Wahl zum vierten Bundespräsidenten gegen Walter Scheel an, sondern der schon zuvor von Teilen der Union favorisierte Richard von Weizsäcker; aber allein die Tatsache der Unionskandidatur sowie die Art und Weise ihres Zustandekommens hinterließ am Ende neben einer ungenutzten staatspolitischen Chance von den beiden Unionsparteien den Eindruck zu vieler persönlicher Ambitionen der führenden Unionspolitiker, die im Grunde ein anhaltendes Führungsdilemma der Opposition widerspiegelten[37].

[33] Vgl. die Erklärung des CDU-Vorsitzenden Kohl zur Frage der Bundespräsidentenwahl vom 14.1.1974, in: Union in Deutschland vom 17.1.1974, S. 1 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[34] Vgl. die Erklärung des CSU-Vorsitzenden Strauß zur Frage der Bundespräsidentenwahl vom 14.1.1974, in: Ebenda

[35] Coppel, Filbinger, Stoltenberg (in der von Strauß genannten Reihenfolge)

[36] Vgl. das Interview des CSU-Vorsitzenden Strauß im Südwestfunk am 24.3.1974, S. 37 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

8.2.2. Die Konzeption einer bundesweiten CSU (1974)

War es in der Bundespräsidentenfrage auch nicht zu einem weiteren Bruch zwischen CDU und CSU gekommen, so hatten dennoch die in der Hauptsache bei den Christlichen Demokraten geführten Diskussionen um ein Für und Wider einer eigenen Kandidatenaufstellung das Bild einer in wichtigen Fragen uneinigen und daher keineswegs, wie von sich selbst stets behauptet[38], zur Übernahme der Regierungsmacht ständig bereiten Opposition geboten. Erneut fühlten sich die ihre relative Geschlossenheit auch bei dieser Frage - letztlich unter Einschluß ihres Vorsitzenden Strauß - unter Beweis stellenden Christlich-Sozialen zu Unrecht in ein Negativ-Urteil über die Union miteinbezogen. Das Fazit in Form einer wiederauflebenden Diskussion um die Trennung von CDU und CSU war naheliegend. Sie zeichnete sich im Frühjahr 1974 ab, als Franz Josef Strauß es zum Ziel seiner Partei erklärte, in der Bundesrepublik Deutschland das politische Spektrum der Mitte nach rechts durch die CSU abzudecken. Das aber müsse bedeuten, daß eine solche Partei dann auch bundesweit auftreten könne. Alles was ihn als CSU-Vorsitzenden in diesem Zusammenhang interessiere sei, daß die Opposition bei Wahlen letztlich mehr Mandate erhalte als bislang Sozialdemokraten und Freie Demokraten zusammen[39].

Der von Strauß gleichzeitig gemachten Einschränkung, eine solche bundesweite Ausdehnung der CSU noch vor den nächsten Bundestagswahlen werde nicht zuletzt davon abhängen, ob die FDP noch offen sei oder mit dem jetzigen Koalitionspartner auf Gedeih und Verderben verbunden bleibe[4o], konnte angesichts der zu diesem Zeitpunkt zwischen SPD und FDP erzielten Übereinkunft über die Wahl Scheels zum Bundespräsidenten und der vom CSU-Vorsitzenden selbst aus eben diesem Anlaß angestell-

[37]Vgl. unter anderem dazu Stuttgarter Zeitung vom 15.1.1974

[38]"Frage: Wäre die CDU/CSU personell und sachlich in der Lage, die Führungsgeschäfte in der Bundesrepublik wieder zu übernehmen zum jetzigen Zeitpunkt?
Antwort (Strauß): Ja!
Frage: Ist das ein uneingeschränktes Ja?
Antwort (Strauß): Ein uneingeschränktes Ja, und zwar über nacht". Aus: 'Das Interview zum Zeitgeschehen mit dem CSU-Vorsitzenden Strauß im Südwestfunk am 24.3.1974, S. 37 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[39]Der CSU-Vorsitzende Strauß in 'Das Interview zum Zeitgeschehen' im Südwestfunk am 24.3.1974, S. 39 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[4o]Ebenda

ten Vermutung über weitergehende Koalitionsabsprachen zwischen den beiden Regierungsparteien[41] überwiegend rhetorischer Charakter beigemessen werden.

Dennoch blieben die Absichten des Unionspolitikers in bezug auf die (Re-)Organisation der beiden Unionsparteien weitgehend im Unklaren. In den zurückliegenden Monaten waren von Unionsangehörigen - auch von Strauß selbst - immer wieder Appelle an die Einmütigkeit der Union gerichtet worden und so vermochte kaum jemand zu sagen, ob es Franz Josef Strauß mit dem von ihm vorgetragenen Gedanken ernst war, oder ob darin von seiten der CSU nur ein - bereits in den fünfziger Jahren zur Anwendung gebrachtes[42] - taktisches Instrument gesehen wurde, der christlich-demokratischen Schwesterpartei die Notwendigkeit der Einheit wie auch der dazu erforderlichen r i c h t i g e n Maßnahmen erneut zu verdeutlichen. Dabei hatte Strauß zu Recht immer wieder betont, lediglich bereits früher geäußerte Überlegungen wiederholt zu haben. Es gebe keine Beschlüsse und Aktionspläne, zumal bislang kein entscheidendes CSU-Gremium das Thema diskutiert habe. Vor der CSU-Landesgruppe des Deutschen Bundestages hatte deren Vorsitzender Richard Stücklen noch im Februar erklärt, die Frage sei nicht aktuell[43].

Nur einen Monat später jedoch waren Ergebnisse von Gesprächen Stücklens im christlich-sozialen Landesvorstand bekannt geworden, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren, aber in konkreter Form die gleichen Ansichten wie die von Strauß erkennen ließen: Wenn sich die FDP weiterhin einseitig an die SPD binde, könne die Frage einer vierten Partei aktuell werden, weil in einem solchen Fall nur noch auf diese Weise

[41] "...wir sind der Auffassung, daß die Stimmen der SPD für Herrn Scheel nicht durch eine FDP-Zusage auf Verlängerung der Koalition erkauft werden sollen ... wir sind ... auf die Aufstellung eines Kandidaten ... zu verzichten bestimmt dann nicht (bereit), wenn aus den Reihen der FDP Festlegungen der eben genannten Art erfolgen, wie sie anscheinend von Brandt im Parteivorstand der SPD in Aussicht gestellt worden sind in der Absicht, damit eine einstimmige Zustimmung des Parteivorstandes der SPD für die Wahl Walter Scheels zum Bundespräsidenten zu erlangen ..., vgl. ebenda, S. 36

[42] Vgl. so unter anderem den von Müchler bereits für das Jahr 1953 festgestellten Tatbestand, daß "die CSU die Fortsetzung der Praktionsgemeinschaft nicht als Selbstverständlichkeit betrachtete, sondern sie praktisch als Handelsobjekt benutzte ...", in: Müchler: CDU/CSU, S. 112

[43] Zit. in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 30.3.1974, S. 2

die Mehrheit der SPD-FDP-Koalition zu überwinden sei[44]. Weitere Überlegungen machte Stücklen davon abhängig, welche Haltung die FDP nach den nächsten Landtagswahlen einnehmen würde[45].

8.2.2.1. Kontrahenten in der CSU

Die internen Gegner einer Ausweitung der CSU auf das gesamte Bundesgebiet waren der Ansicht, daß eine solche Spaltung der Union insgesamt nicht nützen, sondern nur schaden würde. Als warnendes Beispiel nannte so das CSU-Vorstandsmitglied Werner Dollinger das Schicksal der mit der CSU eng verbundenen Deutschen Union (DU), die bei den hessischen Landtagswahlen 1974 in einem nordhessischen Wahlkreis kandidiert, 1,1 Prozent der Stimmen erhalten und damit der SPD noch einmal zur absoluten Mehrheit verholfen hatte, die die Sozialdemokraten bei einer Alleinkandidatur der CDU vermutlich eingebüßt hätten. Diesen Umstand, so Dollinger weiter, habe der hessische CDU-Vorsitzende Alfred Dregger sowohl in einer Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wie gleichfalls gegenüber dem CSU-Vorsitzenden selbst als Beweis dafür gewertet, daß eine vierte Partei nicht im Interesse der Union liege[46].

Ebenso wie die CSU-Bundestagsabgeordneten Dollinger oder Höcherl wehrten sich neben Junger Union und RCDS in Bayern[47] auch die führenden christlich-sozialen Unionspolitiker in der bayerischen Landespolitik[48]

[44] Den politischen Standort einer derart möglichen vierten Partei beschrieb Stücklen dabei mit "rechts von der CDU". Stimmen könne sie unter anderem von der FDP gewinnen, denn dort gebe es bisher Wähler, die keine Sympathie für die CDU, wohl aber für die CSU hegten.

[45] Vgl. Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 30.3.1974, S. 2

[46] Zit. in: Ebenda

[47] Vor allem von seiten der Jungen Union (JU) Bayerns war starker Widerstand gegen die Ausweitungsabsichten des CSU-Vorsitzenden zu verzeichnen, ähnlich wie schon Anfang 1972 bzw. 1973, als Strauß die CSU-Landesgruppe vor den entscheidenden Abstimmungen über die Ostverträge bzw. nach der verlorenen Bundestagswahl zu einer eigenständigen Fraktion zu machen drohte. Zu den Ereignissen des Jahres 1974 erklärte der Vorstandssprecher der Jungen Union, Jürgen Goetz, der Bundesvorstand der Jungen Union sei bereits seit Oktober 1973 von seinen bayerischen Mitgliedern über Pläne zur Gründung einer CSU auf Bundesebene unterrichtet worden. - Schon damals sei von bayerischer (JU-)Seite darauf hingewiesen worden, man dürfe diese Pläne keinesfalls auf die leichte Schulter nehmen, da sie bis zu fertigen Vorstandslisten für eine Bundes-CSU gediehen seien, vgl. Die Welt vom 2.4.1974, S. 1

[48] So unter anderem Finanzminister Ludwig Huber, Innenminister Bruno Merk, der stellvertretende CSU-Vorsitzende und Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Franz Heubl, sowie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag, Gebhard Glück.

gegen eine Ausweitung ihrer Partei. Sie mußten in einem solchen Falle zweifellos mit der Gründung eines CDU-Landesverbandes und mit dem Verlust der absoluten CSU-Mehrheit im Landtag rechnen. In ähnlicher Weise hatten die bisher direkt gewählten Bundestags- und Landtagsabgeordneten für ihre Mehrheiten zu fürchten; auch von ihnen war daher Widerstand zu erwarten.

Unterdessen machte man sich in der CSU auch schon Gedanken darüber, welche Teile der Partei sich in Bayern einer dort neu aufzubauenden CDU anschließen würden. Als anfällig für Übertrittsgedanken galten insbesondere die großstädtischen Verbände, aber auch Teile der fränkischen und der schwäbischen CSU, die weniger altbayerisch orientiert waren als die oberbayerischen, niederbayerischen und oberpfälzischen Gliederungen[49]. Auch war mit Übertritten aus dem Arbeitnehmerflügel zu rechnen, der seit langem mit berechtigtem Neid auf die wesentlich stärkere Position der CDU-Sozialausschüsse schaute.

8.2.2.2. Gegnerschaft in der CDU

Trotz dieses Widerspruchs starker politischer Gruppierungen in der eigenen Partei unterstrich der CSU-Vorsitzende noch einmal seine Absicht, die Christlich-Soziale Union möglicherweise auf das gesamte Bundesgebiet auszudehnen[5o].

Erst auf dieses betonte Beharren auf seiten der CSU-Führung hin wurde jetzt auch verstärkter Widerstand bei den Christlichen Demokraten deutlich sichtbar. In öffentlichen Erklärungen sprachen sich die stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Heinrich Köppler und Gerhard Stoltenberg, CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf, der hessische CDU-Vorsitzende Alfred Dregger sowie die Bundesvorstände der Jungen Union (JU) und des Rings Christlich-Demokratischer-Studenten (RCDS) gegen eine potentielle Trennung von CDU und CSU aus. Im Deutschlandfunk erklärte der nordrhein-westfälische Präsidiumsvorsitzende der CDU, seine Partei sei einmütig der Auffassung, eine CSU auf Bundesebene werde sich nur schädlich

[49]Vgl. Mintzel: Geschichte der CSU, S. 29ff.

[5o]Vgl. Berliner Morgenpost vom 31.3.1974, S. 1f.

für die Gesamtsituation in der Bundesrepublik wie für die beiden Unionsparteien auswirken[51]. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident sprach sich am 31. März 1974 dafür aus, statt über Spaltungspläne der Union spätestens bis zum Sommer des folgenden Jahres den gemeinsamen Kanzlerkandidaten von CDU und CSU für die nächste Bundestagswahl zu bestimmen[52]. Generalsekretär Biedenkopf nannte den Gedanken an eine Bundes-CSU angesichts der jüngsten Wahlergebnisse[53] nicht akut[54], und der hessische CDU-Vorsitzende Alfred Dregger bekräftigte im Deutschlandfunk erneut seine Ansicht, die Einheit der Union dürfe nicht zerstört werden[55].

Die Einmütigkeit führender christlich-demokratischer Unionspolitiker in ihrer Sorge um die Einheit der gesamten Union und ihre Ablehnung jeglicher Separierungsbestrebungen waren nicht zuletzt begründet in den gleichen Überlegungen zu den zukünftigen Wahlchancen von CDU und CSU, die von seiten der christlich-sozialen Parteiführung stets als die primären Motive für ihren Wunsch nach organisatorischen Veränderungen im Bündnis der beiden Unionsparteien angegeben worden waren. Trotz wiederholt angestellter Untersuchungen in bezug auf die erwarteten Wahlchancen von zwei getrennt auftretenden Unionsparteien mußten die dabei gemachten Aussagen zwangsläufig im Bereich des Spekulativen bleiben. Die Frage, ob eine außerhalb Bayerns sich zur Wahl stellende CSU für d i e U n i o n auf einen "Selbstmord aus Angst vor dem Tode"[56] hinauslaufen werde oder ob sie tatsächlich nicht sehr viel eher jene 'legitime Frage' war, die der CSU-Generalsekretär Gerold Tandler angesichts der Gründung eines CSU-Landesverbandes in Nordrhein-West-

[51] Vgl. Interview des rheinischen CDU-Vorsitzenden Köppler im Deutschlandfunk am 30.3.1974 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[52] Vgl. Welt am Sonntag vom 31.3.1973, S. 1f.

[53] Vgl. die Ergebnisse der Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen im Jahre 1974 in Hamburg (CDU = 40,6%; 1970: 32,8%), Hessen (CDU = 47,3%; 1970: 39,7%) und Niedersachsen (CDU = 48,8%; 1970: 45,7%), aus: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2, 1980, S. 252f.

[54] Kurt Biedenkopf in einem Interview, in: Die Welt vom 30.3.1973, S. 1

[55] Vgl. Interview des hessischen CDU-Vorsitzenden Dregger im Deutschlandfunk am 31.3. 1974 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[56] Johann Georg Reißmüller: Will Strauß die Union zerstören? in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.4.1974, S. 1

alen am 2. Juni[57] an die Union gestellt sah[58], mußte auf jeden Fall zuerst in den Unionsparteien selbst beantwortet werden.

8.2.2.3. Die provisorische Schlichtung

Vor dem Hintergrund der intensiver als von den Autoren der zur Debatte stehenden Zwei-Parteien-Denkmodelle offenbar erwartet und von Christlichen Demokraten wie Christlich-Sozialen gewünscht verlaufenden öffentlichen Diskussion über die innerparteilichen Probleme von CDU und CSU waren Christliche Demokraten wie Christlich-Soziale allem Anschein nach zunächst einmal bereit, die beiderseitige Angelegenheit ruhen zu lassen. Zwar verwies der CSU-Vorsitzende am Abend der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im April 1974 noch einmal in mehreren Äußerungen auf sein im Januar im Deutschland-Magazin[59] abgegebenes Statement, worin er erklärt hatte, daß nach seiner schon oft geäußerten Überzeugung die CDU/CSU aus politisch-psychologischen wie auch aus erfahrungsmäßigen statistischen Gründen wenig Aussicht habe, bei dem in der Bundesrepublik gültigen Verhältniswahlrecht eine Mehrheit der Mandate im Alleingang zu gewinnen, wie auch drei politische Parteien nicht für die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie ausreichend seien und ebensowenig das gesamte politische Spektrum abzudecken vermochten[6o]; doch schon die Stellungnahme der nach dem Rücktritt von Barzel auf ein neu begründetes und verbessertes Einvernehmen mit der bayerischen Schwesterpartei bedachten CDU-Führung beschränkte sich darauf, zu dokumentieren, daß die in dieser Frage unterschiedliche Auffassung der Christlichen Demokraten keine Absage an

[57] Bereits im Februar 1974 hatte sich ein fünfzehnköpfiger Gründungsausschuß für einen nordrhein-westfälischen Landesverband der CSU in Mülheim an der Ruhr konstituiert. Organisator des Gründungsausschusses und erster Landesvorsitzender war der Mülheimer Kaufmann Kurt Mayer. Er hatte 197o bei der Abspaltung der Nationalliberalen Aktion die FDP verlassen und wurde später Vorstandsmitglied der Deutschen Union, die seinerzeit vom ehemaligen FDP-Bundestagsabgeordneten und späteren CSU-Hospitanten Siegfried Zoglmann gegründet wurde. Während Mayer von engen Kontakten zur Münchner CSU-Zentrale sprach, stritten Strauß und Tandler zumindest jegliche Initiative der bayerischen Christlichen Sozialen bei CSU-Gründungen außerhalb Bayerns stets ab, vgl. unter anderem Gerold Tandler in einem Interview im Südwestfunk am 1o.4.1974 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[58] Vgl. ebenda

[59] Eine vom Strauß-Freund Kurt Kiesel herausgegebene Zweimonatszeitschrift (1974) konservativer Gruppierungen in CDU und CSU, die seit 1974 in erweiterter Form und kurze Zeit später auch allmonatlich erschien.

Strauß bedeutete (Biedenkopf) und CDU wie CSU die gemeinsame Absicht verbinde, ihre Strategie für den Bundeswahlkampf 1976 erst in der zweiten Hälfte 1975 festzulegen (Kohl)[61].

Auch der CSU-Vorsitzende bekundete nun, daß er keine herostratischen Absichten hege und als Mitbegründer der CSU[62] der letzte sei, der die Union zerstören wolle; einer seiner schärfsten Kritiker in der CDU, der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Hans Katzer, deklarierte Überlegungen über eine bundesweite CSU unter Einschluß von Teilen des konservativen CDU-Flügels ebenso zu einem nicht aktuellen Thema wie Spekulationen über eine mögliche Abspaltung des Arbeitnehmerflügels von der CDU im Falle zu weitgehender Zugeständnisse an die bayerische Schwesterpartei zwecks Erhaltung der Unionseinheit[63]. Auf die erkennbar gewordenen Antagonismen gerade seiner Organisation zur CSU und zu deren Vorsitzenden angesprochen, regte Katzer, Kooperationsbereitschaft demonstrierend, eine gemeinsame Diskussion der Sozialausschüsse mit dem christlich-sozialen Parteivorstand an[64].

Dennoch wies das Bündnis der 'erfolgreichsten Parteien, die es je in der rund 125jährigen Geschichte der deutschen Parteien gegeben hat', nach fast fünfjähriger Oppositionszeit unzweideutige Krisensymptome auf. Auch wenn man in bezug auf die noch relativ kurze Geschichte des Verhältnisses von CDU und CSU zu dem Urteil kommen konnte, daß beide Parteien ohnehin noch nie sehr christlich im Umgang miteinander gewesen waren (was implizierte, daß dem innerparteilichen Spannungsverhältnis eine bestimmte Tradition zuzusprechen und zugleich der aktuellen Situation Gefährlichkeit abzusprechen war), und der CDU-Generalsekretär

[60] Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 11.4.1974, S. 4

[61] Vgl. ebenda

[62] Was nicht den Tatsachen entspricht, folgt man den beiden einzigen detaillierten Darstellungen über die Gründungsphase der Christlich-Sozialen in Bayern; vgl. Mintzel: Die CSU, S. 9off.; dazu Berberich: Christlich-Soziale Union in Bayern, S. 34ff. und 41ff.

[63] Vgl. dpa vom 2.5.1974 (dpa o61 it se mw - o9.35)

[64] Vgl. dpa vom 2.5.1974 (dpa o63/o61 it se mw - o9.44)

die Vierte-Partei-Diskussion sogar als sehr nützlich charakterisierte[65], mußten in dieser Lage Anregungen wie die zu einem gemeinsamen Parteitag oder einem gemeinsamen Grundsatzprogramm beider Parteien[66] bestenfalls als Zukunftsvisionen erscheinen.

8.2.2.4. Die versuchte Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß (1974)

Die inner- und zwischenparteiliche Situation innerhalb der CDU bzw. mit der CSU war anscheinend durch einen beginnenden Konsolidierungsprozeß gekennzeichnet, die Diskussion um die 'Vierte Partei' jedoch blieb. So sah der CDU-Vorsitzende Kohl im Herbst 1974 schon wieder die Berechtigung zu der Aussage, seine Zusammenarbeit mit den Christlichen Sozialen funktioniere inzwischen so gut, wie man es sich nur wünschen könne, und er wolle zukünftig die Union in gleicher Weise führen wie Adenauer[67]. Noch drei Tage zuvor, am 23. September 1974, aber hatte der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Stücklen, darüber spekuliert, daß nach der Umwandlung der CSU in eine Bundespartei mit deren Hilfe die Stimmreserven von rechten Sozialdemokraten, konservativen Freidemokraten und den fünfzehn Prozent Nichtwählern für die Union aufgefangen werden könnten[68].

In dieser Situation einer sich nur bedingt als eine geschlossene Einheit präsentierenden Union schien sich in der Frage der Kanzlerkandidatur der beiden Unionsparteien eine überraschende Entwicklung anzudeuten. Die in der Union traditionell eine herausragende Rolle spielende interne personalpolitische Diskussion ließ Anzeichen auf eine gemeinesame und frühzeitige Einigung erkennen, die weit mehr als nur der Ansatz zu einer Wende im gegenseitigen Verhältnis von CDU und CSU hin zur Einheit sein konnte.

[65] Vgl. das Interview des CDU-Generalsekretärs Biedenkopf mit der Stuttgarter Zeitung am 4. Juli 1974 (Erscheinungsdatum: 6./7. Juli 1974)/CDU-Pressemitteilung vom 5. Juli 1974, S. 3 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[66] Vgl. so der Vorsitzende der Jungen Union, Matthias Wissmann, in einem Interview mit dpa, in: dpa vom 27.7.1974 (dpa ho se ha - 11.55)

[67] Kohl erklärte weiter, er wolle nicht nur die Beschlüsse seines Parteivorstandes vollziehen, sondern als Parteivorsitzender die CDU sowie als potentieller, von den Unionsparteien aufgestellter Kanzlerkandidat bzw. Bundeskanzler ebenso die Union" - wie einst Konrad Adenauer - durch eigene Willenskundgebungen führen", aus: dpa vom 26.9.1974 (dpa 31o it se ks - 21.oo)

[68] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.9.1974, S. 1

Am 3. November 1974 hatte CDU-Generalsekretär Biedenkopf der Zeitung 'Bild am Sonntag' gegenüber erklärt, die Union wolle sich bei ihrer anstehenden Entscheidungsfindung über den Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1976 weder unbedingt an traditionelle Schemata halten noch sich in übereilte Entscheidungsprozesse drängen lassen; in dieser Frage gebe es keine Präjudizien, nur weil die eine Unionspartei größer sei als die andere[69].

Zur gleichen Zeit sprach der hessische CDU-Vorsitzende Dregger im Deutschlandfunk von dem Kanzlerkandidaten der Union für 1976 als einer Persönlichkeit mit starker Energie, Durchsetzungsvermögen und wirtschaftspolitischer Orientierung, die zudem noch besonderes Verständnis für die außen- und verteidigungspolitischen Aufgaben[70] aufweisen müsse. Auch ohne das Urteil Dreggers vom Frühjahr desselben Jahres über Franz Josef Strauß als einem der talentiertesten Politiker und möglichen Kanzlerkandidaten der Union[71] zu kennen, mußte die Schlußfolgerung als zumindest naheliegend erscheinen: Was die Unionspolitiker damit an Eigenschaften von dem künftigen Spitzenmann der Opposition bzw. zu dessen Nominierung gefordert und gesagt hatten ähnelte in mehr als nur einem der aufgezählten Punkte jenen Vorstellungen, die das Bild des CSU-Vorsitzenden in der Öffentlichkeit ausmachten oder aber nach dem Willen seiner politischen Freunde ausmachen sollten.

Der größere Teil der Unionsparteien und in ihnen insbesondere der christlich-demokratische Parteivorsitzende Kohl vermieden zunächst jegliche Reaktion. Das außerhalb der Union gezogene Fazit jedoch vermochte kaum eindeutiger zu sein: Unter Bezugnahme auf die jahrelangen Hinweise des 'Bayernkurier' auf die Kanzlerqualitäten des christlich-sozialen Parteivorsitzenden[72] schien für viele das Rennen um den Unionskandidaten für 1976 bereits gelaufen zu sein[73]. Die Rückbesinnung

[69] Vgl. das Interview des CDU-Generalsekretärs Biedenkopf mit Bild am Sonntag vom 3.11.1974, zit. in: dpa vom 3.11.1974 (dpa o73 vo cw - 11.56)

[70] Interview des hessischen CDU-Vorsitzenden Dregger im Deutschlandfunk am 3.11.1974, zit. in: Ebenda

[71] Vgl. das Interview des hessischen CDU-Vorsitzenden Dregger im Deutschlandfunk am 31.3.1974, zit. in: dpa vom 31.3.1974 (dpa o94 gh aw sr - 12.47)

[72] Bereits nach der für die Union verlorenen Wahl vom 19. November 1972 forderte der Bayernkurier, man müsse "der CSU einen gleichwertigen und gleichberechtigten Rang ... neben der CDU garantieren. Eine Majorisierung in politischen Grundsatzfragen muß ausgeschlossen sein", aus: Bayernkurier vom 21.11.1972, S. 1

auf das 'Regierungsgespann Adenauer - Strauß'[74] oder die Tatsache, daß beide Unionsparteien ihre inneren Krisen wiederholt mit Geschick gemeistert hatten, und dies unter der Ägide des CSU-Vorsitzenden sicher wieder tun würden[75], vermochten offenbar den Anschein zu erwecken, noch bevor sie eigentlich vollzogen sei bringe die 'Kanzlerkandidatur Strauß' die Union ein erhebliches Stück weiter auf dem Wege einer inneren Harmonisierung.

Noch am selben Tage (3.November) bestätigte der hessische CDU-Vorsitzende einen Strauß-Dregger-Kurs innerhalb der Union und für die Unionspolitik; dieser bedeute eine scharf konturierte opposionelle Alternative[76].

Am 22. November erklärte der CSU-Vorsitzende, er halte einen gemeinsamen Parteitag von CDU und CSU zur Nominierung des Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 1976, wie er unter anderem von der Jungen Union vorgeschlagen worden war[77], nicht mehr für erforderlich[78].

Doch so überraschend und reibungslos diese Nominierung des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU bereits fast vollzogen zu sein schien und welche Perspektiven sie für die Einheit der Union unter einer starken konservativen Führungspersönlichkeit wie Strauß auch immer hätte eröffnen mögen: Sie scheiterte schließlich an dem konzertierten Widerstand der Strauß-Gegner in der Christlich-Demokratischen Union. Weder die Vertreter einer in Fragen der Außenpolitik zu Strauß gegensätzlichen Politik der Union wie Gerhard Schröder, Walther Leisler Kiep oder andere

[73] SPD-Sprecher Schwartz in einem Interview mit dpa am 3.11.1974, in: dpa vom 3.11. 1974 (dpa o73 vo cw - 11.56)

[74] Vgl. Die Welt vom 22.5.1974, S. 36

[75] Vgl. ebenda

[76] Vgl. Alfred Dregger in einem Interview mit dpa am 3.11.1974, in: dpa vom 3.11.1974 (dpa o87 vo cw ra - 12.35)

[77] so der Vorsitzende der Jungen Union, Matthias Wissmann, in einem Interview mit dpa, in: dpa vom 27.7.1974 (dpa ko se ha - 11.55)

[78] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 22.11.1974, S. 2

noch die Sozialausschüsse unter Katzer und Blüm waren Ende 1974 bereit, auch nur stillschweigend dem von ihnen als hoffnungslos abgetanen Versuch ihre Unterstützung zu geben und dem CSU-Vorsitzenden zur potentiellen Führerschaft nicht nur in der Union, sondern ebenso in der Bundesrepublik zu verhelfen. Für sie und unter ihrem Einfluß für die Mehrheit der Christlichen Demokraten bestand "das Problem Strauß ... in unverminderter Schärfe fort", und zwar in einer Weise, daß "nicht wenigen in der CDU bei dem Gedanken an ihren störrischen, machthungrigen 'Bruder' in München mehr als ein kalter Schauer hinunterläuft"[79].

Der Primär-Anspruch der Christlichen Demokraten auf die Kanzlerkandidatur war wiederhergestellt, jedoch war es diesmal nicht das 'Dilemma des zweiten Mannes'[80] gewesen, das Strauß die Spitzenposition in der Union verwehrt hatte; es war die unionsinterne Furcht vor jener

> "bundesdeutsche(n) Zentralfigur eines starren Konservativismus, dessen Leitidee nicht über den Wahl-Slogan der CDU von 1957 hinausgeht: Keine Experimente! Festschreiben was ist, darauf versteift sich Strauß. Jedem Ansatz zu liberalem Denken zu reformerischem Fortschritt unserer Gesellschaft widersetzt er sich ebenso massiv und rigoros wie einer nahtlosen Einordnung der Bundesrepublik in die weltpolitischen Entspannungstendenzen unserer Tage ... "[81].

Die Abqualifizierung des Parteifreundes Helmut Kohl als dem lediglich zweitbesten Kanzlerkandidaten der Union[82], vom CSU-Vorsitzenden vorgenommen vor dem Landesvorstand der bayerischen Schwesterorganisation jener Jungen Union, in deren Reihen das oben genannte Anti-Strauß-Papier seinen Ursprung haben dürfte, war ein vernehmbares Zeichen dafür, daß die Frage einer CSU-Kanzlerkandidatur zu diesem Zeitpunkt zwar auch von den Christlichen Sozialen schließlich selbst, keineswegs aber endgültig ad acta gelegt wurde.

[79] Streitschrift (S. 2) ohne Autoren- oder Datumsangaben, die an die Bundestagsabgeordneten der CDU versandt wurde. Aus einzelnen Formulierungen kann jedoch auf eine CDU-interne oder -nahe Autorenschaft ("unsere Partei") sowie auf den Zeitraum November/Dezember 1974 als Erscheinungsdatum geschlossen werden.

[80] Vgl. diesen Terminus bei: Mintzel: Geschichte der CSU, S. 402

[81] Streitschrift (S. 16) ohne Autoren- und Datumsangaben, die an die Bundestagsabgeordneten der CDU versandt wurde. Aus einzelnen Formulierungen kann jedoch auf eine CDU-interne oder -nahe Autorenschaft ("unsere Partei") sowie auf den Zeitraum November/Dezember 1974 als Erscheinungsdatum geschlossen werden.

[82] Zit. bei: Mintzel: Geschichte der CSU, S. 402

8.2.3. Die Konzeption einer bundesweiten CSU (1975)

Hatte sich eine CSU-Kanzlerkandidatur im Jahre 1974 als in der Union noch nicht durchsetzbar erwiesen, so schien in einer Art Reaktion darauf zu Beginn des Jahres 1975 das christlich-soziale Interesse an einer Ausdehnung des politischen Aktionsradius der bayerischen Union über die Grenzen des Freistaates hinaus wieder merklich anzusteigen.

Bei den Wahlen zum Berliner Senat am 4. März 1975 kandidierte der Bund Freies Deutschland (BFD)[83] mit christlich-sozialen Wahlparolen und unter ausdrücklicher Anlehnung an die bayerische 'Mutterpartei' und ihren Vorsitzenden. Entgegen weitverbreiteten Erwartungen bei Freunden und Gegnern gelang es dieser vierten Partei in Berlin jedoch nicht, auch nur die Fünf-Prozent-Hürde zu erreichen. Nur 3,8 Prozent der Wähler gaben der neuen Partei ihre Stimme, und für den kurz vor Wahlen im eigenen Lande Rheinland-Pfalz stehenden CDU-Vorsitzenden Kohl war damit bereits erwiesen, daß der Versuch mit einer vierten Partei generell als gescheitert angesehen werden konnte[84].

8.2.3.1. Neue Wege zur Eigenständigkeit

Daß dies in seiner Verallgemeinerung durchaus nicht der Fall war, zeigte sich sehr bald in vielfältiger Form. Am 1o. April bestätigte ein Sprecher der CSU-Landesleitung auf eine Anfrage, daß die Christlich-Soziale Union bereits seit längerer Zeit außerhalb Bayerns wohnende 'Gastmitglieder'[85] aufnehme[86]. Keine Angaben machte der CSU-Sprecher

[83] Im Gegensatz zu der Annahme Mintzels gab es seit Anfang der siebziger Jahre weit mehr gewichtige 'Bundesgenossen' der CSU als die von Mintzel genannten DU (Deutsche Union), AVP (Aktionsgemeinschaft Vierte Partei) sowie die diversen'Freundeskreise'; dennoch ist Mintzel in seiner Ablehnung der These von der "CSU als Kern eines 'Rechtskartells' in statu nascendi" mit Strauß "als dessen tatsächlichem Führer" (Mintzel) beizupflichten, vgl. ebenda, S. 4o2 ff.

[84] Vgl. Rundblick vom 5.3.1975, S. 1

[85] Die ordentliche Mitgliedschaft in der CSU ist lt. ihrer eigenen Satzung (§ 2ff.) auf Bürger des Freistaates Bayern beschränkt. Die den 'Gastmitgliedern' zugesandten Aufnahmeschreiben waren von CSU-Generalsekretär Tandler unterzeichnet und wurden nach einer dem Verfasser erteilten Auskunft der CSU-Landesleitung lediglich an "solche Leute verschickt, die gerne in die CSU eintreten möchten" und dies von sich aus bekundeten. Die Gastmitglieder besitzen nicht die Rechte eines ordentlichen Parteimitglieds und erhalten für einen monatlichen Mindestbeitrag von zehn DM das vom Parteivorsitzenden herausgegebene CSU-Organ 'Bayernkurier'.

[86] Vgl. dpa vom 1o.4.1975 (dpa 352 ho re wt - 22.57)

über die Zahl der 'Gastmitglieder' in den anderen Bundesländern und ihre mögliche Parteimitgliedschaft in der CDU.

Einem anderen Vorgang mußte jedoch noch weit mehr Bedeutung beigemessen werden: Um die vom CSU-Vorsitzenden vertretenen politischen Grundsatzpositionen außerhalb Bayerns nachhaltig zu unterstützen, konstituierte sich am 11./12. April 1975 in Stuttgart erstmals ein 'Freundeskreis Franz Josef Strauß'.

Mit mehreren hundert (oftmals gleichzeitigen CDU-)Mitgliedern in ganz Baden-Württemberg gegründet, wie die Organisatoren vor der Gründungstagung mitteilten, wollte der Freundeskreis all jene institutionell erfassen, die insbesondere mit der Ost- und Wirtschaftspolitik der derzeitigen Bundesregierung nicht einverstanden seien. Bei diesem politischen Kampf sei Strauß die einzige Persönlichkeit, die "in den Zeiten des allgemeinen Verfalls und der Aushöhlung aller bisher gültigen Werte" einer weiteren derartigen Entwicklung entgegenwirken könne[87].

Damit war das Startsignal gegeben für eine ganze Reihe von den CSU-Freundeskreisen analogen Organisationen unter der persönlichen Firmierung 'Franz Josef Strauß', die ein weiteres Indiz für die Expansionsabsichten des christlich-sozialen Parteivorsitzenden darzustellen schienen. Selbst der Landesunionsvorsitzende und baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger, dessen 'politische Nähe' zu Franz Josef Strauß ansonsten hervorgehoben wurde, erachtete es für ratsam, angesichts dieser ungewollten Hilfsangebote vor einer möglichen Schwächung der CDU zu warnen[88].

Nachdem auch noch der Bayernkurier am 19. Mai 1975 die Feststellung getroffen hatte, in entscheidenden gesellschafts- und auch außenpolitischen Fragen gebe es zwischen der CSU und Teilen der CDU Unterschiede im Grundsätzlichen[89], mußte der Eindruck entstehen, die Union zeige sich immer mehr außer stande, mit einem geschlossenen Programm und

[87] Vgl. dpa vom 13.4.1975 (dpa 242 gh se sw - 19.45)

[88] Vgl. Stuttgarter Zeitung vom 15.4.1975, S. 1

[89] Bayernkurier vom 19.5.1975, S. 1

einheitlich in den politischen Tagesaussagen aufzutreten. Beiden Unionsparteien bzw. den in ihnen agierenden Gruppierungen mußte dabei jene potenzierende Wirkung der innerparteilichen Gegensätze angelastet werden, die durch eine fast immer öffentlich vorgenommene Austragung schließlich zu der eingetretenen Lage geführt hatte. Nicht so sehr durch die real existierenden politischen Differenzen zwischen CDU und CSU gerechtfertigt als vielmehr durch den von der Union in den vergangenen Jahren wiederholt erweckten Anschein der Handlungsunfähigkeit (als eine politische Einheit) sahen sich die Unionsparteien nun mit einer Diskussion über die Frage konfrontiert, ob der bevorstehende Wahlkampf nicht doch besser getrennt zu bestreiten sein würde. Mit einem getrennten Wahlkampf würde sich, so eine Argumentation, die CDU den Pressionsversuchen der CSU entziehen, und es bliebe nur das Problem der vierten Partei, das einer 'Bundes-CSU'[90]. Deren Verwirklichung aber müsse unter so veränderten Bedingungen des Parteiensystems der Bundesrepublik keineswegs als eine unumgängliche Folgeerscheinung angenommen werden; schließlich könne in der CSU nicht die Gefahr übersehen werden, bei den nächsten Landtagswahlen die absolute Mehrheit zu verlieren, falls dann - etwa in Franken - die CDU als Konkurrent aufträte.

8.2.3.2. Die 'vierte Partei' im Test

Warum das auf den ersten Blick durchaus logisch erscheinende Modell (hier: Paul Noacks) aber für die Christlichen Sozialen und ihren Vorsitzenden nur bedingt von Relevanz gewesen sein dürfte, zeigte die Äußerung des stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten und Finanzministers Huber. Für ihn und seine christlich-sozialen Parteifreunde stehe die Möglichkeit einer Kanzlerkandidatur von Strauß nach wie vor zur Debatte[91]. Diese aber schien nach dem Scheitern der einheitlichen Nominierung durch die Union vom vergangenen Jahr eben nur mit Hilfe einer eigenen, vierten Bundespartei möglich zu sein.

Für selbstverständlich erachtete es daher der CSU-Generalsekretär auch, eine deutliche Aufforderung an die Verantwortlichen in den beiden

[90] Vgl. Paul Noack: Getrennt marschieren?, in: Münchner Abendzeitung vom 26.5.1975, S. 1

[91] Vgl. Münchner Merkur vom 4.6.1975, S. 1

Unionsparteien zu formulieren, die Frage des bundesweiten Engagements der CSU noch einmal und ohne gegenseitige Vorbehalte zu prüfen[92], als eine im Auftrage der Illustrierten Quick von den Tübinger Wickert Instituten durchgeführte Repräsentativumfrage in den 'Testländern' Bayern und Nordrhein-Westfalen die vierte Partei eindeutig zu bestätigen schien[93]. Die nach der Umfrage ermittelte Steigerung des Stimmenanteils von CDU und CSU um 4,5 Prozentpunkte[94] erschienen der christlich-sozialen Parteiführung als die entscheidenden Stimmenprozente, mit denen der von SPD und FDP bislang verhinderte demokratische Ablösungsmechanismus in der Parteiendemokratie der Bundesrepublik wieder möglich gemacht werden konnte[95].

Es nützte nur noch sehr wenig, daß der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Hans Katzer die Untersuchung als rein theoretisch abtat[96] und CDU-Generalsekretär Biedenkopf allein schon die Fragestellung der Umfrage für unrealistisch[97] erachtete[98]. In beiden Unionsführungen wuchsen die Erwartungen, der CSU-Vorsitzende Strauß werde mit der Rükkendeckung des so gewonnenen neuen Datenmaterials zumindest die Fraktionsgemeinschaft im Bundestag lösen wollen. Zu sehr waren inzwischen

[92] Vgl. ebenda

[93] Bei der Umfrage wurden insgesamt 2919 Bundesbürgern (Bayern: 1508, Nordrhein-Westfalen: 1411) nacheinander zwei Fragen gestellt:
Frage 1: "Nehmen wir einmal an, die CDU und die CSU würden künftig getrennt auftreten und einzeln wählbar sein. Welcher Partei würden Sie bei einer Bundestagswahl Ihre Stimme geben?"
Frage 2: "Nehmen wir einmal an, es bliebe alles wie bisher. Welcher Partei würden Sie dann bei einer Bundestagswahl Ihre Stimme geben?"
Nach Auswertung der darauf gegebenen Antworten ergaben sich folgende Ergebnisse:

Frage 1:	CDU	CSU	Andere Parteien
Bayern:	22%	40%	38%
Nordrhein-Westfalen:	45%	7%	48%

Frage 2:	CDU/CSU	Andere Parteien
Bayern:	59%	41%
Nordrhein-Westfalen	46%	54%

aus: Quick vom 5.6.1975, S. 14f.

[94] Bei Frage 1: CDU = 33,5%; CSU = 23,5%; CDU und CSU zusammen = 57%,
bei Frage 2: CDU/CSU = 52,5%

[95] Vgl. so Gerold Tandler in: Quick vom 5.6.1975, S. 14

[96] Vgl. ebenda

[97] Ebenda, S. 15

auch Befürworter der Unionseinheit davon überzeugt, daß die sachlichen wie personellen Differenzen zwischen CDU und CSU mittlerweile zu stark geworden seien, um durch die ständigen Belastungen nicht auf die Dauer eine effektive Zusammenarbeit zu lähmen.

Doch diesmal schien die Vermutung der von der Diskussion um eine bundesweite Ausdehnung der Christlichen Sozialen naturgemäß in nicht geringem Maße betroffenen Freien Demokraten, die Drohung mit der vierten Partei besitze überwiegend rhetorischen Charakter und diene in Wahrheit lediglich zu Positionsverbesserungen für die CSU in den internen Verhandlungen mit der Schwesterpartei (Mischnick)[99], eine Bestätigung zu erfahren - wenn auch mehr in dem Sinne, daß die stetig und in nicht unbeträchtlichem Maße an Eigendynamik gewinnende Diskussion um die 'vierte Partei' noch einmal von beiden Unionsparteien unter ihre Kontrolle gebracht werden konnte. In einem Vermittlungsgespräch mit CDU-Abgeordneten stellte Strauß Anfang Juni 1975 ausdrücklich fest, daß sich sein Widerstand gegen Teile der von den Christlichen Demokraten verfolgten Politik, aber zum Beispiel nicht auf die Person Helmut Kohls beziehe, dessen Kanzlerkandidatur er bejahe. Dann jedoch machte der CSU-Vorsitzende ebenso deutlich, daß er die 'neue Linke' der CDU - nach seinen Worten durch die Namen Barzel, Blüm, Kiep, von Weizsäcker gekennzeichnet - für eine Tendenzwende halte, der sich die CSU keinesfalls anschließen werde. Demgemäß würde etwa eine Wahl Barzels in das CDU-Präsidium[1oo] von der CSU als Fortsetzung einer als abenteuerlich empfundenen Politik angesehen werden[1o1]. Strauß ließ keinen Zweifel daran, daß es ihm um die grundsätzliche Neubestimmung des politischen Kurs der Opposition ging, die auch über das Datum der Bundestagswahl 1976 hinauszielen sollte[1o2].

[98] Wie die Art der Fragestellung mußte gleichfalls das bei der Umfrage ermittelte Zahlenmaterial mit Skepsis betrachtet werden: Während die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom Mai 1975 für die in Opposition stehende CDU (nach Art der Differenzierung in der Umfrage also die Kategorie II: "wie bisher") einen Stimmenanteil von 47.1 Prozent ergeben hatten, ermittelte das Wickert-Institut nur einen Monat später für die CDU (in der Umfrage "CDU/CSU" genannt) lediglich noch Stimmenanteil von 46 Prozent.

[99] Vgl. Münchner Express vom 5.6.1975, S. 1

[1oo] Die der ehemalige CDU-Vorsitzende auf dem Parteitag der Christlichen Demokraten in Mannheim anstrebte

[1o1] Vgl. Die Rheinpfalz vom 4.6.1975, S. 1

[1o2] Vgl. ebenda

Damit hatte man in der Union zumindest den gemeinsamen Versuch unternommen, die Auseinandersetzungen zwischen Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen auf die Ebene 'normaler' politischer Sachdifferenzen mit den dazugehörigen Lösungsbestrebungen herabzustufen. Keineswegs endgültig beantwortet aber war die Frage, ob die Gegensätzlichkeiten im Bündnis von CDU und CSU schon den Stellenwert prinzipieller Auflösungserscheinungen erreicht hatten oder noch als Ausdruck eines alltäglichen politischen Willensbildungsprozesses zwischen zwei großen Parteien gewertet werden konnten, die den besten Weg zur Rückgewinnung der Regierungsmacht auszumachen suchten.

8.2.3.3. Die Strategiediskussion zwischen CDU und CSU

Schon die Vorbereitungsphase der für Mitte Juni (1975) angesetzten Treffen von CDU- und CSU-Vertretern in Bonn zur Findung einer gemeinsamen Unionsstrategie für das Jahr 1976 deutete auf die Schwierigkeiten und Belastungen hin, denen das Unionsbündnis bei seiner Aufgabe ausgesetzt sein würde, einen einheitlichen Konsens auch in den Detailfragen herzustellen oder zu wahren.

Drei Tage vor dem ersten gemeinsamen Gespräch der Präsidien von CDU und CSU über Sachfragen zur Bundestagswahl 1976 empfahl der erweiterte CSU-Parteiausschuß auf einer Sitzung in München am 7. Juni 1975, den CSU-Vorsitzenden Strauß als gemeinsamen Kanzlerkandidaten zu nominieren. 274 der 28o Teilnehmer[1o3] dieses 'kleinen Parteitages' bekundeten in dem Beschluß ihre Ansicht, der christlich-soziale Parteivorsitzende sei die am besten geeignete Persönlichkeit zur Durchsetzung der in einem zuvor beschlossenen Positionspapier der CSU enthaltenen Grundsätze wie auch zur Bestimmung und Gestaltung der Bundespolitik[1o4].

Die Resonanz in den Unionsparteien auf den Münchner Beschluß der damit wieder sichtbar auf Selbstbehauptung und Eigenständigkeit bedachten CSU[1o5] war gespalten. CDU-Sprecher Pruys bewies Gelassenheit auf seiten der Schwesterpartei und nannte es verständlich und durchaus legitim,

[1o3] Vier Teilnehmer stimmten gegen den Beschluß, zwei enthielten sich der Stimme

[1o4] Zit. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.6.1975, S.1

[1o5] Vgl. Kölner Stadt-Anzeiger vom 9.6.1975, S. 1

wenn die CSU ihren Vorsitzenden für den besten Kanzlerkandidaten halte. Der Bundesvorstand der CDU sei jedoch der Auffassung, daß Helmut Kohl die besten Chancen habe, die Union 1976 zum Wahlsieg zu führen[1o6]. CDU-Präsidiumsmitglied Leisler Kiep betonte beschwörend, nur bei völliger Geschlossenheit hätten CDU und CSU 1976 die Chance, die Wahlen zu gewinnen bzw. ein attraktiver Koalitionspartner zu sein[1o7].

Diese letztgenannte Möglichkeit einer erneuten Regierungsübernahme in Bonn durch die beiden Unionsparteien aber war explizit nicht die Zielsetzung der bayerischen CSU. Noch am selben Tage (8.Juni) charakterisierte der CSU-Vorsitzende auf einer Pressekonferenz in München eine Studie des Planungsstabes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion[1o8], in der der Union eine Annäherung an die FDP nahegelegt wurde, als ein unverbindliches Dokument, das die Linie der Unionsparteien nicht würde beeinflussen können[1o9].

Auch in der CSU selbst konnte in dieser Situation nicht mehr unbedingt von der bisher gekannten Geschlossenheit die Rede sein. Die Reaktionen im Landesausschuß auf den Antrag zur Nominierung von Strauß hatten keineswegs einhellig zustimmend gelautet[11o] und in einem anschließenden Rundfunkinterview erklärte das CSU-Vorstandsmitglied Höcherl, er gehe weiterhin davon aus, daß Helmut Kohl zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Unionsparteien für 1976 bestimmt werde[111].

[1o6] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 9.6.1975, S. 3

[1o7] Vgl. ebenda

[1o8] Die Studie warnte in allgemeiner Form vor einer totalen Konfrontation mit der FDP, da dies nur die "Konglomerierung" an die SPD beschleunigen würde. Sie sprach sich weiter gegen eine vierte Partei aus und kam zu dem Schluß, die Union könne die Regierungsverantwortung nur mit der FDP zurückgewinnen. Um die FDP dazu geneigter zu machen, sollten CDU und CSU die Auseinandersetzungen mit den Freien Demokraten sachbezogen und fair führen; man solle die FDP davon überzeugen, daß eine fortschrittlichere Politik mit der Union als mit der SPD möglich sei, und die Existenzberechtigung der Liberalen anerkennen. Allerdings hieß es in der Studie auch, das Ziel der absoluten Mehrheit für CDU und CSU müsse aus psychologischen und propagandistischen Gründen aufrechterhalten werden, vgl. Welt am Sonntag vom 8.6.1975, S. 1; dazu Die Welt vom 9.6.1975, S. 1; dazu Münchner Merkur vom 9.6.1975, S. 2

[1o9] Zit. in: Süddeutsche Zeitung vom 9.6.1975, S. 3

[11o] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 9.6.1975, S. 5

[111] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 9.6.1975, S. 3

Dennoch waren die Vorgänge in der bayerischen Landeshauptstadt kaum ausschließlich als eine parteipolitische Machtdemonstration von Franz Josef Strauß oder seiner Anhänger zu werten, die mit ihrer Vorgehensweise in München jenes Verhältnis von CDU und CSU einer weiteren Belastungsprobe ausgesetzt hatten, das offenbar mehr und mehr auf beiden Seiten bestimmt wurde von Angewiesensein aufeinander und dem gleichzeitigen Wunsch nach politischer Distanz[112].

Der CSU-Vorsitzende war gegen seinen christlich-demokratischen Kollegen formell angetreten, obwohl zu diesem Zeitpunkt es niemand mehr konnte und eigentlich auch niemand mehr wollte, Helmut Kohl die Kanzlerkandidatur der Union zu nehmen. Auf der anderen Seite stellte es auch wiederum nicht einfach, wie vielfach behauptet, den Versuch einer Abwertung des CDU-Kandidaten Kohl[113] dar; an einer politischen Spitzenfigur, die Fähigkeiten und Kraft schon im internen Duell mit Strauß verbraucht hatte, bevor sie gegen den amtierenden Bundeskanzler antrat, konnte den Christlich-Sozialen kaum ernsthaft gelegen sein[114]. Es ging vielmehr bei der neuerlichen Kanzlerkandidatur[115] von Franz Josef Strauß um Wahrung und Ausbau innerparteilicher Machtpositionen in der Union und um den Grad an Einflußnahme der CSU auf die Programmatik der CDU; unter dieser Perspektive konnte auf seiten der Christlichen Sozialen ein - wenn auch mit Blick auf die wieder einmal strapazierte Einheit der Union zweischneidiger - Erfolg verbucht werden. In die Verhandlungen der beiden Schwesterparteien ging ein mit großem parteipolitischen Rückhalt versehener CSU-Vorsitzender[116], während die CDU darauf angewiesen war zur unionsinternen Durchsetzung der Kanzlerkandidatur ihres Vorsitzenden (sach-)politische Zugeständnisse gegenüber der bayerischen Union zu machen[117].

[112] Vgl. so Friedrich Karl Fromme, Kommentar, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.6.1975, S. 1

[113] Vgl. Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 9.6.1975, S. 2

[114] Vgl. die dementsprechend gestellte Frage, in: Ruhr-Nachrichten vom 9.6.1975, S. 2

[115] Der Terminus 'Kanzlerkandidatur' war jedoch in dem Beschluß des CSU-Parteiausschusses vermieden worden.

[116] Vgl. Walter Schmid, in: Kölnische Rundschau vom 9.6.1975

[117] Vgl. Hans-Joachim Noack, in: Frankfurter Rundschau vom 9.6.1975, S. 5

Sicherlich bedeutete ein am Ende dieser ersten Phase wahlpolitischer Vorbereitung der Unionsparteien gezogenes Fazit, von der Union im strengen Sinne könne zur Zeit kaum die Rede sein[118], eine Überzeichnung der Ereignisse wie auch eine partielle Verkennung der (christlich-sozialen) Handlungsmotivation. Daneben aber durfte nicht übersehen werden, daß sich das Bündnis aus CDU und CSU in periodisch verkürzenden Abständen immer neuen Belastungsproben ausgesetzt bzw. ihnen entgegen sah.

8.2.3.3.1. Die Ausgangspositionen

Die erste Runde der Verhandlungen zwischen CDU und CSU begann am 1o. Juni 1975. Die von beiden Parteien vorgelegten Positionspapiere zu dem anstehenden Wahlprogramm für 1976 ergaben bei einem Vergleich, daß, wie es der westfälische CDU-Vorsitzende Windelen ausdrückte, man sich in einer einzigen Verhandlungssitzung verständigen konnte[119]. Forderungen wie die nach einem 'starken Staat' im gesellschaftspolitischen Kapitel oder das Eintreten der CSU für eine konsequente Deutschland- und Ostpolitik auf den Grundlagen der gemeinsamen Entschließung des Bundestages vom Mai 1972 und des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Grundlagenvertrag vom Juli 1973 sowie das Recht der deutschen Nation auf Selbstbestimmung und staatliche Einheit, die Aufrechterhaltung und Entwicklung der Bindungen zu Berlin als einem Land der Bundesrepublik und möglicher Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschland im außen- und deutschlandpolitischen Bereich des CSU-Positionspapiers[12o] vermochte in einer Wahlkampfplattform der Union auch die CDU zu akzeptieren.

Demgemäß sah CDU-Sprecher Pruys die Verhandlungen bereits in einem Geiste der Kamaradschaftlichkeit und Übereinstimmung ablaufen[121], und der CDU-Vorsitzende konnte hoffen, noch am Abend desselben Tages als alleiniger Kanzlerkandidat der Union dazustehen[122]. Doch die Äußerungen von CSU-Landesgruppenchef Stücklen, die Verhandlungen stünden unter keinerlei Zeitdruck[123] und einseitige Vorentscheidungen der CDU hätten

[118] Vgl. Joachim Sobotta: Brüchige Union, in: Rheinische Post vom 9.6.1975, S. 1

[119] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 1o.6.1975, S. 1

[12o] Vgl. das CSU-Positionspapier vom 8.6.1975, zit. in: Süddeutsche Zeitung vom 1o.6.1975, S. 1

[121] Vgl. Münchner Abendzeitung vom 1o.6.1975, S. 1

die Gespräche bereits im Vorhinein belastet[124], ließen Zweifel an dem Optimismus der beiden christlich-demokratischen Politiker aufkommen.

Was mit diesen 'einseitigen Vorentscheidungen' gemeint war, hatte der stellvertretende CSU-Vorsitzende Dollinger noch am Vortage wissen lassen: "Die Entscheidung der CSU für ihn (gemeint ist Strauß als 'Kanzlerkandidat der CSU', Anm. d. Verf.) ist auch die Folge der frühzeitigen Nominierung von Helmut Kohl durch die CDU"[125].

Aber nicht nur in dieser Formfrage, bei der die CSU die Parität innerhalb der Union als verletzt ansah, gab es unterschiedliche Ausgangspositionen.

Bereits zu Beginn der Gespräche hatte der CSU-Vorsitzende noch einmal ausdrücklich die mangelnde Kampfbereitschaft einiger Christlicher Demokraten beklagt. Er selbst und seine Partei dagegen seien- ebenso wie Bundeskanzler Schmidt - der Meinung, daß ein hohes Maß an Konfrontation notwendig sei, wenn eine Partei ihre Sachaussagen glaubwürdig machen und ihre Führungspersönlichkeiten der Öffentlichkeit nahebringen wolle[126]. Das aber bedeutete nichts anderes als eine nun von christlich-sozialer Seite kommende Vorbedingung für die Verhandlungen: Grundsätzliche Ablehnung jeglicher auf Kooperation mit der Regierung abzielenden Strategie der Opposition und Ausrichtung der Union nach streng kompetitivem Verhaltensmuster. Eine Opposition, die glaubte, sie könne sich ohne den Kampf der Meinungen leichter der Macht annähern, hatte nach dieser Auffassung nur wenig Aussicht auf politischen Erfolg, und diese Ansicht werde desgleichen von einem großen Prozentsatz in der CDU geteilt[127].

[122]Vgl. ebenda

[123]Vgl. ebenda

[124]Vgl. in: Die Welt vom 1o.6.1975, S. 1

[125]Werner Dollinger in einem Interview in Bild vom 9.6.1975, S. 1

[126]Vgl. Münchner Merkur vom 1o.6.1975, S. 3

[127]Vgl. ebenda

Daß es diese auf der politischen Linie der christlich-sozialen Verhandlungspartner liegenden CDU-Gruppierungen tatsächlich gab, stellte nicht nur die Meinung des CSU-Vorsitzenden dar[128], und so sollte die von ihm befürwortete offensive Strategie nicht nur auf die 'große' Politik, sondern mit berechtigter Hoffnung auf Erfolg auch auf die interne Unionspolitik ihre Anwendung finden. Obwohl das Thema 'vierte Partei' gar nicht zur Diskussion stehen würde, erklärte ein CSU-Präsidiumssprecher zu Beginn der Unterredungen, es gehe nicht mehr an, daß CDU-Generalsekretär Biedenkopf diese Frage nicht zur Kenntnis nehmen wolle[129]; Hermann Höcherl erkäuterte in einem Aufruf zur Geschlossenheit der Union ergänzend, es solle nicht ganz vergessen werden, daß in den fünfziger Jahren einmal der CSU-Finanzminister Schäffer auch von der CDU als unbestrittener Nachfolger von Adenauer[13o] vorgesehen worden sei[131]. Auch wenn nach Strauß' Worten insbesondere im innerparteilichen Umgang miteinander "offensiv ... nicht gleich aggressiv" gesetzt werden durfte[132], so hatte der CSU-Vorsitzende zu Beginn des unionsinternen Beratungsprozesses über Strategie-, Sach- und Personalfragen seine Position als Verfechter einer kompetitiven Oppositionsstrategie gegenüber der sozial-liberalen Bundesregierung unmißverständlich klar gemacht. Die ausdrückliche Betonung einer 'harmonischen' Konfliktaustragung in den Unionsparteien selbst wurde noch durch den

128„... Teile der CDU, die sich einen Kanzlerkandidaten Kohl nur schwer vorstellen können", aus: Friedrich Karl Fromme: Es geht um die Proklamierung von Kohl zum Kanzlerkandidaten der Union, Zögern in den eigenen Reihen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1o.6.1975, S. 1

129Zit. in: Münchner Abendzeitung vom 9.6.1975, S. 2

13oVgl. Hermann Höcherl: 'Geschlossenheit', in: Westfälische Nachrichten vom 7.6.1975, S. 2

131Diese Auffassung wird durch die Darstellung Mintzels nicht bestätigt, vgl.Mintzel: Geschichte der CSU, S. 366ff.; gemeint worden war von Höcherl vermutlich der Umstand, daß im Jahre 1957, während einer längerern Krankheit Konrad Adenauers, der damalige Bundesfinanzminister Fritz Schäffer (CSU), für den Fall eines Ausscheidens Adenauers aus dem Kanzleramt in der Bevölkerung der Bundesrepublik zum Teil als dessen präsumtiver Nachfolger angesehen worden war. Diese Einschätzung deckte sich jedoch in keiner Weise mit der tatsächlichen, innerparteilich wie unionsintern zu dem genannten Zeitpunkt bereits umstrittenen Stellung Schäffers, vgl. unter anderem Müchler: CDU/CSU, S. 128-137

132Vgl. Münchner Merkur vom 1o.6.1975, S. 3

Umstand unterstrichen, daß die kommenden Vorgänge eigentlich jeder Dramatik entbehrten, da doch die wichtigen Entscheidungen, nämlich die endgültige Nominierung von Helmut Kohl als gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Union und die Verabschiedung des programmatischen Grundsatzpapiers von CDU[133] und CSU, praktisch gefallen und von Strauß anscheinend bereits hingenommen bzw. problemlos waren. Mochte dies auch so sein, so sagte es natürlich noch nichts darüber aus, ob sich CDU und CSU von Kohl wirklich führen lassen würden und ob sie die personelle und programmatische Geschlossenheit noch einmal gewinnen und stabilisieren konnten, ohne die ein Wahlerfolg aussichtslos erschien. Die Benennung eines Kanzlerkandidaten auf der Grundlage gemeinsamer programmatischer Aussagen konnte der Anfang dazu sein, falls zwei Bedingungen erfüllt wurden:

So sicher es zutreffen mochte, daß die Union mit Franz Josef Strauß (und trotz seines gerade in einem unter wirtschaftspolitischen Vorzeichen geführten Wahlkampf für die Opposition unerläßlichen ökonomischen Sachverstandes) eine Bundestagswahl allen Voraussagen gemäß verlieren würde, so mußte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident zum einen darum bemüht sein, möglichst schnell die Meinung zu widerlegen, er besitze nur mittelmäßige Führungsqualitäten[134] und stelle daher keineswegs die ideale Alternative zum CSU-Vorsitzenden an der Spitze der Union dar.

Zum zweiten hatte in der Bundesrepublik noch nie eine Opposition die absolute Mehrheit gewonnen. Wer sich daran erinnerte, konnte erst ermessen, welche Aufgabe vor allem in bezug auf die Selbstdarstellung

[133] Vgl. als Gegenstück zum Positionspapier der CSU den Entwurf der 'Mannheimer Erklärung' der CDU. Obwohl in dem CDU-Papier gleichfalls auf innen- wie wirtschaftspolitische Probleme eingegangen wurde, nahmen die Außenbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland in nahezu zwei Dritteln der behandelten Fragestellungen den dominierenden Platz ein. Überwiegend beruhte das, was die Parteiführung auf insgesamt neununddreißig Seiten als zukünftige (Außen-)Politik der CDU dokumentierte auf den bekannten außen- und deutschlandpolitischen Positionen der Union: Wiedergewinnung der nationalen Einheit in Freiheit, Bekenntnis zur atlantischen Gemeinschaft und zu den Bindungen Westberlins an die Bundesrepublik, Anerkennung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages mit der DDR und dessen Anwendung auf der Grundlage der durch das Bundesverfassungsgericht gegebenen Interpretation sowie im Sinne der gemeinsamen Resolution des Bundestages, vgl. 'Zum Thema: Unsere Politik für Deutschland - Mannheimer Erklärung -', hrsg. vom Bundesvorstand der CDU, Bonn 1975, dazu: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.6.1975, S. 4f.

[134] Vgl. Oskar Fehrenbach: Wer führt die CDU/CSU?, in: Stuttgarter Zeitung vom 10.6. 1975, S. 2

als handlungsfähige Opposition wie als potentielle Träger der neuen Regierung bis zu den Wahlen des folgenden Jahres vor den Unionsparteien lag - und er mußte am Vorabend der internen Verhandlungsrunde erkennen, wie dementsprechend ungenügend in dieser Hinsicht bislang ihre Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf 1976 gewesen waren. Selbst wer beide Parteien wohlwollend anschaute, vermochte oft kein eindeutiges Bild von d e r politischen Grundsatzlinie der Union und damit das zu erkennen, was als das ausschlaggebende Motiv dafür zu gelten vermochte, daß sie zu wählen sei.

Bereits seit Beginn der sechziger Jahre waren CDU und CSU zudem einige der traditionellen Positionen entglitten, die sie in der Bundesrepublik von Anfang an besetzt gehalten hatten, und erst nach der Bundestagswahl von 1969 war diese Entwicklung zu einem Stillstand gekommen (was nicht bedeutete, daß die Union bereits verlorenes 'Terrain' hatte zurückgewinnen können)[135]. Weiterhin galten die Unionsparteien, wie auch schon früher, als eher konservativ, ihren Konkurrenten an Reformwillen und Erneuerungskraft unterlegen, doch von ihren ehemaligen politischen Domänen hatten sie sich zum Teil verdrängen lassen. Auch nachdem mit Karl Schiller das Symbol der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der von der SPD geführten Bundesregierung[136] der sozialliberalen Koalition seit 1972 nicht mehr zur Verfügung gestanden hatte, besaß eine (wenn auch nur knappe) Mehrheit in der Wählerschaft der Bundesrepublik in Fragen der wirtschaftlichen Stabilität oder der Finanzpolitik eher Zutrauen zu SPD und FDP als zu den Unionsparteien[137]. Gleiches galt (schon traditionell) für den Bereich der Sozialpolitik[138].

Innerhalb der Außenpolitik stand es außer Frage, daß Deutschland- wie Ostpolitik von einer überwiegenden Mehrheit in der Wählerschaft getragen wurden[139]; lediglich in der Frage eines guten Verhältnisses zu den

[135] Vgl. Hans D. Klingemann: Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung, Die Einstellung zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 2, 1973, S. 244f.

[136] Vgl. Max Kaase: Die Bundestagswahl 1972: Probleme und Analysen, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 2, 1973, S. 159

[137] Vgl. Schaubild 3 bei: Hans D. Klingemann: Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung, Die Einstellung zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 2, 1973, S. 242

[138] Vgl. ebenda

[139] Vgl. ebenda

USA vermochten CDU und CSU weiterhin mit großem Abstand die Regierungsparteien an Vertrauen in ihre Politik zu übertreffen[14o].

Und nur sehr allmählich hatte sich nach dem Tiefpunkt des Jahres 1972 dieser Kompetenzrückgang der Unionsparteien bzw. (seit 1969) die Stagnation bei der ihnen zugeordneten Issue-Kompetenz in eine positive Trendentwicklung zugunsten der Union verkehrt (zumal der zwischen Regierung und Opposition am meisten kontroverse und nach der Auffassung einiger Wahlforscher[141] sich 1972 für CDU und CSU sogar e n t s c h e i d e n d negativ auswirkende Themenkomplex der Deutschland- und Ostpolitik nach diesem Zeitpunkt zunächst einmal einen vorläufigen Abschluß gefunden hatte). Eine solchermaßen diagnostizierte allgemeinpolitische Tendenzwende aber konnte nur das Fundament abgeben, von der aus die Unionsparteien durch glaubwürdige Präsentation ihrer Regierungsfähigkeit den Kampf um die Rückgewinnung der Regierungsmacht in Bonn aufnehmen mußten.

8.2.3.3.2. Die Verhandlungen

Die Vertagung der gemeinsamen Präsidiumssitzung von CDU und CSU vom 1o. auf den 19. Juni mit dem Ziel, dann alle noch anstehenden Fragen einschließlich der Frage des Kanzlerkandidaten abschließend behandeln zu können[142], deutete die entgegen den Erwartungen doch noch nicht erzielte Einigung zwischen beiden Parteien an; es war ein Kompromiß der beiden Bündnispartner. Der CDU-Vorsitzende Kohl hatte sich mit der Absicht durchgesetzt, noch vor dem am 22. Juni beginnenden Mannheimer CDU-Parteitag zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten von Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen ausgerufen zu werden. Die CSU wiederum hatte deutlich gemacht, wie schwer sie sich ihre Zustimmung hatte abringen lassen.

Damit hatten sich die Unionsparteien weitestgehend über ein Sachprogramm einig werden können[143] und von beiden gemeinsam war Helmut Kohl

[14o] Vgl. ebenda

[141] Vgl. Hans D. Klingemann: Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung, Die Einstellung zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 2, 1973, S. 243

[142] Vgl. das Kommuniqué der gemeinsamen Sitzung der Präsidien von CDU und CSU am 1o.6.1975 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[143] Vgl. Bonner General-Anzeiger vom 11.6.1975, S. 1

die Spitzenkandidatur der CDU/CSU für die Bundestagswahl des Jahres 1976 übertragen worden[144]; unübersehbar aber war dabei ebenso gewesen, daß der CSU-Vorsitzende seine Absicht wahrgemacht hatte, mit den Christlichen Demokraten wie mit einem 'normalen' Koalitionspartner zu verhandeln[145], und so durch politischen Druck in der Personenfrage die von den Christlich-Sozialen insbesondere in der Außen- und Gesellschaftspolitik für unverzichtbar gehaltene[146] kompromißlosere oppositionspolitische Ausrichtung durchgesetzt worden war.

Schon ein Jahr vorher aber hatten sich Christlich-Soziale wie Christliche Demokraten damit auch eine Rückversicherung geschaffen für den Fall, daß die Union 1976 ihr Wahlziel nicht erreichen sollte. CDU und CSU konnten jeweils auf ihr eigenes politisches Konzept pochen und sagen, hätte man es nur unbeeinflußt in die Wirklichkeit umgesetzt, wäre der Sieg errungen worden. Die im Rückblick auf die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen gemachte kritische Bemerkung des CSU-Vorsitzenden über die dortige CDU[147] konnte als Indiz dafür genommen werden.

War schon nach der Hälfte der Beratungen zwischen CDU und CSU absehbar, daß es für die Bundestagswahl 1976 wieder 'die Union' und 'den Unionskandidaten' geben würde, so ließ sich doch ebenso prognostizieren, daß der Weg dorthin Spuren hinterlassen würde. Die CSU war bei ihrer Ansicht geblieben, daß die Schwesterpartei ihr mit Kohl nur den 'zweitbesten' Kanzlerkandidaten praktisch aufgezwungen hatte; und die CDU würde es nicht so leicht verwinden, daß die Christlich-Sozialen unter dem Vorwand der Klärung von Sachfragen die Nominierung Kohls so lange hinausgezögert hatten.

Zurück blieb nach der ersten internen 'Koalitions'gesprächsrunde zwischen den beiden Parteien eine Union, deren Schrägstrich im Fraktionsnamen für viele zwischen 'CDU-Tauben' und 'CSU-Falken' in der Wahlkampfstrategie sichtbar unterschied. So eindeutig, wie dies Alfred Rapp am Tage der zweiten Gespräche sah[148], verlief die Scheidelinie inner-

[144] Vgl. Kölnische Rundschau vom 11.6.1975, S. 1

[145] Vgl. Die Welt vom 11.6.1975, S. 3 .

[146] Vgl. Otto B. Roegle: Kanzlerkandidatur und vierte Partei, in: Rheinischer Merkur vom 13.6.1975, S. 1

[147] Der Vorwurf von Strauß hatte besonders auf den "mangelnden Kampfgeist" in der christlich-demokratischen Wahlkampfführung hingewiesen, vgl. Süddeutsche Zeitung vom 11.6.1975, S. 1

halb der Union wohl kaum; sie trennte jedoch andererseits Christliche Demokraten und Christlich-Soziale auch nicht nur in der Frage des adäquaten Wahlkampfkonzepts. Zwar gab es Gegensätzlichkeiten in Strategiefragen innerhalb der Unionsparteien wie ebenso Unterschiede in sachpolitischen Bereichen, so beispielsweise auf dem Gebiet der Außenpolitik oder im Verständnis von Staat und Gesellschaft.

Doch zeigten sich mehr und mehr die am ehesten unüberbrückbar erscheinenden Unterschiede zwischen der CDU und der weitaus geschlosseneren CSU in der A k z e n t u i e r u n g der Probleme und Forderungen, in der Taktik, in der Sprache sowie in der Folge der gesetzten Prioritäten. Es war also mehr als dringlich geboten, zumindest den Versuch einer Diskussion zu unternehmen, wie der Bürger anzusprechen und zu gewinnen war.

Die CDU - das machte ihre Mannheimer Erklärung deutlich - scheute durchaus nicht den politischen Kampf. Sie regte ihre Mitglieder an, dem Bürger in den großen Linien demokratischer, sozialer und wirtschaftlich vernünftiger Politik klarzumachen, daß sie das Wohl des Bürgers besser wahrzunehmen verstand als die derzeit Regierenden. Aber bereits in dieser Diktion zeigte sich der Unterschied: Die CDU argumentierte vorwiegend komparativ, die CSU alternativ.

"Das Ziel unserer Deutschlandpolitik ist: Freiheit und Einheit für das ganze deutsche Volk zu erringen", hieß es in der Mannheimer Erklärung[149].

> "Um die Einheit der Nation zu erhalten und zu bestätigen, unterstützen und fördern wir die Aufrechterhaltung aller geistigen, kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten. Diesem Ziel dient insbesondere auch die Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands ... In diesem Rahmen ist es das Ziel unserer Politik: Spannungen abzubauen; der Aufrechterhaltung ideologisch bestimmter Feindbilder in der DDR entgegenzuwirken, im Wettstreit der Systeme unsere freiheitliche Demokratie offensiv zu verteidigen ... Wir sind bereit, die in der Vergangenheit geschlossenen Verträge mit Leben zu erfüllen. Dabei müssen Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen"[150].

[148] Vgl. Alfred Rapp: Strauß hat den Schrägstrich im Visier, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.6.1975, S. 3

[149] Vgl. 'Zum Thema: Unsere Politik für Deutschland - Mannheimer Erklärung -', hrsg. vom Bundesvorstand der CDU, S. 23f.

[150] Ebenda

Dem zum Beispiel konnte sich die CSU trotz aller gerade im Bereich der Außenpolitik bestehenden Differenzierungen und auch Kontraste zu den Christlichen Demokraten inhaltlich voll anschließen. Aber sie sagte es anders. Sie forderte, daß

> "verantwortungsvolle Politik mit Nachdruck einzutreten" habe "für ein freies und gleichberechtigtes Deutschland in einem freien Europa", und zwar "gegen ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa"[151].

Analoge Akzentverschiebungen finden sich in der Wirtschaftspolitik[152] wie ebenso im sozial- und gesellschaftspolitischen Bereich[153].

[151] CSU-Positionspapier vom 8.6.1975, zit. in: Süddeutsche Zeitung vom 10.6.1975, S. 1

[152] Während die CDU in ihrer wirtschaftspolitischen Wegweisung zunächst auf die weltwirtschaftliche Lage einging, um schließlich die soziale Marktwirtschaft und das Vertrauen des Bürgers in sie als Voraussetzung zur Wiedergewinnung der Stabilität zu nennen, forderte das CSU-Papier die "personale, freie, offene liberale und tolerante Gesellschaft", die es zu bewahren und auszubauen und so mit dem Modell einer "funktionärsgesteuerten, kollektivistischen Gesellschaft" zu konfrontieren gelte. Die Christlichen Sozialen traten "für eine auf Erfahrung und Wirklichkeit gegründete Politik" ein, nicht ohne in einem Zug den "sozialistischen Utopien und marxistischen Ideologien" den Kampf anzusagen und am Ende - gewissermaßen im frontalen Angriff - die "unverfälschte soziale Marktwirtschaft gegen sozialistische Planwirtschaft und ihre unter demokratischem Sozialismus laufenden Vorstufen" zu postulieren.

[153] Im Kapitel 'Staat und Gesellschaft' beklagte die CDU die "durch undurchdachte Maßnahmen und Eingriffe in weiten Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft" erfolgte "Aushöhlung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Bürger ... Heute müssen neue weiterführende Ziele und Aufgabenstellungen entworfen werden ... Die allgemein weltpolitischen Veränderungen und die unzulängliche Regierungsarbeit von SPD und FDP wie die Neuauflage historisch überholter Klassenkampfvorstellungen ... und der bewußte Abbau des Leistungsgedankens haben die Widerstandskraft der Gesellschaft und ihre Fähigkeiten gemindert, den großen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft (zu) entsprechen". Der Leser des CDU-Programms mußte streckenweise den Eindruck gewinnen, SPD und FDP hätten nur "zu wenig getan", nicht aber qualitativ falsch regiert. Die Arbeit der Koalitionsparteien war für die Christlichen Demokraten "unzulänglich", ihre Politik "undurchdacht". Das christlich-soziale Positionspapier sagte es deutlicher. Hier wurde von der notwendigen "Kursänderung der deutschen Politik" gesprochen, die einen Schaden wieder gutmachen müsse, "den sozialistische Politik angerichtet" habe. Wollte die CDU mit der Lösung der 'Neuen sozialen Frage', dem Problem der Schwachen in der modernen Gesellschaft, die "Bewältigung des Wandels in Freiheit" erreichen, so legte die CSU vor allen Dingen Wert auf die 'Stärke' des Staates, die "die Freiheit des einzelnen verbürgen und Recht und Gerechtigkeit für ihn durchsetzen" werde.

Bemerkenswert war, daß die Mannheimer Erklärung das Verhältnis der Union zu den anderen Parteien nicht berührte. Dagegen sprach das Positionspapier der CSU klar von den "Blockparteien SPD und FDP". Da mit der FDP nicht zu rechnen sei, habe die Union selbstbewußt und kompromißlos auf den absoluten Sieg zu setzen. Dadurch sollte von christlich-sozialer Seite der angesichts immer neuer 'Verliererkoalitionen' um sich greifenden Resignation innerhalb der CDU begegnet werden.

Es war zu erwarten, daß der CSU-Vorsitzende manchem der an der Mannheimer Erklärung schriftführend Beteiligten jene besondere Eigenschaften nicht zutraute, die dem Verfechter eines scharfen alternativen Konzepts zu eigen sein mußten. Und so war die Frage nach dem gemeinsamen Sachprogramm von der Frage nach den richtigen Männern, einschließlich des gemeinsamen Spitzenkandidaten, letztlich nicht zu trennen.

Wie sehr daher die CSU trotz aller ihr gemachten (weitestgehenden) Konzessionen im sach- wie im parteitaktischen Teil des schließlich im Anschluß an die zweite christlich-demokratische/christlich-soziale Beratungsrunde am 19. Juni verabschiedeten gemeinsamen Parteibeschlusses von CDU und CSU die Kanzlerkandidatur des CDU-Vorsitzenden als aufoktroyiert und strategisch falsch empfinden mußte, bewies die in das Papier aufgenommene Formel: "Die CSU hält an ihrer Bewertung fest, daß ihr Vorsitzender d e r [154] geeignete Kandidat ist"[155].

[154] Hervorhebung durch den Verfasser

[155] Siehe 'Gemeinsamer Beschluß der Präsidien von CDU und CSU vom 19.6.1975': "CDU und CSU sind entschlossen, den Bundestagswahlkampf 1976 mit dem gemeinsamen Ziel zu führen, durch einen Regierungswechsel eine Änderung des politischen Kurses herbeizuführen, um weiteren Schaden von der Bundesrepublik auf innen- und außenpolitischem Gebiete abzuwenden und einer verhängnisvollen politischen Entwicklung zu einer sozialistischen Gesellschaft ein Ende zu bereiten.
Die CDU hat Helmut Kohl als Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers vorgeschlagen.
Die CSU hat davon Kenntnis genommen, daß die CDU als größere Partei den Anspruch erhebt, den Kanzlerkandidat zu stellen. Die CSU hält an ihrer Bewertung fest, daß ihr Vorsitzender der geeignete Kandidat ist.
Die CSU wird im Interesse der gemeinsamen Sache ebenso wie die CDU Helmut Kohl als Kanzlerkandidaten unterstützen.
CDU und CSU stehen der Tatsache gegenüber, daß SPD und FDP sich zunehmend zu Blockparteien entwickeln, mit dem Ziel, ihre Koalition über das Jahr 1976 hinaus fortzusetzen und im Bunde CDU und CSU genauso aus der Regierungsverantwortung auszuschließen wie sie es in den Ländern Niedersachsen, Hessen, Berlin und Nordrhein-Westfalen getan haben und im Saarland beabsichtigen, obwohl die CDU in diesen Ländern mit großem Abstand vom Wähler als stärkste politische Kraft bestellt wurde.

8.2.3.4. Die Diskussion der vierten Partei in der CDU

Mit ihrem gemeinsamen Beschluß vom 19. Juni 1975 hatten CDU und CSU zuerst einmal einen für die einjährige Frist bis zu den nächsten Bundestagswahlen gültigen vorläufigen Schlußstrich unter die innerparteiliche Erörterung einer vierten Bundespartei gezogen. Dies schien bestätigt zu werden, als CSU-Generalsekretär Tandler am darauffolgenden Tag im Zusammenhang mit Verlautbarungen angeblicher neuer 'Franz Josef Strauß-Freundeskreise' erstmals unzweideutig erklärte, Gründungen dieser Art seien von der CSU weder angeregt noch legitimiert, noch hätten diese Gruppen mit der CSU irgendwelche Verbindung. Unter Bezugnahme auf das Programm eines sogenannten 'Freundeskreises FJS' in Stuttgart stellte Tandler fest, die in diesem Programm erhobenen Forderungen seien von einer Art, daß niemand sie ernst nehmen könne[156]. Waren nun allem Anschein nach von seiten der Christlich-Sozialen die Grundlagen für jene einheitliche Kraft und Ausstrahlungsfähigkeit der beiden Unionsparteien gegeben, die Franz Josef Strauß in seinem Glückwunschtelegramm zur Wiederwahl Helmut Kohls zum CDU-Parteivorsitzenden als die beste Voraussetzung für einen Wahlerfolg im Jahre 1976 erachtet hatte[157], so war es jetzt an der Schwesterpartei CDU, das Problem der vierten Partei aufzugreifen und genauer zu untersuchen.

Ein in den Verhandlungen vom 1o. bzw. 19. Juni 1975 beschlossenes Gremium aus Vertretern von CDU und CSU formulierte bereits am 26. Juni einen Auftrag an mehrere Institute, mit Hilfe kommunkationswissenschaftlicher Methoden die Konsequenzen der Gründung einer vierten Partei auf Bundesebene neben der CDU zu prüfen[158]. Das Ergebnis wurde für den Spätherbst erwartet, sollte aber keine Auswirkungen mehr auf die Bundestagswahl 1976 haben[159]. Daß damit jedoch zugleich längerfristig

[155] Forts.: CDU und CSU führen den Bundestagswahlkampf als Partner mit der gegenseitigen Verpflichtung,nur gemeinsam eine Regierung zu bilden. CDU und CSU lassen sich dabei von den Grundsätzen leiten, die in den jetzt abgeschlossenen Gesprächen über die Hauptfragen der Innen- und Außenpolitik festgesetzt worden sind" (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[156] Vgl. 'CSU kontra Freundeskreise', in: dpa vom 2o.6.1975 (dpa aw kn ks - 18.21)

[157] Vgl. den Wortlaut des Glückwunschtelegramms des CSU-Vorsitzenden Strauß an den CDU-Vorsitzenden Kohl vom 23.6.1975 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[158] Handschriftliche Aktennotiz des CDU-Generalsekretärs Biedenkopf an den CDU-Vorsitzenden Kohl über den Beschluß des CDU-CSU-Gremiums vom 26.6.1975 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

weitere Folgeerscheinungen verbunden sein würden, mußte auch für die CDU-Führung eine zwangsläufige Erkenntnis sein. Ergab die Untersuchung nämlich eine Bestätigung der Strauß-These, gegen zwei Parteien sei auch nur mit zwei Parteien zu gewinnen, wurde es in der CDU den Gegnern einer vierten Partei nahezu unmöglich, ihren Widerstand so auszubauen, daß sich dieses Experiment auch tatsächlich verhindern ließe. Das traf naturgemäß insbesondere auf eine Situation zu, in der zum Beispiel nach einer Wahlniederlage des Kandidaten Kohl im Oktober 1976 die Union sich noch erheblich stärker als ein Jahr zuvor der Konfliktstrategie des CSU-Vorsitzenden würde öffnen müssen.

Noch aber überwog bei Christlichen Demokraten wie Christlich-Sozialen das Streben nach einer Harmonisierung des gegenseitigen Bündnisverhältnisses. Der dreiundzwanzigste Bundesparteitag der CDU in Mannheim verabschiedete am 27. Juni ein eigenes Programm zur Verbesserung der Kooperation zwischen CDU und CSU[160] und sogar der CSU-Generalsekretär erklärte im Namen seiner Partei ausdrücklich, stets eine engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Schwesterparteien begrüßen und fördern zu wollen[161].

[159] Handschriftliche Aktennotiz des CDU-Generalsekretärs Biedenkopf an den CDU-Vorsitzenden Kohl über den Beschluß des CDU-CSU-Gremiums vom 26.6.1975 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[160] Vgl. den Beschluß des CDU-Parteitages in Mannheim vom 7.6.1975 zur 'Kooperation zwischen CDU und CSU': "Die Kooperation zwischen CDU und CSU muß entschieden verbessert werden; die gemeinsamen Sitzungen der Präsidien von CDU und CSU reichen dazu nicht aus. Daher werden Bundesvorstand und Präsidium aufgefordert, in Verhandlungen mit der CSU-Führung Zustimmung für folgende neue Satzungsbestimmungen beider Parteien zu erzielen: Erstens, Angleichung und Zusammenschluß möglichst aller bestehenden Vereinigungen der CDU und CSU zu einer jeweils einheitlichen Bundesvereinigung nach dem Vorbild der Jungen Union. Diese Forderung gilt insbesondere für Frauenvereinigung, Sozialausschüsse, kommunale Vereinigung, Wirtschaftsvereinigung und Mittelstandsvereinigung; zweitens, die Konstituierung gemeinsamer Bundesfachausschüsse von CDU und CSU zur Beratung bundespolitischer Themen; drittens, Schaffung eines speziellen Gremiums zur Koordination der internationalen Arbeit von CDU und CSU; viertens, rechtzeitig vor jeder Bundestagswahl tritt ein gemeinsamer Unionskongreß von CDU und CSU zusammen, der den Kanzlerkandidaten der Union wählt und die Leitlinien für die Wahlkampfaussagen der Union festlegt. Der Unionskongreß setzt sich aus den Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion zusammen sowie einer gleichen Anzahl von Delegierten der beiden Parteien entsprechend ihrer Stärke in der Fraktion. Der Unionskongreß entscheidet grundsätzlich in allen Sach- und Personalfragen mit Zwei-Drittel-Mehrheit; fünftens, gemeinsame Diskussion und Verabschiedung eines Grundsatzprogramms von der CDU und CSU. Über das Ergebnis der Verhandlungen wird dem Bundesparteiausschuß spätestens im Frühjahr 1976 Bericht erstattet" (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[161] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 30.6.1975, S. 1

In dieser vor allem innerhalb der CDU zu registrierenden unionsinternen Konsolidierungsaktion der beiden Parteiführungen mußte jedoch jede Artikulation der während der gemeinsamen Strategieverhandlungen insbesondere bei vielen Christlichen Demokraten angestauten wechselseitigen Verärgerungen umso vernehmbarer erscheinen. Nachdem bereits am 4. Juli 1975 der CDU-Mittelstandpolitiker Egon Lampersbach geäußert hatte, auch in der CDU spielten manche mit dem Gedanken einer vierten Partei[162], kam es am Wochenende des 5./6. Juli zu einer offenen Störung des Unionsfriedens. Vor der Landestagung der Jungen Union Rheinland stellte deren Vorsitzender und Düsseldorfer Landtagsabgeordnete Klaus Evertz seinerseits die Trennung von CDU und CSU und das bundesweite Auftreten beider Parteien zur Diskussion. Zusammenfassend begründete Evertz seinen Vorstoß mit der Feststellung: "Der eigentliche Grund für die politische Artikulationsunfähigkeit der Union ist, wie die Ereignisse seit Sonthofen bis zum Mannheimer Parteitag beweisen, mit dem Namen Franz Josef Strauß verbunden"[163]. Seit dem isoliert gebliebenen Versuch Rainer Barzels habe es niemand mehr vermocht, den politischen Immobilismus der Union aufzubrechen; Bundestagsfraktion wie Parteiführung der CDU sei es gleichermaßen anzulasten, wenn dabei mehr und mehr die Eigenständigkeit und politische Aktionsfähigkeit der größeren der beiden Unionen zugunsten des kleineren Partners verloren gegangen seien. Wenn in der Gesamtunion Politik im Sinne der christlich-demokratischen Bewegung gemacht werden solle, müsse von dem CSU-Vorsitzenden diese Politik auch in ihren Grundsätzen akzeptiert werden, schlußfolgerte Evertz. "Das heißt, daß er seine Partei zurückführt auf die einstmals gemeinsame Plattform, und das heißt ferner, daß er es aufgibt, gegenüber der CDU als eine eigene Partei mit allen damit verbundenen Ansprüchen aufzutreten"[164]. Seiner Meinung nach sollte der CSU-Vorsitzende wissen, daß es viele in der CDU gebe, die wünschten, daß die CSU bundesweit als Partei auftrete, damit die Fronten und die Machtverhältnisse sich klar darstellten. "Wir würden ihm dann allerdings auch in München vorführen, wer in Deutschland die modernere politische Konzeption vertritt"[165].

[162] Vgl. dpa vom 4.7.1975 (dpa gh cw 1n - 11.27)

[163] Unkorrigiertes Redemanuskript des rheinischen JU-Vorsitzenden Evertz vom 5.7.1975 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[164] Unkorrigiertes Redemanuskript des rheinischen JU-Vorsitzenden Evertz vom 5.7.1975, S. 2o (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[165] Ebenda, S. 21

Die unmittelbar nach Abschluß der Rede einsetzenden heftigen Reaktionen und beschwichtigenden Kommentare, mit denen führende Vertreter von CDU und CSU auf die apodiktisch formulierten Äußerungen von Evertz antworteten, zeigten deutlich, daß der Vorsitzende der rheinischen Jungen Union eine Schwachstelle der Opposition berührt hatte, die durch die auf dem Mannheimer CDU-Parteitag neu gewonnene Einheitlichkeit zum Teil nur notdürftig überdeckt worden war. Wenn nun einige Christliche Demokraten davon sprachen, daß die als unbedacht qualifizierten Äußerungen von Evertz die für den Wahlsieg 1976 unverzichtbare Gemeinsamkeit gefährdeten, die Politik der Union schädigten (Biedenkopf)[166] bwz. nicht im wohlverstandenen Interesse der Union seien (Stoltenberg)[167], so stellten diese Unionspolitiker damit die Ernsthaftigkeit ihrer Bemühungen um die Unionseinheit unter Beweis; sie negierten jedoch zugleich unausgesprochen, daß die untergründigen Spannungen zwischen CDU und CSU mit der Nominierung Kohls zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Unionsparteien kaum als ausgeräumt zu betrachten gewesen waren. Nicht nur der starke Beifall[168], den Evertz von den 2oo Delegierten der JU-Landestagung erhalten hatte, war ein Indiz dafür gewesen, daß es sich keineswegs nur um die persönliche Meinung des CDU-Landtagsabgeordneten handelte. Zum gleichen Zeitpunkt, zu dem CSU-Sprecher Kiehl seine Vermutung äußerte, Evertz fühle sich offenbar als 'fünfte Kolonne' der SPD in der Union[169], und der stellvertretende CSU-Vorsitzende Dollinger die Feststellungen des jungen Christlichen Demokraten als unangebracht abtat[17o], kamen von führenden CDU-Politikern auch bereits die ersten ganz oder teilweise als zustimmend zu wertenden Äußerungen. Während der rheinische CDU-Vorsitzende Köppler noch moderierend zu wirken versuchte und die Union als zumindest in allen wesentlichen Fragen einig charakterisierte[171], stimmte der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Katzer den Ansichten von Evertz über die Unterschiede zwischen CDU und CSU in bezug auf

[166] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.7.1975, S. 1

[167] Vgl. ebenda

[168] Vgl. Neue Rhein-Zeitung vom 7.7.1975, S. 1

[169] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.7.1975, S. 1

[17o] Vgl. ebenda

[171] Vgl. ebenda

die großen Fragen seines politischen Spezialgebietes - Vermögensbildung und Mitbestimmung - zu[172]. Aber noch bevor desgleichen eine Mehrheit des (JU-)Bundesvorstandes sich am 9. Juli hinter die Ansichten des rheinischen JU-Vorsitzenden stellen konnte[173], machte eine offizielle Stellungnahme des CDU-Sprechers Wiedemeyer vom 7. Juli deutlich, in welchem Ausmaß die wiederholten Auseinandersetzungen unionsinterner Führungsgruppen in den vergangenen Monaten und Jahren CDU und CSU anfällig gemacht hatten für eine 'Störaktion', wie sie der Vorstoß von Evertz für den inneren Frieden der Union darstellte. In seiner als Zurückweisung bzw. Entschuldigung der Evertz-Thesen gedachten Erklärung gab der persönliche Sprecher des CDU-Vorsitzenden für den Bundestagswahlkampf 1976 unter anderem auch die allgemeine Situation im Bündnis der beiden Unionsparteien zu bedenken: Da die vielfachen Versuche politischer Einflußnahme der CSU und die CDU in den zurückliegenden Monaten teilweise das Maß des Erträglichen überschritten hätten, sei es nur eine Frage der Zeit gewesen, daß bestimmte Christliche Demokraten auch um den Preis des Vorwurfs, sich parteischädigend zu verhalten, den Finger auf diese Wunde des Unionsbündnisses gelegt hätten[174].

Wenn Evertz seine Partei durch einen selbstempfundenen rhetorischen Befreiungsschlag aus jenem Wechselbad der Gefühle zu erlösen gesucht hatte, das aus einem oft nur mühsam unterdruckten Groll über die Eigenwilligkeiten der CSU einerseits und der fast schon wieder gewonnenen Hoffnung auf eine gefestigte Unionseinheit und damit den möglichen Sieg bei der Bundestagswahl 1976 andererseits bestand, dann sprach er sicherlich nicht nur für eine kleine Minderheit innerhalb seiner Partei. Denn es war nicht zu übersehen, daß die Junge Union (wie auch die rheinische CDU unter Köppler) mit zu jener innerparteilichen Koalition gehörte, welche auf dem Mannheimer Parteitag richtungsweisend gewesen war. Die Empfehlung dieses Teils der Christlichen Demokraten

[172] Vgl. ebenda

[173] Vgl. eine dementsprechende Erklärung des JU-Vorstandsmitglieds Heinz-Jürgen Prangenberg, mit der er eine anderslautende Äußerung seines Vorstandskollegen Fritz Brickwedde vom Vortage richtig stellte, in: dpa vom 9.7.1975 (dpa ms kn ku - 14.54)

[174] CDU-Pressesprecher Wiedemeyer in einem Interview im Südwestfunk am 7.7.1975 (Bundespresseamt - Abteilung Nachrichten, Referat II/4 - Deutsche Gruppe)

lautete auf (vorläufige) Distanz zur CSU bei gleichzeitiger Betonung der eigenen, christlich-demokratischen Positionen im Rahmen der gemeinsamen Oppositionspolitik.

Es war kaum verwunderlich, daß die Evertz-Rede unter diesen Umständen bei SPD und FDP als ein Signal für die 'Zerfallserscheinungen in der Union'[175] gewertet und auch in den Reihen der Union selbst von einer ernsten Krise des Bündnisses gesprochen wurde[176]. Zwar mußten die Mutmaßungen von einem bereits erkennbar gewordenen Auflösungsprozeß der Union[177] überzogen und zumindest um einige Jahre verfrüht erscheinen, doch war den Sozialdemokraten als dem hauptsächlichen innenpolitischen Gegner der Union einmal mehr ein Anlaß geboten worden, davon zu sprechen, daß die CDU-Basis im Verein mit einem Großteil der mittleren Führungsschicht bei den Christlichen Demokraten nicht mehr zum 'Machtanspruch' des CSU-Vorsitzenden schweige[178].

Das, was hier in polemisierender Weise als der - unausgesprochen als nicht legitimiert angesehene - 'Machtanspruch' des CSU-Politikers angesprochen worden war, bedeutete kaum anderes als die erneut aufgeworfene Frage nach der politischen Führung in der Union, deren Problematik sich bei zunehmender (und mit der Evertz-Rede nun auch auf seiten der CDU offen artikulierter) Betonung organisatorischer und damit ebenso politischer Eigenständigkeit der beiden Unionsgruppen und dem gleichzeitig fortbestehenden Zwang zu einheitlicher Personifizierung in den Jahren der Opposition von CDU und CSU immer erkennbarer zugespitzt hatte. Den Schwerpunkt der innerparteilichen Führungsdiskussion in den Unionsparteien bildete dabei naturgemäß die Frage der persönlichen Eignung der jeweiligen Kandidaten, wobei der Begriff 'Eignung' umstritten blieb. Die einen verstanden darunter die Maximierung von Wahlchancen, die anderen legten Führungskriterien zugrunde[179]. Häufig übersehen wurde jedoch, daß beide Definitionen zumindest mittelfristig

[175] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.7.1975, S. 1

[176] Vgl. Bonner General-Anzeiger vom 7.7.1975, S. 1

[177] Vgl. SPD-Pressedienst vom 7.7.1975

[178] Vgl. SPD-Pressedienst vom 7.7.1975

[179] Vgl. Rudolf Wildenmann: Trennung von Kanzlerkandidatur und Parteiführung ist schädlich, in: Die Welt vom 4.1o.1971, S. 2; dazu Carstens: Politische Führung

zusammenhingen: Am Beispiel Ludwig Erhards hatte sich schon in den sechziger Jahren gezeigt, daß ein noch so populärer Spitzenkandidat (und Bundeskanzler), der sich den Führungsaufgaben nicht gewachsen erwies, gleichfalls bald an öffentlicher Zustimmung verlieren mußte, wie eine wirksame Erfüllung der Führungsfunktion nach einer gewissen Zeit auch allgemeine Reputation erbringen konnte. Gerade in einer Demokratie, in der der Massenkommunikation die Rolle einer vierten Gewalt zugemessen werden muß[18o], ist Führungsschwäche nach kurzer Zeit offen einsehbar. Auch Demokratie bedeutet Führung und Parteien stellen die Instrumente demokratischer Regierungsweise dar[181]; sie werden daran gemessen, ob sie Führung anbieten[182]. Das aber ist zuerst eine Frage des politischen Personals, das sie präsentieren.

Dabei nahm in den Unionsparteien einen breiten Raum die Diskussion der Frage nach einer Personalunion der Führungspositionen von Partei und Fraktion ein. Sieht man davon ab, daß die Frontstellungen in dieser Frage auch von der innerparteilichen Konkurrenz mitbestimmt wurden, so bleibt ein Problem, das weitgehend unabhängig von jeder Personaldiskussion für die Organisation von Parteien im parlamentarischen System allgemein relevant ist.

In der Union war die Frage zunächst sehr eindeutig entschieden worden: Adenauer war Bundeskanzler und unbestrittener Führer der Union, als sich die CDU zur Bundespartei konstituierte. Während seiner Kanzlerschaft entwickelten sich Fraktion und nahezu beide Unionsparteien in gleichem Maße zu Hilfsinstrumenten des Kanzlers. Die mit dem Autoritätsverlust Adenauers eintretende Führungskrise in der CDU führte dann zu zwei Tendenzen: Das Sukzessionsproblem in der Politik wurde personalisiert und zugleich die Forderung nach einer eigenständigen Rolle der jeweiligen Partei erhoben.

Das Problem der Union war, daß sie die Sukzessionsfrage nicht nur als Regierungspartei, sondern ebenso vor dem Hintergrund einer inhaltlichen

[18o] Vgl. dazu Deutsch: Politische Kybernetik

[181] Vgl. Hermens: Verfassungslehre, S. 196

[182] Vgl. Max Weber: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, in: Ders.: Politische Schriften, S. 16off.

Revisionsbedürftigkeit der Adenauerschen Politikformeln aus den fünfziger Jahren zu lösen hatte. Sie versuchte, diesem Problem durch Personalwechsel gerecht zu werden. Dabei war gerade Erhards Amtsantritt von großen Erwartungen auf eine inhaltliche Erneuerung der Politik begleitet gewesen[183] - die seitdem weitverbreitete Meinung, Erhard habe es an Führungskraft fehlen lassen[184], muß zumindest durch den Hinweis auf die innovationshemmenden Interessenverflechtungen innerhalb der die Regierung tragenden Unionsparteien ergänzt werden.

Im Falle Kurt Georg Kiesingers waren die Möglichkeiten einer Entwicklung neuer überzeugender Formeln durch eine strukturelle Lähmung der Großen Koalition dagegen kaum gegeben.

Was es in der von zusätzlichen, durch die Regierungstätigkeit gegebenen Interessenverflechtungen befreiten Oppositionsrolle für Christliche Demokraten und Christlich-Soziale leichter, eine (partielle) Erneuerung ihres politischen Personals vorzunehmen, so wurde ihr Ergebnis als in der Wahl von 1972 letztlich gescheitert angesehen.

Zum Teil als Folge dieser Erfahrung, daß der Personalwechsel allein das Sukzessionsproblem nicht zu lösen vermochte, entstand die nicht abreißende Kette der Forderungen nach einer mehr eigenständigen Rolle der CSU und schließlich gleichfalls der CDU - die Idee, eine vierte Partei unabhängig von Koalitions- oder Fraktionsaussagen in den Bundestag zu bringen, gelangte auf diese Weise geradezu zwangsläufig von einem bayerischen Planspiel in das Stadium konkreter parteipolitischer Überlegungen, und dies auf christlich-demokratischer wie auf christlich-sozialer Seite. Was nach der Wahl von 1972 noch wie ein Reflex der Enttäuschung, allenfalls wie Einschüchterungstatktik des CSU-Vorsitzenden gegenüber der CDU hatte interpretiert werden können, war nun offenbar ernst gemeint. Der gemeinsame Beschluß der Präsidien von CDU und CSU am 1o./19. Juni, die Chancen einer solchen Partei prüfen zu lassen, stellte den ersten gemeinsamen Unionsschritt in dieser Richtung dar. Was ihm folgen konnte, zeigte die Zustimmung in der Jungen

[183] Vgl. unter anderem Flach: Erhards schwerer Weg

[184] Vgl. unter anderem Wilhelm Hennis: Richtlinienkompetenz und Regierungstechnik, in: Ders.: Politik als praktische Wissenschaft, S. 161ff.

Union Rheinland, die ihr Vorsitzender für das offene Verlangen nach Separierung von CDU und CSU bekommen hatte.

Der Gedanke einer Trennung der beiden Unionsparteien wurde wieder diskutiert, doch gerade in dieser Situation war es um so bemerkenswerter, daß sich auch der in beiden Parteien vorhandene Unwille an einer solchermaßen gezeigten Beschäftigung mit sich selbst anhand einer in ähnlicher Situation vor Jahren erstellten Analyse[185] verstärkt zu artikulieren begann.

Parallel dazu durfte ebenfalls eine negative Bewertung jeglicher Parteiensezession oder auch nur -Modifikation immer noch angenommen werden bei dem Gros der bundesdeutschen Bevölkerung. Und gerade dieser vielzitierte 'Volkswille' mußte - soweit überhaupt nachweisbar - für eine auf die Wiedergewinnung der Regierungsmacht konzentrierte Opposition einen hohen argumentativen Stellenwert einnehmen. Dabei war es vor allem der den Unionsparteien politisch nahestehende Teil der bundesdeutschen Bevölkerung, der in seiner überwiegenden Mehrheit noch alles ablehnte, was wie die vorsorgliche Gründung eines 'CSU-Landesverbandes' in Bremen[186] bzw. Hamburg[187] oder aber die Erklärungen des

185 "Gedanken über eine mehr oder weniger umfassende Änderung in der Parteienstruktur der BRD werden von Politikern oft schon deshalb nicht zu Ende gedacht oder auch nur diskutiert, weil die möglichen neuen Modelle einen zu schroffen Bruch mit der Vergangenheit bedeuten und damit einen Unsicherheitsbereich erzeugen könnten. Die Unabänderlichkeit des Status quo wird dabei als selbstverständlich und historisch gewachsen hingestellt, andere wünschbare Modelle werden aus der Diskussion verbannt; die Flexibilität der Parteienzusammensetzung wird von vornherein verneint ...", aus: 'Denkmodelle zur Parteienkonstellation', maschinengeschriebenes Manuskript, o.O., o.J. Das Papier wurde 1971 verfaßt und stammte aus den Reihen der Sozialausschüsse der CDU. Es wurde später bei verschiedenen Konflikten mit der CSU von dieser als Separierungsvorwurf gegen die Christlichen Demokraten verwandt (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

186 Vgl. Die Zeit vom 11.7.1975, S. 5

187 Vgl. "Hamburg bekommt jetzt eine CSU", in: Bild-Zeitung (Hamburg) vom 4.8.1975, S. 1

CDU-Politikers Evertz auf ein Ende der als bewährt empfundenen Kombination CDU/CSU hinauslaufen konnte[188].

Zwar wurden auch in der Folgezeit weiterhing Überlegungen zum Thema 'vierte Partei' an die Unionsparteien herangetragen bzw. in ihnen selbst gestellt[189], die Überzeugung jedoch, daß eine Umsetzung in die politische Praxis der Union - nicht nur ein Jahr vor Bundestagswahlen - mehr Schaden bringen als ihnen nützen würde, gewann zunehmend an Anhängern. Die Ausweitung der CSU zu einer vierten Bundespartei (in welcher Formation auch immer) würde, so die Erwartung, nicht die von den Christlichen Sozialen erwartete wahltaktische 'Wunderwaffe'[190] sein, sondern sehr viel wahrscheinlicher eine parteiorganisatorische Konstruktion, die über das Vereinsstadium nie hinauskommen werde[191] oder aber der von kaum jemandem in CDU und CSU gewünschte "Tod des Unionsgedankens"[192].

Die weniger rational denn emphatisch angelegte Rede eines christlich-demokratischen Nachwuchspolitikers (Evertz) vor dem Plenum seiner

[188] In einer im Auftrag der Zeitschrift Quick von den Tübinger Wickert-Instituten durchgeführten Umfrage (befragt wurden 1140 Personen, die sich selbst als CDU- bzw. CSU-Wähler bezeichneten) wurde folgendes Ergebnis ermittelt: Auf die beiden zur Auswahl gestellten Aussagen:
Erstens, "Evertz hat eigentlich recht. Wenn CDU und CSU überall im Bundesgebiet getrennt kandidieren, könnten beide Parteien möglicherweise mehr Stimmen aufweisen, die sich dann zum Schluß addieren ließen" (Was Evertz in dieser Form nicht gesagt hatte; sein Begründung für die Trennung beider Parteien war die mangelnde Übereinstimmung zwischen CDU und CSU gewesen, und nicht deren letztliche Effektivität, Anm. d. Verf.);
zweitens, "Evertz hat nicht recht. Wenn CDU und CSU überall im Bundesgebiet getrennt kandidieren, besteht die Gefahr einer Zersplitterung der Union und damit einer Minderung der Wahlchancen" antworteten:
19%: Evertz hat recht; 75%: Evertz hat nicht recht; 6%: Ich weiß nicht, aus: Quick vom 17.7.1975, S. 28

[189] Vgl. so etwa die Überlegungen des damaligen Leiters der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stücklen: Danach dachte die CSU nicht daran, in allen Bundesländern zu kandidieren, sondern nur dort, wo sich die Chance biete, durch getrenntes Auftreten von CDU und CSU einen größeren Stimmenanteil zu erreichen. Demgemäß sollte die CDU darauf verzichten, mit einer eigenen Liste in Bayern aufzutreten, da dort die CSU das Feld vollkommen abdecke, während diese ihrerseits auf eine Kandidatur in Ländern wie Baden-Württemberg oder Hessen verzichten würde. Als 'Problemländer' bezeichnete Stücklen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, weil dort entweder die CDU bei den letzten Landtagswahlen die absolute Mehrheit knapp verfehlt habe (NRW) oder aber das Auftreten von Splittergruppen zu befürchten sei, was durch eine kandidierende CSU verhindert werden könnte. Eigene CSU-Listen seien dazu in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie im Saarland ("aus Tradition", Stücklen) denkbar, vgl. Kölnische Rundschau vom 17.7.1975, S. 1

[190] Vgl. Die Welt vom 21.7.1975, S. 3

[191] Vgl. Würzburger Nachrichten vom 24.7.1975, S. 3

eigenen Organisation und die Reaktionen darauf bei CDU und CSU, ganz gleich welche Motivationen man ihnen im einzelnen beimessen wollte, ließen mehrere Schlüsse auf das Bündnisverhältnis der Unionsparteien zu. Sie eröffneten erstens einen Blick auf die politischen Beziehungen zwischen den Partnern. Es hatte sich herausgestellt, daß die Zielsetzungen von CDU und CSU in bezug auf die für 1976 einzuschlagende Wahlkampfstrategie in einigen Punkten erheblich auseinandergingen. Hinzu kamen sachpolitische Unterscheidungen, wobei es sich jedoch gar nicht so sehr um eine Auseinandersetzung zwischen christlich-demokratischen/christlich-sozialen 'Orthodoxen' oder 'Konservativen' mit ihrem jeweiligen Gegenpart vom 'linken Flügel' der beiden Parteien handelte. Der Christlich-Sozialen Union war weit mehr daran gelegen, eine grundsätzliche politische Neuorientierung der Schwesterpartei (zum Beispiel auf ost- und gesellschaftspolitischem Gebiet) zu verhindern. Hier befürchtete sie, daß die nicht auf ihrer politischen Linie liegenden Ansichten einiger führender Unionspolitiker der CDU von der gesamten (christlich-demokratischen) Partei, der Parteiführung und schließlich sogar der Führung der Fraktion im Deutschen Bundestag übernommen würden und so die Oppositionspolitik bestimmen könnten.

So unbegründet sich ihre Sorge seit 1969 auch immer erwiesen hatte (nicht zuletzt dank der von ihrer Seite jeweils unternommenen Interventionen), sie war unter anderem auf Grund der Permanenz der im Bündnis zu verzeichnenden personellen wie sachpolitischen Reibungen offensichtlich so groß geworden, daß der CSU eine Diskussion des Bündnisses mit der Schwesterpartei in derart fundamentaler Form erforderlich schien. Drittens bestätigten die dargestellten Vorgänge bereits früher getroffene Feststellungen: Um ihre Anschauungen zur Geltung zu bringen, bediente sich die CSU des Mittels der Drohung. Sie stellte das Ende der Fraktionsgemeinschaft bzw. die Ausweitung der eigenen Parteiorganisation auf das übrige Bundesgebiet (oder einige ausgewählte Bundesländer) in Aussicht, falls die Christlichen Demokraten in Grundsätzen zu Beschlüssen kommen sollten, die von ihr als Bestandteile der zukünftigen Oppositionspolitik und -Strategie nicht akzeptiert werden könnten.

Die CDU hatte diesmal nicht, wie ansonsten vielfach geschehen, passiv hinnehmend auf den Druck der CSU reagiert. So verständlich die Kritik

[192]Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.7.1975, S. 1

von Evertz gewesen war, so unberechtigt konnte sie jedoch im Grunde auch erscheinen. Wiederholt (und seit 1969 in verstärktem Maße) hatten CSU-Politiker darauf hingewiesen, daß das Programm der CSU und die Fraktionspolitik ebensowenig identisch seien wie CDU und CSU. Die gemeinsame Fraktion im Deutschen Bundestag setzte sich aus zwei selbständigen, voneinander unabhängigen Parteien zusammen. Dies war ein seit dem Jahre 1949 unbestreitbares politisches Faktum, auch wenn beide Parteien über lange Zeit hinweg den Schein von 'der Union' als einer mehr oder minder einheitlichen Partei mit lediglich zwei unterschiedlichen Namensgebungen nicht zuletzt aus wahlkämpferischen Überlegungen heraus wohlweislich selbst genährt hatten. Die Christlichen Sozialen konnten es nicht so ohne weiteres hinnehmen, ihre Handlungsfreiheit innerhalb der gemeinsamen Oppositionsfraktion auf Bundesebene durch einseitige Gremienbeschlüsse der Schwesterpartei beschneiden zu lassen. Wenn sie intervenierten, dann wehrten sie sich (zumindest aus der eigenen Sicht heraus) prophylaktisch gegen eine mögliche Usurpation ihres Rechtes auf eine von der Schwesterpartei unabhängige Willensbildung und deren potentielle Einbringung in die Politik der Opposition; dieser Umstand änderte allerdings dann immer noch nichts daran, daß man den Stil des Eingreifens verurteilen konnte, wenn auch nicht das Eingreifen selbst.

Eine der Ursachen für die Schwierigkeiten im Verhältnis der beiden Unionsparteien zueinander lag dabei wohl im Wesen des Bündnisses selbst begründet. Zwar beschränkte sich das Bündnis formal auf die parlamentarische Arbeit von Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen und ließ die Parteien an sich weitgehend unberührt. Doch in der politischen Praxis erwies sich diese Trennung als künstlich und war in der fast dreißigjährigen Geschichte der Union dementsprechend auch nie aufrecht erhalten worden. In dem Augenblick, wo eine Partei, gleichgültig welche von beiden, einen Beschluß mit weittragenden Konsequenzen faßte, mußte sie in irgendeiner Form die Interessen des Partners tangieren, sobald sie - was natürlich war - diesen Beschluß in die parlamentarische Arbeit einzubringen suchte. Und es mußte zu Kollisionen kommen, wenn es dem Bündnis an innerer Harmonie und grundsätzlicher Geschlossenheit fehlte.

8.2.4. Neue Gemeinsamkeiten in der Union

Es war kaum nachprüfbar, ob insbesondere die ein Jahr später zu erwartenden Bundestagswahlen schließlich den Ausschlag dafür gaben, daß aus der so intensiv geführten unionsinternen Diskussion um die vierte Partei zu diesem Zeitpunkt keinerlei praktische Konsequenzen gezogen wurden und gleichfalls die (öffentlich geführte) Diskussion selbst schon bald ein Ende fand. Auch wenn sozialdemokratische Wahlstrategen in der Thematik bereits ein groß angelegtes Ablenkungsmanöver bzw. eine Täuschung zum Nutzen der Union befürchteten und den Parteiführungen von CDU und CSU nachträglich einen reinen 'Schau- und Scheinkampf' attestierten[193], so waren in der zweiten Hälfte des Jahres 1975 bei Christlichen Demokraten wie Christlichen Sozialen keine Parteiabspaltungen oder von ihrer Seite inspirierte oder gar initiierte Parteineugründungen abzusehen. Es blieb politischen Gruppierungen wie der seit 1971 an der Ein-Prozent-Grenze dahinsiechenden Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (seit 1974 im Zusammenhang mit der 'Deutschen Volksunion' des Herausgebers der 'Nationalzeitung', Gerhard Frey, und anderen rechtsradikalen Splittergruppen) überlassen, von "Signalen einer Trendwende" im bundesdeutschen Parteisystem, einer politischen "Gemeinsamkeit in der Vielfalt" bei allen 'national' gesonnenen Kräften und sich selbst als der "neue(n) vierte(n) Partei" Reden zu machen[194].

Neben der in den sechziger Jahren zu kurzfristigen politischen Erfolgen gelangten NPD kam es im Herbst 1975 zur Neugründung einer weiteren 'vierten Partei', deren Auftreten nur als ein Anzeigen unverkennbarer Resignation ihrer Gründungsväter[195] vor dem Hintergrund einer für die Wahlen zum achten Deutschen Bundestag (für sie offenkundig unerwartet) wieder in traditioneller Weise als Landes-/Bundespartei zusammen mit der CDU agierenden Christlich-Sozialen Union.

[193] Vgl. Die Zeit vom 15.8.1975, S. 1

[194] Vgl. dazu "Die Chancen der neuen vierten Partei", Interview mit dem NPD-Vorsitzenden Martin Mußgnug, in: Nationalzeitung vom 29.8.1975, S. 3

[195] Franz Josef Strauß, so der erste Bundesvorsitzende der 'Aktionsgemeinschaft Vierte Partei', Dietrich Bahner, in seiner Antrittsrede in Stuttgart am 18.1o.1975, sei und bleibe der "einzige Politiker der etablierten Parteien, der die Notwendigkeit erkannte, erstarrte Fronten aufzulösen. Daß er, eingebunden in eine Koalitionsgemeinschaft mit der CDU, offensichtlich nicht so kann, wie er will, haben wir gemerkt", zit. in: Stuttgarter Zeitung vom 2o.1o.1975, S. 3

Am 18. Oktober erfolgte auf dem Stuttgarter Killesberg die Gründung der 'Aktionsgemeinschaft Vierte Partei', zu deren Initiatoren neben dem ehemaligen bayerischen FDP-Landesvorsitzenden und späteren Vorsitzenden der 'Deutschen Union', Dietrich Bahner, und dem Vorsitzenden der vor allem im Gebiet Nordrhein-Westfalens in Erscheinung getretenen 'Deutschen Sozialen Union', Kurt Meyer, überwiegend nationalliberale politische Kräfte gehörten[196]. "Angesichts der zementierten Abhängigkeit der FDP von den Sozialisten, aber auch angesichts des nicht endenwollenden Haders innerhalb der Unionsparteien" sah diese neue Parteigruppierung in der Person ihres ersten Bundesvorsitzenden Bahner die Zeit gekommen für das, was man sich vorgenommen habe: Mit einer neuen, unverbrauchten politischen Kraft, wie sie die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei darstelle, das bestehende Parteiensystem der Bundesrepublik zu ergänzen[197]. Wie wenig auch dieses, erstmals als sogenannte 'grüne Partei'[198] firmierende politische Konglomerat entgegen der wiederholt zitierten Sympathie einflußreicher Kreise der CSU gegenüber dieser Neugründung (so Eduard Hauser, stellvertretender AVP-Vorsitzender)[199] einen wirklichen Beitrag zur Lösung der in den Unionsparteien gestellten Fragen bedeuten würde, verhieß die Kommentierung des Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrates, Philipp von Bismarck: Quelle dieser nur als töricht zu bezeichnenden Idee einer 'vierten' Partei sei ein Mangel an politischer Geduld, der zu nichts anderem als zu labilen Koalitionsverhältnissen wie in der Weimarer Republik führen werde[200].

Die oft mehrdeutigen Äußerungen von Franz Josef Strauß über die Notwendigkeit einer vierten Bundespartei zur Verdrängung der 'Blockpar-

[196] Die 'Aktionsgemeinschaft Vierte Partei' setzte sich aus folgenden politischen Gruppierungen zusammen: Bund Freies Deutschland (BFD)/Berlin, Bürgerrecht Partei (BRP)/Baden-Württemberg, Deutsche Union (DU), Deutsche Soziale Union (DSU)/ Nordrhein-Westfalen, Deutsche Soziale Volkspartei (DSVP)/Hessen, Freie Soziale Union (FSU)/Hamburg, Freundeskreis Franz Josef Strauß/Bremen, Liberale Soziale Union (LSU)/Hannover, Liberale Nationale Volkspartei (LVP)/Nordrhein-Westfalen

[197] Zit. in: Stuttgarter Zeitung vom 2o.1o.1975, S. 3

[198] Vgl. ebenda

[199] Eduard Hauser, stellvertretender AVP-Vorsitzender, in: PDJ (Pressedienst Demokratische Initiative), Pressemitteilung vom 19.9.1975 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[200] Vgl. Rundblick vom 1.1o.1975, S. 2

teien' SPD und FDP aus der Bonner Regierungsverantwortung hatten immer aufs Neue Spekulationen über die weitere Entwicklung der CSU genährt. Innerhalb wie außerhalb der Union wurden wiederholt Mutmaßungen über organisationspolitische Expansionspläne der Lazarettstraße angestellt. Die vorherrschende Personalisierung politischen Handelns in der Bundesrepublik und die Fixierung auf die Person des CSU-Vorsitzenden hatten jedoch vermutlich zu einer Überbewertung und Fehleinschätzung solcher Äußerungen und den Realisierungsmöglichkeiten etwaiger Expansionspläne seitens der Christlichen Sozialen geführt. Die zweifellos vorhandenen Führungsqualitäten von Franz Josef Strauß durften trotz seiner großen Autorität in der CSU nicht überbewertet werden.

Was die Formierungstendenzen zu einer vierten Bundespartei betraf, so waren vor allem zwei Möglichkeiten denkbar:

Erstens, die Bildung einer vierten Partei, etwa in Gestalt der 'Aktionsgemeinschaft Vierte Partei', die neben der CSU, allerdings mit deren tatkräftiger Unterstützung, den Versuch bundesweiter Etablierung hätte unternehmen müssen;

zweitens, die CSU überschritte selbst die bayerische Granze und würde auf Bundesebene zu einer Konkurrenzpartei zur CDU mit betont konservativer Programmatik. Die erste Variante war und blieb die politisch-gesellschaftlich wahrscheinlichere Entwicklung.

8.2.4.1. CDU, CSU und das Ahlener Programm

Doch auch die von CDU- wie CSU-Politikern[201] beschworene neue Gemeinsamkeit zwischen den Unionsparteien sah sich schon bald ihrer ersten ernsthafteren Belastungsprobe ausgesetzt.

Ausgangspunkt für die neuerlichen Unstimmigkeiten im Unionsbündnis war die Person Kurt Biedenkopfs, dem als Generalsekretär der CDU von christlich-sozialer Seite wiederholt vorgehalten worden war, er vertrete die Interessen der Christlich-Demokratischen Union oft nicht nur ohne Absprache mit der CSU, sondern gleichfalls nicht selten auch gegen die Interessen der bayerischen Schwesterpartei. Je mehr die bei-

[201] Vgl. auch "... Helmut Kohl ist ... politisch viel zu instinktsicher, als daß er etwas tun würde, was etwa nicht unsere gemeinsame Auffassung wäre" (Strauß), in: Interview im Westdeutschen Rundfunk am 26.9.1975 (Bundespresseamt - Abteilung Nachrichten, Referat II/4 - Deutsche Gruppe)

den Parteiführer Kohl und Strauß ihr Verhältnis zueinander bereinigten und konstruktiv zu gestalten suchten, desto mehr schienen sich christlich-soziale Animositäten gegenüber der größeren der beiden Unionen auf Biedenkopf zu verlagern. Delegierte auf dem achtunddreißigsten Parteitag der CSU in München (12./13. September 1975) sprachen in bezug auf den CDU-Generalsekretär offen von einer 'Persona non gratissima'[202]. Die Motive hierfür lagen dabei mehr im persönlichen als im sachlichen Bereich. Biedenkopfs Bestrebungen, den kommenden Wahlkampf argumentativer und geschmeidiger zu führen, als die CSU es beabsichtigte, liefen der von der bayerischen Schwesterpartei vertretenen kompetitiven Strategie grundsätzlich zuwider. Noch mehr jedoch hatte die rigorose Art des Christlichen Demokraten christlich-soziale Verärgerung hervorgerufen, in der er Helmut Kohls Kanzlerkandidatur durchgesetzt hatte - und nun den Führungsanspruch für ihn proklamierte.

Eine Zeit lang hatten die Christlichen Sozialen jede Reaktion vermieden, nachdem die diesbezüglichen Vorstellungen Biedenkopfs[203] publik geworden waren. In ihnen hatte der CDU-Generalsekretär das Ahlener Programm der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone vom 3. Februar 1947 als im Grundsatz auch für die CDU der achtziger Jahre von programmatischer Bedeutung charakterisiert; gleichzeitig waren von ihm Unterstellungen unwidersprochen gelassen worden, wonach die Christlich-Soziale Union sich jeglichen Reformen versage, einen pointierten Nationalismus vertrete und zwischen Helmut Kohl und Franz Josef Strauß verschiedenartige Politik-Konzeptionen wie persönliche Spannungen stünden. Daneben hatte Biedenkopf betont, daß auch in einer aus CDU und CSU gebildeten Bundesregierung nach der Bundestagswahl von 1976 die Richtlinienkompetenz eines Bundeskanzlers Kohl in keiner Weise Einschränkungen erfahren werde.

Erst vier Tage später ließ der CSU-Landesgruppenvorsitzende Stücklen in einer kleineren Gesprächsrunde mit Unionsabgeordneten[204] seinem Unmut freien Lauf, unterstützt vom Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU

[202] Vgl. Müncher Tagesspiegel vom 9.1o.1975, S. 3

[203] Vgl. unter anderem Der Spiegel vom 2.1o.1975, S. 34ff.

[204] Außer Stücklen und Carstens waren noch die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Katzer, von Weizsäcker, Windelen und Wex sowie die Fraktionsgeschäftsführer Jenninger und Röhner anwesend.

im Deutschen Bundestag, Karl Carstens. Aus diesem Kreis mußten dementsprechend auch die Informationen kommen, als in den folgenden Tagen Pressemitteilungen mit den Äußerungen Stücklens erschienen. Mit theoretischen Formeln, so wurde Stücklen zitiert, sei die Bundestagswahl 1976 nicht zu gewinnen[2o5]. Ganz im Stile der 'neuen sozialen Frage'[2o6] ohne klare Alternativen habe der Unionspolitiker (Biedenkopf) dem Wähler ein Programm unterbreitet, dessen Anlehnung an den Zeitgeist jedoch zugleich zu der Unterlassung geführt habe, dem Wähler klipp und klar zu sagen, was die Christlich-Demokratische Union im Gegensatz zu SPD und FDP eigentlich meine und wolle[2o7]. Mit einer derartigen Wahlkampfstrategie und -Politik seiner Partei bleibe der CDU-Vorsitzende Kohl Kanzlerkandidat; Kanzler werde er dadurch kaum[2o8]. Ganz sicher aber diene eine solche Methode nicht der von der CDU immer wieder kategorisch beschworenen Einheit mit der CSU[2o9].

Der von Kurt Biedenkopf sogar schon für den Kanzler-K a n d i d a t e n Kohl postulierte Führungsanspruch des CDU-Vorsitzenden innerhalb der Union mußte ernsthaft gefährdet erscheinen. Sowohl Kritik an den taktischen Vorstellungen seines Generalsekretärs und Wahlkampfleiters[211] wie auch die inhaltliche Brisanz der von Biedenkopf gemachten Äußerungen[212] veranlaßten Helmut Kohl schließlich zu der an beide Unionsparteien gerichteten Aufforderung, daß die Diskussion um das Ahlener Programm binnen kürzester Frist beendet werden müsse[213].

[2o5] Vgl. Flensburger Tageblatt vom 9.1o.1975, S. 1

[2o6] Vgl. Lübecker Nachrichten vom 9.1o.1975, S. 1

[2o7] Vgl. Flensburger Tageblatt vom 9.1o.1975, S. 1

[2o8] Vgl. Hamburger Morgenpost vom 9.1o.1975, S. 1

[2o9] Vgl. Flensburger Tageblatt vom 9.1o.1975, S. 1

[21o] Vgl. auch Hessische Allgemeine vom 9.1o.1975, S. 1

[211] so bezeichnete der Bayernkurier die Wahlkampfvorbereitungen des Christlich-demokratischen Generalsekretärs insgesamt als eine 'Strategie ins Abseits' für die Union, vgl. Bayernkurier vom 8.1o.1975, S. 1

[212] Mit einem Brief an den CDU-Vorsitzenden und einem nachfolgenden Telegramm an die christlich-demokratischen Präsidiumsmitglieder hatte sich auch Altbundeskanzler Erhard in die Diskussion der Biedenkopf-Äußerungen eingeschaltet. Eingehend und sehr kritisch befaßte sich darin der 'Vater der sozialen Marktwirtschaft' mit der Mannheimer Erklärung der CDU und dabei insbesondere mit der in ihr enthaltenen These Kurt Biedenkopfs von der 'Neuen sozialen Frage' sowie mit der von Biedenkopf inspirierten neuerlichen Diskussion um das Ahlener Programm (ohne jedoch zu berücksichtigen, daß eine Überarbeitung der Mannheimer Erklärung vom Mannheimer Partei-

Die Verstimmung über Biedenkopf war parteiübergreifend in der Union. Nahezu ausgeschlossen erschien nun nicht nur die ursprünglich erwogene Nominierung des CDU-Generalsekretärs für das Wirtschaftsressort nach einem möglichen Wahlsieg von CDU und CSU, fraglich war jetzt auch seine Teilnahme in der geplanten 'Kernmannschaft' der Union geworden. Biedenkopfs Postulat einer Richtlinienkompetenz für Kohl war formal nicht nur provozierend in einem Interview ohne vorherige Absprache oder auch nur Information (mit) der Schwesterpartei aufgestellt worden, es kollidierte gleichfalls von seiner inhaltlichen Substanz her mit dem Anspruch der bayerischen Christlich-Sozialen, in allen Phasen und bei allen Entscheidungen über die Wahlplattform und die Spitzenkandidaten mitzureden und gegebenenfalls ein Veto einzulegen. Der Generalsekretär hatte sich zudem der zu erwartenden Reaktion aus München vollständig bewußt sein müssen, als er in direktem Widerspruch zu einer Stellungnahme des CSU-Vorsitzenden kaum zwei Wochen zuvor[214] erklärte, das Ahlener Programm der CDU von 1947 - das unter anderem die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und die Mitbestimmung in Großbetrieben als notwendig erklärt hatte[215] - sei kein Irrtum gewesen[216], sondern sei zusammen mit den Düsseldorfer Leitsätzen von 1949 - die das Konzept der sozialen Marktwirtschaft enthalten hatten - eine der wesentlichen Grundlagen christlich-demokratischer Politik.

Für den CDU-Vorsitzenden, der auch schon vor Erhards Intervention aus den Reihen der eigenen Partei gedrängt worden war, die von Biedenkopf verfaßte Mannheimer Erklärung der CDU mit ihrer Betonung der 'neuen sozialen Frage' grundsätzlich zu überarbeiten und darin die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft stärker zum Ausdruck zu bringen, bedeuteten die von Biedenkopf ausgelösten Angriffe eine zusätzliche Belastung

[212] Forts.: tag der CDU selbst bereits beschlossen worden war). Der dem CDU/CSU-Kanzlerkandidaten übermittelten wirtschaftspolitischen Mängelanalyse Erhards schlossen sich in parallelen Schreiben der stellvertretende CDU-Vorsitzende Stoltenberg und der CSU-Vorsitzende Strauß an, vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 9.1o.1975, S. 3, dazu: Westfälische Nachrichten vom 9.1o.1975, S. 1

[213] Vgl. Nürnberger Nachrichten vom 9.1o.1975, S. 1

[214] Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 29.9.1975, S. 1

[215] Vgl. dazu die gegensätzlichen Passagen des CSU-Grundsatzprogramms von 1976, insbesondere den Abschnitt 'Wandel der Gesellschaft-Herausforderung für die CSU', in: Mintzel: Geschichte der CSU, S. 226f.

[216] Wie von Strauß in dem Interview behauptet, vgl. Anm. 214

seiner Außenwirkung als Kanzlerkandidat wie seiner parteiinternen Vermittlungsfähigkeit. Biedenkopf hatte bei seinen Äußerungen unter anderem die Metapher gebraucht, CDU und CSU stellten zusammen eine sehr breite Front dar, auf der es je nach dem Gelände verschiedene taktische und strategische Waffen einzusetzen gelte, wobei es auf den Mann im Hauptquartier, das heißt den Kanzlerkandidaten, ankomme, das Ganze zu führen. Zweifellos war diese breite Front, die nach Biedenkopf etwas mehr als die Hälfte des politischen Spektrums überspannte, für eine Partei oder Parteienverbindung notwendig, die die absolute Mehrheit im Bundestag anstrebte. Andererseits wuchs ständig die Gefahr einer möglichen Überdehnung des christlich-demokratischen/christlich-sozialen Zusammenhalts.

Um die Spannungen nicht zu groß werden zu lassen, versuchte Kohl, die Gegensätze abzuschwächen. Er distanzierte sich von dem Anspruch auf eine Richtlinienkompetenz des Kanzlerkandidaten, erklärte die CSU nicht bevormunden zu wollen und kollegiale Zusammenarbeit im Team auch als Regierungschef vorzuziehen und kündigte ein 'Machtwort' in der Frage der inner- wie zwischenparteilichen neuerlichen Diskussion an[217]. Für die gemeinsame Wahlplattform kämen nur eine überarbeitete Mannheimer Erklärung, das Berliner Programm der CDU von 1971 und die 1974/75 gefaßten programmatischen Beschlüsse der CSU als Grundlage in Betracht. Bereits die Aufzählung ließ erahnen, welch intensive Diskussionen dem CDU-Vorsitzenden noch bevorstanden, bis eine gemeinsame Wahlkampfformation aus CDU und CSU auch mit gemeinsamen Aussagen vor die Wähler treten konnte. Die vom CDU-Generalsekretär schließlich formulierte[218] 'Versöhnungsthese' von einem 'Wirtschaftssystem mit Interventionskorrekturen'[219] konnte dabei als Versuch eines ersten Brückenschlages zumindest in einem Teilbereich der Unionspolitik Geltung erlangen.

[217] Vgl. Die Welt vom 9.1o.1975, S. 17

[218] Franz Böhm, Mitbegründer der 'Freiburger Schule' und Vertreter eines modifizierten Neoliberalismus ist vermutlich als der eigentliche Schöpfer der Biedenkopfschen These anzusehen.

[219] Vgl. die Äußerungen Biedenkopfs über das Verhältnis von katholischer Soziallehre und der Theorie der sozialen Marktwirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.1o.1975, S. 3

8.2.4.2. Die Parteivorsitzenden Kohl und Strauß

Welche Schwierigkeiten, zu einer gemeinsamen Sachaussage von CDU und CSU zu kommen, den an politischen Führungspersonal reichen Unionsparteien aber durch eben diesen Umstand immer wieder entstehen konnten, bewiesen die am Ende des Jahres 1975 erneut erkennbar gewordenen personalen Frontstellungen in der Union. Nach der soeben geführten unionsinternen Diskussion um die Noch- oder Nicht-mehr-Gültigkeit des Ahlener Programms befragt, antwortete der hessische CDU-Vorsitzende Dregger, leider seien in den letzten Wochen von einigen Unionspolitikern oft lediglich Scheinprobleme erörtert worden. Die Diskussion um das Ahlener Programm habe ein solches Problem zum Gegenstand gehabt[22o].

Noch sehr viel mehr jedoch war es das persönliche Verhältnis der beiden Parteiführer Kohl und Strauß, das prägend sein mußte für das zwischenparteiliche Verhältnis von Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen und damit für die Einheit der Union insgesamt. Helmut Kohl war immer davon überzeugt gewesen, sein Parteiamt gerade in dieser Beziehung besser ausfüllen zu können als sein Vorgänger Barzel. Kohl, der als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident seine Fähigkeit unter Beweis gestellt hatte, verkrustete Strukturen einer Partei zu revitalisieren und eine gute und verläßliche Regierungsmannschaft um sich zu versammeln, sah sich mit Übernahme seiner Bonner Parteifunktionen vor die Aufgabe gestellt, die 'in der Provinz' gemachten Erfahrungen, so weit dies möglich erschien, auf die Bundespolitik zu übertragen. Er wollte (und sollte) die CDU (und damit implizit ebenso die CSU) wieder an die Regierungsmacht bringen.

Helmut Kohl hatte es verstanden, eine renommierte Persönlichkeit für den Posten des Generalsekretärs der Partei zu gewinnen. Der Hochschulprofessor und Wirtschaftsmanager Kurt Biedenkopf reorganisierte (in den Ansätzen) die Parteiorganisation der CDU und stellte so die an ihn von der Partei und ihrem Vorsitzenden gerichteten Erwartungen weitgehend zufrieden.

Aber mit Kurt Biedenkopf waren andere Probleme gekommen. Die Antwort auf die Frage, wie die Einheit der Union zu erhalten bzw. wiederzuge-

[22o] Alfred Dregger in einem Interview im Deutschlandfunk am 15.1o.1975 (Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

winnen sei, fiel auch diesem CDU-Vorsitzenden offenbar schwerer als von ihm selbst erwartet.

Helmut Kohl hatte gehofft, das richtige Konzept zu kennen, um mit dem CSU-Vorsitzenden die Dauerspannungen zwischen den Schwesterparteien beilegen zu können. Stundenlang war er mit Strauß durch die bayerischen Berge gewandert, hatte keine Mühen gescheut, um sogenannte 'Geheimgespräche' mit dem CSU-Vorsitzenden an abgelegenen Orten des Freistaates zu führen[221] - insgesamt Gesten, zu denen sich Rainer Barzel nie hatte verstehen können. Anfangs hatte sich der CDU-Vorsitzende im Gegensatz zu seinem Vorgänger Barzel tatsächlich eines guten Verhältnisses zu Strauß zu rühmen vermocht. Dennoch brachte ihn der Vorsitzende der Christlichen Sozialen trotz aller Vereinbarungen und Verabredungen immer wieder in Schwierigkeiten, die an jene erinnerten, denen sich Barzel gegenüber gesehen hatte und die schließlich zu seiner Resignation geführt hatten.

Nachdem nicht zuletzt durch den Widerstand der CSU und ihres Vorsitzenden die Opposition 1972 bei der Entscheidung über die Ostverträge in eine innerparteilich nur schwer verkraftete Stimmenthaltung gedrängt worden war, die Barzel gegen seine Überzeugung im Interesse einer formalen Geschlossenheit schließlich unterstützt hatte, war es sicherlich wiederum nicht ohne Zutun von Strauß vor der Abstimmung über den UN-Beitritt der Bundesrepublik 1973 zu jener Situation gekommen, die für Barzel eine Minderheitenposition innerhalb der eigenen Fraktion bedeutet hatte. Der CDU-Vorsitzende hatte für seine Zustimmung nur knapp die Hälfte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hinter sich bringen können. Er trat zurück. Noch im Herbst desselben Jahres schrieb Strauß an alle Unionsabgeordneten einen Brief, in dem er dringend vor einer Zustimmung zum Atomwaffensperrvertrag warnte; die Mehrheit der Unionsparteien folgte ihm.

Am Ende des Jahres 1975 versandte der CSU-Vorsitzende erneut ein Schreiben. Darin appellierte er an alle CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten und

[221] Vgl. die Glossierung, die diese taktische Verhaltensweise Kohls bereits erfuhr: Daniel Doppler (Pseudonym für den Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein): Das Geheimtreffen Strauß/Kohl, in: Der Spiegel vom 2o.1o.1975, S. 42

die der CDU angehörenden Länderministerpräsidenten, den 1974 zwischen Bonn und Warschau geschlossenen Verträgen über Kredite, Rentenzahlungen und Aussiedlung nicht zuzustimmen. Ein geschlossenes Nein der Union zu diesen Vereinbarungen hielt Strauß für sachlich und politisch unerläßlich. Gleichzeitig erklärte er, der Kanzlerkandidat der Unionsparteien stimme einer solchen Ablehnung zu. Kohl, der intern zu erkennen gegeben hatte, aus humanitären Gründen ließe sich ein Nein zu den Vereinbarungen schwer vertreten, schwieg dazu.

Es gab begründbare Einwände gegen die Verträge, aber ebenso Gründe dafür, und so angesehene Unionspolitiker wie Gerhard Schröder und Richard von Weizsäcker bekannten das auch. Kohls besondere Schwierigkeit war, daß er sich als Kanzlerkandidat nicht offen gegen die CSU und Strauß stellen konnte, wollte er die wiedererrungene Einheit nicht gefährden[222].

Dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten war bewußt, wie widerstrebend die Christlich-Sozialen seiner Kanzlerkandidatur zugestimmt hatten. Das Kommuniqué zum Abschluß der gemeinsamen Beratungen der beiden Unionsparteien war eine verklausulierte Feststellung gewesen, Strauß bleibe aus der Sicht eines Teils der Union der eigentlich bessere Kandidat. Kohl hatte dies akzeptiert in der Hoffnung, der Konflikt sei damit ausgestanden und der Weg zum gemeinsamen Wahlerfolg frei. Der CDU-Vorsitzende hatte desgleichen in Fragen der politischen Strategie bis zuletzt (1976) den Versuch unternommen, zu Kompromißlösungen mit seinem christlich-sozialen Amtskollegen zu gelangen, um den nach den Biedenkopf-Äußerungen erneut in Gefahr geratenen Unionsfrieden zu wahren.

Der CSU-Vorsitzende wäre sich selbst untreu geworden, hätte er eine solche Kompromißbereitschaft nicht als Schwäche ausgelegt. Möglicherweise hatte Helmut Kohl geglaubt, ihn mit seinerseits gegenüber der Schwesterpartei geübter Konzilianz von einer ausschließlich auf Konfrontation zur Regierungspolitik angelegten Oppositionsstrategie abzuhalten. Aber inwieweit war die politische Verhaltensweise von Franz

[222] Deshalb konnte sich das Bundesland Rheinland-Pfalz im Bundesrat bei der Abstimmung über die Verträge ein Ja kaum leisten, zumal die Annahme der Verträge im Bundesrat durch das Ausscheren des Saarlandes aus der CDU-Länderfront ohnehin gesichert war.

Josef Strauß auch für Parteifreunde überhaupt berechenbar und demgemäß zu beeinflussen? Er selbst und seine Anhänger bejahten diese Frage mit selbstverständlicher Entschiedenheit. Der christlich-soziale Vorsitzende verfolge eine konsequente Linie, der er alles, auch persönliche Ambitionen, unterordne. Er erstrebe die Einheit des freien Europa, die zugleich eine gemeinsame Atomstreitmacht umfassen müsse[223]. Dem Sowjetimperialismus und seinen politischen Brückenköpfen, den kommunistischen Formationen jeder Observanz, gelte sein unerbittlicher Widerstand. Sein Eintreten für die Marktwirtschaft erlaube keine Zweifel. Im übrigen sei er ein weltoffener und durchaus liberaler Geist, der die CSU aus bayerischer Enge und klerikaler Abhängigkeit herausgeführt habe[224].

Nur uneinsichtige Gegner konnten Strauß in der Tat eine barocke Liberalität abstreiten wollen. Und seine Einstellung zur Ostpolitik hatte er bereits dargelegt, als nicht Brandt und Bahr, sondern noch Gerhard Schröder eine Lockerung der verhärteten Ost-Beziehungen betrieb.

Diese Auffassung hatte er jedoch keineswegs immer konsequent vertreten. Es gab gute Aussagen dafür, daß Strauß 1972 bereit gewesen war, den Ostverträgen zuzustimmen (so unter anderem die des CSU-Staatssekretärs und heutigen Münchner Oberbürgermeisters Erich Kiesl)[225]. Zumindest einen entscheidenden Augenblick lang war der CSU-Vorsitzende bereit gewesen, das mitzutragen, wa er zuvor und danach als die Auslieferung der deutschen Außenpolitik an die sowjetische Westpolitik anprangerte. Erst die Sorge, daß die CSU-Landesgruppe ihm nicht folgen würde, brachte Strauß zurück auf den Nein-Kurs.

Gleichfalls bei den Debatten um die finanziellen Abmachungen mit Polen mußte die ablehnende Haltung des CSU-Vorsitzenden als nicht immer eindeutig erscheinen. Strauß war selbstverständlich davon unterrichtet gewesen, daß die Verträge im Bundesrat nicht angehalten werden sollten.

[223] Vgl. Strauß: Deutschland Deine Zukunft, S. 81ff.

[224] Vgl. eine analoge Terminologie in der neuesten Strauß-Biographie Zierer: Franz Josef Strauß, S. 384ff.

[225] Vgl. unter anderem einen dementsprechenden Vorwurf des NLVP (National-Liberale-Volkspartei) - Vorsitzenden und Mitglieds im Bundesvorstand der AVP (Aktionsgemeinschaft Vierte Partei), Josef Ketzler (München) in einer Pressemitteilung der AVP vom 31.1o.1975 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Niemand in der CDU-Führung hatte offenbar Anlaß, seinen Widerstand gegen dieses Verfahren zu erwarten. Man durfte aus Äußerungen von Strauß schließen, daß er mit seinen vehementen Attacken weniger eine unbeirrbare Überzeugung zum Ausdruck bringen als vielmehr - oder zumindest gleichwertig - politische Ausgangspositionen markieren wollte, deren Modifizierung zukünftigen Verhandlungen überlassen bleiben sollte. Seine Befürchtung war, daß die Ablehnung der sozial-liberalen Deutschland- und Ostpolitik insgesamt durch eine unklare Haltung zu den politischen Folgeverträgen gerade in dem Augenblick unglaubwürdig werden könnte, da die öffentliche Meinung die Skepsis der Union partiell zu übernehmen und ebenso im befreundeten oder neutralen Ausland ein Unbehagen über mögliche Auswirkungen dieser Politik verzeichnet werden konnte[226]. Nicht unabdingbare Konsequenz, sondern die D a r s t e l l u n g politischer Prinzipien (mit dem Ziel, Verhandlungsspielräume zu gewinnen) bildete demnach das vorrangige ihn treibende Motiv.

Strauß galt überdies als Antisozialist. Er unterstützte nicht nur die umstrittene Aktion 'Rettet die Freiheit', sondern er stimmte auch Adenauers Prophezeiung, daß eine von den Sozialdemokraten gestellte Regierung den Untergang Deutschlands bedeuten würde, ebenso zu, wie er seine Partei mit den Parolen 'Freiheit oder Sozialismus' (Bundestagswahl 1976) bzw. 'Gegen ein sozialistisches Volksfront-Europa' (Europawahlen 1979) in kompromißlos bestrittene Wahlkämpfe führte. Eine solche geistige Grundhaltung aber hatte den politischen Pragmatiker Strauß zum Beispiel nicht davon abgehalten, das Auseinanderbrechen der letzten CDU/CSU-Koalition mit den Freien Demokraten (mit) zu veranlassen, wobei ihm nicht unklar gewesen sein konnte, daß danach nur noch eine Regierungsbeteiligung der SPD möglich sein würde. Die FDP blockierte zu der Zeit seine Rückkehr ins Kabinett, während er in Herbert Wehner einen offenen Verbündeten finden zu können glaubte.

Erst im Wandel der innen- und außenpolitischen Verhältnisse am Ende der sechziger Jahre aber waren die CSU und ihr Vorsitzender dann tatsächlich in eine Lage geraten, in der sie aus Sorge um die eigene bayerische Union und nicht nur um die Gesamt-Union und deren Politik auf

[226] Vgl. Franz Josef Strauß: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25.7.1975, in: Texte, Reihe II, Bd. 3, S. 306

Bundesebene auch gegen die christlich-demokratische Schwesterpartei agieren zu müssen glaubten. Hatte die CSU auf dem Höhepunkt der Adenauer-Ära vom politischen Erfolg der Union in doppelter Weise profitiert, landes- und bundespolitisch, und aus ihrer institutionellen Doppelrolle zusätzliche politische Vorteile gezogen, so wurde für die CSU diese institutionelle Doppelrolle problematisch, als aus mannigfachen Gründen ein temporärer politischer Rückgang der CDU in der Bundesrepublik einsetzte, in Bayern aber die Christlichen Sozialen mit weiter wachsendem (Wahl-)Erfolg die Geschicke des Landes bestimmten. Die CSU befürchtete von diesem Zeitpunkt an, von außerbayerischen innenpolitischen Entwicklungen in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Der Eindruck von der 'CDU/CSU' als einer politischen Einheit in gesellschaftlich und politisch strukturbestimmenden Fragen war von der Union selbst seit dem Zusammenschluß zu einer Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag im Jahre 1949 propagandistisch wie in Form gemeinsamer praktischer Politik so erhärtet worden, daß sich die CSU nicht mehr ohne eine existentielle Begründung aus dem Bündnis zurückziehen konnte. Der Weg zu einer nur bayerischen Partei etwa mit radikalem Partikularpatriotismus war ebenso versperrt wie die Überschreitung der bayerischen Grenzen zur Entwicklung einer christlich-konservativen Bundespartei neben der CDU ein noch unkalkulierbares Risiko für die bayerische Union war und blieb. Beide Wege konnten für beide Unionsparteien abträgliche bundes- und landespolitische Konsequenzen zur Folge haben.

Die Problematik der CSU, weder in einem vollen Sinne zur Bundespartei zu werden, noch sich dem Aktionsbündnis mit der CDU entziehen zu können, hatte sich noch dadurch verschärft, daß sie mit ihrem politischen Anspruch ihre provinziale Legitimationsbasis längst überschritten hatte und spätestens seit dem Jahre 1961 die Bundespolitik als vorrangig gegenüber der Landespolitik betrachtete. Dies hatte sich unter anderem auch im Parteivorsitz ausgedrückt (bzw. war durch den Wechsel im Amt des Parteivorsitzenden zu Franz Josef Strauß entscheidend mit beeinflußt worden). Bis zum Jahre 1961 hatten Landespolitiker die Position des Landesvorsitzenden eingenommen: Josef Müller, Hans Ehard, Hanns Seidel. Die landespolitische Situation hatte bis weit in die fünfziger Jahre hinein diese Repräsentativlösung notwendig erscheinen lassen. Mit dem Ausbau ihrer inzwischen fast unangreifbar

wirkenden landespolitischen Vormachtstellung konnte dann das Schwergewicht der CSU-Politik ohne größere innerparteiliche Widerstände auf die Bundespolitik verlagert werden. Seit der Wahl von Strauß zum Landesvorsitzenden (18. März 1961) betonte die Christlich-Soziale Union in vielerlei Formen zunehmend ihre Rolle als De-facto-Bundespartei im besonderen Aktionsbündnis mit der CDU. Diese spezifische Stellung der eigenen Partei im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland mußte somit für den CSU-Vorsitzenden neben den persönlichen politischen Ambitionen und seinen politiktheoretischen Grundüberzeugungen eine weitere Handlungsmotivation darstellen.

Die unionsinternen Schwierigkeiten, die sich aus einem solchermaßen mehrfach begründeten, umfassenden politischen Anspruch von Franz Josef Strauß immer wieder ergaben, wurden potenziert durch ihre aus den Reihen der Union nicht selten selbst vorgenommene öffentliche Artikulation, ohne daß sie seit dem Herbst 1969 durch den Glanz der Regierungsmacht zumindest eine gewisse Kompensation hätten erfahren können. Und so sah sich nach dem Scheitern Rainer Barzels auch der neue CDU-Vorsitzende Helmut Kohl genötigt, nahezu unentwegt seinen politischen Partner im Auge zu behalten. Zu konzeptioneller Arbeit, die so oft als fehlend deklariert wurde, blieb dem Kanzlerkandidaten kaum die Zeit, dem Oppositionsführer Kohl wurde sie nicht unwesentlich erschwert[227]. Sie wäre auch nicht in dem inzwischen erforderlichen Maße notwendig geworden, wenn beispielsweise die in Hamburg beschlossene Strategie konsequent verfolgt worden wäre. Auf dem Parteitag von 1973 hatte die CDU zu den Themen Mitbestimmung, Bodenrecht und Vermögensbildung Beschlüsse gefaßt, deren zusätzlicher Erfolg hätte sein können (und sollen), einen Keil zwischen die beiden Koalitionsparteien SPD und FDP zu treiben. Diese von Kohl verfolgte Strategie scheiterte jedoch in

[227] Nach der Ankündigung Helmut Kohls im Frühjahr 1979, die Arbeit der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag straffen und somit effektivieren zu wollen, legte die CSU gleich zweimal ihr Veto dagegen ein: Der CSU-Landesgruppenvorsitzende Zimmermann beschwerte sich schriftlich bei Kohl darüber, daß er "von solchen Überlegungen aus der Zeitung erfahre", und wies darauf hin, daß die Formen der Zusammenarbeit von CDU und CSU in dem 1976 getroffenen Übereinkommen zur gemeinsamen Fraktion festgelegt seien. Jede Änderung bedürfe der vorherigen Absprache mit und Zustimmung der CSU; der CSU-Vorsitzende Strauß schrieb ebenfalls an Kohl und beklagte sich unter anderem über die Ankündigung von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, daß CDU und CSU gemeinsame Projektgruppen zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes (für die Bundestagswahl 1980) einsetzen wollten. "Eine Einladung zu etwas, was schon steht, entspricht nicht ganz dem Verhältnis der beiden Schwesterparteien", erklärte Strauß, vgl. Trierischer Volksfreund vom 23.2.1979, S. 1

der Bundestagsfraktion der Union, nicht zuletzt am Widerstand der christlich-sozialen Fraktionskollegen.

Zu alledem ließ Franz Josef Strauß nicht davon ab, die Idee einer neuen, vierten Bundespartei immer wieder zum Thema der Diskussion zu machen. Weder die finanziellen Erfordernisse eines solchen Unternehmens, die bereits im ersten Jahr auf eine Summe von nicht unter zwanzig Millionen DM geschätzt wurden[228], noch die sich allein schon aus der kontroversen Erörterung dieser Thematik auf die Dauer zwangsläufig ergebenden Belastungen für die Unionseinheit schienen für ihn ausreichende Argumente dagegen zu sein. Dabei mußte allerdings Berücksichtigung finden, was den Überlegungen des CSU-Vorsitzenden tatsächlich oder scheinbar Berechtigung verlieh. Strauß urteilte zumindest da nicht unrichtig, wo er bei der Schwesterpartei CDU ein verstärktes Aueinanderdriften in Teilgruppen diagnostizierte. Wie in Italien, wo die Democrazia Cristiana durch den Gegensatz ihrer Correnti mitunter nahezu gelähmt erscheint, agierten innerhalb der Christlich-Demokratischen Union - wenn auch in einem kaum vergleichbaren, da weitaus geringerem Ausmaß - neben Sozialausschüssen, Junger Union und anderen die nur teilweise koordinierten konservativen Gruppierungen wie desgleichen die sogenannten - außenpolitisch zumeist eine Annäherung an die Politik der sozial-liberalen Bundesregierung befürwortenden - politischen 'Einzelkämpfer' (Schröder, von Weizsäcker, Leisler Kiep etc.) in eigener Regie.

Auf der anderen Seite mußte sich der CSU-Vorsitzende in diesem Zusammenhang fragen lassen, ob ein solcher Vorwurf mangelnder Geschlossenheit gegenüber der Schwesterpartei einem Mann gut anstand, der eine (konservative) politische Gruppenbildung innerhalb der Union immer zielstrebig unterstützt hatte. Strauß kritisierte nicht ganz zu Unrecht an Kohl dessen Neigung, die Meinung der Partei durch Gruppenkompromisse heranreifen zu lassen, statt zu führen. Doch erst wenn der gemeinsame Kanzlerkandidat sich auf die Loyalität seines christlich-sozialen Partners und dessen Einflusses hätte verlassen können, wäre es ihm möglich gewesen, die Bundespartei oder (später) gar die Fraktion im Deutschen Bundestag so kraftvoll zu führen, wie er es mit der Landesunion in Rheinland-Pfalz vorexerziert hatte.

[228] Vgl. diese Angaben unter anderem in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 27.1o.1975, S. 2; dazu: Der Spiegel vom 3.11.1975, S. 34

Auch Strauß hatte während der Spiegel-Affäre und danach herbe Erfahrungen mit seinen Unionsfreunden machen müssen. Doch trafen diese Enttäuschungen einen Politiker, der sich zuvor nicht unbedingt durch besondere Rücksichtnahme im persönlichen Umgang hervorgetan hatte.

Mochte es das Gefühl politischer Überlegenheit eines Mannes sein, der schon in den fünfziger Jahren als kommender Bundeskanzler genannt worden war und dieses Ziel trotz kaum unterbrochener über dreißigjähriger politischer Karriere nicht zu erreichen vermocht hatte, oder aber ein anderes Motiv, das den CSU-Vorsitzenden dazu bewegte, nach dem Rücktritt Rainer Barzels erneut einem Kanzlerkandidaten der Union trotz bevorstehender Wahlen innerparteilich zumindest kaum Schonung zu gewähren, es gab eine Reihe möglicher oder gar plausibler Erklärungen. Nachweisbar war zwischenzeitlich, daß seine Persönlichkeit, die der Union aufgrund politischer Sensibilität wie politischen Sachverstandes sehr viel hätte nützen können, den Unionsparteien und ihrem Spitzenpolitiker immer häufiger irreparable Nachteile schuf - auch wenn sie subjektiv das beste wollte.

8.2.5. Die Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen (1975)

Nach dem deutsch-polnischen Abkommen vom 7. Dezember 197o hatte die Regierung Schmidt/Genscher im Jahre 1975 neue Vereinbarungen mit der polnischen Regierung zum Zwecke der Konkretisierung und Intensivierung des auch nach der beiderseitigen Vertragsratifizierung von 1972 problematisch bleibenden Verhältnisse zwischen der Bundesrepublik und Polen geschlossen und diese am 9. Oktober 1975 in Warschau unterzeichnet. Diese Vereinbarungen bildeten den Anlaß dazu, daß die nach den Auseinandersetzungen um die Biedenkopf-Äußerungen neu gefundene Einigkeit zwischen CDU und CSU vier Wochen später wieder in Gefahr zu geraten schien.

Am 17. Oktober 1975 hatten sich die beiden Parteivorsitzenden Kohl und Strauß bei einer Zusammenkunft in der Nähe Münchens darauf geeinigt, daß die Abmachungen von Helsinki zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem polnischen Parteichef Gierek von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

abzulehnen seien, den unionsregierten Ländern im Bundesrat das Votum jedoch freigestellt werde. Dabei war vorherzusehen, daß das Saarland mit Ja stimmen und den Vereinbarungen zur Verabschiedung verhelfen würde[229].

Auf einer zur Beratung der Polen-Thematik einberufenen Sitzung des CDU-Bundesvorstandes unterließ es Kohl dann jedoch, seine mit dem CSU-Vorsitzenden getroffene Abmachung zu vertreten. Abweichende Plädoyers von Befürwortern (auch) dieses Vertragswerkes mit dem osteuropäischen Staat wie Leisler Kiep, von Weizsäcker, Wissmann (JU) und Langguth (RCDS) ließen den Eindruck einer Mehrheit im Parteivorstand der CDU für die Zustimmung zu den Polen-Vereinbarungen entstehen. Bereits zuvor hatten prominente Unionsabgeordnete wie der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Schröder, und der Sozialpolitiker Blüm bekannt gemacht, sie wollten den Abmachungen aus humanitären Gründen zustimmen, um so sicherzustellen, daß rund 12o.ooo auswanderungswillige Deutschstämmige in den nächsten Jahren in die Bundesrepublik würden ausreisen dürfen[23o]. Auch in der anschließenden Pressekonferenz weigerte sich Helmut Kohl ausdrücklich, in irgendeiner Weise Position zu beziehen. Er wolle nicht, so Kohl, in die noch laufende Meinungsbildung eingreifen. Der CDU-Vorsitzende hatte kein eindeutiges Wort im Sinne seiner Absprache mit Strauß gesprochen; und so war es kaum verwunderlich, wenn sich dieser nun seinerseits ebenfalls nicht mehr unbedingt an die gemeinsame Abmachung gebunden fühlte. In einem Brief an die 234 Unionsabgeordneten im Deutschen Bundestag sowie die Ministerpräsidenten der christlich-demokratisch regierten Bundesländer richtete der CSU-Vorsitzende an die Adressaten die Aufforderung, im Bundestag und Bundesrat geschlossen gegen das sogenannte 'Rentenabkommen' mit Polen zu stimmen. Strauß hielt es für erwiesen, daß die innerparteilichen Gegensätze zwischen Christlichen Demokraten bei der Ratifizierung der Ostverträge, die nur durch Stimmenthaltung hatten überbrückt werden können, die Wahlniederlage von 1972 mit verursacht hatten. Im Hinblick auf kommende Wahlen

[229] Da die CDU-Regierung in Saarbrücken sich im saarländischen Landtag einem Patt von fünfzig CDU - zu fünfzig SPD- und FDP-Stimmen gegenübersah und somit auf die parlamentarische Unterstützung der Freien Demokraten - deren Bundesvorsitzender und Außenminister Genscher sich besonders für das neue Polen-Abkommen engagiert hatte - angewiesen war.

[23o] Vgl. Augsburger Allgemeine vom 3o.1o.1975, S. 2

verlangte er daher eine klar begründete und vor allem einmütige Kontrastaussage der Union[231]. Strauß' Hauptargument gegen das Abkommen[232] lautete, die Regierung untergrabe mit den deutsch-polnischen Vereinbarungen die früher, unter anderem durch das Londoner Schuldenabkommen errichteten Dämme gegen unübersehbare östliche Wiedergutmachungsforderungen. Er sehe nicht, erklärte der CSU-Vorsitzende in seinem Schreiben, wie eine künftige CDU-Regierung sowjetischen Forderungen in noch ganz anderen Größenordnungen werde entgegentreten können, wenn die CDU/CSU jetzt nicht gegen die Schaffung eines polnischen Präzedenzfalles stimme. Bonn - und dort alle, die dem neuen Vertrag zuzustimmen bereit waren - helfe mit, anstelle des aufgegebenen Alleinvertretungsanspruches der Bundesrepublik eine alleinige Zahlungspflicht zu konstruieren[233]. Der Versuch des CSU-Vorsitzenden, die Unionsparteien insgesamt auf ein Nein zu den Polen-Abkommen einzustimmen, verstärkte einen in seiner Zielrichtung entgegengesetzten Druck auf den christlich-demokratischen Parteivorsitzenden aus dessen eigenen Reihen. Doch trotz eines nochmaligen Appells des früheren Außenministers Schröder, der sich unter Berufung auf Konrad Adenauer und dessen Befürwortung eines (vertraglich abgesicherten) guten Verhältnisses zu Frankreich wie zu Polen[234] erneut für eine zustimmende Haltung der Union einsetzte, zeichneten sich die zu erwartenden Stimmenverhältnisse im Bundestag immer deutlicher ab: Eine Mehrheit der CDU-Abgeordneten und nahezu die gesamte CSU-Landesgruppe folgte den Auffassungen des bayerischen Unionspolitikers, die zudem gleichfalls beim Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Carstens, nachhaltige Unterstützung fanden. Offen war lediglich noch die Stellungnahme der christlich-demokratisch geführten Landesregierungen im

[231] Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 27.1o.1975, S. 1

[232] Vom CSU-Vorsitzenden in seinem Brief als "Musterbeispiel von Pseudo-Menschlichkeit und Pseudo-Entspannung" apostrophiert, vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 27.1o. 1975, S. 1

[233] Weiter erklärte Strauß, daß aus dem Gebiet des heutigen Österreich und der DDR genauso viele Kriegsverbrecher, KZ-Wachmannschaften und Nationalsozialisten gekommen seien, wie aus dem Gebiet der Bundesrepublik. Diese beiden Staaten aber würden von der moralischen Verurteilung und der entsprechenden finanziellen Wiedergutmachungspflicht ausgenommen. Durch eine solche Willkür entstehe die Gefahr, daß einem Neonationalismus in der Bundesrepublik Vorschub geleistet werde, vgl. ebenda

[234] Siehe dazu: "Adenauer würde sich im Grab umdrehen...", in: Hamburger Morgenpost vom 27.1o.1975, S. 2

Bundesrat, dessen Zustimmung in diesem Fall - da die Länder bei der Rentenregelung mitbetroffen waren - notwendig wurde. Weiterhin knüpften sich jedoch die Spekulationen an die Haltung des Saarlandes, wo die dort ohne parlamentarische Mehrheit regierende CDU unter Ministerpräsident Röder geneigt zu sein schien, sich durch ein Ja zu der Polen-Vereinbarung die Zustimmung der FDP zum Haushalt 1976 sichern zu wollen[235].

Franz Josef Strauß hatte sein Schreiben zur Polen-Thematik an die Ministerpräsidenten und Bundestagsabgeordneten der Unionsparteien gerichtet, gemeint aber war insbesondere Helmut Kohl, der Kanzlerkandidat. Der CSU-Vorsitzende hatte einen Brief geschrieben, den nach seiner Ansicht der erste Mann hätte verfassen müssen. Indem Strauß nicht nur sich und seine Partei auf ein Nein zu den deutsch-polnischen Vereinbarungen festzulegen suchte, machte er die Öffentlichkeit darauf aufmerksam, daß der CDU-Vorsitzende sich noch nicht geäußert hatte und der Diskussion in den eigenen Reihen freien Lauf ließ. Strauß dagegen hatte ganz offensichtlich erwartet, daß auch Helmut Kohl seine (vereinbart) kritische Haltung gegenüber den Abmachungen öffentlich bekanntgeben und selber die Unionspolitiker zu einem geschlossenen Nein auffordern würde. Der Brief war demnach nur als Ausdruck ernsthafter Besorgnis des CSU-Vorsitzenden über das Zögern des Kanzlerkandidaten aufzufassen, die neuen Vereinbarungen zu einer grundsätzlichen politischen Frage zu erklären, in der die Opposition nur eine Meinung hätte vertreten dürfen.

Die damit zugleich erteilte Antwort des CSU-Vorsitzenden auf den von Biedenkopf postulierten Führungsanspruch Kohls[236] konnte nun ihrerseits als Anspruch des CSU-Vorsitzenden auf eine zumindest außenpolitische Richtlinienkompetenz gewertet werden[237]. Dabei bedeutete der von Strauß gegebene Hinweis auf die gebotene Demonstration der Einigkeit in den Reihen der Opposition durch seine Zuspitzung in der Forderung nach einem unbedingten Nein zu den Polen-Verträgen eine erneute schwere Hypothek für die gemeinsame Unionspolitik[238]; es war zugleich

[235] Vgl. Mainzer Allgemeine Zeitung vom 28.1o.1975, S. 1

[236] Vgl. Hessische Allgemeine vom 27.1o.1975, S. 1

[237] Vgl. Braunschweiger Zeitung vom 27.1o.1975, S. 1

[238] Vgl. ebenso Mainzer Allgemeine Zeitung vom 28.1o.1975, S. 1

ein unmißverständliches Zeichen an jene Unionspolitiker in der Schwesterpartei, die - wie Gerhard Schröder - im Bundestag oder Bundesrat der Regierungsvorlage zustimmen wollten.

Die Sorge des CSU-Vorsitzenden wie auch seine Übereinkunft mit dem Unionskanzlerkandidaten besaßen ihre Grundlage in einer allgemeinpolitischen Analyse der Situation der beiden Unionsparteien. Seit Übernahme des Parteivorsitzes hatte Helmut Kohl zusammen mit Generalsekretär Kurt Biedenkopf wichtige gesellschaftspolitische Impulse für ein reformerisches und zugleich realistisches Gesellschaftsprogramm der CDU entwickelt. Der Bundesparteitag der CDU in Hamburg im November 1973 dokumentierte dies deutlich.

Hamburg hatte sich aber in doppelter Hinsicht zum Ausgangspunkt für einen neuen politischen Aufwärtstrend der CDU entwickelt, wie er 1972 noch kaum vorstellbar gewesen wäre. Seit den Bürgerschaftswahlen in Hamburg, den Landtagswahlen in Niedersachsen, Hessen und Bayern im Jahre 1974 war ein wachsender Teil der Bevölkerung zu der Auffassung gelangt, daß die CDU eine neue, insbesondere gesellschaftspolitische Attraktivität entwickelt hatte[239]. Diese neue Entwicklung, die nicht nur landespolitische, sondern ebenso bundespolitische Bedeutung besaß, stand im Zusammenhang mit einer Regierungskrise der SPD/FDP-Koalition, die mit dem Rücktritt von Bundeskanzler Brandt am 6. Mai 1974 ihren letzten Höhepunkt und ein vorläufiges Ende gefunden hatte.

Es war deutlich geworden, daß eine außen- und innenpolitische Ernüchterung über diePolitik der sozial-liberalen Bundesregierung einen wichtigen Grund für den Popularitätsverfall von SPD und FDP darstellte. Aber nicht allein die Schwäche der Regierung Brandt/Scheel, sondern eine offenkundig gewordene neue politische Aussagekraft von CDU und CSU hatte ihren Erfolg in den Landtagswahlen von 1974 mitbewirkt. Andererseits durften die gesellschaftspolitischen Beschlüsse des Hamburger Parteitages nicht überbewertet werden, deren Umsetzung in die parlamentarische Praxis wohl kaum sehr bald und in allen Punkten zu

[239] Vgl. Werner Kaltefleiter: Mit Blick auf 1976, Die Konsequenzen der Wahlen von 1974, in: Die politische Meinung, Nr. 157, 1974, S. 3-9

erwarten war; es war wenig wahrscheinlich, daß die Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag zukünftig hauptsächlicher Träger einer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit der Bundesregierung werden würde.

Die Öffnung der Union in Richtung auf liberale Wählerschichten und die klare Formulierung ordnungspolitischer Alternativen[240] hatte seit 1973 ohne Zweifel eine Vergrößerung des Wähler- und Mitgliederpotentials der Unionsparteien bewirkt. Die landespolitischen Erfolge von CDU und CSU waren gleichfalls ein Indiz für Kritik an der Gesellschaftspolitik der SPD/FDP-Regierung, die die Reformfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland weitgehend ausgelastet bzw. zum Teil bereits überstrapaziert hatte, indem sie wiederholt Vorhaben und Neuerungen in Aussicht stellte, die sich dann als nur bedingt realisierbar erwiesen (allerdings hatte die Energiekrise der Jahre 1973/74 mit ihren Auswirkungen auf das Weltwirtschaftssystem und auf die Wirtschaftspolitik der einzelnen Industrieländer die wirtschaftspolitische Belastbarkeit und damit die Regierbarkeit dieser Staaten insgesamt erheblich schwieriger werden lassen).

Auch die Regierung Schmidt/Genscher war von diesen außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten nicht verschont geblieben. Die hieraus resultierenden (vor allem ökonomischen) Sorgen um weitere Preissteigerungen, um Geldwertverluste, um die Sicherheit der Arbeitsplätze und die pessimistische Bewertung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung waren weitere Aspekte bei der politischen Trendwende zugunsten der Union gewesen.

Der ehemals eindeutige 'Regierungsbonus' in der Außenpolitik war angesichts der neuen wirtschaftspolitischen Interdependenz zwischen Außen- und Innenpolitik erstmals in Gefahr geraten, in ein Vertrauensdefizit der Regierung und damit zugunsten der Opposition umzuschlagen. Zwar konnte noch keineswegs von einem 'Oppositionsbonus' gesprochen werden[241], zumal der Bundesregierung eklatante Fehler in Fragen der Wirt-

[240] Vgl. unter anderem Kurt Biedenkopf: Die Politik der Unionsparteien, Die freiheitliche Alternative zum Sozialismus, Vortrag vor der Katholischen Akademie Bayern in München am 9.12.1972 (Fotokopie des Redemanuskripts)

[241] wie dies zum Beispiel Christian Hacke schon für den Zeitraum ab 1973 tut, vgl. Hacke: Ost- und Deutschlandpolitik, S. 94f.

schaftspolitik nicht nachgewiesen werden konnten; auch eine von CDU und CSU geführte Bundesregierung hätte wohl kaum eine prinzipiell alternative Wirtschaftspolitik zu betreiben vermocht.

Waren es somit vor allem innen-, sozial- und wirtschaftspolitische Gründe, die als Ursache für den landespolitischen Erfolgstrend der Union in der Mitte der siebziger Jahre geltend zu machen waren, so stellte sich die Frage nach dem Rang, den dabei die Deutschland- und Ostpolitik als der in den Jahren von 1969 bis 1973 dominante politische Bereich nun einnahm. Eine Antwort darauf muß zwangsläufig hypothetisch bleiben, da in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und hier insbesondere der neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition die Phase der essentiellen Neuerungen mit dem Jahre 1973 vorläufig abgeschlossen war und auch in den deutschland- und ostpolitischen Grundpositionen von Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen seither keine entscheidenden Veränderungen eingetreten waren.

Gerade der verminderte Stellenwert, der der Deutschland- und Ostpolitik etwa im Vergleich zu den Jahren 1969/7o oder gar dem Wahljahr 1972 beigemessen wurde, konnte aber zugleich als eine der wesentlichen Ursachen für den politischen Aufwärtstrend der Union in der Mitte der siebziger Jahre in Betracht gezogen werden. Zwar wurde weiterhin auch in den Unionsparteien selbst von Befürwortern einer außenpolitischen Neuorientierung die Ansicht vertreten:

> "Wer die Außenpolitik der Regierung insgesamt als eine Politik in Richtung sozialistische Volksfrontpolitik ansieht, der wird auch auf gesellschaftspolitischem Gebiet die totale Konfrontation suchen. Die Union kann nicht die Gesellschaftspolitik von morgen mit der Außenpolitik von gestern koppeln. Deshalb gehört zur Neubestimmung der Union auch eine Neubesinnung in den außenpolitischen Fragen"[242].

Das fast gleichzeitige Zusammentreffen weltweiter Ernüchterung in bezug auf kurz- und mittelfristige Erfolgsaussichten der Entspannungspolitik und die Verschiebung zwischen den verschiedenen Politikfeldern zugunsten gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Fragestellungen schienen jedoch den tradierten außenpolitischen Prinzipien in CDU und

[242] Walter Leisler Kiep: Christlich-demokratische Perspektiven einer Außenpolitik der Bundesrepublik, in: Sonde, Heft 2, 1973, S. 41

CSU wieder größeren Rückhalt und nachträgliche Rechtfertigung zu verleihen wie sie ebenso andere, der entsprechenden Politik der Regierungsparteien potentiell überlegene sachpolitische Argumentationen der Unionsparteien in den Vordergrund des Interesses rückten.

Und eben diese sich abzeichnende günstige Ausgangsposition der Union für die Bundestagswahl des Jahres 1976 sah der CSU-Vorsitzende durch ein Abgehen von ihren überkommenen Prinzipien (gleichgesetzt mit einer Annahme des neuen Abkommens mit der Volksrepublik Polen) und eine damit unvermeidbare neuerliche Uneinigkeit zwischen den Unionsparteien gefährdet.

Daneben aber war die Kritik, die der CSU-Vorsitzende vorgebracht hatte, auch in der Sache durchaus zu begründen gewesen. Das Rentenabkommen stellte eine verdeckte Wiedergutmachungsleistung dar, über deren Zwangsläufigkeit man streiten konnte, nachdem die Bundesrepublik Deutschland im Warschauer Vertrag von 1971/72 auf die Ostgebiete verzichtet hatte. Das Rentenabkommen bot zugleich eine Ausgleichssumme (zwei Milliarden DM) für 12o.ooo umsiedlungswillige Deutsche, deren Ausreise aus deutscher Sicht eigentlich schon die erste positive Folge des damaligen Warschauer Abkommens hätte sein sollen. Unter Bundeskanzler Schmidt - so diese Unionsmeinung - sollte somit möglicherweise durch neuen Finanzsupport für Polen korrigiert werden, was sich als Fehlrechnung seines Vorgängers im Bundeskanzleramt herausgestellt hatte. Nichts sprach dafür, eine als fehlerhaft angesehene Politik gutzuheißen, doch schon die Reihenfolge der Adressaten war ein Indiz dafür, daß Strauß neben den genannten Sachgründen eine weitere, dritte Absicht verfolgt hatte: Mit Hilfe der bayerischen Union sollte jene (mit Helmut Kohl abgesprochene) politische Linie unionsintern durchgesetzt werden, die der Kanzlerkandidat und Vorsitzende der Schwesterpartei alleine nicht zu verwirklichen bereit oder in der Lage war. Während in der Christlich-Demokratischen Union noch das Für und Wider der Vereinbarung mit Polen abgewogen wurde, hatte der CSU-Vorsitzende mit Blick auf die noch andauernde Diskussion maßstabsetzend die Richtlinien der Unionspolitik formuliert und von vornherein die Entscheidung definiert, die er im Sinne beider Parteien für taktisch klug und moralisch richtig hielt.

Bei seinem Vorgehen hatte Strauß in sein Kalkül miteinbeziehen müssen, daß der gemeinsame Kanzlerkandidat von CDU und CSU das Schreiben nur als einen offenen Zweifel an seiner Führungsautorität auffassen konnte[243]; desgleichen war nach den vorangegangenen Erklärungen von Schröder und Röder zu erwarten gewesen, daß die Fronten innerhalb wie zwischen den Unionsparteien wieder deutlicher sichtbar werden würden. Der CSU-Vorsitzende hatte den Versuch unternommen, mit seiner schriftlichen Warnung die christlich-demokratische Schwesterpartei und damit die gesamte Union vor einer nach seiner Ansicht taktisch wie sachpolitisch verhängnisvollen Entwicklung zu bewahren. Er hatte damit aber auch in Kauf genommen, daß nun erneut von einer in sich uneinigen und gespaltenen Union die Rede war[244], die Gefahr lief, unter dem Zeichen interner Unstimmigkeiten in den bevorstehenden Wahlkampf zu gehen und so an vergleichbare Situationen in der Unionsgeschichte anzuknüpfen[245].

Konrad Adenauer hatte Ludwig Erhard nicht für einen geeigneten Nachfolger gehalten und dies auch deutlich gemacht. Der Satz: "Den bring ich noch auf Null" (Adenauer) änderte jedoch nichts daran, daß der erfolgreiche Wahlkämpfer Erhard dennoch auch über eine Bundestagswahl hinaus Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wurde. Zu diesem Zeitpunkt aber war sein innerparteiliches Ansehen schon derart vermindert, daß er im Verlauf der nach dem Zweiten Weltkrieg ersten größeren Wirtschaftsrezession bereits im darauffolgenden Jahr (1966) - nicht ohne Zutun der CSU und ihres Vorsitzenden Strauß[246] - vorzeitig zurücktreten mußte. Und schließlich war es in den Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU um die Ostverträge wiederum nicht zuletzt der Einfluß des christlich-sozialen Politikers gewesen, der dem Kanzlerkandidaten Barzel die erste entscheidende unionsinterne Niederlage zugefügt hatte. Im Jahre 1975 hatte sich Strauß von den Christlichen Demokraten dann auch schriftlich geben lassen, daß er ein geeigneter

[243] Vgl. Hessische Allgemeine vom 27.1o.1975, S. 2

[244] Vgl. Siegfried von Beöczy: Die gespaltene Fraktion, in: Südwestpresse vom 4.11. 1975, S. 1

[245] Vgl. so "Demontage, Kohls selbstverschuldete Lage", in: Nürnberger Nachrichten vom 4.11.1975, S. 1; dazu: "Demontage, Kanzlerkandidat der Union in der Zwangslage", in: Wiesbadener Kurier vom 4.11.1975, S. 1

[246] Vgl. so etwa den Plan des Kanzlersturzes von 1966, in: Mintzel: Geschichte der CSU, S. 384ff.

Kanzlerkandidat sei. Auch politische Freunde des christlich-sozialen Parteivorsitzenden glaubten angesichts solcher Erinnerungen an die historische Dimension der Problematik 'Kanzlerdandidat' in den Unionsparteien in bezug auf den Strauß-Brief von einer gezielten Einmischung des CSU-Vorsitzenden sprechen zu müssen, wie es der westfälische CDU-Vorsitzende Heinrich Windelen tat[247].

Zweierlei hatte die erneute Diskussion um die zweiten Polen-Vereinbarungen in der Union offenbart: Die Opposition vermochte es noch nicht, eine einheitliche ostpolitische Position der der Regierungskoalition gegenüberzustellen; daneben zeichnete sich eine neue Führungsproblematik in den Unionsparteien ab, in deren Mittelpunkt die beiden Parteivorsitzenden Kohl und Strauß bzw. das Verhältnis beider zueinander stehen würde.

Am 3. November gaben Christliche Demokraten und Christlich-Soziale eine Fünf-Punkte-Erklärung[248] zu den Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und Polen heraus, in der Helmut Kohl unter Betonung seiner Funktionen als Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands und als gemeinsamer Kanzlerkandidat der beiden Unionsparteien der Bundestagsfraktion der CDU/CSU[249] das Nein seines 'brüderlichen Rivalen' (Wissmann)[25o] von der CSU zu dem Vertragswerk noch

[247] Vgl. Nürnberger Nachrichten vom 3o.1o.1975, S.1

[248] "Erstens, die neuen Abmachungen mit Polen sind - wie der deutsch-polnische Vertrag selbst - schlecht ausgehandelt und berücksichtigen die deutschen Interessen nicht in dem erforderlichen Maße; zweitens, während die polnischen Wünsche auf klarer vertraglicher Basis eindeutig geregelt sind, hat das Protokoll über die Ausreisemöglichkeiten von Deutschen aus Polen und den ehemaligen deutschen Ostgebieten keinen vergleichbaren Rang; drittens, ich verkenne nicht den humanitären Aspekt, daß möglicherweise 12o.ooo bis 125.ooo Deutschen die Ausreise bewilligt werden soll. Über das Schicksal der 16o.ooo übrigen Deutschen, die ebenfalls ausreisen wollen, wird in dem Protokoll jedoch nichts ausgesagt. Ihr Schicksal bleibt weiterhin ungewiß; viertens, die Bundesregierung hat mit der polnischen Seite überhaupt keine Vereinbarungen über die Wahrung der Menschenrechte der deutschen Minderheiten in Polen und in den ehemaligen deutschen Ostgebieten getroffen, obwohl sie wegen ihrer Obhutspflicht für diese Menschen dazu besonders verpflichtet gewesen wäre; fünftens, es besteht die Gefahr, daß nach dem deutsch-polnischen Arrangement andere Staaten mit ähnlichen Forderungen an die Bundesregierung herantreten werden und neue Milliardenforderungen stellen" (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[249] Vgl. ebenda (Einleitung)

[25o] Zit. in: Nürnberger Nachrichten vom 4.11.1975, S. 1

einmal ausdrücklich bestätigte. Die in der Abstimmung des Deutschen Bundestages nahezu einmütig erfolgte Ablehnung des Vertrages durch die Abgeordneten von CDU und CSU schien dann eine partielle Rechtfertigung der im Schlußteil der Erklärung vom 3. November gemachten Feststellung zu sein, daß damit die parlamentarische Opposition im Deutschen Bundestag ihre Kontrollfunktion gegenüber der Bundesregierung wahrzunehmen sich in der Lage gezeigt hatte.[251] Die inneren Schwierigkeiten, die CDU und CSU bis zum Tage der Abstimmung hatten bewältigen müssen, ließen andererseits ebenso berechtigt davon sprechen, daß der erreichten Einigkeit immer noch ein provisorischer Charakter beizumessen sei[252].

8.3. Die Diskussion um die vierte Partei vor der Bundestagswahl 1976

Die Einigung in der Union über eine gemeinsame Bewertung der Polen-Verträge verhinderte nicht, daß in der CSU noch Ende des Jahres 1975 das Thema 'vierte Partei' erneut aufgegriffen wurde. Trotz fast beschwörender Appelle des CDU-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Kohl zur Geschlossenheit und der ständig wiederholten Auskunft des CDU-Sprechers Pruys, die vierte Partei besitze für die Christlichen Demokraten zur Zeit keinerlei Bedeutung mehr[253], begann eine Serie von Äußerungen und Andeutungen führender CSU-Politiker.

Am 1o. November 1975 verlangte der CSU-Vorsitzende Strauß auf einer Veranstaltung seiner Partei in Wolfratshausen eine gründliche Prüfung der Frage nach einer bundesweiten Ausdehnung der CSU[254], der CSU-Bundestagsabgeordnete Zimmermann zeigte sich in einem Zeitschriften-Interview davon überzeugt, daß das Nebeneinander einer CDU- und einer CSU-Landesliste in einigen Bundesländern beiden Parteien einen Stimmenzuwachs von drei bis fünf Prozent einbringen werde und CSU-Landesgruppenvorsitzender Stücklen deutete vor dem Münchner Presseclub die mögliche Gründung von 'CSU-Wählervereinen' noch vor der Bundestagswahl 1976 an[255].

[251] Vgl. die Erklärung des CDU-Vorsitzenden Kohl zu den deutsch-polnischen Abmachungen vom 3.11.1975/Schlußteil (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[252] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3o.11.1975, S. 3

[253] Vgl. Badisches Tagblatt vom 14.11.1975, S. 3

[254] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 12.11.1975, S. 1

[255] Vgl. ebenda

Am 12. November konkretisierte Zimmermann die von ihm für ein paralleles Auftreten von CDU und CSU anvisierten Länder: Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Hamburg[256]; dabei waren die Spekulationen führender CSU-Politiker auf den ersten Blick durchaus erfolgsversprechend: Da die Christlich-Sozialen in Bayern in jedem Fall dafür sorgen würden, daß ihre Partei die auf Bundesebene geltende Fünf-Prozent-Grenze überspringen könnte[257], gingen die Wähler beispielsweise einer nordrhein-westfälischen, niedersächsischen, bremischen oder hamburgischen CSU-Landesliste sicher, daß ihre für die dortige CSU-Landesliste abgegebene Zweitstimme - allein entscheidend für das Kräfteverhältnis im Deutschen Bundestag - nicht verloren ging. Der Vergleich mit der Bundestagswahl 1957 wurde gezogen, wo die bislang einzige Kandidatur der CSU außerhalb Bayerns dieser im Saarland immerhin 21,3 Prozent der Stimmen, das bedeutete zwei Bundestagsmandate gegenüber dreien der CDU, und der Union insgesamt 54,6 Prozent statt der vier Jahre später erzielten 49,1 Prozent der Stimmen eingebracht hatte.

Voraussetzung für die Aufstellung von CSU-Landeslisten in anderen Bundesländern war allerdings, daß oberhalb der bayerischen CSU-Landesebene ein - potentiell auch nur auf das Jahr 1976 beschränkter - CSU-Bundesverband gegründet wurde, der dann, ähnlich wie Ende der fünfziger Jahre an der Saar, nach Erreichen des Wahlziels auch wieder aufgelöst werden konnte.

Die Reaktionen der CDU auf diese neuerlich entfachte Diskussion um die vierte Partei sprachen von Irritationen im Verhältnis zwischen den Unionsparteien (CDU-Sprecher Pruys)[258], der Möglichkeit eines für die Existenz 'der Union' naturgemäß verhängnisvollen Rückfalls in Weimarer Verhältnisse (Barzel)[259] und einer Fehlkalkulation mit zukünftigen Wählerstimmen (Albrecht Hasinger, Geschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse)[260], der selbst konservative Christliche Demokraten

[256] Vgl. dpa vom 12.11.1976 (dpa it re va - 17.oo); dazu Göttinger Tageblatt vom 13.11.1975, S. 1

[257] Bei der Bundestagswahl 1972 hatten die CSU-Stimmen in Bayern 9,7 Prozent der Stimmen im Bundesgebiet ausgemacht

[258] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 15.11.1975, S. 1

[259] Vgl. Westfälische Rundschau vom 15.11.1975, S. 1

[260] Vgl. Münchner Abendzeitung vom 15.11.1975, S. 1

wie der Fraktionsvorsitzende Carstens[261] oder der hessische CDU-Vorsitzende Dregger[262] entgegenzutreten versprachen. Gleichzeitig warnten Unionspolitiker wie Gerhard Schröder[263] und ebenso politische Kommentatoren[264] bereits in diesem Stadium der Überlegungen vor einem 'Bruderkampf' zwischen CDU und CSU, der sehr leicht zu einer politischen Zerreißprobe im Bündnis der beiden Unionsparteien werden konnte[265], an deren Ende eine Spaltung der Union dann nicht mehr auszuschließen war[266].

In beiden Parteien der Union wurden verstärkte Bemühungen unternommen, die sich zum Schaden der Opposition wieder eskalierende öffentliche Diskussion über eine Modifizierung des Bündnisses einzudämmen und in eine mehr rationale Erörterung der Frage überzuleiten, wie die Bundestagswahl des Jahres 1976 für die Union zu gewinnen sei. CDU-Generalsekretär Biedenkopf wurde nicht müde, den inneren Zusammenhalt und die Einheit als das oberste Prinzip für die Union zu deklarieren[267], und der stellvertretende CSU-Vorsitzende Dollinger äußerte zum wiederholten Male die Meinung, man solle mit neuen Parteigründungen sehr vorsichtig sein, die Union müsse zuvor unter allen Umständen versuchen, ein gemeinsames Programm zu erarbeiten und zusammenzubleiben, und vorhandene Differenzen zwischen den beiden Parteien wie auch ihren jeweiligen Vorsitzenden Kohl und Strauß[268] sollten im Sinne der Union geregelt werden[269].

[261] Vgl. Bild am Sonntag vom 16.11.1975, S. 1f.

[262] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 15.11.1975, S. 3

[263] Vgl. dpa vom 16.11.1975 (cpa it cw wi - 14.19)

[264] So unter anderem Ignaz Keßler, in: Saarbrücker Zeitung vom 15.11.1975, S. 1

[265] Vgl. Berliner Morgenpost vom 15.11.1975, S. 1

[266] Badische Zeitung vom 15.11.1975, S. 2; dazu Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 14.11.1975, S. 1

[267] Vgl. das Interview des CDU-Generalsekretärs Biedenkopf im Südwestfunk am 16.11.1975/CDU-Pressemitteilung vom 16.11.1975 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[268] Gemeint war damit der Streit um die sogenannte 'Kernmannschaft' der Union für die Bundestagswahl 1976 zwischen Kohl und Strauß. Während der CDU-Vorsitzende in das von ihm geplante zehn-köpfige Führungsgremium auch die CDU-Politiker Barzel, Biedenkopf und Leisler Kiep aufnehmen wollte (so auch - ohne Leisler Kiep - das später unter Einschluß des CSU-Generalsekretärs Tandler realisierte Modell), plädierte der CSU-Vorsitzende für eine sechs-köpfige 'Rumpf-Mannschaft' ohne die genannten Christlichen Demokraten.

[269] Vgl. dpa vom 16.11.1975 (dpa it cw wi - 14.33)

Dennoch mußte es sowohl Christlichen Demokraten wie Christlichen Sozialen zehn Monate vor dem Wahltag als ein unüberhörbares Alarmsignal erscheinen, als der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Dregger angesichts immer wieder ausbrechender Auseinandersetzungen um die vierte Partei über die Zerstrittenheit von CDU und CSU öffentlich räsonnierte.[270]

Diese Terminsicht war es dann auch, die nach einer mehrstündigen Aussprache zwischen den Unionsführern Kohl, Strauß, Carstens und Stücklen bereits am 17. November 1975 zumindest den aktuellen Anlaß in Form einer endgültig verabschiedeten Personenliste für das als 'Führungsmannschaft'[271] firmierende Wahlkampfgremium der Union beseitigte. Die in der Christlich-Sozialen Union angestellten Überlegungen, sich bundesweit auszudehnen, wurden jedoch explizit[272] weiter aufrechterhalten. Dies war schon allein aus der im Anschluß an das Vierer-Treffen veröffentlichten Erklärung zu ersehen, in der hervorgehoben wurde, daß es für eine weitere politische Partei in der Bundesrepublik keinen sinnvollen Platz gebe, jedoch in einem Nachsatz die Einschränkung gemacht worden war, nur solange "die beiden Unions-Parteien in allen entscheidenden politischen Problembereichen die gleiche Auffassung geschlossen vertreten" [273].

Die internen Reflexionen der CSU über die Zukunft des Bündnisses waren zu einem Zeitpunkt bekannt geworden, der sicherlich nicht den Intentionen der Autoren entsprochen haben dürfte. Zum einen war den Christlich-Sozialen wohl kaum daran gelegen, die von ihnen selbst permanent geforderte Geschlossenheit der Union in einem Augenblick aufs Spiel zu setzen, da die zu erwartende kontroverse Diskussion mit der Schwesterpartei ihren direkten, negativen Niederschlag in den Wahlaussichten der gesamten Union zu finden drohte. Zum anderen hatte sich im

[270] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 17.11.1975, S. 2

[271] Dem Gremium gehörten neben den beiden als Wahlkampfleitern fungierenden Generalsekretären Biedenkopf und Tandler die Unionspolitiker Kohl, Strauß, Carstens, Stücklen, Katzer, Stoltenberg, Dregger und Barzel an.

[272] Vgl. das Interview des CSU-Vorsitzenden Strauß im ZDF am 17.11.1975 (Bundespresseamt - Abteilung Nachrichten, Referat II/4 - Deutsche Gruppe)

[273] Zit. in: PPP vom 17.11.1975 (ja/1711/-/vo)

Gegensatz zu der sonst üblichen Geschlossenheit der CSU sehr bald herausgestellt, daß in der Frage einer bundesweiten Ausdehnung - wie im Jahre 1972[274] - nicht mit der Gefolgschaft einer Parteimehrheit zu rechnen war[275]. Eine Realisierung solcher Vorstellungen wäre unter diesen Umständen nicht nur mit einer wahrscheinlichen Sezession der CSU von der CDU verbunden gewesen, sondern hätte potentiell auch die Gefahr einer Spaltung der Christlichen Sozialen untereinander bedeuten können. Hatten aber die Ausweitungspläne lediglich als Mittel inner- bzw. zwischenparteilichen Taktierens dienen sollen, dann war ihnen durch die besonnene wie eindeutige Reaktion von seiten der CDU (und darin zum Beispiel auch politischer Freunde wie Alfred Dregger[276]) ihre Wirkung weitgehend genommen worden. Die Unionsparteien hatten sich in einem vertragsähnlichen Papier darauf geeinigt, die Frage einer grundlegenden Veränderung der Strukturen ihres Bündnisses zumindest bis zum Zeitpunkt nach den nächsten Bundestagswahlen ruhen zu lassen. Auch die Betonung der Gleichberechtigung beider Parteien vermochte dabei kaum noch als neu zu erscheinen.

Die Übereinkunft zwischen CDU und CSU behielt ihre Gültigkeit bis zum Wahltag des 3. Oktober 1976, obwohl die damit in den Augen der Öffentlichkeit wiedererlangte Einigkeit und Geschlossenheit der Union[277] noch keineswegs das Ende spekulativer Gedankenspiele um die vierte Bundespartei bedeutete - auch nicht in den Unionsparteien selbst[278].

[274] Vgl. Mühler: CDU-CSU, S. 183ff.

[275] Vgl. so Stuttgarter Zeitung vom 18.11.1975, S. 3

[276] Dregger hatte die Befürchtung ausgesprochen, daß eine Ausweitung der CSU auf Bundesebene die CDU noch stärker in ein 'linkes Fahrwasser' treiben könnte. Seine Argumentation war insbesondere, daß es durchaus sein könnte, daß die SPD in einer 'linken CDU' einen willfährigen Koalitionspartner vor allem in Fragen der Außen- und Sozialpolitik finden könnte, vgl. 'Aus erster Hand, Exklusiv-Informationen aus Politik, Wirtschaft, Kultur' (herausgegeben von A. Kohnsperger/München) vom 18.11.1975

[277] Vgl. unter anderem Werner Neumann: Einigkeit der Union, in: Darmstädter Echo vom 18.11.1975, S. 1

[278] So wurden unter Bezugnahme auf den aus Anlaß der soeben erfolgreich abgeschlossenen Gespräche noch in Bonn weilenden stellvertretenden CSU-Landesgruppenvorsitzenden Zimmermann bereits am darauffolgenden Tag Hinweise auf eine angeblich neue Vierte-Partei-Taktik bekannt. Im CSU-Vorstand werde nun erwogen, Wählergemeinschaften zu bilden, die in ihrem Namen den Zusatz 'CSU' tragen sollten. Nähere Angaben juristischer und technischer Art, so ergänzend CSU-Generalsekretär Tandler einen Tag später in München dazu, könnten erst nach Abschluß der gerade erst von CDU und CSU gemeinsam in Auftrag gegebenen diesbezüglichen Untersuchungen über 'Marktnischen beim Wähler' gemacht werden, vgl. PPP vom 18.11.1975 (ee/1811/-/vo); dazu Main-Post vom 19.11.1975, S. 2

Die als Teil der Vereinbarungen zwischen Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen beschlossene, g e m e i n s a m veranlaßte Analyse über die Erfolgsaussichten einer vierten Partei vermochte nicht darüber hinwegzutäuschen, daß jede Modifikation bzw. 'Ergänzung' des Unionsbündnisses immer noch den Vorstellungen einer großen Mehrheit bei den Christlichen Demokraten widersprach. Auf der anderen Seite mußte Berücksichtigung finden, daß sich die Union mit den Vereinbarungen wieder jenen formalen Rahmen gegeben hatte, innerhalb dessen CDU und CSU in gewohnter Einheit den Wahlkampf des Jahres 1976 bestreiten konnten, der aber zugleich die Möglichkeiten einer Neuformierung des Unionsbündnisses erstmals auf einer formalisierten Basis miteinschloß - als hypothetische Zielsetzung insbesondere für den Fall, daß die Unionsparteien ihr Wahlziel, die Rückgewinnung der Regierungsmacht, auch in ihrem zweiten Versuch dazu aus der Opposition heraus nicht erreichen würden. Zur Bestätigung der neuen Einheit erklärte am 22. November 1975 ein mit BK[279] gekennzeichneter Artikel im Bayernkurier, es sei absurd, wenn man gegen die große Mehrheit innerhalb der Unionsparteien den Eindruck erwecke, als wolle die CSU eine Spaltung[280]; lediglich außerhalb der Union stehenden politischen Akteuren schien es überlassen zu bleiben, die Frage nach der Notwendigkeit einer Veränderung des Parteiensystems in der Bundesrepublik Deutschland öffentlich zur Artikulation zu bringen. So kursierte am 29. November bei den Mitgliedern des Düsseldorfer Rhein-Ruhr-Clubs (wie unter anderem Franz Josef Strauß) ein sich in seinem Gedankengut unmißverständlich auf den CSU-Vorsitzenden beziehender Brief an alle Klubmitglieder, dessen Tenor unter der Überschrift 'Ist die vierte Partei tot?' für eine vierte Partei oder die als vierte Partei im ganzen Bundesgebiet auftretende CSU verhieß: "... homogen, da ohne den Ballast eines linken Flügels, infolgedessen attraktiv und wählbar für alle die, die bisher im NPD-Bereich blieben oder sich anderen konservativen Sammlungsbewegungen angeschlossen haben ..."[281]. Noch einmal betonte daraufhin am 8. Januar 1976 CDU-Sprecher Weiskirch für seine Partei in einer Presseerklärung, nach wie vor gelte der Beschluß der CDU, daß eine an-

[279]=Bayernkurier - eine vom CSU-Vorsitzenden Strauß gelegentlich benutzte Signierung zur Kennzeichnung eigener Artikel in dem von ihm herausgegebenen Parteiorgan

[280]Vgl. Bayernkurier vom 22.11.1975, S. 1

[281]Schreiben des Rhein-Ruhr-Clubs e.V. an alle Klubmitglieder, S. 2

dere Partei, die ohne Absprache mit ihr auf dem Gebiet der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands kandidiere, gegen sie kandidiere[282]. Eine Absprache mit der 'Aktionsgemeinschaft Vierte Partei' aber gebe es nicht. Die Erklärung Weiskirchs mußte damit zugleich als eine Antwort erscheinen auf die am darauffolgenden Tag von der AVP in großflächigen Anzeigen in drei überregionalen deutschen Tageszeitungen[283] gemachte Ankündigung, einen bundesweiten Kampf für die Ziele der CSU führen zu wollen[284].

Als der CDU-Vorsitzende trotz dieser 'politischen Randerscheinungen' (Kohl) der Union daraufhin am 3o. Januar 1976 eine anhaltend positive Entwicklung bescheinigte[285], sahen sich auch die Christlich-Sozialen veranlaßt, die Einigkeit mit der Schwesterpartei erneut und ausdrücklich hervorzuheben.

Ebenfalls am 3o. Januar hatte der CSU-Sprecher Kiehl die Richtigkeit eines im 'Schwarzen Brief'[286] abgedruckten Schreibens des CSU-Vorsitzenden Strauß an den katholischen Verleger Günter Stiff in Münster bestätigt. Der Inhalt des Strauß-Briefes war ebenso brisant wie er in der Zwischenzeit an Aktualität eingebüßt hatte: Nur wenn die Christlich-Soziale Union als vierte Partei ausgedehnt werde, so die darin enthaltene Kernthese, bestehe für CDU und CSU die Chance, bei den Wahlen im Herbst 1976 zu siegen[287]. In einem vom gleichen Tag (1o. Novem-

[282] CDU-Pressemitteilung vom 8.1.1976 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[283] 'Die Welt', 'Frankfurter Allgemeine Zeitung','Süddeutsche Zeitung'

[284] Vgl. unter anderem Bonner General-Anzeiger vom 9.1.1976, S. 4

[285] Vgl. Münchner Express vom 31.1.1976, S. 1

[286] ein dem Informationsdienst des Bistums Münster, 'Neue Bildpost', nahestehendes Mitteilungsblatt der katholischen Kirche

[287] Vgl. CSU-Presseerklärung vom 3o.1.1976 (Archiv der CSU-Landesleitung, München); weiter heißt es in dem Brief: "...darf ich Ihnen sagen, daß mich das Thema CDU und CSU als zwei Bundesparteien schon seit mehreren Jahren beschäftigt. Bereits vor der Bundestagswahl 1972 habe ich mehrmals und ausgiebig mit den Spitzenvertretern der CDU und dem Vorstand der CSU verhandelt. Es war vornehmlich Dr. Barzel, aber nicht er allein, der sich mit allen Kräften dagegen zur Wehr setzte und einen Bruderkampf ankündigte, wenn so verfahren würde:'Wir werden die Wahlen gewinnen. Ich übernehme die Verantwortung. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns'. Ich erwiderte ihm, daß nach verlorenen Bundestagswahlen niemand die ganze Verantwortung übernehmen könne. Das seien zwar markige Äußerungen, aber man habe dann nichts davon, als Katzenjammer. Ich habe damals ausgeführt, daß in der Konstellation SPD und FDP kontra CDU/CSU Bundestagswahlen weder jetzt noch in absehbarer

ber 1975) datierenden weiteren Schreiben hatte der CSU-Vorsitzende noch eine Woche vor Aufstellung der gemeinsamen Führungsmannschaft von CDU und CSU (am 17. November 1975) sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß in bezug auf die zu einer von ihm befürworteten bundesweiten Ausdehnung der CSU notwendigen Maßnahmen kein Einvernehmen mit der CDU hergestellt werden könne. Zumindest das Datum des Bekanntwerdens dieses Briefes (4. Februar 1976) erlaubte es Christlichen Demokraten wie Christlich-Sozialen schließlich jedoch, ihm formal wie von seinem Inhalt her keinen besonderen Stellenwert mehr beizumessen[288]. Weder in der CDU- noch in der CSU-Parteiführung wurde zu diesem Zeitpunkt noch ernsthaft darüber gesprochen, die bayerische Union bundesweit expandieren zu lassen. Desgleichen vermochte die alternative Form einer neuen vierten Bundespartei, wie sie etwa die AVP darstellte, bestenfalls einen experimentellen Status für sich zu beanspruchen. Erst Wahlen selbst konnten erweisen, ob die der 'Aktionsgemeinschaft Vierte Partei' von den Tübinger Wickert-Instituten nach einer von der AVP in Auftrag gegebenen Umfrage vorhergesagten sechs Prozent der Wählerstimmen[289] tatsächlich auch einen Zugewinn an Stimmen für die Union bedeuten würden (soweit diese Prognose überhaupt zutreffend war[290]) oder ob sie nicht lediglich eine Kräfteverschiebung innerhalb ein und desselben Wählerreservoirs darstellten. Die lobenden Worte, die auf

[287] Forts.: Zukunft zu gewinnen seien. Es sei für die CDU/CSU in der bestehenden regionalen Aufteilung unmöglich, mehr Stimmen als die SPD und FDP zu erringen ... Ich habe auch nach der für die CDU/CSU verlorenen Bundestagswahl 1972 - bei der allerdings die CSU in Bayern mit 55,1 v.H. ein sehr beachtliches Wahlergebnis erzielte - nicht aufgehört, für diesen Gedanken um Verständnis und Vertrauen zu werben. Leider ist bis heute in entscheidenden Kreisen der CDU eine entsprechende Beurteilung und Einschätzung der Lage zu vermissen ... Dies wäre jedoch notwendig, um unnötige Reibungsverluste zu vermeiden. Es dürfte die Aussichten von CDU und CSU, 1976 eine regierungsfähige Mehrheit zu stellen, nachhaltig verstärken, wenn hier bald Fortschritte zu verzeichnen wären ...", aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.2.1976, S. 1

[288] Vgl. unter anderem Süddeutsche Zeitung vom 4.2.1976, S. 1; dennoch führte das Zusammentreffen der Veröffentlichung mit der von der AVP unternommenen Initiative zu erneuten Spekulationen über eine mögliche Kooperation dieser Organisation mit der Christlich-Sozialen Union; so sprach das Wirtschaftsmagazin 'Capital' angesichts des (zeitlich, nicht geographisch) gemeinsamen Urlaubs des CSU-Vorsitzenden Strauß und des AVP-Vorsitzenden Bahner bereits von einer 'gemeinsamen Sache' der beiden Politiker: "... Die Herren machen sich für dieselbe Sache stark (den bevorstehenden Bundestagswahlkampf): Aber sie wollen nicht miteinander gesehen werden, ... denn es geht ihnen darum, auf getrennten Wegen Wähler für die Ziele der CSU zu gewinnen ...", aus: Capital Nr. 3, 1976, S. 27; auch innerhalb der Union selbst wurde erneut die Besorgnis über eine 'vom CSU-Vorsitzenden dominierte CDU' geäußert: Christliche Demokraten in Münster (unter ihnen der von Strauß angeschriebene Verleger Günter Stiff und der Herausgeber des 'Schwarzen Briefes', Claus P. Clausen) beispielsweise signalisierten in einer Absatzbewegung von der CDU ihre Bereitschaft, unter den von ihnen angenommenen Bedingungen eine politisch links von CDU und CSU stehende neue Zentrumspartei gründen zu wollen, vgl. unter anderem Nürnberger Zeitung vom 4.2.1976, S. 1

dem ersten Parteitag der AVP (3./4. April 1976) in Bonn wiederholt in Richtung der Christlich-Sozialen ausgesprochen worden waren, hatte die CSU nach den Worten ihres Pressesprechers zwar als Anerkennung ihrer eigenen Politik empfunden (Kiehl)[291], die Christlichen Sozialen zeigten sich jedoch nicht bereit, darin zugleich ein Angebot zu weitergehenden politischen Gemeinsamkeiten zu erblicken oder gar anzunehmen.

Seit Bestehen der Bundesrepublik hatte es immer (zuweilen extrem) konservativ orientierte Gruppierungen, mittelständische Interessengruppen und regionale Traditionsgruppen gegeben, die sich nur sehr schwer oder gar nicht von den großen Parteien integrieren ließen. Dieses Potential heterogener gesellschaftlicher Kräfte schien sich zu Beginn der siebziger Jahre nach dem Niedergang der NPD potentiell zu einer 'vierten Partei' formieren zu lassen. Franz Josef Strauß wäre sicherlich ein Politiker gewesen, der so verschiedene Gruppen vorübergehend hätte politisch binden können. Ebenso sicher konnte angenommen werden, daß die CSU aus sach- wie reinen machtpolitischen Gründen zu solchen Formierungsversuchen ausgedehnte Kontakte unterhielt. Doch die in der Öffentlichkeit immer wieder angestellte Vermutung (oder auch Hoffnung), die CSU ließe sich über die bayerischen Grenzen ausdehnen und zu einer 'vierten Partei', zu einer Bundespartei mit Landesverbänden und Bundesgremien machen, berücksichtigte oftmals nicht in ausreichendem Maße die historisch gewachsene, politische Realität und die spezifische Rolle dieser genuin bayerischen Partei in der Bundesrepublik[292]. Zudem war es schon immer abwegig gewesen, zu glauben, der CSU-Vorsitzende könne quasi per Dekret - gar nach geheimen Operationsplänen - die Christlich-Soziale Union zu einem bestimmten Zeitpunkt bundesweit ausdehnen und in eine neue, vierte Bundespartei umgestalten. Die Möglichkeiten von Strauß und anderen maßgebenden CSU-Politikern konnten dagegen vor allem darin gesehen werden, die 'Hilfstruppen' der CSU außer-

[289] Vgl. 'Die aktuelle Analyse', ein von dem 'Diplomatischen Institut Interkontinenta' in Bonn herausgegebenes und an Abgeordnete des Deutschen Bundestages verteiltes Informationsblatt vom 19.3.1976 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[290] Am 1.4.1976 veröffentlichte der 'stern' eine Umfrage des Bielefelder Meinungsforschungsinstituts Emnid zur gleichen Thematik, wonach die AVP bestenfalls drei Prozent der Stimmen erhalten werde; eine Untersuchung Werner Kaltefleiters prognostizierte die AVP in die Reihe 'Sonstige' mit einem Stimmenanteil von 1-2 v.H., vgl. stern vom 1.4.1976, S. 168

[291] Vgl. dpa vom 5.4.1976 (dpa Lh ger ve - 15.06)

[292] Vgl. Mintzel: Geschichte der CSU, S. 408f.

halb Bayerns im Sinne ihrer politischen Konzeptionen und Strategien zu instrumentalisieren. Darin lag der eigentliche politische Nutzen für die CSU. Das 'Parteivolk' hatte in seiner großen Mehrheit den CSU-Führern jedweden Druck auf die christlich-demokratische Schwesterpartei stets geduldet, solange die institutionelle Doppelrolle im Bündnis mit der CDU und die Parteiautonomie nicht prinzipiell in Frage gestellt worden waren. Es war dabei wiederholt bis an die Grenzen der Belastbarkeit des Bündnisses mit der CDU gegangen worden, um die christlich-sozialen Vorstellungen zur Durchsetzung gelangen zu lassen. In diesem Sinne wurden zeitweise die Freundeskreise in die Diskussion miteinbezogen, in diesem Sinne konnte jede andere politische Organisation benutzt werden, wenn sie als zumindest temporäre Hilfsorganisation dienlich erschien.

Lockerung oder aber Aufkündigung des Bündnisses mit der Christlich-Demokratischen Union in der Form der Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag jedoch galten in der Union als Grundsatzentscheidungen, die außer in politischen Extremlagen der Partei oder des gesamten Parteiensystems als parteipolitische Häresien anzusehen waren.

Schon einmal, nach der Bundestagswahl von 1972, hatten in dem Ausmaß offensichtlich unerwartete Proteste aus der Organisation der CSU selbst wie auch die meist noch unausgesprochen bleibende Gegendrohung aus den Reihen der christlich-demokratischen Schwesterpartei (die CDU ihrerseits auf das Gebiet des Freistaates auszudehnen) die von einigen CSU-Politikern bereits signalisierte Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft politisch unmöglich werden lassen. Organisatorische Expansion der CSU wie die indirekte geographische Erweiterung ihres Aktionsradius' mittels politischer Hilfskonstruktionen waren in b e i d e n Unionsparteien bislang nur solange untersützt bzw. hingenommen worden, wie sie in dem Status theoretischer Planvorstellungen belassen und auf ihre Funktionen als Mittel inner- oder zwischenparteilicher Machtausübung beschränkt blieben; und diese Aufgaben waren mit der Nomination des gemeinsamen Kanzlerkandidaten und der Verabschiedung einer von Christlichen Demokraten wie Christlich-Sozialen getragenen programmatischen Wahlaussage der Union im November 1975 als erfüllt zu bezeichnen gewesen. Als weitgehend überzeichnet bzw. durchaus folgerichtig mußten dementsprechend in den letzten Mo-

naten vor der Bundestagswahl 1976 über den desolaten Zustand der Unionsparteien getroffene Feststellungen[293] oder aber die zum Ausdruck gebrachte Verwunderung über die schließlich doch nicht zustandegekommene Untersützung der AVP durch die Christlichen Sozialen[294] gewertet werden.

Auch bei der Entscheidung des Jahres 1976 stand damit wieder 'die Union' zur Wahl, deren nach heftigen unionsinternen Auseinandersetzungen zurückgewonnene Einheit zwar vielfach als überwiegend (wahl-) taktisch motiviert angesehen wurde, deren Einheit jedoch ebenso als Faktum in jedes politische Kalkül einbezogen werden mußte.

[293] Vgl. unter anderem "Nur Absprachen mit deutsch-nationalen CDU/CSU-Politikern? AVP-Kandidaten sollen gezielt in Wahlkreisen von CDU-Politikern des Katzer-Blüm-Flügels aufgestellt werden" (Juli 1976), aus: PPP vom 19.7.1976 (beu/ja); "Vierte Partei wartet auf das Kommando von Strauß. Stücklen und Tandler ziehen den Joker einer von Bayern her organisierten Vierten Partei ... drohend aud dem Ärmel" (August 1976), aus: PPP vom 3o.8.1976 (99/-/ee); "CSU-Freundeskreis distanziert sich von vierter Partei" (September 1976), aus: dpa vom 1.9.1976 (dpa vo ku wi - 13.4o)

[294] Vgl. unter anderem "Verlängerter Arm von Strauß, Kurze Geschichte der 'Vierten Partei', Die Parteigründung ehemaliger FDP-Politiker scheitert am Desinteresse der CDU" (September 1976), aus: Heidelberger Tageblatt vom 6.9.1976, S. 2; "Großangelegte Wählertäuschung zugunsten der CDU/CSU" (FDP-Sprecher Gerwald), "AVP-Präsidium bekräftigt Rückzug von der Bundestagswahl" (September 1976), aus: dpa vom 11.9.1976 (dpa ho re fe - 2o.14), dpa vom 11.9.1976 (dpa ki re wi - 1945)

9. Entwicklungen im Bündnisverhalten von CDU und CSU nach der Bundestagswahl 1976

9.1. Die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft

9.1.1. Die Vorbedingungen

Die Wahlen vom 3. Oktober 1976[1] ergaben nahezu eine parlamentarische Pari-Pari-Situation zwischen den Koalitionsparteien und der Opposition, deren erhebliche Stimmengewinne gegenüber 1972 zwar Helmut Kohl und die Unionsparteien als Wahlsieger bestätigten, deren Nicht-Erreichen der absoluten Mehrheit ihnen aber angesichts der parteipolitischen Konstellationen in der Bundesrepublik die erhoffte Rückgewinnung der Regierungsmacht abermals verwehrte.

Noch während nach einem Gespräch zwischen den Parteivorsitzenden Kohl und Strauß am 6. Oktober in Bonn von dem CDU-Sprecher bekanntgegeben wurde, daß Helmut Kohl den Vorsitz der neuen CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu übernehmen gedenke und dies gleichzeitig mit dementsprechenden Wünschen aus dem Lager von CDU u n d CSU begründete[2], kamen aus München die ersten Meldungen, die Christlich-Soziale Union wolle nach den bayerischen Landtagswahlen im Herbst 1978 als Bundespartei auftreten. Zu dieser einhelligen Auffassung seien CSU-Vorstand und -Präsidium bereits auf ihrer gemeinsamen Sitzung am 4. Oktober nach Analyse des Bundestagswahlergebnisses gekommen[3]. Organisatorische Schwierigkeiten seien nicht zu erwarten, da inzwischen erhebliche Vorarbeiten geleistet worden seien.[4]

Die Landtagswahl 1978, so schien es, sollte vor allem deshalb noch abgewartet werden, damit sich eine im Gegenzug zur Bundes-CSU in

[1] Vgl. die Ergebnisse der Wahlen zum achten Deutschen Bundestag vom 3. Oktober 1976: SPD = 42,6% (1972: 45,8%), CDU = 38% (35,2%), CSU = 1o,6% (9,7%), FDP = 7,9% (8,4%), aus: Trierischer Volksfreund vom 5.1o.1976, S. 1

[2] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 7.1o.1976, S. 1

[3] Vgl. t Z-München vom 6.1o.1976, S. 1

[4] Vgl. CSU-Generalsekretär Gerold Tandler: "Als vor einem Jahr die Bundes-CSU schon einmal im Gespräch war, haben sich genügend Prominente aus anderen Ländern bereit erklärt, uns beim Aufbau zu helfen. Das kann innerhalb eines halben Jahres über die Bühne gehen", in:t Z-München vom 6.1o.1976, S. 1

Bayern konstituierende CDU noch nicht an der bayerischen Wahl beteiligen könne. Zugleich wurde in diesen Bestrebungen nun auch der Hauptgrund für die anvisierte Übernahme der bayerischen Ministerprädidentschaft durch Franz Josef Strauß als Nachfolger von Alfons Goppel gesehen. Als Ministerpräsident konnte sich der CSU-Vorsitzende mit der Unterstützung des gesamten (bayerischen) Staatsapparates einer bundesweiten Parteigründung nachhaltig widmen[5].

Hatte bislang Helmut Kohl die Meinung vertreten, es werde besser sein, wenn er im Falle des Weiterregierens der sozial-liberalen Koalition als Ministerpräsident in Mainz bleibe, da der Fraktionsvorsitzende der Partei (gemeint war die CDU) nur den zweiten Platz einräumen könne und sich in erster Linie um einen Ausgleich zwischen den beiden Unionsparteien sowie die oppositionellen Alternativen zur Regierungspolitik bemühen müsse und er (Kohl) sich als Ministerpräsident im Bundesrat und in den Ländern zudem um die FDP kümmern könne, so lautete eine der nach der Wahl von seiten des christlich-sozialen Bündnispartners bekanntwerdenden Forderungen[6] auf Revision dieser Anschauungen. Ob man, wie Paul Noack, die dabei benutzte Terminologie als denkbar wenig geeignet zur Lösung oppositionsstrategischer Fragen bezeichnete[7] oder nicht, sie mußte schon sehr bald lediglich als formales Indiz für weitergehende inhaltliche Überlegungen auf seiten der Christlich-Sozialen Union angesehen werden: Nach erneuten Äußerungen des CSU-Vorsitzenden über die von ihm gesehene Einseitigkeit des bestehenden Parteiensystems in der Bundesrepublik, die es demgemäß zu überdenken gelte[8], sowie über die zukünftig von den Unionsparteien einzuschlagende - unzweideutig kompetitive - Oppositionsstrategie[9] steuerte die Union in der zweiten Woche nach der Wahl auf eine innere Krise zu.

[5] Vgl. ebenda

[6] "Wer jetzt noch weiter der FDP 'hinten reichkriecht', der schwebt doch in Wirklichkeit in einem Heißluftballon - ob das Helmut Kohl ist oder sonstwer" (Strauß), zit. in: Süddeutsche Zeitung vom 7.1o.1976, S. 1

[7] Vgl. Paul Noack: Es gärt in den Parteien, in: Münchner Abendzeitung vom 12.1o.1976, S. 1

[8] Vgl. dpa vom 15.1o.1976 (dpa hi cg sr - 12.55)

[9] Vgl. unter anderem Franz Josef Strauß: "Wir müssen eine Strategie erarbeiten, die Strategie heißt 249 Mandate", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.1o.1975, S.1

Die Opposition war als Siegerin aus der Wahl zum achten Deutschen Bundestag hervorgegangen, auch wenn sie ihr erklärtes Wahlziel, die Erreichung der absoluten Mehrheit und damit die Ablösung der SPD-FDP-Regierungskoalition nicht hatte verwirklichen können; aus diesem Umstand leiteten die maßgeblichen Unionsführer zwei einander widersprechende Schlüsse ab. Zum ersten: Nun müsse die im Wahlkampf so erfolgreiche Konfrontationsstrategie unter der Parole 'Freiheit oder Sozialismus' verstärkt und endgültig für alle Gruppierungen innerhalb der Union allgemein verbindlich gemacht werden (Strauß). Zum zweiten: Ein besseres Wahlergebnis als 1976 oder anders ausgedrückt, die für eine Alleinregierung von CDU und CSU erforderliche absolute Mehrheit der Mandate im Deutschen Bundestag lasse sich mit dieser Strategie nicht erreichen, ebensowenig wie ein Regierungsbündnis mit den Freien Demokraten.

Der Grundsatzstreit um die Strategie der Union entzündete sich schon bald an einer ganzen Reihe von Themen, so beispielsweise der Rollenverteilung in der gemeinsamen Bundestagsfraktion, möglichen Garantien für die Fraktionsgemeinschaft sowie der Frage einer zukünftigen Behandlung der Thematik 'vierte Partei' zwischen CDU und CSU. Auch spielten die Überlegungen erneut eine Rolle, wie der FDP im Bund und in den Ländern entgegengetreten werden könne. Sollten es die partnerschaftlichen Entscheidungen sein, von denen der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht für seine CDU-FDP-Koalition bei kommenden Bundesratsbeschlüssen gesprochen hatte[10], so war die Reaktion der Christlichen Sozialen abzusehen: Wenn die Position der CDU/CSU in der Ländervertretung auf diese Weise geschwächt würde, so der amtierende Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stücklen, werde das eine ernste Situation für die Unionsgemeinschaft bedeuten. Dann könne und werde die CSU nicht tatenlos bleiben[11].

Was unter den so annoncierten 'Taten' zu verstehen war, zeigte sich in dem traditionell von den Sozialdemokraten regierten Stadtstaat Bremen. Noch im Januar 1976 hatten der dortige Vorsitzende des 'Freundeskreises Franz Josef Strauß e.V.', Karl Krammig, und der CDU-Vorsit-

[10] Vgl. Die Zeit vom 15.1o.1976, S. 3

[11] Vgl. ebenda

zende Kohl in Anbetracht der bevorstehenden Bundestagswahl vereinbart, jeglichen Anschein zu vermeiden, in dem Verein werde in irgendeiner Form die Vorbereitung für eine vierte Partei betrieben[12]. Am 16. Oktober erklärte Krammigs Stellvertreter Banasiak[13] in einer Presseerklärung unter Hinweis auf das Bundestagswahlergebnis, nun unverzüglich die Gründung eines Landesverbandes der Christlich-Sozialen Union vorantreiben zu wollen[14]. Und diesmal schien auch die Parteiführung in München die Berechtigung für einen solchen Schritt zu sehen. Am 19. Oktober warf der CSU-Vorsitzende Strauß in einem Interview der Bremer CDU einen 'Anti-CSU-Kurs' vor[15] und betonte gleichzeitig, er habe keinen Anlaß, sich von den Gründern des Bremer Freundeskreises und nunmehrigen Initiatoren eines dortigen CSU-Landesverbandes zu distanzieren. Er habe, so Strauß weiter, kein Verständnis für eine Haltung, die einerseits die CSU und ihn als Hypothek empfinde, die den eigenen Erfolg gefährde, dann aber sofort von 'Bruderkampf' rede, wenn die CSU (bzw. er selbst) aus der 'Hypothekenhaftung' entlassen zu werden wünsche. Im übrigen hätte die CDU/CSU die zur absoluten Mehrheit fehlenden Stimmenprozente sicherlich erringen können, wenn auch im Norden der Bundesrepublik wie im Süden eine klare Grundsatzlinie vertreten worden wäre[16]. Als am 21. Oktober der CDU-Sozialexperte Blüm daraufhin öffentlich zugab, er halte die Äußerungen des CSU-Vorsitzenden für zumindest überflüssig[17], und der Präsidiumsvorsitzende der CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen, Köppler, innerhalb der CSU bestehende Pläne für eine bundesweite Ausdehnung der Partei be-

[12] Vgl. die Stellungnahme Krammigs nach der Unterredung mit Kohl, zit. in: Der Spiegel vom 18.1o.1976, S. 28

[13] In einem parteiinternen Richtungskampf in der Bremer CDU war im Jahre 1975 unter zeitweiser 'Umgehung' der eigenen Parteiverfassung eine neue, liberal-konservative Führungsmannschaft an die Parteispitze gelangt und hatte dabei altgediente und weitaus mehr zum konservativen Flügel ihrer Partei zu zählende Christliche Demokraten wie unter anderem Banasiak und Krammig in den Hintergrund oder auch aus der Union hinausgedrängt. Nur die Schlichtungsbemühungen der Bonner Parteizentrale hatten bis dahin einen offenen Bruch innerhalb der Bremer CDU vermeiden können.

[14] Banasiak: "Strauß ist unser fähigster Mann; unsere Zentrale in München", zit. in: Der Spiegel vom 18.1o.1976, S. 28

[15] Am Abend nach der Bundestagswahl (4.1o.) hatte der Bremer CDU-Vorsitzende Hollweg in einer ersten Stellungnahme das schlechte Abschneiden der Bremer CDU und das Nicht-Erreichen der absoluten Mehrheit auf Bundesebene für CDU und CSU auf die 'Hypothek Strauß" zurückgeführt. Im Wahlkampf habe das Negativ-Image des CSU-Vorsitzenden nicht nur für die Bremer CDU eine große Belastung bedeutet; ebenso wie der Hamburger CDU-Vorsitzende Echternach fühle auch er sich zudem dem Kreis der von Strauß als 'Nordlichter' gescholtenen Christlichen Demokraten ausdrücklich nicht zugehörig, vgl. Frankfurter Rundschau vom 21.1o.1976, S. 1

[16] Zit. in: dpa vom 19.1o.1976 (dpa ow cw sr - 16.45)

stätigte, dies aber zugleich auch mit dem warnenden Hinweis vor einer Realisierung solcher Vorstellungen verband[18], ließen allein schon die atmosphärischen Begleiterscheinungen im Verhältnis der beiden Unionsparteien eine dramatische Zuspitzung erahnen.

9.1.2. Die Entscheidung

Am 19. November 1976 wurde auf einer Klausurtagung aller christlich-sozialen Abgeordneten in der politischen Akademie der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad-Kreuth mit dreißig gegen achtzehn Stimmen (bei einer Enthaltung und einer ungültigen Stimme) der Beschluß gefaßt, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU zu beenden und im soeben gewählten Deutschen Bundestag eine eigene Fraktion der CSU zu bilden. Als zusätzlicher politischer Affront gegenüber dem christlich-demokratischen Parteivorsitzenden wurde es dabei angesehen, als auf seiner Pressekonferenz von dem neuen Landesgruppenvorsitzenden und designierten Fraktionsvorsitzenden der Christlichen Sozialen, Zimmermann, zu erfahren war, er werde den christlich-demokratischen Parteivorsitzenden am Nachmittag desselben Tages telefonisch über den Beschluß unterrichten[19], während dieser, vorinformiert durch einen der 'Nein-Sager', nahezu zur gleichen Zeit durch die Pressestelle seiner Partei bekanntgeben ließ, die Entscheidung sei ohne Rücksprache und Vorankündigung erfolgt.

> "Ich bedaure diese Entscheidung. Damit ist nach siebenundzwanzig Jahren gemeinsamer erfolgreicher Fraktionsarbeit von der CSU-Landesgruppe ein Schritt der Trennung vollzogen worden. Das ist ein Schritt in die falsche Richtung. Das Wahlergebnis vom dritten Oktober zeigt, daß CDU und CSU als Union die klare Chance haben, eine Regierungsmehrheit zu erringen"[20].

Insbesondere in dieser zuletzt genannten Wertung des Ausgangs der Bun-

[17] Norbert Blüm in einem Podiumsgespräch des Westdeutschen Rundfunks am 21.1o.1976 (Bundespresseamt - Abteilung Nachrichten, Referat II/4 - Deutsche Gruppe)

[18] Vgl. ebenda

[19] Zit. in: Trierischer Volksfreund vom 2o./21.11.1976, S. 3

[20] Presseerklärung des CDU-Vorsitzenden Kohl vom 19.11.1976 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

destagswahl aber lag der Dissens mit der Mehrheit der christlich-sozialen Abgeordneten begründet.

Zur unmittelbaren Vorgeschichte des Kreuther Beschlusses zwischenzeitlich bekanntgewordene Einzelvorgänge schienen dabei mehr und mehr auf die inspiratorische Rolle des CSU-Vorsitzenden hinzudeuten. Danach war es die Abstimmung über das sogenannte 'Datenschutzgesetz' im Bundesrat am 12. November gewesen, die bei Strauß den Entschluß (mit-) ausgelöst hatte, die Fraktionsgemeinschaft nicht zu erneuern. Dadurch, daß das Saarland und Niedersachsen bei dieser Abstimmung mit den SPD (-FDP)-regierten Ländern gestimmt hatten, war zum ersten Male die Unionsmehrheit im Bundesrat zerbrochen gewesen. Die Aufrechterhaltung dieser Bundesratsmehrheit jedoch hatte der CSU-Vorsitzende für die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU zur Geschäftsgrundlage gemacht, als er noch zwei Tage vor der Abstimmung im Bundesrat mit dem CDU-Vorsitzenden zu einem Gespräch über die innerparteiliche Situation der Union in Bonn zusammengetroffen war. Kohl habe diese Prämisse ausdrücklich akzeptiert - und sich damit zwei Tage später als der führungsschwache Partei- und Oppositionsführer offenbart,

> "den ich nur im Wissen, den ich trotz meines Wissens um seine Unzulänglichkeit um des Friedens willen als Kanzlerkandidaten unterstützt habe ... (er) wird nie Kanzler werden. Er ist total unfähig. Ihm fehlen die charakterlichen, die geistigen und die politischen Voraussetzungen. Ihm fehlt alles dafür"[21] (Strauß).

Offiziell ließen die Christlich-Sozialen die Entscheidung durch den Landesgruppenvorsitzenden Zimmermann damit begründen, daß die beiden Fraktionen durch die neue organisatorische Selbständigkeit mehr Redezeit im Bundestag erhielten und die CSU in Debatten einen eigenen ersten Sprecher stellen könne[22]. Die Gemeinsamkeit mit der CDU solle durch einen neu einzurichtenden Ausschuß aufrechterhalten werden,

[21] Franz Josef Strauß in einer Rede über das Verhältnis von CSU und CDU und über Spitzenpolitiker beider Parteien vor dem Landesausschuß der Jungen Union Bayern in München am 24.11.1976, auszugsweise abgedruckt in: Der Spiegel vom 29.11.1976, S. 31

[22] Was Zimmermann nicht erwähnte, war, daß eine eigenständige CSU-Fraktion im Bundestag neben dem üblichen Pro-Kopf-Betrag für jeden ihrer dreiundfünfzig Abgeordneten den monatlichen Grundbetrag von DM 212.000 würde beanspruchen können.

dessen Gründung die CSU der CDU in Kürze vorschlagen werde[23]. In welchem Grade sich diese Form eines Bündnisses der beiden Unionsparteien von der bislang trotz aller internen Schwierigkeiten bewährten Gemeinschaft aus Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen unterscheiden würde, verhieß eine Schlußbemerkung Friedrich Zimmermanns, wonach die Christlich-Soziale Union zukünftig eine so große politische Bewegungsfreiheit für sich erwarte, wie nie zuvor[24].

9.1.3. Diskutierte Folgen

Den Vorzug, als erste geschlossen über den Trennungsbeschluß der Christlichen Sozialen diskutieren zu können, besaßen die Freien Demokraten, denen die Nachricht während ihres Parteitages in Frankfurt (19.-21.November) bekannt gemacht wurde. Sie vor allem drohten die Verlierer eines solchen Vorhabens zu werden, obwohl es gerade ihr koalitionspolitisches Durchsetzungsvermögen in Niedersachsen und im Saarland gewesen war, das den letzten Anstoß dazu gegeben hatte. Da eine abgespaltene, prononciert konservative CSU einen für die Liberalen kaum mehr akzeptablen Koalitionspartner darstellen mußte und FDP und CDU mit 7,9 bzw. 38,3 Prozent der Bundestagssitze nicht in der Lage waren, einen Kanzler zu wählen, würde die neue Situation auf die Dauer eine Schwächung freidemokratischer Verhandlungspositionen bedeuten: Die Drohung eines Koalitionswechsels mußte gegenüber der SPD unbrauchbar werden.

Umgekehrt könnten die Sozialdemokraten der FDP zukünftig drohen, mit einer vom 'rechten Ballast' befreiten CDU ein Bündnis einzugehen. Hinzu kam, daß die Liberalen trotz zunächst erleichterter Koalitionsgespräche mit den Christlichen Demokraten auf Länderebene zukünftig in einer CDU, die sich programmatisch von der CSU abgrenzen mußte, zwangsläufig eine härtere Konkurrenz im Kampf um liberale Wählerstimmen haben würde.

Der Vorstoß aus Bayern zwang die FDP somit zu intensivierter Programm-

[23] Vgl. Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 2o.11.1976, S. 1f.

[24] Zit. in: Der Spiegel vom 22.11.1976, S. 26

arbeit. Besonders die Vertreter des linken Flügels[25] hoben dies nachdrücklich hervor, wohingegen die meisten anderen FDP-Politiker[26] vor allem ihre Sorge darüber zum Ausdruck brachten, daß trotz aller programmatischer Vorsorge auch nur geringfügige Veränderungen im bundesdeutschen Wählerspektrum ein Absinken ihrer Partei unter die Fünf-Prozent-Grenze bedeuten konnte - und dies wahrscheinlich auch bedeuten werde.

Theoretische Überlegungen schlossen gleichfalls nicht aus, daß sich ebenso die Sozialdemokratische Partei spalten werde (in eine SPD und eine USPD, Wie schon 1916), wenn die CSU sich von der CDU trenne. Der SPD-Vorsitzende Brandt glaubte die Frage selbstbewußt verneinen zu können, ob die Lösung eines Flügels auf der konservativen Seite nicht doch mittelfristig Rückwirkungen in der Sozialdemokratischen Partei haben müsse und ob er nun nicht stärker mit sozialistischen Tendenzen in der eigenen Partei rechnen müsse, da, so Brandt, die diversen politischen Strömungen innerhalb der SPD nicht deshalb etwas tun würden, weil die CSU diesen Weg beschreite[27]. Das Moment der Eigendynamik einer solchen, auch von der christlich-sozialen Parteiführung nicht mehr zu kontrollierenden Entwicklung wurde damit jedoch vollkommen negiert.

Denn noch während sich die CDU allmählich von der anfänglichen Apathie zu erholen begann, in einem Beschluß von Präsidium und Vorstand der Partei vom 21. bzw. 22. November[28] die Gründung eines CDU-Landesverban-

[25] Vgl. so der Berliner FDP-Vorsitzende Lüder: "Das Argument, wer Kohl wählt, wählt auch Strauß, wird künftig weniger abschreckend wirken, und daher muß die FDP sich anstrengen, ihre Ziele positiv zu formulieren"; die Hamburger FDP-Vorsitzende Schuchard vertrat die Auffassung, 'liberal' sei ein ungeschütztes Markenzeichen. "Die FDP muß jetzt dafür sorgen, daß es unverwechselbar von ihr besetzt wird", aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.11.1976, S. 2

[26] Vgl. so FDP-Bundesschatzmeister Karry: "Strauß sägt damit den Ast ab, auf dem nicht nur er sitzt"; der baden-württembergische FDP-Vorsitzende Bangemann meinte, die CDU werde sich möglicherweise so liberal profilieren können, daß sie der FDP noch Wähler abziehen könne, aus: Ebenda

[27] Zit. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.11.1976, S. 3

[28] Vgl. den endgültigen Beschluß des Bundesvorstandes der CDU vom 22.11.1976: "Der Bundesvorstand der CDU hat in seiner Sitzung am 22. November 1976 einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Erstens, CDU und CSU und ihr gemeinsamer Kanzlerkandidat Helmut Kohl haben am 3. Oktober 1976 den Wählerauftrag zur Verwirklichung einer freiheitlichen Politik für die Bundesrepublik Deutschland erhalten. Die Entscheidung der CSU-Landesgruppe, im 8. Deutschen Bundestag eine eigene Fraktion zu bilden, ist eine Absage an die dreißigjährige enge Zusammenarbeit von CDU und CSU

des in Bayern ankündigte und zu der dafür notwendigen Änderung der Parteisatzung der CDU-Landesverband Westfalen/Lippe bereits einen ausformulierten Antrag an den für März 1977 geplanten Parteitag in Düsseldorf publizierte[29], wurden erste 'Erosions'-Meldungen aus den Reihen der bayerischen Christlichen Sozialen laut. Den überraschenden Beschluß der Landesgruppe hatten viele CSU-Politiker als anmaßend empfunden, da hier ohne Beteiligung entscheidender Parteigremien über eines der wichtigsten innenpolitischen Probleme entschieden worden sei; als Stillosigkeit erachtete man, daß die gesamte Union, einschließlich des CSU-Vorstandes, vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Auch das - in wachsendem Maße offen artikulierte - Gefühl, von dreißig Mandatsträgern und ihrem Vorsitzenden in unerhörter Weise überrumpelt worden zu sein[30], dem CDU-Vorsitzenden und gemeinsamen Kanzlerkandidaten mit der in dem Landesgruppenbeschluß zum Ausdruck kommenden Mißachtung ein von der Parteibasis her in keiner Weise getragenes[31] persönliches Mißtrauensvotum ausgesprochen zu haben und nicht zuletzt

[28] Forts.: und damit eine Absage an die Einheit der Union. Sie erschwert die Erfüllung des Wählerauftrages vom 3. Oktober. Zweitens, der Bundesvorstand hat die durch den Beschluß der CSU-Landesgruppe geschaffene Lage eingehend beraten. Er fordert die CSU auf, ihren Willen zur Aufrechterhaltung der Einheit der Union in einer satzungsmäßig verbindlichen Form zum Ausdruck zu bringen. Sollte dies nicht gelingen, so wird die CDU gezwungen, auch in Bayern zu kandidieren. Der Bundesvorstand hat deshalb das Präsidium vorsorglich beauftragt, Vorbereitungen zur Gründung eines Landesverbandes der CDU in Bayern zu treffen. Drittens, der Bundesvorstand wird alles unternehmen um sicherzustellen, daß die Politik der Union: Die freiheitliche Alternative zum Sozialismus, auch in Zukunft kraftvoll vertreten werden kann. Für diese Politik hat die Union einen Wählerauftrag erhalten und die politische Verantwortung übernommen. Die CDU ist bereit, in Verantwortung für das Vaterland auf der Grundlage der dreißigjährigen Geschichte und Entwicklung der Unionsparteien die freiheitliche Politik für die Bundesrepublik Deutschland zu verwirklichen" (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[29] Vgl. Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 22.11.1976, S. 1

[30] Noch auf der letzten Sitzung des Landesvorstandes der CSU am 15.11.1976 - das heißt drei Tage nach der Entscheidung über das 'Datenschutzgesetz' im Bundesrat - hatte Strauß die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU gut geheißen und seine Genugtuung darüber ausgedrückt, daß Karl Carstens Bundestagspräsident werde, vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.11.1976, S. 1

[31] Nach anfänglicher Reserviertheit der CSU gegenüber Helmut Kohl hatte der CDU-Vorsitzende nach parteieigenen Umfragen bis zum Tage der Bundestagswahl erheblich an Sympathien bei den CSU-Mitgliedern gewonnen, vgl. unter anderem ebenda

prominente Gegenstimmen aus der eigenen Partei[32] gänzlich zu ignorieren ließen selbst CSU-Sprecher Kiehl erstmals den bei den Christlichen Sozialen so ungewohnten Begriff der 'parteiinternen Kritik' in Anwendung bringen[33].

Mit einem achtseitigen Brief an die vor allem aus den Reihen der zehn Bezirksverbände kommenden Kritiker[34] antwortete die christlich-soziale Parteispitze; sein Tenor bot in bezug auf das Verhältnis zur Schwesterpartei eine Mischung aus Loyalitätsbekundungen und Vorwürfen. An erster Stelle gaben die Autoren Strauß und Zimmermann die Erklärung ab, der Landesgruppenbeschluß diene ausschließlich dem Zweck, die Unionsparteien zur absoluten Mehrheit zu führen. Es folgte die Beteuerung, daß die Entscheidung der christlich-sozialen Bundestagsabgeordneten nichts mit der Gründung einer bundesweiten CSU zu tun habe, obwohl an sich gerade diese Möglichkeit, einen Regierungswechsel in Bonn herbeizuführen, die vermutlich besten Erfolgsaussichten besitze. Bedauerlicherweise sei darüber in der Christlich-Demokratischen Union aber nie ernsthaft gesprochen worden[35].

Ungeachtet des Schreibens wurde insbesondere in den fränkischen Bezirken die Front der Kritiker an der Entscheidung der CSU-Landesgruppe zusehends breiter. So forderten die Vorstände der Kreisverbände Erlangen-Stadt und Erlangen-Land in einer einstimmig verabschiedeten Entschließung die CSU-Landesgruppe auf, die Beschlüsse von Wildbad Kreuth rückgängig zu machen und die Einheit der Unionsparteien auf Dauer wiederherzustellen[36]. Zwar legten die Bezirksvorstände Unter-

[32] Zunächst wurden insgesamt vier Namen aus dem Kreis der achtzehn Nein-Stimmen bei Fassung des Kreuther Beschlusses bekannt: Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Werner Dollinger (danach "freiwilliger" Verzicht auf eine erneute Kandidatur für sein Amt), der Vizepräsident des Bundestages Richard Jäger (zu Beginn der achten Legislaturperiode ersetzt durch Richard Stücklen), der soeben durch Friedrich Zimmermann in seiner Funktion als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag abgelöste (und Befürworter der Polen-Verträge von 1974) Richard Stücklen sowie (als einziger der sechzehn neuen CSU-Mitglieder im achten Deutschen Bundestag) Theo Waigl, ehemaliger Vorsitzender der Jungen Union in Bayern.

[33] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.11.1976, S. 1

[34] Das Schreiben wurde in über 7ooo Exemplaren an alle CSU-Funktionäre versandt.

[35] Vgl. das Schreiben des CSU-Vorsitzenden Strauß und des CSU-Landesgruppenvorsitzenden Zimmermann vom 22.11.1976, auszugsweise abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.11.1976, S. 1

[36] Vgl. ebenda, S. 2

franken und Oberfranken formal noch Zurückhaltung an den Tag, doch verlangte der Vorsitzende des CSU-Bezirks Schwaben, der bayerische Innenminister Bruno Merk, dem sich abzeichnenden - kritischen - Votum von Bezirksvorstandschaften in einer derartigen Situation auch ohne offizielle Beschlüsse der an sich zuständigen Parteitage[37] vermehrtes politisches Gewicht beizumessen[38].

Dennoch blieb es für alle Beteiligten ungewiß, welches Meinungsbild an der Parteibasis der Christlich-Sozialen Union tatsächlich vorherrschend war. Man konnte die Sympathiebekundungen für die Wahrung der Unionseinheit registrieren und daraus die Notwendigkeit eines Sonderparteitages ableiten, dessen Ergebnis aber war keineswegs berechenbar. Langjährige Diagnostiker des parteipolitischen 'Monoliths CSU' waren der Ansicht, im Gefüge der bayerischen Union knistere es "wie nie zuvor"[39]. Zudem gab sich die Bonner CDU nach wie vor entschlossen, die Möglichkeit eines bayerischen Landesverbandes nicht zu einer leeren Drohung werden zu lassen. In der Bundeshauptstadt hatten sich einstweilen nach den Vertretern der Christlich-Sozialen Union auch die Christlichen Demokraten in aller Förmlichkeit[40] auf die Konstituierung zweier Oppositionsfraktionen eingerichtet.

Entgegen allen anderslautenden Resolutionen wie der des Bundesvorstandes der Jungen Union (unter Einschluß seiner bayerischen Mitglieder), die sich noch mit Entschiedenheit gegen eine Spaltung der Union durch die Bildung einer vierten Partei oder die direkte oder indirekte Unterstützung eines solchen Unterfangens wandten und in dem Beschluß zur Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft einen gravierenden

[37] Gemeint war damit zum Beispiel die Einberufung eines Sonderparteitages der CSU, für die eine entsprechende Forderung von mindestens drei der zehn Bezirksverbände in Form offizieller Parteitagsbeschlüsse notwendig gewesen wäre.

[38] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.11.1976, S. 1

[39] Paul Noack im Gespräch mit dem Verfasser

[40] Am Morgen des 23.11.1976 wies am großen Fraktionssaal im Bundeshaus in Bonn die Anzeigetafel lediglich noch die Buchstaben 'CDU' auf, während der Zusatz '/CSU' mit einem Klebestreifen verdeckt worden war.

politischen Fehler sahen[41], mußte sich selbst die CDU-Führung in der Erkenntnis bestärkt sehen, daß entscheidende Persönlichkeiten bei den Christlichen Sozialen scheinbar durch keinerlei Konzessionen von ihren Plänen abzubringen waren. Nach dem Beschluß der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth ging es 'offenkundig' nicht mehr darum, ob die beiden Unionsparteien sich trennen würden, sondern nur noch um das Wann und Wie. Der CSU-Vorsitzende sah sich und seine Partei in einer politischen Konstellation, die, so schien es, für das in Angriff genommene Vorhaben kaum günstiger sein konnte als zu diesem Zeitpunkt: Eine in Bayern nahezu konkurrenzlos regierende Partei, deren (beinahe) unumstrittener erster Mann er war und deren bundespolitisches Gewicht es ihm erlaubte, in der gesamten Union deren Kurs wie deren Personenauswahl[42] wesentlich mitzubeeinflussen. Die Rücksichtnahme auf die kleinere Schwesterpartei war bereits zu Zeiten der Kanzlerschaft Konrad Adenauers eines der obersten Gebote in der Christlich-Demokratischen Union gewesen[43]; die Möglichkeit war nicht auszuschließen, daß sich dieser Umstand nach sich mehrenden Anzeichen von Verärgerung über die Verhaltensweisen der Christlichen Sozialen bei ihren christlich-demokratischen Parteifreunden auch unter Beibehaltung der bisherigen Form der Zusammenarbeit in Zukunft würde ändern können.

Wollte Franz Josef Strauß die Konkurrenz von CDU und CSU in allen Ländern und im Bund herbeiführen, waren die Aussichten noch ungewisser für ihn und seine Partei. Ein solcher Schritt mußte die bayerische Union in ihrem traditionellen Selbstverständnis als genuin b a y e r i s c h e Partei wie naturgemäß in ihrem organisatorischen Aufbau weitestgehend verändern und zugleich für die CSU die Gefahr parteipolitischer Isolierung heraufbeschwören. War das schon vor 1978, dem Jahr der nächsten bayerischen Landtagswahlen, der Fall, würde es nicht

[41] Vgl. Beschluß des Bundesvorstands der Jungen Union Deutschlands vom 22.11.1976, in: Union in Deutschland, Informationsdienst der CDU vom 25.11.1976, Nr. 47/48

[42] "Jeder hängt von mir ab, der Kanzler werden will. Die müssen alle fragen: 'Franz Josef Strauß, bist du einverstanden?' Und dann stelle ich meine Bedingungen für eine Politik, die für das letzte Drittel des 2o. Jahrhunderts nötig ist. Und davon verstehe ich etwas" (Strauß, 197o); "Es wäre sehr unklug von jemand, der sehr hohe Ämter anstrebt, sich mit uns anzulegen"(Strauß, 1971), zit. in: Die Zeit vom 26.11.1976, S. 5

[43] Vgl. unter anderem Michler: CDU/CSU, S. 13off.

einmal mehr ganz sicher sein, ob der CSU-Vorsitzende noch bayerischer Ministerpräsident werden konnte. Seine Partei im Bundesgebiet aber wäre zunächst noch relativ bedeutungslos oder aber unfähig zur Koalition mit der CDU, da sie vermutlich unter anderem auch auf deren Kosten wachsen müßte. Die seit langer Zeit postulierte Konzeption: 'Getrennt marschieren - vereint schlagen'[44] besaß eine nicht geringe Chance, sich als schlechter Rat zu erweisen, wenn die Unionsparteien ihre Kraft im Kampf untereinander vergeudeten und Strauß vollends in die Position eines von allen und vor allem in der CDU gefürchteten Konkurrenten geriete.

Welche Beweggründe aber veranlaßten den CSU-Vorsitzenden zu seinem Handeln? Es waren kaum Machtgelüste allein, nicht die ihm auch von politischen Kombattanten nachgesagten 'herostratischen Ambitionen'[45], es mußte zugleich eine Art politischer Mission sein, deren Existenz die allgemeine Diskussion fast immer unterschlug, zumindest die Frage danach aber nie als die primäre ansah. Dabei hatte Strauß die deutlichste Antwort darauf wiederholt selbst gegeben, und zwar in seinen eigenen Büchern[46]. Dort zeigt sich ein Politiker, der die Bundesrepublik von Feinden im Osten und vielfach ebenso Versagern im Westen umgeben sieht, im Innern längst nicht mehr von ungebrochener Stabilität gekennzeichnet und einer politischen Erneuerung bedürftig. Eine Aneinanderreihung pessimistischer Ahnungen und Warnungen droht die kühlen, brillanten Analysen von Strauß nicht selten zu überdecken. Realität wird abschnittweise nur noch in Ausschnitten wahrgenommen - soweit sie das Weltbild bestätigen. Auch für die teilweise Fehleinschätzung der Stimmungslage innerhalb der Christlich-Sozialen Union vor dem Kreuther Trennungsbeschluß mußte darin wohl eine der Ursachen gesehen werden; offenbar zu sehr hatte ihn langjährige unbedingte Gefolgschaft von der parteilichen Wirklichkeit partiell bereits abgeschirmt. Selbst wenn man unterstellte, daß die CSU unter Franz Josef Strauß zu einer autoritären Gefolgschaftspartei geworden war, in der alle entscheidenden politischen Handlungsträger auf den Vorsitzenden eingeschworen

[44] Vgl. so Strauß, 1973, zit. in: Die Zeit vom 26..11.1976, S. 5

[45] Herostratos steckte, mit der Absicht, seinen Namen unsterblich zu machen, im Jahre 356 v. Chr. den Tempel der Artemis bei Ephesos in Brand. Die Tat brachte ihn um sein Leben, verschaffte ihm aber die gewünschte literarische Unsterblichkeit.

[46] Die drei hauptsächlichen Schriften 'Entwurf für Europa' (1965), 'Herausforderung und Antwort' (1967) und 'Deutschland Deine Zukunft' (1975) weisen in wesentlichen Passagen beispielsweise der Außenpolitik Analogien auf, die zumeist lediglich zeitlich aktualisiert wurden.

waren, bedurften Entscheidungen von einer Tragweite wie der von Wildbad Kreuth, die an die existentiellen Grundlagen der Partei rührten, der Zustimmung weiterer Gremien und vor allem des 'Parteivolks'. Dies CSU war und ist keine

> "'Führer-wir-folgen-Dir-Bewegung' ..., wenn es um den bayerischen Charakter, um die bayerische Autonomie geht. Es wäre abwegig zu glauben, Strauß könne per Dekret oder Befehl, gar nach geheimen Operationsplänen, die CSU zu einem bestimmten Tag X bundesweit ausdehnen, und in eine neue, vierte Bundespartei umgestalten. Nicht nur die Logik der Situation der CSU im Parteiensystem der Bundesrepublik machten einen solchen Befehl unwahrscheinlich, sondern auch die Einstellungen, Mentalitäten und Denkformen an der Parteibasis."[47]

Eine vierte Partei konnte für Strauß nur dann sinnvoll sein, wenn sie zur Durchsetzung seiner politischen Anschauungen beitrug, wenn sie seiner Mission diente. Dabei konnte die Partei - da Strauß die Apokalypse als beinahe normales Instrument bei der Präsentation seiner politischen Ideen verwandte - sehr leicht zum Sammelbecken aller nationalen Ängste und Aggressionen werden. Unter Bezugnahme auf derart angenommene hypothetische Entwicklungsmöglichkeiten wurde Strauß nicht selten von seinen Gegnern der Vorwurf potentieller Vergleichbarkeit seiner politischen Aktionen mit denen Weimarer Politiker gemacht. Ob es der CSU-Vorsitzende wolle oder nicht, so diese Argumentation, seine vierte Partei werde aller Wahrscheinlichkeit nach die Form einer Bewegung annehmen, die jene disziplinierenden Regeln des politischen Umgangs sprengen werde, die bislang für die Parteien der zweiten deutschen Demokratie galten und die Stabilität ebenso wie Reformfähigkeit des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht hatten. Es konnte daher nicht nur das Parteienbündnis aus Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen sein, das mit dem jüngsten Vorgehen von seiten der CSU-Parteiführung in Gefahr geraten war[48].

9.2. Die restaurierte Union

Unter dem Motto 'Was nützt uns ein Bruderkrieg' hatte Richard Jaeger auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth gegen den letztlich dennoch gefaßten Beschluß zur Trennung der Unionsfraktionen

[47] Mintzel: Die Geschichte der CSU, S. 4o4f.

[48] Vgl. unter anderem Die Zeit vom 26.11.1976, S. 1

gestimmt. Daß aber selbst ein Befürworter der Unionseinheit wie er in seiner - selektiv verfälschenden - historisierenden Argumentation die Gründung der gemeinsamen Fraktion aus CDU und CSU 1949 auf die Möglichkeit, das Amt des Bundestagspräsidenten zu besetzen, als dem Leitmotiv des damaligen Entschlusses, reduzierte[49] und dieses 'Leitmotiv' auch für eine Rekonstituierung der einheitlichen Union im Jahre 1976 zum ausschlaggebenden Gesichtspunkt deklarierte[5o], vermochte kaum eindrucksvoller die Bemühungen jener zu dokumentieren, die in Zusammenfassung aller nur denkbaren Gründe f ü r den Erhalt des gemeinsamen Bündnisses mit den Christlichen Demokraten auch auf seiten der Christlich-Sozialen zu argumentieren sich bemühten.

Und insbesondere dieser "mittlere Aufstand" (Hans Drachsler, CSU-Landtagsabgeordneter) in der Führung wie an der Parteibasis der CSU verhinderte es letztlich, daß die bereits beschlossene Eigenständigkeit der christlich-sozialen Abgeordneten im Deutschen Bundestag zu diesem Zeitpunkt und in der vorgesehenen Weise verwirklicht werden konnte. Nachdem bereits in der ersten Woche nach der Kreuther Entscheidung weit über hundert Parteiaustritte von CSU-Mandatsträgern und Inhabern politischer Ämter als erste parteiinterne Resonanz registriert werden mußten, verzeichnete die CSU mehr und mehr eine Tendenz auch bei prominenten christlich-sozialen Landes- und Bundespolitikern, sich offen gegen alle Separierungsbestrebungen und damit auch gegen den eigenen Parteivorsitzenden zu stellen. Den Anfang machten der Bezirksvorsitzende von Mittelfranken der CSU und bayerische Justizminister, Karl Hillermeier, Finanzminister Ludwig Huber und der stellvertretende CSU-Landesvorsitzende Werner Dollinger, als sie mit Unterstützung einer deutlichen Mehrheit auf dem mittelfränkischen Bezirksparteitag (22. November 1976) die Diskussion des Beschlusses von Wildbad Kreuth durch einen CSU-Sonderparteitag verlangten[51].

Nur einen Tag später schlossen sich der Bezirksverband Schwaben mit seinem Bezirksvorsitzenden und Innenminister Bruno Merk, Wirtschaftsminister Anton Jaumann und Bayerns Minister für Bundesangelegenheiten

[49] Vgl. die Rede Richard Jaegers in Wildbad Kreuth am 19.11.1976, abgedruckt in: Die Zeit vom 26.11.1976, S. 5

[5o] Vgl. ebenda

[51] Vgl. Der Spiegel vom 29.11.1976, S. 26

und zweiter Stellvertreter von Strauß, Franz Heubl, diesem Verlangen unter vernehmbarer Distanzierung von dem formalen Vorgehen der Parteispitze in Kreuth an. Eine so weitreichende Entscheidung,hieß es in ihrer gemeinsamen Presseerklärung, könne nicht an der Partei vorbei getroffen werden[52]. Neun der zehn bayerischen JU-Bezirksvorsitzenden verabschiedeten ein Protestpapier mit der Kernforderung nach Rücknahme der Trennungsentscheidung, während der Vorsitzende der Münchner Jungen Union, Max Heilmeier, erstmals die Person des Parteivorsitzenden direkt in eine Kritik an den Vorgängen in Wildbad Kreuth miteinbezog[53].

Als sich die Anzeichen dafür verdichteten, der CDU-Vorsitzende Kohl habe neben bereits positiv verlaufenden Gesprächen mit Anton Jaumann auch den bayerischen Kultusminister Hans Meier für die Spitzenkandidatur eines potentiellen bayerischen CDU-Landesverbandes gewinnen können[54], erschienen Hochrechnungen nicht mehr ganz unglaubwürdig, die einem christlich-demokratischen Landesverband in Bayern 2o bis 25 Prozent (CDU-Analyse)[55] oder sogar 3o Prozent (Emnid-Umfrage)[56] der Stimmen verhießen. Es war nicht mehr auszuschließen, daß die CSU erheblich an politischer Bedeutung einbüßen würde[57]. Parallelen zur parteipolitischen Aufsplitterung des christlich/konservativen Lagers in Zentrum und Bayerische-Volks-Partei zu Zeiten der Weimarer Republik erschienen einigen Beobachtern der beiden Unionsparteien immer naheliegender[58].

[52] Zit. in: Der Spiegel vom 29.11.1976, S. 26

[53] "In der Vergangenheit haben wir von Strauß manches runtergeschluckt, aber jetzt geht's nimmer ...", zit. in: Ebenda, S. 27

[54] Vgl. ebenda, S. 3o

[55] Vgl. diese Ergebnisse in einer vom CDU-Bundesvorstand in Auftrag gegebenen parteieigenen Analyse (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[56] Ein weiteres Ergebnis dieser im Auftrag des Spiegel durchgeführten Umfrage war, daß sich 66% der befragten Personen gegen den Beschluß von Wildbad Kreuth aussprachen, vgl. Der Spiegel vom 29.11.1976, S. 28

[57] Siehe so auch den Vergleich des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler zur politischen Entwicklung der Bayernpartei nach 1945, in: Ebenda, S. 3o

[58] "This ... role (der CSU nach ihrem Kreuther Beschluß, Anm. d. Verf.) finds an historical parallel in the part played by the Deutsh Nationale wing of the Bavarian People's Party during the Weimar Republic in pushing the party to the right to reinforce its image of Bavaria as the only state of law and order in an otherwise chaos-ridden Germany", aus: Carole Carl-Sime: Bavaria, the CSU and the West German Party System, in: West European Politics, 2/79, S. 1o4f.; die im Juni 1979 erschienene Arbeit C. Carl-Simes berücksichtigt in ihrer (sehr grobrastrigen) Analyse der unionspolitischen Lage noch kaum die Ereignisse seit 1977.

Franz Josef Strauß hatte die Motivation seiner politischen Motorik auch in diesem Falle nicht verschwiegen:

> "Die christlich-demokratischen Kräfte haben in Europa auf voller Breite versagt, in Italien, Frankreich, in Holland, in Belgien, am wenigsten noch in Deutschland, in voller Breite (sic) versagt. Die Krise in Italien kommt noch ... Die Volksfront kommt vom Süden und vom Westen, vielleicht hätten wir sie noch verhindern können. Und dieselben Kerle, die in der CDU die Anpassung an die Ostverträge propagiert haben, à la Leisler Kiep, werden dann sagen, jetzt müssen wir uns anpassen, an die unaufhaltsame Entwicklung ..."[59].

Sie dennoch aufzuhalten oder zumindest den Versuch dazu zu unternehmen, war das politische Ziel des CSU-Vorsitzenden gewesen - der jedoch mit der eingetretenen Reaktion der CDU und vor allem der eigenen Christlich-Sozialen Union eingestandenermaßen im Jahre 1976 nicht gerechnet hatte[60]. Der Partner in der bisherigen gemeinsamen Union hatte nicht vor den von Strauß und seinen Freunden geschaffenen politischen Fakten kapituliert, sondern durch eine einhellige Rückendeckung für den CDU-Vorsitzenden dessen Führungsanspruch wie den Anspruch auf Einheit der Union gewahrt - und der CSU und ihrem Vorsitzenden mit der Verbannung ins politische Abseits gedroht[61].

Noch ehe sich die beiden Führer der Unionsparteien mit ihren Verhandlungskommissionen zu den Ende November 1976 vereinbarten Gesprächen über Möglichkeiten einer Revision oder zumindest Modifizierung des Kreuther Beschlusses zusammensetzten, fixierten die Christlichen Demokraten Ausgangsvoraussetzungen, die in den Augen der christlich-sozialen Parteiführung als ausgesprochen hart empfunden werden mußten: Erstens die Wiederherstellung der Fraktionsgemeinschaft im Bundestag; zweitens, die verbürgte Gewähr, daß die CSU weder selbst noch durch Hilfsorganisationen außerhalb Bayerns auftreten werde. Dem CDU-Vor-

[59] Franz Josef Strauß in seiner Rede über das Verhältnis von CSU und CDU und über Spitzenpolitiker beider Parteien vor dem Landesausschuß der Jungen Union Bayern in München am 24.11.1976, auszugsweise abgedruckt in: Der Spiegel vom 29.11.1976, S. 31

[60] Vgl. das Interview mit Franz Josef Strauß vom 26.11.1976: Frage: "Haben Sie denn nicht mit dieser barschen Reaktion (in der CDU und CSU auf den Kreuther Beschluß, Anm. des Verf.) gerechnet?" Strauß: "Wenn ich immer über alles nachdenken würde, womit ich rechne oder nicht rechne, dann müßte ich das Rechnen lernen", aus: Der Spiegel vom 29.11.1976, S. 42

[61] Nach einer Sitzung des Bundesvorstands in der Akademie Eichholz bei Bonn am 28.11.1976 veröffentlichte die CDU eine Erklärung, die mit ihrer Ankündigung der Gründung

stand konnte diese offensive Entschiedenheit nicht einmal schwergefallen sein. Seine Mitglieder hatten mehrheitlich Kohls Einschätzung geteilt:

> "Die Auflösung der Fraktion läßt sich überhaupt nur mit der Absicht erklären, im Bundesgebiet zwei Parteien - CDU und CSU - auf Dauer zu etablieren. Dieses Ziel muß man klar erkennen, wenn man die jüngsten Ergebnisse in ganzer Tragweite beurteilen will. Wir werden es nicht zulassen, daß diese Diskussion eine Entwicklung nimmt, die die wirklichen Absichten verschleiert und eine Klärung über die bayerischen Landtagswahlen 1978 hinausschiebt"[62].

Auch sorgten sich in der CDU nicht wenige regionale und lokale Parteiführer um Mandate und Pfründe, falls die CSU als Konkurrenz zu erwarten war. Um so größer war die Bereitschaft, hart aufzutreten, selbst bei einem Mann wie dem hessischen CDU-Vorsitzenden Dregger, der, dem CSU-Vorsitzenden politisch nahestehend, sich nach anfänglichem Zögern dem Ultimatum an die christlich-sozialen Parteifreunde dessen ungeachtet angeschlossen hatte[63].

Insgesamt ließen sich die Ereignisse seit dem Kreuther Sezessionsbeschluß kaum mehr nur als verbaler Zusammenstoß zwischen Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen oder als taktische Finesse des CSU-Vorsitzenden deuten Darüberhinaus stellte sich für die Christlichen Demokraten die Frage, ob sie mit der Wiederherstellung der Fraktion (der CDU/CSU im Deutschen Bundestag) noch ein für sie essentielles und vor allem auch auf die Dauer noch realistisches Ziel verfochten. Richteten sie den Blick vor allem auf die Einheit der Union, die ihr Vorsitzender als Grundlage einer modernen Volkspartei und als die eigentlich neue Idee bei der Gründung der Bundesrepublik beschwor, und implizierte dieses Unionsverständnis eine auch nur partielle Negation parteipolitischer Eigenständigkeit der Christlich-Sozialen Union

[61] Forts.: eines Landesverbandes in Bayern am 15.12. einem Ultimatum an die CSU gleichkam, vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.11.1976, S. 1; zu den (geringen) parteipolitischen Aussichten einer bereits zu Beginn ihrer Existenz in einen 'Bruderkampf' verwickelten bundesweiten CSU, vgl. unter anderem: Werner Sörgel: Ein Platz für eine vierte Partei? in: Vorwärts vom 2.12.1976, S. 19ff.

[62] Zit. in: Die Zeit vom 31.2.1976, S. 1

[63] Vgl. Der Spiegel vom 29.11.1976, S. 42

(eine Ansicht, die Helmut Kohl zu diesem Zeitpunkt sicherlich nicht hatte zum Ausdruck bringen wollen, die jedoch ebenso nicht völlig zu Unrecht auf seiten der Christlichen Sozialen mehr oder minder unausgesprochen in den Reihen der Schwesterpartei geargwöhnt wurde), dann mußte auch die von den CDU-Parteigremien gezeigte Härte in ihrer Wirkung unvollständig bleiben: Für den CSU-Vorsitzenden schien sich zwar eine politische Niederlage anzubahnen, doch würde sie weder irreparabel sein, noch galt sie für das genuin bayerisch-eigenständige Element der CSU insgesamt. Ging die CDU hingegen davon aus, daß sie nie in der Lage sein würde, Strauß als CSU-Vorsitzenden aus dem Amt zu bringen oder auch nur seine Macht längerfristig zu schmälern, dann mußte sie unter der genannten Voraussetzung, 'die Union' auch als 'die Partei CDU/CSU' ansehen zu wollen, ein Ende mit Schrecken dem 'Schrekken ohne Ende' vorziehen. Beide Lösungsmodelle - eine nach über dreißigjähriger Parallelexistenz gänzlich in der Schwesterpartei aufgehende Christlich-Soziale Union wie auch die vollständige Trennung und damit voraussichtliche Konfrontation beider Unionen - legten in ihrer geringen Chance politischer Realisierbarkeit bzw. der damit verbundenen Zerstörung 'der Union' überhaupt den Versuch einer anderen Konfliktlösung nahe: Wiederherstellung der traditionellen Unionsformation mit gemeinsamen Aktionsbündnis auf Bundesebene bei Wahrung der geographisch (wie auch politisch) bedingten Aufteilung in eine Bundes-CDU und eine auf das Gebiet des Freistaates Bayern beschränkte Landes-CSU mit bundespolitischem Anspruch, der von den Christlichen Demokraten in ihrem Gebiet keinerlei politische Konkurrenz entgegengesetzt wurde.

Doch auch ein unter solcher Perspektive als zeitlich begrenzt verstandener Verselbständigungsdrang der Bayern vermochte anscheinend nur noch gebremst zu werden, wenn der CSU die Vorstellung einer rivalisierenden CDU in Bayern - im Vorfeld der herannahenden Landtagswahl - einen taktischen Rückzug aus Eigeninteresse ratsam erscheinen ließ. Gleichwohl blieb Franz Josef Strauß, ob in Bonn als einer der Oppositionsführer oder als Ministerpräsident in München, eine entscheidende Persönlichkeit für den Bereich der Bundespolitik; desgleichen würde seine Überzeugung weiter bestehen bleiben, nach der er sich und potentiell ebenso die Union als zwei der wichtigsten politischen Vorposten

gegen östliche Machtausdehnung und gegen den Vormarsch des Eurokommunismus, als Schutzfaktor gegen wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Zerfall im Innern verstanden wissen wollte. Auch die Ereignisse in Wildbad Kreuth mußten unter anderem als (für viele beunruhigende) Symptome eines quasi missionarischen Impulses des CSU-Vorsitzenden angesehen werden. Aber gerade deshalb wäre es nicht im Sinne der Union gewesen, sich vor die Wahl gestellt zu sehen, dem CSU-Vorsitzenden beherrschenden Einfluß einzuräumen oder den Versuch einer Katalyse seiner oft als integrationszerstörend empfundenen Wirkung zu unternehmen - wobei die letztgenannte Möglichkeit wohl nur in dem kaum in absehbarer Zeit zu erwartenden Umstand eines völligen Rückzuges des christlich-sozialen Politikers aus der aktiven Politik denkbar gewesen wäre. Es mußte vielmehr in unverminderter Weise die Aufgabe jeder Unionsführung bleiben, die Ausstrahlungskraft und den politischen Sachverstand des CSU-Vorsitzenden weitestgehend für CSU w i e CDU nutzbar zu machen, ohne auch nur den Anschein innerparteilicher Dominanz seiner Persönlichkeit in den Unionsparteien aufkommen zu lassen.

In welchem Maße diese parteipolitische Gradwanderung als im Sinne der Union alternativlos angesehen werden mußte, machte noch eine andere Perspektive deutlich. Waren (eine separierte) CDU und FDP allein numerisch nicht in der Lage, eine regierungsfähige Koalition miteinander zu bilden, so ließ sich andererseits Helmut Kohls Absicht, die Freien Demokraten schon im Laufe der Legislaturperiode oder spätestens bei der Bundestagswahl 1980 zur Union hinüberzuziehen, im Bunde mit einem die Unionspolitik scheinbar oder tatsächlich dominierenden Strauß, dem vehementen Gegner jeglicher Öffnung zur FDP, kaum realisieren. Die vom CDU-Vorsitzenden geförderten Koalitionsverhandlungen mit Freien Demokraten in Hannover und Saarbrücken waren bereits zu diesem Zeitpunkt in eine innerparteiliche Diskussion wie in der Union so auch bei den Liberalen selbst geraten. Bundespolitisch mochte der Effekt unter Umständen lediglich noch darin bestehen, daß die sozial-liberale Koalition die Bundesratsmehrheit der von den Unionsparteien regierten Länder gelassener betrachten konnte - womit einzig jene für die Union negative Folgeerscheinung eingetreten wäre, die der CSU-Vorsitzende wiederholt prognostiziert hatte.

In jedem Fall galt es nun nach den Christlichen Sozialen auch für die Christlichen Demokraten am Ende des Jahres 1976 zu überdenken, unter welchen Bedingungen es sich für die eigene Partei noch als politisch profitabel würde erweisen können, die bislang mehr oder minder als existentielle Selbstverständlichkeit gesehene Einheit der Union zu erhalten.

9.2.1. Die Verhandlungen

Hatte der Bayernkurier noch in den ersten Tagen nach Kreuth dazu aufgefordert, stolz darauf zu sein, daß die CSU mit der gefällten Entscheidung abermals den Beweis für einen aus der Verantwortung für Deutschland herausgeborenen Mut aufgebracht habe[64], so deutete der Ausspruch Friedrich Zimmermanns, auf christlich-sozialer Seite stehe allles zur Disposition[65], eine Woche darauf wenn nicht nachgelassenes Selbstvertrauen, so doch erheblich gestiegene Flexibilität im parteipolitischen Konzept der Christlichen Sozialen an. Auch wenn das CSU-Parteiorgan nur noch die Fiktion der Gemeinsamkeit zwischen beiden Unionsparteien zu erkennen vorgab[66] und der Historiker Golo Mann bereits den historischen Wendepunkt im Parteiwesen der Bundesrepublik diagnostizierte[67], die vermeintliche Opportunität einer ungenügend vorbereiteten Parteibasis sowie die durchgehend negative Öffentlichkeitsresonanz auf den Beschluß von Wildbad Kreuth ließen diesen wieder revisionsfähig werden.

Am 3. Dezember 1976 trafen sich in Bonn nach einer beiderseitigen Vereinbarung zum erstenmal die von den Unionsparteien gebildeten Verhandlungskommissionen. Ohne daß die Unterhändler der CDU[68] eine eigene neue Konzeption für die Zusammenarbeit vorlegten, beharrten sie zunächst auf ihrer prinzipiellen Forderung, die CSU müsse vor Zusammentritt des neuen Bundestages am 14. Dezember in die Fraktionsgemein-

[64] Zit. in: Die Zeit vom 3.12.1976, S. 2

[65] Zit. in: Ebenda

[66] Vgl. Bayernkurier vom 4.12.1976, S. 2

[67] Mann:"Der Konflikt (zwischen CDU und CSU, Anm. d. Verf.) ist ja im Ursprung einer, der nicht zwischen beiden Schwesterparteien spielt, sondern der quer durch beide Unions-Parteien geht ...", aus: Ebenda, S. 5

[68] Helmut Kohl, Kurt Biedenkopf, Karl Carstens, Hans Filbinger, Hans Katzer

schaft zurückkehren; erst dann könne über ein gemeinsames parteipolitisches Konzept gesprochen werden. Weniger dieser als nicht kompromißfähig erläuterten Position, sondern weit eher der von anderen, überwiegend zum konservativen Flügel der Union zählenden Politikern wie Alfred Dregger und Gerhard Stoltenberg zuvor kund gemachten[69] versöhnlichen Haltung entsprach das Auftreten der christlich-sozialen Vertreter[70]. Daß dies jedoch ausschließlich in bezug auf die zu findende Organisationsform beider Parteien, nicht aber auf den politischen Kurs der Opposition zu gelten hatte, machte der CSU-Vorsitzende deutlich. Die Rückkehr zur gemeinsamen Fraktion von CDU und CSU, so Strauß, sei eine durchaus denkbare Möglichkeit; zuvor aber müsse man sich bindend über die künftige Strategie der Union in Politik und Organisation verständigt haben. Damit nicht übereinstimmende Voten von CDU-Abgeordneten wie bei den Ostverträgen (1972) oder beim Polen-Abkommen (1974/75) hätten künftig ebenso zu unterbleiben wie Angriffe[71] gegen die CSU und ihren Vorsitzenden, wie sie von sogenannten 'Progressiven' und anderen innerhalb der christlich-demokratischen Schwesterpartei noch vor nicht allzu langer Zeit hätten vernommen werden müssen[72].

Noch einmal hatte der CSU-Vorsitzende damit zwei der hauptsächlichen Motive seiner Separierungsambitionen ausdrücklich genannt: Den rings um 'Deutschland in der Welt'[73] drohenden Sozialismus und die in ihren essentiellen Bestandteilen falsche Außen-, speziell Ostpolitik, der Teile der CDU nicht eindeutig genug entgegentraten, ja ihr sogar partiell nahestanden.

Das im Anschluß an das Treffen herausgegebene Kommuniqué[74] wies zwar noch nicht das Ergebnis einer endgültigen und umfassenden Verständigung auf, ließ aber den Eindruck weiterer beiderseitiger Verhandlungsbereitschaft aufkommen.

[69] Vgl. unter anderem das Interview mit Alfred Dregger ("Ein Bündnis in veränderter Form"), in: Der Spiegel vom 6.12.1976, S. 29ff.

[70] Franz Josef Strauß, Werner Dollinger, Richard Stücklen, Gerold Tandler, Friedrich Zimmermann

[71] Damit spielte Strauß insbesondere auf Äußerungen der beiden CDU-Sozialpolitiker Blüm und Katzer an, die noch einen Tag vor Zusammentritt der Verhandlungskommissionen von einem "neuen Kurs" einer von der CSU und ihrem Vorsitzenden abgekoppelten CDU gesprochen hatten, vgl. Der Spiegel vom 6.12.1976, S. 26f.

[72] Vgl. ebenda, S. 24

[73] So der Titel des Strauß-Referates (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Eine am Tage der zweiten Verhandlungsrunde zwischen CDU und CSU bekannt werdende Meinungsumfrage des Emnid-Institutes mußte mit ihrer für die Christlich-Soziale Union wie gleichermaßen ihren Vorsitzenden vorhergesagten negativen Trendentwicklung[75] die kooperativen Verhaltensweisen insbesondere der bayerischen Vertreter noch fördern. Zwar wurde in der Öffentlichkeit auch nach Beendigung der Unterredungen zum Teil noch weiter das Bild einer angeschlagenen Union[76] gezeichnet oder gar davon gesprochen, daß die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU möglicherweise bereits endgültig gescheitert sei[77], doch kam dies einer Nicht-Beachtung des wiederum veröffentlichten Abschlußkommuniqués beider Parteien gleich. Daraus ging hervor, die Vertreter von CDU und CSU seien sich über Inhalt und Ziel einer gemeinsamen Oppositionspolitik einig, und auch darin, diese Politik gemeinsam zu vertreten. Gerade das aber waren die vom CSU-Vorsitzenden genannten Bedingungen gewesen, unter denen die CSU zu einer Revision ihrer Trennungsentscheidung von Wildbad Kreuth bereit war[78].

Bislang jedoch war in dem entscheidenden Punkt der Organisationsform, also der Frage der Fortführung der Fraktionsgemeinschaft im Bundestag, noch keine Einigung erzielt worden. Während die Vertreter der CDU in der Kommission unter Hinweis auf die eindeutigen Beschlüsse ihres Bundesvorstandes an der Rückkehr zur Fraktionsgemeinschaft als conditio sine qua non festhielten, weil ihrer Ansicht nach nur auf diese Weise der einheitliche politische Wille beider Parteien überzeugend vertreten werden könne, weigerten sich die CSU-Vertreter noch, diese Position der Christlichen Demokraten in der Eindeutigkeit ihrer Aussage anzuerkennen. Ihrer Meinung nach rechtfertigten die Erfahrungen der Oppositionszeit seit 1969 einen solch absolut gesetzten Standpunkt nicht.

[74] Vgl. das Kommuniqué über die Gespräche zwischen CDU und CSU am 3.12.1976 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

[75] So wird unter anderem ein Rückgang des CSU-Wähleranteils in Bayern von 60 auf 33 Prozent bei einer gleichzeitigen CDU-Kandidatur vorhergesagt und für den CDU-Vorsitzenden ein deutliches Sympathie-Plus gegenüber seinem bayerischen Kollegen errechnet (im Bundesgebiet = 82 : 15 %, in Bayern = 66 : 28%), aus: Der Spiegel vom 13.12.1976, S. 34f.

[76] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.12.1976, S. 3

[77] Ebenda

[78] Vgl. so die hauptsächlichen Thesen des Strauß-Referates (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Gleichzeitig jedoch hatte es in dem Kommuniqué weiter geheißen, die christlich-demokratischen Vertreter hätten keine Zweifel daran gelassen, daß von ihrer Seite alle Anstrengungen unternommen werden würden, die bayerische Schwesterpartei von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Fraktion und einer bundesweit einheitlichen Darstellung der Unionspolitik zu überzeugen[79]. Diese Passage des Kommuniqués mußte ebenso wie der in ihm eingangs erwähnte Hinweis auf die Beschlüsse des CDU-Bundesvorstands als sicheres Indiz dafür verstanden werden, daß die Christlichen Demokraten auch in den Gesprächen mit dem CSU-Vorsitzenden hatten deutlich werden lassen, die Weigerung seiner Partei zur Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft werde die Ausdehnung der CDU nach Bayern zur Folge haben. Vor dem Hintergrund der jüngsten Meinungsanalysen aber war das nicht mehr als eine inhaltsleere Drohformel anzusehen.

9.2.2. Die 'neue Ostpolitik der CDU'

Ein Einlenken des CSU-Vorsitzenden insbesondere in der Frage einer einheitlichen Organisationsform machte dementsprechend dann auch bereits drei Tage danach die Wiederherstellung der gemeinsamen Unionsfraktion im Deutschen Bundestag möglich. Vorher ging jedoch eine unionsinterne Diskussion über Fragen der deutschen Außenpolitik, die noch einmal den inzwischen erreichten Grad an politischer Sensibilisierung in diesem politischen Teilbereich, vor allem aber im wechselseitigen Verhältnis von CDU und CSU deutlich werden ließ. Den Anlaß dazu ergab die Polen-Reise des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, auf der er am 1o. Dezember 1976 vor deutschen Journalisten in Warschau von einer Neuorientierung der Ostpolitik der Christlich-Demokratischen Union sprach, die in einem partiellen Gegensatz zu den politischen Auffassungen des CSU-Vorsitzenden stehe. Daher sei diese Ostpolitik auch sicherlich nicht zusammen mit Franz Josef Strauß durchzuführen. Begonnen habe die neue Ostpolitik der CDU, so Albrecht weiter, mit dem 12. März 1976, als die CDU-regierten Länder im Bundesrat den Vereinbarungen mit Polen zustimmten. Als Grund für die Neuorientierung, die nicht nur Polen, sondern desgleichen die Sowjetunion und die übrigen Staaten Osteuropas umfassen werde, sei die Not-

[79] Vgl. das Kommuniqué über die Gespräche zwischen CDU und CSU vom 6.12.1976 (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

wendigkeit gemeinsamer Außenpolitik aller Parteien anzusehen. Die CDU besitze eine reiche Tradition an außenpolitisch fortschrittlichem Gedankengut, das von der Westpolitik Adenauers in den fünfziger Jahren über die flexiblere Ostpolitik Gerhard Schröders und Kurt Georg Kiesingers bis zu den Kooperationsversuchen einer Reihe von Christlichen Demokraten mit den Vertretern der sozial-liberalen Deutschland- und Ostpolitik sichtbar werde. Nach sechs Jahren in der parlamentarischen Opposition habe sich nun für die CDU die Möglichkeit eröffnet, zur Außenpolitik der SPD-FDP-Koalition aufschließen zu können[80].

So gezielt (und insbesondere in seinem letzten Teil der Aussage noch interpretationsbedürftig) die Äußerungen Albrechts auch sein mochten, sie beruhten offensichtlich auf einem nicht mehr zeitgemäßen Informationsstand über den Verlauf der Gespräche zwischen den Unionsparteien. Noch während der CSU-Sprecher Kiehl die Bemerkungen Albrechts dahingehend kommentierte, daß die aus Warschau übermittelten Äußerungen Albrechts einen Beweis für die Richtigkeit der Strauß'schen Ansprüche an eine künftige gemeinsame Unionspolitik darstellten[81], bemühte sich die christlich-demokratische Parteiführung um Distanz zu den Äußerungen des eigenen Ministerpräsidenten. Im Bonner Konrad-Adenauer-Haus wurde mitgeteilt, es sei unerklärlich, daß sich Albrecht in dieser Form in Warschau zu den jüngsten Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU geäußert habe. Der Unionspolitiker habe damit dem (zwischenzeitlich erfolgversprechenden) Bemühen beider Seiten, doch noch zu einer Einigung zu kommen, nicht Rechnung getragen[82]. Die CDU Niedersachsens veröffentlichte am darauffolgenden Tag (12. Dezember) ein Dementi, in dem Teile der Albrecht zugeschriebenen Äußerungen als sinnentstellend wiedergegeben zurückgewiesen wurden[83].

Der Vorgang konnte als ein Zeichen dafür gewertet werden, in welchem Maße die christlich-demokratische Parteiführung wie auch die Christlichen Sozialen zumindest bis zum Zeitpunkt der Albrecht-Reise von

[80] Vgl. das Interview des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht im Warschauer Hotel Victoria mit dem ihn begleitenden Korrespondenten des ASD (Axel Springer-Innland-Dienst), Herbert G. Marzian, in: Die Welt vom 11.12.1976, S. 1

[81] Zit. in: Ebenda

[82] Vgl. ebenda

[83] Vgl. Die Welt vom 13.12.1976, S. 1

der Unabwendbarkeit einer Trennung der beiden Unionsparteien überzeugt gewesen waren; dem entsprachen Albrechts eigene Berufung auf eine Abstimmung seiner Rede mit Bundesaußenminister Genscher und dem CDU-Vorsitzenden Kohl[84] sowie ein Schreiben des CSU-Vorsitzenden vom 8. Dezember 1976 (also dem Tage der Abreise Albrechts nach Warschau und einen Tag vor dessen umstrittenen Äußerungen), in dem Strauß gegenüber Mitgliedern der 'CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag' die Befürchtung ausgesprochen hatte, daß die Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU und FDP in Niedersachsen in ihren Auswirkungen den Bundesrat als Instrument der Opposition stark schwächen oder ganz ausfallen lassen könnten[85]. Im übrigen seien die Polen-Reise des niedersächsischen Ministerpräsidenten sowie ihre Begleitumstände[86] für einen Politiker der Bundesrepublik nicht zumutbar[87].

Und es mußte dann fast wie ein erneutes Infragestellen der beinahe schon zwischen CDU und CSU erreichten Übereinkunft insbesondere über die Beibehaltung einer gemeinsamen Fraktion im Deutschen Bundestag verstanden werden, als der zeitweilig als CSU-Fraktionsvorsitzender designierte neue Landesgruppenvorsitzende der Christlichen Sozialen im Bundestag, Friedrich Zimmermann, mit gleichen Worten wie der Parteisprecher Kiehl am 11. Dezember darauf hinwies, daß nun eine eindeutige Stellungnahme des CDU-Vorstands entscheidend werde für die Unionspolitik, anderenfalls komme das gesamte Vorgehen einer Bestätigung dafür gleich, daß unter Umgehung der Schwesterpartei CSU offenbar tatsächlich eine Neuorientierung der Ostpolitik der CDU erfolgt sei, so wie Albrecht es in Warschau gesagt habe[88]. Die Christlichen Demokraten sahen sich damit unmißverständlich aufgefordert, am darauffolgenden Tag das zur Bestätigung anstehende Unionsbündnis nun erstmals in der politischen Praxis zu verifizieren. Wenige Stunden später

[84] Vgl. ebenda, S. 3

[85] Vgl. Die Welt vom 9.12.1976, S. 1 ("Strauß übt heftige Kritik an Albrecht")

[86] Die polnische Regierung hatte vor der Reise Albrechts einem Dolmetscher und einem Mitglied des Albrecht begleitenden Kammerorchesters Hannover die Einreise nach Polen verweigert, vgl. Die Welt vom 6.12.1976, S. 1

[87] Zit. in: Die Welt vom 9.12.1976, S. 1

[88] Zit. in: dpa vom 11.12.1976 (dpa vo re ks - 15.28)

lehnte der Sprecher der niedersächsischen Landesregierung ausdrücklich jede Auffassung ab, die davon ausginge, die CDU habe in der Ostpolitik zur Bonner SPD-FDP-Koalition 'aufschließen' müssen[89].

Worum es der christlich-sozialen Parteiführung bei den Verhandlungen zur Rücknahme des Kreuther Trennungsbeschlusses wie auch im Falle der Albrecht-Rede in Polen offensichtlich ging,war, im Rahmen des noch einmal bestätigten Aktionsbündnisses mit der CDU aufgrund gewandelter gesellschaftlich-politischer Verhältnisse und außenpolitischer Beziehungen die Politik der Gesamtunion mitformulieren und damit entscheidend mitbestimmen zu können (nicht zuletzt im Hinblick auf die nach ihrer Ansicht angemessenen Methoden zur Rückgewinnung der Regierungsmacht). In diesem Sinne instrumentalisierte Franz Josef Strauß schließlich den Kreuther Beschluß und stärkte somit das Prinzip der politischen Parität der CSU-Landesgruppe innerhalb der Fraktionsgemeinschaft. Er hätte diesem Prinzip unweigerlich wieder an Geltung genommen, wären die Äußerungen des niedersächsischen CDU-Politikers unkommentiert geblieben und nicht zum Prüfstein der neu gewonnenen Solidarität in der Union gemacht worden.

Dabei galt es jedoch zukünftig ebenso zu bedenken, daß die unter anderem zum Zwecke der Mobilisierung unterschiedlicher Wählerpotentiale und bestimmter Machtgruppen gewollte politisch-taktische Arbeitsteilung zwischen Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen sich wohl kaum nach exakt ausgearbeiteten Operationsplänen planen und auch demgemäß in den vorherberechneten Bahnen immer würde durchführen lassen. Es gab nicht nur unterschiedliche Interessengruppen in den Wählerpotentialen beider Parteien, auf die Rücksicht zu nehmen unerläßlich war, es konnten auch ohne weiteres sehr verschieden gelagerte Interessen in den Parteien und ihren jeweiligen Führungen selbst festgestellt werden, die die permanente Anwendung von Vetorechten durch einen (zudem noch möglicherweise minoritären) Teil der Union anstelle von gegenseitig angestrebten Kompromißlösungen im Sinne eines dauerhaften Zusammenhalts des Bündnis per se ausgeschlossen erscheinen lassen mußte.

[89]Zit. in: dpa vom 11.12.1976 (dpa vo re - 15.53)

Es lag nahe, davon zu sprechen, daß die Christlich-Soziale Union ihr ehemals, das heißt bei Bildung der gemeinsamen Bundestagsfraktion mit den Christlichen Demokraten im Jahre 1949, auf den Föderalismus bezogenes Vetorecht an Hand ihrer sachlich nicht unbegründeten Kritik an den Warschauer Äußerungen eines führenden CDU-Politikers auf die politische Generallinie der Union auszuweiten versucht hatte: "Die CSU-Minderheit verlangte von der CDU-Mehrheit die grundsätzliche Übereinstimmung, anderenfalls die Unionsgemeinschaft brechen würde"[9o]. Unionsinterne Parität und Mitbestimmung in allen wichtigen Fragen der Oppositionspolitik aber konnten nicht deren einseitige Dominanz durch die Münchner Parteizentrale bzw. die ständige Drohung mit der Aufkündigung des beiderseitigen Aktionsbündnisses bedeuten. Die Ereignisse von Wildbad Kreuth waren nicht unbedingt als Ende einer Entwicklung im Verhältnis der beiden Unionsparteien zueinander anzusehen, doch waren sie weder beliebig wiederholbar noch steigerungsfähig[91]. Am Ende des Jahres 1976 vermochte man bei der CDU den Aktionsspielraum der CSU in ihrer Doppelrolle und damit zugleich die Grenzen für das Handeln von Franz Josef Strauß eher zu erkennen und sicherer einzuschätzen als bis zu diesem Zeitpunkt.

9.2.3. Die Vereinbarungen

Am 9. Dezember 1976 hatte der Landesvorstand der CSU eine Acht-Punkte-Erklärung zur künftigen Zusammenarbeit mit den Christlichen Demokraten verabschiedet, auf deren Grundlage sich die Verhandlungskommissionen von CDU und CSU am 12. Dezember 1976 unter Hinzuziehung zweier CDU-Positionspapiere über die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft im achten Deutschen Bundestag einigten. Nach den Worten des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger[92] hatten beide Delegationen dabei nicht nur eine Einigung in allen Sachfragen erzielen können, sondern auch die persönlichen Differenzen zur beiderseitigen Zufriedenheit

[9o] Peter Diehl-Thiele: Eine Fraktion in der Fraktion, Die Geschichte einer politischen Entfremdung, in: Süddeutsche Zeitung vom 1o.12.1976, S. 2

[91] Vgl. Mintzel: Geschichte der CSU, S. 4o9

[92] Die Verhandlungen zwischen CDU und CSU hatten in der Landesvertretung Baden-Württembergs in Bonn stattgefunden

zu lösen vermocht[93]. In welchem Ausmaß diese Aussage noch eher einer Absichtserklärung aller Beteiligten gleichkam, konnte den schriftlich festgehaltenen Ergebnissen der soeben überstandenen unionsinternen Auseinandersetzungen nicht entnommen werden; in jedem Fall aber war es keine politische Neuformierung, sondern eine bewußte Bestätigung der überkommenen Struktur ihres Bündnisses, von der aus die Union die Arbeit als Opposition auch in der achten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages würde beginnen können. Grundlage der erzielten Verständigung waren zwei ausführliche, vertragsähnliche Vereinbarungen. Die 'Vereinbarung über die Fortführung der gemeinsamen Fraktion'[94] enthielt in zehn Punkten nach der Erwähnung des Fazits einer gemeinsemen Fraktionsbildung auf der Grundlage gemeinsamer politischer Ziele und angesichts der Tatsache, daß Christliche Demokraten und Christlich-Soziale in keinem Bundesland miteinander in Wettbewerb stünden (1) sowie der erstmals expliziten Bestätigung von CDU und CSU als jeweils eigenständigen Parteien (2) verfahrenstechnische Regelungen für die Wahl des Fraktionsvorstandes (3-6), die Besetzung der auf die CDU/CSU-Fraktion entfallenden Bundestagsorgane (7/8) und das Abstimmungsverhalten im Bundestag (1o) sowie die in den Fraktionsvereinbarungen zwischen CDU und CSU schon traditionelle Klausel, nach der die CDU/CSU-Fraktion keine Grundgesetzänderung ermöglichen werde, der die Christlich-Soziale Union aus Gründen der Wahrung der Grundlagen eines föderativen Staatsaufbaus widerspreche.

In beiden Vereinbarungen waren wesentliche Forderungen berücksichtigt worden, die von der CSU unter anderem in ihrer Acht-Punkte-Erklärung[95] vom 9. Dezember gestellt worden waren. Andererseits war es den Christlichen Demokraten gelungen, in einigen wesentlichen Fragen entscheidende Änderungen durchzusetzen. So hieß es zu Beginn der 'Vereinbarung über die Grundlage der gemeinsamen Arbeit in der gmeinsamen Fraktion', grundlegend sei das Wahlprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl 1976[96]. Die Feststellung der CSU-Erklärung vom 9. Dezember, dieses Wahlprogramm sei angesichts widerspruchsvoller Erklärungen nur in be-

[93] Zit. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.12.1976, S. 1

[94] Vgl. im Anhang

[95] Vgl. Die Zeit vom 17.12.1976, S. 1

[96] Siehe zum Folgenden die 'Vereinbarung über die Grundlage der gemeinsamen Arbeit in der gemeinsamen Fraktion' (Archiv der CSU-Landesleitung, München)

schränktem Umfang verwendbar, fand keine Berücksichtigung. Auch der Punkt vier des CSU-Papiers, der besagte, die Parteivorsitzenden seien angehalten, in ihrem Bereich dafür zu sorgen, daß durch Kaolitionsvereinbarungen auf Landesebene die Glaubwürdigkeit der Unionspolitik nicht beeinträchtigt werde, fand in der Vereinbarung nur in sehr modifizierter Form ("in Abstimmung mit den Landesparteien") seinen Niederschlag.

Desgleichen wurde die Forderung der Christlich-Sozialen, Kommissionen einzusetzen, deren Aufgabe unter anderem darin bestehen sollte, eine Wahlstrategie für 1980 zu entwickeln, die die von der bayerischen Union gesehene Erstarrung des Parteiensystems der Bundesrepublik zu berücksichtigen und deshalb davon auszugehen hätten, daß eine 'freiheitliche Politik' nur durch eine Sammlungsbewegung aller freiheitlichen Kräfte verwirklicht werden könne, nicht in dieser Form aufgenommen. Nunmehr lautete die Formulierung:

> "CDU und CSU bilden eine Strategiekommission in gleich starker Besetzung. Die Kommission hat den Auftrag, die analytischen Grundlagen, Schwerpunkte, Methoden und Zielsetzungen einer gemeinsamen Oppositionspolitik auf der Grundlage des Wahlprogramms von CDU und CSU und der inzwischen eingetretenen neuen politischen Sachverhalte zu erarbeiten".

Beide Parteien stimmten überein, so hieß es weiter, daß die SPD-FDP-Mehrheit nur gebrochen werden könne, wenn für die nächste Bundestagswahl alle Möglichkeiten ausgeschöpft würden, das Wählerpotential für eine freiheitliche, sichere und soziale Politik zu gewinnen. Dabei sei besonders auf die sowohl innerhalb als auch außerhalb der SPD stehenden 'freiheitlichen sozialen Demokraten' und auf die national-liberalen Wähler zu achten - eine Aufgabe, die vornehmlich die CSU und ihr Vorsitzender Strauß übernehmen würden, wie sich am Beispiel des ehemaligen SPD-Mitglieds und Vorsitzenden der Deutschen Steuergewerkschaft, Fredersdorf, und dessen vierter 'Bürgerpartei' (zeitweise) zeigen sollte[97].

[97] Vgl. "Strauß setzt auf 'Bürgerpartei'", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.2.1979, S. 1

Mit der Vereinbarung war beiden Seiten auferlegt, Maßnahmen zur Ausschöpfung der genannten Möglichkeiten rechtzeitig vor 1980 zu planen und die Durchführung geeigneter Schritte zu ihrer Verwirklichung vorzubereiten. Die Generalsekretäre von CDU und CSU wurden beauftragt, erstmals im Sommer 1977 den Präsidien von CDU und CSU sowie dem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion regelmäßig über den Fortgang ihrer einschlägigen Arbeiten zu berichten.

Beide Parteien verpflichteten sich, die Ausweitung direkter oder indirekter Aktivitäten auf den Bereich des jeweiligen Partners nur im Einvernehmen miteinander durchzuführen. Diese Formulierung entsprach fast wortgleich dem, was die CDU in ihrem zwei Tage nach dem Beschluß von Wildbad Kreuth der CSU vorgelegten Entwurf einer Vereinbarung als eine ihrer Kernforderungen unterbreitet hatte. Dafür hatten die Christlichen Sozialen durchsetzen können, daß sie von der CDU als eine selbständige Partei anerkannt wurden[98], die einen bundesweiten Anspruch der von ihr vertretenen Politik erhob; das gleiche erkannte die CSU umgekehrt den Christlichen Demokraten zu. Beide Unionsparteien stimmten überein, daß dieser Anspruch nach der bisherigen geographischen Einteilung von der jeweils anderen Unionspartei ausgeübt wurde.

Damit war das seit nahezu drei Jahrzehnten bestehende, im Bewußtsein der Öffentlichkeit - und auch in dem der Unionsparteien selbst - nicht selten zurückgedrängte politische Faktum zweier völlig selbständiger und unabhängiger Organisationen innerhalb der einen Union, die sich unter anderem deshalb nicht konkurrierend gegenüberstanden, weil sie sich mit ihrer politischen Tätigkeit geographisch aus dem Wege gingen, zum expliziten Bestandteil des gegenseitigen Bündnisvertrages geworden.

9.3. Die Doppel-Union

So sehr sich die Vereinbarungen zwischen CDU und CSU als vollendeter Kompromiß ausnahmen, so sehr mußte man sie zugleich vor dem Hintergrund der vorangegangenen Ereignisse lesen. Jede Übereinkunft über den gemeinsamen Kampf gegen Sozialismus, Eurokommunismus und Volksfront wie auch die Berufung auf das gemeinsame Wahlprogramm von 1976 (das

[98] Vgl. 'Die Vereinbarung über die Fortführung der gemeinsamen Fraktion', Punkt 2 (im Anhang)

ohnehin schon seiner Natur nach nur ein Dokument von politischer Allgemeinheit hatte sein können) führten nicht daran vorbei, daß die Wurzel jener Ereignisse insbesondere in den verschiedenen politischen Strategien zu sehen war, die sich vornehmlich in den Personen der beiden Parteivorsitzenden Kohl und Strauß repräsentierten. Der CDU-Vorsitzende strebte nach wie vor eine Auflockerung gegenüber der FDP an, um auf diese Weise so bald als möglich die Regierungsmehrheit zu gewinnen. Sein CSU-Kollege setzte unverändert auf eine überwiegend kompetitive Vorgehensweise der Opposition als dem besten Weg zur Rückkehr an die Regierungsmacht und bezog die Liberalen kaum noch in sein taktisches Kalkül ein.

Der jüngste Streit um die Äußerungen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht zur Ostpolitik hatte aber ebenso die inhaltlich politische Dimension des Fragenkomplexes deutlich gemacht, der in diesem Teilbereich der deutschen Politik zwischen Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen noch immer zur Diskussion stand. Dabei war es dann lediglich von sekundärer Bedeutung, welchen Unmut Albrechts Warschauer Zitate wie auch seine weitgehenden Zugeständnisse an die Freien Demokraten in Niedersachsen bis in die höchsten CDU-Parteiränge ausgelöst hatten, oder ob der Beweispflicht, die dem CSU-Vorsitzenden mit seiner These oblag, daß 'rechts' oder 'halbrechts' von der Union noch Wähler zu aktivieren seien, von Strauß überhaupt in ausreichendem Maße nachgekommen werden konnte.

Aber gerade unter solchen Vorzeichen strategisch-taktischer wie politisch inhaltlicher Differenzierungen zwischen den beiden Unionsparteien mußte einer Reihe von Passagen aus den Unionsvereinbarungen eine besondere Bedeutung zukommen. So hatten sich Christliche Demokraten und Christlich-Soziale darin beispielsweise verpflichtet, die Ausweitung jeglicher direkter oder indirekter Aktivitäten auf den Bereich des Partners nur im Einvernehmen mit diesem durchzuführen. Damit brauchte insbesondere in der CDU zunächst eine (direkte) Einflußnahme von seiten der CSU nicht mehr befürchtet zu werden. Aber die Christlichen Demokraten hatten sich andererseits auch der Möglichkeit zur Anwendung ihrer einzigen und schärfsten gegenteiligen Maßnahme, der Ausbreitung nach Bayern, begeben. Das konnte um so schwerer wiegen, als

die Christlich-Sozialen ein 'kleines Kreuth'[99] (eine fraktionsmäßige Trennung von der Schwesterpartei bei Sachentscheidungen) auch zukünftig würden herbeiführen können. Denn die CSU besaß es mit diesen Vereinbarungen schriftlich, daß sie eine von der Mehrheit der Fraktion abweichende Meinung in einer Frage von grundsätzlicher Bedeutung selbständig vertreten, das hieß, auch abweichend votieren konnte. Was von grundsätzlicher Bedeutung war, entbehrte nahezu zwangsläufig noch jeder Definition. Wehrte sich die CDU gegen einen derartig begründeten Alleingang der bayerischen Union, so gefährdete sie die Gemeinsamkeit der Fraktion und hatte das Argument des auslösenden Moments gegen sich. Um diese Hypothek zu vermeiden, mußte sich Kohl als Fraktions- wie als Parteivorsitzender bis zum äußersten kompromißbereit zeigen. Der eigenen Strategie der christlich-demokratischen Parteiführung waren damit enge Grenzen gezogen. Als ähnlich gelagert erwies sich die Problematik einer vierten Partei, in welcher Form auch immer sie in Erscheinung treten würde. Daß die Ausweitung (direkter) Aktivitäten auf den Bereich des jeweiligen Partners nur im gegenseitigen Einvernehmen vor sich gehen sollte, war taktisch zum Teil ausbalanciert worden durch die Bekräftigung, daß die CSU als selbständige Partei ebenfalls einen bundesweiten Anspruch der von ihr vertretenen Politik erhob. Diese Klausel wurde ergänzt durch den Konsens, das Wählerpotential bis zur letzten Stimme auszuschöpfen, und präzisiert durch die wechselseitige Verpflichtung, Maßnahmen und Aktivitäten zur Ausschöpfung dieser Möglichkeiten rechtzeitig vor der kommenden Bundestagswahl zu planen und die Durchführung geeigneter Schritte zu ihrer Verwirklichung vorzubereiten. Zwar hatte sich die CDU bisher schon unter der Bedingung der Einvernehmlichkeit auf das Thema der vierten Partei eingelassen. Doch diese Bedingung war als Abwehr gedacht; in Wirklichkeit lehnte sie eine zusätzliche bundesweite (Unions- oder unionsnahe) Partei generell ab. Nun war die Diskussion darüber neu eröffnet, zugleich jedoch durch ihre Absicherung in den Vereinbarungen auch in mehr kontrollierbare Bahnen gelenkt worden. Wenn die Christlichen Sozialen in der Zukunft weiter über dieses Thema sprechen würden (und kaum jemand hatte nach der bisher geführten Diskussion etwas anderes erwarten können), mußte das kein Christlicher Demokrat mehr als unbedingte Kampfansage auffassen.

[99] Vgl. diesen Terminus bei Mintzel: Geschichte der CSU, S. 409

Im Schein dieser Einzelperspektiven waren ebenso die traditionellen Abmachungen über die angemessene oder proportionale Beteiligung der CSU an den Gremien der Fraktion, an den der Union insgesamt zustehenden Bundestagsposten und über die eigenständigen Benennungsrechte zu sehen. Nahm man einige der Neuerungen hinzu, so liefen diese Klauseln durchaus auf eine verstärkte Autonomie der CSU in der Fraktion hinaus; sie modifizierten damit jedoch lediglich jenen Zustand, der sich im Verhältnis der beiden Unionsparteien schon vor 1969 herauszubilden begonnen hatte und den zumindest die Vertreter der CDU mit dem vorliegenden Papier (im wahrsten Sinne des Wortes) fest zu schreiben hofften. Die wiedererungene Unions-Einheit stellte sich am Ende des Jahres 1976 zweifellos als eine andere dar, als die sie - weniger pragmatisch motiviert, dafür aber auch in geringerem Maße realitätsbezogen - bis zu diesem Zeitpunkt in den Vorstellungen vieler noch bestanden hatte oder hätte bestehen sollen.

Erst in diesem Zusammenhang und in Verbindung mit der unter anderem noch offenen Frage der angemessenen politischen Strategie für die Opposition in der bevorstehenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages erhielten die einzelnen Bestimmungen ihre volle Bedeutung. Und da gerieten sie zu einem politikstrategischen Geflecht, das zu einem neuen Fundament für die gemeinsame Arbeit der beiden Unionsparteien werden konnte. Zwei Bedingungen der CDU - keine Ausdehnung der CSU und eine vierte Partei nur im gegenseitigen Einvernehmen - waren, wenn auch nur zunächst, erfüllt; die dritte und wichtigste, die gemeinsame Fraktion, aber mußte erst noch erweisen, ob sie jene von Unionsführern wie Kohl und Biedenkopf in den vergangenen Wochen immer wieder stilisierte 'Einheit der Union'[100] verkörperte, oder ob in ihr weit eher das vom CSU-Vorsitzenden betonte Element verstärkter Zusammenarbeit bei größerer gegenseitiger Beweglichkeit[101] vorherrschend war.

Spätestens im Nachhinein hatte sich gezeigt, daß das von Strauß und anderen Christlichen Sozialen initiierte Vorgehen zur Lösung des Frak-

[100] Helmut Kohl: "Wer sich anschickt, die Einheit der Union zu zerstören, dem kann nicht entschieden genug entgegengetreten werden" (25.11.); Kurt Biedenkopf: "Die CSU soll sich ... zur Frage der Einheit der Union verbindlich äußern. Wir gehen davon aus, daß mit einer solchen Erklärung der CSU auch die Wiederherstellung der Fraktionsgemeinschaft möglich wird", zit. in: Die Zeit vom 17.12.1976, S. 2

[101] Zit. in: Ebenda

tionsbündnisses als gravierender politischer Fehler zu werten war. Sie hatten die Geschlossenheit der CDU gegenüber der von ihnen heraufbeschworenen Herausforderung unterschätzt, und sie hatten sich über die Kritikfähigkeit in ihren eigenen Reihen weitgehend getäuscht. Die Christlichen Demokraten verfügen seit der Kreuther Entscheidung in Bayern über Kader, die sie jederzeit mobilisieren können. Eingedenk dieser für die CSU-Führung offenbar unerwarteten Folgen erscheint ein nochmaliger Vorstoß in diese Richtung von christlich-sozialer Seite - ungeachtet der mit den Christlichen Demokraten getroffenen Übereinkunft - in der Tat weder jederzeit noch beliebig oft wiederholbar.

Mit der Aufhebung des Beschlusses zur fraktionellen Trennung hatte der neue Fraktionsvorsitzende[1o2] einen Achtungserfolg erzielt. Daß sich dieser Vorteil indessen nicht in einen für ihn dauerhaften politischen Erfolg verwandeln ließ, lag dann nicht so sehr an der durch die Ereignisse von 1976 keineswegs beseitigten traditionellen Heterogenität seiner CDU oder der zeitweise auf seiten der CSU extensiv genutzten Formel gegenseitiger politischer 'Beweglichkeit' aus den Vereinbarungen, als vielmehr an einer in der Folgezeit zunehmend auf die Person des Oppositionsführers und die ihm vorgehaltene 'Führungsschwäche' direkt gerichteten Kritik aus den Reihen der eigenen Union.

Aber auch für die Unionsparteien selbst blieben die Ergebnisse der Vorgänge im Anschluß an die Bundestagswahl von 1976 nicht problemlos. Mit den zwischen ihnen getroffenen Vereinbarungen waren zwar für den konzeptionellen, strategischen und personellen Dissens beider Parteien neue Verfahren der Konfliktregelung im Sinne politischer Parität beider Parteien festgelegt worden, der eigentliche Dissens aber nicht ausgeräumt. Die Dezember-Vereinbarungen waren vielmehr der vertragliche Ausdruck der jeweiligen Probleme der beiden Schwesterparteien. Die CSU, relativ geschlossen agierend, vermochte (noch) nicht aus ihrer historisch entstandenen und über 27 Jahre praktizierten Doppelrolle wie aus dem gesellschaftlich-politischen bayerischen Umfeld herauszuwachsen. Die CDU, aufgrund vieler Faktoren politisch weniger

[1o2] Auf einer gemeinsamen Fraktionssitzung von CDU und CSU am 14.12.1976 wurden für die gesamte Legislaturperiode des achten Deutschen Bundestages Helmut Kohl zum Vorsitzenden und der CSU-Landesgruppenvorsitzende Friedrich Zimmermann zu seinem ersten Stellvertreter in der Fraktionsführung der CDU/CSU gewählt.

homogen und geschlossen auftretend, mußte allein schon bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen[103] ihr vorrangiges Ziel darin erkennen, das Bündnis mit der bayerischen Union aufrecht zu erhalten. Beide sahen sich um den Preis ihres politischen Erfolgs im Sinne der Rückgewinnung der Regierungsmehrheit zur Kooperation gezwungen, es sei denn, das bisherige Parteiengefüge der Bundesrepublik würde dem (erfolgreichen) Versuch einer grundsätzlichen Veränderung unterzogen werden. Für solche Entwicklungen jedoch scheinen die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Verhältnisse in der Bundesrepublik trotz aller krisenhaften Erscheinungen viel zu stabil zu sein.

Während aber die führenden Politiker der CDU im traditionellen Sinne in der Bewahrung 'der Union' von CDU/CSU nach wie vor nicht nur die am besten geeignete politische Strategie für die Opposition sondern vor allem einen Grundwert an sich erblickten, sahen Strauß und seine Anhänger offenbar in einer kalkulierten kooperativen Konkurrenz beider Parteien inzwischen sogar den einzigen Weg zur Neuformierung eines antisozialistischen Bürgerblocks und über diese Neuformierung die Rückkehr an die Regierungsmacht[104]. Doch weder für die eine noch für die andere taktische Konzeption war (und ist) der Erfolg vorprogrammiert, da dieser auch von Faktoren abhängt, die außerhalb der wahlstrategischen Disponibilität liegen.

Daß auch der Oppositionsführer selbst die in diesem Dissens liegende und damit auch nach den Vereinbarungen vom Dezember 1976 weiter bestehende Problematik der Union erkannte und unter dieser Perspektive folglich auch den Ausbruch eines neuerlichen existentiellen Konflikts zwischen CDU und CSU nicht völlig auszuschließen vermochte, bewies eine den Koalitionsparteien gegenüber abgegebene Zusicherung. Für den Fall, daß die CDU/CSU-Fraktion doch noch auseinanderbrechen sollte,

[103] nicht aber in j e d e m nur denkbaren Fall, wie Mintzel es (nicht nur) aus den Ereignissen von 1976 schlußfolgert: "Die Größere ... muß auf Gedeih und Verderben mit der kleineren Schwester paktieren.", aus: Mintzel: Geschichte der CSU, S. 412

[104] Vgl. so Franz Josef Strauß in seiner Rede vor dem Landesausschuß der Jungen Union Bayern in München am 24.11.1976, auszugsweise abgedruckt in: Der Spiegel vom 29.11.1976, S. 34
("Wenn eine Armee nicht mehr begreift, daß sie, wenn sie dreimal an der falschen Front angegriffen hat, einmal anderswo angreifen muß, dann geht's eben um.")

stellte er dem sozial-liberalen Bündnis in Aussicht, daß Karl Carstens das Amt des Bundestagspräsidenten wieder zur Verfügung stellen werde. Zunächst einmal aber überwog im Bündnis der Unionsparteien noch die Hoffnung auf eine nach Klärung vieler, wenn auch nicht aller Fragen gestärkt aus dem internen Konflikt hervorgehende Union und die an alle Teile der erneuerten Fraktion gerichtete Warnung, nun zu einer wirklichen Fraktions- und nicht, wie von vielen in den vergangenen Tagen und Wochen unbegründet befürchtet, zukünftigen "Friktionsarbeit" (so der Kulmbacher CSU-Abgeordnete Lorenz Nigel)[105] innerhalb der gemeinsamen Opposition zu kommen.

[105] Zit. in: Der Spiegel vom 2o.12.1976, S. 25

1o. Die Deutschlandpolitik als unionsinternes Konfliktfeld

Mit der gleichen Entschlossenheit, mit der Franz Josef Strauß die fraktionelle Trennung von CDU- und CSU-Abgeordneten zu erreichen versucht hatte, war er für den Zusammenschluß im ersten Bundestag zur gemeinsamen Fraktion eingetreten.[1] Hart hatte er damals der Wiederkehr der eigenen Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, der eigentlichen Vorgängerin der jungen Christlich-Sozialen Union, in einer eigenen CSU-Bundestagsfraktion widersprochen; Veteranen der Bayerischen Volkspartei wie Hundhammer und Schäffer hatten dies gewünscht[2]. Strauß hatte zuvor eine bayerische Eigenständigkeit der CSU in Tradition der BVP und in Hinsicht auf die gefährliche Konkurrenz der neuen Bayernpartei mit ihrem weiß-blauen Pathos bejaht. Aber er hatte ebenso ein Nebeneinander von CDU und CSU im Bundestag in der Erkenntnis abgelehnt, daß die beiden Unionsparteien gleiches politisches Programm und gleiche politische Ziele in nahezu allen Fragen der Nation vereinte.

Strauß formte entscheidend die Einheit der CDU/CSU-Fraktion mit, hinter deren Schrägstrich zwar die Landesgruppe der CSU mit einem eigenen Vorsitzenden und eigener Satzung stand, deren Einfluß auf die Arbeit und die Beschlüsse der Gesamtfraktion aber auch so groß war, daß ihre Voten gleich zu Beginn der Ära Adenauer 1949 (für Konrad Adenauer, gegen Karl Arnold) wie auch an ihrem eigentlichen Ende 1966 (für Kurt Georg Kiesinger, gegen Gerhard Schröder) über die von der Union zu stellenden Kanzler entschied, bzw. deren politischen Sturz bewirkten (1963: Konrad Adenauer, 1966: Ludwig Erhard). Es konnte damit kaum nur der von vielen vermutete 'Schall und Rauch' parteiinterner Kritik sein[3], als ohne Mitsprache der CSU, wenn auch nach Vorgesprächen mit ihr die CDU nacheinander Barzel und Kohl zu Kanzlerkandidaten erkor und diese den Versuch unternahmen, eine zur christlich-sozialen jeweils unterschiedliche außenpolitische Parteilinie in der Union durchzusetzen. Man konnte es so mit gewissem Recht nicht nur als stetes Machtpostulat, sondern als einen (zumindest subjektiv

[1] Vgl. unter anderem Adenauer: Erinnerungen, Bd. 1, S. 23o; dazu insbesondere Mintzel: Geschichte der CSU, S. 345f.

[2] Vgl. ebenda (Mintzel)

[3] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.12.1976, S. 3

empfundenen) unionsinternen Machtverlust interpretieren, den die Christlichen Sozialen in der Opposition hatten hinnehmen müssen (Erwin K. Scheuch)[4] - und bei weiterer bundespolitischer Opposition hinnehmen zu müssen befürchteten. In jedem Fall war damit ein weiteres Erklärungsmodell für die sich auch im Jahre 1977 fortsetzende Diskussion über eine mögliche Neuformierung des Unionsbündnisses aufgezeigt worden.

Zunächst schien indessen das Thema möglicher politischer wie organisatorischer Separierung schon aus Opportunitätsgründen beiseite gelassen zu werden. Der Kieler Wahlforscher Werner Kaltefleiter bescheinigte sowohl einer separaten Bundes-CSU wie auch einer nur im Bundestag getrennt auftretenden Unions-Opposition keine nennenswerten Erfolgsaussichten[5]. Ganz auf dieser Argumentationslinie befand sich eine im März 1977 anläßlich des CDU-Parteitages in Düsseldorf (7.-9.) veröffentlichte Studie mit insgesamt zwölf Thesen[6] zur Strategie der Opposition (abgedruckt in dem theoretischen Organ des RCDS, 'Sonde'), deren Ausgangspunkt nach der am Ende des Jahres 1976 zwischen CDU und CSU getroffenen Übereinkunft und den folgenden Monaten als erneut gemeinsame Opposition im Bundestag ein wieder konsolidiertes Unionsverhältnis war. Insbesondere hierauf galt es immer wieder zu verweisen, wenn in den ersten Reaktionen auf das vorgelegte Papier von der Stand-

[4]Vgl. Die Welt vom 27.12.1976, S. 1; gleichzeitig jedoch vertrat Scheuch die Überzeugung, der bundesdeutsche Wähler werde eine mögliche vierte Partei oder aber "die Abspaltung (der CSU, Anm. d.Verf.) nicht wählen"

[5]So sei zum Beispiel bei einem gleichzeitigen Nebeneinander von CDU und CSU auf Bundesebene lediglich ein Stimmenzuwachs von unter 1% (=o,3%) für die Union zu erwarten, vgl. Werner Kaltefleiter: Geringe Chancen für vierte Partei, Rede in der Kieler Hermann-Ehlers-Akademie vom 12.1.1977, auszugsweise abgedruckt in: Kieler Nachrichten vom 13.1.1977, S. 22

[6]Nach Ansicht einer Gruppe jüngerer CDU-Mitglieder (unter anderem der RCDS-Vorsitzende Hans Reckers, das JU-Bundesvorstandsmitglied Wulf Schoenblom und der Hauptabteilungsleiter Öffentlichkeitsarbeit im Konrad-Adenauer-Haus, Peter Radunski) sollten - so der Tenor der zwölf Thesen - die Christlichen Demokraten auch nach ihrer "geglückten Wiedervereinigung" mit der CSU ihr eigenständiges Profil bewahren und den "Erfolg der wiederhergestellten Fraktionsgemeinschaft nach dem Kreuther Trennungsbeschluß" nicht durch voreilige Anpassung an den politischen Kurs der CSU aufheben. Die Drohung mit der Fraktionstrennung als potentielles Pressionsinstrument sowie ein mögliches Infragestellen der Person des Kanzlerkandidaten Helmut Kohl seien künftig als unionsschädigendes Verhalten anzusehen. In bezug auf die oppositionelle Strategie sei ein politischer Mittelkurs einzuhalten, der Koalitionsregierungen mit der FDP wie in Hannover und Saarbrücken nicht ausschließen dürfe, vgl. dpa vom 4.3.1977 (dpa el ku ku 12.19-12.59); dazu dpa vom 4.3.1977 (dpa ti ku pu - 13.27)

festigkeit der CDU[7] oder gar dem Mut der Partei[8] die Rede war, der in dieser Antwort liberaler Christlicher Demokraten auf eine neuerlich sichtbar gewordene, außenpolitisch motivierte unionsinterne Konfliktstrategie auf seiten der Christlich-Sozialen zum Ausdruck komme.

Vor allem im Hinblick darauf, daß im Mittelpunkt des Düsseldorfer Parteitages der CDU die Deutschlandpolitik stehen würde[9], hatte das CSU-Organ 'Bayernkurier' tatsächlich am 5. März deutliche Kritik an der Intensität der derzeitigen Oppositionspolitik der Union geübt[10]. In einer ganzen Artikelserie erhob darin das Blatt den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit der sozial-liberalen Deutschlandpolitik, welche in der insgeheim vollzogenen Anerkennung einer Staatsangehörigkeit von DDR-Bürgern ihre bislang letzte Verdeutlichung gefunden habe.

> "Jede Anerkennung einer Sonderstaatsangehörigkeit käme also in Verfassungskonflikt mit der einen deutschen Staatsbürgerschaft. Somit kann sich mit dem Gedanken einer Sonderstaatsangehörigkeit für die von der SED Beherrschten nur jemand mehr oder weniger öffentlich beschäftigen, der eben diesen Konflikt möglichst lange vertuschen und dann schließlich zu ungunsten des Grundgesetzes ausgehen lassen möchte. Nicht einmal übungshalber dürfen sich deshalb gewisse CDU-Kreise damit auseinandersetzen"[11].

In einem Augenblick, als Renten- und Krankenversicherungsprobleme, Steuerfragen oder die Energiepolitik im allgemeinpolitischen Interesse im Vordergrund standen, mußte es daher dennoch keineswegs absonderlich erscheinen, als die Christlichen Demokraten mit einem 'Deutschlandtag' (8. März 1977) dem eigenen Parteitag außen- und deutschlandpolitische Prioritäten setzten. Schon im Vorfeld des Parteitages hatte der CDU-Vorsitzende wiederholt versichert, daß an eine Änderung der oppositionellen Deutschlandpolitik nicht gedacht werde. Noch am Vorabend der Düsseldorfer Zusammenkunft erklärte Kohl vor Journalisten, es gehe

[7] Süddeutsche Zeitung vom 5.3.1977, S. 1

[8] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.3.1977, S. 1

[9] Vgl. zu den diesbezüglichen Vorbereitungen insbesondere die Konferenz der Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktionen in Bund und Ländern in Rottach-Egern am 4.3.1977; dazu Stuttgarter Nachrichten vom 5.3.1977, S. 1 ("CDU: Keine Änderung in der Deutschlandpolitik, Kohl weist Kritik der CSU zurück")

[10] Vgl. Bayernkurier vom 5.3.1977, S. 1ff.

[11] Christoph Wiedmann: 'DDR'-Staatsbürgerschaft - Gegen das Grundgesetz, in: Bayernkurier vom 5.3.1977, S. 1

ihm allein darum, die CDU von dem seit Adenauers Zeiten virulenten Verdacht zu befreien, dieser Union sei es mit dem einen und gemeinsamen Deutschland im Grunde nicht so ernst. Im Gegenteil: Er hoffe, so der Oppositionsführer, daß der Anruf in Sachen deutscher Nation bei der Bevölkerung der Bundesrepublik ankomme[12].

Auch noch zu Beginn des Deutschlandtages dominierten in den meisten der von Christlichen Demokraten geleisteten Beiträge die traditionellen außen- und deutschlandpolitischen Maximen der Union. Sozusagen zur Einstimmung erinnerte Johann Baptist Gradl an die Opfer, die die Union bei dem vergeblichen Versuch gebracht habe, in der damaligen sowjetischen Besatzungszone demokratische Ansätze zu schaffen. Zur aktuellen Staatsbürgerschaftsdiskussion meinte er, die siebzehn Millionen Deutschen in der DDR werde man unter gar keinen Umstanden ausbürgern[13].

Solche Worte waren Unionspolitikern vertraut und mußten daher um so eher mit den Ausführungen der beiden Gastredner Gasteyger[14] und Schober[15] kontrastieren, die eine - alternativlose - Akzeptierung der DDR verlangten; der zweite deutsche Staat brauche, um toleranter werden zu können, größere Selbstsicherheit, Konsolidierung zum Zwecke eigener Selbstbestätigung (Gasteyger) und könne daher eine auch von der Bundesrepublik in Rechnung gezogene Interessenlage erwarten; nur so sei es möglich, aus seiner keineswegs einfachen Situation in Osteuropa nicht zwangsläufig verstärkte Abgrenzungspolitik gegenüber dem Westen werden zu lassen (Schober).

Wie ungewohnt solche Thesen selbst in der CDU noch waren, zeigte die sich anschließende Diskussion, in der nur eine sehr zögernd und partiell vorgenommene Übernahme der vorgestellten Denkansätze zu verzeichnen war. So bezeichnete Karl Carstens auch weiterhin den Verzicht auf

[12]Zit. in: Die Zeit vom 11.3.1977, S. 7

[13]Vgl. Die Zeit vom 11.3.1977, S. 7

[14]Curt Gasteyger, Professor für internationale Politik an der Universität Genf

[15]Theodor Schober, Präsident des Deutschen Diakonischen Werkes

offene Worte zu den Menschenrechtsverletzungen im Ostblock als Preis für Entspannungspolitik als zu hoch, der Berliner CDU-Vorsitzende Lorenz nannte Handelsprivilegien und Steuerpräferenzen für die DDR nicht länger verantwortbar, und Manfred Abelein und Heinrich Windelen vertraten die Meinung, alle bisherigen Zugeständnisse der SPD-FDP-Bundesregierungen in Richtung Osten hätten nichts genützt bzw. die verhängnisvollen Ergebnisse der Vereinbarungen beispielsweise von Helsinki überhaupt erst ermöglicht. Selbst der Historiker Erdmann[16] erntete mit seiner These, daß die Bundesrepublik durch einen Verzicht auf die Praktizierung der nationalen Einheit ihre eigene Existenzgrundlage gefährde, nur deshalb statt Beifall herbe Kritik, insbesondere von den Vertretern eines ausgeprägten außenpolitischen Konservativismus wie Amrehn, Czaja, Hupka oder auch Mertes[17], weil er solche Thesen mit dem Hinweis verband, daß die Rechtsfigur vom Fortbestand des Deutschen Reiches zur Erfassung der nationalen Wirklichkeit kaum etwas beitrage, da zum Beispiel allein von der Altersstruktur her nur noch etwa ein Zehntel der Deutschen in der Bundesrepublik - wie ähnlich in der DDR - mit dem Verfassungsgebot der Wiedervereinigung persönliche Erinnerungen an einen nicht von der Diktatur verzerrten deutschen Nationalstaat verbinde[18].

Zur Verteidigung der entwickelten Thesen und Denkmodelle fanden sich nur wenige Christliche Demokraten bereit.

War dieser Deutschlandtag - was angenommen werden konnte - unter anderem als ein pädagogisches Unternehmen gedacht gewesen, so hatte er nicht nur den Mut der Parteiführung bewiesen, mit neuen Formen zu experimentieren, sondern ebenso seine politisch-inhaltliche Notwendigkeit selbst vor Augen geführt: Noch war es zeitweise ein Unterricht gewesen, dem die Adepten nur mit großer Skepsis gegenübergetreten waren. Daneben aber war es gleichfalls ein Unternehmen, das auf eine verstärkte Außenwerbung setzte - nicht zuletzt im Vertrauen darauf, daß die zuvor heftige, aber immerhin in das Programm aufgenommene Aus-

[16] Seit Anfang der fünfziger Jahre CDU-Mitglied

[17] Zu denen sich in der Debatte des Düsseldorfer Parteitages unter anderem auch der frühere CDU-Vorsitzende Barzel gesellte.

[18] Vgl. Die Zeit vom 11.3.1977, S. 7

einandersetzung mit Themen und Argumenten, die den meisten Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen zeitweise immer noch unorthodox erschienen, in der Öffentlichkeit registriert und dies wiederum (quasi osmotisch) auf CDU und CSU oder zumindest entscheidende Gruppen in ihnen zurückwirken werde.

In den vom Düsseldorfer Parteitag fast einstimmig verabschiedeten 'Deutschlandpolitischen Grundlinien' überwogen dann jedoch noch einmal die traditionellen Positionen der Unionspolitik. Doch so wie es konservative Kräfte in den Unionsparteien vor einigen Jahren verstanden hatten, den Akzent von dem Verlangen nach Wiedervereinigung und Selbstbestimmung auf die Bewahrung der einmal fixierten Rechtsstandpunkte zu verlagern, so war es nun unverkennbar, daß eine von den Personen her nahezu identische Gruppierung[19] den Schwerpunkt in der außen- und deutschlandpolitischen Programmatik erneut zu verschieben begann: Von den Rechtspositionen zu den Menschenrechten. "Im Mittelpunkt unserer Deutschlandpolitik stehen die Menschenrechte", lautete der zentrale Satz der 'Grundlinien'[2o], deren Autoren von Bismarck, Gradl und Marx waren und in deren Schlußredaktion auch die Parteiführung der Christlichen Demokraten miteinbezogen worden war. Die CDU wurde bei d i e s e r neuen Akzentsetzung von ihren Gästen unterstützt. Auch der Historiker Erdmann hatte in Düsseldorf erklärt, daß in die nur als erstarrt zu bezeichnenden Positionen der Deutschlandpolitik durch die Akte von Helsinki und die von ihr ausgehenden internationalen Anstöße ein Element der Bewegung gekommen sei. Er sah darin für die deutsche und speziell die christlich-demokratische Politik die Möglichkeit, aus ihrer reaktiven Verhaltensweise herauszufinden und politische Initiativen zu entwickeln[21]. Die Gefahr jedoch durfte nicht übersehen werden, daß die CDU dabei unter dem Banner der Menschenrechte jene Chancen und Ansätze zerstören konnte, die zum Beispiel in Helsinki geschaffen worden waren. Die Neigung vieler Unions-

[19] Zu der allerdings neben dem Parteivorsitzenden Kohl und Generalsekretär Biedenkopf im Frühjahr 1977 auch das außenplitisch als der sozial-liberalen Deutschland- und Ostpolitik nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehend geltende CDU-Präsidiumsmitglied von Weizsäcker gehörte.

[20] Vgl. die 'Deutschlandpolitischen Grundlinien', verabschiedet auf dem Düsseldorfer Parteitag der CDU am 8.3.1977 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[21] Zit. in: Die Zeit vom 11.3.1977, S. 7

politiker in Düsseldorf war groß, das Menschenrechtspetitum zu verabsolutieren. Demgemäß hatte Karl Carstens etwa ausdrücklich noch einmal darauf hingewiesen, daß der Westen keine Möglichkeit habe, den osteuropäischen Staaten die Ausgestaltung der inneren Verhältnisse vorzuschreiben, und daß die Bürgerrechtler in Osteuropa auch nicht darüber im unklaren gelassen werden dürften, daß die Mittel des Westens, ihnen praktisch zu helfen, begrenzt waren.

Konnte sich die Akzentverschiebung von Düsseldorf auf dieser Linie fortsetzen, so würde der Parteitag einen Wendepunkt in Richtung auf mehr außenpolitische Flexibilität der christlich-demokratischen Parteipolitik bedeuten - und den potentiellen Ansatzpunkt zu einer neuerlichen Diskonformität der Unionspolitik.

Noch im gleichen Monat (17. März) wurde in München der geplante Zusammenschluß von zwölf konservativen Parteien aus zehn europäischen und außereuropäischen Ländern[22] bekanntgegeben, der nach den Worten ihres Initiators Strauß eine Art Sozialistische Internationale mit umgekehrten Vorzeichen darstellen sollte[23]. Zusammen mit dieser Beteiligung der CSU an der 'EDU' ('Europäisch-Demokratische Union')[24] mußten die vielfältigen Kontakte des CSU-Vorsitzenden zu anderen, einem jeweils prononcierten Nationalkonservativismus verpflichteten politischen Gruppen gesehen werden, die - wie im Falle der Unterstützung der franko-faschistischen spanischen Parteiengruppe 'Alianza Popular' durch die CSU[25] - nicht nur schwer in Übereinstimmung zu bringen war mit der offiziellen Linie der bundesdeutschen Außenpolitik, sondern ebenso die Findung eines außenpolitischen Konsens innerhalb der Union in der Vergangenheit nicht selten zu einer weitgehenden Beschäftigung der Unionsparteien mit sich selbst hatte werden lassen. Die Warnung des CSU-Vorsitzenden vor einer Ostpolitik der Öffnung, die illusionär und zugleich entspannungssüchtig die konkreten Schlußfolgerungen aus dem Vordringen des kommunistischen Imperiums, das nicht zuletzt durch die 'Neue Deutschland- und Ostpolitik' seit 1969 hervorgerufen worden sei, nicht mehr zu ziehen vermöge[26], erschien demgemäß vielen als beinahe schon zu erwartende Kontradiktion der Christlich-Sozialen Union zu den außenpolitischen Lockerungsversuchen des christlich-demokratischen Parteitages.

[22]Wozu neben Parteien aus Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Großbritannien, Österreich, der Türkei und Zypern auch konservative und zum Teil rechtsradikale Splittergruppierungen aus Argentinien, Chile und Togo zählten.

[23]Zit. in: Der Spiegel vom 21.3.1977, S. 6o

[24]Daneben waren CDU und CSU bereits Mitglieder der Europäischen Volkspartei (EVP), der Föderation der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, die am 8. Juli 1976 gegründet worden war. Vorläufer dieser EVP waren die 'Nouvelles Equipes Internationales' gewesen, eine auf Schweizer Initiative zurückgehende, ursprünglich gesamteuropäisch angelegte Organisation der christlich firmierenden Parteien Europas (mitvorbereitet und begleitet durch die sogenannten 'Genfer Gespräche', einem Forum christlich-demokratischer Politiker auf höchster Ebene, an denen unter anderem Politiker wie Bidault, Schumann, Adenauer und de Gasperi teilgenommen hatten). Mit der politischen Entwicklung der osteuropäischen Staaten waren die 'Nouvelles Equipes Internationales' zu einem Bund westeuropäischer Parteien geschrumpft; dessen Mitglieder - die christlich-demokratischen Parteien Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland (CDU und CSU), Frankreichs, Irlands, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Maltas, Österreichs, Portugals, der Schweiz und Spaniens - benannten sich 1965 um in 'Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD). Eine Novellierung der EUCD-Satzung im Jahre 1973 sah dann ein 'Politisches Komitee' vor, das ausschließlich aus Vertretern der EG-Mitgliedstaaten bestand. Dieses Komitee setzte im September 1975 eine ad-hoc-Arbeitsgruppe 'Europäische Partei' ein, die den Entwurf eines Parteienstatuts ausarbeitete; mit der Annahme des Statuts durch die 12 Gründungsmitglieder am 29. April 1976 konstituierte sich schließlich die 'Europäische Volkspartei'. In ihr vertreten waren die christlich-demokratisch/christlich-sozialen Parteien Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland (CDU und CSU), Irlands, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande. Die konservativen Parteien Dänemarks und Großbritanniens gehörten der EVP nicht an; ihnen war bereits in den sechziger Jahren vor allem durch die christlich-demokratischen Parteien Italiens, Belgiens und der Niederlande der Zugang zur EUCD verwehrt worden, wobei jedoch informelle Kontakte innerhalb der sogenannten 'Interparty Conference' aufrechterhalten wurden. Nachdem die Bemühungen von CDU und CSU gescheitert waren, die Konservativen nicht zuletzt mit dem Hinweis auf die zu erwartende EG-Erweiterung bei der Gründung der EVP miteinzubeziehen, entwickelte insbesondere der CSU-Vorsitzende die Idee eines größeren Zusammenschlusses; seine (Strauß') Initiative führte schließlich zur Bildung der 'Europäischen Demokratischen Union' am 24. April 1978 in Kleßheim bei Salzburg, der außer CDU und CSU und der Südtiroler Volkspartei keine weiteren EVP-Mitglieder angehören. Während in der EVP ihre heterogene Mitgliedschaft vielfach Schwierigkeiten für supranationale Entscheidungsprozesse entstehen ließ, wurde der EDU der Vorwurf gemacht, sie schließe unter anderem auch rechtsextreme politische Gruppierungen aus europäischen Randstaaten (wie etwa der Türkei) mit ein. Durch ihre Sonderstellung (in beiden Zusammenschlüssen) besitzen die Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen aber in jedem Fall eine Schlüsselfunktion für die Gestaltung des Verhältnisses zu den Konservativen: CDU und CSU fällt in zunehmendem Maße die Aufgabe zu, sich als Katalysator für eine bürgerliche Koalition im Europäischen Parlament zu erweisen. Zudem hat vor allem die EDU zwischenzeitlich ihr Interesse daran erkennen lassen, mit ihren Aktivitäten auch über die Grenzen Europas hinauszugehen. Man will außereuropäische Parteien, wenn sie in ihren politischen Vorstellungen jenen der europäischen Mitgliedstaaten der EDU ähneln und auf demokratischen Grundsätzen beruhen, künftig als assoziierte Mitglieder aufnehmen (so haben bereits die regierende Nationale Partei Neusselands und die Progressive Konservative Partei Kanadas ihre Absicht erklärt, auf das vom EDU-Kongreß am 11./12. Juli 198o gemachte Angebot zu engeren Beziehungen zur EDU positiv zu reagieren), vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Juli 198o, S. 3; dazu Pütz: Die CDU, S. 14off.

[25]Wohingegen die CDU jene gemäßigten christlich-demokratischen spanischen Gruppen politisch wie finanziell unterstützt, die sich zur 'Equipo Demócrata Cristiano del Estado Espanol' zusammengeschlossen haben.

1o.1. Die 'kombinierte Strategie' des Oppositionsführers

Auch auf die Ebene des zwischenparteilichen Bündnisverhaltens wirkten sich diese sachpolitisch divergierenden bzw. einer ständigen unionsinternen Harmonisierung bedürftigen Entwicklungstendenzen bei CDU und CSU naturgemäß sehr schnell aus. War schon seit Beginn des Jahres 1977 innerhalb der Christlich-Sozialen Union ein Prozeß personeller Reviirements zu beobachten gewesen, der die nach dem Trennungsbeschluß von Wildbad Kreuth sowie seiner Widerrufung zeitweise aus dem gewohnten Parteigefüge geratenen Christlichen Sozialen offensichtlich wieder auf eine eindeutige Parteilinie zurückführen sollte[27], so schien sich dieser Versuch einer innerparteilichen politischen 'Säuberung' mit dem Ziel einer klar konturierten Kompetitiv-Opposition auch bereits sehr bald auf die gesamte Union zu erstrecken.

Ende März gab der CSU-Vorsitzende beim Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages eine Untersuchung in Auftrag, die klären sollte, ob seine Absicht, als Nachfolger Alfons Goppels bayerischer Ministerpräsident zu werden, vereinbar sei mit der Beibehaltung seines Abgeordnetenmandats im Deutschen Bundestag. Zwar erfuhr diese hypothetische Kombination von Amt und Mandat die fast durchweg negative Resonanz, dies werde eine Abwertung des Ministerpräsidentenamtes wie des parlamentarischen Mandats bedeuten[28], zumindest in der politikwissenschaftlichen Öffentlichkeit, doch war die parteipolitische Intention von Strauß, seinen bundespolitischen Einfluß in Bonn zu wahren, ja zu erhöhen, unverkennbar. Hatte sich die formelle Trennung von den Christlichen Demokraten als noch nicht durchsetzbar erwiesen, so baute die christlich-soziale Parteiführung nun offenbar auf eine verstärkte Einflußnahme auf die Schwesterpartei. Der CSU-Vorsitzende erklärte sich öffentlich bereit, sich 198o noch einmal für 'die Union' in einem Bun-

[26] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.3.1977, S. 1

[27] So verloren allein in der ersten Hälfte des Jahres 1977 die Mehrheit der Kritiker des Trennungsbeschlusses von Wildbad Kreuth ihre bis dahin oft jahrelang innegehabten Parteiämter. Dies traf auch auf prominente Parteimitglieder wie beispielsweise den Sohn des ehemaligen Parteigründers, Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden des Kreisverbandes München, Richard Hundhammer, zu, der auf einer außerordnetlichen Delegiertenversammlung unter fadenscheinigen Begründungen ("Die Jugend muß hinein", Vorwurf des neuen Kreisvorsitzenden Norbert Graßl gegenüber seinem vier Jahre älteren Rivalen) vorzeitig abgewählt wurde, vgl. unter anderem Der Spiegel vom 21.3.1977 S. 78ff.

[28] Vgl. so Kurt Sontheimer in: Frankfurter Rundschau vom 31.3.1977, S. 1

destagswahlkampf zu engagieren - aber nur, wenn Helmut Kohl nicht wieder der gemeinsame Kanzlerkandidat sei[29].

Doch nicht nur Strauß, auch immer mehr CDU-Mitglieder schienen den überwiegend kooperativen Oppositionsstil des Fraktionsvorsitzenden für politisch wenig einträglich zu halten. Kohls bis dahin treueste Gefolgschaft, die Junge Union, kritisierte in ihrem Zentralorgan 'Die Entscheidung' sehr offen (wenn auch eigentlich mehr im Interesse des ihr politisch nahestehenden Parteivorsitzenden, als direkt gegen die Person Kohls argumentierend) die Schwächen des Oppositionsführers:

> "Seine mißliche Neigung, stets den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, seine Sucht, Problematisches um des lieben Friedens willen auszusparen, Konflikte zu vermeiden und Kompromisse fast um jeden Preis zu suchen, bringen die Union nicht weiter. Sie führen in eine Sackgasse und kosten letztendlich den Kopf von Helmut Kohl"[3o].

Immer häufiger mußte registriert werden, daß unionsinterne Gruppierungen damit begannen, ihre jeweiligen Minderheitenpositionen als Unionsmeinung auszugeben; und so war ebenfalls die Frage nach den Personen keineswegs mehr als ausgeklammert anzusehen, als interne Studien der Christlichen Demokraten eine Stärkung der Alternativfunktionen der Opposition im Deutschen Bundestag für erforderlich ansahen[31], nachdem der Parteivorsitzende auch auf dem Düsseldorfer Parteitag der CDU keinen Trendwechsel in dieser Beziehung in Aussicht gestellt hatte.

Kohls Oppositionstaktik litt nach dem Urteil seiner Kritiker in CSU und in wachsendem Maße ebenso CDU vor allem an der Annahme, die Union werde nur mit Hilfe der FDP wieder an die Regierung kommen - so wie in Niedersachsen mit Erfolg bereits geschehen. Immer eklatanter mußte damit der Widerspruch zur Position des CSU-Vorsitzenden erscheinen[32].

[29] Strauß: "... das kann niemand von mir verlangen ... Der Herr Kohl ist nicht bereit, Opposition zu machen", zit. in: Der Spiegel vom 18.4.1977, S. 33

[3o] Zit. in: Der Spiegel vom 18.4.1977, S. 34

[31] Vgl. "Die Union hockt ohne Alternative in Bonn" ('Die Entscheidung'), zit. in: Ebenda

[32] Strauß: "Die FDP wird lieber in der Links-Koalition mit einer gelähmten SPD und einer durch hoffnungsvolle Erwartungen braven CDU/CSU in der Opposition bleiben, als die Koalition wechseln", zit. in: Ebenda

Und der CDU-Vorsitzende schien jetzt in der Tat auf die Strategievorstellungen der christlich-sozialen Schwesterpartei und die Kritik aus den Reihen der eigenen Partei einzugehen: Er erklärte sich bereit, den Oppositionskurs zu modifizieren. Eine sogenannte 'kombinierte Strategie' wurde der Fraktion im Deutschen Bundestag als Mittel präsentiert, der Regierung konfrontativ entgegenzutreten und gleichzeitig auf die Kontaktpflege mit den Freien Demokraten dennoch nicht verzichten zu müssen. Sie sollte nur verhaltener als bisher betrieben werden. Die Umsetzung in die politische Praxis vermochte jedoch zunächst eher die Theoriela:tigkeit dieses neuen Oppositions-Instrumentariums offenzulegen, als einen schon baldigen Erfolg zu verheißen. Entgegen ihren eigenen früheren Vorstellungen begann auch die CDU-Parteiführung einzusehen, daß der FDP 1979, ein Jahr vor den Wahlen zum neunten Deutschen Bundestag, wohl kaum mit der Unterstützung einer weiteren Präsidentschaft ihres ehemaligen Vorsitzenden entgegengekommen werden konnte - nur auf die Hoffnung hin, bei der Bundestagswahl 198o werde die liberale Partei unter Umständen mit CDU und CSU koalieren. Die Union m u ß t e somit 1979 mit einem eigenen Kandidaten antreten, da sie in der Bundesversammlung die Mehrheit hatte.

1o.2. Der außenpolitische Konsens in den Unionsparteien

Der Neuorientierungsprozeß der christlich-demokratischen Oppositionsführung schien auch noch in eine andere Richtung Bewegung mit sich zu bringen. War der CDU-Vorsitzende noch vor wenigen Monaten entschlossen gewesen, wegen des CSU-Sezessionsbeschlusses die Spaltung der Union mit einer christlich-demokratischen Parteigründung in Bayern zu besiegeln, so war die Idee einer potentiellen zeitweisen Trennung der beiden Unionsparteien offenbar inzwischen auch im Konrad-Adenauer-Haus zum Gegenstand theoretischer Planspiele über die Entwicklungsmöglichkeiten der Union gemacht worden.

Ein Referentenentwurf aus der Umgebung des CDU-Vorsitzenden wurde bekannt, in dem der christlich-demokratischen Parteiführung der Gedanke nahegelegt wurde, die bei der Bundestagswahl 198o fehlenden Stimmenprozente zur absoluten Mehrheit seien (unter anderem) möglicherweise auch mit Hilfe einer vierten Bundes-Partei zu besorgen - ganz so, wie es der CSU-Vorsitzende in seinen Überlegungen in den vergan-

genen Jahren mehrmals artikuliert hatte. Es müsse sich, so das CDU-Papier weiter[33], um einen bundesweit getrennten Wahlkampf von CDU und CSU handeln, in dem die Christlich-Soziale Union zwar auf ihr bayerisches Territorium beschränkt bleiben sollte, aber in Listenverbindung mit einer vierten, politisch analoge Ziele verfolgenden Gruppierung schwerpunktmäßig in der gesamten Bundesrepublik operieren dürfte. Ein Grund für die CDU, im Gegenzug ihrerseits auch in Bayern zu kandidieren, bestehe in einem solchen Falle nicht.

Diese Ausführungen besaßen zweifellos überwiegend hypothetischen Charakter und waren noch keineswegs als die Meinung d e r Christlich-Demokratischen Union insgesamt oder auch nur d e s Parteivorstandes der CDU anzusehen; auf der anderen Seite besaßen sie durchaus genügend Realitätsgehalt, um eine mögliche taktische Variante der neuen 'kombinierten Strategie' des Oppositionsführers darstellen zu können. Als Anregungen zur inhaltlichen Programmatik einer zukünftigen Unionspolitik (auf dem Sektor der Außenpolitik) konnten dazu die Ausführungen gewertet werden, die der CDU-Bundestagsabgeordnete Alois Mertes am 1o. Mai 1977 vor dem Internationalen Club La Redoute gemacht hatte. In seinem Vortrag 'Die Rolle der Opposition in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland'[34] hatte der zum liberal-konservativen Flügel seiner Partei zählende Unionspolitiker unter anderem ausgeführt, daß schon mit der Übernahme der sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie in der Regierungserklärung Bundeskanzler Brandts von 1969 sowie mit der Erfüllung zahlreicher sowjetischer Forderungen in den Vorgesprächen zum deutsch-sowjetischen Vertrag zwischen den damaligen Unterhändlern Bahr und Gromyko der deutschlandpolitische Konsens (mit der Union) mutwillig und abrupt zerbrochen worden sei, der der Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik von 1949 bis 1969 zu Grunde gelegen habe.

> "Da die Opposition vor vollendete Tatsachen gestellt wurde, blieb ihr nur noch darauf zu drängen, daß die m e h r d e u t i g e n [35] Vereinbarungen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten eine verbindliche Auslegung erfuhren, die mit dem Grundgesetz, mit den Grundwerten und dem

[33] Vgl. den Referentenentwurf der CDU 'CDU und CSU zur Bundestagswahl 198o' (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[34] Unveröffentlichtes Manuskript der Hauptthesen des Vortrages (Erläuterungen von Mertes in freier Rede)

[35] Handschriftliche Unterstreichung im Text des Manuskripts

nationalen Ziel der deutschen Politik übereinstimmte. Ohne die Fragestellungen und Forderungen der Opposition der CDU/CSU gäbe es heute drei für die deutsche Außenpolitik wesentliche Texte nicht: Den Brief zur deutschen Einheit in Verbindung mit dem Moskauer Vertrag und dem innerdeutschen Grundvertrag; die gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages zum Moskauer und zum Warschauer Vertrag vom 17. Mai 1972; das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum innerdeutschen Grundvertrag vom 31. Juli 1973 ... Seit der Bildung der Regierung Schmidt/Genscher haben sich die Chancen eines außen- und deutschlandpolitischen Konsenses erhöht. Dies ist nicht zuletzt ein Verdienst der umsichtigen und in der Deutschlandfrage betont verfassungstreuen Politik des Außenministers Genscher, aber auch der sicherheitspolitisch in den wesentlichen Fragen nüchternen Linie des Verteidigungsministers Leber. Beispiele: Berlin und MBFR. So sehr ein außen- und deutschlandpolitischer Konsens im Interesse der Bundesrepublik Deutschland und im gesamtdeutschen Interesse, aber auch im Interesse des Westens zu wünschen ist, so ist dieser dennoch an klare und unaufgebbare Voraussetzungen gebunden"[36].

Der folgende Katalog von Postulaten an die deutsche Außenpolitik enthielt neben den traditionellen Forderungen und der Betonung der Menschenrechtsfrage in den zukünftigen Ost-West-Beziehungen die explizite Anerkennung der Ostverträge als einen maßgeblichen Bestandteil der deutschen Außenpolitik[37].

Damit war eine politische Grundsatzlinie für die Opposition vorgezeichnet, die im außenpolitischen Bereich die 'Neue Deutschland- und Ostpolitik' in ihren prinzipiellen Ansätzen weiterhin ablehnte, ihre Ergebnisse jedoch akzeptierte und bei deren Handhabung durch die derzeitige Regierung sogar Möglichkeiten zur Kooperation gegeben waren.

Ein Indiz dafür, daß die Tendenz zur Gemeinsamkeit zwischen Regierung und Opposition auf dem ansonsten eher konfrontativ betretenen Feld der Außen- und Deutschlandpolitik von der gesamten Union mitgetragen wurde, schien es zu sein, als einer der bislang schärfsten Kritiker der Regierungspolitik analoge Gedanken wie zuvor sein Fraktionskollege von der CDU äußerte. Zum Teil versteckt unter Kaskaden brillanter Polemik erklärte der CSU-Vorsitzende unter anderem in der Debatte des Bundestages über die Londoner Konferenz der EG-Staats- und Regierungs-

[36] Alois Mertes: Die Rolle der Opposition in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, unveröffentlichtes Manuskript der Hauptthesen des Vortrags im Internationalen Club La Redoute am 1o.5.1977, S. 3f.

[37] Vgl. ebenda, S. 5

chefs am 13. Mai 1977, daß die Union die Haltung der Bundesregierung zum Nuklearvertrag mit Brasilien billige und die internationale Stabilitätspolitik ausdrücklich anerkenne. Strauß befand ferner, daß die jüngste Berlin-Erklärung der Westmächte und der Bundesrepublik (abgegeben im Anschluß an die Londoner Konferenz) von hoher Qualität sei und auf eine weiterhin realistische Handhabung der deutschen Problematik hoffen lasse[38].

Die systematische Bestandsaufnahme der deutschen Außenpolitik des CDU-Abgeordneten Mertes konnte sich somit nicht nur auf Einschätzungen in den eigenen christlich-demokratischen Reihen berufen, sondern für nahezu jeden Einzelbereich ebenfalls auf Äußerungen von Strauß. Um so mehr Bedeutung war dem Ergebnis der Mertes-Analyse vom Frühjahr 1977 beizumessen:

> "In wesentlichen Bereichen besteht Übereinstimmung. Das heißt, die CDU/CSU würde bei Regierungsübernahme den gleichen Kurs verfolgen wie die jetzige Bundesregierung. Dies gilt vor allem für die Europapolitik, die Außenwirtschaft, die Nahostfrage, die internationale Nuklearpolitik, für MBFR, für Berlin. Der weitgehende Konsens in diesen Bereichen wird heute nicht von der Opposition, sondern von der SPD in Frage gestellt (MBFR, Berlin)"[39].

Mertes bewies dabei eine hohe Meinung von der Opposition in der Außenpolitik: Treuhänderischer Vertreter der kritischen und kontrollierenden Rolle des Parlaments gegenüber der Exekutive sollte sie sein. Er erkannte jedoch auch an, daß es - im internationalen Rahmen - eine Rollenverteilung zwischen Regierung und Opposition gibt. Die Gegensätze wurden von dem Unionspolitiker keineswegs verdeckt, sondern genauer lokalisiert: Im innerdeutschen Bereich, bei der Geltendmachung nationaler Interessen und im multilateralen Bereich der menschenrechtlichen Kriterien. Und durchaus nicht in einer für die Koalition positiven Absicht stellte er die Übereinstimmung mit der betont verfassungstreuen Politik insbesondere des (FDP-)Außenministers Genscher fest, während Teile der SPD, unter der Führung von Brandt und Wehner, als außenpolitische Abweichler aus der Gemeinsamkeit herausdefiniert wurden.

[38] Vgl. Die Zeit vom 2o.5.1977, S. 1

[39] Alois Mertes: Die Rolle der Opposition in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, unveröffentlichtes Manuskript der Hauptthesen des Vortrags im Internationalen Club La Redoute am 1o.5.1977, S. 6

Auch der Außenminister hatte seinerseits die Union sporadisch, aber nachdrücklich in die außenpolitische Verantwortung miteinbezogen. Bei den zweiten Polen-Vereinbarungen wie in der Vorbereitungsphase zur KSZE-Konferenz von Helsinki hatte es nachweislich ein Spiel mit verteilten Rollen zwischen sozial-liberaler Koalition und CDU/CSU gegeben. Die Opposition hatte öffentlich und mit großer Härte jene Forderungen gestellt, die die Unterhändler des Außenministeriums dann in ihre eigenen Texte aufnahmen. Zwar hatte die Union am Schluß dennoch das Verhandlungsergebnis abgelehnt und auf Grund dieses Ergebnisses gegen die Politik der Bundesregierung schwerwiegende Vorwürfe erhoben, doch waren die praktischen Resultate des Oppositionsverhaltens auch dieses Mal in unzweideutigen Verbesserungen der Vertragstexte für die westliche bzw. speziell die deutsche Seite zu sehen gewesen.

Aber so, wie es dieser (in außenpolitischen Fragen immerhin als maßgebend geltende) Unionspolitiker offenbar beabsichtigte, konnte die Arbeitsteilung in der Außenpolitik auf längere Sicht kaum funktionieren. Er - und die hinter ihm stehende Unionsgruppierung - hatte der Bundesregierung in wichtigen Fragen ein gewisses Nachgeben konzediert, während er gleichzeitig der Opposition die Pflicht zusprach, die nationalen Interessen in aller Form und immer wieder zu artikulieren. Eine solche Aufgabendiversifikation aber wäre nur möglich gewesen, wenn nicht weite Teile in der Opposition es als ihre politische Pflicht angesehen hätten, der Regierung angesichts der von ihr betriebenen Deutschland- und Ostpolitik den fundamentalen Vorwurf des 'Ausverkaufs nationaler Interessen' machen zu müssen. Dazu jedoch hatte sich gerade auch der CSU-Vorsitzende wiederholt bereitgefunden[4o] - und befand sich damit wiederum in vollem Einklang mit jener innerfraktionellen Empörung, die sich schließlich über die von Mertes und anderen geäußerten außenpolitischen Konsensvorstellungen ausbreitete. Nach der Meinung einer deutlichen Mehrheit in der CSU wie gleichfalls der CDU hatten sich diese Christlichen Demokraten eines der gewichtigsten Fehler schuldig gemacht, den Oppositionsabgeordnete zu begehen vermochten: Einer politischen Konvergenz mit dem Regierungskurs, vor allem

[4o] In der gleichen Bundestagsdebatte hatte Strauß erneut von "außenpolitischer Flickschusterei", "Einengung der außenpolitischen Freiheitsräume" durch die amtierende Bundesregierung, einer "Vertrauenskrise" im atlantischen Bündnis und der "Zerrüttung" der bundesdeutschen Außenpolitik gesprochen, vgl. Die Zeit vom 2o.5.1977, S. 19

dem der FDP. Dies war verständlich, da Mertes zwar nicht explizit als Koalitionstaktiker argumentiert, den Freien Demokraten einen Wechsel des Koalitionspartners aus außenpolitischen Beweggründen direkt angeboten hatte, aber dennoch die vielfach negierte Koalitionsfähigkeit der Unionspolitik mit der der FDP auch in Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik mit Erfolg deutlich zu machen versucht hatte (und damit die bestehende sozial-liberale Koalition an einem ihrer empfindlichsten Punkte, der angeblichen politischen Alternativlosigkeit in der gegenwärtigen Konstellation des Parteiensystems der Bundesrepublik, getroffen hatte). Seine Analysen waren differenziert gewesen und gerade deshalb gefährlich für die Koalition. Er hatte sehr genau akzentuiert und auf jede Stimmungseruption verzichtet, die außenstehende Beobachter an der Regierungsfähigkeit der Opposition unter stetem Hinweis auf den Einfluß Strauß'scher Rhetorik in der außenpolitischen Argumentation der Union bereits mehrfach hatten zweifeln lassen. All diese positiven Aspekte der Mertes-Rede - so ihre Kritiker - würden jedoch kaum dazu führen, in absehbarer Zeit tatsächlich Auflösungstendenzen im Koalitionsbündnis aus Sozial- und Freien Demokraten zu initiieren, und stellten somit lediglich ein Abgehen von den klaren Alternativpositionen der Opposition dar.

Es blieb festzuhalten, daß es zwischen außenpolitischen Experten wie Mertes und der Koalition eine gemeinsame Argumentationsbasis gab. Das hieß nicht politische Gemeinsamkeit, aber es waren deutliche Anzeichen neuerlicher argumentatorischer Solidität der Opposition auf dem ehemals von ihr dominierten Feld der Außenpolitik, das seit der Übergabe der Regierungsgeschäfte an die sozial-liberale Bundesregierung zeitweise ebenfalls dem SPD-FDP-Bündnis überlassen zu werden schien. Der Grund dafür, daß die Opposition sich nicht bereit gezeigt hatte, diese modifizierte Position - trotz ihrer präsumtiven inhaltlichen Unterstützung durch die Gruppe der prinzipiellen Befürworter der Ostvertragspolitik in den beiden Unionsparteien und trotz ihrer offensichtlichen Analogie zum politischen Standort des christlich-demokratischen Parteivorsitzenden - zu übernehmen, war nicht zuletzt in taktischen Überlegungen vieler Oppositionsmitglieder zu suchen gewesen. Ein weiterer Grund kaum hinzu: Der offenkundig gewordene Dualismus zwischen

[41] Vgl. so Rainer Barzel in einer Sendung des Südwestfunks ('Report') am 25.1.1971 (Manuskript der Sendung)

der Fraktion im Deutschen Bundestag und insbesondere der Partei der CDU. Rainer Barzels Fazit aus dem Jahre 1971, Politik werde in der Fraktion gemacht, und nicht in der Partei[41], war sechs Jahre danach nur noch bedingt richtig; stärker als früher hatten die außenpolitischen Gremien und Sprecher der Fraktion (wie zum Beispiel Alois Mertes) Rücksicht zu nehmen auf die jeweiligen Parteigremien und insbesondere die beiden Parteiführungen von CDU und CSU. Auch eine breiter angelegte Unterstützung für spezifische politische Meinungsäußerungen aus den eigenen Reihen war in der Fraktion keineswegs mehr gleichbedeutend mit einer demgemäß zu erwartenden politischen Aussage der Opposition insgesamt.

Dieser nicht nur institutionell bedingte Dualismus zwischen den beiden Parteien und der Fraktion besaß auf die Aussagen zur Ost- und Deutschlandpolitik eine differenzierende Wirkung. Dabei modifizierte der verstärkte Aufmerksamkeitsgrad von CDU und CSU und das zurückgehende Interesse an den Aussagen der Fraktion auch die Parteien selbst: Seit dem Führungswechsel von Barzel zu Kohl hatte sich insbesondere die Christlich-Demokratische Union, die unter Adenauer in der Regel 'nur' Regierungspartei gewesen war und unter Barzel in ihrem politischen Stellenwert eindeutig an zweiter Stelle hinter der Fraktion eingeordnet werden mußte, nun endlich den Charakter einer eigenständigen, weitgehend durchstrukturierten Mitgliederpartei angenommen, deren politische Aussagen zumindest gleichberechtigt neben denen der Bundestagsfraktion standen.

Hinter dem Dualismus von Partei (hier: CDU) und Fraktion - erweitert durch die ebenfalls auf politische Eigenständigkeit bedachte Christlich-Soziale Union - verbarg sich auch im Bereich der Deutschland- und Ostpolitik ein breiter und differenzierter Fächer von Auffassungen und Gruppierungen. Deshalb auch war die Haltung der parlamentarischen Opposition zu Fragen aus diesem politischen Teilkomplex oft unterschiedlich und zum Teil widersprüchlich. Bei den sieben relevanten entspannungspolitischen Verträgen (zu denen auch der Vertrag über die Nicht-Weitergabe von Nuklearwaffen gerechnet werden kann) hatte die Union fünfmal ein geschlossenes Votum abgegeben. Zweimal, beim Moskauer und beim Warschauer Vertrag, hatte sie sich geschlossen der Stimme

enthalten, zweimal, beim Verkehrsvertrag und beim Verifikationsabkommen zum Nicht-Verbreitungsvertrag, hatte sie geschlossen mit Ja gestimmt, und einmal, beim Vertrag mit der CSSR, hatte sie geschlossen mit Nein votiert. Dabei sollte festgehalten werden, daß die Union mit ihrer geschlossenen Haltung und ihrer Initiative für eine gemeinesame Resolution aller im Bundestag vertretenen Parteien zu den Ostverträgen zumindest den Versuch unternahm, im Sinne der Interessen der Bundesrepublik zu einer eindeutigeren Interpretation der Verträge zu gelangen.

Bei zwei Verträgen vermochte es die Opposition nicht, zu einem geschlossenen Votum zu kommen. Während beim Grundvertrag nur vier Abgeordnete mit der Mehrheit der Fraktion nicht konform gingen, machte die Minderheit bei der Abstimmung über den Atomwaffensperrvertrag neunzig Abgeordnete aus.

In groben Umrissen geben diese Zahlen auch einen Hinweis auf das Kräfteverhältnis innerhalb und zwischen den beiden Unionsparteien wider. Unter der Prämisse, daß derartige Zahlenverhältnisse zumeist problematisch bleiben, kann doch angenommen werden, daß die sogenannten 'konservativen' Gruppierungen in CDU und CSU auch heute noch einen gewichtigeren Faktor für die zukünftige Haltung der Opposition in der Deutschland- und Ostpolitik darstellen als der sogenannte 'progressive' oder 'liberale' Flügel, der sich beim Votum über den Vertrag der Bundesrepublik Deutschland mit der CSSR der Mehrheit der Fraktion anschloß.

Im Jahre 1977 konkurrierten im wesentlichen nur noch zwei unionsinterne Gruppierungen um die außenpolitische Konzeption der Opposition. Die eine Gruppe besaß ihren Kristallisationspunkt an der Parteispitze der CDU, die andere war in der Hauptsache in der Fraktion angesiedelt und erhielt ihre Unterstützung insbesondere durch die CSU. Die Haltung der ersteren Gruppierung mit Walther Leisler Kiep als ihrer inzwischen profiliertesten Politikerpersönlichkeit trat für einen elastischen außenpolitischen Kurs ein, der die Koordination, Abstimmung und Einpassung der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik in die internationalen Entspannungsbemühungen der westlichen Allianz in den Vordergrund stellte. Insgesamt konnte die außenpolitische Linie dieser

Gruppe (zu der der Parteivorsitzende Kohl ebenso zu zählen war wie die beiden Generalsekretäre der CDU, Kurt Biedenkopf und dessen Nachfolger Heiner Geißler) als eine moderierte Alternative zur Außenpolitik der Regierung Schmidt/Genscher beschrieben werden, deren prinzipielle Ansätze nicht für falsch erachtet wurden, deren Ausführung man jedoch als verbesserungswürdig und -fähig ansah.

Die 'Konservativen' in der CDU und die weit überwiegende Mehrheit der CSU sahen die Entspannungspolitik dagegen primär unter Risikoaspekten. Weder die internationale Détente-Politik noch der deutsche Beitrag dazu wurden, gemessen an dem betriebenen Aufwand, den eingegangenen Verpflichtungen und den damit erreichten Ergebnissen, als ausgewogen betrachtet. Hinzu kam ein tiefes Mißtrauen gegenüber allem, was sowohl im nationalen wie im internationalen Bereich einen sozialdemokratischen, sozialistischen oder gar kommunistischen Bezug haben könnte. Für diese Gruppierung galt es in Zukunft nicht so sehr, eine differenzierte Strategie der abgestuften Kritik zu entwickeln (was die Zielsetzung der ersteren Gruppierung darstellen mußte), sondern grundsätzliche und sachliche Alternativen zu erstellen und diese mit der sozial-liberalen Regierungspolitik zu konfrontieren.

Für beide Positionen konnten Argumente herangezogen werden, für jede dieser beiden Positionen bedurfte es allerdings ebenso einer entschlossenen Führung. Die Konservativen besaßen in Franz Josef Strauß einen zumindest sie selbst überzeugenden Wortführer, der sich insbesondere durch die Erfolge seiner eigenen Partei in Bayern in seinem Konfrontationskurs gegenüber der Bundesregierung und desgleichen in seiner konsequenten Ablehnung der Bonner Außenpolitik bestätigt sah. Das aber implizierte ebenso seine konfrontative Stellung zu den außenpolitischen Überzeugungen des CDU-Vorsitzenden. Helmut Kohl neigte allem Anschein nach der Kiepschen Alternative zu; wollte er seine Ansichten zu denen der Partei machen, mußte er die (Meinungs-)Führung nicht nur auf innenpolitischem Gebiet, sondern auch in Fragen der Außenpolitik ergreifen. Dies konnte nicht ohne Auseinandersetzungen, vor allem mit der CSU, abgehen.[42] Aber auch die Frage des Kanzlerkandida-

[42] Vgl. auch Friedrich Thelen: Auf der Suche nach Alternativen, Die Außenpolitik der Union, in: (Deutsche Zeitung) Christ und Welt vom 23.8.1974, S. 1

ten wurde in entscheidendem Maße von der CSU mitbestimmt; vermutlich deshalb hatte Helmut Kohl den außenpolitischen Konflikt bislang zu vermeiden und ebenfalls auf diesem Sektor der Unionspolitik eine eher harmonisierende Funktion zu übernehmen versucht. Die Fähigkeit des CDU-Vorsitzenden, auch im außenpolitischen Bereich einen hochqualifizierten Mitarbeiterstab aufzubauen, vermochte so jedoch nicht darüber hinwegzutäuschen, daß er in erster Linie als erfolgreicher Reformer im Bereich der Innen- und Gesellschaftspolitik beurteilt wurde, die meisten seiner außenpolitischen Stellungnahmen aber nicht selten weitgehend unbeachtet blieben. Positiv zu bewerten waren Kohls wiederholte Bemühungen um ein neues staatspolitisches Verständnis in der Bundesrepublik Deutschland und sein Versuch, staatspolitisches Engagement in der und für die Bundesrepublik zu wecken. Ob dies jedoch ausreichend sein würde, um innerhalb der Union eine außenpolitische Führungsrolle übernehmen zu können, mußte zweifelhaft erscheinen; um so mehr, als ein Jahr nach einer hoch gewonnenen Bundestagswahl, bei der das eigentliche Wahlziel der erneuten Regierungsübernahme auf Bundesebene jedoch nicht erreicht werden konnte, eine allgemeine Diskussion um die Person des Spitzenpolitikers der Opposition einzusetzen begonnen hatte.

1o.3. Die Führungsdiskussion um den CDU-Parteivorsitzenden

Immer noch verfolgte Helmut Kohl die von ihm vorgezeichnete oppositionelle Leitlinie, die Freien Demokraten noch in der laufenden Legislaturperiode, spätestens aber 198o zur Union hinüberziehen zu können. Es mußte anerkannt werden, daß daraus für die Union zumindest die Möglichkeit verstärkter politischer Mobilität erwuchs, doch wuchs daneben in zunehmendem Maße im eigenen Lager die Kritik an Person und Führungsstil des CDU-Vorsitzenden. Im parteipolitischen Hintergrund hatten sich nicht erst seit dem Jahre 1976 ernsthafte innerparteiliche Konkurrenten aufzubauen verstanden.

Zum Erstaunen seiner Parteifreunde und mit außergewöhnlichen Belegen war es der ehemalige Oppositionsführer Barzel, der als erster seinen Anspruch auf eine mögliche Rückkehr an die Spitze der Union deklarierte. Durch politische Freunde von dem Vorwurf einstiger parteiinterner Intrigen gegen den 'Vater der Marktwirtschaft', Ludwig Erhard, ver-

suchsweise befreit[43], verkündete der ehemalige CDU-Vorsitzende auf der Frühjahrstagung des Bundes Katholischer Unternehmer in Schmallenberg im Mai 1977, noch kurz vor seinem Tode (12. Mai 1977) habe Erhard mit ihm eine letzte Zusammenfassung seiner grundlegenden wirtschafts- und ordnungspolitischen Prinzipien durchgesprochen und ihm sogar sein 'Lebenswerk' übertragen[44]. Damit sollte vorrangig Barzels Primat als wirtschaftspolitischer Sprecher der Union abgesichert werden, zugleich aber brachte sich der nicht erfolgreiche CDU/CSU-Kanzlerkandidat auch als einen Mann in Erinnerung, der sowohl in der Partei- wie in der Fraktionsführung (periodisch) jenen konsequenten Oppositionskurs gesteuert hatte, den man bei dem derzeitigen Oppositionsführer so vermißte. Wie wenig aussichtsreich Barzels Vorstoß auch sein mochte[45], die öffentlich geäußerte Überzeugung des amtierenden Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU, er sei ohne Alternative[46] entsprach nicht mehr völlig den unionspolitischen Gegebenheiten.

Denn es war nicht Barzel allein, dessen Lamento über die Union vor einem zeitweise desolaten Zustand der Bonner Opposition gesprochen hatte[47]. Als 'Mann der breiten Mitte' hatte Kohl bei der Bundestagswahl 1976 48,6 Prozent der Stimmen für die Union bzw. für sich zu erzielen vermocht (das - wie zu Recht betont - zweitbeste Wahlergebnis der Union seit Bestehen der Bundesrepublik). Und nur mit ihm, so glaubte zumindest die Gruppierung um den früheren rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, sei die Union mehrheitsfähig und könne die Freien Demokraten zu einem erneuten Koalitionswechsel veranlassen. Doch selbst

[43] "Es ist einfach nicht wahr, daß dunkle Kräfte in der eigenen Politik ihm (gemeint ist Erhard, Anm. d. Verf.) in trüber Geschäftigkeit zuwider gewesen seien", aus: Eugen Gerstenmaier: Der Mann des deutschen Wunders, Nachruf auf Ludwig Erhard, in: Die Zeit vom 13.5.1977, S. 4

[44] Vgl. Der Spiegel vom 23.5.1977, S. 26f.

[45] Nach dem Ausscheiden des finanzpolitischen Sprechers der Union, Strauß, aus dem Bundestag wurde Kurt Biedenkopf im Frühjahr 1979 offiziell vom Parteivorsitzenden Kohl in die Funktionen eines wirtschaftspolitischen Sprechers der Unionsfraktion eingesetzt; bereits ein Jahr zuvor war Barzels Versuch gescheitert, anstelle Biedenkopfs zum neuen Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe gewählt zu werden, um so mit einer eigenen landespolitischen Hausmacht seinem neuerlichen bundespolitischen Anspruch Nachdruck zu verleihen.

[46] Zit. in: Der Spiegel vom 23.5.1977, S. 28

[47] Vgl. so unter anderem auch Gerhard Todenhöfer in: Die Welt vom 18.5.1977, S. 1f.

wenn die FDP einen politischen Schwenk zu CDU und CSU in dieser Bonner Legislaturperiode noch nicht wagen sollte und dem im März 1977 wiedergewählten CDU-Vorsitzenden als Fraktionsvorsitzender keine großen Fehler unterliefen - so die Prognose in der christlich-demokratischen Parteiführung noch in der Mitte des Jahres - sei Helmut Kohl seine Bestätigung im CDU-Spitzenamt 1979 sicher und damit automatisch auch die Kanzlerkandidatur für 1980.

Verstärkt Berücksichtigung finden mußte jedoch in Zukunft die in den Unionsparteien wieder häufiger gestellte Frage nach den denkbaren Alternativen zur Person des Partei- und Fraktionsvorsitzenden. Galt der mit seinem hessischen Landesverband erfolgreiche dortige CDU-Vorsitzende Alfred Dregger schon seit langem als Aspirant auf die beiden Spitzenämter der Union[48], so mußte spätestens ein CDU-Wahlerfolg in Hannover in der Person des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht einen neuen Rivalen für Kohl erbringen - daß dieser im Frühjahr 1978 tatsächlich eintretende Erfolg von dem Ausscheiden der Freien Demokraten aus dem Landtag in Niedersachsen begleitet war, ließ dann zudem auch nicht mehr die Interpretation zu, damit sei Kohls Bonner Oppositionskurs in bezug auf eine Annäherung an die FDP bestätigt worden.

Selbst die eigene parteiinterne Basis des CDU-Vorsitzenden schien ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl von 1976 an Bestand zu verlieren. Es geschehe einfach nicht genug auf seiten der Opposition, urteilte der Vorsitzende der Jungen Union, Matthias Wissmann, wenn man in der Union allzusehr auf mögliche Koalitionsveränderungen warte und die FDP fixiere ohne eine eigene politische Konzeption genügend sichtbar zu machen. Dies sei zwar auch, aber nicht in erster Linie ein Personalproblem; vielmehr sei es der sich stetig verschlechternde politische Gesamtzustand der Union als ein Ergebnis der zum Teil widersprechenden Personal- und Sachinteressen in der CDU/CSU, der die Oppositionsarbeit zunehmend lähme.

> "Hin und wieder stellt man leider nur einen gemeinsamen Nenner fest: Die Führung der Union ausschließlich zur Resultante des

[48] Was auch nach dem Nicht-Erreichen der absoluten Mehrheit für die CDU bei der hessischen Landtagswahl im Herbst 1978 zwar weniger lautstark vertreten, aber im Grundsatz unvermindert fortbestehen blieb.

Kräfteparallelogramms in der CDU/CSU werden zu lassen. Deswegen hoffen und erwarten wir, daß Kohl deutlicher als bisher den christlich-sozialen und auch den ordo-liberalen Anspruch, mit dem er vor Jahren als Vorsitzender der CDU angetreten ist, in die politische Arbeit in Bonn umsetzt"[49].

Genau das aber tat der CDU-Vorsitzende kaum. Weder in der sogenannten 'Rentenaffäre' des Jahres 1976/77, über die der einst so populäre Bundesarbeitsminister Arendt stürzte, noch in der auch für die politische Laufbahn Georg Lebers letztlich verhängnisvoll endenden 'Generalsaffäre' gelang es der Union, ein überzeugendes Alternativkonzept zu präsentieren oder - wie die FDP es tat - ihre Chancen zur parteipolitischen Profilierung den Möglichkeiten entsprechend zu nutzen. Dem Oppositionsführer blieb es auch versagt (trotz intensiver Bemühungen seinerseits), zur Abstimmung über den Mißbilligungsantrag gegen den Bundesverteidigungsminister die CDU/CSU-Fraktion vollständig im Parlament zusammenzubringen.

Die Kritik an Kohl schien dabei immer weniger von dem für die Unionsparteien mehr als respektablen Wahlergebnis des Jahres 1976 auszugehen, als vielmehr von der Tatsache, daß dieses Ergebnis nicht zur Rückkehr in die Regierungsämter ausgereicht hatte (ungeachtet des Umstandes, daß es seit 1949 noch k e i n e r Partei in der Bundesrepublik Deutschland gelungen war, aus der Opposition heraus die absolute Mehrheit an Stimmen und damit Mandaten im Deutschen Bundestag zu gewinnen). Und die interne Kritik wurde - beinahe schon unions-traditionell - immer häufiger offen artikuliert. Heinrich Windelen, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und noch amtierender Vorsitzender der westfälischen Christlichen Demokraten, registrierte ein innerhalb wie außerhalb der Unionsparteien weit verbreitetes Gefühl, daß die Opposition versage, daß es Unmut gebe. Das Gefühl, die bestehende Situation sei besser zu nutzen, könne allgemein in der Fraktion registriert werden[50]. Auf der Schlußkundgebung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU 1977 rügte Gerhard Schröder, die praktische Darstellung und Verwirklichung ihrer Politik sei der Union bisher noch nicht gelungen, es fehlten unter anderem Alternativen auf ausgewählten Politikgebieten[51].

[49] Interview mit dem Vorsitzenden der Jungen Union, Matthias Wissmann, in: Der Spiegel vom 23.5.1977, S. 30

[50] Zit. in: Der Spiegel vom 23.5.1977, S. 32

[51] Zit. in: Ebenda

Helmut Kohls ehemaliger Generalsekretär Biedenkopf kam zu einer parallelen Analyse: Ausgenommen die Bereiche der inneren und der sozialen Sicherheit habe die Opposition bisher nur allgemeine Anstöße gegeben und eigene politische Perspektiven noch nicht voll entfaltet[52]. Der rheinische Landesvorsitzende der Sozialausschüsse, Wolfgang Vogt, bemängelte, daß die Union ihre politischen Ziele nicht in ausreichendem Maße zur Darstellung bringe; nur auf diese Weise könne sie Vertrauen erlangen, nicht aber durch ihr bisheriges Schweigen[53]. Sein politisches Pendant innerhalb des Unionsspektrums, der frühere Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates, Heimo George, kritisierte dagegen vor allem die oft ausschließlich auf die Tagesaktualität bezogene Argumentation der Opposition, die längerfristige Perspektiven vermissen lasse[54]. Und auch Kohls Vorgänger Rainer Barzel hielt es nun für angemessen, die Strategie des Nachfolgers direkt zu attackieren. Kohls Zuversicht, die Regierung werde schon genügend Fehler machen, zeuge von politischer Unerfahrenheit; auch Unzufriedenheit über die Regierungspolitik bewirke nicht automatisch einen (Wahl-)Erfolg für die Opposition[55].

Vor allem bemängelten die Kritiker des Partei- und Fraktionsvorsitzenden, daß die Opposition unter seiner Führung in wichtigen Bereichen keine klare Zielvorstellungen entwickelte. Unbeachtet blieb, daß das von Kohl in Mainz erworbene Ansehen, fähige Mitarbeiter an sich heranziehen zu können, um so (zwangsläufige) eigene Kompetenzmängel auszugleichen, sich auch in Bonn bewährt und für Partei wie Fraktion positiv ausgewirkt hatte. Hervorgehoben wurden nun dagegen die (zwar keineswegs unbedeutenden, jedoch ebensowenig allein der Person des Partei- und Fraktionsvorsitzenden anzulastenden) Ausnahmen von dieser Regel. So gab es während der ersten Hälfte der Legislaturperiode keinen unbestrittenen wirtschaftspolitischen Sprecher der Opposition. Stattdessen fühlte sich eine ganze Reihe von Unionspolitikern aufgerufen, im Namen der Union Wirtschaftspolitik zu kritisieren oder zu formulieren: Gerhard Stoltenberg als wirtschaftspolitischer Sprecher des Parteipräsidiums, Rainer Barzel als Vorsitzender des Wirtschaftsausschus-

[52] Zit. in: Ebenda

[53] Zit. in: Ebenda

[54] Zit. in: Ebenda

[55] Zit. in: Ebenda

ses des Deutschen Bundestages, Kurt Biedenkopf als wirtschaftspolitischer Sprecher der Unionsfraktion und dessen Vorgänger Karl-Heinz Narjes, seit 1976 als Koordinator von Wirtschaftsfragen, die Berlin und die dritte Welt betreffen. Hinzu kam die dominierende Persönlichkeit des finanzpolitischen Sprechers, Franz Josef Strauß, dessen Kompetenz ihn auch die Garde der Unionssprecher in der Außenpolitik um sich selbst erweitern ließ. Helmut Kohl hatte es sich offenbar zum Ziel gesetzt, aus der gegebenen Situation eines vielköpfigen Sprechergremiums den möglichen Nutzen weitestgehender Integration der führenden Unionspolitiker in die laufende Partei- und Fraktionsarbeit zu ziehen; auch aus diesem Grunde war auf die Benennung eines Fraktionsbeauftragten für außen- und deutschlandpolitische Fragestellungen verzichtet worden. Das Resultat jedoch war eine mitunter verwirrende Vielfalt nur zum Teil koordiniert erscheinender Unionspolitik auf dem Sektor der Außen- und Deutschlandpolitik von partiellen Befürwortern einer ostpolitischen Neuorientierung wie Richard von Weizsäcker bis hin zu Verfechtern einer Konservierung deutschlandpolitischer Prinzipien der fünfziger und sechziger Jahre wie Manfred Abelein.

Zweifellos bestand für den Oppositionsführer die Gefahr, noch v o r den nächsten Wahlen zu scheitern. Gelang Kohl bis zur Mitte der Legislaturperiode der Machtwechsel auf Bundesebene nicht, so lief er Gefahr, nach Erhard, Kiesinger und Barzel, das nächste Opfer eines der Union vielfach nachgesagten Usus' zu werden: Es gab keinen Pardon für den glücklosen (oder als glücklos angesehenen) Spitzenmann.

"Hätte die CDU kraftvollere Führungspersönlichkeiten", so zitiert Günter Müchler einen nicht näher genannten christlich-demokratischen Bundestagsabgeordneten aus dem Jahre 1973[56], "würde auch ein Franz Josef Strauß sich darauf einstellen". Die anhaltenden Schwierigkeiten mit der CSU seien in erster Linie auf die Führungsschwäche der CDU zurückzuführen. Dieser Aussage tritt Müchler selbst mit berechtigter Kritik entgegen[57]. Tatsächlich hatte auch eine so dominierende Persönlichkeit wie Konrad Adenauer stets ihre Reibungspunkte mit dem Christlichen Sozialen gehabt. Zwar kann die Relevanz des personalen Faktors für das Bündnis nicht bestritten werden, doch muß andererseits der Umstand des Bündnisses, die Notwendigkeit, zwei selbständige Par-

[56]Vgl. Müchler: CDU/CSU, S. 211

[57]Vgl. ebenda

teien zu koordinieren, das Führungsvermögen eines jedweden CDU- (oder CSU-)Politikers in erheblichem Maße tangieren. Dabei wird die Führungsfähigkeit eines Parteivorsitzenden im allgemeinen am Grad der Geschlossenheit seiner Partei gemessen. Demonstrierte Homogenität wird ihm zugute gehalten, unkoordiniertes Auftreten und zutage tretende Widersprüche werden ihm zur Last gelegt. Insbesondere die Christlich-Demokratische Union war und ist an sich bereits sehr heterogen; in ihr vereinigen sich unterschiedliche Interessengruppen wie auch regionale Verschiedenheiten. Da aus einleuchtenden Gründen der volksparteiliche Charakter der CDU nicht korrigiert werden soll und kann, waren bereits wiederholt Parteireformen im Sinne einer Zentralisierung des Parteiaufbaus gefordert worden. So gewiß die föderative Struktur der CDU für dieEffektivität der Parteiarbeit problematisch ist, so gewiß ist ebenso, daß die Christlich-Soziale Union mit ihrer weitaus stärkeren Unabhängigkeit (nämlich der einer eigenständigen politischen Partei), als sie die einzelnen CDU-Landesverbände bestitzen, jede Führung, die über rein administrative Handlungsweisen hinausgeht, erschweren muß. Anders als die christlich-demokratischen Landesverbände ist die bayerische Union in keiner Weise an Direktiven der Schwesterpartei gebunden. Auch eine infrastrukturelle Reform der CDU würde zunächst einmal keinerlei Auswirkungen auf sie haben.

Es war und bleibt ein Spezifikum der Willensbildung in der Union, daß die Beschlüsse der Mehrheit praktisch in 'zweiter Lesung' von der CSU gebilligt werden müssen. Das gilt für Parteitagsbeschlüsse in der gleichen Weise wie für alle Fragen, die in der laufenden Legislaturperiode an die Fraktion im Deutschen Bundestag herangetragen werden. Die Unabhängigkeit (der CSU) wirkt sich hier, insbesondere bei Meinungsverschiedenheiten mit einer Mehrheit beim größeren Partner, stets hemmend auf die Schlagkraft der Union insgesamt aus. Entwicklungstendenzen innerhalb der Union, die den Vorstellungen der Landesgruppe zuwiderlaufen, konnten nicht erst seit der Vereinbarung von 1976 - ohne daß die Fraktionssolidarität dadurch verletzt wurde - durch den Rückgriff auf die Partei jederzeit neutralisiert werden. Die Bevölkerung registrierte dies zumeist als eine politische 'Zerfaserung' der Union; ihre in der Tat zeitweilig offensichtliche Unfähigkeit, zu raschen und für die gesamte Opposition verbindlichen Beschlüssen zu kommen, aber wurde desgleichen immer wieder in den Unionsparteien selbst der jeweiligen Führungspersönlichkeit (bis 1979 zumeist identisch mit dem CDU-

Parteivorsitzenden) zum Vorwurf gemacht, obgleich dessen vermeintliche Führungsschwäche weit eher ein Produkt des Bündnisses war.

Der skeptischen Beurteilung von innerhalb des CDU-Parteivorstands diskutierten Perspektivvarianten für die Union[58] als 'Zeichen von Schwäche' durch den stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Dregger[59] kam dementsprechend eher der Charakter einer von einem persönlichen Rivalen des amtierenden Vorsitzenden abgegebenen Stellungnahme denn einer parteipolitischen Analyse zu.

1o.4. Deutschlandpolitische Alternativen der Opposition (Mai 1977)

Die deutschlandpolitische Debatte des Bundestages am 26. Mai 1977 zeigte noch einmal die personelle wie programmatische Heterogenität der Union in Fragen der Außen-, Deutschland- und Ostpolitik, deren Koordinierung und Harmonisierung keinem Oppositionsführer eine leichte politische Aufgabe hätte sein können.

Von den Rednern der CDU/CSU-Fraktion, die die Debatte durch eine große Anfrage herbeigeführt hatte, wurden zwar in allen wesentlichen Positionen einheitliche Auffassungen vertreten, doch zeigten sich Unterschiede und sogar Gegensätzlichkeiten in den jeweiligen Akzentsetzungen. So bewertete der Hauptredner der Opposition, Manfred Abelein, ebenso wie der CSU-Landesgruppenvorsitzende Zimmermann die Deutschland- und Ostpolitik der Regierung als gescheitert[6o]. Für eine weitere Entwicklung der Deutschlandpolitik fehle der Regierung jedes Konzept. Mit ihrer Nachgiebigkeit ermuntere sie in der DDR die Befürworter eines

[58] So sah eine parteiinterne Planstudie für den Fall, daß der CSU-Vorsitzende seine Ankündigung wahrmachen würde, eine vom CDU-Vorsitzenden Kohl als Kanzlerdandidaten angeführte Union im Bundestagswahlkampf 198o nicht mehr unterstützen zu wollen,vor, die christlich-soziale Schwesterpartei solle unter solchermaßen eingetretenen Umständen unangefochten ihren Kreuther Trennungsbeschluß wiederbeleben können und zu der anstehenden Wahl regional begrenzte Listenverbindungen mit einer vierten Partei außerhalb Bayerns eingehen. Gelänge auf diesem Wege die absolute Mehrheit der beiden separierten Unionsparteien, gäbe es schließlich doch nur einen Kanzler: Helmut Kohl, vgl. den Referentenentwurf der CDU 'CDU und CSU zur Bundestagswahl 198o' vom März 1977 (Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

[59] Zit. in: Der Spiegel vom 23.5.1977, S. 34

[6o] Zit. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.5.1977, S. 1

harten Kurses, die die Überwindung des Viermächtestatus für ganz Berlin, die Drosselung des Besucherverkehrs und die Isolierung Westberlins anstrebten. Politisches Ziel der Union dagegen sei es, daß Deutschland a l s G a n z e s wieder zu einer handlungsfähigen Einheit werde.

In seinen prinzipiellen Aussagen darin übereinstimmend, aber unterschiedlich in ihrem Tenor war die Rede des Vorsitzenden der Exil-CDU, Johann Baptist Gradl. Der Berliner Abgeordnete konzentrierte sich auf einen Katalog praktischer Forderungen, die auch in den Rahmen der Verhandlungspraxis der Bundesregierung paßten. Hauptsächlicher Ansatzpunkt von Gradl war die Frage, wie der bestehende Modus vivendi in der Deutschlandfrage angesichts der derzeit unüberwindbaren Spaltung humaner gestaltet werden könnte. Unter offensichtlicher Bezugnahme auf die diesbezügliche Passage seines Fraktionskollegen Abelein betonte Gradl, es gehe gerade nicht darum, Maximalforderungen an die DDR zu stellen, sondern solche, die zumutbar seien, wie etwa den stufenweisen Abbau der Reiseschranken.

Noch grundsätzlicher als Abelein stellte dagegen der CSU-Landesgruppenvorsitzende Zimmermann die gesamte Außen- und insbesondere Ostpolitik in Frage: Er verlangte eine vollkommen neue Antwort der Regierung auf die Probleme in der Deutschlandpolitik[61]. Positiv bewertete der CSU-Politiker, daß auch die sozial-liberale Koalition sich noch zum Ziel der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit bekenne, an einer deutschen Staatsangehörigkeit festhalte und einen Staatsvertrag über die Zonengrenze ausschließe. Zimmermann kritisierte jedoch den Stil und das Auftreten der Bundesregierung. Wer die Wiedervereinigung wolle, dürfe nicht davor zurückschrecken, die Welt auch vor den Vereinten Nationen auf die Zustände in Deutschland hinzuweisen. Die Teilung Deutschlands sei eine mit verbrecherischen Mitteln aufrechterhaltene Ungeheuerlichkeit, deren offene Erörterung wie auch die Forderung nach politischen Konsequenzen daraus die Politik der

[61] Worunter nach den Worten Zimmermanns zum Beispiel Druck auf die DDR durch wirtschaftliche Boykottmaßnahmen und eine Forcierung der Menschenrechtsdiskussion in den und über die Ostblockstaaten zu verstehen war, vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.5.1977, S. 1

nach Zimmermann lediglich sogenannten Entspannung bereits zu stören vermöge; unter solchen Umständen müsse die Möglichkeit einer Entsapnnungspolitik überhaupt verneint werden. Stattdessen forderte er dazu auf, mit der terminologischen Verdeckung politischer Fakten Schluß zu machen. In Deutschland gebe es keine Entspannung und dementsprechend ebenfalls keine Normalisierung.

Die Führung der Union hatte nach den Bundestagswahlen von 1976 nicht unerhebliche Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, auf dem Feld der Außenpolitik wie desgleichen in anderen politischen Teilbereichen eine neue inhaltliche Konzeptionierung wie auch eine Übereinstimmung über die strategische Vorgehensweise bei dem Versuch ihrer Realisierung zu erarbeiten. Mit dem, was der erste Stellvertreter Helmut Kohls in der Fraktionsführung ausgeführt hatte, war nun ein oppositionelles Gegenkonzept zur Politik der Bundesregierung in Umrissen skizziert worden, das die Fraktion hätte konkretisieren können. Doch wäre es der Fall gewesen - die Gruppe um die Abgeordneten Schröder und Leisler Kiep als auch Widerstand von seiten des christlich-demokratischen Parteivorstands verhinderten dies -, so hätte sich die Union einer Oppositionsalternative verschrieben, deren formaler Kompetitiv- und inhaltlich konservativer Charakter ihr Postulat der Regierungsfähigkeit in bezug auf die Außenpolitik neuerlicher Diskussionen ausgesetzt hätte. Es waren überwiegend die außen- und deutschlandpolitischen Positionen der fünfziger und sechziger Jahre gewesen, die hier unter anderem vom stellvertretenden Oppositionsführer mit der Politik der sozial-liberalen Koalition konfrontiert worden waren. Damit aber wäre einseitig jene unionsinterne Gruppierung zur dominierenden geworden, die im Jahre 1972 gegen eine Ratifizierung der Ostverträge plädiert hatte und sich auch nach dem eigentlichen Abschluß des von der Bundesrepublik geleisteten Beitrags zur Entspannungspolitik weiterhin gegen eine Anwendung des ansonsten gerade in der Außenpolitik geltenden Prinzips 'Pacta-sunt-servanda' wandte. Diese Gruppe hatte, wie es die Diskussionen um den Atomwaffensperrvertrag und den Vertrag der Bundesrepublik mit der CSSR zeigten, ihren Einfluß in der CDU und CSU beibehalten bzw. sogar ausbauen können und lehnte im Grundsatz die Notwendigkeit einer Ostvertragspolitik ab. Obwohl sie bislang nie repräsentative Geltung für die gesamte Union zu erlangen vermochte, hatte ihr

Widerstand gegen die 'Neue Deutschland- und Ostpolitik' im Gegensatz zu anderen unionsinternen Gruppierungen stets eine klare Linie beibehalten und hatte sie damit bei allen auf die Abkommen mit Moskau und Warschau folgenden relevanten Verträgen - dem Verkehrsvertrag, dem Grundlagenvertrag, dem Verifikationsabkommen zum Atomwaffensperrvertrag und dem Vertrag mit der CSSR - zu dem wesentlichen Gegenspieler der Vertragsbefürworter innerhalb der Opposition werden lassen.

Ging es um den Status Berlins oder die Frage, wie die Interessen der Bundesrepublik auch in der multilateralen Phase der Ostpolitik - wie zum Beispiel auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) oder bei den MBFR-Verhandlungen - am besten und nachdrücklichsten eingebracht werden könnten, nahm diese Gruppe eine unmißverständliche Haltung ein: Konziser und unnachgiebiger als ihre innerfraktionellen Kollegen hatte sie mehrfach die Bundesregierung wie ebenso die Westmächte aufgefordert, einen entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Sanktionsmechanismus zu entwickeln, falls beispielsweise die DDR und die Sowjetunion die Lage in und um Berlin verschärfen sollten oder (wie sie es nannte, weiter) gegen die Vertragsgrundlagen verstoßen würden. Eindringlicher als die meisten anderen in CDU und CSU hatten die Vertreter dieser Gruppe die westlichen Teilnehmer der KSZE aufgefordert, die Vertragsbrüche der DDR auf die Tagesordnung dieser internationalen Konferenz zu setzen[62].

Trotz der beständigen und durchaus erfolgreichen Einflußnahme von seiten dieser Gruppierung auf die unionsinternen Entscheidungsprozesse, insbesondere in Fragen der Deutschland- und Ostpolitik, war auch für die absehbare Zukunft nicht zu erwarten, daß der von ihr eingenommene Minderheitenstatus innerhalb der Oppositionsfraktion eine permanente Mehrheit für die von ihr vertretenen außenpolitischen Prinzipien nach sich ziehen würde. Noch gelang es ihr nur in einem beständigen Wechselspiel mit den für eine modifizierte Befürwortung deutschland- und ostpolitischer Neuorientierung plädierenden Kräften in der Union, ihre (konservativen) Zielsetzungen als alternative politische Aussage d e r Opposition darzustellen.

[62] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.8.1974, S. 1; dazu: Süddeutsche Zeitung vom 2.8.1974, S. 3

11. Der Personalismus der Union

11.1. Die CDU nach der Bundestagswahl 1976

Weniger als ein Jahr nach den Bundestagswahlen und der ausdrücklichen Erneuerung des Bündnisses zwischen Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen bemühte man sich in der Union jedoch neben der Aufarbeitung einer sachpolitischen Alternative zur Regierungspolitik offenbar in Vorbereitung auf die Wahl des Jahres 1980 auch um eine Verdeutlichung und Klarstellung der personellen Alternativen, die von seiten der Opposition dem sozial-liberalen Regierungslager entgegengestellt werden sollten.

Anlaß und Ausgangspunkt war dabei nicht allein der Unmut über eine persönliche Führungsschwäche des Oppositionsführers; die Klage des entwicklungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag über die Arbeitsweise der Opposition im Parlament[1] war sehr schnell vom Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Union als persönliche Unart des Abgeordneten zurückgewiesen worden[2], sie hatte aber dennoch gewissermaßen als Auftakt gedient für eine allgemeine personalpolitische Diskussion bei Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen. So hatte der CSU-Landesgruppenvorsitzende Zimmermann noch einmal betont, daß der CDU-Vorsitzende Kohl keineswegs selbstverständlich wieder der Kanzlerkandidat der Unionsparteien für die nächste Bundestagswahl sein werde[3]; auch wurde in der christlich-sozialen Parteiführung nicht mehr ausgeschlossen, daß es bei der für 1978 geplanten ersten Direktwahl zum europäischen Parlament eine Art Probelauf für ein getrenntes Auftreten von CDU und CSU geben könne[4].

Zwar distanzierte sich die Mehrzahl der Christlichen Demokraten von öffentlichen Angriffen auf die Oppositionsführung in der Art der Todenhöfer-Attacke, in der Sache selbst aber wurden gegen die Unionsführung

[1] Todenhöfer:"Opposition findet zur Zeit in Bonn nicht statt", aus: Die Zeit vom 27.5.1977, S. 2

[2] Vgl. ebenda

[3] Vgl. Münchner Abendzeitung vom 31.5.1977, S. 1

[4] Vgl. Franz Josef Strauß in: Münchner Merkur vom 31.5.1977, S. 1

zum Teil sehr gravierende Vorwürfe erhoben. Der ehemalige Generalsekretär Biedenkopf erklärte mit Blick auf die Annäherungsstrategie Kohls gegenüber den Freien Demokraten, es sei höchste Zeit, daß die Union der FDP Themen streitig mache und liberale Felder besetze[5]. In moderaterem Tenor reihte sich desgleichen sein Nachfolger im Amt des CDU-Generalsekretärs, Heiner Geißler, indirekt in die Front der skeptischen Beobachter des von Helmut Kohl geprägten Oppositionsstils ein, wenn er dem Todenhöfer-Vorstoß attestierte, daß es sich nicht um die isolierte Kritik eines politischen Einzelgängers handelte[6].

Mehr als deutlich dokumentierten solche Äußerungen, daß die von Kohl nach außen immer wieder als gut und reinigend gepriesene Strategie-Personal-Diskussion[7] in der Union die in der Folge der Kreuther CSU-Beschlüsse ehemals so angewachsene innerparteiliche Autorität des Parteivorsitzenden bei der eigenen CDU-Anhängerschaft ernsthaft zu bedrohen begann. Der andere Teil der Oppositionsfraktion, die bayerischen Christlich-Sozialen, konnten gleichfalls nicht ohne weiteres als Stütze des Oppositionsführers betrachtet werden; ihr geschlossener Block hob sich zudem in signifikanter Weise ab von der gerade im personellen Bereich sehr viel weniger homogenen Schwesterpartei.

Und schließlich war es erneut die der Oppositionsführung insbesondere vorgehaltene parteipolitische Strategie, mit der sie - so die gegenteilige unionsinterne Argumentation - die Grundlagen der eigenen Politik in Frage stelle. Sogar in des CDU-Vorsitzenden eigener und bislang verläßlichster Bastion konnten in einer entscheidenden politischen Frage differenzierte Meinungsäußerungen zu denen Helmut Kohls vernommen werden. In Mainz ließ der christlich-demokratische Landesvorsitzende und rheinland-pfälzische Ministerpräsident, Bernhard Vogel, jegliche seinem Vorgänger noch nachgesagten Absichten[8] dementieren, nach den nächsten Landtagswahlen auch ohne Not eine Koalition mit den Freien Demokraten - die nach Niedersachsen und dem Saarland dann dritte dieser Art auf Länderebene - einzugehen, um so die Konzeption seines Bun-

[6] Geißler: "Ich habe hinter vorgehaltener Hand in der Fraktion schon oft dasselbe gehört, was mein Freund Todenhöfer gesagt hat", zit. in: Ebenda

[7] Vgl. ebenda

[8] Vgl. unter anderem Der Spiegel vom 23.5.1977, S. 28

desvorsitzenden nachhaltig zu stützen[9]. Daß es daneben nun gleichfalls in der CDU-Führung inzwischen korrigierte Einsichten zum Thema 'vierte Partei' zu geben schien[10], obwohl es noch vor wenigen Monaten die Union fast gespalten hatte, vermochte internen Unmut vor allem bei denjenigen Christlichen Demokraten zu erwecken, die in einer ungebrochenen, für die gesamte Union geltenden Autorität des oppositionellen Spitzenpolitikers in der Bundeshauptstadt die beste Garantie für ein gutes Abschneiden der eigenen Partei auch bei Wahlen auf europäischer Ebene erblickten[11].

Umgekehrt präsentierten sich CDU und CSU in den Ländern mit einem mehr als respektablen Fundus an Politikern, die keineswegs alle bereits den Nachweis von Regierungserfahrung erbracht, sich aber doch zumindest als publikumswirksam erwiesen hatten - und damit unausgesprochen zu immer stärkeren Rivalen des Oppositionsführers geworden waren. Wie Kurt Biedenkopf zum Beispiel, der Anfang Juni 1977 den parteiinternen Planungen gemäß zum Nachfolger des Vorsitzenden der CDU Westfalen-Lippe, Heinrich Windelen, gewählt worden war.

Erfolg, politisches Profil und Anwartschaft auf eine, bzw. die Führungsrolle in Bonn aber erhofften sich auch andere Unionspolitiker von Format von einer politischen Arbeit außerhalb Bonns. In den Ländern hatte sich - wie schon zu Zeiten Adenauers und Erhards - eine Phalanx potentieller Nachfolgekandidaten gebildet[12], die für einen erneuten Wechsel der Union von der Opposition in die Regierungsverantwortung eine von den Personen her mehr als ausreichende, qualifizierte Alternative zur Koalition aus SPD und FDP darstellten. Andererseits waren jedoch nicht wenige darunter, die zugleich auch als direkte oder indirekte Konkurrenten Helmut Kohls galten: Gerhard Stoltenberg konnte

[9] Vgl. Gunter Hofmann: Mainz ohne Kohl, Der Südwesten ist nicht mehr länger das 'liberale' Aushängeschild der CDU, in: Die Zeit vom 3.6.1977, S. 12

[10] Vgl. unter anderem: Der Spiegel vom 31.5.1977, S. 222

[11] Dabei wurde dem CDU-Vorsitzenden vorgeworfen, er habe es bislang versäumt, gegen die von vielen als vierte Partei auf europäischer Ebene eingestufte EDU (Europäisch-Demokratische Union) als einer - trotz Mitgliedschaft der Christlichen Demokraten - Konkurrenz-Unternehmung des CSU-Vorsitzenden zu der vor allem von der CDU unterstützten EVP (Europäische Volkspartei) vorzugehen und sie stattdessen lediglich zu einer "ergänzenden Arbeitsgemeinschaft" (so Hennig Wegener, Leiter des Außenpolitischen Büros der CDU) deklarieren lassen, vgl. das Wegener-Zitat in: Frankfurter Rundschau vom 7.6.1977, S. 4

[12] Vgl. unter anderem Die Zeit vom 10.6.1977, S. 1

als Ministerpräsident in Kiel die bundespolitischen Ereignisse abwarten und gleichzeitig als einer der wirtschaftspolitischen Sprecher seiner Partei sein Bonner Engagement - dessen vorläufiger Höhepunkt in seiner Kandidatur für das Vizekanzleramt in der Regierungsmannschaft von Franz Josef Strauß vor der Bundestagswahl 198o zu sehen war - weiter aufrechterhalten; Ernst Albrecht mochte die Hoffnung hegen, daß sein Hannoveraner Modell gemeinsamer Regierungsbeteiligung mit den Freien Demokraten bzw., nach deren Ausscheiden aus dem niedersächsischen Landtag, einer intensiven Kontaktpflege zu der liberalen Partei gerade in Hinsicht auf seine (erfolglose) unionsinterne Gegenkandidaten zu Strauß im Jahre 1979 über die Landesgrenzen hinaus Früchte trug und ihm, und nicht dem Parteivorsitzenden, zugute gehalten werden würde; Franz Josef Strauß selbst wie auch Alfred Dregger schienen gleichermaßen lange Zeit noch nicht entschieden zu sein, ob von ihnen der Bundes- oder aber der Landespolitik der Vorzug gegeben werden sollte; Kurt Biedenkopf hatte sich in Westfalen eine solide politische Plattform geschaffen, im Zweifelsfall eine gegen Helmut Kohl, der sich als einziger auf die nur sehr bedingt politisch einträgliche Rolle der Bonner Alternative beschränkt sah. Der Oppositionsführer hatte als einziger seine Basis im Lande aufgegeben, ihm war der Rückzug weitgehend verbaut.

Dabei war es vermutlich insbesondere diese Konzentration auf die Funktionen des Vorsitzenden der Bundespartei und parlamentarischen Oppositionsführers gewesen, die Kohl seine beiden Tätigkeiten in der Sache durchaus erfolgreich hatten gestalten lassen. Die Wahl des (damaligen) rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten zum Parteivorsitzenden hatte nach der Wahlniederlage von 1972 sehr deutlich den Erneuerungs- und Reformwillen der CDU signalisiert. Zum ersten Mal in der Geschichte der Christlichen Demokraten war ein Politiker gewählt worden, der zuvor weder als Kanzler noch als Führer der Opposition in der Bundesrepublik Verantwortung getragen hatte. Damit entschied sich die CDU bewußt für einen Vorsitzenden, der sich voll der Parteiarbeit widmen konnte, ohne zu sehr in der Fraktion oder bisherige bundespolitische Aktivitäten und Abhängigkeiten eingebunden zu sein. Sein Ziel mußte es sein, der Partei wie den Unionsparteien insgesamt neue Impulse zu geben, nachdem sie sich spätestens in Folge des Wahl-

ergebnisses von 1972 auf eine längerer Oppositionszeit hatte einrichten müssen. Zwar war Helmut Kohl ein erfahrener Politiker, da er sehr früh in Rheinland-Pfalz führende Funktionen innegehabt hatte[13]; außerdem hatte er als Vorsitzender der Programmkommission für das Berliner Programm (zweite Fassung), sowie als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU ebenso bundespolitische Erfahrungen zu sammeln vermocht. Der Parteivorsitz aber bedeutete für ihn das erste entscheidende Führungsamt auf dieser Politik-Ebene. Mit ihm und seinem Generalsekretär Kurt Biedenkopf waren zwei der wichtigsten Positionen in der Partei mit Persönlichkeiten besetzt worden, die nicht durch die Zusammenarbeit mit Konrad Adenauer geprägt waren, auch nicht durch die Weimarer Republik, den Nationalsozialismus oder den Zweiten Weltkrieg, sondern ihren politischen Hintergrund im Aufbau der Bundesrepublik Deutschland besaßen.

Angesichts der Gesamtsituation der CDU im Jahre 1973 hatte sich für die neue Parteiführung vor allen anderen die Aufgabe gestellt, der Partei wieder neues Selbstvertrauen zu vermitteln. Daneben mußten die Christlichen Demokraten in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner aus der Defensive herauskommen und die Parteiorganisation zu einem schlagkräftigen Apparat im Hinblick auf die Wahlkämpfe wie für die tägliche Parteiarbeit ausbauen. Dementsprechend hatten Kohl und Biedenkopf auf dem Parteitag in Bonn im Juni 1973 neue Schwerpunkte für die Parteiarbeit der kommenden Jahre gesetzt: Belebung der Grundsatzdiskussion und Herausarbeitung programmatischer Alternativen zur Politik der sozial-liberalen Koalition, (in welchem Grade noch unbestimmt, im Grundsatz jedoch) offensive Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, Reorganisation der Partei sowie umfassende und rechtzeitige Vorbereitung auf die bevorstehenden Wahlen (was insbesondere hieß, die Kanzlerkandidatur der Unionsparteien für den CDU-Vorsitzenden zu sichern).

Auf Grund der neuerlich klaren Kompetenzabgrenzung zwischen Partei und Fraktion, gekennzeichnet vor allem durch die personelle Aufteilung zwischen Carstens als Fraktionsvorsitzendem und Kohl als Parteivorsitzendem war auf das traditionelle Übergewicht der Fraktion gegenüber

[13] seit 1966 CDU-Landesvorsitzender, seit 1969 Ministerpräsident

der Partei schon sehr bald nach dem Rücktritt Barzels von den beiden Ämtern abgebaut worden; die politischen Initiativen gingen erkennbar von der Parteiführung aus. Sehr bald auch hatte sich eine effektive Arbeitsteilung innerhalb der neuen Parteiführung herausgestellt. Der sich selbst als politischen Generalisten charakterisierende Kohl[14] suchte die daraus zwangsläufig resultierende Folgeerscheinung mangelnder Profilierungsmöglichkeit in einem spezifischen politischen Fachgebiet dadurch zu kompensieren, daß er als Parteivorsitzender die politischen Grundsätze der CDU bestimmte und repräsentierte, sich der politischen und regionalen Integration der Partei widmete und für die Abstimmung zwischen Bundespartei, Fraktion und Bundesratsmehrheit der CDU-CSU-geführten Länder sorgte. Die Partei wurde damit wieder mehr zu geschlossenen und solidarischen Aktionen befähigt. Der CDU-Generalsekretär (Biedenkopf wie später auch Geißler) hingegen konzentrierte sich auf die Stimulierung der programmatischen Diskussion, die grundlegende Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und die Reform der Parteiorganisation sowie die Vorbereitung der Wahlkämpfe. Ein Vergleich des innerparteilichen Zustandes der CDU wie der unionsinternen Situation insgesamt konnte - trotz der keineswegs geringer gewordenen politischen Heterogenität der Partei oder gar der aus dem Bündnis erwachsenen Schwierigkeiten - im Juni 1977 mit dem weitestgehenden Erreichen der von ihr vier Jahre zuvor selbst vorgenommenen Zielsetzungen für die Oppositionsführung und damit insbesondere für Helmut Kohl selbst eine überwiegend positive Bilanz erbringen; daß dies offenbar nicht ausreichend war, gerade die Person des Spitzenkandidaten der Union vor einer wachsenden internen Kritik zu bewahren und damit unter anderem auch das Bündnis der beiden Unionsparteien einer weiteren Belastung auszusetzen, war ein nur sehr schwer erklärbares Phänomen der CDU/CSU. Als fast schon traditionelle Erklärungsmodelle aus der noch relativ kurzen Unionshistorie erscheinen zwei Ursachenkomplexe naheliegend:

Erstens, die von den Unionsparteien gewonnene Bundestagswahl des Jahres 1976, deren Ergebnis es CDU und CSU jedoch nicht ermöglicht hatte, die 1969 verlorene Regierungsmacht zurückzuerlangen - womit eine der insbesondere für jeden Spitzenkandidaten der Union wesentlichsten Auf-

[14] Vgl. unter anderem Der Spiegel vom 23.5.1977, S. 34

gaben, die Sicherstellung möglichst weitgehender Regierungspartizipation für die von ihm geführten Parteien, von Kohl nicht hatte erfüllt werden können. Hauptsächlich von seiten der Christlich-Sozialen Union und den eher konservativen Gruppierungen in der eigenen Partei schien dem in Stil wie sachpolitischen Inhalten einen mehr kooperativen als kompetitiven Oppositionskurs befürwortenden (ehemaligen) Kanzlerkandidaten dieser Umstand zur Last gelegt zu werden. Dies geschah, obwohl davon ausgegangen werden konnte, daß das für die Unionsparteien ausgezeichnete Wahlergebnis nicht zuletzt erst durch die unter Kohls Ägide forcierte parteipolitische Aufbauarbeit in der CDU ermöglicht worden war.

Und zweitens die traditionelle personelle Heterogenität der Union, die für die einstigen Regierungs- wie die derzeitigen Oppositionsparteien zwar stets ein mehr als ausreichendes Potential an politischen Persönlichkeiten bedeutet hatte, andererseits aber ebenso die parteiinternen Rivalitätsbezüge nicht selten bis zum Grade eines das Ansehen der Union in der Öffentlichkeit erheblich belastenden Verhaltens anwachsen ließ und bislang jeden Unionsführer in ein System alternativer und konkurrierender 'Parteifreunde' permanent eingebunden hatte.

Unter diesen Gesichtspunkten auch war die Tatsache zu betrachten, daß der hessische CDU-Vorsitzende Alfred Dregger es in den Jahren 1977/78 zunehmend verstand, sich personell wie auch strategisch-programmatisch als politische Alternative zum amtierenden Oppositionsführer zu profilieren. Nicht nur, daß sich der bislang überwiegend für konservative Ordnungsparolen bekannte hessische CDU-Landesvorsitzende in wachsendem Maße um Kompetenz in den Hauptfeldern der Politik bemühte, er repräsentierte auch ein vollkommen anderes Verständnis von oppositioneller Strategie und Taktik als die momentane Unionsführung:

> "Die Opposition hat mehrere Aufgaben. Eine ihrer Aufgaben ist es, sich darauf vorzubereiten, die Regierung abzulösen. Dazu braucht sie Wähler, die bisher den Regierungsparteien ihre Stimme gegeben haben. Um solche Wähler zu gewinnen, ist es falsch, sich den Regierungsparteien anzupassen, etwa in der Erwartung, damit würde der Übergang von den Regierungsparteien zur derzeitigen Opposition leichter. Da lohnt sich der Wechsel nämlich gar nicht mehr. Eine Opposition muß zunächst und vor allem anders sein als die Regierungsparteien. Und sie muß ihren anderen Kurs in wichtigen Fragen der Politik ganz deutlich herausstellen, und zwar so deutlich, daß es nicht nur diejenigen erkennen, die das politische Geschehen verfolgen, sondern auch diejenigen,

für die Politik nur ein Teil der Freizeitbeschäftigung ist, also für die breiten Schichten unseres Volkes"[15].

Auf die Gegensätzlichkeiten seiner Auffassungen zu denen des augenblicklichen Oppositionsführers angesprochen, gestand Dregger zu, daß es Unterschiede gebe, die in Personen begründet seien, wobei man nicht von vornherein sagen könne, welche persönliche Strategie die größere Erfolgschance habe.[16] Es war mehr als nur ein Hinweis auf die sich immer deutlicher abzeichnende Erfolg l o s i g k e i t der Kohlschen Strategie in bezug auf die FDP,und wohl nur das für die CDU partiell enttäuschende Ergebnis der ein Jahr darauf stattfindenden Landtagswahlen in Hessen[17] verhinderte eine offenere Konkurrenzstellung Dreggers zum amtierenden Oppositionsführer.

11.2. Strategiekonflikte in der Opposition

Mit welcher Brisanz die Frage der adäquaten Oppositionsstrategie in der Union weiter behandelt wurde, bewiesen neben Äußerungen wie der des hessischen CDU-Landesvorsitzenden insbesondere auch die kontinuierlich wieder auflebenden Gerüchte um die potentielle Erweiterung des bundesrepublikanischen Parteiwesens um eine vierte bundesweite Partei. Am 17. Juni 1977 wurde in der Mönchengladbacher Kaiser-Friedrich-Halle die 'Soziale Demokratische Union' (SDU) gegründet - als "freiheitliche Alternative zur SPD", deren "sozialistisch-marxistischer Flügel" den hauptsächlichen Gegner für die neue politische Gruppierung darstelle[18]. Die mit 3ooo, zumeist SPD-abtrünnigen Mitgliedern bereits bei ihrer Gründung in 128 Ortsgruppen und sogenannten 'Stützpunkten' relativ gut organisierte Partei sollte - so erste SDU-Papiere - "patriotisch und sozialverpflichtet" sein, konsequenterweise jede Form von Sozialismus und Klassenkampf ablehnen, aber doch die "gerechte Verteilung der erzeugten Güter und Dienstleistungen", vor allem aber die Abwahl der von SPD und FDP getragenen Bundesregierung anstreben[19].

[15] Alfred Dregger in einem Interview, in: Der Spiegel vom 13.6.1977, S. 24

[16] Vgl. ebenda, S. 24f.

[17] Zwar wurde die CDU wieder die stärkste Partei in Hessen, sie erreichte jedoch nicht ihr erklärtes Wahlziel der absoluten Mehrheit: CDU = 46,o% (1974: 47,3%), SPD = 44,3% (43,2%), FDP = 6,6% (7,4%), DKP = o,4% (o,9%), NPD = o,4% (1,o%), Sonstige = 2,3% (o,2%), aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom lo.lo.1978, S. 1

[18] Vgl. Der Spiegel vom 13.6.1977, S. 44

[19] Vgl. ebenda

Noch deutlicher wurde die Verbindung dieser neuen vierten Partei zum rechten politischen Parteienspektrum in den Personen der Spitzenfunktionäre. So fungierten als Vorstandsmitglieder der SDU unter anderem der frühere hessische BHE-Landtagsabgeordnete Anton Jaksch, der zwischenzeitlich Mitglied der NPD, Gründungsmitglied der 'Deutsch Sozialen Volkspartei' (DSVP) und Bundesvorstandsmitglied der 'Aktion Vierte Partei' gewesen war, sowie der ehemalige nordrhein-westfälische SPD-Landtagsabgeordnete Werner Klaer, der durch seinen Protest gegen die Zurücknahme der 'Freiheit- oder Sozialismus'-Parole durch die CDU zeitweise öffentliches Aufsehen erregt hatte. Die vom ersten SDU-Vorsitzenden (und nach wie vor als von der SPD gewählten Oberstadtdirektor in Braunschweig amtierenden) ehemaligen Sozialdemokraten Hans-Günther Weber wie auch vom CSU-Vorsitzenden nicht bestrittenen beiderseitigen Kontakte[20] ließen für viele Beobachter Vermutungen über einen mit Strauß abgestimmten, bzw. von ihm inspirierten neuerlichen Versuch, diesmal auf indirektem Wege die politischen Grenzen Bayerns mit Hilfe einer vierten Partei zu überschreiten, schon fast naheliegend erscheinen.

Vor solchem Hintergrund konnten die strategiepolitischen Diskussionen innerhalb der Christlich-Demokratischen Union und zwischen den beiden Unionsparteien in den folgenden Wochen und Monaten nur als eine sachgerechte Folgeerscheinung anmuten. Es gelang darin der christlich-demokratischen Parteiführung unter Helmut Kohl und seinem neuen Generalsekretär Heiner Geißler (seit März 1977) unter anderem, im Bereich der zwischenzeitlich zu dem vorrangigen Politikfeld in der Bundesrepublik avancierten Sozial- und Gesellschaftspolitik das von ihr erarbeitete 'Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung' gegen Widerstand aus den eigenen christlich-demokratischen Reihen (so zum Beispiel Biedenkopf, Stoltenberg, die Mittelstandsvereinigung und der Wirtschaftsrat) wie auch von seiten der bayerischen Schwesterpartei[21] als eine konstruktive Alternative zur Regierungspolitik im Juni 1977 ohne weitergehende Modifikationen durchzusetzen. Doch während in diesem Falle die normale zwischenparteiliche Harmonie und Solidarität unbelastet blieb, kam es bereits zu größeren Verstimmungen bei der

[20] Vgl. ebenda, S. 46

[21] so hatten Vertreter der CSU das Programm unter anderem als "dem Sozialdemokratismus entlehnt" attackiert, zit. in: Der Spiegel vom 20.6.1977, S. 23

CSU, als die Länder Niedersachsen und Saarland am 24. Juni den Gesetzentwürfen der Bundesregierung zur Sanierung der Rentenversicherung und zur Dämpfung des Kostenauftriebes im Gesundheitswesen im Bundesrat zustimmten und so zu einer Mehrheit verhalfen. Schon kurz nach der Abstimmung kritisierten der CSU-Vorsitzende Strauß und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Zimmermann, in einer gemeinsamen Erklärung den Vorgang in aller Deutlichkeit. Ohne die Schwesterpartei CDU oder den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht direkt zu nennen, wiesen Strauß und Zimmermann in ihrer Stellungnahme darauf hin, daß die Glaubwürdigkeit der Unionsparteien, die im Bundestag das von der Regierung vorgelegte Sozialpaket einstimmig abgelehnt hatten, durch den Ablauf der Ereignisse nicht eben gefördert worden sei. Die verbale Beschönigung politischer Sachverhalte sei von der SPD-FDP-Regierung bisher in der Fassung außenpolitischer Verträge schon angewendet worden. Nunmehr finde dieses politische Stilmittel auch Eingang in die Gesetzgebung[22], hieß es in dem Papier der beiden CSU-Politiker, das formal an die Adresse der Bundesregierung gerichtet, wohl in gleichem Maße aber auch als Kritik an dem Verhalten der Christlichen Demokraten konzipiert war.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion war noch am Mittag des gleichen Tages zu einer Sitzung zusammengekommen, bei der sich nahezu die Hälfte aller christlich-demokratischen/christlich-sozialen Abgeordneten hinter die Auffassung des CSU-Vorsitzenden gestellt hatte[23]; zuvor hatte der niedersächsische Ministerpräsident unter Hinweis auf die politischen Verhaltensnormen der Bonner Oppositionsführung gegenüber den Freien Demokraten erklärt, er habe dem Gesetz nur zugestimmt, um ein Auseinanderbrechen des CDU-FDP-Kabinetts in Hannover zu vermeiden[24].

Seit sie die Funktionen der parlamentarischen Opposition übernommen hatten, war in den Unionsparteien eine intensive Diskussion über Strategie und politische Taktik zu verzeichnen gewesen. Das Stichwort

[22] Gemeint war damit die nach Verhandlungen zwischen Albrecht und Ehrenberg vom Bundesarbeits- und Sozialminister vor dem Bundesrat abgegebene Gesetzesinterpretation, die der niedersächsische Ministerpräsident zur Vorbedingung eines positiven Votums seiner Regierung in der Länderkammer gemacht hatte.

[23] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.6.1977, S. 1

[24] Vgl. ebenda

'Kreuth' hatte eine weitere (in dem Fall nicht undramatische) Etappe bei dem Versuch bezeichnet, eine unionseinheitliche Antwort auf die Frage zu finden, welcher Weg am schnellsten in die Regierungsgefilde zurückzuführen verspreche. Die Auseinandersetzungen über das Renten- und Sozialpaket der Bundesregierung stellten das jüngste Beispiel dafür dar, daß die über die Oppositionsstrategie bestehenden Differenzen nach der Einigung vom Dezember 1976 nicht mehr unbedingt mit der Bündnisfrage gleichzusetzen waren; dennoch hatten sie bei der CSU[25] wie auf seiten der mehr oder minder aktiv daran beteiligten Christlichen Demokraten[26] ihren Charakter als Kristallisationspunkte parteiinterner Erörterungen über das gegenseitige Bündnisverhalten beibehalten.

[25] Einen Tag nach der Abstimmung (25.6.1977) im Bundesrat erklärte der CSU-Landesgruppenvorsitzende im Bundestag, Zimmermann, die Zweifel (der CSU) an der niedersächsischen Koalition seien durch deren jüngste Verhaltensweisen nur noch bestätigt worden, "und wir können nur warnen, so weiterzugehen". Diese Warnung konkretisierte Zimmermann in der anschließenden Ankündigung, daß sich die Strategiekommission der CDU und der CSU auf der bevorstehenden Sitzung mit dem Kompromiß-Verhalten der Christlichen Demokraten in Niedersachsen und dem Saarland werde auseinandersetzen müssen.

Das "Kreuther Denkmodell einer vierten Partei", das heißt einer bundesweiten CSU, bleibe weiterhin aktuell, vgl.: Die Zeit vom 27.6.1977, S. 1; nach seiner Sitzung am 27.6. bedauerte der CSU-Vorstand in einem einstimmig gefaßten Beschluß, "daß in der letzten Woche bei der Abstimmung über das Kostendämpfungsgesetz im Bundesrat nicht die Probe aufs Exempel gemacht worden ist". Der CSU-Vorsitzende sagte nach der mehrstündigen "sehr eingehenden Aussprache", sämtliche unionsregierten Länder hätten "um der Glaubwürdigkeit der Unionspolitik willen" mit Nein stimmen sollen, zumal die FDP in Niedersachsen einen Bruch der Koalition mit der CDU im Angesicht der dort bevorstehenden Landtagswahlen nicht riskiert haben würde. Die wieder einmal von einigen Unionspolitikern demonstrierte "Politik des Umwerbens" gegenüber den Freien Demokraten werde in der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages "mit steigender Sorge für verfehlt gehalten", aus: dpa vom 27.6.1977 (dpa ti cw ku - 16.37).

[26] Nachdem im Anschluß an die Bundesratssitzung vom 25.6. vor der eigens zusammengerufenen Unionsfraktion im Bundestag der niedersächsische Ministerpräsident sein Abstimmungsverhalten mit dem von seiten der FDP angedrohten Bruch der Koalition mit der CDU in Hannover begründet und Helmut Kohl sein Verständnis für diese Entscheidung des Parteifreundes bekundet hatte, kam es nach Aussagen von Teilnehmern zu erregten Protesten von christlich-demokratischen Abgeordneten gegen den Spruch des Oppositionsführers sowie zu zeitweise "tumultartigen Szenen" im Verlauf der folgenden Diskussion, vgl. Der Spiegel vom 27.6.1977, S. 23f.; daneben mußte längerfristig ein bereits seit geraumer Zeit zu beobachtender steter Popularitätszuwachs in der Union für Karl Carstens der Oppositionsführung um Helmut Kohl um so bedrohlicher erscheinen, als er mit einer offensichtlichen Minderung der Führungsautorität des amtierenden Fraktionsvorsitzenden korrelierte. Sowohl in der Diskussion um einen neuen Kanzlerkandidaten hatte sich Carstens bei den Christlichen Demokraten neben Alfred Dregger wieder zu einem der schärfsten Rivalen des CDU-Vorsitzenden profiliert, wie er auch bereits vom CSU-Landesgruppenvorsitzenden explizit als möglicher Kandidat der Unionsparteien für das im Jahre 1979 erneut zu besetzende Amt des Bundespräsidenten genannt worden war, vgl. unter anderem ebenda, S. 49

Nur vordergründig ging es dabei um Einzelheiten oppositioneller Vorschläge beispielsweise zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Dahinter verbarg sich die lang diskutierte Kardinalfrage, ob die Opposition überhaupt schwerpunktmäßig Alternativen vorlegen oder besser ihre Chancen in einem generellen Nein und somit einer konsequenten Konfrontationsstrategie zur Regierungspolitik suchen sollte. In ihrer aktuellen Fassung seit 1976 lautete diese Frage nun, ob der FDP, um sie für eine Koalition zu gewinnen, politisch entgegengekommen oder ob die Rückkehr an die Macht aus eigener Kraft, durch Erringung der absoluten Mehrheit, bewerkstelligt werden sollte. Nicht nur Helmut Kohl und Franz Josef Strauß galten als Antipoden in diesem Spannungsfeld, es waren vor allem die in der politischen Publizistik immer wieder herausgestellten Gegensätzlichkeiten innerhalb der Christlich-Demokratischen Union[27] wie auch zwischen CDU und CSU[28], die im Laufe der ersten Hälfte der neuen Legislaturperiode die eigentliche Arbeit der Union als parlamentarische Opposition mitunter in den Hintergrund zu drängen drohten.

So stellte sich die Geschichte der CDU/CSU als Opposition in den Jahren 1977 und 1978 partiell als Geschichte einer Opposition dar, die einen Teil der aufgebrachten Arbeitskraft dazu verwandte, mit sich selber 'ins reine' zu kommen. Vergleichbar mit dem Jahre 1969, als es die soeben zur Opposition gewordene Union schwer verwinden konnte, aus der Regierungsverantwortung entlassen zu werden, existierte nicht nur unterschwellig auch noch fast eine Dekade danach ein in zwanzig Jahren gewachsenes governementales Selbstverständnis bei Teilen der Union weiter fort[29]. Verständlich vielleicht, wenn man neben der Weite des von den Unionsparteien abgedeckten politischen Spektrums (das sich naturgemäß ebenso in ihren Repräsentanten widerspiegelte) auch be-

[27] Vgl. dazu "Bayerische Genugtuung über CDU-Kritik an Albrecht", aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.7.1977, S. 1; "Jetzt wird Kohl auch aus Hannover attackiert", aus: Die Welt vom 3o.6.1977, S. 1

[28] Vgl. dazu "Stoltenberg verteidigt Albrecht, Geißler greift Strauß an", aus: Kölner Stadt-Anzeiger vom 1.7.1977, S. 1; "Offener Streit Strauß - Geißler, Neue Spannungen nach dem Gespräch am Tegernsee", aus: Bonner General-Anzeiger vom 2.7.1977, S. 1; "CDU und CSU: Neuer Streit", aus: Ruhr-Nachrichten vom 2.7.1977, S. 1; "In den Unionsparteien geht der Bruderkrieg munter weiter", aus: Frankfurter Rundschau vom 2.7.1977, S. 1

[29] "Die Opposition - eine 'Regierung ohne Ministerien'", so Carl-Christian Kaiser (ein von Bruno Heck übernommener Terminus), in: Die Zeit vom 24.6.1977, S. 13

dachte, daß sie 1976 wieder zur stärksten Bundestagsfraktion geworden waren und sich - wie 1969 - einer Koalition der Verlierer gegenüber glaubten. Aber dieser Verhaltensusus hatte in zehn Jahren unter anderem auch eine grundsätzliche Diskussion über ihre neuen Aufgaben und die daraus abzuleitende Strategie in der CDU/CSU nicht zu einem Abschluß kommen lassen. Die Folge war ein wiederholt zutage getretener Zwiespalt, der sich (mit diversen Zwischenformen) in die Begriffsmuster von 'kooperativer' und 'kompetitiver' Opposition fassen ließ. Einerseits hatte die Union versucht, es der sozial-liberalen Regierung insbesondere bei der Gesetzgebungsarbeit in den Ausschüssen gleichzutun und sie womöglich zu übertreffen. Andererseits benutzte sie schon seit den ersten Monaten im Plenum die Instrumentarien der Großen Anfragen, der Fragestunden und der aktuellen Stunden, um die Regierung zur Rede zu stellen und in den zentralen (überproportional Aspekte der Außenpolitik betreffenden) Punkten ihre prinzipiell andere Haltung zu skizzieren. Im ganzen aber hatte immer der kooperative Grundzug überwogen.

Die Kritik an der Maxime von der 'konstruktiven Oppostion', bei Strauß und den Christlichen Sozialen ohnehin nie dominant, schien spätestens da ihre grundsätzliche Rechtfertigung zu erfahren, als sie, wie 1972, in verlorenen bzw., wie 1976, in nicht ausreichendem Umfang gewonnenen Wahlen sich als untauglich erwiesen hatte, das angestrebte Ziel der Regierungsübernahme durch die Unionsparteien zu erreichen. Ein Oppositionsführer, der - wie Helmut Kohl - in den Jahren seit 1976 auch noch in verstärktem Maße eine Kooperationsbereitschaft demonstrierende oppositionspolitische Grundsatzlinie in bezug auf zumindest einen der beiden Regierungspartner verfolgte, mußte beinahe zwangsläufig mit Kritik und Widerstand aus den eigenen Reihen rechnen. Daß damit ebenso seine Position als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Deutschen Bundestag in Frage gestellt wurde[30], konnte zwar noch keineswegs den Anspruch der Repräsentativität in den und für die Unionsparteien erheben; es war jedoch ein Indiz für die Sensibilität, mit der man innerhalb der Union auf sich abzeichnende Erfolge (oder Mißerfolge) von oppositionellen Taktiken und Strategien - und damit gleichfalls der hinter den jeweiligen Konzeptionen stehenden Persönlichkeiten - reagierte.

[30] so ein von Kohl bestätigtes Telegramm des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU an den CDU-Vorsitzenden nach Billigung der neuen Renten- und Sozialgesetzgebung der Bundesregierung durch die Landesregierungen Niedersachsens und des Saarlandes im Bundesrat am 24.6.1977, vgl. Frankfurter Rundschau vom 29.6.1977, S. 1

11.3. Die Strategiegespräche in den Unionsparteien

Die Auseinandersetzungen in der Union über das Abstimmungsverhalten der niedersächsischen Landesregierung im Bundesrat konnten nur als weitere Etappe auf einem Weg angesehen werden, an dessen Ende ein neues Selbstverständnis des Unionsbündnisses stehen mußte. Kaum anders konnte die Entwicklung gewertet werden, die die ursprüngliche Kritik an dem einseitigen Koalitionsgebahren der Liberalen von seiten der Union nun zu einer internen Kritik an der gemeinsamen Oppositionsführung durch christlich-soziale wie gleichermaßen christlich-demokratische Politiker nahm. Insbesondere der CDU-Vorsitzende, der dem niedersächsischen Ministerpräsidenten geraten hatte, die Koalition mit der FDP in Hannover nicht wegen der umstrittenen Gesetze aufs Spiel zu setzen, sah sich zunehmend den Vorhaltungen aus dem eigenen politischen Lager wie auch von seiten der CSU ausgesetzt[31]. Für ihn stellte sich somit die Aufgabe, moderierend den anstehenden Fragenkomplex einer der Union angemessenen Oppositionsstrategie zum Gegenstand einer k o n t r o l l i e r t e n und damit den Unionsparteien nicht schädlichen Diskussion zu machen und zugleich das zu wahrende Prinzip des gemeinsamen Unionsbündnisses von CDU und CSU von diesem Fragenkomplex und der Diskussion hierüber zunächst einmal abzukoppeln.

Zwei Treffen zwischen den beiden Parteivorsitzenden Kohl und Strauß bildeten den Auftakt einer ganzen Reihe diesbezüglicher Gespräche in und zwischen den Unionsparteien; auch bei den Christlichen Demokraten selbst wurden Bemühungen deutlich, einen vom Parteivorstand eingeschlagenen Kurs nachhaltiger als bisher mitzutragen. In seiner ersten Reaktion auf die an Person und Politik des eigenen Oppositionsführers geübte Kritik sicherte der niedersächsische CDU-Vorsitzende Hasselmann Helmut Kohl die volle und grundsätzliche Unterstützung bei dem Versuch zu, möglichst bald eine neue Bundesregierung in Bonn zu bilden.

[32] Direkte Kritik am Verhalten der Oppositionsführung übte dabei insbesondere die Christlich-Soziale Union; so sprach das CSU-Organ Bayernkurier von einem "Schock", der die Fraktion der CDU/CSU im Bundestag nach den jüngsten Ereignissen derzeit lähme. "Nur wer Augen und Ohren vor der Reaktion der Bevölkerung auf das gesundheitspolitische Wechselbad der CDU" verschließe, könne meinen, "daß solche fatalen Vorgänge ohne schädliche Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Opposition bleiben würden". Die Mißlichkeit der Vorgänge um die letzte Bundesratsentscheidung werde auch dadurch nicht geringer, "daß sich der niedersächsische Ministerpräsident bei seinem Schritt nicht nur auf die Duldung, sondern sogar auf den Rat von Helmut Kohl berufen konnte", zit. in: Stuttgarter Zeitung vom 3o.6.1977, S. 1

Der Beitrag Niedersachsens hierzu könne, so Hasselmann, am ehesten darin bestehen, in der Landeskoalition mit den Freien Demokraten eine Partnerschaft zu beweisen, die über jeden Zweifel erhaben sei[33].

Damit war implizit auch eine der beiden alternativen Varianten einer Oppositionsstrategie auf Bundesebene der Unionsführung nahegelegt worden. Die vom Generalsekretär der CDU, Geißler, angesichts der so festgeschriebenen Divergenzen in Form und Inhalt der den Unionsparteien anempfohlenen Oppositionskonzepte an die gesamte Union gerichtete Aufforderung[34], einem eklatant werdenden Mangel an Solidarität innerhalb der Union entgegenzutreten, schien in dieser Situation wiederum nur ein neues Zerwürfnis zwischen Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen hervorzurufen[35].

Offenbar in der Absicht, eine Fortführung oder gar Zuspitzung der wechselseitigen Anschuldigungen zu vermeiden, suchte der CDU-Vorsitzende in der zentralen Frage des Verhältnisses zu den Freien Demokraten einen für beide Seiten - Befürworter wie Gegner einer Politik der Annäherung an die FDP - gangbaren Mittelweg zu beschreiten. So sah auch Kohl im nachhinein die Rolle der Liberalen bei dem politischen Tauziehen um das Sozialpaket an der Grenze des für die Union Zumutbaren und die Funktionsfähigkeit des Parteiensystems in Frage gestellt, wenn die FDP diese Grenze überschreite. Diese teilweise taktische Schwen-

[33] Zit. in: Stuttgarter Zeitung vom 3o.6.1977, S. 1

[34] Ausgesprochen in einer Rede vor dem Wirtschaftsrat der CDU am 3o.6.1977. Dabei hatte Geißler unter anderem das Verhalten von Unionspolitikern verglichen mit dem von Angehörigen eines Wirtschaftsunternehmens: zeige dort ein führender Manager eine analoge Verhaltensweise wie beispielsweise der CSU-Vorsitzende in den vergangenen Jahren innerhalb der gemeinsamen Opposition, so Geißler, provoziere er damit unweigerlich seine eigene Entlassung, vgl. Süddeutsche Zeitung vom 2./3.7.1977, S. 1

[35] In einer Presseverlautbarung vom darauffolgenden Tag (1.7.1977) erklärten Strauß und Zimmermann, der Generalsekretär der CDU sei nicht "der Schiedsrichter über die Politik der CSU ... Wenn der Generalsekretär sagt, Vorstandsmitglieder von Wirtschaftsunternehmen würden bei gleichem Verhalten entlassen werden, so hat er damit offensichtlich seine eigene Entlassung ebenfalls vorgeschlagen", vgl. Süddeutsche Zeitung vom 2./3.7.1977, S. 1; die umgehende Retournierung dieses Vorwurfs, schließlich sei auch Strauß nicht "der Oberschiedsrichter der Union" (Blüm), war vor allem zu verstehen als Antwort auf eine andere Äußerung des CSU-Vorsitzenden, in der er das Unionsbündnis als 'moderne Ehe' charakterisiert hatte - der von ihm gemachte Annex, daß die in der Nachkriegszeit entstandene Parteienstruktur "nicht bis ans Ende der Schöpfungsgeschichte" unverändert bleiben müsse, hatte natürlich auch die Möglichkeit einer 'Scheidung' beider Parteien eingeschlossen und war so zu dem eigentlichen Stein des Anstoßes für viele Christliche Demokraten geworden, vgl. unter anderem Rheinische Post vom 4.7.1977, S. 1f.

kung schien notwendig geworden zu sein, sobald man in der christlich-demokratischen Parteiführung hatte erkennen müssen, daß nach dem niedersächsischen Ja im Bundesrat in den Unionsparteien die Zahl derer weiter angewachsen war, die im Gegensatz zur ursprünglichen Konzeption von Helmut Kohl einem Bündnis mit den Freien Demokraten in absehbarer Zukunft kaum noch eine Chance gaben. Auf der ersten Sitzung der Strategiekommission von CDU und CSU - beschlossen in der Vereinbarung über die Rücknahme der Kreuther Beschlüsse Ende 1976 -, die sich am 6. Juli 1977 konstituierte, wurde diese Haltung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden bestätigt. Es gelang Kohl, Angriffe auf Methode und Zielsetzungen seiner politischen Konzeption abzufangen, indem er die zur Diskussion anstehende politische Materie danach unterschied, wo die Opposition dem gesamten Regierungslager konfrontativ und wo sie insbesondere der FDP kooperativ begegnen sollte. Ungeachtet dessen aber befand sich die Gruppierung um den Oppositionsführer aufgrund des hypothetischen Charakters ihrer Vorgehensweise in steigender Beweisnot, ob sich die relative Rücksicht auf die Liberalen tatsächlich auszahlen würde.

Das galt um so mehr, als der CDU-Vorsitzende sich in der paritätisch besetzten Unionskommission nicht nur sieben Abgeordneten der Christlichen Sozialen, sondern in Gestalt von Carstens[36], Stoltenberg und noch mehr Dregger und Filbinger[36] auch Parteifreunden gegenüber sah, die nicht gerade als begeisterte Anhänger des Kurses[37] zu bezeichnen waren, den er gegenüber der FDP zu steuern gedachte. Zu diesen Schwierigkeiten kam noch die gegen Kohl gerichtete taktische Überlegung, in der der CSU-Landesgruppenvorsitzende die Kommission zur Überinstanz erklärt hatte[38]. Sie solle, so Zimmermann, die erste Station auf einem

[36] Karl Carstens und Hans Filbinger waren jedoch auf der ersten Sitzung der Strategiekommission von CDU und CSU am 6.7.1977 nicht anwesend.

[37] Kohl verfolgte nach seinen eigenen Worten eine Doppelstrategie. Einerseits wollte er noch vor 1980 die Freien Demokraten als Partner gewinnen, andererseits durch schonungslose Konfrontation die regierungsbringende absolute Mehrheit bei der nächsten Bundestagswahl anstreben. Hinzu kam - als die dritte Spekulation - die (sich in dem ersten Teil ihrer Aussage bestätigende) Hoffnung des CDU-Vorsitzenden, der Stimmenanteil der FDP werde bei den bis 1980 stattfindenden Landtagswahlen so sehr zurückgehen, daß unter diesem Eindruck die Bonner SPD-FDP-Koalition auseinanderbrechen werde. Gerieten die Liberalen beispielsweise in Hannover oder Kiel in die "Todeszone" (Kohl) der fünf Prozent, könnten sie auf Bundesebene über Sachkonflikte den Bruch mit den Sozialdemokraten provozieren. Nach dem Beispiel des Saarlandes beim Stimmenpatt 1975 würden die Freien Demokraten dann aus der Opposition heraus eine Minderheitsregierung Kohl bis zur Wahl 1980 tolerieren, um danach in eine reguläre Koalition mit der Union einzusteigen, vgl. unter anderem: Der Spiegel vom 11.7.1977, S. 26 f.

Dienstweg sein, der eingehalten werden müsse, bevor etwas zur Entscheidung in die Fraktion komme. Der Oppositionsführer konnte somit politisch eingebunden und in dieser Einbindung parteipolitisch abhängiger gemacht werden als bisher.

Welchen Dienst sich die Union mit einem solchen Unternehmen erweisen würde, konnte noch keineswegs als sicher gelten. Durch die Strategiediskussion war die in CDU und CSU geleistete Sacharbeit ohnehin bislang in dem Grad der von ihr geweckten Aufmerksamkeit zurückgeblieben bzw. hatte zum Teil sogar ein Rückgang in den sachpolitischen Aktivitäten an sich beobachtet werden müssen, wie sich noch zu Beginn der ersten Sitzung der Strategiekommission an den kritischen Äußerungen des westfälischen CDU-Vorsitzenden über eine Stagnation der ostpolitischen Diskussion in der Union oder aber der Feststellung eines generellen Nachholbedarfs in Fragen der Außenpolitik (von Weizsäcker)[39] zu zeigen schien. Und solange die Sachkonflikte nicht ausgetragen wurden - wie zum Beispiel mit den in der Außenpolitik eher konservative Prinzipien als eine Zustimmung zur Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung befürwortenden Unionspolitikern Strauß und Marx[40] - würde sich weder eine einhellige Strategie noch jene liberale Herausforderung an die Freien Demokraten entwickeln lassen, die Helmut Kohl als sein Modell zur Wiedererlangung der politischen Macht in der Bundesrepublik für die Union in den Grundsätzen weiter favorisierte.

Eine produktive Lösung der Sachkonflikte wie auch eine Koordinierung und Harmonisierung der unterschiedlichen Überlegungen zur Strategie der Opposition deutete sich an, als am Ende seiner Gesprächsreihe mit dem CDU-Vorsitzenden der christlich-soziale Parteivorsitzende in den Fragen des zukünftigen taktischen Verhaltens der parlamentarischen Opposition eine vollständige Übereinstimmung zwischen den beiden Ge-

[38] Vgl. Die Zeit vom 1.7.1977, S. 4

[39] Vgl. Der Spiegel vom 11.7.1977, S. 27

[40] die gerade zu diesem Zeitpunkt (Mitte/Ende 1977) wieder betonten, nicht viele schwere Jahre lang an ihrer Forderung nach Revision der Ostverträge festgehalten zu haben, um in der derzeitigen (weltpolitischen) Situation die aggressive Menschenrechtspolitik des neuen US-Präsidenten Carter isoliert und von westdeutscher Seite ohne Unterstützung zu lassen, vgl. unter anderem ebenda

sprächspartnern zu konstatieren vermochte[41]. Zugleich aber erklärte Strauß in bezug auf die von Helmut Kohl bislang verfochtene Sowohl-als-auch-Strategie gegenüber der Regierungskoalition, daß eben dies keine für die Unionsparteien gültige Strategie mehr sei[42].

Damit schien eine für die gesamte Union einheitliche politische Linie wiedergefunden zu sein; der Verdacht, sie könne nur die Vorstellungen des CSU-Vorsitzenden berücksichtigen, war jedoch der Ansatzpunkt dafür, daß parallel zu der sich festigenden Bündnissolidarität in der Union nun eine wachsende Kritik an der Führungsautorität des nominell ersten Mannes in der Opposition einherging. Sie reichte von dem Eingeständnis einer Diskussion über einen Wechsel an der Parteispitze (so der niedersächsische CDU-Vorsitzende Hasselmann)[43] bis zu einer neuerlichen publizistischen Attacke des CSU-Organs 'Bayernkurier' auf CDU-Generalsekretär Geißler[44] anläßlich seiner römischen Gespräche zum Aufbau einer christlich-demokratischen Internationale[45].

Weder ein neuerliches Treffen der beiden Parteiführer noch die nach den Beschlüssen von Kreuth 1976 geschaffene Institution der gemeinsamen Strategiekommission hatten diese erneuten unionsinternen Auseinandersetzungen offenbar verhindern können.

[41] Weiter erklärte Strauß: "Kohl ist jedenfalls offensichtlich der Meinung, daß er bisher mißverstanden worden ist, daß er aber in Zukunft alles tun wird, um auch nur die Möglichkeit von Mißverständnissen auszuschließen. Er glaubt nicht, daß durch Anpassung oder Annäherung die FDP zu einer Änderung ihrer Koalitionshaltung veranlaßt werden kann, sondern nur durch eine - ich sage nicht obstruktive, aber notfalls konfrontative - Opposition, die die FDP immer darauf festnagelt, ob sie einer sozialistischen Politik Steigbügelhilfe leisten oder echt liberale Gedankengänge durchsetzen will ...", aus: Der Spiegel vom 4.7.1977, S. 21f.

[42] Rainer Nahrendorf: Oppositions-Koalition, in: Handelsblatt vom 5.7.1977, S. 1

[43] Vgl. Die Zeit vom 8.7.1977, S. 2

[44] Vgl. Bayernkurier vom 3o.7.1977, S. 3; dazu Bayernkurier vom 6.8.1977, S. 3f.

[45] gedacht als weltweite Alternativorganisation zu der vom CSU-Vorsitzenden inspirierten, gleichfalls Europa-übergreifend konzipierten EDU (Europäisch Demokratische Union), die insbesondere in Zusammenarbeit mit der italienischen Democrazia Cristiana geplant wurde. Im Gegensatz zu der von Strauß initiierten Union sollte diese Organisation außer christlich-demokratischen Parteien keine konservativen, gaullistischen oder ähnlichen Gruppierungen umfassen.

Die Eigenart des Unionsbündnisses hatte bislang im historischen Sinnverständnis auf der gemeinsamen Genesis wie der weltanschaulich-politischen Kongruenz der beiden Partner gefußt. Obwohl sich die CSU mit jeder neuen unionsinternen Auseinandersetzung organisatorisch vom Gesamtverband der Union sichtbar immer mehr löste, konnte auch noch zu Beginn der dritten Legislaturperiode als parlamentarische Opposition von einem Fortbestand der Gesamtunion im ideellen wie im praktisch-politischen Sinne gesprochen werden. Allein vor diesem Hintergrund war der zwar reduzierte, aber allem Anschein nach immer noch ausreichende Grad institutioneller Kohäsion - untypisch für ein normales Parteienbündnis - erklärbar.

Insbesondere das Selbstverständnis der CSU als Partei des Föderalismus hatte die Separation der CSU von der 'einen Union' ursprünglich von der Sache her begründet. Zwei autonome Parteien standen nebeneinander, in einem Bündnis zusammengeschlossen, dessen wesentliche Inhalte in der Selbstbeschränkung der Organisationsbereiche und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit im Bundestag lagen.

War mit dem allmählichen Zurücktreten des Föderalismus als dem primären Handlungsmovens in den fünfziger Jahren zumindest auf seiten der CSU das Bündnis mit der Schwesterpartei eine Zeitlang zum Selbstzweck geworden (wegen der zahlreichen sich daraus vor allem für die bayerische Union ergebenden Vorteile), so begann die prononciert konservative Politik der Christlichen Sozialen seit dem Ende der sechziger Jahre (einhergehend mit dem Umstand, daß in dem gemeinsamen Bündnis nicht mehr mit der bisherigen Unbedingtheit allein die positiven Zukunftsperspektiven für die eigene Partei gesehen wurden) das motivative Vakuum des Bündnisses wieder aufzufüllen. An die Stelle des Föderalismusprinzips war eine betont konservative politische Aussage getreten, die von der allgemeinen Programmatik der CDU abwich und damit die Sonderstellung der Christlich-Sozialen Union in der Zweiparteiengemeinschaft aufs Neue auch wieder sachpolitisch legitimierte. Dies war eine sehr bemerkenswerte Entwicklung gewesen, unter anderem deshalb, weil die Neuorientierung der CSU ohne ihre organisatorische Autonomie und die darin gründende Befähigung, eine konsistente und eigenständige Gruppenmeinung auszubilden, in dieser Form kaum denkbar gewesen wäre.

Zu wandeln schien sich der Bündnischarakter nun aber auch noch in einer anderen Hinsicht. Noch zu Beginn der siebziger Jahre war es in politischen wie politikwissenschaftlichen Analysen eine nahezu ungeteilte Auffassung gewesen, daß die Christlich-Soziale Union als selbständige Partei inzwischen vollständig in der Lage war, ihr politisches Eigengewicht innerhalb der Gesamtunion nach Bedarf auszuspielen. "... Dies macht die Stärke von CSU-Führer Franz Josef Strauß in der deutschen Politik aus, hindert ihn aber gleichzeitig daran, zum Führer der deutschen Christdemokraten zu werden."[46] Das 'Dilemma des zweiten Mannes', das auch noch Müchler im Jahre 1976 aufnehmen und ausdrücklich bestätigen zu können glaubte[47], schien signifikant zu sein und zu bleiben für das Bündnis der beiden Unionsparteien. Regelmäßig wiederholte Äußerungen von Christlichen Demokraten, auch ein christlich-sozialer Politiker könne Spitzenkandidat der Union werden, vermochten über diesen Tatbestand scheinbar nicht hinwegzutäuschen. An dieser Stelle schien sich die Betonung des gleichberechtigt partnerschaftlichen Verhältnisses durch die CSU einmal als Negativum für die kleinere der beiden Unionen auszuzahlen. Als sogenannte 'in-group' der Christlich-Demokratischen Union hätte den Christlichen Sozialen die Führung der Union insgesamt (formal) jederzeit offengestanden, als 'out-group' schien für sie in der Frage des gemeinsamen Kanzlers bzw. Kanzlerkandidaten die zweite Rolle festgeschrieben zu sein.

Die insbesondere seit Übernahme der Oppositionsfunktionen auf Bundesebene immer häufiger zu beobachtende Zuspitzung der unionsinternen Diskussion auf die Person des jeweiligen (bis zu diesem Zeitpunkt stets von christlich-demokratischer Seite gestellten) Spitzenkandidaten der Union kann im Nachhinein als Indiz dafür betrachtet werden, daß diesem Schein lediglich kurz- oder mittelfristig politischer Realitätswert beigemessen werden mußte. Die in der Union nicht vergessene, schriftlich festgehaltene Einschätzung des Kanzlerkandidaten aus dem Jahre 1976 als dem dafür nur am zweitbesten geeigneten Unionspolitiker durch die Christlich-Soziale Union wie auch die explizite Weigerung von

[46] Sontheimer: Politisches System der Bundesrepublik Deutschland (1971), S. 99

[47] Vgl. Müchler: CDU/CSU, S. 2o7; eine analoge Ansicht vertritt auch Mintzel, vgl. Mintzel: Geschichte der CSU, S. 4o2

Strauß, noch einmal unter Helmut Kohl einen Bundestagswahlkampf bestreiten zu wollen, stellten Aussagen dar, die bei möglichen Überlegungen über eine Neuvergabe der Spitzenposition von CDU und CSU (wie sie in beiden Parteien seit Mitte 1977 zu verzeichnen waren) auch dieses bislang geltende Prinzip des Unionsbündnisses (einer christlich-demokratischen Präferenz auf die Kanzlerkandidatur der Union) revidierbar erscheinen lassen konnten - so wie mit der Nominierung von Franz Josef Strauß zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten der CDU/CSU im Jahre 1979 dann tatsächlich eine Revision in dieser Hinsicht vorgenommen wurde.

12. Die Krise der Opposition - eine Verfassungskrise des Staates?[1]

Einigen Betrachtern der deutschen Politik erschien es nicht ausgeschlossen, von der auf der linken[2] wie auf der rechten Seite[3] des politischen Spektrums in der Bundesrepublik immer wieder in großer - und nicht selten überzeichnender - Ausführlichkeit abgehandelten Problematik des (fehlenden) Konsenses in der parlamentarischen Opposition und deren zeitweise zu beobachtenden Krisenerscheinungen allmählich desgleichen auf eine Krise 'des Systems' - ursächlich oder als Folgewirkung - zu schließen. Ihre Befürchtung war, daß nicht nur der Konsens innerhalb und zwischen den beiden Unionsparteien gefährdet sein könne, auch der allgemeine politische Konsens grundsätzlicher Zustimmung zu dem in der Bundesrepublik Deutschland seit nahezu dreißig Jahren ausgebildeten Gesellschafts- und Parteiensystem schien möglicherweise in Mitleidenschaft gezogen zu werden, sowohl an der Basis (also in der Wählerschaft), als auch bei deren politischen Repräsentanten, den 'Regierenden'. Diese als Möglichkeit gesehenen Gefahren erklärten zumindest zum Teil die Unsicherheiten, die partielle Richtungslosigkeit sowie die inneren Zwistigkeiten der vorherrschenden politischen Kräfte der Bundesrepublik am Ende der siebziger Jahre.

Es war und ist zudem eine beinahe unbestrittene These in Deutschland, daß es auch eine Polarisierung[4] der politischen Gruppen gibt (nicht nur zwischen den beiden Unionsparteien), die spätestens seit dem konstruktiven Mißtrauensvotum vom Mai 1972, vielleicht schon seit dem Wort vom 'Machtwechsel'[5] bei der Bildung der Regierung Brandt/Scheel

[1] Mit einer in den entscheidenden politischen Teilbereichen handlungsunfähigen Opposition, wie sie die CDU/CSU nicht erst seit 1976 darstelle, lebe die Bundesrepublik Deutschland zumindest am Rande einer "handfesten Verfassungskrise", aus: Rolf Zundel: Wie Schafe, wenn's donnert oder das absurde Theater, in: Die Zeit vom 1.7.1977, S. 4

[2] Vgl. "Eigene Bundesliste der CSU? Ärger für CDU und FDP bei Europawahlen möglich", in: Frankfurter Rundschau vom 19.7.1977, S. 1

[3] Vgl. "CDU/CSU: Moltke im Sinn, Die Suche nach der Strategie hält an", in: Rheinischer Merkur vom 15.7.1977, S. 2

[4] wobei noch vor der sachlich-politischen Polarisierung zumeist die personelle Polarisierung genannt bzw. allein unter dem Begriff der 'Polarisierung' verstanden wurde; in diesem Sinne konnte Horst Ehmkes (angebliches) Wort von der MP, mit der er durch das Kanzleramt gehen müsse, um Platz für Anhänger der neuen Regierung zu schaffen, im Jahre 1969 als ein Ausgangspunkt, zumindest aber als ein Indiz gelten für die in den folgenden siebziger Jahren immer wieder zitierte 'Polarisierung' bei dem (parteipolitischen) Ringen um staatliche Ämter und Positionen wie auch um persönlichen Einfluß und politische Macht.

im Oktober 1969 datierte. Der These Dahrendorfs von einem Fehlen jeglicher Polarisierung, überhaupt von Opposition und politischer Auseinandersetzung in der Bundesrepublik oder aber nur einer 'Scheinpolarisierung'[6] ist bei einem Überblick über zehn Jahre einer Unions-Opposition dementsprechend auch nur mit Einschränkungen zuzustimmen. Gerade in einigen Kernfragen der Politik - und hier war d a s große Thema seit Antritt der sozial-liberalen Koalition die Deutschland- und Ostpolitik - fanden wiederholt politische Auseinandersetzungen statt, in denen die politischen Gegensätze von den sie vertretenden politischen Akteuren zumindest immer wieder für unvereinbar deklariert wurden.

Andererseits durften derart vorgenommene subjektive Wertungen nicht von den eigentlichen Inhalten und tatsächlichen Handlungsweisen der (Regierungs- wie der Oppositions-)Politik ablenken. Dort war keineswegs durchgängig das Phänomen der Polarisierung zu verzeichnen gewesen. Die Deutschland- und Ostpolitik war das letzte große Thema der politischen Auseinandersetzung, und auch hier waren Ansätze zu einem allgemeinen Konsens zu beobachten gewesen. Die Opposition, die schon die ursprüngliche Auseinandersetzung nicht geschlossen geführt hatte, mußte auf die Dauer die Vorzüge einer durch Eingliederung in die internationale Entspannungspolitik wieder manövrierfähiger gewordenen Bundespolitik erkennen; die Bundesregierung, unterstützt sowohl durch eine partiell desillusionierte internationale Détente-Politik als auch durch eine Verhärtung der politischen Haltung der Sowjetunion, hatte unter eingestandener Zuhilfenahme christlich-demokratischer/ christlich-sozialer Vorstellungen einige Positionen ihrer eigenen Politik wesentlich eindeutiger markiert, als das in den Anfängen der 'Neuen Deutschland- und Ostpolitik' der Fall gewesen war; und das Bundesverfassungsgericht mit seinem diesbezüglichen Urteil wie auch der dazugehörigen Urteilsbegründung hatte die deutschlandpolitischen Konsequenzen der Ostpolitik für alle weitgehend definiert. Auch in

[5] Bezeichnenderweise wieder auftauchend in der Ansprache des Unionspolitikers Karl Carstens vor den christlich-demokratischen und christlich-sozialen Abgeordneten der Bundesversammlung am 4.3.1979, die ihn (Carstens) anschließend zum Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten am 23.5.1979 nominierten.

[6] Vgl. Ralf Dahrendorf: Wanken die Fundamente unseres Staates? in: Die Zeit vom 12.8.1977, S. 3

anderen, nun in ihrem Stellenwert wieder vor der Deutschland- und Ostpolitik einzuordnenden politischen Teilbereichen ist seit Ende der siebziger Jahre eine parallele Entwicklung zu verstärkter Konsensbildung zu beobachten:

In der Wirtschaftspolitik kann die Grundannahme als allgemein akzeptiert angesehen werden, daß wirtschaftliches Wachstum (in erheblich vermindertem Ausmaß) nötig und durch Anreize zu sichern ist; staatliche Eingriffe im gemäßigt Keynesischen Sinne (d.h. korrigierend, aber nicht lenkend) sind ebenso unbestritten wie wirtschaftliche Hilfe für Schwache als Übergangshilfe; das gleiche gilt für einen prinzipiellen Freihandel im Industriebereich, aber tendenziellen Protektionismus in den sogenannten 'Elementarbereichen' wie Landwirtschaft und Energie. Die Bekämpfung der Inflation wird als wichtiger angesehen als die Vollbeschäftigung.

In der Sozialpolitik gilt eine modifizierte Form des 'Generationenvertrages' in dem Sinne, daß Berufstätige einen Teil der ihnen zustehenden finanziellen Vergütung für bedürftige Nichtberufstätige abgeben. Begrenzte Eigenbeteiligung wird aufrechterhalten, vor allem jedoch ein hohes Niveau der Sicherung angestrebt, garantiert durch eine florierende Wirtschaft.

In der Gesellschaftspolitik wird eine gemäßigte Progression befürwortet - keineswegs mehr gleichzusetzen mit einer Verifizierung der anspruchsvollen These Willy Brandts aus dem Jahre 1969, 'mehr Demokratie wagen' zu wollen. Ein nur noch mäßig expandierendes Bildungswesen mit zum Teil bereits zurückgenommenen Experimenten erscheint ebenso zwangsläufig wie gewisse Liberalisierungen in wichtigen Bereichen der Rechtspolitik (so im Strafvollzug).

In der Verfassungspolitik wird die grundsätzliche Überzeugung von der Bedeutung einer funktionierenden Staatsmacht (jenseits der Wirtschaftspolitik) wieder stärker betont, trotz eines augenscheinlichen Rückgangs sogenannter 'staatsgefährdender' Aktionen. Die Bereitschaft, die Exekutive zu stärken und eine Justiz, die politische Positionen absteckt, (trotz aller Bedenken) zu respektieren, scheint größer denn je.

Zu alledem kommt das weitgehende Nachlassen eines anderen viel zitierten politischen Phänomens, das der 'Staats- und Parteienverdrossenheit'

in der Bundesrepublik Deutschland. In einer partiellen Abkehr vom Staat und den ihn entscheidend (mit-)prägenden Organisationen hatte der Zweifel gelegen, der in den sechziger Jahren in fast allen Demokratien an der Fähigkeit erwachsen war, mit zentralen Fragen fertig zu werden. Es war eine Art liberaler Einsicht gewesen: Der Staat wie die Parteien vermochten nicht alles, sie konnten sogar sehr wenig, und sie spiegelten dabei noch nicht einmal immer die Ansichten der von ihnen repräsentierten wider. Die zeitweise Fundamentalopposition von CDU und CSU gegen die 'Neue Deutschland- und Ostpolitik' stand in einem grundsätzlichen Widerspruch zur mehrheitlich zustimmenden Haltung der Bundesbürger, auch derjenigen, die als CDU/CSU-Sympathisanten einzustufen waren.

Kann man zusammenfassend somit sagen, daß die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland geprägt ist durch einen breiten politischen Konsens, so muß diese Aussage ergänzt werden durch den Zusatz, daß dieser Konsens weder ungefährdet, noch nach vielfältigen Krisenerscheinungen vor allem während der sechziger Jahre als wieder vollständig hergestellt bezeichnet werden kann; auch am Ende der siebziger Jahre waren Krisensymptome zu beobachten, von denen die Union ganz sicher nicht ausgenommen wurde und die selbst Dahrendorf von einem bedrohten politischen Konsens sprechen ließen.[7] Doch während gefährdeter Konsens und auszutragende Konflikte[8] - bezogen auf die politischen Parteien - zumeist zwischen den einzelnen Parteiorganisationen sichtbar wurden und innerhalb der eigenen Parteigrenzen zumindest versuchsweise durch den Mantel parteilicher Solidarität eine Abschirmung nach außen erhielten, verliefen die Argumentationsfronten in der Union quer durch beide Parteien, zunehmend aber insbesondere zwischen CDU und CSU. In dem Maße, in dem es als sicher angenommen werden konnte, daß die Bundesregierung innerhalb des Bundestages eine Mehrheit für ihre (Außen-) Politik würde finden können, wenn diese auch nicht unbedingt mit dem

[7] "Der sozial-liberale Konsens bröckelt an seinen Rändern ... Die politische Idee der Modernität mag erschöpft sein ...", vgl. Ralf Dahrendorf: Die Leitsterne unserer Politik erlöschen, in: Die Zeit vom 19.8.1977. Unter dem von Dahrendorf apostrophierten 'sozial-liberalen Konsens' ist dabei nicht der Konsens innerhalb der sozialliberalen Koalition, sondern der seiner Meinung nach seit Ende der sechziger Jahre in der Bundesrepublik zu verzeichnende gesellschaftspolitische Konsens zu verstehen.

[8] Wobei diesen Konflikten (gerade auch in den Unionsparteien) nicht selten der Charakter persönlicher Interessendivergenzen oder aber der eines 'Funktionsphänomens' (Dahrendorf) zuzusprechen war, was unter anderem bedeutete, daß die zutage tretende politische Polarisierung keinesfalls durchgängig als repräsentativ angesehen

Regierungslager übereinstimmen würde, wurde es zum Charakteristikum der Opposition, mehr als andere Parteien einen erheblichen Teil ihres Arbeitsaufwandes dafür verwenden zu müssen, Alternativen zu formulieren, die von der ganzen Union gebilligt wurden. Die mit dem Hinweis auf das historische Faktum der organisatorischen Eigenständigkeit beider Unionsparteien verstärkte Betonung politischer Unabhängigkeit der Christlichen Sozialen erwies sich immer wieder (und immer mehr) als nicht unbedeutende Erschwernis bei der Formulierung gemeinsamer politischer Aussagen wie ebenso bei der politischen Führung der Union.

Die - gegen eine Mehrheit innerhalb der CDU-Parlamentarier[9] - von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag am 2. Juli 1979 vorgenommene Nominierung des CSU-Vorsitzenden zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Unionsparteien für die Bundestagswahl 1980 vermochte neben einer (naturgemäß vorläufigen) Lösung der gravierendsten Personalprobleme auch die Einheit der Union formal zu sichern; daß aber insbesondere der letztgenannte Umstand zunächst noch eher auf antizipierter Wahlkampfeuphorie als auf einem in und zwischen den Unionsparteien endgültig zum Abschluß gelangten Prozeß einer Neudefinition des gegenseitigen Bündnisses beruhen mußte, vermochten Äußerungen deutlich werden zu lassen, die Franz Josef Strauß (in Ungewißheit über die Beantwortung der Kanzlerkandidatenfrage in CDU und CSU) nur wenige Wochen zuvor zugesprochen worden waren und eher skeptische Überlegungen des neuen Spitzenkandidaten zur Zukunft des Unionsbündnisses offenbart hatten[10] - und so mit einer vergleichbar negativ prognostizierenden Meinung korrespondierten, die sich auf der Grundlage der jahrelangen unionsinternen Diskussionen zum Nachteil der Union in der öf-

[8] Forts.: werden konnte für entsprechende Vorgänge bei den Wählern (die darauf zumeist sogar mit Ablehnung zu reagieren pflegten) oder aber analoge Unterschiede und Gegensätzlichkeiten in politischen Sachfragen, vgl. den Terminus bei Dahrendorf, ebenda.

[9] Von den 237 anwesenden Abgeordneten von CDU und CSU votierten 135 für den CSU-Vorsitzenden gegenüber 102 für den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht; entfielen dabei - wie anzunehmen - alle 53 CSU-Stimmen auf Franz Josef Strauß, ergibt sich eine Mehrheit von 102 zu 82 CDU-Stimmen für den vom Parteivorsitzenden Kohl favorisierten CDU-Kandidaten.

[10] So wurden Äußerungen von Strauß zitiert, in denen der CSU-Vorsitzende das Bündnis aus Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen in der traditionellen Form unter anderem als "verkrusteten Fetisch" bezeichnet haben sollte, vgl. Süddeutsche Zeitung vom 31.5.1979, S. 1; dazu Bayernkurier vom 29.5.1977, S. 3

fentlichen Meinung in steigendem Maße zu verfestigen drohte[11].

Die Union erschien als eine durch ihre enge und langwährende Verbindung von CDU und CSU konsistente und einheitliche Kraft am Ende der siebziger Jahre auf einer Reihe von politischen Teilgebieten zur Diskussion gestellt; zwar hatte auch nach den spektakulären internen Auseinandersetzungen und einem ihr vielfach nachgesagten 'Tod des Unionsgedankens' am Ende noch stets die Idee von der Gemeinsamkeit der beiden Unionsparteien gestanden, doch konnte andererseits nicht unbeachtet bleiben, daß die permanente Verpflichtung, zwei organisatorisch voneinander unabhängige und in ihrer politischen Ausrichtung auch zum Teil graduell unterschiedliche Parteien zu einer pragmatischen wie ideellen Einheit zusammenzuführen, zunehmend zu einem immer mehr an Eigendynamik gewinnenden personellen und sachpolitischen Problem geworden war. Ein Fortbestehen der Dichotomie zwischen diesem empirisch erkennbaren Tatbestand und dem Insistieren auf der tradierten Formalität der Unionseinheit könnte sowohl eine mögliche Gefährdung des Bündnisses an sich wie gleichfalls für Glaubwürdigkeit und damit Bestand des derzeitigen Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland implizieren.

12.1. Die Problematik der Union

12.1.1. Die Strategiefrage

Sporadisch hatten Beobachter der Unionsparteien den Eindruck gewinnen müssen, daß es der Opposition immer wieder gelang, anstelle der Regierungspolitik die eigene Bündnisproblematik zum primären Gegenstand der veröffentlichten Meinung zu machen[12]. Nahezu zuverlässig, so mochte es fast scheinen, kam die Union stets dem sozial-liberalen Re-

[11] "Die Alternative 'Strauß oder Trennung' überlagerte die Entscheidung 'Strauß oder Albrecht' ... Der Grundirrtum all jener, die im Glauben, sie hätten die Einheit der Union gerettet, oder in der Hoffnung, das Experiment Strauß sei bis 1980 befristet, dem CSU-Chef ihre Stimme gegeben haben, besteht darin, daß sie nicht einen Kanzlerkandidaten gewählt haben. Sie haben einen Mann geholt, der versuchen wird, die Macht zu übernehmen. Und davon versteht er was, wie das Schicksal der CSU lehrt. Auch weiß er, wie man mit der CDU umspringen kann. Sie hat sich aus Angst gegen Vernunft und Charakter entschieden. Vor schwachen Gegnern aber hat Strauß noch nie Respekt gehabt", aus: Rolf Zundel: Fünfzehn Jahre hat er jeden CDU-Chef zermürbt, jetzt ist Strauß selber Spitzenmann der Union. Führt er die Opposition zur Macht?, in: Die Zeit vom 6.7.1979, S. 3

gierungslager (ungewollt) zu Hilfe, wenn es sich in Schwierigkeiten befand.

War die zunehmende Regelmäßigkeit solch negativer Parallelaktionen im Sinne von CDU und CSU bereits abänderungswürdig genug, so nahmen sich die Auseinandersetzungen um Bundes- oder Landeslisten für die Europawahl schon beinahe unverständlich aus. Daß die Wahl tatsächlich bereits im Jahre 1978 stattfinden würde, war seit längerer Zeit zweifelhaft.

Eine - wie geschehen - so frühzeitige (seit 1977) und dementsprechend bis zu ihrem Höhepunkt im Jahre 1979 so lange währende Diskussion um Bundes- oder die von der Union favorisierten verbundenen Landeslisten oder aber die bis zuletzt offengehaltene Möglichkeit einer bundesweiten Kandidatur der CSU bzw. ihre Anbindung an eine bundesweit kandidierende politische Gruppierung ließ ein angemessenes Maß an parteipolitischer Raison bei den Unionsparteien vermissen. Vor allem angesichts der Tatsache, daß Franz Josef Strauß und Helmut Kohl sich über die oppositionelle Marschroute beim Wahlverfahren im Prinzip einig gezeigt hatten. Waren (die von der SPD-FDP-Koalition befürworteten) Bundeslisten unabwendbar, so wollten die beiden Parteivorsitzenden die Möglichkeit offenhalten, daß eine solche Liste von der CSU nur in Bayern und von der CDU im übrigen Bundesgebiet ausgelegt wurde, so daß sich die Schwesterparteien nicht konkurrierend gegenüberstünden.

Genau diese entscheidende Modifikation aber unterschlug der christlich-soziale Generalsekretär, Gerold Tandler, wenn er stereotyp von einer CSU-Bundesliste sprach. Stets beschwor deren Erwähnung die Erinnerung an die Kreuther Beschlüsse der bayerischen Union herauf - und die Spekulation, daß die Christlich-Sozialen es mit der Selbstbeschränkung nicht so ernst meinen und versuchen könnten, die Europawahl als bundesweiten Test für ihre Partei oder eine Parter ihrer politischen Couleur zu benutzen. Wiederholt verwies die CDU auf ihre bereits zu

[12] "Das Talent der Opposition, der Regierung die Schau zu stehlen, grenzt ans Wunderbare", aus: Carl-Christian Kaiser: Neue Sticheleien nach alter Methode, Bei der Debatte über die Europawahlen erhält die CSU ihren bundesweiten Anspruch aufrecht, in: Die Zeit vom 26.8.1978, S. 4

einem früheren Zeitpunkt gemachte Ankündigung, falls dieser Versuch unternommen werden sollte, sei für die Christlichen Demokraten die gleiche Ausgangslage gegeben, wie sie bereits nach Kreuth bestanden habe (Kohl); darauf gegebene Erwiderungen des CSU-Generalsekretärs wie die, seine Partei sei kein Befehlsempfänger und Objekt der Maßregelung und lasse sich von düsteren Drohungen auch dann nicht schrekken, wenn sie von 'oberster Stelle' kämen, vermochten schon allein von dem zur Anwendung gebrachten Sprachgebrauch kaum zu einer Harmonisierung des gegenseitigen Verhältnisses beizutragen.

Angesichts der vielen Fragezeichen, die die Wahl und das Wahlverfahren lange Zeit noch umgaben, wirkte ein solcher Disput überdies wie künstlich herbeigeredet. Um so abträglicher für das Bild der Union in der Öffentlichkeit mußte es sein, daß er nicht vermieden, sondern - einmal begonnen - von den profiliertesten Unionspolitikern geführt wurde.

Doch so überflüssig derart politische (Schein-)Gefechte auch sein mochten, sie besaßen zum Teil sehr konkrete Hintergründe. Unverändert gilt auch heute, daß die Union zeitweise noch immer zögert, ihre Kontroversen auszutragen, zur Sache und über Inhalte abschließend zu diskutieren. Auseinandersetzungen über Sachprobleme verlieren sich nicht selten in öffentlich artikulierten persönlichen Vorwürfen zwischen den Kontrahenten. Die Differenzen über das Arbeitsmarktpapier des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler und des Vorsitzenden der Sozialausschüsse, Norbert Blüm, (als den hauptsächlichen Autoren) beispielsweise wuchsen sich im Jahre 1977 schon sehr bald aufgrund unausgetragener Meinungsverschiedenheiten über den wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs der Union zu persönlichen Streitigkeiten aus, die erst mit dem Rücktritt Albrecht Hasingers von dem Posten des Geschäftsführers der Sozialausschüsse ihren zumindest vorläufigen Abschluß fanden. Die kritisch-provozierenden Bemerkungen Kurt Biedenkopfs zum angeblichen oppositionellen Nachholbedarf in der Ostpolitik wurden schon sehr bald von den Protesten Manfred Abeleins, Werner Marx' und anderer zugedeckt. Die christlich-soziale Einschätzung der 'Entspannungspolitik'[13] als einer gegen die originären Interessen

[13] Die Termini 'Entspannung', 'Entspannungspolitik' und ähnliche werden vom Bayernkurier bezeichnenderweise noch heute immer in Anführungszeichen gesetzt, soweit sie auf die sozial-liberale Regierungspolitik bezogen sind.

(West-)Europas gerichteten Doppelstrategie in der Politik der Sowjetunion war ohnehin bekannt und erfuhr ihre ständige Wiederholung[14].

Unter diesen Umständen mußte partiell der Charakter eines Appells an die eigenen Unionsparteien angenommen werden, wenn der Oppositionsführer bei der Ankündigung alternativer und zugleich offensiver Oppositionspolitik die Feststellung machte, noch nie seien in der Union so wenig interne Auseinandersetzungen über wichtige Sachbereiche wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu verzeichnen gewesen[15].

Wo aber Sachpunkte nicht geklärt wurden, fiel es naturgemäß schwer, sich auf eine gemeinsame Strategie zu verständigen. Wie eng dieser Zusammenhang war, wurde gerade an dem parteipolitischen Streit über die Europawahl deutlich. Verstand der CSU-Vorsitzende einen wie auch immer beschaffenen Zusammenschluß mit den europäischen Freunden der Union, insbesondere mit den ausgesprochen konservativen Gruppierungen, als Bollwerk gegen die Sozialisten (und natürlich die Kommunisten), so argwöhnte er offenkundig, daß die Christlichen Demokraten gegen manche 'Links'tendenz nicht gefeit sein könnten. Nicht zufällig waren die Gespräche Geißlers mit der Democrazia Cristiana, die auf ein Arrangement mit den Kommunisten angewiesen war, von München aus mit besonderer Intensität verfolgt worden, obwohl die CDU keinen Zweifel daran gelassen hatte, daß sie eine Zusammenarbeit zwischen den italienischen Christlichen Demokraten und der KPI ebensowenig guthieß wie ihre Schwesterpartei. Aber der CDU-Generalsekretär war eben auch Mitautor des Arbeitsmarktpapiers seiner Partei, dem Strauß die Übernahme 'sozialdemokratischen Gedankenguts' testiert hatte. Das Mißtrauen gegen jene von Helmut Kohl geleitete CDU, die gegen die FDP auf Bundesebene nicht konfrontativ auftreten wollte und mit ihr in zwei Ländern zeitweilig sogar Koalitionen eingegangen war, kehrte hier unter anderen Vorzeichen auf europäischer Ebene wieder.

Und vor diesem teilweise innenpolitischen Hintergrund besaßen Anmerkungen wie die Tandlers oder seines Nachfolgers im CSU-Generalsekretariat, Stoiber, zu einer europäischen Bundesliste der CSU doch ihre

[14] Vgl. so etwa in Reaktion auf die Biedenkopf-Äußerungen, in: Bayernkurier vom 27.8.1977, S. 5

[15] Zit. in: Die Zeit vom 26.8.1977, S. 4

innere Logik und Begründung im Bündniszusammenhang der Unionsparteien. Gab es in der Union über politische Inhalte, den Kurs und damit die Strategie keine Einigkeit, so hielt die Christlich-Soziale Union für alle Fälle den bundesweiten Anspruch aufrecht, der ihr in dem Einigungspapier vom Dezember 1976 explizit bestätigt worden war. Ohnehin war von ihrer Seite der Gedanke an eine vierte Partei trotz aller taktischen Rochaden eingestandenermaßen nie aufgegeben worden. Hatten die Verfechter eines auf absolute Unionsmehrheiten gerichteten Kurses 1978 auf die hessische, und jene, die ein Bündnis mit der FDP für erfolgversprechender hielten, auf die in demselben Jahr stattfindende niedersächsische Landtagswahl gehofft und von ihnen jeweils eine Bestätigung ihrer Lehrmeinung erwartet, so mußten die für die Unionsparteien positiven, jedoch in keinem der genannten Sinne eindeutigen Wahlergebnisse[16] in den beiden Bundesländern nahezu zwangsläufig zu einer neuerlichen Diskussion der alten Strategie-/Taktik-Problematik führen[17]. So galt die Frage, mit welcher Strategie die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag die Politik der sozial-liberalen Koalition beantworten sollte, weiterhin als eines der ungelösten zentralen Probleme der Opposition; es blieb weiter undefiniert, ob gegenüber der FDP relative Rücksicht geübt oder das gesamte Regierungslager konfrontativ angegangen werden sollte. In der Oppositionspraxis bildete sich daher eine Mischung aus kooperativer und kompetitiver Strategie heraus, durchsetzt mit Elementen der Konfrontation: Hier Zusammenarbeit mit dem Regierungslager (die entgegen dem

[16] Während in Hessen die Christlich-Demokratische Union die von ihr zum Wahlziel erklärte absolute Mehrheit der Mandate und damit die Übernahme der Landesregierung mit 44,0% aller abgegebenen Stimmen verfehlte (1974: 47,3%), wurde die CDU Niedersachsens, deren Absicht eine Weiterführung der Koalition mit den Freien Demokraten gewesen war, mit 48,7% der Stimmen zur stärksten Fraktion im Landtag (1974: 48,8%), nachdem mit dem Ausscheiden der FDP (4,2%; 1974: 7,0%) auch nur noch zwei Parteien in das Landesparlament hatten einziehen können. Dagegen bestätigten im Jahre 1980 die Landtagswahlen im Saarland (CDU = 44,0%; 1975: 49,1% und FDP = 6,9%; 1975: 7,4%) und in Baden-Württemberg (CDU = 53,4%; 1976: 56,7%) - nach einem Wechsel der jeweiligen christlich-demokratischen Spitzenkandidaten - die in den genannten Bundesländern bestehende CDU-FDP-Koalition bzw. die absolute Mehrheit der Christlich-Demokratischen Union, vgl. die Ergebnisse der Landtagswahlen in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2, 1980, S. 250ff.

[17] Dabei bleibt festzuhalten, daß diese Diskussion lediglich in der Öffentlichkeitsresonanz dominant erschien; beide Unionsparteien gaben sich am Ende der siebziger Jahre (CSU: 1976, CDU: 1977) nach ausführlichen parteiinternen Beratungen jeweils neue Grundsatzprogramme, auf deren Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiedlichkeiten hier jedoch nicht näher eingegangen werden soll, vgl. dazu die im Jahre 1979 an der Universität Trier von Michael Hülpes erstellte Examensarbeit.

zumeist vermittelten Eindruck in der Vorgehensweise im Parlament überwog), dort Wettbewerb um alternative Lösungen, und zwischendurch eine Reihe von Grundsatzattacken auf die Politik der Bundesregierung. Keineswegs hatte jemals für die Union eine sachliche Notwendigkeit bestanden, sich ausschließlich für eines der idealtypischen Verhaltensmuster zu entscheiden, doch war auf der anderen Seite auch die Frage nach den Bestimmungsgründen des tatsächlich gezeigten Oppositionsverhaltens der Union insgesamt kaum befriedigend zu beantworten[18]. Die Motive ihres parlamentarischen Handelns waren vielfältig und nicht ohne Widersprüche; sie konnten nur mit erheblichen Vorbehalten auf gemeinsame Nenner wie 'tradiertes gouvernementales Selbstgefühl' oder 'oppositionelles Obstruktionsgebahren' gebracht werden. Relevanter als derartige Spekulationen über Verhaltensmotive vermag daher eine Betrachtung des Handelns der CDU/CSU-Opposition im Hinblick auf das parlamentarisch-politische Institutionengefüge der Bundesrepublik zu sein. In der Gesetzgebungsarbeit des Bundestages hatte nicht erst mit der Übernahme der Oppositionsführung durch Helmut Kohl die Union im Prinzip die traditionell und institutionell vorgeprägte Rolle einer konstruktiven und kooperativen Opposition eingenommen, die sie zuweilen bereits in den ersten Jahren nach ihrer Verdrängung von der Regierungsmacht mit einem ebenso unbekannten wie of wirkungslosen Leistungseinsatz gespielt hatte. Dabei war es das Verdienst insbesondere des Vorgängers von Kohl, Rainer Barzel, gewesen, im Rahmen der alternativen Profilierung der Opposition die Rolle des Oppositionsführers als dem ersten Gegenspieler des Bundeskanzlers im Deutschen Bundestag wie kaum zuvor etabliert zu haben. Bei allen inneren Widersprüchen und Diffusionen ihres parlamentarischen Verhaltens haben CDU und CSU das von den Sozialdemokraten durch ihre langjährig betriebene gouvernementale Anpassungsstrategie eher passive und zum Teil opportunistische Oppositionsgebahren am Ende der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre durch ein aktives und selbstbewußt kämpferisches ersetzt. Sie vermochten auf diese Weise das Oppositionsamt als Element

[18] Vgl. die (allerdings lediglich für die 6. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages erstellte diesbezügliche Untersuchung Veens ('Bestimmungsgründe des Oppositionsverhaltens') in: Veen: Opposition im Bundestag, S. 195-201

kritischer Kooperation (selten nur prinzipieller Obstruktion) und politischer Alternativbildung neu in das öffentliche Bewußtsein der Bundesrepublik einzubringen. Indem das kritisch-alternativ orientierte Verhalten der CDU/CSU-Fraktion den legitimen Handlungsspielraum der Opposition im Bundestag bis hin zum Mißtrauensvotum ausschöpfte, stärkte sie zweifellos die Opposition als Verfassungsinstitution - sie schwächte dieses Bild jedoch dadurch wieder ab, daß sie mit immer wieder geführten Diskussionen über innere Probleme oft den Eindruck verminderter Handlungsfähigkeit entstehen ließ. Dennoch blieb festzuhalten, daß gleichfalls dem Parlament als d e m für eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition zur Verfügung stehenden Verfassungsorgan zu neuem Rang verholfen wurde durch die wieder vermehrt dualistische Ausprägung der Mehrheits- und Minderheitspositionen. Nicht allein durch den Regierungswechsel an sich hatte das parlamentarische System der Bundesrepublik Deutschland eine Bewährungsprobe für das Funktionieren des politischen Prozesses damit bestanden.

12.1.2. Die personelle Heterogenität

Nicht zuletzt besaßen die strategiepolitischen Diskussionen wie auch das letztendliche Offenlassen der grundsätzlichen Strategiefrage der Opposition ihre Ursache in der CDU und CSU auch in der Opposition erhalten gebliebenen Vielfalt an politischen Persönlichkeiten und damit den von ihnen repräsentierten - keineswegs einheitlichen - Strategiekonzeptionen. Während beispielsweise der um die Sozialausschüsse gruppierte Teil der CDU/CSU-Fraktion den Wählern eine breite Palette von Oppositionsofferten präsentieren wollte, vertrat der stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende Dregger die Auffassung - da er für eine grundsätzliche Opposition plädierte -, daß man sich nicht zersplittern dürfe, sondern auf drei oder vier Themen konzentrieren müsse[19].

Außerdem kursierten in der Union inhaltliche und strategische Mischkonzepte. Kurt Biedenkopf etwa trat seit langem dafür ein, erst die eigenen Positionen schlüssig zu umreißen, dann zu sehen, wie sich die

[19] Vgl. Die Zeit vom 23.9.1978, S. 3

FDP dazu einstellen würde, und danach die Strategie gegenüber den Liberalen zu konzipieren.

Aber gerade bei der einheitlichen Definition der eigenen Standpunkte tat sich die Opposition oft schwer. Große Grundsatzdebatten - so zum Beispiel über die Sanierung des Sozialsystems, die Menschenrechtsfrage oder die Energiepolitik - fanden in der Union wie in ihrer Fraktion erst relativ spät statt, wenn auch der dann von beiden Parteiführungen seit den Jahren 1977/78 endgültig eingeschlagene Weg umfangreicher sachpolitischer Kongresse zu ausgewählten Themenbereichen als ein bislang gelungener Versuch zur teilweisen Änderung dieses Zustandes bezeichnet werden kann. Kam es jedoch in Einzelfällen und auf politischen Spezialgebieten zu Vorschlägen, so wurde ihnen nicht selten umgehend die Vermutung entgegengehalten, damit gegebenenfalls eine Aufweichung des mehr oder minder prinzipiellen Neins zur Regierungspolitik bewirken zu können. Dies hatte so Hans Katzer erfahren müssen, als seine zu Beginn der achten Legislaturperiode gemachten Vorschläge zur Rentensanierung Gegensätze in den Schwesterparteien wie in der gemeinsamen Fraktion aufbrechen ließen, hinter denen die eigentlichen Ansätze schließlich fast verschwanden. Auch die Debatte innerhalb der Christlich-Demokratischen Union wie desgleichen mit der CSU über das Arbeitsmarktprogramm des CDU-Generalsekretärs Geißler hatte - wie oben dargelegt - in persönlichen Vorwürfen sein Ende gefunden. Und wie schwer es war, einen Konsens in Fragen der Außenpolitik herzustellen, ließ sich ermessen, vergegenwärtigte man sich die Spannweite der außenpolitischen Experten in der Unionsfraktion von Gerhard Schröder und Richard von Weizsäcker über Werner Marx und Alois Mertes bis zu Manfred Abelein und Herbert Hupka.

Schließlich war festzustellen, daß die Unionsparteien eine arbeitsintensive und auch effektive Opposition im Parlament darstellten, ein dementsprechendes Bewußtsein aber durchaus nicht immer damit einherging. Nach der unerwarteten Verdrängung aus den Regierungsämtern hatte sich die Union zumindest anfänglich als 'Regierung im Wartestand' begriffen; nach der eindeutigen Niederlage von 1972 hatten sich viele durch die anschließende Serie ihrer Landtagserfolge schon bald wieder vom politischen Aufwind getragen gefühlt, und seit der Bundestagswahl des Jahres 1976 und nach der Revision des Trennungsbeschlusses sah

sich die Union als moralischer Sieger, dem die Regierungsbank eigentlich nicht mehr lange vorenthalten werden könne. Die Hoffnungen des CDU-Vorsitzenden auf einen potentiellen Koalitionswechsel der Freien Demokraten noch im Verlauf der Legislaturperiode besaßen unter anderem hierin ihre tieferen Beweggründe.

Aufschub der Strategiefrage, nicht zuletzt deshalb auch zeitweise Unentschiedenheit bei wichtigen Sachproblemen, dazu grundsätzliche sachpolitische Divergenzen, potenziert durch personenbezogene Gegensätzlichkeiten - das alles hatte oftmals zur Folge, daß die Unionsparteien sich zusätzlichen Erschwernissen ihrer Arbeit aussetzten, das Bild mangelnder Koordination von seiten der (CDU-)Partei- und Fraktionsführung entstehen konnte und auf diese Weise unterschiedliche Problembereiche in der Union erneut auf die Führungsfrage der Opposition zugespitzt wurden. Die Unzufriedenheit (weniger mit den tatsächlich vorweisbaren Erfolgen, als mit dem der Öffentlichkeit immer wieder vermittelten Bild von der Union) floß demgemäß zusammen in dem innerhalb wie außerhalb der Unionsparteien erhobenen und vor allem an die Adresse des Fraktionsvorsitzenden gerichteten Vorwurf, es gebe keine Konzeption, keine kraftvolle Führung und somit keine überzeugende Darstellung der Oppositionspolitik. Dabei hatten sich die Unionsparteien durch die wiederholte Vertagung ihrer Strategiedebatte in einen unbequemen Schwebezustand versetzt. Die Frage, welches Konzept Kohl vorlegen, wie er kraftvoll führen und überzeugend Opposition betreiben sollte, wenn es einstweilen eine Einigung über Strategiefragen noch nicht gab und darunter ebenfalls die inhaltlichen politischen Aussagen der Union permanent zu leiden drohten, war bislang lediglich von den Christlichen Sozialen eindeutig beantwortet worden - in einer Weise, die von den Christlichen Demokraten kaum übernommen werden konnte, gleichzeitig in der eigenen Diskussion der größeren Schwesterpartei aber einen gewichtigen Faktor darstellte.

So blieb es bei der vorzugsweise auf die zum Teil unbestreitbaren Schwächen des Oppositionsführers abhebenden Kritik, die sich insbesondere mehr und mehr dessen Abneigung annahm, über den 'Generalisten' hinaus auch zum profunden Sachkenner auf Einzelgebieten zu werden. In einem so großen und naturgemäß inhomogenen Gebilde wie der Unionsfraktion hatte dieser Stil - politische Anstöße zu geben, Ideen und Überlegun-

gen anderer weiter zu transportieren und durch intensive Pflege persönlicher Beziehungen zu führen und so die Unionspolitik zu präjudizieren - seine Grenzen. Nicht selten wäre dem CDU-Vorsitzenden persönliche Sachautorität sicherlich hilfreicher gewesen.

Die im Verlauf des Jahres 1978 stetig anwachsende und schließlich im Frühjahr 1979 in einer offenen Führungskrise um den CDU-Vorsitzenden und gemeinsamen Oppositionsführer im Bundestag, Kohl, kulminierende Kritik bildete die Ausgangslage dafür, daß mit der Nominierung des CSU-Vorsitzenden zum Kanzlerkandidaten der Union für die Bundestagswahl 1980 sowohl die Erörterung einer Neuformierung des Unionsbündnisses als auch die Diskussion um den bisherigen Spitzenkandidaten zu einem vorläufigen Ende gebracht werden konnten. Zwar bestanden auch noch kurze Zeit nach der Strauß-Nominierung Gedankenspiele über mögliche personelle Alternativen im CDU/CSU-Fraktionsvorsitz wie im CDU-Parteivorsitz weiter fort, doch waren sie danach schon sehr bald ausschließlich dem Bereich der Spekulation zuzuordnen[20]. Die Union begann sich - mit nur allmählich abgebauter Skepsis gegenüber der Person des CSU-Vorsitzenden in Teilen der Christlich-Demokratischen Union[21] - unter der erneuerten Oppositionsführung von Strauß und Kohl sichtbar zu konsolidieren. Zwar gibt es unvermindert präsumtive Nachfolger für die beiden von Kohl eingenommenen Spitzenämter in den Unionsparteien, sie müssen jedoch davon ausgehen, daß die Christlichen Demokraten gegen 'Königsmord' außerordentlich empfindlich geworden sind, seit Rainer Barzel ihn an Ludwig Erhard begangen hat. Die heimlichen Bewerber können sich heute profilieren, aber keine offene Fronde aufbauen - wie es sich am Beispiel des Biedenkopf-Vorstoßes mit dem Ziel einer Ämtertrennung von CDU-Vorsitz und CDU/CSU-Fraktionsvorsitz (ein

[20] Vgl. so etwa die Überlegungen in der CSU-Parteiführung, nach einer diesbezüglichen Absage des Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Wallmann den westfälischen CDU-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf zum Koordinator für den Unions-Wahlkampf im Jahre 1980 zu machen: "Wenn der CDU-Vorstand den bayerischen Wunschkandidaten Biedenkopf akzeptiert, werden - wollen sie ihr Gesicht wahren - Kohl den Fraktionsvorsitz und Geißler das Generalsekretariat räumen", aus: Der Spiegel vom 13.8.1979, S. 16.

[21] Vgl. so die noch wenige Wochen vor dem Wahltermin von (jugendlichen) christlich-demokratischen wie christlich-sozialen Wahlhelfern intern geäußerte Kritik über mangelndes Engagement von seiten der CDU wie auch der Nachwuchsorganisation Junge Union für den gemeinsamen Kanzlerkandidaten, in: Klaus Pokatzky: Wir sind die rechten Spontis, Wie sich junge Leute für Franz Josef Strauß im Wahlkampf schlagen, in: Die Zeit vom 19.9.1980, S. 63

zu Zeiten Rainer Barzels von Helmut Kohl selbst erhobenes Postulat) im Januar 1979 zeigte. Und dies obwohl in dem Fall es kaum Zweifel daran geben konnte, daß der Plan des westfälischen CDU-Vorsitzenden sich gut in die Vorstellungen vieler christlich-sozialer Unionspolitiker einfügte[22] und daneben auch eine Reihe von Christlichen Demokraten eingestand,

> "daß ihr ehemaliger Generalsekretär den Finger in der Tat auf schwärende Wunden gelegt hat. Der Zorn auf die Kassandra Biedenkopf (... auch in der Fraktion argwöhnt man, daß er eine Sachfrage, nämlich die mangelnde Effizienz der Fraktionsführung, benutzt hat, eine Machtfrage aufzuwerfen, nämlich die nach dem Schicksal Helmut Kohls ...) ist genauso groß wie der Respekt vor dem Analytiker Biedenkopf. Er hat nur gesagt, was die meisten meinen"[23].

Ob es in der Tat "die meisten" Unionsmitglieder waren, die der Analyse Biedenkopfs zustimmten, mußte dahingestellt bleiben; man respektierte in der Fraktion wie vor allem in der Partei durchaus, daß Helmut Kohl seit der Übernahme seines parlamentarischen Amtes im Bundestag so gut wie alle Arbeitskraft auf die Fraktionsführung verwenden mußte und die Parteigeschäfte überwiegend seinem Generalsekretär überließ. Dieser Umstand schien dabei der Position Kohls keinen Abbruch zu tun, sondern stärkte im Gegenteil seinen Rückhalt zum Teil noch. Dementsprechend auch nur unter Einschränkungen erschien eine Zeitlang Alfred Dregger als der potentiell härteste Konkurrent des Partei- und Fraktionsvorsitzenden in der CDU. Der hessische Landesvorsitzende war erkennbar bemüht, sein Image als betont konservativer Unionspolitiker mit partiell liberalem Gedankengut abzumildern. Andererseits kommen ihm jene konservativen Grundströmungen entgegen, die zum Beispiel der Terrorismus und Symptome wirtschaftlicher Labilität wieder aktiviert haben. Das Verfehlen der absoluten Mehrheit im Wiesbadener Landtag sowie das diesbezügliche Reüssieren Ernst Albrechts in Hannover haben zwar seine kurzfristigen Chancen gemindert, Helmut Kohl aber damit

[22] Für den CSU-Vorsitzenden, der kurz zuvor in einem Interview Biedenkopfs politische Fähigkeiten hervorgehoben hatte, "könnte eine Ämtertrennung die erste wichtige Etappe auf seinem Weg zur Kanzlerkandidatur bedeuten", vgl. Rolf Zundel: Ein neuer Kampf um Kohl, in: Die Zeit vom 12.1.1979, S. 1

[23] Carl-Christian Kaiser: Um den großen Preis der CDU, in: Die Zeit vom 19.1.1979, S.3

ebenso in eine weitere Konkurrenzsituation gebracht.

Ein anderer Unionspolitiker, der als Alternative zu Kohl nicht erst seit seinem direkten Angriff gelten mochte, war Kurt Biedenkopf. Abgesehen davon, daß er, obgleich schon Vorsitzender des großen westfälischen Landesverbandes und seit dem Tod Heinrich Köpplers während des Landtagswahlkampfes im Frühjahr 1980 zugleich Präsidiumsvorsitzender der nordrhein-westfälischen CDU, keine unbedingte Verankerung an der Parteibasis aufzuweisen vermag, dürfte sein Kalkül - wie das des niedersächsischen Ministerpräsidenten nach seiner unionsinternen Niederlage gegen Franz Josef Strauß im Sommer 1979 - eher auf die Kanzlerkandidatur 1984 angelegt sein. Daß Helmut Kohl im Februar 1979 es nicht durchzusetzen vermochte, bei der von ihm angeregten organisatorischen Straffung der CDU/CSU-Fraktionsarbeit im Bundestag die beiden christlich-demokratischen Politiker Barzel[24] und vor allem Biedenkopf, zu denen er auf Grund der Ereignisse der letzten Wochen und Monate ein gespanntes Verhältnis besaß, von der Teilnahme an dem neuen Institut eines geschäftsführenden Fraktionsvorstandes auszuschließen[25], deutete die bereits zu diesem Zeitpunkt vorhandene Stärke der Position Biedenkopfs in der Partei an.

Die ansonsten in einer Reihung potentieller Kandidaten für die Spitzenämter der Union zu nennenden Politiker müssen dagegen - von einem direkten Rivalitätsbezug zu Helmut Kohl her gesehen - bis auf eine Ausnahme als inzwischen zweitrangig angesehen werden. Karl Carstens darf auch nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten (23. Mai 1979) die während seiner Tätigkeit als Präsident des Deutschen Bundestages erworbene Geltung als Integrationsfigur für die Unionsparteien weiter-

[24] Auch der frühere Partei- und Fraktionsvorsitzende Barzel hatte seit 1976 mehrfach die Amtsführung seines Nachfolgers öffentlich bemängelt und sich in der Diskussion des Biedenkopf-Papiers Anfang 1979 auf die Seite der Kritiker Kohls gestellt.

[25] Ohne den Terminus des 'geschäftsführenden Fraktionsvorstands' zu erwähnen, heißt es in dem Statut über dieses neue Organisationsinstrument der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter anderem, der Fraktionsvorsitzende werde "im Rahmen seiner Kompetenz" in jeder Sitzungswoche die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die Arbeitskreisvorsitzenden, die parlamentarischen Geschäftsführer "und die Mitglieder der Präsidien beider Parteien, soweit sie Fraktionsmitglieder sind" (was sowohl auf Barzel wie auf Biedenkopf zutraf), einberufen, um die Arbeit der Fraktion vorzubereiten, vgl. den Text des CDU/CSU-Papiers vom 6.2.1979, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.2.1979, S. 1, 3

hin beanspruchen[26], ist aber mit seinem Aufstieg in das höchste deutsche Staatsamt aus dem Kreis der Kandidaten naturgemäß ausgeschieden; der Nachfolger des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger, Lothar Späth, verfügte trotz seines beeindruckenden Wahlerfolges von 1980[27] und wiederholter Angebote, bei Streitigkeiten in- und vor allem zwischen den Unionsparteien als Vermittler aufzutreten, bislang noch nicht über ausreichende Möglichkeiten zur eigenen Profilierung.

Persönliche wie landesparteiliche Loyalität verhindern auch bei Kohls Nachfolger im Amt des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, Bernhard Vogel, vorerst eine dermaßen geartete politische Distanzierung oder gar Frontstellung zwischen den beiden Politikern.

Lediglich der schleswig-holsteinische Ministerpräsident hat dank seiner,wenn auch nur knappen, Behauptung der absoluten Mehrheit im Kieler Landtag bei der letzten Landtagswahl 1979[28], insbesondere aber durch seinen Eintritt in die Kernmannschaft der Union für die Bundestagswahl 1980 und die Übernahme der Kandidatur für das Vizekanzleramt (sowie ein Ressort aus dem wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich) unter Franz Josef Strauß seine Anwartschaft auf eine der Führungspositionen der Union nicht unerheblich zu verstärken vermocht.

Der sorgsamen Registrierung dieser personalpolitischen Konstellationen innerhalb der Christlich-Demokratischen Union durch die Christlichen Sozialen kann sich Helmut Kohl als gemeinsamer Oppositionsführer von CDU und CSU sicher sein, doch scheint sich seine innerparteiliche

[26] Vgl. unter anderem Carl-Christian Kaiser: Präsident aus dem Bilderbuch, Karl Carstens: Vom Polemiker zur Integrationsfigur mit Zukunftschancen, in: Die Zeit vom 2.9.1977, S. 5
("Die neutrale Position, die er (gemeint ist Karl Carstens im Amt des Bundestagspräsidenten, Anm. d. Verf.) jetzt innehat, beginnt ihn zu einer neuen Integrationsfigur zu machen. In der Unionsfraktion mehren sich die Stimmen, die fragen, ob dieser Präsident, jetzt der zweite Mann im Staate, 1979 nicht zum ersten Mann erhoben werden sollte. Oder gar zum Kanzlerkandidaten?")

[27] CDU = 53,4% (1976: 56,7%), SPD = 32,5% (1976: 33,3%), FDP/DVP = 8,3 % (1976: 7,8%), Grüne = 5,7% (1976: -), aus: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2, 1980, S. 250

[28] CDU = 48,3% (1975: 50,4%), SPD = 41,7% (1975: 40,1%), FDP = 5,7% (1975: 7,1%), aus: Ebenda, S. 255

Stellung nach der Entscheidung über die Vergabe der Kanzlerkandidatur an dem CSU-Vorsitzenden zum Teil wieder gefestigt zu haben; keine der besprochenen Möglichkeiten für eine personelle Veränderung im Partei- oder Fraktionsvorsitz ist bislang zumindest einer Realisierung nähergekommen. Die alte Gemeinsamkeit und das ursprüngliche Selbstverständnis sind zwar nachhaltig durch die Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre beeinträchtigt worden, allein die Opportunität (einer möglichen Mehrheitsgewinnung bei den Wahlen des Jahres 1980) aber war schon ein Grund, die Organisation des Bündnisses zwischen CDU und CSU im wesentlichen noch unverändert zu lassen. Vor allem der CSU konnte eine Akzeptierung dieses Zustandes um so leichter fallen, als sie mit ihrem Vorsitzenden zum ersten Male in der gemeinsamen Bündnisgeschichte die Spitzenposition der Union besetzte und daneben auch mit ihrem Einfluß auf die Geschäfte der Bundestagsfraktion insbesondere nach deren organisatorischer Umstrukturierung Anfang 1979 mehr als zufrieden sein darf[29]. Auch bei den Christlichen Demokraten dürfte weiterhin die Meinung vorherrschend sein, daß mit einer Sprengung der Bündnisbande kaum politisches Terrain zu gewinnen sein wird . Zwar haben gerade sie in wachsendem Maße die hemmenden Begleiterscheinungen der Partnerschaft verspürt; dies kann indessen nicht darüber hinwegtäuschen, daß ohne oder gar gegen die bayerische Union kurzfristig eine parlamentarische Mehrheitsposition für die CDU nicht mehr zu erreichen sein dürfte. Immer wieder hatten dagegen in den vergangenen Jahren demoskopische Ergebnisse gezeigt, daß eine einheitliche Union in der Lage war, auch die absolute Mehrheit der bei einer Bundestagswahl abgegebenen Stimmen zu gewinnen und damit die Regierungsmacht zurückzuerlangen[30].

[29] So kommen unter anderem seitdem nach Sitzungen der Bundestagsausschüsse die Vorsitzenden dieser Ausschüsse oder ihre Stellvertreter, soweit sie der CDU/CSU-Fraktion angehören, die Obleute von CDU und CSU in den Bundestagsausschüssen und die Vorsitzenden der betroffenen Arbeitskreise der Fraktion unter der Leitung des ersten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden zusammen, um die laufende Arbeit in den Ausschüssen des Bundestages zu besprechen und zu koordinieren. Diese wichtige Aufgabe, durch die die praktische Arbeit der Opposition im Parlament wesentlich mitzubestimmen ist, wird somit zu einem Teil nicht mehr vom Oppositionsführer, sondern von seinem Stellvertreter wahrgenommen (der erste Stellvertreter des Vorsitzenden ist nach der Satzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag stets ein Vertreter der Christlich-Sozialen Union, derzeit der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Friedrich Zimmermann), vgl. den Text des CDU/CSU-Papiers vom 6.2.1979, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.2.1979, S. 1, 3

Daneben sollte noch ein weiterer Gesichtspunkt Beachtung finden: Bei einer konsequenten Separierung von der bayerischen Schwesterpartei wären negative Auswirkungen auf das komplexe Parteiengefüge der Christlich-Demokratischen Union nicht wahrscheinlich, aber ebensowenig auszuschließen. Für analoge Erwartungen führt Müchler ein ihm vorliegendes plastisches Beispiel an:

> "Ich beobachte das Verhalten der CSU deshalb mit großer Sympathie, weil ich der Überzeugung bin, daß die von gewissen Kreisen der CDU angestrebte Anpassung an sozialistische Anschauungen der SPD verhindert werden muß und hierfür die eindeutige Haltung der CSU sehr hilfreich ist. Eine Ausweitung der CSU über das ganze Bundesgebiet - grundsätzlich würde ich dies bedauern - kommt nur dann in Betracht, wenn die CDU eine schwere linke Schlagseite bekäme. In diesem Fall würde ich mich für die CSU entscheiden."[31]

Auch wenn der Stellenwert dieser Äußerung hier nicht eingeschätzt werden kann[32] und die von Müchler gegebene Kommentierung, daß diese Ansicht stellvertretend sein dürfte für konservative Kreise innerhalb der Christlich-Demokratischen Union, ein wenig überzeichnet erscheinen mag, so weisen derartige Überlegungen doch zumindest auf Faktoren hin, die die Verhaltensweisen der CDU-Parteiführung sicherlich nicht unbeeinflußt lassen.

Kann unter solchen Perspektiven eine Sezession den Interessen der Unionsparteien nur sehr bedingt entsprechen, so muß auch die wieder-

[30] Vergleicht man die in den Jahren 1976 und 1977 - also etwa ein Jahr vor bzw. nach der letzten Bundestagswahl - von vier führenden Meinungsforschungsinstituten (Institut für Demoskopie, Allensbach/Prof. Dr. Elisabeth Noelle-Neumann; Getas, Gesellschaft für angewandte Sozialpsychologie, Bremen/Hans-Jürgen Ohde; Infas, Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Bonn/Klaus Liepelt und Infratest Forschung, Forschung für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft, München/Wolfgang Ernst) für die CDU/CSU ermittelten Ergebnisse (auf die Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?), so ergeben sich im Durchschnitt der beiden Jahre folgende Werte:

Allensbach: 54% (SPD = 37%; FDP = 7%),
Getas: 49% (SPD = 41%; FDP = 8%),
Infas: 51% (SPD = 41%; FDP = 7%),
Infratest: 53% (SPD = 37%; FDP = 8%),

erstellt auf der Grundlage der von den Instituten zur Verfügung gestellten Unterlagen.

[31] Zit. in: Müchler: CDU/CSU, S. 219

[32] Müchler beschreibt die Quelle lediglich als eine im Zusammenhang mit einer Umfrage anonym erfolgte Zuschrift.

holt, vor allem von jüngeren Christlichen Demokraten[33] geforderte Straffung des Bündnisses als eine teilweise Ignorierung der politischen Realitäten angesehen werden. Neben dem traditionell autonomiebewußten Verhalten der bayerischen Union scheint insbesondere die politische Spannweite zwischen Christlich-Demokratischer und Christlich-Sozialer Union gegen die Erfolgsaussichten einer solchen parteipolitischen Entwicklung zu sprechen. Personenbezogene Unterschiedelichkeiten und zwischenparteiliche Kontroversen wie die um das im Februar 1978 bekanntgewordene Alternativprogramm der Unionsparteien für die Ostpolitik einer von CDU und CSU gestellten Bundesregierung[34] oder aber der Streit der beiden Unionsparteien um den christlich-demokratischen Wahlslogan für die Europawahl 1979[35] belegten an politischen Sachinhalten wie an politischen Marginalien diesen Umstand immer wieder aufs neue. Dennoch erübrigt sich damit noch nicht die Frage nach den Zukunftsaussichten des Unionsbündnisses. CDU und CSU haben in den zurückliegenden Jahren einer mitunter in sich ebenso kontrovers wie einheitlich erscheinenden Opposition gegen die Politik der Koalition aus Sozial- und Freien Demokraten über alle wesentlichen,

[33] So unter anderem zu Worte kommend in der seit Oktober 1968 vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift 'Sonde - Neue Christlich-Demokratische Politik'

[34] Unter dem Vorsitz des christlich-demokratischen Abgeordneten Alois Mertes hatte eine Kommission der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag eine ostpolitische Alternativkonzeption der Opposition erarbeitet; sie sollte für den Fall einer Regierungsübernahme die politischen Grundsatzpositionen der Unionsparteien gegenüber der Sowjetunion präzisieren. Die Studie war bereits vor der Bundestagswahl 1976 entstanden und wurde nach ihrer durch eine vermutlich aus CDU-Kreisen stammende Indiskretion ermöglichten Veröffentlichung von CSU-Sprechern scharf kritisiert, da sie in zwölf Punkten zwar einen Forderungskatalog mit den traditionellen Postulaten der Opposition an die Deutschland- und Ostpolitik aufstellte, zugleich jedoch die von den sozial-liberalen Bundesregierungen seit 1969 abgeschlossenen Ostverträge für "verfassungspolitisch einwandfrei gültig" erklärte, vgl. 'Überlegungen zur Politik einer CDU/CSU-Regierung gegenüber der Sowjetunion', im Wortlaut abgedruckt in: Süddeutsche Zeitung vom 25./26.2.1978, S. 1o

[35] 'Politik für die Freiheit - Glück für die Menschen' (nach den Protesten von seiten der CSU später umgewandelt in: 'Volkspartei statt Volksfront')

das Bündnis (zum Teil sogar in seiner Existenz an sich) betreffenden Fragen intensive Diskussionen geführt, um wechselseitigen innerparteilichen Einfluß ebenso wie um die ihnen auf Bundesebene verbliebenen Positionen der Macht, die der parlamentarischen Opposition angemessene Strategie oder die von ihnen aufgestellten Kanzlerkandidaten; und zuletzt auch um den Begriff des Glücks[36]. Die Versuchung für viele Kommentatoren der unionsinternen Ereignisse lag nahe, die vermehrten Bündnisprobleme als weitere, möglicherweise endgültige Indizien für eine sich in politischer Substanz wie parteipolitischem Charakter erweisende Unterschiedlichkeit der beiden Unionsparteien anzusehen - "wirken sie doch beinahe symbolisch"[37] für die Richtigkeit der Annahme, mit der den Unionsparteien bereits vor Übernahme ihrer Oppositionsfunktionen im Deutschen Bundestag in einer solchermaßen eintretenden Situation der Zerfall ihres Bündnisses vorhergesagt worden war[38]. Daß aber allein die Bildung einer eigenen christlich-sozialen Bundestagsfraktion ohne parteiliche Expansion der CSU nicht nur absurd sein, sondern ebensowenig von den Christlichen Demokraten unbeantwortet gelassen werden würde, hatten die Vorgänge im Anschluß an den Sezessionsbeschluß von Wildbad Kreuth gezeigt. Die vielfach erörterte Alternative zur gegenwärtigen Verfassung des Bündnisses könnte für die CSU dagegen insbesondere in der Etablierung oder aber einer dauerhaften (Listen-) Verbindung mit einer Bundespartei bestehen, was in beiden Fällen zwangsläufig eine Auflösung des Bündnisses bedeuten müßte. Daran könnte den Christlichen Sozialen dann gelegen sein, wenn damit eine erhebliche Vermehrung ihrer Wählerschaft zu erreichen wäre; dies aber ist als noch keineswegs nachgewiesen zu betrachten.

[36] Diesen Begriff hatte die CDU in der Einstimmphase zum Europawahlkampf verwendet. In einer ersten kritischen Kommentierung dieser von der Schwesterpartei verwandten Terminologie hatte der Generalsekretär der CSU, Edmund Stoiber, diese als wenig werbewirksam und in ihrer "schlichten Kürze auf einen falschen Weg" führend bezeichnet; damit werde den Wählern lediglich eingeredet, die Politik könne das individuelle Gut 'Glück' garantieren, vgl. Rolf Zundel: Kleines Glück und große Politik, Wie ein harmloser Begriff zum Zankapfel in der Union wurde, in: Die Zeit vom 5.1.1979, S. 1

[37] Carl-Christian Kaiser: Getrennt marschieren, vereint schlagen? In der Union paßt nichts mehr zusammen, in: Die Zeit vom 23.9.1977, S. 3

[38] Vgl. Narr: "Diese Union ist in ihrer Existenz bedroht, wenn sie gezwungen wird, in die Opposition zu gehen", in: Ders.: CDU - SPD, S. 119

Fast muß unter einer so perzipierten parteipolitischen Situationsanalyse der Union eine Wahrung des Status quo und damit eine bewußte Beibehaltung der Bündnisorganisation in ihrer traditionellen Form - und dementsprechend auch unter Einschluß aller nicht erst seit dem Jahre 1969 evident gewordenen negativen Ausprägungen des Bündnisses - als die im Sinne von CDU und CSU angemessenste perspektivvariante für beide Unionsparteien erscheinen.

12.2. Perspektiven für die Union

> "Das Wesen der Opposition ist der permanente Versuch, an konkreten Tatbeständen mit konkreten Vorschlägen der Regierung und ihren Parteien den positiven Gestaltungswillen der Opposition aufzuzwingen."[39]

Diese von Kurt Georg Kiesinger ausdrücklich auch für CDU und CSU reklamierte[4o] Definition parlamentarischer Oppostion durch Kurt Schumacher bedeutete sowohl einen hohen selbstgesetzten Legitimationsanspruch wie ebenso die theoretische Ausgangslage für ein sich im Laufe der Zeit zum Strukturproblem ausweitendes Charakteristikum der Unionsparteien in der Opposition. Denn die CDU/CSU-Fraktion behielt eine zunächst provisorisch angelegte, strategisch oft orientierungslose Betriebsamkeit aus ihrer Anfangsphase als 'Nicht-mehr-Regierung' als einen ihrer Wesenszüge über die sechste Legislaturperiode hinaus noch lange Zeit bei. Die Einrichtung einer sehr großen Anzahl von Arbeits-, Projekt- und Ad-hoc-Gruppen, Kommissionen und Gesprächskreisen zu fast allen generellen und speziellen politischen Fragestellungen steigerte fraktionsintern wie -extern zunächst die Erwartungen und erst allmählich, mit wachsender Koordinierung und Institutionalisierung der parlamentarischen Aktionen und Vorlagen, gleichfalls die tatsächliche Effizienz dieser parlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik Deutschland. War dies eine hauptsächlich unter dem Fraktionsvorsitz Rainer Barzels zu beobachtende Neuerung (sprich Stärkung der gemeinsamen Fraktion der beiden Unionsparteien, nicht unerheblich auch in ihrem Gewicht gegenüber den einzelnen Parteiapparaten, insbesondere dem der CDU), so konnte eine vergleichbare Intensivierung der politischen Arbeit in den beiden Parteien selbst - und

[39] Kurt Schumacher: Rede vor dem BT am 2o.9.1949, in: Deutscher Bundestag, Sten. B., I, S. 32

[4o] Vgl. Kurt Georg Kiesinger: Rede vor dem BT am 29.1o.1969, in: Deutscher Bundestag, Sten. B., VI, S. 79

hier vor allem wiederum bei der CDU - nach dem Jahre 1973 verzeichnet werden, als unter den Generalsekretären Biedenkopf und Geißler zum ersten Male in der Parteigeschichte der Christlich Demokratischen Union (mit Ausnahme analoger Ansätze zu Beginn der sechziger Jahre unter Josef Hermann Dufhues) ein durchgreifender organisatorischer Auf- und Ausbau des Parteiapparates vollzogen wurde, während sich die Christlich-Soziale Union unter verstärkter Betonung der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von der größeren Schwesterpartei in zunehmendem Maße weniger der gemeinsamen Oppositionspolitik mit der CDU als der eigenen parteipolitischen Profilierung zuzuwenden schien. Die Union konnte schließlich als eine der arbeitsaufwendigsten und teilweise ebenso wirkungsvollsten parlamentarischen Oppositionen seit Bestehen der Bundesrepublik gelten, doch gelang es ihr weder, diesen Umstand in einen grundlegenden politischen Erfolg (in Form einer erneuten Regierungsübernahme in Bonn) umzuwandeln, noch war es den Unionsparteien anscheinend möglich, die Zeit ihrer Abstinenz von der Regierungsverantwortung zur Konsolidierung und inneren Harmonisierung auch des gegenseitigen Bündnisses zu nutzen. Am Ende der siebziger Jahre zeichneten sich sowohl ein Machtvakuum in der Führung der Opposition als auch vor allem konzeptionelle Divergenzen zwischen Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen ab.

Zumindest dieses letztgenannte Faktum bezog seinen mitunter erreichten Grad an Dramatik vor allem aus der Sache, desgleichen aber auch aus der politischen Wirkung eines Scheins. Doch ein solcher Schein kann, soweit er meinungsbildend wirkt, ebenfalls zur politischen Realität werden und sogar eigengesetzlichen Charakter annehmen. War es dabei in den fünfziger Jahren noch der Schein der einen, aus Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen gebildeten Unionspartei, so besagte er spätestens nach den ersten Oppositionsjahren der Union, daß CDU und CSU in Wirklichkeit zwei selbständige und zum Teil auch unterschiedliche Parteien seien und daß diese Zweiparteilichkeit über nahezu zwanzig Jahre lang lediglich verdeckt worden war durch dominierende Führungspersönlichkeiten bzw. von der (sich als berechtigt erweisenden) Hoffnung, mit dem Bild der 'einen Union' erfolgreicher zu sein bei Wahlen. Und schließlich schienen die vielfachen Auseinandersetzungen in und zwischen den Unionsparteien oft geradezu den Eindruck der Unvereinbarkeit der zur Darstellung gelangenden politischen Standpunkte zu vermitteln: Der (ja keineswegs durchgängig be-

triebene) oppositionelle Kompetitivkurs der Union gegen die Außen- und insbesondere Ostpolitik der Regierung sah zumeist eine zwar wachsende, doch stets weit überwiegende Mehrheit und eine Anzahl mehr oder minder kleiner Gruppierungen, die, wenn auch durch Namen wie Gerhard Schröder oder Richard von Weizsäcker politisch 'geadelt', mehrfach mit ihren Ansichten gegeneinander gestanden hatten. In sozialen und gesellschaftspolitischen Fragen bildeten sich wiederholt Fronten, bei denen zum Beispiel die Forderungen des sogenannten 'Wirtschaftsflügels' nach Reduktion der Staatsfinanzen unvereinbar erschienen mit dem von den Sozialpolitikern der Union dagegengesetzten Schlagwort von der 'sozialen Demontage'. Auch daß Fragen wie die nach der Mitbestimmung[41] die Union oftmals in 'Linke' und 'Rechte' trennte, hatte sich immer wieder gezeigt. Und endlich konnte die Forderung der CSU und ihres Vorsitzenden, eine sogenannte 'vierte Partei' zu etablieren - ging man davon aus, daß dieses zum letzten Male im Frühjahr 1979, das heißt vor der Nominierung von Franz Josef Strauß zum Spitzenkandidaten der Union aufgestellte Postulat, seitdem nur vorübergehend unerwähnt geblieben war und spätestens nach einem Scheitern der Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden revitalisiert werden würde[42] -, als Schlußglied der Indizienkette substantieller Unterschiedlichkeiten gelten.

Doch Gegensätze solcher Art gab es in der CDU seit 1950, als sie sich in Goslar als Bundespartei konstituierte, schon immer, ohne daß sie die Unions-Einheit gefährdeten. Und die Unterschiede zur CSU waren ebenso augenfällig: Eigenwillige Politiker hatten beide Parteien; ihre besonderen Verhaltensweisen wurden zum Teil durch bis heute unveränderte Tatsachen bestimmt. Die Christlich-Soziale Union, eine 'Stammespartei', ist stets konservativer und homogener gewesen als

[41] Vgl. eine diesbezogene Frontstellung zwischen den beiden unionsinternen Gruppierungen zuletzt in der im Sommer 1980 diskutierten Frage einer Beibehaltung oder eines Abbaus der sogenannten 'Montan-Mitbestimmung' (paritätische Besetzung der Aufsichtsratsgremien aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer) im Falle der Mannesmann AG, unter anderem in: Die Zeit vom 8.8.1980, S. 1

[42] Vgl. so das - in seiner Authenzität von CSU-Generalsekretär Stoiber bestrittene - Positionspapier der Christlich-Sozialen Union 'Rückbesinnung auf Kreuth - Zur Strategie der CSU nach dem 5. Oktober' vom Juni 1980, abgedr. in: Der Spiegel vom 29.9.1980, S. 20ff.

die CDU. Die Christlichen Demokraten hingegen sind allein schon durch ihre regionalen Differenzierungen, durch ihre heterogene Mitgliedschaft, durch soziale Bandbreite oder durch die Vielzahl ständischer Interessenvertretungen in ihnen eine Koalition gewesen, deren Integration durch Gestalten wie Adenauer und auch Ludwig Erhard, durch Regierungserfolge, weniger durch Programme herbeigeführt wurde. Die CDU ist von dieser Anlage her fast natürlich liberaler als die CSU.

Auch bestehen in den politischen Grundsätzen, führt man sie auf einige essentielle Thesen zurück, zwischen Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen zumeist lediglich Akzentverschiebungen, beweisen die beiden Unionsparteien zwar ihre selbständige und unabhängige, doch in vielfacher Hinsicht gegenseitig beeinflußte und identische politische Basis. Das (konservative) Demokratie-Verständnis wird auf der christlich-sozialen Seite als Organisationsform des Staates gedeutet, die Christlichen Demokraten gehen darüber hinaus und sind in ihrer Mehrheit bereit, es als Gestaltungsprinzip der Gesellschaft anzuerkennen. Desgleichen sind in bezug auf das Staatsverständnis die Christlichen Demokraten nicht (mehr) nur - wie der überwiegende Teil der CSU - auf seine (des Staates) Sicht als eine Art 'Übervater' beschränkt, legitimiert durch demokratische Wahlen, die Schwächsten und das Ganze im Auge behaltend sowie sich ordnend in Positionskämpfe (einzelner Mitglieder eines Staatswesens oder ihrer untergeordneten Zusammenschlüsse) einmischend, sondern bewegen sich weit eher auf der Grundlage liberaler und sozialer Grundsätze (im Unterschied zum Beispiel zu klassisch-liberalen Vorstellungen, in denen, ausgehend vom Prinzip des Individualismus, nahezu ausschließlich von dem 'freien Spiel der Kräfte' eine harmonische Entwicklung des gesellschaftlichen Ganzen sowie die Garantie der bestmöglichen Entwicklung der Menschen von deren individueller Freiheit erwartet wird; im Mittelpunkt dieser - sich vorrangig gegen einen autoritären oder auch nur mit weitgehenden Eingriffs- bzw. Regulierungsrechten ausgestatteten Staat wendenden - Anschauungen steht die Idee vom Eigenrecht und vom Primat des einzelnen Menschen gegenüber der Gesellschaft)[43]. Ebenso ist das,

[43] Während der CSU-Vorsitzende zum Beispiel die Grenzen des Sozialstaats als erreicht betrachtet (wobei er nicht ausschließt, daß sie einmal wieder weiter gezogen sein könnten), versucht die CDU seit ihrer Mannheimer Erklärung, diese Grenzen auszuweiten und das bestehende Gefüge nach neuen sozialen Kriterien zu ordnen. Wo die christlich-soziale Interpretation das Soziale in der Marktwirtschaft als eine Art 'Automatismus' wertet, der von einer unverfälschten und florierenden Wirtschaft

was CDU und CSU als die im Grunde gefährlichste Herausforderung unserer Zeit erkennen, im wesentlichen, im Objekt, durchaus identisch, beide Parteien unterscheiden sich jedoch in den Methoden der Objektbehandlung.

Die Idee des Sozialismus als dem ideologischen Feind der westlichen Freiheit, als Angriff einer dem abendländischen Kulturkreis feindlich gestimmten fremden Zivilisation war den meisten Angehörigen der beiden Parteien gemeinsam; nur auf welche Weise dieser Gefahr zu begegnen sei, wird nicht allein zwischen Schröder und Strauß, sondern ebenso in den ostpolitischen Konzeptionen des Konservativen Karl Carstens graduell anders beantwortet als in denen des CSU-Vorsitzenden[44].

Noch ein zweites Moment kann zur Erklärung dafür dienen, daß der Schein der Unterschiedlichkeit oder gar Unvereinbarkeit und einer möglicherweise bereits zu verzeichnenden Entfremdung zwischen CDU und CSU so nachhaltig das Bild von 'der Union' zu beeinträchtigen vermochte. Ihre tiefere Ursache ist ein seit 1969 verstärkt empfundener Mangel an einheitlicher Führung der bzw. in der Opposition (wobei die Tatsache an sich als ganz natürlich angesehen werden mußte, daß mit dem Verlust der Kanzlermacht die integrative Wirkung eines jeden (CDU- oder CSU)Parteivorsitzenden in der Rolle des Unionsführers im Vergleich zur Zeit vor 1969 nachließ und auch nicht durch eine Verbindung mit dem Amt des Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag wieder ausgeglichen werden konnte). Dabei kann Führung insbesondere in den Funktionen der parlamentarischen Opposition aber kaum heißen, ein Amt zu bekleiden und hundertpronzentige Zustimmung zu erhalten, sondern um diese Zustimmung werben, u m sie zu bekommen, oder anders ausgedrückt,

> "Autorität ist das Vermögen, die Zustimmung anderer zu gewinnen ..., die Wirkursache von Zusammenschlüssen ... Autorität (oder auch Eigenautorität, natürliche Autorität) ist die Gabe, Vorschläge, die man formuliert, zur Annahme zu bringen ... Das

[43] Forts.: ausgelöst wird, sieht das christlich-demokratische Verständnis von 'sozialer Marktwirtschaft' das sozial Verpflichtende als eine durchaus bewußt zu begreifende Funktion der Marktwirtschaft. Hier streiten unter anderem radikal-liberale mit ordo- oder neoliberalen Prinzipien miteinander.

[44] Vgl. zu den Büchern von Franz Josef Strauß ('Entwurf für Europa', ^{2}1966; 'Herausforderung und Antwort',^{2}1968; 'Deutschland Deine Zukunft', 1975) Karl Carstens: Politische Führung, Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung, Stuttgart 1971

> Eigentümliche an der Autorität ist, daß sie nur denen gegenüber ausgeübt wird, die sich ihr freiwillig unterwerfen; dagegen genügt es, daß die Führenden bloß über einen Teil ihrer Untertanen Autorität besitzen, damit dieser Teil ihnen dann die Kräfte liefert, auch die übrigen unter ihre Gewalt zu zwingen. Die Zwangsmittel gehören somit den Menschen kraft der ihnen verbleibenden Teilautorität, und ihre Macht steht und fällt mit ihr"[45]

(womit Jouvenel von der persönlichen, der natürlichen Autorität, der Eigenautorität, auf die 'Institutionen-' oder 'Zwangsautorität' übergeht; dies entspricht der - nicht nur von ihm vorgenommenen - Unterscheidung zwischen der Autorität der Persönlichkeit und der überindividuellen Autorität).

In der Union ist es in diesem Sinne (nicht erst seit 1969) vor allen anderen Franz Josef Strauß, der intensiv wirkt, kämpft und Zustimmung findet, der Ziele nachweislich hat und sie setzt, der eine politische Konzeption verheißt, der oft weniger rational, sondern mehr instinkthaft Situationen zu begreifen scheint. Es war (unter anderem) das 'Dilemma des zweiten Mannes'[46], daß der CSU-Vorsitzende auch in den ersten zehn Jahren der Union als parlamentarische Opposition nicht hatte reüssieren - und es mußte somit mehr als ein rein personenbezogener Wechsel erscheinen, als die Unionsparteien eine Kanzlerkandidatur Strauß beschlossen, deren politischer Polarisierungseffekt sowohl für die Union selbst als auch für das gesamte parteipolitische System der Bundesrepublik vorhergesagt wurde. Immerhin war Strauß eine politische Persönlichkeit, von der erwartet werden konnte, daß er die Union aus einem zuletzt latenten Führungshader herauszuführen im Stande war, in dem sie sich nicht ohne Zutun des bayerischen Unionsvorsitzenden seit einiger Zeit befunden hatte. Die Gefahr war jedoch nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, daß sie (die Union) für den Kanzlerkandidaten Strauß lediglich oder auch nur noch überwiegend instrumentale Funktion besitzen könnte: Die CDU/CSU in der Funktion zur Rückeroberung der Regierungspositionen - schlug dieses Unterfangen (wie seit 1969 unter Strauß' Vorgängern Barzel und Kohl) 1980 wiederum fehl, mochte die Norm der Union für den christlich-sozialen

[45] Jouvenel: Über Autorität, S. 48 und 50f.

[46] Vgl. Mintzel: Geschichte der CSU, S. 402

Parteivorsitzenden endgültig nicht mehr bindend (da in seinem Sinne erfolglos bzw. nicht genügend erfolgreich) erscheinen. Eine 'die Einheit der Union bewahrende Kanzlerkandidatur Strauß' hätte sich mit den für CDU wie CSU mehrfach prognostizierten[47] negativen Folgeerscheinungen für den Ausgang der Bundestagswahl 1980 möglicherweise so selbst ad absurdum führen können[48].

Aber gerade die in derartigen Befürchtungen in erster Linie gesehene Gefahr eines Zerfalls der Union in zwei nicht nur unabhängig - wie realiter schon seit 1949 der Fall - sondern sich auch konkurrierend gegenüberstehende Parteien CDU und CSU (in einer potentiell bundesweiten organisatorischen Ausdehnung) hatte entscheidend dazu beigetragen, die Berufung des nach Konrad Adenauer 'autoritäts- wie machtbewußtesten Politikers der Bundesrepublik Deutschland' (Theodor Eschenburg über Franz Josef Strauß) in die Spitzenposition der Opposition unionsintern zur Durchsetzung gelangen zu lassen.

In der Situation einer immer wieder mit der eigenen parteipolitischen Problematik befaßten Union, der selbst Günter Müchler (in seiner Analyse des Unionsbündnisses 1975 noch davon überzeugt, daß bei Abwägung der Interessen beider Unionsparteien unter den gegebenen Umständen alles für den Bestand des Status quo spreche, vorausgesetzt der programmatische Konsens gehe nicht weiter verloren und die politischen

[47] Nach einer von dem Mannheimer Wahlforscher Rudolf Wildenmann im Auftrag der Zeitschrift 'Capital' im April/Mai 1979 - also noch vor der Nominierung des CSU-Vorsitzenden - durchgeführten Untersuchung sollten bei einer Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß für die Unionsparteien fünf bis zwölf Prozent der Unionswähler bei der Bundestagswahl 1980 einer anderen Partei ihre Stimme geben bzw. sich der Stimme enthalten, vgl. Capital, Nr. 8, 1979, S. 18ff.

Nach einer im Juli 1980 durchgeführten Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach gaben drei Monate vor der Bundestagswahl 46,5% der (2000) befragten Personen an, die CDU/CSU wählen zu wollen, während sich für eine Wahl der SPD-FDP-Koalition (SPD- 43,9%, FDP = 6,6%) 50,5% aussprachen (nach Angaben des Instituts gewannen damit die Unionsparteien 1,9 Prozentpunkte mehr als im Vormonat, wohingegen die SPD 0,6% und die FDP 0,7% gegenüber der Umfrage im Juni 1980 eingebüßt hatten), vgl. die Angaben in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.8.1980, S. 2; dazu Die Welt vom 20.8.1980, S. 1.

Zu analogen Aussagen gelangte eine Studie der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, vgl. Manfred Berger/Wolfgang G. Gibowski/Dieter Roth/Wolfgang Schulte: Vor der Bundestagswahl 1980, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2, 1980, S. 272ff.

Nach dem amtlichen Endergebnis der Bundestagswahl vom 5.10.1980 entfielen auf CDU und CSU schließlich 44,5% aller abgegebenen Stimmen (SPD = 42,9%, FDP = 10,6%)

[47] Forts.: gegenüber 48,6% im Jahre 1976 (SPD = 42,6%, FDP = 7,9%), Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (Hg.): Angaben zur Bundestagswahl 1980, Wiesbaden 1980

[48] Der Falsifizierung dieser Hypothese mit der nach der Wahl umgehend und nahezu diskussionslos erfolgten Erneuerung der Fraktionsgemeinschaft aus CDU und CSU (in einer ohne substantielle Änderungen vorgenommenen Übernahme der Fraktionsvereinbarung von 1976) konnte dann um so mehr Bedeutung für das zukünftige Verhältnis der Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen untereinander beigemessen werden, als sie von Bemerkungen des soeben von dieser Funktion zurückgetretenen Kanzlerkandidaten der Union, Strauß, über das im Wahlkampf "entstandene" (sic) freundschaftliche Verhältnis zwischen ihm und dem CDU-Vorsitzenden (und wiedergewählten gemeinsamen Fraktionsvorsitzenden) wie auch zwischen den beiden Unionsparteien insgesamt begleitet wurde; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.1o.198o, S. 5.

Die einzige inhaltliche Änderung im Text der neuen CDU/CSU-Fraktionsvereinbarung gegenüber der von 1976 betrifft die Nominierung eines Abgeordneten für das Amt des Bundestagspräsidenten sowie eines weiteren für das des Vizepräsidenten. Während im Jahre 1976 die CDU einen ihrer Abgeordneten als Präsidenten nominieren konnte und die CSU dies für das Amt eines Vizepräsidenten tat, sollte nun - nach der Wahl von Karl Carstens zum Bundespräsidenten und seiner Nachfolge durch Richard Stücklen im Amt des Parlamentspräsidenten - die Reihenfolge bei der Kandidatenbenennung durch CDU bzw. CSU umgekehrt werden (der neue Punkt sieben der Vereinbarung hatte danach folgenden Wortlaut: "Unter den zwei von der CDU/CSU vorzuschlagenden Mitgliedern des Präsidiums des Deutschen Bundestages schlägt die CSU den Präsidenten und die CDU einen Vizepräsidenten vor.", vgl. den Text der Fraktionsvereinbarung zwischen CDU und CSU vom 7.1o.198o in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.1o.198o, S. 5

Koordinaten des Parteiensystems blieben erhalten[49]) eine "von tiefen Selbstzweifeln" begleitete existentielle Krise bescheinigte[5o], war es bis zum Zeitpunkt der Nominierung des christlich-sozialen Parteivorsitzenden zum CDU/CSU-Kanzlerkandidaten oft kaum noch verwunderlich gewesen, wenn die Idee, eine vierte Partei in den Bundestag zu bringen, nicht mehr länger nur ein bayerisches Planspiel, sondern ein akutes Denkmodell bei Christlichen Sozialen u n d Christlichen Demokraten darstellte. Was vor dem Jahre 1969 noch als die utopische Vision eines ausschließlich machtorientierten CSU-Vorsitzenden und nach der Bundestagswahl von 1972 wie ein Reflex der Enttäuschung, des Ärgers, allenfalls wie Einschüchterungstaktik der Christlich-Sozialen gegenüber der Schwesterpartei wirken mochte, konnte mit dem nach der Wahl von 1976 gefaßten Kreuther Trennungsbeschluß als endgültig ernst gemeint gelten. Der gemeinsame Beschluß der Präsidien von CDU und CSU vom 19. Juni 1975, die Aussichten einer solchen Partei prüfen zu lassen, muß dabei im nachinein wie ein Präjudiz erscheinen, das die nun von einer überwiegenden Mehrheit der Beteiligten gesehene Notwendigkeit einer - personellen oder organisatorischen - Veränderung in der Führung der 'Einparteienkoalition' (Müchler)[51] signalisierte. Was dem folgen konnte, zeigten bereits die (noch isolierten) Reaktionen in der nordrhein-westfälischen Jungen Union, deren Vorsitzender Evertz offen die Trennung von CDU und CSU verlangte, sowie gleichlautende Postulate beispielsweise von seiten des Arbeitnehmerflügels der Christlichen Demokraten. Es konnte nicht mehr ausgeschlossen werden, daß die Tendenz zur organisatorischen Umformierung der Union auch außerhalb des herkömmlichen Rahmens eines engen politischen Bündnisses zwischen den Unionsparteien zu einer Gefährdung (des Bündnisses selbst) wurde, dieimmer mehr eigendynamische Destruktionskräfte zu entwickeln vermochte.

[49] Vgl. Müchler: CDU/CSU, S. 22o

[5o] Vgl. Günter Müchler: Scheels Verzicht, in: Deutsche Zeitung, Christ und Welt vom 9.3.1979, S. 1

[51] Vgl. diesen Terminus bei Müchler: CDU/CSU, S. 86; der von Müchler selbst als paradox bezeichnete Begriff ist jedoch auch inhaltlich unrichtig, da die 'Koalition' von CDU und CSU - wenn auch mit Einschränkungen im Vergleich zu 'normalen' Koalitionsbeziehungen - immer eine Koalition aus z w e i Parteien gewesen ist.

Das Problem war dabei mit der Nomination 'vierte Partei' nur ungenau bezeichnet. Tatsächlich gibt es bereits vier Parteien im Bundestag; zwei davon, CDU und CSU, haben sich zu einer Fraktion vereinigt, und sie haben alle Bundestagswahlkämpfe nach 1949 mit einem Kanzlerkandidaten und - mehr oder weniger deutlich - auch mit einem einzigen Regierungsprogramm bestritten. Die Bürger der Bundesrepublik begriffen die dreigliedrige Fraktionseinteilung lange Zeit auch als Dreiparteiensystem. Über die Änderung dieses Systems wurden die Diskussionen geführt, sei es mit der Vorstellung von einer ganz neuen Partei oder aber dem Plan einer bundesweit organisierten Christlich-Sozialen Union. Gerade weil man in der CSU den Auftrag einer politischen Partei, Wahlen zu gewinnen, so gut zu erfüllen glaubte, schlußfolgerten viele Christlich-Soziale, daß (im Interesse der Demokratie) daraus auch die maßgebliche Bestimmung der Regierungspolitik folgen mußte[52]; diese Überzeugung von der Richtigkeit und dem Erfolg des eigenen politischen Handelns war als eine der hauptsächlichen Motivationen für den bundes- bzw. sogar europaweiten politischen Anspruch der CSU zu betrachten (und damit ursächlich ebenso mitverantwortlich zu machen für das permanente Streben nach Eigenständigkeit gegenüber der christlich-demokratischen Schwesterpartei)[53].

Dementsprechend mußten die Chancen einer vierten Partei umso größer erscheinen, je größer die Wahrscheinlichkeit war, daß die Union bei der Bundestagswahl 198o auch unter Strauß die absolute Mehrheit wiederum verfehlen würde; und desto attraktiver war auch der Trugschluß: Was gemeinsam nicht möglich sei, müsse getrennt erreicht werden. Das Gesetz eines derart bewußt eingerichteten Konkurrenzverhältnisses vermag jedoch kaum die Produktion von Eintracht, sondern vor allem die Zwietracht zu sein. Aus welchem Grunde sollten Parteien, die in einem noch existenten Bündnis der Union in den vergangenen Jahren wiederholt nicht unerhebliche Schwierigkeiten zu überwinden gehabt hatten, politisch gemeinsam zu agieren, unter den Auspizien eines

[52] Vgl. Gutjahr-Löser: CSU, S. 8o

[53] und weniger die regionale Begrenzung der christlich-sozialen Parteiarbeit, die nach Gutjahr-Löser "Kraftquellen bloßgelegt" habe, die dem politischen Anspruch der CSU Gewicht verleihe (was, wenn auch bei dem Autor unausgesprochen, gleichfalls das Bewußtsein der parteipolitischen Unabhängigkeit bei den Christlichen Sozialen und somit auch ihre Reibungspunkte zur CDU nicht unwesentlich verstärkt haben dürfte), vgl. ebenda, S. 82

offenen Wettbewerbs sich plötzlich nachhaltiger als zuvor um Einigkeit bemühen wollen? Sie hätten ihr jeweiliges parteipolitisches Ego hervorzuheben, wobei Unterschiede und schließlich Konflikte unvermeidbar wären. Auf dem Weg zur Regierungsmacht könnte sich der Vorsatz, getrennt zu marschieren, um vereint zu schlagen, sehr leicht in sein Gegenteil verkehren. Christliche Demokraten und Christlich-Soziale liefen Gefahr, getrennt zu marschieren und vereint geschlagen zu werden. Mit ihrer Einheit müßte die Union auch einen beträchtlichen Teil ihrer Integrations- und damit Anziehungskraft auf Wählerschichten weitgehend verlieren.

Den Schaden eines solchen Lösungsprozesses im Bündnis der beiden Unionsparteien hätten nicht allein CDU und CSU, sondern das gesamte Parteiensystem der Bundesrepublik. Zusammen sind Christliche Demokraten und Christlich-Soziale bislang in der Lage gewesen, über den Bundestag, den Bundesrat und die Regierungen in fünf Bundesländern die Regierungsparteien in Bonn hart zu bedrängen. Einer gespaltenen Union aber würde vermutlich all jenes zuzusprechen sein, was sich bisher lediglich phasenweise als Negativ-Syndrom der Opposition abzuzeichnen schien: Ihre Plausibilität als Alternative zur Koalition aus SPD und FDP müßte wesentlich eingeschränkt erscheinen.

Nur bedingt in der Lage,als 'Regierung von morgen' (Carlo Schmid) zu gelten, wird sie der sozial-liberalen Koalition und deren Politik kaum mehr in dem gewohnten Maße gefährlich sein oder sie beeinflussen können.

Den Überlegungen der christlich-sozialen Parteiführung wurde wiederholt die Hoffnung unterstellt, das Experiment mit einer vierten Partei könne möglicherweise ebensolche Spaltungstendenzen in anderen Parteien fördern. Diese Annahme ist zwar Gegenstand ausgiebiger Spekulationen gewesen[54], jedoch nie bewiesen worden. Der äußerste rechte Flügel der Sozialdemokraten hat diesen Schritt der Absentierung von der eigenen Partei bereits zu Beginn der siebziger Jahre getan, und sein linkes Pendant innerhalb der SPD dürfte kaum der Neigung erlie-

[54] Vgl. unter anderem Eduard Neumaier: Plant die Union den Selbstmord? Die CDU/CSU darf ihre Einheit nicht kurzsichtigem Machtkalkül opfern, in: Die Zeit vom 11.7. 1975, S. 6

gen, sich von dem einzigen politischen Instrumentarium organisationsmäßig zu distanzieren, das seine Ideen in die Nähe politischer Realisierung zu bringen vermag. Eine Zeit, in der eine USPD zu reüssieren vermöchte, ist nicht abzusehen.

Und der Gedanke an potentielle Abspaltungstendenzen bei den Freien Demokraten erübrigt sich ohnehin fast ohne weiteres Nachdenken. Die FDP erscheint gerade angesichts des von ihr in den Landtagswahlen in Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen 1978 und 198o nicht erreichten Fünf-Prozent-Quorums an Wählerstimmen[55] heute homogener und geschlossener als je zuvor.

Bei der Diskussion um eine vierte Bundespartei geht es in der Union vorrangig um die (legitime) Frage einer Rückgewinnung der Regierungsmacht auf Bundesebene. Ihre seit Jahren unterschiedliche Beantwortung in und vor allem zwischen den Unionsparteien konnte und kann auf die Dauer den inneren Zustand der Parteienformation aus CDU und CSU nicht unberührt lassen und wirkte so - insbesondere auf Grund der Tatsache einer (von den Unionsparteien selbst zum Teil nicht unverschuldeten) übersteigerten publizistischen 'Aufarbeitung' dieser Fragestellung - bereits (überwiegend negativ) zurück auf die sich der Union bietenden Möglichkeiten, die ihr zugewiesene parlamentarische Rolle erneut abzugeben. Nach zehn Jahren ihrer Opposition wollten daher eine Reihe führender Unionspolitiker zumindest a u c h die zusätzliche Möglichkeit einer Änderung des bis dahin gut funktionierenden Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland in Betracht gezogen wissen - ein hypothetisches Vorhaben, das jedoch mehr den je in einem eklatanten Widerspruch zu der mehrheitlichen Bevölkerungsmeinung in (West-)Deutschland steht[56].

[55] Vgl. die genannten Wahlergebnisse in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2, 198o, S. 252f.

[56] Auf die Frage: "Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, das heißt zu unseren politischen Parteien und zu unserem ganzen politischen System sagen? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?", gestellt von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des Zweiten Deutschen Fernsehens Anfang Februar 1979, antworteten 84,5 Prozent der Befragten mit 'sehr -' oder 'eher zufrieden' ('sehr zufrieden' = 13,2%, 'eher zufrieden' = 71,3%); 14,5 Prozent äußerten sich 'eher -' oder 'sehr unzufrieden' ('eher unzufrieden' = 13,5%, 'sehr unzufrieden' = 1%), vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.3.1979, S. 2

Das gegenwärtige Parteiensystem garantiert sowohl Beständigkeit als auch politischen Wandel: Über zwanzig Jahre hinweg hatte die stärkste parteipolitische Gruppierung, das Bündnis aus CDU und CSU, außer in der Deutschen Partei, dem BHE und den Sozialdemokraten in den Liberalen einen Regierungspartner gefunden. Diese Freien Demokraten ermöglichten im Jahre 1969 jenen Wechsel, der - was immer die sozialliberale Koalition insbesondere auf dem Gebiet ihrer Außen-, Deutschland- und Ostpolitik an politischer Leichtfertigkeit oder Fehlern in der Art und Weise ihres Vorgehens offenbarte - zu diesem Zeitpunkt vielen als politische Notwendigkeit erschien. Der aus der Opposition heraus gegen die FDP erhobene Vorwurf, eine Blockpartei zu sein (bei der CSU) oder sich tendenziell dorthin zu entwickeln (bei der CDU), wird dabei allein durch die zeitliche Dauer der sozial-liberalen Regierungsverbindung auf Bundesebene noch nicht erhärtet. Es gibt keine Ursache anzunehmen, daß die Freien Demokraten eines Tages nicht auch der SPD müde sein könnten, oder umgekehrt. Es könnten ebenso die Bürger dieser Koalition überdrüssig werden und der Union zu der absoluten Mehrheit verhelfen - falls sie eine politische Einheit darstellt und die demokratische Norm alternativer Opposition bis zu diesem Zeitpunkt weiterhin zu erfüllen bereit ist.

Die Union sollte dementsprechend ihre politische Zukunft nur in organisatorischer und programmatischer Einheit sehen. Doch gerade unter einer solchen Perspektive mag eine Reform des Unionsbündnisses - trotz der unter und auch nach der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß noch einmal restituiert erscheinenden Einheit und Geschlossenheit der Union - in bezug auf seine überkommene Organisationsstruktur unumgänglich sein. Die vor der Nominierung des CSU-Vorsitzenden zu konstatierenden Ansätze zu einer Reform der Bündnisstruktur zeichneten sich dabei mehr noch durch eine für weitere Lockerungstendenzen als eine auf neue Weise angestrebte Verfestigung des Bündnisses stehende Symptomatik aus[57]. Sie konnten noch als erste Reaktionen auf die in einer unionsweit geführten Diskussion kulminierende Führungskrise in der Opposition[58] gelten, aus der schließlich eine Dislozierung der politischen Standorte in und wiederum vor allem zwischen den beiden Unionsparteien gefolgt war, die Politiker beider Parteien gleichzeitig von dem Willen der Union zur Aussöhnung mit den Völkern und Staaten Osteuropas auf der Grundlage der seit 1969 geschlossenen Abkommen (Blüm/Vogt)[59] und auch noch im zehnten Jahr nach Antritt ihrer Opposition gegen diese 'Neue Deutschland- und Ostpolitik' der sozial-libe-

ralen Koalition von einer durch eben jene Politik der Bundesregierung bewirkten 'Selbstfinnlandisierung' (Strauß/Huyn)[60] der Bundesrepublik hatte sprechen lassen. Erst der wenige Wochen danach mit der Entscheidung über den gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Unionsparteien gefundene Ansatzpunkt zu neuer Einheit der Union vermochte die dieser Art aufgetretenen Dissonanzen wieder zu überdecken.

[57] Nach der von der CDU noch einmal mit reduzierter Mehrheit gewonnenen Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 29. April 1979 kam es zu einer ersten der von den Christlichen Sozialen annoncierten 'offenen Aussprachen' über die zukünftige strategische Formation der Union. Nach Vorbereitung durch analoge Äußerungen des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Althammer (CSU) erklärte der CSU-Landesgruppenvorsitzende Zimmermann am 3. Mai,ein getrenntes Auftreten der Unionsparteien bei der Bundestagswahl 198o müsse nicht zur Aufhebung der Fraktionsgemeinschaft "und damit zum Verlust des Amtes des Bundestagspräsidenten führen". Auch werde ein - wie von der christlich-sozialen Landesleitung geplant - Auftreten der CSU mit Listen außerhalb Bayerns nicht zwangsläufig in einen Bruderkrieg der Unionsparteien münden. Man könne vorher Vereinbarungen treffen, nicht gegeneinander zu kandidieren und nicht ohne gegenseitiges Einvernehmen mit anderen Parteien zu koalieren. CDU und CSU könnten sich dabei auf einen gemeinsamen Kanzlerkandidaten einigen oder auch bei getrenntem Auftreten mit ihren beiden Spitzenmännern in den Wahlkampf ziehen und die Kanzlerfrage nach einem Wahlsieg entscheiden.

Was die Konzeption der christlich-sozialen Parteiführung konkret vorsah, war eine Kandidatur der CSU zur Bundestagswahl außerhalb Bayerns nur mit Landeslisten, die dann mit einer Landesliste der CDU in Bayern zu verbinden sei. Das Bundeswahlgesetz enthält in diesen Fragen keine Bestimmung darüber, ob eine Partei, die nur in einem Bundesland besteht, auch in anderen Ländern Listen auflegen darf. Die Frage blieb zumindest ungeklärt und strittig; da jedoch auch das Wahlgesetz mit einfacher Mehrheit geändert werden könne, so auch die gegenläufige Argumentation in der CDU, vermögen SPD und FDP mit entsprechenden Passagen das Gesetz derart zu novellieren, daß beispielsweise Listenverbindungen nur zusammen mit Wahlkreisbewerbungen zulässig werden. In jedem Falle aber wäre damit den Koalitionsparteien die Möglichkeit eröffnet gewesen, durch einen Mehrheitsbeschluß die Fraktionsgemeinschaft der Union umgehend dann aufzulösen, wenn CDU und CSU ein getrenntes Auftreten bei Wahlen beschlossen hätten in der Geschäftsordnung des Bundestages heißt es, Fraktionen seien Verbindungen von mindestens fünf Prozent der Mitglieder des Bundestages, "die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die auf Grund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander in Wettbewerb stehen". Zwar war die Fraktionsgemeinschaft aus CDU und CSU formal bis zum Ende der Legislaturperiode gebildet worden, doch kann der Fraktionsstatus auch durch Mehrheitsbeschluß jederzeit aberkannt werden. Der organisatorische Status der parlamentarischen Opposition hätte unter diesen Umständen als partiell der Disposition der Regierungskoalition preisgegeben betrachtet werden müssen, vgl. unter anderem: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.5.1979, S. 1f.; Süddeutsche Zeitung vom 4.5.1979, S. 2

[58] Vgl. unter anderem 'Wahlkämpfer Kohl: Trauma für den Nachfolger' in: Der Spiegel vom 5.3.1979, S. 57; dazu 'Bernhard Vogel: Die interne Debatte um Kohl hat die Chancen der CDU fraglos verringert", zit. in: Süddeutsche Zeitung vom 9.3.1979, S.3

[59] So auf einer Pressekonferenz im Anschluß an eine sechstägige Polen-Reise des Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse, Blüm, und des CDU-Bundestagsabgeordneten Vogt am 9.3.1979, vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1o.3.1979, S. 3

Erneut war damit einer (zudem lange Zeit umstrittenen) Personalfrage die Lösung politischer Sachprobleme unter- oder zumindest nachgeordnet worden. Zweifellos gehört der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident zu einer der profiliertesten politischen Persönlichkeiten der Union und ebenso unbetritten mögen seine Kompetenzen in Sachaussagen sein, doch war es zugleich eine bis zu diesem Zeitpunkt eher negativ beantwortete Frage, ob Franz Josef Strauß auch in die Reihe jener 'großen Männer' aus CDU und CSU einzuordnen sei, deren Integrationskraft die beiden Parteien über zwanzig Jahre lang unter anderem erst zu der einen Union hatte werden lassen. Daß die Union sich lange Zeit auf diesen Personenbonus verlassen hat (und verlassen konnte), ist bereits vielfach gesagt worden, und als beinahe ebenso selbstverständlich kann es angesehen werden, daß die Schwierigkeiten, die die Unionsparteien bei dem internen Ausleseprozeß auf personellem Gebiet seit ihrem Eintritt in die parlamentarische Opposition im Jahre 1969 haben, im wesentlichen aus ihrer langen Regierungszeit herrühren.

Konrad Adenauer noch wurde erst Parteivorsitzender der CDU, als er bereits im Amt des Bundeskanzlers war (195o auf dem Goslaer Gründungsparteitag). Bei Ludwig Erhard entwickelte sich hieraus eine Tradition; als nach dem Ausscheiden Adenauers der Parteivorsitz vakant war, bewarb sich nach einer längeren Pause, in der Erhard sich unentschlossen zeigte und Bemühungen, Josef Hermann Dufhues zu einer Kandidatur zu bewegen, ergebnislos blieben, Rainer Barzel um dieses Amt. Als dann doch Erhard Anspruch auf den Parteivorsitz erhob, fiel ihm die christlich-demokratische Spitzenposition schon in internen Verhandlungen vor einer Abstimmung im Bundesvorstand der CDU beinahe folgemäßig zu. Barzel wurde stellvertretender Vorsitzender. Als Kurt Georg Kiesinger den Parteivoritz für sich deklamierte, nachdem er Bundeskanzler ge-

[60] Auf einer Wahlveranstaltung in Idar-Oberstein erklärte der CSU-Vorsitzende Strauß am 9.3.1979, er komme angesichts der jüngsten Äußerung des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Wehner, zur bundesdeutschen Außenpolitik zu dem Schluß, der SPD-Politiker halte die Entspannungspolitik für gescheitert und wolle "retten, was zu retten ist, und er schiebt die SPD in Richtung Selbstfinnlandisierung"; auf der Gründungsversammlung der 'liberal-konservativen Wählerinitiative' in München am 1.3.1979 äußerte der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Graf Huyn seine Überzeugung, die Bundesregierung betreibe eine "Selbstfinnlandisierung" der Bundesrepublik, Bundeskanzler Schmidt sei ein "Sprachrohr Moskaus" und die SPD führe "deutsch-deutsche Geheimgespräche" mit der SED in Algier, was an frühere Kontakte dieser Partei zur KPI erinnere, vgl. ebenda, S. 1o

worden war, erhielt er dieses Amt äußerlich ebenso unbestritten, ohne gegen einen anderen Kandidaten antreten zu müssen.

Für die Christlich-Soziale Union galt, daß sie auch unter einem auf die Bundesrepublik konzentrierten Parteivorsitzenden als Junior-Partner der CDU zwar (zunehmend) Einfluß zu nehmen vermochte bei der Entscheidung über die gemeinsamen Spitzenkandidaten von CDU und CSU und damit indirekt ebenso bei der Auswahl der jeweiligen christlich-demokratischen Parteivorsitzenden, ihre Rolle als 'out-group'[61] in der Union sie jedoch gleichzeitig daran hinderte, selbst die Führungsposition der Unionsparteien zu besetzen.

Die Union konnte als abhängig erscheinen von dem wichtigsten Staatsamt, sie konnte es sich kaum mehr leisten, davon losgelöste Überlegungen für die Besetzung ihres höchsten parteilichen Amtes anzustellen.

Seit die Union in der Opposition ist, besitzt dieser Grundsatz zwangsläufig keine Bedeutung mehr; er hat sich umgekehrt. CDU und CSU sehen sich vor die Aufgabe gestellt, ihren Spitzenkandidaten zu benennen, der dann im Falle eines Wahlsieges oder eines möglichen Auseinanderbrechens der Regierungskoalition noch während einer Legislaturperiode bereit sein würde, das Amt des Bundeskanzlers zu übernehmen. Aber allein schon die Frage, ob die einmal nominierte Persönlichkeit nach einer verlorenen (oder nicht ausreichend gewonnenen) Wahl auch über den Wahltag hinaus die personelle Alternative der Opposition zum amtierenden Bundeskanzler bleiben soll - zumal die Kanzlerkandidatur, wie in den Jahren 1975/76 und 1979/8o, keineswegs unbedingt in Personalunion gesehen wird mit dem Amt des Oppositionsführers im Deutschen Bundestag - blieb in den zehn Jahren seit dem Ausscheiden von CDU und CSU aus der Regierungsverantwortung ungeklärt[62]. Die Union hat den in zwanzigjähriger Erfahrung entwickelten Maßstab für die Besetzung ihrer Spitzenposition (das Kanzleramt) verloren. Und gerade in dieser zum Teil ausbleibenden Entwicklung neuer, von den Funktionen einer Regierungspartei unabhängiger Maßstäbe für die (Sach- wie Personal-) Politik der Opposition kann ein, möglicherweise d e r entscheidende

[61] Vgl. die Termini 'in-group' und 'out-group' für die Christlich-Soziale Union und ihre Stellung im Bündnis der beiden Unionsparteien bei Mühler: CDU/CSU, S. 138ff.

[62] Noch am Abend des 5. Oktober 198o erklärte der CSU-Vorsitzende angesichts der erkennbar gewordenen Wahlniederlage der Unionsparteien seine Kanzlerkandidatur mit Ablauf des Wahltages für beendet.

Grund für die sich seit 1969 in vermehrtem Maße permanent wiederholenden Auseinandersetzungen im Bündnis aus Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen gesehen werden. Die Forderung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, in spektakulärer Weise aufgestellt in seiner Grußansprache vor dem CSU-Parteitag im Mai 1980, nach einer institutionalisierten Verfahrensweise für die Nominierung von christlich-demokratisch/christlich-sozialen Kanzlerkandidaten, darf als ein über die reinen Personenfragen hinausreichendes Postulat allgemeine Gültigkeit für die Verfahrensweisen im Unionsbündnis beanspruchen. Eine extensivierte I n s t i t u t i o n a l i s i e r u n g der politischen (Zusammen-)Arbeit von CDU und CSU - von zumeist jüngeren Unionspolitikern in Form von Appellen zu gemeinsamen Parteitagen oder gar einem formellen Zusammenschluß der beiden Unionsparteien in der kurzen Geschichte der Union immer wieder gefordert - mag als die potentiell einzige Alternative erscheinen zu einem seit 1969 forcierten Lösungsprozeß im Bündnis der Union.

Zu seiner Bewältigung und damit auch zu einer inhaltlichen Erneuerung des Bündnisses beitragen könnten (unter anderem) die von den Autoren der 'Sonde' vielfach gegebenen Denkanstöße[63] zu einer intensivierten und zugleich auf neue Weise formalisierten Kooperation zwischen Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen. Ihre Realisierung mag zukünftig umso eher möglich erscheinen, als eine unionsintern in dem Maße kontrovers diskutierte politische Thematik, wie sie die 'Neue Deutschland- und Ostpolitik' der sozial-liberalen Bundesregierung schwerpunktmäßig in den Jahren 1969 bis 1973 dargestellt hat, im zehnten Jahr der parlamentarischen Opposition von CDU und CSU nicht mehr absehbar ist.

[63] Vgl. unter anderem Helmuth Pütz: CDU ohne Konzept? in: Sonde, Heft 1, 1968, S. 5ff.; Helmuth Pütz/ Peter Radunski/Wulf Schönbohm:34 Thesen zur Reform der CDU, in: Sonde, Heft 4, 1969, S. 4ff.; Wulf Schönbom/Helmuth Pütz/Uwe-Rainer Simon: 15 Thesen zur Situation der CDU, in: Sonde, Heft 4, 1972, S. 4ff.; Wulf Schönbohm/Detlef Stronk/ Hans Reckers: 12 Thesen zur Strategie der Opposition, in: Sonde, Heft 1, 1977, S. 4ff.; Schönbohm/Stronk/Pütz/Pflüger/Heckelmann: 18 Thesen zur Strategie der Union, in: Sonde, Heft 4, 1978, S. 8ff.

Schlußbetrachtung

Die der Arbeit zugrundeliegende Aufgabenstellung war die Unterschung von Lockerungserscheinungen im Bündnis aus Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen. Die Anzeichen für einen solchermaßen (in bezug auf das Unionsbündnis) strukturverändernd wirkenden Prozeß haben insbesondere seit Übernahme der Funktionen einer parlamentarischen Opposition durch CDU und CSU zu einer existentiellen Gefährdung der (spätestens seit Ablauf des Jahres 1949 so apostrophierten) 'einen Union' geführt und vermögen damit ihren Stellenwert als zentraler Untersuchungsgegenstand zu rechtfertigen.

Mit dem gewählten Analyse-Zeitraum von zehn Jahren (1969-1979) war dabei zugleich auch die innenpolitische Konstellation - CDU und CSU als Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag - vorgegeben; in der Außenpolitik konnte für denselben Zeitraum von einem in seinen eigenen Zielsetzungen zwar partiell verminderten, aber dennoch im gesamten Bereich der internationalen Beziehungen weiterhin dominanten Détente-Prinzip ausgegangen werden.

Die in der Arbeit zur Anwendung gebrachten Untersuchungs k r i t e r i e n waren von zweierlei Art: Zum einen legten die beherrschende Position deutschland- und ostpolitischer Fragestellungen während der ersten Legislaturperiode sozial-liberaler Regierungsverantwortung sowie die (unter anderem) daraus wesentlich resultierende Problematik unionsinterner Führungsrivalitäten die Einordnung des zu behandelnden Themas in den übergreifenden Problemkreis der Außen-, Deutschland- und Ostpolitik zumindest für den oben genannten Zeitraum nahe. Zum zweiten erschien die für die Zeit danach vorgenommene thematische Einengung auf die spezifische Bündnisproblematik von CDU und CSU unter dem Gesichtspunkt von Auseinandersetzungen in und zwischen den Parteieliten vor dem Hintergrund ihrer Handlungspriorität bei der Formulierung der Unionspolitik ebenso gerechtfertigt. Andere Politikfelder wie auch zum Beispiel parteiensoziologische Untersuchungskriterien wurden dabei weitgehend unberücksichtigt gelassen.

An dieser Stelle soll zunächst auf den Funktionszusammenhang eingegangen werden, in dem die außen-, deutschland- und ostpolitischen Konzeptionen der Unionsparteien zu denen für andere Politikbereiche gesehen werden müssen.

Auszugehen ist davon, daß seit 1966 (Wechsel in der Führung des Auswärtigen Amtes von Gerhard Schröder zu Willy Brandt), insbesondere aber mit dem Beginn der sozial-liberalen 'Neuen Deutschland- und Ostpolitik' in den Jahren 1969/7o die Kompetenzzuweisung in Fragen der Außenpolitik von einer zunehmenden Mehrheit in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zu ungunsten der ehemals als 'Partei Konrad Adenauers' diesen politischen Teilbereich dominierenden Union vorgenommen wurde[1]. Erst sehr allmählich, mit abnehmendem Aktualitätsbezug der außen- und deutschlandpolitischen Innovationen der SPD/FDP-Bundesregierung wie auch eines im internationalen Rahmen zu konstatierenden verminderten Stellenwertes der Entspannungspolitik, konnte im weiteren Verlauf der siebziger Jahre von den Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag dieser politische Trend aufgehalten und teilweise wieder revidiert werden.

Doch gerade unter dieser Perspektive war es umso erstaunlicher, daß auch noch in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die Mehrzahl der Ausführungen zur Außenpolitik in beiden Unionsparteien geprägt war von einer Blickweise und Problemlage, wie sie sich bis zu den Jahren 1973/74 dargestellt hatte. Dies betraf sowohl den Stellenwert, den außenpolitische Fragen im gesamten Gefüge der Unionspolitik einnahmen, wie gleichfalls einzelne Problembereiche[2].

[1] Vgl. unter anderem Kaltefleiter: Zwischen Konsens und Krise, S. 84

[2] so vermochte es beispielsweise kaum als Ausdruck überzeugender Systematik zu gelten, wenn der Zentralbereich der Außenpolitik noch im Grundsatzprogrammentwurf der CDU von 1977 zwischen den Abschnitten über die 'Soziale Wirtschaftsordnung' und 'Der Staat' abgehandelt wurde; in der vom Bundesparteitag der Christlichen Demokraten im Oktober 1978 verabschiedeten endgültigen Fassung des Grundsatzprogramms erscheinen die außenpolitischen Betrachtungen über 'Deutschland in der Welt' dann auch sinnvoller als abschließendes Kapitel (VI), vgl. das Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, beschlossen vom 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen (23. - 25.1o.1978) S. 51ff.; zur Diskussion über den Grundsatzprogrammentwurf Hans-Peter Schwarz: Die Erben Adenauers und ihre Außenpolitik, in: Sonde, Nr. 2/3 1977, S. 1oo-111

Festzuhalten bleibt jedoch auch eine bei Unionspolitikern bereits seit diesem Zeitpunkt zu beobachtende tendenzielle Entwicklung. Die Hinwendung zu anderen Schwerpunkten ihrer Politik, wie etwa der Frage der Grundrechtsverwirklichung, der Gesellschaftspolitik oder zur Reform der Wirtschaftsordnung.

So gehört auch der von den Unionsparteien in den siebziger Jahren in die öffentliche Diskussion gebrachte Themenkomplex der 'Neuen sozialen Frage' zu jenen Problemkreisen, die von der Unionspolitik nun verstärkt aufgegriffen wurden und außenpolitische Fragestellungen partiell in den Hintergrund zu drängen vermochten. Doch ebensowenig wie beispielsweise in der Frage der Grundrechtsverwirklichung der Bezug zur Menschenrechtspolitik des damaligen amerikanischen Präsidenten Carter unberücksichtigt gelassen werden konnte, so durfte desgleichen bei der Erörterung wünschenswerter sozial- und gesellschaftspolitischer Neuerungen nicht außer acht gelassen werden, daß derartige Vorhaben wiederum (außenpolitische) Fragen wie die nach der weiteren außenwirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik oder ihren zukünftigen Sicherheitsaufwendungen tangierten.

Ein weltmarktabhängiger und zugleich militärisch so exponierter Staat wie die Bundesrepublik Deutschland muß existenzbedingt politische Prioritäten bei der Exportsicherung und im Verteidigungsbereich setzen. Solchermaßen verstandene Sicherheitspolitik ihrerseits kann jedoch seit den siebziger Jahren weniger denn je mit einem engen Begriff von Außen- oder gar nur Westpolitik gleichgesetzt werden: Sie muß nicht allein die Vorgänge im Nahen wie Fernen Osten, in Afrika, in der Golf-Region und auf den Weltmeeren in die Überlegungen einbeziehen, sondern ebenso den Sachverhalt, daß Sicherheit nicht ausschließlich militärische Dimensionen hat. Sicherheitspolitik umfaßt in einem weiteren Sinne unter anderem die Sicherheit der Rohstoffzufuhr, die Freiheit der Meere, die Sicherung des Welthandels vor gewaltsamer Störung oder auch die Sicherung vor internationalem Terrorismus. Und sie bedarf nicht nur militärischer oder klassisch diplomatischer Mittel, sondern muß im Zusammenwirken aller Möglichkeiten der Politik gesehen werden: Außenwirtschaftspolitik

einschließlich der Entwicklungshilfe, Kommunikations- und Informationspolitik, der kontroverse Bereich nationalen Waffenexports wie die Diplomatie in den internationalen Organisationen stellen Teil-Elemente einer solchen Außen- bzw. Sicherheitspolitik dar. Außenpolitische Handlungsfähigkeit und innenpolitische Strukturbedingungen korrelieren dabei in vielfacher Hinsicht; die erfolgreiche deutsche Politik der ersten unionsgeführten Bundesregierungen unter Konrad Adenauer beruhte in nicht unwesentlichem Maße auf der Kenntnis und Beachtung dieses politischen Faktors.

Unter Berücksichtigung dieses Funktionszusammenhangs und auf der Grundlage der veränderten äußeren und inneren Politikkonstellationen der Bundesrepublik Deutschland läßt die Analyse der Unionspolitik wie des organisationspolitischen Status' (bzw. der Statusveränderung) der parlamentarischen Opposition in den siebziger Jahren zusammenfassend zu folgendem Aussagenkatalog kommen:

- In ihren inhaltlichen Stellungnahmen zur 'Neuen Deutschland- und Ostpolitik' der sozial-liberalen Bundesregierung rückorientierten sich die Unionsparteien in ihrem überwiegenden Teil zu deutschlandpolitischen Positionen aus der Zeit vor der Großen Koalition und der darin auch von Unionspolitikern gezeigten substantiellen Gesprächsbereitschaft mit der DDR; dabei zeigten sich graduell unterschiedliche Formen der Ablehnung innerhalb der Christlich-Demokratischen Union, während ihre christlich-soziale Schwesterpartei nahezu durchgängig eine kompromißlose Ablehnung des ost- und deutschlandpolitischen Vertragswerkes befürwortete.

- Die solchermaßen festzustellenden, sachpolitisch begründeten Bewertungsdivergenzen in bezug auf die (Außen-)Politik der SPD-FDP-Koalition stellten eine der beiden hauptsächlichen Ursachen für eine sich anfänglich immer wieder verändernde politische Vorgehensweise der CDU/CSU im Deutschen Bundestag dar. Der andere Ursachenkomplex für den oft nur mit kurzen zeitlichen Abständen vorgenommenen Wechsel zwischen kooperativem und kompetitivem Oppositionsverhalten der Union war in (strategisch-)taktischen Überlegungen zu finden, die

sich insbesondere in der Einschätzung der Freien Demokraten als einem potentiell zukünftigen Koalitionspartner (für die Unionsparteien) teilweise widersprachen. Es kann angenommen werden, daß dem parlamentarischen Verhalten von CDU und CSU bis zur Übernahme des christlich-demokratischen Parteivorsitzes durch Helmut Kohl kein längerfristiges einheitliches Strategiekonzept der Unionsführung zu Grunde gelegen hat; die nichtsdestoweniger auf parlamentarischer Ebene zu verzeichnenden Erfolge der Oppositionspolitik auf allen Politikfeldern korrespondierten jedoch lediglich zu einem geringen Teil mit einer ebenso positiven Resonanz auf diese Politik in der Einschätzung der Bevölkerung der Bundesrepublik. In der Bundestagswahl des Jahres 1972 schließlich kulminierten diese und eine Reihe weiterer für die Union negativer Entwicklungstendenzen, die eine strukturelle Umschichtung in der Wählerschaft und eine unerwartet deutliche Wahlniederlage der Opposition zur Folge hatten[3].

- Die bereits während der ersten Monate sozial-liberaler Regierungspolitik zu beobachtende Interdependenz zwischen sachpolitischem Dissens (hier in Fragen der Außenpolitik) und unionsinterner Spannungsakkumulation in wie zwischen CDU und CSU ließ bereits sehr frühzeitig die Bündnisproblematik der Union zu einem eigendynamischen und mit einem hohen Grad an öffentlicher Aufmerksamkeit versehenen politischen Faktor werden.

Unter anderem in Reaktion auf diese sich eskalierenden inneren Kontroversen in den Unionsparteien, die sich zudem in zunehmendem Maße zwischen der CSU einerseits und wechselnden Gruppierungen innerhalb der CDU auf der anderen Seite abspielten, schien die Fraktionsführung der CDU/CSU im Deutschen Bundestag lange Zeit die wiederholten Korrekturen ihrer Oppositionsstrategie vorzunehmen (und weniger unter dem naheliegenden Gesichtspunkt erhöhter Effektivität einer kombinierten Kooperativ/Kompetitiv-Strategie). Gleichfalls können für solchermaßen festgestellte Positionsveränderungen - zwischen kooperativen bzw. kompetitiven Verhaltensweisen - einzelner Unionspolitiker wie beispielsweise Gerhard

[3] Vgl. unter anderem Kaltefleiter: Zwischen Konsens und Krise, S. 133ff. und 144ff.

Schröder oder Franz Josef Strauß die jeweiligen Motivationen zuweilen mehr in spezifisch persönlichen, d.h. singulär-taktischen Überlegungen gefunden werden als in unterschiedlichen politischen Sachverhalten oder im Rahmen einer umfassenden strategischen Konzeption der gesamten Opposition.

- Die im Zuge der Bemühungen um eine Ratifizierung der Ostverträge 1972 erkennbar gewordene Herausbildung von fünf unterschiedlichen Unionsgruppierungen kann heute in dieser Weise nicht mehr festgestellt werden. Stattdessen sind seit etwa Mitte der siebziger Jahre bei der Beantwortung außenpolitischer Fragestellungen lediglich noch drei unterschiedliche Kategorien interner Fraktionsbildung bei den Unionsparteien zu verzeichnen:

Zum einen die weiter auf die wesentlichen Prinzipien Adenauerscher Außenpolitik zurückgreifende Gruppe in der CDU wie nahezu der CSU insgesamt, die von dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Marx (seit 1980), dem CSU-vorsitzenden Strauß, den deutschlandpolitischen Experten der Union wie Abelein oder Windelen und Vertretern der Vertriebenenorganisationen wie Becher oder Hupka repräsentiert wird. Diese außenpolitische Gruppierung besitzt ihre Unterstützung vorwiegend in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie im Parteiapparat der bayerischen CSU und hat auch nach der Ratifizierung des ost- und deutschlandpolitischen Vertragswerkes mehrfach ihre Absicht bekundet, im Falle einer Regierungsübernahme durch die Union die ausgehandelten Vertragstexte einer erneuten Überprüfung zu unterziehen bzw. sie neu aushandeln zu wollen.

Zum zweiten die eine modifizierte Fortsetzung der sozial-liberalen Deutschland- und Ostpolitik intendierende Gruppe, die bereits im Jahre 1972 eine Ratifizierung der Ostverträge in ihrer durch die gemeinsame, interpretierende Erklärung aller Bundestagsparteien erweiterten Form angestrebt hatte. Ihre führenden Sprecher sind weiterhin der Schatzmeister der CDU, Leisler Kiep, der nunmehrige Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Blüm, wie auch der Berliner CDU-Vorsitzende von Weizsäcker. Weitgehend in diese Unionsgruppierung integriert wurde nach dem zeitweisen Wechsel Gerhard Schröders

in die Front der Vertragsgegner (1972) die Gruppe der ehemaligen Schröder-Anhänger; gleichfalls ließen seit 1973 bekanntwerdende Stellungnahmen Schröders selbst auch wieder seine eigene Unterstützung für eine der Deutschland- und Ostpolitik eher zustimmende Haltung der Opposition erkennen. Dennoch vermochten es die zumeist in der Parteiführung der CDU anzutreffenden Vertreter dieser Gruppe immer weniger, ihren politischen Anschauungen bei der Formulierung der Unionspolitik Geltung zu verschaffen. Der Grund hierfür war nicht zuletzt in dem Umstand zu sehen, daß eine neue, d r i t t e U n i o n s g r u p p i e r u n g in Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik seit Übernahme des CDU-Parteivorsitzes durch den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kohl allmählich eine dominante Position bei inneroppositionellen Entscheidungsprozessen eingenommen hatte. Als Zusammenschluß von Unionspolitikern aus allen bisher bekannten außenpolitischen Gruppen (zu denen anfänglich sogar der CSU-Vorsitzende zu zählen war) und gestützt sowohl durch Teile der Bundestagsfraktion wie führende Vertreter in beiden Parteiapparaten trat diese 'Teil-Fraktion' innerhalb der Union (gruppiert um den CDU-Vorsitzenden Kohl sowie die Länderministerpräsidenten Albrecht und Vogel) dafür ein, unter Beachtung der vorgegebenen ost- und deutschlandpolitischen Vertragsgrundlagen eine eigene neue Konzeption der Unionsparteien in diesem Politikbereich zu erarbeiten; es lag dabei weder in der Absicht der Initiatoren, eine Abkehr von einmal in CDU und CSU eingenommenen Positionen zu vollziehen, noch eine unveränderte Übernahme sozial-liberaler Politikvorstellungen vorzubereiten.

Die Zahl der Anhänger eines solchen politischen Kurses der Opposition schwankt von Abstimmung zu Abstimmung, ebenso werden klare Entscheidungen mitunter vermieden. Als grundsätzlicher Leitsatz dieser Unionsgruppierung kann gelten, daß nach einer Phase akzeptierter (wenn auch zum Beispiel in der Frage der Vorgehensweise der sozial-liberalen Regierungskoalition keineswegs gutgeheißener) Ost- und Deutschlandpolitik wieder verstärkt das atlantische Bündnis und die Westpolitik allgemein im Vordergrund bundesrepublikanischer Außenpolitik stehen sollten.

- Durch die vorrangige Stellung ihrer 'Neuen Deutschland- und Ostpolitik' gelang es der sozial-liberalen Koalition in dem Zeitraum 1969-1972, sich in der Auseinandersetzung mit der parlamentarischen Opposition eine Thematik zu schaffen, die nicht nur die inner- und zwischenparteiliche Gruppenbildung in den Unionsparteien förderte, sondern desgleichen in fast idealer Weise die öffentliche Diskussion zu ihren Gunsten lenkte: Die Bevölkerung der Bundesrepublik war emotional engagiert, sie befürwortete mehrheitlich die betriebene Politik und billigte CDU und CSU in diesen Fragen kaum Kompetenzen zu. Diese positive Bewertung mußte allerdings spätestens seit Beginn des Jahres 1973 in zwei Aspekten eingeschränkt werden. Zum einen lag der maximale Aufmerksamkeitswert der Außen- und Deutschlandpolitik zur Zeit der Beratung der Ostverträge im Deutschen Bundestag, also im Frühjahr 1972, und ließ dann nach der Verabschiedung der Verträge mit Moskau und Warschau graduell nach, um nur noch einmal - in den Monaten November und Dezember 1972, bei der Paraphierung bzw. Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages - wieder merklich anzusteigen.

Zum anderen wurden Probleme der Außen- und hier speziell der Ostpolitik bereits im Wahlkampf für die Bundestagswahl 1972 von den (West-)Deutschen nicht in dem Maße für wichtig gehalten wie zum Beispiel wirtschaftliche Fragen. Für den Zeitraum ab 1973 blieben die Außen- und Deutschlandpolitik entscheidende Politikbereiche der Bundesrepublik, ohne jedoch noch eine ausgesprochene Priorität in der allgemeinen politischen Diskussion wie in der der Unionsparteien untereinander zu besitzen.

- Auf außen-, deutschland- und ostpolitischem Gebiet nahmen CDU und CSU f a s t d u r c h g ä n g i g (d.h. vor wie nach 1972/73) eine zwischen kooperativer und kompetitiver Taktik wechselnde Oppositionshaltung ein; die frühzeitige Einbeziehung alternativer Gegenvorschläge zur Regierungspolitik (sowohl in Detailfragen als auch in der Form ausgearbeiteter Vertragsentwürfe) rechtfertigt dabei insgesamt die Charakterisierung der Union als eine konstruktive parlamentarische Opposition. Diese oppositionelle Strategie der versuchten Einbringung eigener, alternativer und zugleich kon-

struktiver Vorstellungen in die Politik der SPD-FDP-Bundesregierung mußte jedoch jeweils dann als nicht mehr praktikabel angesehen werden, als die Unionsparteien bzw. Teile in ihnen zu der Überzeugung gelangten, daß diese Politik nicht nur eine Polarisierung der politischen Kräfte im Inneren nach sich zog, sondern parallel dazu eine unkontrollierbare 'Linksverschiebung' im politisch-parlamentarischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland eröffnete.

- Die in den folgenden Jahren (nach 1973) vermehrt zu beobachtenden (partei-)politischen Differenzierungen zwischen CDU und CSU waren Ausdruck eines seit dem Jahre 1969 intensivierten Gährungsprozesses im Bündnis der beiden christlich-demokratisch/christlich-sozialen Unionen. Mußte dem außen- und deutschlandpolitischen Problembereich sowohl innenpolitisch wie im Rahmen der unionsinternen Diskussion zwischenzeitlich ein erheblich verringerter Stellenwert beigemessen werden, so erlangten Fragestellungen Relevanz für die bündnispolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Unionsparteien, die in zunehmendem Maße ihre politische Substanz aus dem Bündnisverhalten unionsinterner Führungsgruppen selbst bezogen; ihre eigentlichen thematischen Inhalte besaßen dagegen oft lediglich sekundäre Bedeutung. Beiden Unionsparteien bzw. den in ihnen agierenden Gruppierungen muß dabei jene potenzierende Wirkung der innerparteilichen Gegensätze angelastet werden, die durch eine nahezu immer öffentlich vorgenommene Austragung bewirkt wurde. Nicht so sehr durch real existierende parteipolitische Unterschiede zwischen CDU und CSU gerechtfertigt als vielmehr durch den von der Union wiederholt erweckten Anschein partieller Handlungsunfähigkeit (als politische Einheit) sah sich die Opposition schließlich mit einer auch außerhalb der Unionsparteien - und dort nicht selten in einer die tatsächlichen Gegebenheiten überzeichnenden Art und Weise - geführten Diskussion über Auflösung oder Beibehaltung der Unionsgemeinschaft resp. einer Ausdehnung der CSU als sogenannter 'vierter Bundespartei' konfrontiert. Positive Rückwirkungen auf die eigene Diskussion waren nur in seltenen Ausnahmefällen festzustellen.

- Als Folge der mit der Wahlniederlage der Unionsparteien 1972 - nicht zum ersten Male - gemachten Erfahrung, daß allein ein Personalwechsel an der Spitze des Unionsbündnisses das in der Union seit dem Beginn der sechziger Jahre latente Sukzessionsproblem[4] nicht zu lösen vermochte, entstand eine bis zum Jahre 1979 nicht abreißende Kette von Forderungen nach einer mehr eigenständigen Rolle der CSU und schließlich gleichfalls der CDU. Die Idee, eine vierte Partei unabhängig von Koalitions- oder Fraktionsaussagen in den Bundestag zu bringen, gelangte auf diese Weise geradezu zwangsläufig von einem bayerischen Planspiel in das Stadium konkreter parteipolitischer Überlegungen bei Christlich-Sozialen wie Christlichen Demokraten (der gemeinsame Beschluß der Präsidien von CDU und CSU am 1o. bzw. 19. Juni 1975, die (Wahl-)Chancen einer solchen Partei prüfen zu lassen, stellte den ersten gemeinsamen Unionsschritt in dieser Richtung dar).

Die unionsinternen Reaktionen auf den 1976 dann erstmals gefaßten Beschluß der christlich-sozialen Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Fraktionsgemeinschaft mit den Christlichen Demokraten aufzulösen, haben jedoch die grundsätzliche politische Problematik eines solchen Vorgangs erwiesen. Der CSU-Vorsitzende und andere führende Mitglieder der Partei unterschätzten die Geschlossenheit der CDU gegenüber der von ihnen gestellten Herausforderung wie sie sich auch über die Kritikfähigkeit in ihren eigenen Reihen weitgehend getäuscht hatten.

Die Christlichen Demokraten verfügen seit der Kreuther Entscheidung in Bayern über Kader, die sie jederzeit mobilisieren können. Unter Berücksichtigung dieser für die Mehrheit innerhalb der CSU-Parteispitze offenbar unerwarteten und von ihr lange Zeit nicht verkrafteten Folgen erscheint ein nochmaliger Vorstoß in diese Richtung von christlich-sozialer Seite - ungeachtet der mit den Christlichen Demokraten im Dezember 1976 getroffenen Übereinkunft zur Aufrechterhaltung des gemeinsamen Unionsbündnisses - weder jederzeit noch beliebig oft wiederholbar[5].

[4] worunter sowohl eine personalpolitische Führungserneuerung der Union als auch die inhaltliche Revisionsbedürftigkeit einiger, zum Teil noch aus den fünfziger Jahren stammender Politikformeln zu verstehen ist.

[5] vgl. die analoge These bei Mintzel: Geschichte der CSU, S. 4o9

Insgesamt kann festgestellt werden, daß die vorherrschende Personalisierung politischen Handelns in der Bundesrepublik Deutschland und eine langjährige Fixierung auf die Person von Franz Josef Strauß in der öffentlich und unionsintern geführten Diskussion über weitergehende organisationspolitische Intentionen der Christlich-Sozialen Union zu einer Überbewertung und Fehleinschätzung des CSU-Vorsitzenden wie ebenso der tatsächlich gegebenen Realisierungsmöglichkeiten etwaiger Expansionspläne seitens der bayerischen Union geführt haben.

Erst die Übernahme der Kanzlerkandidatur durch den christlich-sozialen Parteivorsitzenden im Mai 1979 beendete (vorläufig) diese partei- als auch personalpolitische Diskussion.

- Den wiederholten offenen Auseinandersetzungen im Verhältnis der beiden Unionsparteien untereinander war zuvor oftmals eine auf diese Weise diagnostizierte politische 'Führungslosigkeit' der Union als eine ihrer wesentlichen Ursachen zugeschrieben worden; diese Aussage erscheint nur bedingt gerechtfertigt.

Zwar kann die Relevanz des personalen Faktors für das Bündnis nicht bestritten werden, doch muß andererseits der Umstand des Bündnisses, die Notwendigkeit, zwei selbständige Parteien zu koordinieren, das Führungsvermögen eines jedweden Unionspolitikers in erheblichem Maße tangieren. Dabei wird die Führungsfähigkeit eines Parteivorsitzenden im allgemeinen am Grad der Geschlossenheit seiner Partei gemessen. Demonstrierte Homogenität wird ihm zugute gehalten, unkoordiniertes Auftreten und zutage tretende Widersprüche werden ihm zur Last gelegt. Insbesondere die Christlich-Demokratische Union ist an sich bereits sehr heterogen; in ihr vereinigen sich unterschiedliche Interessengruppen wie auch regionale Verschiedenheiten. Da aus einleuchtenden Gründen der volksparteiliche Charakter der CDU nicht korrigiert werden soll und kann, sind bereits wiederholt Parteireformen im Sinne einer Zentralisierung des Parteiaufbaus gefordert worden. So gewiß die föderative Struktur der CDU für die Effektivität der Parteiarbeit problematisch ist, so gewiß ist ebenso, daß die Christlich-Soziale Union mit ihrer weitaus stärkeren Unab-

hängigkeit (nämlich der einer eigenständigen politischen Partei), als sie die einzelnen CDU-Landesverbände besitzen, jede Führung, die über rein administrative Handlungsweisen hinausgeht, erschweren muß. Anders als die christlich-demokratischen Landesverbände ist die bayerische Union in keiner Weise an Direktiven der Schwesterpartei gebunden. Eine infrastrukturelle Reform der CDU allein würde zunächst einmal keinerlei Auswirkungen darauf haben.

Eine der entscheidenden Ursachen für die Schwierigkeiten im Verhältnis der beiden Unionsparteien zueinander kann somit im Wesen des Bündnisses selbst gesehen werden. Zwar beschränkte sich das Bündnis formal stets auf die parlamentarische Arbeit von CDU und CSU und ließ die Parteien an sich unberührt. Doch in der politischen Praxis erwies sich diese Trennung als künstlich und war in der fast dreißigjährigen Geschichte der Union dementsprechend auch nie aufrecht erhalten worden. In dem Augenblick, wo eine Partei, gleichgültig welche von beiden, einen Beschluß mit weittragenden Konsequenzen faßt, muß sie in irgendeiner Form die Interessen des Partners tangieren, sobald sie - was natürlich ist - diesen Beschluß in die parlamentarische Arbeit einzubringen sucht. Und es muß zu Kollisionen kommen, wenn es dem Bündnis an innerer Harmonie und grundsätzlicher Geschlossenheit fehlt.

Es war und bleibt ein Spezifikum der Willensbildung in der Union, daß die Beschlüsse der Mehrheit praktisch in 'zweiter Lesung' von der CSU gebilligt werden müssen. Das gilt für Parteitagsbeschlüsse in der gleichen Weise wie für alle Fragen, die in der laufenden Legislaturperiode an die Fraktion im Deutschen Bundestag herangetragen werden. Die Unabhängigkeit (der CSU) wirkt sich hier, insbesondere bei Meinungsverschiedenheiten mit einer Mehrheit beim größeren Partner, stets hemmend auf die Schlagkraft der Union insgesamt aus. Entwicklungstendenzen innerhalb der Union, die den Vorstellungen der Landesgruppe zuwiderlaufen, konnten nicht erst seit der Vereinbarung von 1976 - ohne daß die Fraktionssolidarität dadurch verletzt wurde - durch den Rückgriff auf die Partei jederzeit neutralisiert werden. Die Bevölkerung registrierte dies zumeist als eine politische 'Zerfaserung' der Union; ihre in der Tat zeitweilig

offensichtliche Unfähigkeit, zu raschen und für die gesamte Opposition verbindlichen Beschlüssen zu kommen, aber wurde desgleichen immer wieder in den Unionsparteien selbst der jeweiligen Führungspersönlichkeit (bis 1979 zumeist identisch mit dem CDU-Parteivorsitzenden) zum Vorwurf gemacht, obgleich dessen vermeintliche Führungsschwäche weit eher ein Produkt des Bündnisses war. Nicht so sehr das gerade in der Opposition immer wieder aufgestellte Postulat personeller Revirements (an der Spitze) als vielmehr strukturelle Veränderungen im Bündnissystem von CDU und CSU - zum Beispiel in Form verstärkt institutionalisierter Zusammenarbeit - vermögen daher längerfristig als parteipolitisch effektivierende Maßnahmen für die gesamte Union Bedeutung zu erlangen.

In den ersten zehn Jahren ihrer Opposition im Deutschen Bundestag stellen sich CDU und CSU rückblickend als eine Parteiengemeinschaft dar, die einen Teil der aufgebrachten Arbeitskraft dazu verwandte, ihre interne Bündnisproblematik zu bewältigen. Seit dem Jahre 1969, als es die Union noch schwer verwinden konnte, aus der Regierungsverantwortung entlassen zu sein, existierte nicht nur unterschwellig ein in zwanzig Jahren gewachsenes gouvernementales Selbstverständnis in der Union weiter fort. Als erklärende Ursache hierfür war neben der Weite des von den Unionsparteien abgedeckten politischen Spektrums (das sich naturgemäß ebenso in ihren Repräsentanten widerspiegelte) die Tatsache zu berücksichtigen, daß CDU und CSU 1976 wieder zur stärksten Bundestagsfraktion geworden waren und sich - wie 1969 - einer Koalition der Verlierer gegenüber glaubten; erst auf dem Bundesparteitag der Christlichen Demokraten in Mannheim 1981 griff der CDU-Vorsitzende Kohl die nach der verlorenen Bundestagswahl des Jahres 1972 von seinem Vorgänger Barzel getroffene Feststellung wieder auf, wonach die der Union zufallende Oppositionsrolle auf eine von der Mehrheit der Wähler (diesmal bei der Bundestagswahl 198o) getroffene Entscheidung zurückgeführt werden müsse[6].

Dieser Verhaltensusus jedoch hatte in den zehn zurückliegenden Jahren unter anderem auch eine grundsätzliche Diskussion über ihre neuen Aufgaben und die daraus abzuleitende Strategie in der CDU/CSU

[6] Vgl. unter anderem Die Welt vom 1o.3.1981, S. 1f.

erst sehr allmählich zu einem Abschluß kommen lassen. Die Folge war ein wiederholt zutage tretender Zwiespalt, der sich (mit diversen Zwischenformen) in die Begriffsmuster von 'kooperativer' und 'kompetitiver' Opposition fassen läßt. Einerseits hatte die Union versucht, es der sozial-liberalen Regierung insbesondere bei der Gesetzgebungsarbeit in den Ausschüssen gleichzutun und sie womöglich zu übertreffen. Andererseits benutzte sie schon seit den ersten Monaten im Plenum die Instrumentarien der Großen Anfragen, der Fragestunden und der aktuellen Stunden, um die Regierung zur Rede zu stellen und in den zentralen (überproportional Aspekte der Außenpolitik betreffenden) Punkten ihre prinzipiell andere Haltung zu skizzieren. Im ganzen aber überwog in der Oppositionspolitik der Union in den siebziger Jahren der kooperative Grundzug.

Nach der erfolglos beendeten Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden (und Befürworters einer konsequent kompetitiven Vorgehensweise der Opposition) kann auch für die naheliegende Zukunft mehr denn je ein so geartetes Rollen(selbst-)verständnis bei CDU und (weniger) CSU angenommen werden. Insbesondere dem Protagonisten einer solchen oppositionellen Strategie, dem gemeinsamen Fraktionsvorsitzenden der Unionsparteien im Deutschen Bundestag, Helmut Kohl, wird zudem ein entscheidendes Verdienst an der auch nach der Bundestagswahl des Jahres 198o unverminderten äußeren Geschlossenheit der Union und dem von einigen Beobachtern schon mit Erstaunen registrierten harmonischen Verhältnis zwischen Christlichen Demokraten und Christlich-Sozialen zugesprochen. Mit einer Strategie der inneren Versöhnung und unter Berücksichtigung seiner disziplinierten Loyalität gegenüber der Kanzlerkandidatur Strauß scheint der CDU-Vorsitzende zu Beginn der achtziger Jahre erneut zu der zentralen Integrationsfigur in der Union geworden zu sein.

Dieser Umstand allein läßt jedoch noch nicht darüber hinwegsehen, daß das sachpolitische Profil der Opposition in Teilbereichen immer noch als vage charakterisiert werden muß. Zwar haben der Oppositionsführer und eine Reihe anderer Unionspolitiker zwischenzeitlich mehrfach[7] angedeutet, daß man namentlich in der Außenpolitik

[7] so zuletzt auf dem Mannheimer Parteitag der CDU im März 1981, vgl. unter anderem Die Zeit vom 13.3.1981, S. 2

von einer auch nur periodisch gezeigten Konfrontationshaltung Abstand nehmen wolle und bei allen bestehenden Positionsunterschieden bereit sei zu einem sachlichen Dialog, unter anderem auf dem bislang nicht selten emotionsträchtigen Feld der Deutschland- und Ostpolitik; eine ausgearbeitete Konzeption jedoch hat die Opposition über solche punktuellen Flexibilitätszeichen hinaus bei anderen aktuellen Problemen zum Teil noch vermissen lassen. Der Diskussion über die Kernenergie, die zweifellos nicht nur gesellschaftliche Randgruppen und politische Extremisten bewegt, hat sie sich lediglich bedingt gestellt. In gleicher Weise ist bisher kaum deutlich geworden, welche Meinung die Unionsparteien zu den in Aussicht stehenden, innenpolitisch hart umstrittenen Waffengeschäften der Bundesrepublik mit Staaten der 'Dritten Welt' vertritt. Weiterhin spielen bei diesem Verzicht auf exponierte Stellungsbezüge sowohl Rücksichten auf interne Meinungsdivergenzen eine Rolle als auch das Bestreben der Oppositionsführung, den Dialog mit den Freien Demokraten als potentiellem Koalitionspartner möglichst unbelastet zu gestalten.

Und nicht zuletzt bedarf das Bündnis aus CDU und CSU selbst zu einer längerfristigen Sicherstellung der eigenen parteipolitischen wie parteiorganisatorischen Konsolidität einer partiellen Neustrukturierung. In der Hauptsache sie erst vermag mutmaßlich zur Grundlage einer dann auch wiederzuerlangenden politischen Führungsrolle der Union in der Bundesrepublik Deutschland zu werden.

Ausgewählte Zeittafel für die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland seit 1969

1969

28. Oktober — Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt: Die Bundesregierung erneuert ihr Verhandlungsangebot an die DDR und erklärt ihre Bereitschaft, von der Existenz der DDR als eines zweiten Staates in Deutschland auszugehen und der Regierung der DDR auf der Basis der Gleichberechtigung zu begegnen.

1970

14. Januar — Bundeskanzler Brandt gibt im Deutschen Bundestag den Bericht zur Lage der Nation und kündigt unter anderem einen umfassenden Vergleich der Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR auf den verschiedensten Lebensbereichen an.

22. Januar bis 18. Februar — Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Brandt und dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, zur Vorbereitung einer ersten Begegnung der beiden Regierungschefs.

19. März — Bundeskanzler Brandt und der Vorsitzende des Ministerrats der DDR, Stoph, treffen in Erfurt zum erstenmal zusammen.

26. März — Beginn der Viermächte-Verhandlungen über Berlin im Gebäude des ehemaligen Alliierten Kontrollrats in Berlin (West).

21. Mai — Zweite Begegnung zwischen Bundeskanzler Brandt und dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, in Kassel.

Der Bundeskanzler nennt in zwanzig Punkten Grundsätze und inhaltliche Elemente für einen Vertrag, der nach der Vorstellung der Bundesregierung die Grundlage für die Regelung der beiderseitigen Beziehungen bilden sollte.

12. August — Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über Gewaltverzicht und Normalisierung der Beziehungen.

27. November — Beginn des Dialogs zwischen den Staatssekretären Bahr und Kohl. Die Gespräche führen in über siebzig Begegnungen im Verlauf von zwei Jahren zum Abschluß des Transitabkommens.

29./30. Oktober	Die Bundesregierung und die Regierung der DDR vereinbaren die Fortsetzung des offiziellen Meinungsaustausches.
7. Dezember	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen.

1971

28. Januar	Bundeskanzler Brandt erstattet im Deutschen Bundestag den Bericht zur Lage der Nation.
3. September	Unterzeichnung des Viermächte-Abkommens über Berlin. Auf der Grundlage des fortbestehenden Viermächte-Status für ganz Berlin werden die Rechte und Verantwortlichkeiten der Drei Mächte für die Westsektoren Berlins und die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland bestätigt.
17. Dezember	Transitabkommen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Gegenstand sind Rechtssicherheit und zügige Abfertigung von Reisenden und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West).
20. Dezember	Vereinbarungen des Senats von Berlin und der Regierung der DDR über Reise- und Besucherverkehr sowie über Gebietsaustausch. Danach können erstmals seit 1961 Bewohner von Berlin (West) generell wieder den Ostteil der Stadt und die DDR besuchen.

1972

20. Januar	Die Staatssekretäre Bahr und Kohl beginnen mit Verhandlungen über einen Verkehrsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten.
23. Februar	Bundeskanzler Brandt erstattet vor dem Deutschen Bundestag den Bericht zur Lage der Nation.
17. Mai	Annahme des Entschließungsantrages der drei Fraktionen des Deutschen Bundestages über gemeinsame Grundsätze zur Deutschland- und Ostpolitik. Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen im Deutschen Bundestag mit den Stimmen der SPD- und FDP-Abgeordneten.

26. Mai	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über Fragen des Verkehrs (Verkehrsvertrag). Der Vertrag regelt den gegenseitigen Wechsel- und Transitverkehr. Im Zusammenhang mit dem Vertrag werden von der DDR Erleichterungen im gegenseitigen Reise- und Besuchsverkehr ermöglicht.
3. Juni	Viermächte-Schlußprotokoll. Damit treten das Viermächte-Abkommen, das Transitabkommen und die Vereinbarungen zwischen dem Senat von Berlin und der Regierung der DDR in Kraft.
16. August	Beginn der Verhandlungen zum Grundlagenvertrag.
9. November	Die Vier Mächte bestätigen, daß sie die Anträge der beiden deutschen Staaten auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen unterstützen werden und stellen fest, daß diese Mitgliedschaft ihre Rechte und Verantwortlichkeiten und die bestehenden diesbezüglichen vierseitigen Regelungen, Beschlüsse und Praktiken in keiner Weise berührt.
21. Dezember	Unterzeichnung des Grundlagenvertrages. Der Vertrag ist der Ausgangspunkt für eine Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen. Im Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag werden weitere Erleichterungen vereinbart, unter anderem Eröffnung des grenznahen Tagesverkehrs und Familienzusammenführung.

1973

18. Januar	Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt mit Bericht zur Lage der Nation.
11. Mai	Der Deutsche Bundestag stimmt dem Grundlagenvertrag zu und beschließt das Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Charta der Vereinten Nationen.
31. Juli	Das Bundesverfassungsgericht bestätigt die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages und weist damit die Klage der Bayerischen Staatsregierung ab. Die Urteilsgründe beschreiben das verfassungsrechtliche Fundament der Vertragspolitik mit der DDR.
18. September	In der Eröffnungssitzung der achtundzwanzigsten UNO-Vollversammlung werden die DDR und die Bundesrepublik Deutschland in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen.

11. Dezember	Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSSR.
1974	
24. Januar	Bundeskanzler Brandt erstattet im Deutschen Bundestag den Bericht zur Lage der Nation.
2. Mai	Die Ständigen Vertretungen in Bonn und Berlin (Ost) nehmen entsprechend dem 'Protokoll über die Errichtung der Ständigen Vertretungen' vom 14. März 1974 ihre Arbeit offiziell auf.
17. Mai	Der neugewählte Bundeskanzler Schmidt gibt im Deutschen Bundestag seine Regierungserklärung ab. Er kennzeichnet den schwerwiegenden Spionagefall im Bundeskanzleramt "als eine ernste Belastung des Verhältnisses zwischen den Vertragspartnern" (BRD und DDR)
7. Oktober	Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR.
1975	
30. Januar	Bundeskanzler Schmidt gibt im Deutschen Bundestag die Erklärung der Bundesregierung zur Lage der Nation ab.
30. Juli und 1. August	Treffen Schmidt - Honecker am Rande der KSZE in Helsinki.
1. August	Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki.
7. Oktober	Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR.
9. Oktober	Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Kreditzahlungen sowie die Ausreise deutschstämmiger Bürger aus Polen.
1976	
29. Januar	Erklärung der Bundesregierung zur Lage der Nation durch Bundeskanzler Schmidt im Deutschen Bundestag.

13. August — Angehörige der Jungen Union werden anläßlich einer Sternfahrt zum fünfzehnten Jahrestag des Baues der Mauer von DDR-Grenzbehörden an der Benutzung der Transitwege nach Berlin (West) gehindert.

16. Dezember — Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt und Bericht zur Lage der Nation.

1977

19. Januar — Fortsetzung der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt sowie des Berichts zur Lage der Nation.

19. Februar — In einem Interview mit der Saarbrücker Zeitung bekräftigt der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, die Auffassung von der "territorialen Integrität" und "nationalen Souveränität" der Deutschen Demokratischen Republik. Zum Viermächte-Abkommen über Berlin erklärt Honecker, es könne keine Rede davon sein, daß das Abkommen nur Westberlin betreffe und Ostberlin davon unberührt sei.

26. August — Die bereits erteilte Genehmigung für einen Besuch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 6. September in Potsdam wird von der DDR widerrufen. In einem formellen Protest am 29. August erklärt die Bundesregierung dies für unvereinbar mit den geschlossenen Verträgen.

7. Oktober — Am Nationalfeiertag der DDR kommt es in Ostberlin zu einer mehrstündigen Straßenschlacht zwischen Volkspolizei und randalierenden Arbeitern und Jugendlichen.

1978

2. Januar — 'Der Spiegel' beginnt mit dem Abdruck von Dokumenten des 'Bundes Demokratischer Kommunisten', die als "Manifest einer ersten organisierten Opposition in der DDR" die Forderung nach einem sozialistischen Gesellschaftssystem und einer Wiedervereinigung in Deutschland aufstellen.

19. Januar — Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt und Bericht zur Lage der Nation.

14. Februar — Während eines Aufenthalts in der Volksrepublik Ungarn erhebt der SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Wehner, den Vorwurf, Bundesaußenminister Genscher behindere durch Untätigkeit den Fortgang der Bonner Ostpolitik. Unter dem FDP-Vorsitzenden werde die 1969 begonnene 'Neue Deutschland- und Ostpolitik' lediglich noch "verwaltet".

6. Mai — Zum Abschluß des Besuches des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet, Breschnew, in der Bundesrepublik wird ein Rahmenabkommen über die Entwicklung der Wirtschaftsbereiche zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland unter Einschluß Westberlins unterzeichnet.

11. Mai — Vor der Bundestagsfraktion der SPD kritisiert deren Vorsitzender Wehner die Deutschland- und Berlinpolitik der Bundesregierung. Wehner betont dabei die Formel des Viermächte-Abkommens von 1971, wonach Berlin "kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik" sei.

26. September — Der sowjetische Botschafter in der DDR, Abrassimow, bezeichnet die Übernahme der Bundesratspräsidentschaft durch den (West-) Berliner Regierenden Bürgermeister Stobbe sowie die geplante Beteiligung Westberlins an der Europawahl als eine "flagrante Verletzung" des Viermächte-Status der alten Reichshauptstadt.

1979

8. Januar — In einem Interview erhebt der sowjetische Sportminister Pawlow die Forderung, bei den Olympischen Spielen 1980 die Berliner Teilnehmer - gemäß der Drei-Staaten-Theorie - besonders zu kennzeichnen.

15. Januar — Bundeskanzler Schmidt vertritt die Ansicht, die deutsche Nation sei auch nach dreißigjähriger staatlicher Teilung weniger zerfallen, "als sie das zwischen 1813 und 1870 gewesen" sei.

7. Februar — Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Wehner, kritisiert die deutsche Verhandlungsführung bei den Wiener Gesprächen über einen Truppenabbau in Mitteleuropa (MBFR). Wehner macht darin Bundesaußenminister Genscher persönlich dafür verantwortlich, daß "in den letzten Monaten mehr als vorher von Angehörigen anderer Delegationen ... gesagt worden (ist), die Bundesrepublik ist der bremsende Faktor".

Diese Verhaltensweise in der jüngsten deutschen Außenpolitik sei - so Wehner - nur noch zu vergleichen mit einem "Betrug" der Adenauer-Regierung aus den Anfangsjahren der Bundesrepublik. Mit den drei Westalliierten habe der erste Bundeskanzler seinerzeit schriftlich vereinbart, die Wiedervereinigung der Westzonen mit der Ostzone selbst dann zu blockieren, wenn die UdSSR allgemeine und freie Wahlen unter Aufsicht der Vereinten Nationen (als einer von westlicher Seite erhobenen Forderung) zugestimmt hätte. Damals sei man im Bundeskanzleramt - wie heute im Auswärten Amt - zusammen mit den Westmächten entschlossen gewesen, ein mögliches Entgegenkommen der Sowjetunion von vornherein zu ignorieren und sie dann für das Scheitern verantwortlich zu machen.

17. Mai — Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt und Bericht zur Lage der Nation.

In seiner Antwort erklärt der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Kohl, auch die Opposition erkenne, "daß mit kurzfristigen Lösungen in der deutschen Frage nicht zu rechnen ist. Deutschlandpolitik ist ein geschichtlicher Auftrag, eine langfristige Alternative, nicht bloß kurzfristig oder gar wahltaktisches Kalkül ..."

Dokumentarischer Anhang

1. 'Aufruf an das Deutsche Volk' der CDU (26. Juni 1945)

"Deutsches Volk!

In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei Christlich-demokratische Union Deutschlands aus heißer Liebe zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat. Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur erstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.

Unsagbar schwer ist unsere Aufgabe. Nach 1918 rettete die politische Führung Organe des staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens aus dem militärischen Zusammenbruch. Unzerstörte Städte und Dörfer, Fabriken, Werkstätten, Felder und Wälder blieben als Grundlage für einen allmählichen Aufstieg des Volkes erhalten.

Heute aber stehen wir vor einer furchtbaren Erbschaft, vor einem Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte.

Dieses Mal trieb ein gewissenloser Diktator mit seinem Anhang einen frivol entfesselten Krieg bis zu letztem Ausbluten unseres Volkes. Hitler ließ das Land in Schutt und Verödung zurück. Mit verlogenen nationalen Phrasen und hohlen Friedensbeteuerungen hat er das eigene Volk und andere Völker getäuscht und den Idealismus unserer Jugend schändlich mißbraucht. So mußte diese Jugend, die im guten Glauben für ihr Vaterland kämpfte, das Opfer einer wahnwitzigen Führung werden. Groß ist die Schuld weiter Kreise unseres Volkes, die

sich nur allzu bereitwillig zu Handlangern und Steigbügelhaltern für Hitler erniedrigten. Jede Schuld verlangt Sühne. Mit den Schuldbeladenen leidet auch die große Zahl der Deutschen, die ihren Schild reinhielten. Sie vermochten sich gegen Gewalt und Terror nicht durchzusetzen. Kämpfer echter demokratischer Gesinnung, evangelische und katholische Christen, zahllose jüdische Mitbürger, Männer und Frauen aus allen Schichten des Volkes litten und starben unter diesem Terror. Im Geiste ihres Vermächtnisses, geeint durch die gleiche Liebe zu unserem Volke, erkennen wir unsere Pflicht, mit diesem Volke den Weg der Sühne, den Weg der Wiedergeburt zu gehen.

Das furchtbare Ausmaß von Unrecht, das die Hitlerzeit gebracht hat, verpflichtet, die Schuldigen und ihre Helfershelfer unnachsichtig, in strenger Gerechtigkeit, jedoch ohne Rachsucht, zur Rechenschaft zu ziehen. An die Stelle des Zerrbildes einer staatlichen Gemeinschaft in der Hitlerzeit soll jetzt der wahrhaft demokratische Staat treten, der auf der Pflicht des Volkes zu Treue, Opfer und Dienst am Gemeinwohl ebenso ruht wie auf der Achtung vor dem Recht der Persönlichkeit, ihrer Ehre, Freiheit und Menschenwürde.

Das Recht muß wieder die Grundlage des ganzen öffentlichen Lebens werden. An Stelle der Lüge: "Recht ist, was dem Volke nutzt", muß die ewige Wahrheit treten: "Dem Volke nutzt nur, was Recht ist". Die Unabhängigkeit und der geordnete Gang der Rechtspflege sind wieder herzustellen. Der Ruf nach gerechten Richtern geht wie ein einziger Schrei durch das ganze deutsche Volk. Jede Willkür ist auszuschließen. Eine Gestapo mit ihrem Terror darf es nicht wieder geben. Das öffentliche Leben muß in strenger Sparsamkeit weitgehend auf Selbstverwaltung freiwilliger und ehrenamtlicher Mitarbeit aufgebaut werden. Die Volksvertretung soll die brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte verwirklichen.

Wir fordern ein öffentliches Leben, das sich frei hält von Lüge, Massenwahn und Massenverhetzung und eine verantwortungsbewußte Presse mit dem Willen zur Wahrheit als oberstes Gesetz. Wir verlangen geistige und religiöse Gewissensfreiheit, Unabhängigkeit aller kirchlichen Gemeinschaften und eine klare Scheidung der kirchlichen und staatlichen Aufgaben.

Das Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder muß gewahrt werden, die Jugend in Ehrfurcht vor Gott, vor Alter und Erfahrung erzogen werden. Der von der Kirche geleitete Religionsunterricht ist Bestandteil der Erziehung. Durch die verderblichen Lehren des Rassenhasses und der Völkerverhetzung hat Hitler weite Teile der Jugend vergiftet. Sie muß wieder zur Erkenntnis wahrer sittlicher Werte geführt werden. Wissenschaft und Kunst sollen sich frei entfalten und die Lehren echter Humanität, deren deutsche Künder der ganzen Menschheit gehören, sollen den sittlichen Wiederaufbau unseres Volkes tragen helfen.

Das unermeßliche Elend in unserem Volke zwingt uns, den Aufbau unseres Wirtschaftslebens, die Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien in straffer Planung durchzuführen. Das Notprogramm für Brot, Obdach und Arbeit geht allem voran. Dabei ist es unerläßlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, daß die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden.

Wir bejahen das Privateigentum, das die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt.

Industrie, Handel und Gewerbe sind zu entscheidender Mitarbeit am Wiederaufbau berufen und deshalb planmäßig zu fördern. Wir fordern vollen Schutz und Ausbaumöglichkeit für das selbständige Handwerk, das nach Zerstörung vieler industrieller Unternehmungen vor einer neuen, großen Aufgabe steht.

Eine umfassende ländliche und gärtnerische Siedlung muß unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes einer möglichst großen Zahl von Deutschen den Zugang zu eigener Scholle und zu selbständiger Arbeit eröffnen. Die wirtschaftliche Sicherung eines freischaffenden Bauerntums und die Ansiedlung der Landarbeiter sind ein unerläßlicher Bestandteil jeder dauerhaften Aufbaupolitik und verlangen den stärksten Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens.

Den christlichen und demokratischen Lebensgesetzen in Staat und Gesellschaft entspricht der freie Zusammenschluß aller Schaffenden. Wir begrüßen daher die einheitliche Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt.

Wir sind uns der Verantwortung für die Notleidenden und Schwachen, für die Kriegsopfer, die Opfer des Hitlerterrors und für die Versorgungsberechtigten bewußt.

Eine caritative Arbeit muß sich ungehindert entfalten können. Wir sagen den Müttern und berufstätigen Frauen, daß alles geschehen wird, um das stille Heldentum ihres immer schwerer gewordenen Alltags schnell zu erleichtern. Für die Beziehungen zu anderen Völkern wünschen wir die Geltung der gleichen Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit wie für unser persönliches und innerstaatliches Leben. Loyale Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem verlorenen Krieg und die äußerste Anspannung innerer Wiedergesundung sollen die Grundlagen für die Anbahnung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den anderen Völkern geben. Wir hoffen dabei auf das Verständnis der Besatzungsmächte für die grenzenlose Notlage des deutschen Volkes und auf ihre sachliche Hilfe, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Erschüttert stehen wir an den frischen Gräbern unserer Toten. Wir vergessen unsere Kriegsgefangenen nicht. Auf den Trümmern

unserer Häuser, unserer Dörfer und Städte gedenken wir in menschlicher und christlicher Verbundenheit der gleichen Opfer der Völker um uns. Und wir geloben, alles bis zum letzten auszutilgen, was dieses ungeheure Blutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt.

Deutsche Männer und Frauen! Wir rufen Euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen. Folgt unserem Ruf zu einer großen Partei, die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will.

Wir rufen die Jugend, die, durch den Krieg und den Zusammenbruch schwer getroffen, vor allem zur Gestaltung der Zukunft mitverpflichtet ist.

Wir rufen die Frauen und Mütter, deren leidgeprüfte Kraft für die Rettung unseres Volkes nicht entbehrt werden kann.

Wir rufen alle, die sich zu uns und unserem Aufbauwillen bekennen. Voll Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen.

Berlin, den 26. Juni 1945.

Andreas Hermes
Heinrich F. Albert
Hans v. Arnim
Eduard Bernoth
Theodor Bohner
Emil Dovifat
Margarete Ehlert
Josef Ersing
Johann Eudenbach
Ferdinand Friedensburg
Willy Fuchs
Otto-Heinrich von der Gablentz
Wilhelm Happ
Peter Hensen
Artur Herzog
Ernst Hülse
Paulus van Husen
Jakob Kaiser
Heinrich Krone
Ernst Lemmer
Otto Lenz
Hans Lukaschek
Reinhard Moeller
Katharina Müller
Elfriede Nebgen
Otto Nuschke
Rudolf Pechel
Eberhard Plewe
Ferdinand Sauerbruch
Walter Schreiber
Martin Schwab
Hildegard Staehle
Theodor Steltzer
Heinrich Vockel
Graf Yorck v. Wartenburg"

2. 'Zehn-Punkte-Appell' der CSU
(31. Dezember 1945)

"Eingedenk der unheilvollen parteipolitischen Zersplitterung der Vergangenheit haben sich Männer und Frauen aller Berufsstände aus einst getrennten politischen Lagern zu einer machtvollen Sammelbewegung zusammengeschlossen, deren Ziel es ist, die aus tausend Wunden blutende Heimat im Geiste des Christentums und einer wahren sozialen Gesinnung wieder aufzurichten. Folgende Grundsätze sollen die Leitsterne ihres Handelns sein:

1. Wiederaufbau des Zerstörten mit dem Fleiß unserer Hände und der Kraft unserer Herzen, Brot für die Hungernden, Heime für die Obdachlosen, großzügige Hilfe für die Entwurzelten und die unschuldigen Opfer des Krieges und Terrors.

2. Verwirklichung christlicher Grundsätze in Erziehung, Wirtschaft und Öffentlichkeit, echte Toleranz und volle Freiheit der christlichen Bekenntnisse.

3. Schaffung eines freien demokratischen Staatswesens auf der Grundlage der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen.

4. Ausmerzung der letzten Spuren nationalsozialistischen Denkens, gerechte Bestrafung der wirklich Schuldigen, Wiedergutmachung für die vom Dritten Reich verübten Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten.

5. Wiederherstellung des Rechtsstaates, Trennung von Verwaltung und Justiz, Gleichheit aller vor dem Gesetz, rücksichtslose Bekämpfung der Korruption.

6. Soziale Gerechtigkeit, gleichmäßige Verteilung der Lasten und Opfer des Krieges, gleiche Möglichkeiten für alle ohne Rücksicht auf Geburt, Stand und Vermögen, Hilfe für die Invaliden, Rentner, Kranken und Arbeitslosen.

7. Rückkehr zur privaten wirtschaftlichen Initiative und Verantwortlichkeit unter Aufsicht des Staates, Achtung vor dem Privateigentum, gerechte Löhne und stabile Preise,

Ordnung des Finanzwesens, Schaffung eines neuen Sozialrechts und Förderung der gewerkschaftlichen Gliederungen.

8. Reform unseres Erziehungswesens im Geiste der Demokratie und der christlichen Grundsätze, Freiheit der Forschung und Lehre, der Kunst und des Schrifttums im Rahmen des Gemeinwohls.

9. Föderative Neugestaltung des Reiches, Stärkung der Verantwortlichkeit der Länder und Selbstverwaltungskörper, Pflege der besonderen Belange unserer bayerischen Heimat.

10. Überwindung des Machtgedankens durch den Geist christlicher Duldung und abendländischer Gesinnung. Bereitschaft zur Mitarbeit an allen Aufgaben internationaler Friedensgestaltung im Interesse der Sicherung unserer nationalen Zukunft und der Wiederherstellung unseres Ansehens in der Welt.

Unser Ruf ergeht an alle, die guten Willens sind.
Ihr Landsleute in den Fabriken und Kontoren, ihr Arbeiter auf Baustellen und Trümmerstätten, ihr Handwerker und Kaufleute, Bauern unserer bayerischen Heimat, Beamte, Lehrer, Juristen, vor allem ihr heimkehrenden Soldaten, die ihr euch ein neues Dasein zimmern wollt, auch ihr, Flüchtlinge und Heimatlose, nicht zuletzt aber ihr bayerischen Frauen, die ihr so viel Schweres tapfer ertragen habt, ihr alle sollt mithelfen, daß unsere schöne Heimat bald wieder aus dem Schutt und Elend, das Hitler hinterlassen hat, neu erstehen kann.

Sammelt Euch um die Fahne der
CHRISTLICH-SOZIALEN UNION!"

§ 9 Die Ausschüsse bestimmen ihre Geschäftsordnung selbständig. Die Arbeitsgemeinschaft kann die Behandlung bestimmter Fragen in den Ausschüssen beschließen.

§ 10 Die Einberufung der Ausschüsse erfolgt durch den Vorsitzenden. Die Ausschüsse können außerdem auf Beschluß der Arbeitsgemeinschaft einberufen werden. Die Vorsitzenden der Ausschüsse haben das Recht, an den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft teilzunehmen.

§ 11 Zur Erledigung der laufenden Arbeit wird ein Sekretariat der Arbeitsgemeinschaft errichtet. Die Geschäftsordnung des Sekretariats der Arbeitsgemeinschaft und die Aufbringung der Kosten wird besonders geregelt."

3. Geschäftsordnung der Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands (beschlossen am 28./29. August 1946)

"§ 1 Die Parteiorganisationen der CDU oder ihr nahestehende Parteibildungen jeder Besatzungszone haben das Recht, in die Arbeitsgemeinschaft für jede Zone 3 ständige Vertreter und 4 Stellvertreter zu entsenden.

§ 2 Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft sind für die Parteiorganisationen dann verbindlich, wenn jede Zone vertreten ist und die Beschlüsse von den anwesenden Vertretern einstimmig gefaßt sind.

§ 3 Die Arbeitsgemeinschaft tagt abwechselnd in den verschiedenen Zonen bzw. in Berlin.

§ 4 Die Parteiorganisationen jeder Zone haben das Recht, innerhalb einer Frist von 3 Wochen unter Angabe der zu behandelnden Punkte eine Einberufung der Arbeitsgemeinschaft zu verlangen.

§ 5 Der Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft wechselt für jede Tagung unter den Vertretern der 4 Zonen. Für den Regelfall führt ein Vertreter der Zone, in deren Gebiet die Tagung stattfindet, den Vorsitz.

§ 6 Der Vorsitzende bestimmt für die Dauer der Tagung einen Schriftführer. Das Protokoll ist bei Abschluß der Tagung von der Vertreterversammlung zu genehmigen.

§ 7 Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft werden folgende Ausschüsse errichtet: 1. Verfassungsausschuß, 2. Außenpolitischer Ausschuß, 3. Wirtschafts- und Sozialausschuß, 4. Kulturausschuß, 5. Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß, 6. Flüchtlingsausschuß, 7. Frauenausschuß, 8. Organisationsausschuß.

§ 8 Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden von der Arbeitsgemeinschaft gewählt. Die Ausschüsse haben in einer Zone ihren ständigen Sitz. Die Ausschüsse sollen möglichst gleichmäßig auf die Zonen verteilt werden.

4. Geschäftsordnung der Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen und Christ-Sozialen Union Deutschlands (beschlossen am 5./6. Februar 1947)

"§ 9 Die Parteiorganisationen von
1. Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern entsenden 6 ständige Vertreter und 6 Stellvertreter
2. Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen entsenden 5 ständige Vertreter und 5 Stellvertreter
3. Bayern, Württemberg-Baden und Hessen entsenden 5 ständige Vertreter und 5 Stellvertreter

in die Arbeitsgemeinschaft.

§ 2 Die Arbeitsgemeinschaft wählt einen Vorstand, der aus 3 Personen der im § Ziffer 1 genannten und aus je 2 Personen der in § 1 Ziffer 2-4 genannten Gruppen besteht.

§ 3 Dem Vorstand obliegt die Einberufung und Vorbereitung der Tagungen. Die Arbeitsgemeinschaft tagt abwechselnd in den verschiedenen Gebieten.

§ 4 Die Arbeitsgemeinschaft ist binnen einer Frist von 3 Wochen einzuberufen, wenn mindestens 2 Mitglieder des Vorstandes die Einberufung unter Angabe der zu behandelnden Punkte beantragen.

§ 5 Der Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft wechselt für jede Tagung unter den Mitgliedern des Vorstandes. Für den Regelfall führt ein Vertreter des Gebietes, in dem die Tagung stattfindet, den Vorsitz.

§ 6 Der Vorsitzende bestimmt für die Dauer der Tagung einen Schriftführer. Das Protokoll ist bei Abschluß der Tagung von der Vertreterversammlung zu genehmigen.

§ 7 Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft werden zunächst folgende Ausschüsse errichtet:
1. Verfassungs-Ausschuß
2. Außenpolitischer Ausschuß
3. Wirtschafts- und Sozialpolitischer Ausschuß

4. Kulturpolitischer Ausschuß
5. Landwirtschafts- und Ernährungs-Ausschuß
6. Flüchtlings-Ausschuß
7. Frauen-Ausschuß
8. Jugend-Ausschuß
9. Organisations-Ausschuß

Die in § 1 genannten Gruppen entsenden in die Ausschüsse Vertreter in demselben Verhältnis wie die Arbeitsgemeinschaft.

§ 8 Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden von der Arbeitsgemeinschaft gewählt. Sie sollen für den Regelfall Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sein.

§ 9 Die Ausschüsse bestimmen ihre Geschäftsordnung selbständig. Die Arbeitsgemeinschaft kann die Behandlung bestimmter Fragen in den Ausschüssen beschließen.

Die Ausschüsse haben ihre Arbeitsergebnisse, soweit sie zur Veröffentlichung bestimmt sind, dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft zur Genehmigung vorzulegen. Das gilt ebenso für alle Verlautbarungen, die als offizielle Stellungnahmen der Partei anzusehen sind.

§ 10 Die Einberufung der Ausschüsse erfolgt durch den Vorsitzenden. Die Ausschüsse können außerdem auf Beschluß des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft einberufen werden.

§ 11 Zur Erledigung der laufenden Arbeiten wird ein Sekretär der Arbeitsgemeinschaft in Frankfurt a.Main errichtet. Die Geschäftsordnung des Sekretariats der Arbeitsgemeinschaft und die Aufbringung der Kosten wird besonders geregelt."

5. Statut der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands
(Entwurf des am 20. August 1948 von der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU berufenen Organisationsausschusses, abgelehnt von der CSU am 8./9. Januar 1949)

"§ 1 Die Landesverbände der CDU und CSU bilden die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands.

§ 2 Organe der Arbeitsgemeinschaft sind der Hauptausschuß und der Vorstand.

§ 3 Der Hauptausschuß
Der Hauptausschuß setzt sich zusammen
a) aus Delegierten, die von den Landesverbänden gewählt werden,
b) aus den Vorsitzenden der Landesverbände,
c) aus den Vorsitzenden der innerhalb der CDU/CSU bestehenden und anerkannten Gesamtorganisationen.
Jeder Landesverband entsendet für je angefangene 150.000 CDU-Wähler (berechnet nach dem Ergebnis der letzten Landtagswahlen) einen Delegierten.

§ 4 Aufgaben des Hauptausschusses
1. Der Hauptausschuß ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen, die im gemeinsamen Interesse der Landesverbände liegen.
2. Er wählt die Mitglieder des Vorstandes in geheimer Wahl.

§ 5 Der Hauptausschuß wird durch den Vorstand oder auf Antrag zweier Landesverbände einberufen. Mindestens einmal im Jahr muß eine Sitzung des Hauptausschusses stattfinden.

§ 6 Der Vorstand
Er besteht aus 9 Mitgliedern. Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter gewählt.

§ 7 Der Vorstand führt die Beschlüsse des Hauptausschusses durch und erledigt die laufenden Geschäfte. Der Vorstand vertritt die Arbeitsgemeinschaft nach außen.

§ 8 Zur Unterstützung des Vorstands und zur Bearbeitung der laufenden Sachaufgaben wird vom Vorstand beim Generalsekretariat ein Beirat gebildet.
Der Beirat hat das Recht zur Einberufung von Ausschüssen und Beiziehung von Sachverständigen.

§ 9 Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Landesverband und den Organen der Arbeitsgemeinschaft oder zwischen Landesverbänden untereinander kann ein paritätischer Schlichtungsausschuß angerufen werden. Seine Bildung erfolgt von Fall zu Fall nach Maßgabe einer besonderen Geschäftsordnung.

§ 10 Finanzen
Die Ausgaben der Arbeitsgemeinschaft, soweit sie nicht durch eigene Einnahmen gedeckt werden können, werden nach einem durch den Hauptausschuß zu genehmigenden Etat von den Landesverbänden aufgebracht."

6. Geschäftsordnung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
(beschlossen am 12. Oktober 1970)

"§ 1 (I) Die CSU-Landesgruppe ist die Vereinigung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages, die von der Christlich-Sozialen Union in Bayern zur Bundestagswahl nominiert worden sind. Ferner gehören ihr die Bundestagsmitglieder an, die mit Zustimmung der Vollversammlung zur CSU-Landesgruppe übergetreten sind bzw. bei ihr hospitieren.

(II) Die Mitglieder der Landesgruppe und alle ehemaligen Mitglieder gehören einer Vereinigung an, die der Erhaltung und Pflege von Kontakten untereinander dienen soll.

(III) Zu Beginn einer Legislaturperiode des Bundestages beschließt die Landesgruppe über die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU-Fraktion; die Rechte auf eigene politische Willensbildung und auf organisatorische Selbständigkeit sind bei dem Zusammenschluß zur Gesamtfraktion zu sichern. Die Vereinbarung bedarf der Schriftform.

(IV) Alle Landesgruppenmitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten.

(V) Hospitanten sind für die in § 2 Abs. 1 Ziffer 2 bis 4 genannten Organe der CSU-Landesgruppe nicht wählbar. Bei Anwendung des § 11 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 Sätze 1 und 2 werden die Hospitanten nicht berücksichtigt.

§ 2 (I) Organe der Landesgruppe sind
1. die Landesgruppenvollversammlung
2. der Landesgruppenvorstand
3. der Parlamentarische Geschäftsführer
4. der Vorsitzende

(II) Die Landesgruppe beruft einen Ehrenrat.

§ 3 (I) Das zur Beschlußfassung in politischen Angelegenheiten berufene Organ der Landesgruppe ist die Vollversammlung.

(II) Sie tritt - nach Einberufung durch den Vorsitzenden - in der Regel in jeder Sitzungswoche des Bundestages einmal zusammen. Sie ist auf Wunsch mindestens eines Drittels der Landesgruppenmitglieder außer der Reihe einzuberufen. Der Einladung zur Vollversammlung ist eine Tagesordnung beizufügen. Über jede Sitzung ist ein Kurzprotokoll zu fertigen, das alle Beschlüsse und Abstimmungsergebnisse enthalten muß.

(III) In der Regel werden als Gäste der Vollversammlung eingeladen:

1. der Bayerische Staatsminister für Bundesangelegenheiten oder sein Beauftragter, sofern sie der CSU angehören.
2. Mitglieder des Landesgruppenbüros.

Der amtierende Landesgruppenvorsitzende oder der Parlamentarische Geschäftsführer können die Einladung auf die Mitglieder der Landesgruppe beschränken. Sie entscheiden auch im Einzelfall über die Teilnahmeberechtigung anderer Gäste.

§ 4 (I) Die Vollversammlung bestimmt die Grundlinien der Politik der Landesgruppe und berät über die anhängigen aktuellen Fragen. Sie wählt die Organe und entscheidet durch Wahl, welche Landesgruppenmitglieder der Gesamtfraktion für Bundestags- oder Fraktionsämter benannt werden sollen. Sie entscheidet über die Benennung der Delegierten der Landesgruppe für Aufgaben außerhalb des Bundestages. Sie wählt zwei Rechnungsprüfer.

(II) Die Vollversammlung bestimmt aus ihren Reihen die Sprecher der Landesgruppe zu bestimmten Tagesordnungspunkten des Bundestagsplenums.

§ 5 (I) Der Landesgruppenvorstand besteht aus dem Landesgruppenvorsitzenden, seinen beiden Stellvertretern, dem Parlamentarischen Geschäftsführer und mindestens drei weiteren Mitgliedern.

(II) Kraft ihres Amtes gehören dem Landesgruppenvorstand die Bundesminister und Parlamentarischen Staatssekretäre, die Mitglieder des Bundestagspräsidiums und die Arbeitskreisvorsitzenden der Gesamtfraktion, soweit sie Mitglieder der CSU-Landesgruppe sind, an. Der Bayerische Staatsminister für Bundesangelegenheiten wird als Gast zu Vorstandssitzungen hinzugebeten, sofern die Einladung nicht auf die Vorstandsmitglieder beschränkt ist.

(III) Die Ämter des Landesgruppenvorsitzenden, seiner Stellvertreter und des Parlamentarischen Geschäftsführers sind mit denen eines Bundesministers oder Parlamentarischen Staatssekretärs nicht vereinbar.

Die Mitglieder des Landesgruppenvorstandes gemäß Abs. 1 werden in geheimer Abstimmung gemäß § 11 durch die Vollversammlung gewählt. Verliert ein Vorstandsmitglied kraft Amts während der laufenden Legislaturperiode sein Amt, so entscheidet die Vollversammlung über die Beibehaltung der Vorstandsmitgliedschaft. Scheidet ein gewähltes Vorstandsmitglied aus, dann erfolgt Nachwahl für den freigewordenen Sitz gemäß § 11.
Ein Mitglied des Landesgruppenvorstands kann mit der Mehrheit von 2/3 der Stimmen der gesamten Vollversammlungsmitglieder aus dem Vorstand abberufen und seiner Landesgruppenämter enthoben werden.

§ 6 Dem Landesgruppenvorstand obliegen folgende Aufgaben:

a) Beobachtung und Analyse der politischen Gesamtentwicklung.
b) Ausarbeitung von Vorlagen und Vorschlägen zur Beschlußfassung für die Vollversammlung.

c) Regelmäßige Berichterstattung über Beratungsgegenstand und Beschlüsse der Sitzungen des Gesamtfraktionsvorstands und des Landesgruppenvorstands.

d) Erledigung der ihm von der Vollversammlung übertragenen Aufgaben.

§ 7 (I) Der Vorsitzende der Landesgruppe vertritt die Landesgruppe nach außen, er ist in entsprechender Anwendung des Vereinsrechts als gesetzlicher Vertreter der Landesgruppe anzusehen. Er leitet die Geschäfte der Landesgruppe, beruft und leitet die Sitzungen der Vollversammlung und bestimmt ihre Tagesordnungen. Im Fall seiner Verhinderung wird er durch die Stellvertreter, im Fall auch deren Verhinderung durch das älteste anwesende Vorstandsmitglied vertreten.

(II) Mit Zustimmung des Vorstands kann er einen bestimmten Kreis von Geschäften für die Dauer auf Mitglieder der Landesgruppe übertragen; in Einzelfällen kann er Landesgruppenmitglieder mit unaufschiebbaren Aufgaben betrauen.

(III) Er ist in allen Angelegenheiten vertretungs- und geschäftsführungsberechtigt, die nicht ausdrücklich der Vollversammlung oder dem Vorstand vorbehalten sind. Bei der Durchführung seiner Aufgaben wird er vom Landesgruppenbüro unterstützt.

§ 8 (I) Der Parlamentarische Geschäftsführer nimmt Koordinations- und Organisationsaufgaben wahr; innerhalb dieses Bereichs ist er geschäftsführungs- und vertretungsbefugt. Sein Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich wird im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden näher abgegrenzt.

(II) Der Parlamentarische Geschäftsführer führt die Dienstaufsicht über das Landesgruppenbüro.

(III) Der Parlamentarische Geschäftsführer verfügt nach General- oder Einzelanweisung des Vorsitzenden über das für die notwendigen Landesgruppenausgaben zu verwendende Landesgruppenvermögen.

§ 9 (I) Für die Arbeit in den Bundestagsausschüssen ist der von der Landesgruppe bestimmte Obmann verantwortlich.

(II) Der Obmann bemüht sich mit den anderen Ausschußmitgliedern der Landesgruppe um eine gemeinsame Meinungsbildung und ein gemeinsames Votum; er stimmt die Ausschußarbeit mit den Ausschußmitgliedern der CDU ab.

(III) Der Obmann berichtet dem Landesgruppenvorstand regelmäßig über die Ausschußarbeit; er hält mit dem Pressereferat des Landesgruppenbüros Verbindung und informiert den Parlamentarischen Geschäftsführer über Arbeitsergebnisse.

§ 10 (1) Der Landesgruppenehrenrat besteht aus einem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern, die von der Landesgruppenvollversammlung gewählt werden. Seine Mitglieder können nicht gleichzeitig Mitglieder des Vorstandes sein.

(II) Der Ehrenrat hat die Aufgabe, Meinungsverschiedenheiten von Mitgliedern der Vollversammlung auf Antrag eines Betroffenen im Wege des Ehrenverfahrens zu schlichten.

(III) Der Ehrenrat gibt sich eine Verfahrensordnung, die von der Vollversammlung gemäß § 11 bestätigt werden muß.

§ 11 (I) Die Vollversammlung ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Sie gilt als beschlußfähig, solange die Beschlußunfähigkeit nicht festgestellt ist.

(II) Die Vollversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

(III) Alle Wahlen sind geheim und erfolgen, soweit in der Geschäftsordnung nicht anderes bestimmt ist oder die Vollversammlung nichts Gegenteiliges beschließt, für die Dauer der laufenden Legislaturperiode. Alle Wahlen werden durch Einzelabstimmung entschieden.

(IV) Für die Wahl des Landesgruppenvorsitzenden ist die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen der Mitglieder der Landesgruppe erforderlich. Für die anderen Wahlen ist die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen der anwesenden Mitglieder der Vollversammlung ausreichend. Wird die nötige Mehrheit nicht erreicht, wird durch Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmenzahlen entschieden. Wird Stimmengleichheit erzielt, so ist die Wahl zu wiederholen. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(V) Stimmenthaltungen werden bei der Ermittlung der Mehrheit als ungültige Stimmen behandelt.

§ 12 Die Mitglieder der Landesgruppe verpflichten sich zur

a) Eintragung in die Anwesenheitsliste bei Sitzungen der Vollversammlung und des Vorstandes
b) rechtzeitigen Entschuldigung bei Nichtteilnahme.

§ 13 (I) Die Vollversammlung beschließt über die Höhe des Landesgruppenbeitrags und etwaiger Sonderumlagen.

(II) Die Rechnungsprüfer prüfen die sachliche Richtigkeit der Kassenführung am Ende eines jeden Kalenderjahres oder auf besondere Weisung des Vorsitzenden. Auf Verlangen der Vollversammlung erstatten sie dieser Bericht.

(III) Zu Ende der Legislaturperiode überträgt die Landesgruppe ihre vermögenswerten Rechte und Vermögensgegenstände auf die Landesgruppe der folgenden Periode; diese tritt in die Verbindlichkeiten der vorhergehenden Landesgruppe ein.

(IV) Ein Auseinandersetzungs- oder Abfindungsanspruch eines ausscheidenden Landesgruppenmitglieds ist ausgeschlossen.

§ 14 (I) Anträge und Anfragen, die aus den Reihen der Landesgruppen kommen, unterliegen nachstehendem Geschäftsgang:

1. Kleine Anfragen

a) Einreichung des Entwurfs beim Parlamentarischen Geschäftsführer

b) Vorlage und Diskussion im Landesgruppenvorstand

c) Falls der Vorstand die Übernahme durch die Landesgruppe empfiehlt, Vorlage bei den Landesgruppenmitgliedern

d) Falls der Vorstand die Übernahme nicht empfiehlt, Rücklauf an den Initiator.

2. Große Anfragen und Anträge

a) Einreichen des Entwurfs beim Parlamentarischen Geschäftsführer

b) Weitergabe an die Gesamtfraktion

c) Rücklauf an den Parlamentarischen Geschäftsführer

d) Falls von der Gesamtfraktion gebilligt, Vorlage zur Unterschrift

e) Falls von der Gesamtfraktion nicht übernommen, Vorlage an die Vollversammlung

f) Falls die Vollversammlung die Übernahme nicht empfiehlt, Rücklauf an den Initiator.

3. Anfragen zur Fragestunde
Einreichen einer Durchschrift beim Parlamentarischen Geschäftsführer.

§ 15 (I) Für die Geltungsdauer der Landesgruppengeschäftsordnung gelten die gleichen Grundsätze wie für die Geltungsdauer der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.

(II) Beim Zusammentreffen einander widersprechender Bestimmungen der Landesgruppengeschäftsordnung und der Geschäftsordnung der Gesamtfraktion, die den Rechte- und Pflichtenkreis der Mitglieder betreffen, gehen die Bestimmungen der Landesgruppengeschäftsordnung vor."

7. Vereinbarung über die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU
(1965)

"I. Organisationsgrundsätze

1. Fraktionsvorsitz und Fraktionsvorstand
Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe ist Erster Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU kraft Amts. Der Fraktionsvorsitzende überträgt seine Aufgaben auf den Ersten Stellvertreter, wenn er selbst an deren Wahrnehmung gehindert ist.
Im Fraktionsvorstand ist die Landesgruppe entsprechend ihrem Stärkeverhältnis vertreten; sie hat bei den Wahlen zum Fraktionsvorstand ein Vorschlagsrecht insoweit.

2. Geschäftsführung
Der Parlamentarische Geschäftsführer der Landesgruppe ist Parlamentarischer Geschäftsführer der Gesamtfraktion kraft Amts. Er übernimmt die Stellvertretung des Fraktionsgeschäftsführers im Fall von dessen Verhinderung

3. Vertretung der Gesamtfraktion nach außen
Spitzengespräche namens der Gesamtfraktion mit Mitgliedern der Bundesregierung, den Vorsitzenden anderer Fraktionen, mit Verbänden und anderen wichtigen Organisationen führen der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion und sein Erster Stellvertreter gemeinsam. Diese Regelung schließt Sondereinladungen des Fraktionsvorsitzenden oder des Vorsitzenden der Landesgruppe nicht aus.
Werden solche Gespräche unterhalb der Ebene der Fraktionsvorsitzenden geführt, so nimmt daran ein von der Landesgruppe benanntes Mitglied teil.
Die Landesgruppe ist in allen Verhandlungsdelegationen der Gesamtfraktion vertreten

4. Arbeitskreise und Arbeitskommissionen
Die Landesgruppe hat Anspruch auf die Besetzung von Arbeitskreisvorsitzenden und Stellvertretersitzen entsprechend ihrem Stärkeverhältnis in der Gesamtfraktion. Sie hat das Vorschlagsrecht für die aus ihrer Mitte zu

wählenden Kandidaten. Zu allen Arbeitsgruppen der Gesamtfraktion werden von der Landesgruppe benannte Mitglieder hinzugezogen.

5. Finanzbeziehungen
Der Sach- und Personalbedarf der Landesgruppe wird mit den der Gesamtfraktion zufließenden Mitteln bestritten. Über die Höhe des zu deckenden Landesgruppenaufwandes wird eine Sondervereinbarung geschlossen. Bei der Aufstellung und Kontrolle des Gesamtfraktionsetats wirkt neben einem von der CDU benannten Mitglied ein vom Landesgruppenvorstand berufenes Mitglied mit. Das Landesgruppenpersonal wird auf Vorschlag der Landesgruppe von der Gesamtfraktion in Vertrag genommen und entsprechend dem Status des Gesamtfraktionspersonals eingruppiert. Die Dienstaufsicht und die Direktionsbefugnis übt die Landesgruppe aus.
Für die Teilnahmeberechtigung des Landesgruppenpersonals an allen Fraktions-, Vorstands-, Arbeitskreis- und anderen Sitzungen gilt das gleiche wie für das Gesamtfraktionspersonal.

6. Sachbedarf
Die von der Bundestagsverwaltung zugewiesenen Sachmittel (Büros, Wohnungen, Reisen usw.) werden auf CDU und CSU entsprechend ihrem Stärkeverhältnis verteilt.

II. Repräsentation der Landesgruppe im Bundestag

1. Alle von der Gesamtfraktion beschlossenen Initiativen tragen die Namen des Fraktionsvorsitzenden und des Vorsitzenden der Landesgruppe.

2. Bei Plenardebatten über Beratungsgegenstände, an denen die Landesgruppe ein besonderes Interesse angemeldet hat, spricht für die Gesamtfraktion spätestens als zweiter Redner ein Mitglied der Landesgruppe.

3. Bei der Besetzung der auf die CDU/CSU entfallenden Bundestagsorgane ist die anteilmäßige Repräsentation der Landesgruppe zu beachten. Die CSU-Landesgruppe besetzt die auf sie entfallenden Ausschußsitze in eigener Zuständigkeit.

III. Wahrung föderativer Belange

Die Gesamtfraktion wird keiner Grundgesetzänderung zustimmen, der die Landesgruppe aus Gründen der Wahrung der Grundlagen des föderativen Staatsaufbaus widerspricht."

8. Die Vereinbarungen über die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU
(1976)

a) Vereinbarung über die Fraktionsbildung

"1. Die Abgeordneten der CDU und CSU bilden auf Grund gemeinsamer politischer Ziele und angesichts der Tatsache, daß sie in keinem Bundesland miteinander im Wettbewerb stehen, für die 8. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine gemeinsame Fraktion.

2. Die gemeinsame Fraktion besteht aus der Gruppe der Abgeordneten der CDU und der Gruppe der Abgeordneten der CSU. Dabei wird an dem Grundsatz festgehalten, daß es sich bei jeder Gruppe um die Abgeordneten einer jeweils selbständigen Partei handelt. Die Gruppe der CSU-Abgeordneten verfügt über eigene Organe. Sie wird an allen Organen der Fraktion angemessen beteiligt.

3. Der Fraktionsvorsitzende wird für die Dauer der Legislaturperiode gemeinsam von den Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt Der Fraktionsvorsitzende hat einen Ersten Stellvertreter. Der Erste Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden wird für die Dauer der Legislaturperiode von den CSU-Abgeordneten gewählt. Unbeschadet dessen werden weitere Stellvertreter gewählt. Über Zahl und Verteilung der weiteren Stellvertreter muß Einvernehmen erzielt werden. Sie werden von der jeweiligen Gruppe gewählt.

4. Im Fraktionsvorstand sind CDU und CSU entsprechend der Zahl ihrer Abgeordneten vertreten. Die Gruppen der CDU- und der CSU-Abgeordneten wählen die auf sie entfallenden Vorstandsmitglieder selbst.

5. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Gruppe der CSU-Abgeordneten ist kraft Amtes ein Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion und der Stellvertreter des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers.

6. Bei der Wahl von Arbeitskreisvorsitzenden und Stellvertretern ist die Gruppe der CSU-Abgeordneten entsprechend ihrem Stärkeverhältnis zu berücksichtigen. Sie hat das Benennungsrecht. Das gleiche gilt für die Wahl der Ausschußvorsitzenden, ihrer Stellvertreter und der Obleute. Die Fraktion hat zwei Justitiare, je einen von der CDU-Gruppe und der CSU-Gruppe.

7. Unter den zwei von der CDU/CSU vorzuschlagenden Mitgliedern des Präsidiums des Deutschen Bundestages schlägt die CDU den Präsidenten und die CSU einen Vizepräsidenten vor.

8. Bei der Besetzung der auf die CDU/CSU-Fraktion entfallenden Bundestagsorgane sowie der mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zu besetzenden Gremien ist die anteilmäßige Repräsentation der CSU-Gruppe herbeizuführen. Die CSU-Gruppe besetzt die auf sie entfallenden Ausschußsitze in eigener Zuständigkeit.

9. Die CDU/CSU-Fraktion wird keine Grundgesetzänderung ermöglichen, der die CSU-Gruppe aus Gründen der Wahrung der Grundlagen des föderativen Staatsaufbaus widerspricht.

10. Die Abstimmung ist frei; es gibt keinen Fraktionszwang. Die CSU-Gruppe kann eine von der Mehrheit der Fraktion abweichende Meinung in einer Frage von grundsätzlicher Bedeutung im Bundestag selbständig vertreten, wenn sie nach der Erörterung der Frage in der Fraktion dieses Verlangen stellt."

b) Vereinbarung über die Grundlage der politischen Zusammenarbeit von CDU und CSU während der 8. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages

"Die Grundlage der gemeinsamen politischen Arbeit von CDU und CSU in der gemeinsamen Fraktion ist das Wahlprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl 1976. Danach ist es die oberste Aufgabe der beiden Unionsparteien, eine freiheitliche Politik zu gewährleisten, die Fortsetzung der sozialistischen Politik in der Bundesrepublik Deutschland

zu verhindern und eine Ablösung der SPD/FDP-Koalition zu erreichen. Diese Aufgabe ist umso wichtiger, als es die geschichtliche Entwicklung Europas unabweisbar macht, dem Vormarsch des Europakommunismus und der Ausbreitung der Volksfront durch eine geschichtsbewußte christlich-europäische Politik Einhalt zu gebieten.

Die CDU erhebt einen bundesweiten Anspruch und beansprucht ein bundesweites Mandat.
Sie geht davon aus, daß sie bei Nichtfortsetzung der bisher gemeinsamen Fraktion eine Rumpfpartei würde, eine Tatsache, die sie keinesfalls akzeptieren will.
Die CSU ist und bleibt eine selbständige Partei und wird kein Landesverband Bayern der CDU.
Als selbständige Partei erhebt sie ebenfalls einen bundesweiten Anspruch der von ihr vertretenen Politik.

1. Beide Unionsparteien stimmen überein, daß dieser in Anspruch nach der bisherigen geographischen Einteilung von der jeweils anderen Unionspartei ausgeübt wird.
2. CDU und CSU stimmen darin überein, daß in Koalitionsvereinbarungen auf Landesebene die Verwirklichung der gemeinsamen Unionspolitik gesichert werden soll.
3. CDU und CSU bilden eine Strategiekommission in gleichstarker Besetzung. Die Kommission hat den Auftrag, in analytischen Grundlagen, Schwerpunkte, Methoden und Zielsetzungen einer gemeinsamen Oppositionspolitik auf der Grundlage des Wahlprogramms von CDU und CSU und der inzwischen eingetretenen neuen politischen Sachverhalte zu erarbeiten. Dabei soll neben den eigenen politischen Aussagen auch den Entwicklungen im Bereich der Koalition besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.
4. CDU und CSU stimmen darin überein, daß die Mehrheit von SPD und FDP im Deutschen Bundestag nur gebrochen werden kann, wenn für die nächste Bundestagswahl alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, das Wählerpotential für eine freiheitliche, sichere und soziale Politik zu gewinnen. Dabei ist besonders auf die innerhalb und zum Teil außerhalb der SPD stehenden freiheitlichen

sozialen Demokraten und auf die national-liberalen Wähler zu achten.
CDU und CSU verpflichten sich, Maßnahmen und Aktivitäten zur Ausschöpfung dieser Möglichkeiten rechtzeitig vor der kommenden Bundestagswahl zu planen und die Durchführung geeigneter Schritte zu ihrer Verwirklichung vorzubereiten. Sie beauftragen die Generalsekretäre beider Parteien, dem gemeinsamen Präsidium von CDU und CSU und dem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion regelmäßig über den Fortgang der einschlägigen Arbeiten zu berichten, erstmals im Sommer 1977. CDU und CSU verpflichten sich, die Ausweitung jeglicher direkter oder indirekter Aktivitäten auf den Bereich des jeweiligen Partners nur im Einvernehmen mit diesem durchzuführen.

5. CDU und CSU verpflichten sich, eine eigenständige In- und Auslandsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung zu gewährleisten.
6. Die Vereinbarung über die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU für die 8. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ist Teil dieser Vereinbarung."

9. Satzung des 'Freundeskreises der Christlich-Sozialen Union (CSU) - Deutschlands e.V.'
(beschlossen am 14. März 1970)

§ 1
Name, Zweck und Sitz

1. Die Organisation führt den Namen "Freundeskreis der Christlich Sozialen Union (CSU) - Deutschlands e.V."
2. Zweck des Freundeskreises ist die überregionale Unterstützung der CSU, mit besonderer Betonung der Deutschlandfrage. Er kämpft für das unteilbare Deutschland und gegen den Ausschluß der Deutschen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker.
3. Der Sitz des Freundeskreises der CSU - Deutschlands e.V. ist Berlin. Er soll in Berlin ins Vereinsregister eingetragen werden. Sein Aufbau ist vertikal.
4. Der Freundeskreis arbeitet auf überkonfessioneller Grundlage.

§ 2
Mitgliedschaft

1. Mitglied kann jeder werden, der die Ziele des Freundeskreises unterstützen will und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt. Über die Aufnahme entscheidet der zuständige Landesverbandsvorstand.
2. Der Aufnahmeantrag muß schriftlich gestellt werden.
3. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, durch Ausschluß aus einem wichtigen Grund oder durch Tod.
4. Der Austritt muß gegenüber dem Landesverbandsvorstand schriftlich erklärt werden.
5. Über den Ausschluß entscheidet der Landesverbandsvorstand.
6. Das ausgeschlossene Mitglied kann beim Präsidium gegen den Ausschluß Widerspruch einlegen. Bis zur endgültigen Klärung durch das Präsidium ruht die Mitgliedschaft.
7. Die Mitgliedschaft besteht grundsätzlich gegenüber dem Bundesverband.

§ 3
Einkünfte und Vermögen

1. Die Mittel für die Arbeit des Freundeskreises werden durch Beiträge aufgebracht. Jedes Mitglied hat monatliche Beiträge zu entrichten. Ferner können Spenden angenommen werden.

2. Die Höhe der monatlichen Beiträge wird von der Bundesdelegiertenversammlung beschlossen.

§ 4
Verbände und Organe

Der Freundeskreis der CSU - Deutschlands e.V. gliedert sich in:

a) Ortsverbände,
b) Kreisverbände,
c) Landesverbände,
d) Bundesverband.

§ 5
Die Ortsverbände

1. Die Ortsverbände bestehen aus den in einer Land- oder Stadtgemeinde ansässigen Mitgliedern.

2. Die Ortsverbände haben keine Selbständigkeit im Sinne des BGB.

3. Organe des Ortsverbandes sind:
   a) die Mitgliederversammlung,
   b) der Ortsverbandsvorstand.

4. Soweit keine Ortsverbände bestehen, übernimmt der Kreisverband die Aufgaben des Ortsverbandes.

5. Die Mitgliederversammlung - wie § 5 Abs. 3 - wählt mit Stimmenmehrheit den Ortsverbandsvorstand, die Delegierten zur Kreisdelegiertenversammlung und die Kassenprüfer.

6. Die Mitgliederversammlung nimmt einmal im Jahr den Bericht des Vorstandes und der Kassenprüfer entgegen. Sie entlastet den Vorstand.

7. Der Ortsverbandsvorstand besteht aus:
   a) den Ortsverbandsvorsitzenden,
   b) dem stellvertretenden Ortsverbandsvorsitzenden,
   c) dem Schriftführer,
   d) dem Kassierer,
   e) zwei bis sechs Beisitzer.

8. Der Ortsverbandsvorstand kassiert die Beiträge, trifft Werbemaßnahmen und beruft in schriftlicher Form die Mitgliederversammlung.

9. Der Ortsverband delegiert neben dem Vorsitzenden für je 10 Mitglieder einen Vertreter in die Kreisdelegiertenversammlung. Soweit die Restzahl 5 Mitglieder übersteigt, entsendet er einen weiteren Vertreter.

§ 6
Die Kreisverbände

1. Die Kreisverbände bestehen aus den in einem Land- oder Stadtkreis ansässigen Mitgliedern.

2. Die Kreisverbände haben keine Selbständigkeit im Sinne des BGB.

3. Organe des Kreisverbandes sind:
   a) die Kreisdelegiertenversammlung,
   b) der Kreisverbandsvorstand.

4. Soweit keine Kreisverbände bestehen, übernimmt der Landesverband die Aufgaben des Kreisverbandes.

5. Die Kreisdelegiertenversammlung - wie § 6 Abs. 3 - wählt mit Stimmenmehrheit den Kreisverbandsvorstand, die Delegierten zur Landesdelegiertenversammlung und die Kassenprüfer.

6. Die Kreisdelegiertenversammlung nimmt einmal im Jahr den Bericht des Kreisverbandsvorstandes und der Kassenprüfer entgegen. Sie entlastet den Vorstand.

7. Der Kreisverbandsvorstand besteht aus:
   a) dem Kreisvorsitzenden,
   b) den zwei stellvertretenden Kreisvorsitzenden,
   c) dem Schriftführer,
   d) dem Kreiskassierer,
   e) zwei bis acht Beisitzer.

8. Der Kreisvorstand überwacht und koordiniert die Arbeit der Ortsverbände, betreibt politische Werbemaßnahmen nach innen und außen und beruft in schriftlicher Form die Kreisdelegiertenversammlung.

9. Der Kreisverband delegiert neben dem Vorsitzenden für je 20 Mitglieder einen Vertreter in die Landesdelegiertenversammlung. Soweit die Restzahl 10 Mitglieder übersteigt, entsendet er einen weiteren Vertreter.

§ 7
Die Landesverbände

1. Die Landesverbände bestehen aus den in einem Bundesland ansässigen Mitgliedern.

2. Die Landesverbände haben keine Selbständigkeit im Sinne des BGB. Sie können eigene Statuten beschließen, die dem Zweck des Freundeskreises gemäß dieser Satzung nicht entgegengerichtet sein darf.

3. Der Landesverband ist ein Teil des Bundesverbandes.

4. Organe des Landesverbandes sind:
   a) die Landesdelegiertenversammlung,
   b) der Landesverbandsvorstand.

5. Die Landesdelegiertenversammlung wählt mit Stimmenmehrheit den Landesverbandsvorstand, die Delegierten zur Bundesdelegiertenversammlung und die Kassenprüfungskommissionen.

6. Die Landesdelegiertenversammlung nimmt einmal im Jahr den Bericht des Landesverbandsvorstandes und der Kassenprüfungskommission entgegen. Sie entlastet den Vorstand.

7. Der Landesverbandsvorstand besteht aus:
   a) dem Landesverbandsvorsitzenden,
   b) den zwei stellvertretenden Landesverbandsvorsitzenden,
   c) dem Landesschriftführer,
   d) dem Landesschatzmeister,
   e) den Kreisverbandsvorsitzenden als Beisitzer,
   f) dem Landesgeschäftsführer.

8. Der Landesverbandsvorstand führt die Geschäfte des Freundeskreises der CSU - Deutschlands e.V. in dem Bundesland, dessen Name er zusätzlich trägt.

9. Der Landesverbandsvorstand beruft die Landesdelegiertenversammlung in schriftlicher Form ein. Über die Beschlüsse der Landesdelegiertenversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Landesschriftführer zu unterschreiben ist.

10. Über einen Beschluß des Landesverbandsvorstandes ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Landesverbandsvorsitzenden zu unterschreiben ist.

11. Ein Beschluß der Landesdelegiertenversammlung und ein Beschluß des Landesverbandsvorstandes muß dem Präsidium mitgeteilt werden. Die Mitteilungen erfolgen durch Zusendung einer Protokollabschrift.

12. Der Landesverband delegiert neben dem Vorsitzenden für je 50 Mitglieder einen Vertreter in die Bundesdelegiertenversammlung. Soweit die Restzahl 30 Mitglieder übersteigt, entsendet er einen weiteren Vertreter.

§ 8
Der Bundesverband

1. Der Bundesverband umfaßt alle Mitglieder des Freundeskreises der CSU - Deutschlands e.V.

2. Organe des Bundesverbandes sind:
   a) die Bundesdelegiertenversammlung,
   b) der Vorstand,
   c) das Präsidium.

3. Der Vorstand gemäß § 26 BGB sind der Präsident und die drei Vizepräsidenten. Vertretungsberechtigt ist der Präsident und ein Vizepräsident gemeinsam.

4. Die Bundesdelegiertenversammlung wählt mit Stimmenmehrheit den Vorstand, den Bundesschatzmeister, den Bundesschriftführer und die Prüfungskommission für das Kassen- und Finanzwesen.

5. Das Präsidium besteht aus:
   a) dem Präsidenten,
   b) den drei Vizepräsidenten,
   c) dem Bundesschatzmeister,
   d) dem Bundesschriftführer,
   e) den ständigen Beratern des Präsidenten als Beisitzer,
   f) den Vorsitzenden der Ausschüsse für Sachfragen als Beisitzer,
   g) den Landesverbandsvorsitzenden als Beisitzer,
   h) dem Bundesgeschäftsführer als Beisitzer.

6. Die ständigen Berater des Präsidenten werden vom Präsidenten als Beisitzer in das Präsidium berufen.

7. Die erforderlich werdenden Sachverständigen werden vom Präsidium berufen und mit der Bildung von Sachausschüssen beauftragt.

8. Das Präsidium kann einen Bundesgeschäftsführer bestellen, dessen Aufgaben vom Präsidium festgelegt werden.

9. Das Präsidium tritt nach Bedarf zusammen. Es beschließt seine Geschäftsordnung.

10. Die Beschlüsse des Präsidiums werden mit Stimmenmehrheit gefaßt.

11. Über jede Präsidiumssitzung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Präsidenten und dem Bundesschriftführer zu unterschreiben ist.

§ 9

Die Bundesdelegiertenversammlung

1. Am Beginn wählt die Bundesdelegiertenversammlung ihren Vorsitzenden. Die Wahl gilt für die Dauer von 4 Jahren. Ein Mitglied des Präsidiums kann nicht Vorsitzender der Bundesdelegiertenversammlung sein.

2. Die Bundesdelegiertenversammlung setzt sich zusammen aus:
   a) dem Vorsitzenden,
   b) dem Präsidium,
   c) den Delegierten.

3. Der Vorsitzende der Bundesdelegiertenversammlung ist nicht zu vertreten. Bei natürlichem Ausfall beruft der Präsident die Bundesdelegiertenversammlung schriftlich nur zu dem Zweck ein, um einen neuen Vorsitzenden zu wählen.

4. Die Bundesdelegiertenversammlung tritt mindestens jährlich im Mai zusammen, um die Berichte des Präsidiums und der Prüfungskommission entgegenzunehmen. Sie entlastet das Präsidium.

5. Die Bundesdelegiertenversammlung tritt alle 4 Jahre zusammen um den Vorstand gemäß § 8 Abs. 4 neu zu wählen. Wiederwahl ist möglich. Der Vorstand wird für die Dauer von 4 Jahren gewählt.

6. Der Vorsitzende beruft die Bundesdelegiertenversammlung in schriftlicher Form unter Bekanntgabe der Tagesordnung ein. Die Einladung soll mindestens einen Monat vorher erfolgen.

7. Im Bedarfsfall kann das Präsidium nach Beschluß und unter Angabe der Gründe beim Vorsitzenden eine außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung beantragen. Einem solchen Antrag ist in der Regel stattzugeben.

8. Die Bundesdelegiertenversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel der Stimmberechtigten anwesend sind. Über die Beschlüsse ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Vorsitzenden zu unterschreiben ist.

9. Zu einem Beschluß, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von 3/4 der erschienenen Stimmberechtigten erforderlich.

§ 10
Gemeinnützigkeit

1. Der Freundeskreis der CSU - Deutschlands e.V. verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24. Dezember 1953.
2. Jede auf wirtschaftlichen Gewinn zielende Tätigkeit ist ausgeschlossen. Etwa doch anfallende Gewinne dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.

§ 11
Auflösung

1. Die Auflösung des Freundeskreises der CSU - Deutschlands e.V. kann nur von der Bundesdelegiertenversammlung mit einer 3/4 Mehrheit beschlossen werden.
2. Bei Auflösung des Freundeskreises fällt sein Vermögen an die (CSU) Christlich Soziale Union.

Köln-Bonn (Wahn), den 14. März 1970

Unterschriften."

10. Satzung des 'Freundeskreises Franz-Josef Strauß e.V.', Bremen
(beschlossen am 20. Juni 1975)

§ 1
Name, Sitz und Geschäftsjahr

1.1. Der Verein führt den Namen: "Freundeskreis Franz-Josef Strauß e.V."
1.2. Er hat seinen Sitz in Bremen, Rockwinkeler Heerstraße 97 a.
1.3. Der Verein ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Bremen eingetragen.
1.4. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2
Zweck des Vereins

2.1. Beitrag zur Stärkung des Zusammenhalts CDU und CSU.

§ 3
Mitgliedschaft

3.1. Erwerb
3.1.1. Mitglieder sind die Gründer des Vereins.
3.1.2. Mitglied kann jedermann werden auf Antrag. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Bei Ablehnung eines Aufnahme-Antrages ist der Vorstand nicht verpflichtet, eine Begründung zu geben.
3.2. Verlust
3.2.1. Die Mitgliedschaft erlischt automatisch durch Tod oder Ausscheiden durch Austritt sowie Ausschluß.
3.2.2. Der Beitritt muß schriftlich erfolgen.
3.2.3. Der Austritt muß schriftlich durch eingeschriebenen Brief erfolgen. Er wird mit der Zustellung wirksam. Vorausbezahlte Mitgliedsbeiträge gelten als verfallen.

§ 4
Beiträge und Vermögen

4.1. Die Mitgliederversammlung beschließt über die Höhe der Beiträge und beschließt über den Haushaltsplan.

4.2. Über das Vereinsvermögen beschließt die Mitgliederversammlung.

§ 5
Organe des Vereins

5.1. Die Mitgliederversammlung

5.2. Der Vorstand

§ 6
Vorstand

6.1. Der Vorstand besteht aus

a) dem Vorsitzenden
b) zwei Stellvertretern
c) dem Schatzmeister
d) dem Schriftführer

Er wird von der Mitgliederversammlung für vier Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

6.2. Zur Vertretung des Vereins sind jeweils nur zwei Mitglieder des Vorstandes gemeinsam berechtigt, unter denen sich der Vorsitzende befinden muß.

6.3. Zur Führung der laufenden Geschäfte kann der Vorstand ein geschäftsführendes Mitglied aus seiner Mitte bestellen, das insoweit dem Vorstand verantwortlich ist und an dessen Beschlüsse gebunden ist.

6.4. Die Tätigkeit der Vorstandsmitglieder ist ehrenamtlich. Evtl. Aufwendungen werden ersetzt.

6.5. Über die Verwaltung des Vermögens sind entsprechende Bücher zu führen.

6.6. Der Vorstand ist zuständig für alle Angelegenheiten die nicht der Mitgliederversammlung übertragen sind.

§ 7
Mitgliederversammlung

7.1. Die Mitgliederversammlung findet mindestens alle drei Monate statt.

7.2. Außerordentliche Mitgliederversammlung bei Bedarf:

a. Wenn der Vorstand es beschließt
b. Wenn 1/3 der Mitglieder es schriftlich beim Vorstand beantragen

7.3. Die Einladung erfolgt schriftlich unter Einhaltung einer Ladungsfrist von 7 Tagen.

7.4. Aufgaben der Mitgliederversammlung:

1. Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder
2. Satzungsänderungen
3. Verabschiedung evtl. Haushaltspläne
4. Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Vorstandes
5. Entlastung des Vorstandes
6. Auflösung des Vereins
7. Beschlußfassung über Ausschluß von Mitgliedern mit 2/3 Mehrheit der anwesenden Mitglieder

7.5. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung über Satzungsänderungen und Auflösung des Vereins sowie Ausschluß von Mitgliedern bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung von 2/3 der anwesenden Mitglieder. Es müssen mindestens 50 % aller Mitglieder anwesend sein.

7.6. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen, die von zwei Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen ist.

7.7. Bei Auflösung des Vereins fällt das Vermögen an eine noch zu bestimmende Organisation.

Gegeben zu Bremen, den 20. Juni 1975

Quellen- und Literaturverzeichnis

(in Klammern die Ortsangaben für die jeweiligen Dokumente bzw. die im Text verwandten Abkürzungen)

A. Quellen

Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945-1963, Bde. 1-4, Stuttgart 1965-1968
(Adenauer: Erinnerungen)

Antwortschreiben des parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rasner, auf die von Bundesaußenminister Scheel erteilte Einladung zur Teilnahme an den Moskauer Verhandlungen vom 20.7. 1970
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Arbeitspapier für die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 8.12.1972/Rainer Barzel: Aufriß zur Deutschland- und Ostpolitik
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Auswärtiges Amt (Hg.): Die Bemühungen der deutschen Regierung und ihrer Verbündeten um die Einheit Deutschlands 1955-1966, Bonn 1966
(Auswärtiges Amt: Bemühungen)

AVP-Pressemitteilung vom 31.10.1975
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Bericht der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages über die Partei- und Fraktionsberatungen der Union zur Frage der Abstimmung über die Ostverträge vom Juni 1972
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Bericht des CDU-Vorsitzenden Barzel vor dem Bundesvorstand seiner Partei am 15.5.1972
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Rückkehr ihres Vorsitzenden Barzel von seiner Moskau-Reise am 17.12.1971
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Ostverträgen vom 17.12.1971
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Beschluß der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zu den Ostverträgen vom 15.5.1972
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Beschluß des CDU-Bundesvorstands zu den Ostverträgen vom 15.5.1972
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Beschluß des CDU-Bundesvorstands zu den Ostverträgen vom 22.11.1976
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Beschluß des CDU-Parteitages in Mannheim vom 27.6.1975 zur 'Kooperation zwischen CDU und CSU'
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Beschluß der CSU-Landesgruppe zu den Ostverträgen vom 15.5.1972
(Archiv der CSU-Landesgruppe, Bonn)

Beschluß des engeren Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Ostverträgen vom 26.10.1970
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Beschluß des engeren Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Otto Bezold (Hg.): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, München 1972
(Grundgesetz)

Franz Böhm (Hg.): Heinrich von Brentano, Deutschland, Europa und die Welt, Reden zur deutschen Außenpolitik, Bonn, Wien, Zürich 1962
(Böhm: Heinrich von Brentano, Reden)

Leonid J. Breschnew: Die KPdSU im Kampf für die Einheit aller revolutionären und friedliebenden Kräfte, Reden und Aufsätze 1967-1972, Frankfurt a.M. 1973
(Breschnew: Reden und Aufsätze)

Heinrich Brüning: Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970
(Brüning: Memoiren)

Wiltraut von Brünneck (Hg.): Verfassung des Landes Hessen und Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin, Zürich 1964
(Verfassung des Landes Hessen und Grundgesetz)

Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen/innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Texte zur Deutschlandpolitik, Bde. 1-12: 1966-1973, Reihe II, Bde. 1-4: 1974-1977, Bonn 1968-1978
(Texte)

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Das Berliner Programm, Mit Beschlüssen des Hamburger Parteitages 1973, Bonn o.J.
(Berliner Programm)

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Materialien der Außenpolitischen Kommission der CDU zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Bonn 1972-1974
(Materialien der Außenpolitischen Kommission der CDU)

CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages (Hg.): Veröffentlichung zur Europapolitik vom 18.1.1972
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

CDU-Pressemitteilung vom 25.6.1971
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

CDU-Pressemitteilung vom 16.11.1975
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

CDU-Pressemitteilung vom 8.1.1976
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

CDU-Streitschrift o.O., o.J.
(herausgegeben von Mitgliedern der Jungen Union)

'CDU und CSU zur Bundestagswahl 1980', CDU-Referentenentwurf vom März 1977
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Winston Churchill: Memoiren, Der Zweite Weltkrieg, Bde. 1-6, Stuttgart 1949-1954
(Churchill: Memoiren)

'CSU/Christlich-Soziale Union in Bayern - und jetzt auch in anderen Bundesländern' (parteiinternes Rundschreiben der CSU-Landesleitung vom 1.2.1964)
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

CSU-Entwurf eines 'Vertrag(es) über Gewaltverzicht zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR' vom 31.1.1972
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

CSU-Pressemitteilung vom 30.1.1976
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

'Denkmodelle zur Parteienkonstellation', o.O., o.J.
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

'Deutschlandpolitische Grundlinien', verabschiedet auf dem Düsseldorfer Parteitag der CDU am 8.3.1977
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Stellungnahme der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum deutsch-polnischen Vertrag vom 25.11.1970
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

'Die aktuelle Analyse' (herausgegeben vom 'Diplomatischen Institut Interkontinenta') vom 19.3.1976
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Einleitendes Referat Kurt Georg Kiesingers auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf am 25.1.1971
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Emnid-Institut, Bielefeld (Hg.): Informationen 1972-1973
(Emnid-Informationen)

Entschließung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Ost- und Deutschlandpolitik vom 26.5.1970
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Entschließung des Arbeitskreises 'Deutschland- und Ostpolitik in der CSU' zum Prager Vertrag vom 12.12.1973
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Entschließung des Bundesausschusses der CDU zur Ostpolitik vom 24.1.1972
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Erklärung des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Ostpolitik vom 26.10.1970
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Entschließungsantrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag vom 4.12.1970
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Erklärung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Ost- und Deutschlandpolitik vom 18.2.1970
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Erklärung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Ostpolitik der Bundesregierung vom 20.3.1970
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Erklärung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR am 19.12.1972
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Erklärung des Bundesvorstands der CDU zu den Ostverträgen vom 15.5.1972
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Erklärung des CDU-Bundesvorstands zum Thema 'vierte Partei' vom 12.5.1973
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Erklärung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel über die Haltung der Opposition zu den Ostverträgen vom 28.12.1970
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Erklärung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel zu dem Erfurter Treffen und der Ostpolitik der Bundesregierung vom 20.3.1970
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Erklärung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel zur Ost- und Deutschlandpolitik vom 19.5.1972
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Erklärung des CDU-Vorsitzenden Kohl zu den deutsch-polnischen Abmachungen vom 3.11.1975
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Erklärung des engeren Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu weiteren Verhandlungen der Bundesrepublik mit anderen osteuropäischen Staaten vom 26.10.1970
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Erklärung des CDU-Vorsitzenden Barzel zum Abschluß der Verhandlungen über den Grundlagenvertrag vom 7.11.1972
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Erklärung des CDU-Vorsitzenden Barzel zum Abschluß der Verhandlungen über den Grundlagenvertrag vom 8.11.1972
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (Hg.): Europa, Dokumente zur Frage der Europäischen Einigung, München 1962
(Europa-Dokumente)

Fünf-Punkte-Erklärung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Ratifizierung der Ostverträge
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

R.W. Füßlein (Hg.): Deutsche Verfassungen, Grundgesetz und deutsche Landesverfassungen in der Fassung der Änderungen und Nachträge, Berlin, Frankfurt a.M. 1961 (periodisch ergänzte Fassung)
(Füßlein: Deutsche Verfassungen)

Charles de Gaulle: Memoiren der Hoffnung, Die Wiedergeburt 1958-1962, Wien, München, Zürich 1971
(de Gaulle: Memoiren)

'Gemeinsamer Beschluß der Präsidien von CDU und CSU vom 19. Juni 1975'
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Geschäftsordnung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag in der Fassung vom 12.10.1970
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Joseph Goebbels: Die Zeit ohne Beispiel, Reden und Aufsätze aus den Jahren 1939/40/41, München 1941
(Goebbels: Reden und Aufsätze)

Dietrich Grille: 'Nation' oder 'Deutschland'? Zur Rolle des Nation-Begriffes in der aktuellen Deutschlandpolitik, Vortrag auf Burg Hohenburg a.d. Eger am 29.4.1972/Unkorrigiertes Redemanuskript

Handschriftliche Aktennotiz des CDU-Generalsekretärs Biedenkopf an den CDU-Vorsitzenden Kohl vom 26.6.1975
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Helmut Heiber (Hg.): Goebbels-Reden, 2 Bde., Düsseldorf 1972
(Heiber: Goebbels-Reden)

Knut Hirsch (Hg.): Deutschlandpläne, Dokumente und Materialien zur deutschen Frage, Berlin 1967
(Hirsch: Deutschlandpläne)

Wilhelm Hoegner: Der schwierige Außenseiter, Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959
(Hoegner: Erinnerungen)

Interview des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel mit der Berliner Morgenpost am 6.2.1971
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Interview des CDU-Generalsekretärs Biedenkopf im Südwestfunk am 16.11.1975
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Interview des CDU-Generalsekretärs Biedenkopf mit der Stuttgarter Zeitung am 4. Juli 1974 (Erscheinungdatum: 6./7.Juli 1974) /CDU-Pressemitteilung vom 5. Juli 1974, S. 3
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Interview des CDU-Pressesprechers Wiedemeyer im Südwestfunk am 7.7.1975
(Bundespresseamt - Abteilung Nachrichten, Referat II/4 - Deutsche Gruppe)

Interview des CDU-Vorsitzenden Kiesinger im Schweizer Fernsehen am 12.8.1970
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Interview des CSU-Vorsitzenden Strauß im Deutschen Fernsehen (ARD) vom 7.12.1970
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Interview des CSU-Vorsitzenden Strauß im Deutschlandfunk am 4.3.1973
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Interview des CSU-Vorsitzenden Strauß im Hessischen Rundfunk am 11.4.1970
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Interview des CSU-Vorsitzenden Strauß im Südwestfunk am 5.12.1971
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Interview des CSU-Vorsitzenden Strauß im Südwestfunk am 24.3.1974
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Interview des CSU-Vorsitzenden Strauß im Westdeutschen Rundfunk am 26.9.1975
(Bundespresseamt - Abteilung Nachrichten, Referat II/4 - Deutsche Gruppe)

Interview des CSU-Vorsitzenden Strauß im ZDF am 17.11.1975
(Bundespresseamt - Abteilung Nachrichten, Referat II/4 - Deutsche Gruppe)

Interview des hessischen CDU-Vorsitzenden Dregger im Deutschlandfunk am 31.3.1974
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Interview des hessischen CDU-Vorsitzenden Dregger im Deutschlandfunk am 15.10.1975
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Interview des rheinischen CDU-Vorsitzenden Köppler im Deutschlandfunk am 30.3.1974
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Interview Gerhard Schröders im Deutschlandfunk zum Viermächte-Abkommen über Berlin am 5.9.1971
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Interview Gerhard Schröders mit der Berliner Morgenpost vom 18.7.1971
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Kurt Georg Kiesinger: Stationen 1949-1969, Tübingen 1969
(Kiesinger: Stationen)

Kommentar im Süddeutschen Rundfunk vom 16.10.1966
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Kommuniqué des CDU-Präsidiums zum Abschluß seiner Beratungen über den deutsch-sowjetischen Vertrag am 26.8.1970
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Kommuniqué über die gemeinsame Sitzung der Präsidien von CDU und CSU am 10.6.1975
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Kommuniqué über die Gespräche zwischen CDU und CSU vom 3.12.1976
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Kommuniqué über die Gespräche zwischen CDU und CSU vom 6.12.1976
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Kommuniqué über die Sitzung des Präsidiums der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vom 25.6.1971
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Kommuniqué zum Abschluß der Beratungen des CDU-Präsidiums über den Moskauer Vertrag vom 26.8.1970
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Boris Meissner (Hg.): Die deutsche Ostpolitik 1961-1970, Kontinuität und Wandel, Köln 1970
(Meissner: Ostpolitik)

Alois Mertes: Die Rolle der Opposition in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, unveröffentlichtes Manuskript der Hauptthesen des Vortrags im Internationalen Club la Redoute am 10.5.1977

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR/Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hg.): Dokumente aus den Jahren 1945-1949, Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Berlin 1968
(Dokumente 1945-1949)

Ingo von Münch (Hg.): Dokumente des geteilten Deutschland, Stuttgart 1968
(Münch: Dokumente)

Albert Norden: Die Nation und wir, Ausgewählte Aufsätze und Reden 1933-1964, Bde. 1-2, Berlin 1965
(Norden: Die Nation und wir)

PDJ (Pressedienst Demokratische Initiative), Pressemitteilung vom 19.9.1975
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, Auswahl aus den Jahren 1906-1953, Bde. 1-4, Berlin 1954-1955
(Pieck: Reden)

Podiumsgespräch im Westdeutschen Rundfunk am 21.10.1976
(Bundespresseamt/Abteilung Nachrichten, Referat II/4 - Deutsche Gruppe)

Presseerklärung der CSU-Landesleitung, München vom 10.9.1971
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Presseerklärung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel zur Münchner Außenministerkonferenz der EWG vom 17.11.1970
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Presseerklärung des CDU-Vorsitzenden Kiesinger vom 24.7.1970
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Presseerklärung des CDU-Vorsitzenden Kohl vom 19.11.1976
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Presseerkläung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel nach seiner Rückkehr aus Moskau am 16.12.1971
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Pressemitteilung des Bundespräsidiums der 'Freundeskreise der CSU' vom 14.3.1970
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages über ihre Beschlüsse vom 19.12.1972
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Pressereferat der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Rainer Barzel: Zum Thema Gewaltverzicht, Bonn 1970
(Rainer Barzel: Zum Thema Gewaltverzicht)

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Bonner Almanach, 1970-1978, Bonn 1971-1978
(Bonner Almanach)

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Bundeskanzler Brandt, Reden und Interviews, Bde. 1-2, Bonn 1972-1973
(Brandt, Reden und Interviews)

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Das Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971, Bonn 1971
(Viermächte-Abkommen)

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.):
Dokumentation zur Entspannungspolitik der Bundesregierung, Bonn 1974
(Dokumentation zur Entspannungspolitik)

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.):
Walter Scheel, Reden und Interviews, Bonn 1972
(Scheel, Reden und Interviews)

Protokoll der CSU-Landesversammlung in München am 5. und 6.7.1957
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Protokolle der Beratungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Haltung bei der Schlußabstimmung über die Ostverträge am 16. und 17.5.1972
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Rede Bundeskanzler Kiesingers auf der Unternehmertagung in Düsseldorf am 24.4.1969
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Rede des CDU-Vorsitzenden Kiesinger auf dem Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf am 25.1.1971
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Rede des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel anläßlich der Jahrestagung des Kuratoriums 'Unteilbares Deutschland' in Berlin am 7.12.1969
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Rede des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel vor dem Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf am 26.1.1971
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Rede des CSU-Vorsitzenden Strauß auf einer Parteiveranstaltung der CSU in Vilshofen am 11.2.1970
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Rede des CSU-Vorsitzenden Strauß vor dem Landesparteitag der CSU in München am 16.10.1971
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Rede des CSU-Vorsitzenden Strauß vor dem Landesparteitag der CSU in München am 4.11.1972
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Redemanuskript des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel vom 17 .11.1970
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Referat des CSU-Vorsitzenden Strauß in Bonn vom 3.12.1976:
'Deutschland und die Welt'
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Resolution der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 15.10.1970
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Satzung des 'Freundeskreises der Christlich-Sozialen Union (CSU) - Deutschlands e.V.' vom 14.3.1970
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Schreiben des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel an Bundeskanzler Brandt vom 10.8.1970
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Schreiben des Rhein-Ruhr-Klubs e.V. an alle Klubmitglieder

Gerhard Schröder: Außenpolitik für Deutschland, Rede auf dem Bundesparteitag der CDU in Wiesbaden am 10.10.1972
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Gerhard Schröder: Stellungnahme zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 24.1.1973, Unkorrigiertes Redemanuskript
(Archiv der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Bonn)

Stellungnahme der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum deutsch-polnischen Vertrag vom 25.11.1970
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Helmuth Stoecker (Hg.): Handbuch der Verträge 1871-1964, Berlin 1968
(Stoecker: Verträge)

Anna Christine Storbeck: Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945 (Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 4), München, Wien 1970
(Handbuch der Politik, Bd. 4)

Stellungnahme des Ost- und Deutschlandpolitischen Arbeitskreises der CSU zu den Ostverträgen vom 30.4.1972
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Hans-Peter Schwarz (Hg.): Konrad Adenauer, Reden 1917-1967, Eine Auswahl, Stuttgart 1975
(Schwarz: Konrad Adenauer, Reden 1917-1967)

Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Aus Reden und Aufsätze, 10 Bde., Berlin 1953-1966
(Ulbricht: Reden und Aufsätze)

Umfrage über die Aussichten eines CDU-Landesverbandes in Bayern im Auftrag des CDU-Bundesvorstands
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Union in Deutschland vom 17.1.1974
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Unkorrigiertes Redemanuskript des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Carstens vom 17.6.1976
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Unkorrigiertes Redemanuskript des rheinischen JU-Vorsitzenden Evertz vom 5.7.1975
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Verhandlungen des Bundesrates, Stenographische Berichte, Bonn 1973-1979
(Bundesrat, Sten. B.)

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 1.-8. Wahlperiode
(... Deutscher Bundestag, Sten. B.)

'Vereinbarung über die Grundlage der gemeinsamen Arbeit in der gemeinsamen Fraktion' zwischen CDU und CSU
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

Werner Weber/Werner Jahn (Hg.): Synopse zur Deutschlandpolitik 1941-1973, Göttingen 1973
(Weber/Jahn: Deutschlandpolitik)

Wedding-Verlag, Berlin (Hg.): Zwischen Krieg und Frieden, Eine Dokumentensammlung, Berlin ^{2}1946
(Dokumentensammlung)

Heinrich Windelen: Innerparteiliche Studie
(Archiv des CDU-Bundesvorstands, Bonn)

Wortlaut des Glückwunschtelegramms des CSU-Vorsitzenden Strauß an den CDU-Vorsitzenden Kohl vom 23.6.1975
(Archiv der CSU-Landesleitung, München)

B. Darstellungen I

Heinrich Albertz/Dietrich Goldschmidt: Konsequenzen, Analysen, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Reinbek bei Hamburg 1969
(Albertz/Goldschmidt: Dokumente zur Deutschlandpolitik)

Rüdiger Altmann: Das deutsche Risiko, Außenpolitische Perspektiven, Stuttgart 1962
(Altmann: Außenpolitische Perspektiven)

Rüdiger Altmann: Das Erbe Adenauers, Stuttgart ^{3}1960
(Altmann: Erbe Adenauers)

Rüdiger Altmann/Johannes Groß: Die Neue Gesellschaft, Bemerkungen zum Zielbewußtsein, Stuttgart 1958
(Altmann/Groß: Neue Gesellschaft)

Hadley Arkes: Bureaucracy, the Marshall Plan and the National Interest, Princeton/New Jersey 1972
Arkes: Marshall Plan)

Abraham Ashkenasi: Reformpartei und Außenpolitik, Die Außenpolitik der SPD Berlin-Bonn, Köln, Opladen 1968
Ashkenasi: Reformpartei und Außenpolitik)

Carl Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Wirken der Deutschen Zentrumspartei, Bde. 1-9, Köln 1928-1932
(Bachem: Deutsche Zentrumspartei)

Rolf Badstübner/Siegfried Thomas: Die Spaltung Deutschlands 1945-1949, Berlin 1966
(Badstübner/Thomas: Spaltung)

Dirk Bovendamm: Bonn unter Brandt, Machtwandel oder Zeitenwende, Wien, München, Zürich 1971
(Bovendamm: Bonn unter Brandt)

Walter Berberich: Die historische Entwicklung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bis zum Eintritt in die Bundesrepublik, Würzburg 1965
(Berberich: Christlich-Soziale Union in Bayern)

Arnold Bergstraesser: Weltpolitik als Wissenschaft, Köln, Opladen 1965
(Bergstraesser: Weltpolitik)

Herny Bernhard: Finis Germaniae, Aufzeichnungen und Betrachtungen, Stuttgart ^{2}1948
(Bernhard: Finis Germaniae)

Barton J. Bernstein (Hg.): Politics and Policies of the Truman Administration, Chicago 1970
(Bernstein: Politics and Policies of the Truman Administration)

Herbert Bertsch: CDU/CSU demaskiert, Berlin 1961
(Bertsch: CDU/CSU)

Waldemar Besson: Die Außenpolitik der Bundesrepublik, Erfahrungen und Maßstäbe, München 197o
(Besson/ Außenpolitik)

Gerhart Binder: Deutschland seit 1945, Eine dokumentierte gesamtdeutsche Geschichte in der Zeit der Teilung, Stuttgart 1969
(Binder: Deutschland seit 1945)

Detlef Bischoff: Franz Josef Strauß, die CSU und die Außenpolitik, Meisenheim 1973
(Bischoff: CSU und Außenpolitik)

Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier/Konrad Repgen/Hans-Peter Schwarz (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit, Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Bde. 1-2, Stuttgart 1976
(Blumenwitz und andere: Konrad Adenauer und seine Zeit)

Dieter Blumenwitz und andere: Partnerschaft mit dem Osten, Zehn Beiträge zur Lage Deutschlands nach den Verträgen, München 1976
(Blumenwitz: Partnerschaft)

Jean Bodin: Les six livres de la République, avec L'Apologie de R. Herpin, Faksimiledruck der Ausgabe Paris 1583, Aalen 1961
(Bodin: Les six livres de la République)

Karl Dietrich Bracher: Das deutsche Dilemma, Leidenswege der politischen Emanzipation, München 1971
(Bracher: Das deutsche Dilemma)

Karl Dietrich Bracher: Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur, Beiträge zur neuen Politik und Geschichte, Bern, München 1964
(Bracher: Demokratie und Diktatur)

Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik, Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie, Villingen 3196o
(Bracher: Auflösung)

Karl Dietrich Bracher: Die deutsche Diktatur, Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln, Berlin 1969
(Bracher: Deutsche Diktatur)

Karl Dietrich Bracher: Nach 25 Jahren, Eine Deutschlandbilanz, München 197o
(Bracher: Deutschlandbilanz)

Karl Dietrich Bracher (Hg.): Autoritarismus und Nationalismus in der deutschen Geschichte, Frankfurt a.M.1963
(Bracher: Autoritarismus)

Karl Dietrich Bracher/Ernst Fraenkel (Hg.): Internationale Beziehungen, Frankfurt a.M. 1969
(Bracher/Fraenkel: Internationale Beziehungen)

Willy Brandt: Friedenspolitik in Europa, Frankfurt a.M. 1968
(Brandt: Friedenspolitik)

Willy Brandt/Richard Löwenthal: Ernst Reuter, Ein Leben für die Freiheit, München 1957
(Brandt/Löwenthal: Ernst Reuter)

Karl Buchheim: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1953
(Buchheim: Christliche Parteien in Deutschland)

Rudolf Buchner: Die deutsch-französische Tragödie 1848-1864, Politische Beziehungen und psychologisches Verhältnis,Würzburg 1965
(Buchner: Deutsch-französische Tragödie)

Karl Carstens: Politische Führung, Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung, Stuttgart 1971
(Carstens: Politische Führung)

Eve Cieslar/Johannes Hampel/Franz-Christoph Zeitler: Der Streit um den Grundvertrag, Eine Dokumentation, München, Wien 1973
(Cieslar und andere: Grundvertrag)

J.B. Collester: Coalition Politics in the German Federal Republic, An Extension of Emperial Theory, Ph. D. Indiana, 1969
(Collester: Coalition Politics)

Werner Conze: Die deutsche Nation, Ergebnis der Geschichte, Göttingen 1963
(Conze: Deutsche Nation)

Werner Conze: Die Zeit Wilhelms II. und die Weimarer Republik, Deutsche Geschichte 189o-1933, Tübingen 1964
(Conze: Deutsche Geschichte)

Werner Conze/Erich Kosthorst/Elfriede Nebgen: Jakob Kaiser, Politiker zwischen Ost und West 1945-1949, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1969
(Conze und andere: Jakob Kaiser)

Dettmar Cramer: Deutschland nach dem Grundvertrag, Stuttgart 1973
(Cramer: Grundvertrag)

Herbert Czaja: Ausgleich mit Osteuropa, Versuch einer europäischen Friedensordnung, Stuttgart 2197o
(Czaja: Europäische Friedensordnung)

Ernst-Otto Czempiel (Hg.): Die anachronistische Souveränität, PVS-Sonderheft 1969
(Czempiel: Anachronistische Souveränität)

Robert A. Dahl: A preface to democratic theory, Chicago 1956
(Dahl: Democratic theory)

Robert A. Dahl: Modern political analysis, Englewood Cliffs ^{2}1970
(Dahl: Political analysis)

Robert A. Dahl: Polyarchy, Participation and Opposition, London 1971
(Dahl: Polyarchy)

Robert A. Dahl (Hg.): Political Oppositions in Western Democracies, New Haven, London ^{4} 1972
(Dahl: Political Oppositions)

Thomas Dahlberg: Franz Josef Strauß, Porträt eines Politikers, Gütersloh 1968
(Dahlberg: Franz Josef Strauß)

Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965
(Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie)

W. Phillips Davison: Die Blockade von Berlin, Modellfall des Kalten Krieges, Frankfurt a.M., Berlin 1959
(Davison: Die Blockade von Berlin)

Ernst Deuerlein: CDU/CSU 1945-1957, Köln 1957
(Deuerlein: CDU/CSU)

Ernst Deuerlein (Hg.): Die Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1970
(Deuerlein: Gründung)

Karl W. Deutsch: Analyse Internationaler Beziehungen, Frankfurt a.M. 1971
(Deutsch: Internationale Beziehungen)

Karl W. Deutsch: Politische Kybernetik, Freibrug/Breisgau 1969
(Deutsch: Politische Kybernetik)

Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Berlin (Hg.): Die westdeutschen Parteien 1945-1965, Berlin 1966
(Westdeutsche Parteien)

Jürgen Dittberner/Rolf Ebbighausen (Hg.): Parteiensystem in der Legitimationskrise, Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1973
(Dittberger/Ebbighausen: Parteien in der Bundesrepublik)

Günter Doeher (Hg.): Vergleichende Analyse politischer Systeme, Freibrug/Breisgau 1971
(Doeher: Politische Systeme)

Maurice Duverger: Die politischen Parteien, Tübingen 1959
(Duverger: Politische Parteien)

Lewis J. Edinger: Kurt Schumacher, A Study in Personality and Political Behavior, Stanford/California, London 1965
(Edinger: Kurt Schumacher)

Thomas Ellwein: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen ^{4}1977
(Ellwein: Regierungssystem)

Thomas Ellwein: Einführung in die Regierungs- und Verwaltungslehre, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966
(Ellwein: Regierungs- und Verwaltungslehre)

Heinrich End: Zweimal deutsche Außenpolitik, Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konfliks 1949-1972, Köln 1973
(End: Zweimal deutsche Außenpolitik)

Theodor Eschenburg: Institutionelle Sorgen in der Bundesrepublik, Politische Aufsätze 1957-1961, Stuttgart 1961
(Eschenburg: Politische Aufsätze)

Erich Eyck: Bismarck, Leben und Werk, Bde. 1-3, Erlenbach-Zürich ^{4}1964
(Eyck: Bismarck)

Erwin Faul (Hg.): Wahlen und Wähler in Westdeutschland, Villingen 1960
(Faul: Wahlen und Wähler)

Joachim C. Fest: Hitler, Eine Biographie, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1973
(Fest: Hitler)

Iring Fetscher (Hg.): Karl Marx/Friedrich Engels Studienausgabe, Bde. 1-4, Frankfurt a.M. 1966
(Fetscher: Marx/Engels Studienausgabe)

Karl Hermann Flach: Erhards schwerer Weg, Stuttgart 1963
(Flach: Erhards schwerer Weg)

Ossip K. Flechtheim (Hg.): Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973
(Flechtheim: Parteien in der Bundesrepublik Deutschland)

Heinrich Fraenkel/Roger Mauwell: Hermann Göring, Hannover 1964
(Fraenkel/Mauwell: Hermann Göring)

Justus Fürstenau: Entnazifizierung, Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied, Berlin 1969
(Fürstenau: Entnazifizierung)

Jörg Gabbe: Parteien und Nation, Zur Rolle des Nationalbewußtseins für die politischen Grundorientierungen der Parteien in der Anfangsphase der Bundesrepublik, Meisenheim 1976
(Gabbe: Parteien und Nation)

Imanuel Geiß/Volker Ullrich (Hg.): Fünfzehn Millionen beleidigte Deutsche oder Woher kommt die CDU? Beiträge zur Kontinuität der bürgerlichen Parteien, Reinbek b. Hamburg 197o
(Geiß/Ullrich: Kontinuität der bürgerlichen Parteien)

Eugen Gerstenmaier: Neuer Nationalismus? Von der Wandlung der Deutschen, Stuttgart ^{2}1966
(Gerstenmaier: Neuer Nationalismus)

Eugen Gerstenmaier: Reden und Aufsätze, Bde. 1-2, Stuttgart 1956-1962
(Gerstenmaier: Reden und Aufsätze)

Rolf Geyer/Michel Garder: Sicherheit trotz Entspannung, München ^{2}1975
(Geyer/Garder: Sicherheit)

John Gimbel: The American Occupation of Germany, Politics and the Military, 1945-1949, Stanford/California 1968
(Gimbel: American Occupation)

Georg Gölter/Elmar Pieroth (Hg.): Die Union in der Opposition, Analyse, Strategie, Programm, Düsseldorf, Wien 197o
(Gölter/Pieroth: Die Union)

Herbert Graber: Sieger und Besiegte, Der deutsche Nationalismus nach 1945, Tübingen 1966
(Graber: Sieger und Besiegte)

Helga Grebing: Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus, Eine Kritik, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1974
(Grebing: Faschismus und Konservatismus)

Helga Grebing: Konservative gegen die Demokratie, Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945, Frankfurt a.M. 1971
(Grebing: Konservative gegen die Demokratie)

Martin Greiffenhagen: Das Dilemma des Konservativismus in Deutschland, München 1971
(Greiffenhagen: Dilemma des Konservativismus)

Wilhelm G. Grewe: Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 196o
(Grewe: Deutsche Außenpolitik)

Alfred Grosser: Deutschlandbilanz, Geschichte Deutschlands seit 1945, München 197o
(Grosser: Deutschlandbilanz)

Klaus Günther: Der Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik, Adenauer - Erhard - Kiesinger, Hannover 197o
(Günther: Kanzlerwechsel)

Peter Gutjahr-Löser: CSU, Porträt einer Partei, München, Wien 1979
(Gutjahr-Löser: CSU)

Karl Theodor von und zu Guttenberg: Die neue Ostpolitik, Wege und Irrwege, Osnabrück 1971
(Guttenberg: Neue Ostpolitik)

Christian Hacke: Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU, Wege und Irrwege der Opposition seit 1969, Köln 1975
(Hacke: Ost- und Deutschlandpolitik)

Louis J. Halle: Der Kalte Krieg, Ursachen, Verlauf, Abschluß, Frankfurt a.M. 1969
(Halle: Der Kalte Krieg)

Wolfram F. Hanrieder (Hg.): Comparative Foreign Policy, Theoretical Essays, New York 1971
(Hanrieder: Comparative Foreign Policy)

Wolfram F. Hanrieder: West German Foreign Policy 1949-1979, Bolder/Colorado 198o
(Hanrieder: West German Foreign Policy)

Fritz Hartung: Deutsche Verfassungsgeschichte, Vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Stuttgart ^{5}195o
(Hartung: Verfassungsgeschichte)

Gustav W. Heinemann: Verfehlte Deutschlandpolitik, Irreführung und Selbsttäuschung, Artikel und Reden, Frankfurt a.M. 1966
(Heinemann: Artikel und Reden)

Wilhelm Hennis: Politik als praktische Wissenschaft, München 1968
(Hennis: Politik als praktische Wissenschaft)

Friedrich A. Hermens: Verfassungslehre, Köln, Opladen 1968
(Hermens: Verfassungslehre)

Franz Herre: Freiherr vom Stein, Sein Leben - seine Zeit, Köln 1973
(Herre: Freiherr vom Stein)

Franz Herre: Nation ohne Staat, Die Entstehung der deutschen Frage, Köln, Berlin 1967
(Herre: Nation ohne Staat)

Hans Herzfeld (Hg.): Friedrich Meinecke - Weltbürgertum und Nationalstaat, München 1962
(Herzfeld: Friedrich Meinecke)

Andreas Hillgruber: Deutsche Geschichte 1945-1972, Die 'deutsche Frage' in der Weltpolitik, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1974
(Hillgruber: Deutsche Geschichte)

Wolfgang Hirsch-Weber/Klaus Schütz: Wähler und Gewählte, Eine Untersuchung der Bundestagswahl 1953, Berlin 1957
(Hirsch-Weber/Schütz: Wähler und Gewählte)

Adolf Hitler: Mein Kampf, München ^{371}1938
(Hitler: Mein Kampf)

Friedrich Hitzer/Reinhard Opitz (Hg.): Alternativen der Opposition, Köln 1969
(Hitzer/Opitz: Alternativen)

Johannes Hohlfeld: Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten 1849-o934, Bde. 1-4, Leipzig 1934
(Hohlfeld: Deutsche Reichsgeschichte)

Walter Hubatsch und andere: Weltgeschehnisse der Nachkriegszeit, 1945-1957, Bd. 1, Würzburg 1957
(Hubatsch: Weltgeschehnisse)

Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bde. 1-4, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1967-1969
(Huber: Verfassungsgeschichte)

Hans Graf Huyn: Die Sackgasse, Deutschlands Weg in die Isolierung, Stuttgart 1966
(Huyn: Sackgasse)

Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Mißtrauische Nachbarn, Deutsche Ostpolitik 1919/197o, Düsseldorf 197o
(Jacobsen: Mißtrauische Nachbarn)

Egbert Jahn/ Volker Rittberger (Hg.): Die Ostpolitik der Bundesrepublik, Triebkräfte, Widerstände, Konsequenzen, Opladen 1974
(Jahn/Rittberger: Ostpolitik)

Gotthard Jasper (Hg.): Von Weimar zu Hitler 193o-1933, Köln, Berlin 1968
(Jasper: Von Weimar zu Hitler)

Georg Jellinek: Allgemeine Staatslehre, Berlin ^{2}19o5
(Jellinek: Staatslehre)

Bertrand de Jouvenel: Über Souveränität, Auf der Suche nach dem Gemeinwohl, Neuwied 1963
(Jouvenel: Über Souveränität)

Alfred Jüttner: Die deutsche Frage, Eine Bestandsaufnahme, Köln, Berlin, Bonn, München 1971
(Jüttner: Deutsche Frage)

Heino Kaack: Geschichte und Struktur des deutschen Parteienwesens, Köln 1971
(Kaack: Parteienwesen)

Karl Kaiser/Roger Morgan (Hg.): Strukturwandlungen der Außenpolitik in Großbritannien und der BRD, München 197o
(Kaiser/Morgan: Strukturwandlungen der Außenpolitik)

Werner Kaltefleiter: Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972, Köln 1973
(Kaltefleiter: Bundestagswahl 1972)

Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hg.): Rekonstruktion des Konservativismus, Freiburg/Breisgau 1972
(Kaltenbrunner: Rekonstruktion des Konservativismus)

Henry A. Kissinger: Was wird aus der westlichen Allianz? Wien, Düsseldorf 1965
(Kissinger: Westliche Allianz)

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Christliche Demokraten der ersten Stunde, Bonn 1966
(Christliche Demokraten)

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Konrad Adenauer, Ziele und Wege, Mainz 1972
(Konrad Adenauer)

Fritz Kopp: Kurs auf ganz Deutschland? Die Deutschlandpolitik der SED, Stuttgart ^{2}1965
(Kopp: Deutschlandpolitik der SED)

Christian Graf von Krockow: Nationalismus als deutsches Problem, München 197o
(Krockow: Nationalismus)

Christian Graf von Krockow und andere: Konservativismus, Eine deutsche Bilanz, München 1971
(Krockow: Konservativismus)

Wilhelm Kuhn: Berlin, Deutschland und die Konföderation, Ein Diskussionsbeitrag zur Deutschen Frage, Nürnberg 1961
(Kuhn: Deutschland und die Konföderation)

Gerd Labroisse: Fünfundzwanzig Jahre geteiltes Deutschland, Ein dokumentarischer Überblick, Berlin 197o
(Labroisse: Geteiltes Deutschland)

Gerhard Lehmbruch: Einführung in die Politikwissenschaft, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1967
(Lehmbruch: Politikwissenschaft)

Heinz Lippmann: Honecker, Porträt eines Nachfolgers, Köln 1971
(Lippmann: Honecker)

Richard Löwenthal: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, Stuttgart 1974
(Löwenthal: Ostpolitik)

Gerhard Mayer-Vorfelder/Hubertus Zuber (Hg.): Union alternativ, Stuttgart 1976
(Mayer-Vorfelder/Zuber: Union alternativ)

Gottfried Mehnert: Evangelische Kirche und Politik 1917-1919, Düsseldorf 1957
(Mehnert: Evangelische Kirche und Politik)

Klaus Mehnert: Der deutsche Standort, Stuttgart ^{2}1967
(Mehnert: Der deutsche Standort)

Peter H. Merkl: Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1965
(Merkl: Bundesrepublik Deutschland)

Kenneth Minogue: Nationalismus, München 197o
(Minogue: Nationalismus)

Alf Mintzel: Die CSU, Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972, Opladen 1975
(Mintzel: Die CSU)

Hans Mommsen/Dietmar Petzina/Bernd Weisbrod (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974
(Mommsen und andere: Industrielles System)

Leonard Mosley: Göring, Eine Biographie, München 1975
(Mosley: Göring)

Günter Müchler: CDU/CSU, Das schwierige Bündnis, München 1976
(Müchler: CDU/CSU)

Wolf-Dieter Narr: CDU-SPD, Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart 1966
(Narr: CDU-SPD)

Wolf-Dieter Narr/Hermann Scheer/Dieter Spöri: SPD-Staatspartei oder Reformpartei, München 1976
(Narr und andere: SPD-Staatspartei)

Nationalrat der Nationalen Front (Hg.): Graubuch, Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland, Berlin 1967
(Graubuch)

Sigmund Neumann (Hg.): Parteien in der Bundesrepublik, Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart 1955
(Neumann: Parteien in der Bundesrepublik)

Lutz Niethammer: Angepaßter Faschismus, Politische Praxis der NPD, Frankfurt a.M. 1969
(Niethammer: Angepaßter Faschismus)

Paul Noack: Deutsche Außenpolitik seit 1945, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1972
(Noack: Deutsche Außenpolitik)

Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche, Die Aktion Française - der italienische Faschismus - der Nationalsozialismus, München 1963
(Nolte: Faschismus)

Heinrich Oberreuter (Hg.): Parlamentarische Opposition, Ein internationaler Vergleich, Hamburg 1975
(Oberreuter: Parlamentarische Opposition)

Peter von Oertzen/Horst Ehmke/Herbert Ehrenberg (Hg.): Thema: Wirtschaftspolitik, Materialien zum Orientierungsrahmen 1985, Bonn-Bad Godesberg 1974
(von Oertzen und andere: Wirtschaftspolitik)

Walter Osten: Die Außenpolitik der DDR, Im Spannungsfeld zwischen Moskau und Bonn, Opladen 1969
(Osten: Außenpolitik der DDR)

Melchior Palyi (Hg.): Hauptprobleme der Soziologie, Erinnerungsgabe für Max Weber, Bde. 1-2, München 1923
(Palyi: Hauptprobleme der Soziologie)

James K. Pollock/Hames H. Meisel/Henry L. Bretton: Germany under Occupation, Illustrative Materials and Documents, Ann Arbor/Michigan 1949
(Pollock und andere: Germany under Occupation)

Helmuth Pütz: Die CDU, Entwicklung, Aufbau und Politik der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Düsseldorf ^{2}1976
(Pütz: Christlich-Demokratische Union)

Paul Reichelt: Deutsche Chronik 1945 bis 197o, Daten und Fakten aus beiden Teilen Deutschlands, Bde. 1-2, Freudenstadt 197o
(Reichelt: Deutsche Chronik)

Alois Riklin: Das Berlinproblem, Historisch-politische und völkerrechtliche Darstellung des Viermächtestatus, Köln 1964
(Riklin: Berlinproblem)

Emil Ritter: Der Weg des politischen Katholizismus in Deutschland, Breslau 1934
(Ritter: Politischer Katholizismus)

Gerhard A. Ritter: Das deutsche Problem, München 1962
(Ritter: Das deutsche Problem)

Gerhard A. Ritter (Hg.): Gesellschaft, Parlament und Regierung, Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974
(Ritter: Parlamentarismus in Deutschland)

Helmut K.G. Rönnefarth/Heinrich Euler: Konferenzen und Verträge, Bde. 1-5, Würzburg 1951-1975
(Rönnefarth/Euler: Konferenzen und Verträge)

Wilhelm Röpke: Die deutsche Frage, Zürich 1945
(Röpke: Deutsche Frage)

Dietrich Rollmann (Hg.): Die CDU in der Opposition, Eine Selbstdarstellung, Hamburg 197o
(Rollmann: CDU in der Opposition)

James L. Rosenau: Linkage Politics, New York 1969
(Rosenau: Linkage Politics)

James L. Rosenau: The Scientific Study of Foreign Policy, New York 1971
(Rosenau: Foreign Policy)

Karl Heinz Roth: Psychologische Kampfführung. Invasionsziel DDR, Vom Kalten Krieg zur neuen Ostpolitik, Hamburg 1971
(Roth: Psychologische Kampfführung)

Gerd Rühle: Das Dritte Reich (ab 194o: Das Großdeutsche Reich), Bde. 1-9, Berlin 1934-194o
(Rühle: Das Dritte Reich)

Alois Rummel (Hg.): Die Große Koalition 1966-1969, Freudenstadt 1969
(Rummel: Die Große Koalition)

Helmut Rumpf: Land ohne Souveränität, Kritische Betrachtungen zur Deutschlandpolitik von Adenauer bis Brandt, Karlsruhe ^{2}1973
(Rumpf: Land ohne Souveränität)

Gert Schäfer/Carl Nedelmann (Hg.): Der CDU-Staat, Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, München 1967
(Schäfer/Nedelmann:CDU-Staat)

Eberhard Scheler (Hg.): Otto von Bismarck, Bde. 1-8, Darmstadt 1962-1975
(Scheler: Bismarck)

Helmut Schelsky (Hg.): Zur Theorie der Institution, Düsseldorf 197o
(Schelsky: Theorie der Institution)

Günther Schmid: Entscheidung in Bonn, Die Entstehung der Ost- und Deutschlandpolitik 1969/7o, Köln 1979
(Schmid: Ost- und Deutschlandpolitik)

Günther Schmid: Politik des Ausverkaufs? Die Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel, München 1975
(Schmid: Deutschandpolitik)

Theodor Schieder: Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Köln, Opladen 1961
(Schieder: Deutsches Kaiserreich)

Helmut Schmidt: Strategie des Gleichgewichts, Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart ^{2}1969
(Schmidt: Strategie des Gleichgewichts)

Carl Schmitt: Verfassungslehre, Berlin 1957 (Neudruck)
(Schmitt: Verfassungslehre)

Rudolf K. Fr. Schnabel (Hg.): Die Opposition in der modernen Demokratie, Stuttgart 1972
(Schnabel: Die Opposition)

Wulf Schönbohm: CDU, Porträt einer Partei, München, Wien 1979
(Schönbohm: CDU)

Percy Ernst Schramm: Der König von Frankreich, Das Wesen der Monarchie vom neunten zum sechzehnten Jahrhundert, Ein Kapitel aus der Geschichte des abendländischen Staates, Bde. 1-2, Darmstadt 196o
(Schramm: Der König von Frankreich)

Wilhelm Ritter von Schramm (Hg.): Beck und Goerdeler, München 1965
(Schramm: Beck und Goerdeler)

Gerhard Schröder: Wir brauchen eine heile Welt, Politik in und für Deutschland, Düsseldorf, Wien 1963
(Schröder: Heile Welt)

Wilhelm Wolfgang Schütz: Reform der Deutschlandpolitik, Berlin 1965
(Schütz: Deutschlandpolitik)

Rudolf Schuster: Deutschlands staatliche Existenz im Widerstreit politischer und rechtlicher Gesichtspunkte 1945-1963, München 1963
(Schuster: Deutschlands staatliche Existenz)

Klaus-Dieter Schwarz (Hg.): Sicherheitspolitik, Bad Honnef-Erpel 1976
(Schwarz: Sicherheitspolitik)

Hanns Werner Schwarze: Die DDR ist keine Zone mehr, Köln, Berlin 1969
(Schwarze: die DDR)

Leo Schwering: Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union, Recklinghausen 1963
(Schwering: Frühgesichte der Christlich-Demokratischen Union)

Rolf Seeliger (Hg.): Mit der Union ist kein Staat zu machen, SPD in der Auseinandersetzung mit der CDU/CSU, München 1976
(Seeliger: Mit der Union ist kein Staat zu machen)

Klaus Otto Skibowski: Zukunft mit der CDU? Fehler und Chancen der Opposition, Düsseldorf, Wien 197o
(Skibowski: Zukunft mit der CDU)

Kurt Sontheimer: Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, München 1971
(Sontheimer: Politisches System der Bundesrepublik Deutschland)

SPD-Bundesvorstand (Hg.): Die SPD in der Verantwortung, Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik, o.O., o.J.
(SPD in der Verantwortung)

Karl-Georg von Stackelberg: Attentat auf Deutschlands Talismann, Ludwig Erhards Sturz - Hintergründe, Konsequenzen, Stuttgart. Berlin, Köln, Mainz 1967
(Stackelberg: Erhards Sturz)

Theo Stammen (Hg.): Einigkeit und Recht und Freiheit, Westdeutsche Innenpolitik 1945-1955, München 1965
(Stammen: Westdeutsche Innenpolitik)

Otto Stammer/Peter Weingart (unter Mitarbeit von Hans-Helmut Lenke): Politische Soziologie, München 1972
(Stammer/Weingart: Politische Soziologie)

Hugo Stehkämper (Hg.): Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln, Festgabe der Stadt Köln zum loo. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976, Köln 1976
(Stehkämper: Konrad Adenauer)

Harold Stein (Hg.): American Civil-Military Decisions, A Book of Case Studies, Birmingham/Alabama 1963
(Sein: Amercian Civil-Military Decisions)

Dolf Sternberger: Lebende Verfassung, Studien über Koalition und Opposition, Meisenheim 1956
(Sternberger: Lebende Verfassung)

Gustav Stolper: Die deutsche Wirklichkeit, Ein Beitrag zum zukünftigen Frieden Europas, Hamburg 1949
(Stolper: Deutsche Wirklichkeit)

Franz Josef Strauß: Deutschland Deine Zukunft, Stuttgart 1975
(Strauß: Deutschland Deine Zukunft)

Franz Josef Strauß: Entwurf für Europa, Stuttgart ^{2}1966
(Strauß: Entwurf für Europa)

Franz Josef Strauß: Herausforderung und Antwort, Ein Programm für Europa, Stuttgart ^{2}1968
(Strauß: Herausforderung und Antwort)

Max Sydewitz: Deutschland zwischen Oder und Rhein, Berlin 1958
(Sydewitz: Deutschland zwischen Oder und Rhein)

Zoltan Miachel Szaz: Die deutsche Ostgrenze, München 196o
(Szaz: Deutsche Ostgrenze)

Heinrich von Treitschke: Historische und Politische Aufsätze, Bde. 1-4, Leipzig ^{7}1911-1917
(Treitschke: Aufsätze)

Kurt P. Tudyka (Hg.): Das geteilte Deutschland, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1965
(Tudyka: Das geteilte Deutschland)

Gösta von Uexküll: Konrad Adenauer in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg 1976
(Uexküll: Adenauer)

Hans-Joachim Veen: Opposition im Bundestag, Ihre Funktion, institutionellen Handlungsbedingungen und das Verhalten der CDU/CSU-Fraktion in der 6. Wahlperiode 1969-1972, Bonn 1976
(Veen: Opposition im Bundestag)

Thilo Vogelsang: Das geteilte Deutschland, München ^{2}1966
(Vogelsang: Deutschland)

Dieter Vollmer: Politisches Geschehen des 2o. Jahrhunderts, Bde. 1-3, Preußisch Oldendorf 1973
(Vollmer: Politisches Geschehen)

Max Weber: Gesammelte Politische Schriften, München 1921
(Weber: Politische Schriften)

Bernhard Weißel (Hg.): Befreiung und Neubeginn, Berlin 1968
(Weißel: Befreiung)

Paul Weißgerber: Deutschland am Scheideweg, Die Krisis der zweiten Republik, Wolfenbüttel 1968
(Weißgerber: Deutschland am Scheideweg)

Paul Wilhelm Wenger: Wer gewinnt Deutschland? Kleinpreußische Selbstisolierung oder mitteleuropäische Föderation, Stuttgart 1959
(Wenger: Deutşchland)

Paul Weymar: Konrad Adenauer, Die autorisierte Biographie, München 1955
(Weymar: Konrad Adenauer)

Hans Georg Wieck: Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46, Düsseldorf 1958
(Wieck: Christliche und Freie Demokraten)

Hans Georg Wieck: Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953
(Wieck: Entstehung der CDU)

Wichard Woyke/Klaus Nieder/Manfred Görtemaker: Sicherheit für Europa? Die Konferenz von Helsinki und Genf, Opladen 1974
(Woyke und andere: Sicherheit für Europa)

Otto Zierer: Franz Josef Strauß, Lebensbild, München, Berlin ^{2}1978
(Zierer: Franz Josef Strauß)

Darstellungen II

Johannes Agnoli: Überlegungen zum bürgerlichen Staat - Klasse und Staat, der Staat des Kapitals. Parlamentarismus als Strategie? Berlin 1975

Akademie für Politische Bildung Tutzing (Hg.): Die DDR vor den Aufgaben der Integration und der Koexistenz, Köln 1973

Heinrich Albertz/Dietrich Goldschmidt: Konsequenzen, Analysen - Dokumente zur Deutschlandpolitik, Reinbek b. Hamburg 1969

Edgar Alexander: Adenauer und das neue Deutschland, Recklinghausen 1956

Fritz René Allemann: Zwischen Stabilität und Krise, Etappen der deutschen Politik 1955-1963, München 1963

Karl Otmar von Aretin: Bürgerliche Mitte oder konservative Rechtspartei? Strukturwandel innerhalb der CDU, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, 1967

Rudolf Arzinger/Walter Poeggel: Probleme der friedlichen Koexistenz in Deutschland, Berlin 1965

Dies.: Westberlin - selbständige politische Einheit, Berlin 1965

Auswärtiges Amt (Hg.): Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972

Karl Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bde. 1-9, Köln 1928-1932

Claus-Ekkehard Bärsch: Der Staatsbegriff in der neueren deutschen Staatslehre und seine theoretischen Implikationen, Berlin 1974

Bruno Bandulet: Adenauer zwischen West und Ost, München 1970

Richard J. Bapnet/Marcus G. Raskin: Nach dem kalten Krieg, Deutschland in der Entscheidung, München 1966

Arnulf Baring: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München, Wien 1969

Arnulf Baring: Die westdeutsche Außenpolitik in der Ära Adenauer, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 1, 1968, S. 45-55

Dietrich E. Becker/Ernst Wiesendahl: Ohne Programm nach Bonn oder Die Union als Kanzlerwahl-Verein, Reinbek b. Hamburg 1972

Peter Bender: Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR, Frankfurt a.M. 1968

Friedrich Berber: Das Staatsideal im Wandel der Weltgeschichte, München 1973

Herbert Bertsch: CDU/CSU demaskiert, Berlin 1961

Klaus von Beyme (Hg.): German Political Systems, Theory and Practice in the Two Germanies, London, Beverly Hills 1976

Helmut Bilstein/Hartmut Hohlbein/Hans-Ulrich Klose: Jungsozialisten - Junge Union - Jungdemokraten, Die Nachwuchsorganisationen der Parteien in der Bundesrepublik, Opladen 1971

Kurt Birrenbach: Der europäisch-amerikanische Dialog, in: EA, 1973/1, S. 699-710

Georg Bluhm: Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik, Freiburg 1963

V.N. Boldyrew: Westberlin und die europäische Sicherheit, Moskau 1973

Margret Boveri: Die Deutschen und der Status quo, München 1974

Willy Brandt: Begegnungen und Einsichten, Die Jahre 1960-1975, Hamburg 1976

Claudia von Braunmühl: Kalter Krieg und friedliche Koexistenz, Frankfurt a.M. 1973

Ferdi Breidbach/Rüdiger May (Hg.): Das soziale Feigenblatt? Die Sozialausschüsse in der Union, Düsseldorf, Wien 1975

Bundesgeschäftsstelle der CDU (Hg.): Die CDU stellt sich vor - Geschichte, Idee, Statut, Programm, Bonn ^{4}1970

Bundesgeschäftsstelle der CDU (Hg.): Dokumentation, Die Geschichte der CDU, Bonn 1975

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969-1976, Bericht und Dokumentation, Bonn 1977

Karl Carstens: Bundestagsreden und Zeitdokumente, Bonn 1977

N.S. Chruschtschow: Zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage, Aus Reden, Gesprächen und Interviews 1955-1963, Berlin 1964

Gordon Alexander Craig: Deutsche Staatskunst von Bismarck bis Adenauer, Düsseldorf 1961

Fritz Croner: Die deutsche Tradition, Über die Schwierigkeit, Demokratie zu leben, Opladen 1975

Dieter Cycon: Es geht um die Bundesrepublik, Eine kritische Wertung der Außenpolitik Willy Brandts, Stuttgart 1971

Ernst-Otto Czempiel: Der Primat der Auswärtigen Politik, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 3, 1963, S. 266-287

Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München ^{5}1977

Ludwig von Danwitz: Apropos Barzel, Politische Anmerkungen, Düsseldorf 1972

Karl W. Deutsch: External Influences on the Internal Behavior of States, in: Robert D. Farrell (Hg.): Approaches to Comparative and International Politics, Evanston ^{2}1969

Deutsches Institut für Zeitgeschichte (Hg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bde. 1-3, Berlin 1957-1968

Deutsches Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit der Deutsch-Polnischen Historiker-Kommission (Hg.): Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze, Berlin 1959

Wolfgang F. Dexheimer: Koalitionsverhandlungen in Bonn 1961, 1965, 1969, Bonn 1973

Jürgen Dittberner: Die Bundesparteitage der Christlich-Demokratischen Union und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1946 bis 1968, Augsburg 1969

Karl Doehring/Georg Ress: Staats- und völkerrechtliche Aspekte der Berlin-Regelung, Frankfurt a.M. 1972

Karl Doehring/Wilhelm Kewenig/Georg Ress: Staats- und völkerrechtliche Aspekte der Deutschland- und Ostpolitik, Frankfurt a.M. 1971

Marion Gräfin Dönhoff: Deutsche Außenpolitik von Adenauer bis Brandt, Hamburg 1970

Jürgen Domes: Mehrheitsfraktion und Bundesregierung, Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer, Köln 1964

Klaus Dreher: Der Weg zum Kanzler, Adenauers Griff nach der Macht, Düsseldorf 1972

Ders.: Rainer Barzel, Zur Opposition verdammt, München 1972

Erich Eisner: Das europäische Konzept des F.J. Strauß, Die gesamteuropäischen Ordnungsvorstellungen der CSU, Meisenheim 1975

Bernt Engelmann (Hg.): Schwarzbuch: Strauß, Kohl & Co., Köln 1976

Theodor Eschenburg: Die deutsche Frage, Die Verfassungsprobleme der Wiedervereinigung, München 1959

Theodor Eschenburg: Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik, Bd. 3 (Kritische Betrachtungen 1966-197o), München 1972

Erwin Faul: Verfemung, Duldung und Anerkennung des Parteiwesens in der Geschichte des politischen Denkens, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 1, 1964, S. 6o-63

Rudolf Fiedler: Würfelspiel um Deutschland 1944-1956, Eine kritische Untersuchung der Zerstückelungs- und Wiedervereinigungspolitik, Düsseldorf 1957

Alexander Fischer: Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941-1945, Stuttgart 1975

Ossip K. Flechtheim (Hg.): Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973

Ossip K. Flechtheim: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bde. 1-9, Berlin 1962-1971

Günther Franz: Teilung und Wiedervereinigung, Eine weltgeschichtliche Übersicht, Göttingen 1963

Dietrich Frenske: Die Anerkennung der DDR, Völkerrechtliche Möglichkeiten und Folgen, Köln 197o

Manfred Friedrich: Opposotion ohne Alternative, Über die Lage der parlamentarischen Opposition im Wohlfahrtsstaat, Köln o. J.

Curt Gasteyger: Das zerbrechliche Gleichgewicht - Kritische Fragen zur europäischen Ostpolitik, in: EA, 1971, S. 131-138

Norbert Gehrig: Parlament-Regierung-Opposition, Dualismus als Voraussetzung für eine parlamentarische Kontrolle der Regierung, München 1969

Hans-Dietrich Genscher: Außenpolitik im Dienste von Sicherheit und Freiheit, Stuttgart 1976

Göttinger Arbeitskreis (Hg.): Deutschlands Ostproblem, Eine Untersuchung der Beziehungen des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn, Würzburg 1957

Werner Gress: Die CDU, Ideologie und Wirklichkeit, Schwäbisch Hall 1962

Wilhelm G. Grewe: Spiel der Kräfte in der Weltpolitik, Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen, Düsseldorf, Wien 1970

Johannes Gross: Die Christlich-Demokratische Union, Bonn 1957

Alfred Grosser: Was ist deutsche Außenpolitik (Konstanzer Universitätsreden Nr. 74), Konstanz 1975

Frank Grube/Gerhard Richter: Die Utopie der Konservativen, München 1974

Karl Theodor von und zu Guttenberg: Die neue Ostpolitik, Wege und Irrwege, Osnabrück 1971

Karl Theodor von und zu Guttenberg/Werner Marx (Hg.): Gewaltverzicht in sowjetischer Sicht, Bonn 1970

Jens Hacker: Deutsche unter sich, Politik mit dem Grundvertrag, Stuttgart 1977

Dieter Halfmann (Hg.): Das Konzept der deutschen Rechten, Aus Reden und Schriften des F.J. Strauß, Köln 1971

Wolfram F. Hanrieder: Die stabile Krise, Ziele und Entscheidungen der bundesrepublikanischen Außenpolitik 1949-1969, Düsseldorf 1971

Klaus Harprecht: Willy Brandt, Portrait und Selbstportrait, München, Zürich ^{2}1971

Rüdiger Hartmann: Europa und die Zukunft der Nato, in: EA, 1973/1, S. 739-748

Peter Haungs: Innerparteiliche Demokratie im Parlamentarischen Regierungssystem, in: CIVITAS, Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung, Bd. 4, Mannheim 1965

Arnold J. Heidenheimer: Adenauer and the CDU, The Hague 1960

Horst Heimann: Demokratischer Sozialismus in Ost und West, Die Deutschland- und Ostpolitik: Anregungen zu einer konkreten Utopie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament') vom 2.9.1972, S. 3-29

Reinhard Henkys (Hg.): Deutschland und die östlichen Nachbarn, Beiträge zu einer evangelischen Denkschrift, Stuttgart, Berlin 1966

Michael Hereth: Die parlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, München, Wien 1969

Frank Hermann: Helmut Kohl, Vom Kurfürst zum Kanzler, Stuttgart 1976

Peter Hertel/Ulrich Teiner: Im Prinzip schwarz, Der deutsche Katholizismus und die Politik, Hannover 1975

Rolf Heyen (Hg.): Die Entkrampfung Berlins oder Eine Stadt geht zur Tagesordnung über, Reinbek b. Hamburg 1972

Rudolf Hilf: Deutsche und Tschechen, Bedeutung und Wandlungen einer Nachbarschaft in Mitteleuropa, Opladen 1973

Kurt Hirsch: CSU-Freundeskreis, Partisanen der Demokratie? München 1970

Friedrich Hitzer/Reinhard Opitz (Hg.): Alternative der Opposition, Köln 1969

Walther Hofer (Hg.): Europa und die Einheit Deutschlands, Köln 1970

Ghita Ionescu/Isabel de Madariaga: Die Opposition, Ihre politische Funktion in Vergangenheit und Gegenwart, München 1971

Hans-Adolf Jacobsen/Wolfgang Mallmann/Christian Meier (Hg.): Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Köln 1973

Eberhard Jäckel (Hg.): Die deutsche Frage 1952-1956, Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte, Frankfurt a.M. 1957

Wolfgang Jäger: Politische Partei und parlamentarische Opposition, Berlin 1971

Heinrich Jaenecke: Dreißig Jahre und ein Tag, Die Geschichte der deutschen Teilung, Düsseldorf, Wien 1974

Gotthard Jasper (Hg.): Tradition und Reform in der deutschen Politik, Gedenkschrift für Waldemar Besson, Frankfurt, Berlin, Wien 1976

Karl Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik? München 1966

Ders.: Antwort, Zur Kritik meiner Schrift Wohin treibt die Bundesrepublik? München 1967

Karl Kaiser/Karl Markus Kreis (Hg.): Sicherheitspolitik vor neuen Aufgaben, Frankfurt a.M. 1977

Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hg.): Das Elend der Christdemokraten, Ortsbestimmung der politischen Mitte Europas, München 1977

Henry A. Kissinger: Die deutsche Frage als Problem der europäischen und der internationalen Sicherheit, in: EA, 1966/1, S. 831-838

Carter Kniffler: Die parlamentarische Opposition, Frankfurt a.M., Berlin, Bonn, München ^{2}1967

Diether Koch: Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972

Hans-Gerhard Koch/Hans-Dieter Bamberg: CDU/CSU, verhinderte Staatspartei, Starnberg 1974

Eugen Kogon (Hg.): Bilanz der neuen Ostpolitik, Vier Jahre nach Kassel und Erfurt, Frankfurt a.M. 1974

Helmut Kohl: Zwischen Ideologie und Pragmatismus, Stuttgart 1973

Walter Kruk: Die Hilfstruppen des F.J. Strauß, Von der 'Deutschen Union' bis zur 'Aktion Widerstand', in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11, 1972

Wladlen Kusnezow: Internationale Entspannungspolitik, Aus sowjetischer Sicht, Wien 1975

Richard Löwenthal: Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, Stuttgart 1974

Ulrich Lohmar: Innerparteiliche Demokratie, Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1963

Peter Christian Ludz: Die DDR zwischen Ost und West, Politische Analysen 1961-1976, Köln, Berlin 1977

Dieter S. Lutz/Volker Rittberger: Abrüstungspolitik und Grundgesetz, Eine verfassungsrechtlich-friedenswissenschaftliche Untersuchung, Baden-Baden 1976

Ernst Majonica: Deutsche Außenpolitik, Stuttgart ^{2}1966

Ders.: Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Außenpolitik, Stuttgart 1969

Dieter Malmcke: Berlin im geteilten Deutschland, München, Wien 1973

Christian Meier: Trauma deutscher Außenpolitik, Die sowjetischen Bemühungen um die internationale Anerkennung der DDR, Stuttgart 1968

Karlheinz Messelken: Politikbegriffe der modernen Soziologie, Eine Kritik der Systemtheorie und Konflikttheorie - begründet aus ihren Implikationen für die gesellschaftliche Praxis, Köln, Opladen 1970

Gerd Meyer: Die sowjetische Deutschlandpolitik im Jahre 1952, Tübingen 1970

Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Stuttgart ^{2}1957

Rudolf Morsey/Konrad Repgen (Hg.): Adenauer-Studien I, Mainz 1971

Dies.: Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974

Ingo von Münch (Hg.): Ostverträge, Bde. 1-3, Berlin, New York 1971-1973

Sigmund Neumann (Hg.): Modern Political Parties, Chicago 1956

Karlheinz Niclauß: Kontroverse Deutschlandpolitik, Die politische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland über den Grundlagenvertrag mit der DDR, Frankfurt a.M. 1977

Walter Osten: Die Außenpolitik der DDR, Im Spannungsfeld zwischen Moskau und Bonn, Opladen 1969

Heinz Pächter: Weltmacht Rußland, Tradition und Revolution in der Sowjetpolitik, München 1970

Peter Pawelka: Die UNO und das Deutschlandproblem, Tübingen 1971

W. Phillips Davison: Die Blockade von Berlin, Modellfall des Kalten Krieges, Frankfurt a.M. 1959

Hans-Gert Pöttering: Adenauers Sicherheitspolitik 1953-63, Ein Beitrag zum deutsch-amerikanischen Verhältnis, Düsseldorf 1975

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Dokumentation zur Entspannungspolitik der Bundesregierung, Bonn 1974

Geoffrey Pridham: Christian Democracy in Western Germany, The CDU/CSU in Government and Opposition, 1945-1976, London 1977

Helmuth Pütz: Zur Problematik der parlamentarischen Opposition, in: Reale Utopien, Glanz und Elend der Parteien, Schriftenreihe des Instituts für Internationale Solidarität, Bd. 6, Mainz 1970, S. 67-101

Helmuth Pütz und andere: Vierunddreißig Thesen zur Reform der CDU, in: Sonde, Neue christlich-demokratische Politik, Nr. 4, 69, S. 4-22

Rolf Quist: Ostpolitik, Völkerrecht und Grundgesetz, Starnberg 1972

J.N. Rachmaninow und andere: Sowjetische Außenpolitik und europäische Sicherheit, Berlin 1973

Harold Rasch: Die Bundesrepublik und Osteuropa, Grundfragen einer künftigen deutschen Ostpolitik, Köln 1963

Alois Riklin: Das Berlinproblem, Historisch-politische und völkerrechtliche Darstellung des Viermächtestatus, Köln 1964

Wilhelm Röpke: Die deutsche Frage, Zürich 1945

Karl Heinz Roth: Psychologische Kampfführung, Invasionsziel: DDR, Vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik, Hamburg 1971

Reinhold Roth: Parteiensystem und Außenpolitik, Meisenheim 1973

Giovanni Sartori: Parties and party systems, A framework for analysis, Volume I, London, New York, Melbourne 1976

Gert Schäfer/Carl Nedelmann (Hg.): Der CDU-Staat, Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, München ^{3}1972

Alois Schardt: CDU und CSU, in: Christliche Parteien in Europa, Fromms Taschenbücher 'Zeitnahes Christentum', Bd. 31, Osnabrück 1964, S. 45-74

Ders.: Wohin steuert die CDU, Osnabrück 1961

Ulrich Scheuner und andere: Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates, Das Vordringen neuer Kräfte, Bd. 2, München, Wien 1972

Ders.: Das Mehrheitsprinzip in der Demokratie (Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Vorträge-G 191), Opladen 1973

Stephan Schmidt (Hg.): Schwarze Politik aus Bayern, Ein Lesebuch zur CSU, Darmstadt 1974

Franz Josef Schmitt (Hg.): Im Deutschen Bundestag, Deutschland- und Ostpolitik, Bde. 1-3, Bonn 1973

Hans-Peter Schneider: Die parlamentarische Opposition im Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1974

Wulf Schönbohm und andere: Fünfzehn Thesen zur Situation der CDU, in: Sonde, Neue christlich-demokratische Politik, Nr. 1, 71, S. 4-22

Theodor Schramm: Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR nach dem Grundvertrag, Köln, Berlin, Bonn, München ^{2}1975

Hermann Schreiber: Was will die CDU? Köln 1948

Gerhard Schröder: Deutsche Politik heute und morgen, Bonn 1965

Ders.: Grundprobleme der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: EA, 1962, S. 581-594

Wilhelm Wolfgang Schütz: Modelle der Deutschlandpolitik, Wege zu einer neuen Außenpolitik, Köln 1966

Hans Gerd Schumann (Hg.): Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 1976

Ders. (Hg.): Konservativismus, Köln 1974

Hans-Peter Schwarz/Boris Meissner (Hg.): Entspannungspolitik in Ost und West, Köln, Berlin, Bonn, München 1979

Rolf Seeliger (Hg.): Koalition auf Entspannungskurs, Beiträge zur Abrüstungspolitik mit einer Dokumentation: CDU/CSU stört Friedenspolitik in Europa, München 1979

Klaus Seemann: Politische Planung in der parlamentarischen Opposition, Würzburg 1974

Karl-Heinz Seifert: Die politischen Parteien im Recht der Bundesrepublik Deutschland, Köln, Berlin, Bonn, München 1975

Heinrich Siegler (Hg.): Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit, Bde. 13-14: 1975-1976, Bonn, Wien, Zürich 1976-1977

Ders. (Hg.): Dokumentation zur Deutschlandfrage, Bde. 1-10, Bonn 1961-1977

Ders.: Europäische politische Einigung III 1973-1976, Dokumentation von Vorschlägen und Stellungnahmen, Bonn, Wien, Zürich 1977

Regina Siewert/Helmut Bilstein: Gesamtdeutsche Kontakte, Erfahrungen mit Parteien- und Regierungsdialog, Opladen 1969

Helmut Sündermann (Hg.): Die deutsche Frage, Bd. 1-2, Freising 1968-1969

R. Tinel/P. Wilbacher: Wie christlich sind die christlichen Parteien? Wien 1970

Bernd Uhl: Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland 1945-1947, Mainz 1975

Viktoria Vierheller: Polen und die Deutschland-Frage 1939-1949, Köln 1970

Hannah Vogt: Parlamentarische und außerparlamentarische Opposition, Opladen 1972

Herbert Wehner: Beiträge zur Deutschlandpolitik, Bonn 1967

Werner Weidenfeld: Konrad Adenauer und Europa, Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers, Bonn 1976

Gerhard Wettig: Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschlandfrage 1965-1976, Einvernehmen und Konflikt im sozialistischen Lager, Stuttgart 1976

Ders.: Frieden und Sicherheit in Europa, Probleme bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und bei der wechselseitigen Truppenreduzierung in Europa (MBFR), Stuttgart 1975

Philip Windsor: Deutschland gegen Deutschland, Die Überwindung der Gegensätze, Zürich, Köln 1971

Klaus Zernack: Osteuropa, Eine Einführung in seine Geschichte, Köln, Berlin 1977

Bodo Zeuner: Innerparteiliche Demokratie, Berlin 1969

C. Zeitschriften und Periodika

Augsburger Allgemeine vom 30.10.1975

Aus erster Hand, Exklusiv-Informationen aus Politik, Wirtschaft, Kultur (herausgegeben von A. Kohnsberger/München) Nr. 402 vom 18.11.1975

Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament') vom 2.9.1972

Badische Zeitung vom 28.10.1975

Badische Zeitung vom 15.11.1975

Badisches Tagblatt vom 14.11.1975

Bayernkurier vom 31.12.1966

Bayernkurier vom 11.10.1969

Bayernkurier vom 18.10.1969

Bayernkurier vom 01.11.1969

Bayernkurier vom 05.09.1970

Bayernkurier vom 16.01.1971

Bayernkurier vom 12.02.1971

Bayernkurier vom 10.07.1971

Bayernkurier vom 31.07.1971

Bayernkurier vom 31.08.1971

Bayernkurier vom 11.09.1971

Bayernkurier vom 18.09.1971

Bayernkurier vom 25.09.1971

Bayernkurier vom 09.10.1971

Bayernkurier vom 16.10.1971

Bayernkurier vom 03.06.1972

Bayernkurier vom 04.11.1972

Bayernkurier vom 18.11.1972

Bayernkurier vom 29.09.1973

Bayernkurier vom 06.10.1973

Bayernkurier vom 19.05.1975

Bayernkurier vom 19.07.1975

Bayernkurier vom 08.10.1975

Bayernkurier vom 15.11.1975

Bayernkurier vom 22.11.1975

Bayernkurier vom 04.12.1976

Bayernkurier vom 30.07.1977

Bayernkurier vom 06.08.1977

Bayernkurier vom 27.08.1977

Bayernkurier vom 29.05.1979

Berliner Morgenpost vom 31.03.1974

Berliner Morgenpost vom 15.11.1975

Berliner Tagesspiegel vom 31.10.1975

Bild am Sonntag vom 16.11.1975

Bild-Zeitung vom 27.04.1972

Bild-Zeitung vom 09.06.1975

Bild-Zeitung (Hamburg) vom 04.08.1975

Bild-Zeitung vom 09.10.1975

Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12, 1969

Bonner General-Anzeiger vom 30.08.1973

Bonner General-Anzeiger vom 11.06.1975

Bonner General-Anzeiger vom 07.07.1975

Bonner General-Anzeiger vom 09.01.1976

Bonner General-Anzeiger vom 02.07.1977

Braunschweiger Zeitung vom 27.10.1975

Capital Nr. 3, 1976

Capital Nr. 8, 1979

Darmstädter Echo vom 27.10.1975

Darmstädter Echo vom 18.11.1975

Das Parlament vom 18.12.1971

Das Parlament vom 02.09.1972

Der Monat, Heft 166, 1962

Der Spiegel vom 17.11.1969

Der Spiegel vom 23.02.1970

Der Spiegel vom 13.04.1970

Der Spiegel vom 04.05.1970

Der Spiegel vom 01.06.1970

Der Spiegel vom 19.07.1971

Der Spiegel vom 30.08.1971

Der Spiegel vom 25.10.1971

Der Spiegel vom 24.04.1972

Der Spiegel vom 01.05.1972

Der Spiegel vom 08.05.1972

Der Spiegel vom 15.05.1972

Der Spiegel vom 22.05.1972

Der Spiegel vom 13.11.1972

Der Spiegel vom 14.05.1973

Der Spiegel vom 20.10.1975

Der Spiegel vom 03.11.1975

Der Spiegel vom 08.03.1976

Der Spiegel vom 15.03.1976

Der Spiegel vom 22.03.1976

Der Spiegel vom 12.04.1976

Der Spiegel vom 18.10.1976

Der Spiegel vom 22.11.1976

Der Spiegel vom 29.11.1976

Der Spiegel vom 06.12.1976

Der Spiegel vom 13.12.1976

Der Spiegel vom 20.12.1976

Der Spiegel vom 21.03.1977

Der Spiegel vom 18.04.1977

Der Spiegel vom 28.05.1977

Der Spiegel vom 31.05.1977

Der Spiegel vom 13.06.1977

Der Spiegel vom 20.06.1977

Der Spiegel vom 27.06.1977

Der Spiegel vom 04.07.1977

Der Spiegel vom 11.07.1977

Der Spiegel vom 19.09.1977

Der Spiegel vom 05.03.1979

Der Spiegel vom 13.03.1979

Der Spiegel vom 13.08.1979

Der Spiegel vom 29.09.1980

Deutsche Juristenzeitung, Jg. 1924

(Deutsche Zeitung) Christ und Welt vom 05.09.1963

(Deutsche Zeitung) Christ und Welt vom 14.10.1966

(Deutsche Zeitung) Christ und Welt vom 18.01.1974

(Deutsche Zeitung) Christ und Welt vom 27.05.1977

(Deutsche Zeitung) Christ und Welt vom 09.03.1979

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 20.01.1974

Deutsches Monatsblatt, Nr. 1, 1973

Deutsches Monatsblatt, Nr. 4, 1973

Deutschland-Magazin, Nr. 9/10, 1970

Deutschland-Magazin, Nr. 3, 1971

Deutschland-Magazin, Nr. 6, 1971

Deutschland-Union-Dienst vom 08.05.1970

Deutschland-Union-Dienst vom 29.09.1970

Deutschland-Union-Dienst vom 30.12.1970

Deutschland-Union-Dienst vom 09.03.1971

Deutschland-Union-Dienst vom 22.o3.1971

Deutschland-Union-Dienst vom o9.o8.1971

Deutschland-Union-Dienst vom o4.o1.1972

Die Rheinpfalz vom o.4.o6.1975

Die Welt vom 19.o9.1949

Die Welt vom o2.o4.1963

Die Welt vom 2o.o7.197o

Die Welt vom o4.1o.1971

Die Welt vom 18.o5.1972

Die Welt vom 14.o2.1973

Die Welt vom 28.o3.1974

Die Welt vom 3o.o3.1974

Die Welt vom o2.o4.1974

Die Welt vom o9.o6.1975

Die Welt vom 11.o6.1975

Die Welt vom 21.o7.1975

Die Welt vom o6.12.1976

Die Welt vom o9.12.1976

Die Welt vom 11.12.1976

Die Welt vom 13.12.1976

Die Welt vom 27.12.1976

Die Welt vom 3o.o6.1977

Die Welt vom 2o.o8.198o

Die Zeit vom o4.o3.1954

Die Zeit vom o9.1o.1965

Die Zeit vom 27.o8.1971

Die Zeit vom 1o.12.1971

Die Zeit vom 26.o1.1972

Die Zeit vom o4.o2.1972

Die Zeit vom 31.03.1972

Die Zeit vom 18.05.1972

Die Zeit vom 26.05.1972

Die Zeit vom 01.12.1972

Die Zeit vom 18.01.1974

Die Zeit vom 11.07.1975

Die Zeit vom 15.08.1975

Die Zeit vom 02.07.1976

Die Zeit vom 15.10.1976

Die Zeit vom 26.11.1976

Die Zeit vom 03.12.1976

Die Zeit vom 17.12.1976

Die Zeit vom 11.03.1977

Die Zeit vom 13.05.1977

Die Zeit vom 20.05.1977

Die Zeit vom 27.05.1977

Die Zeit vom 03.06.1977

Die Zeit vom 10.06.1977

Die Zeit vom 24.06.1977

Die Zeit vom 01.07.1977

Die Zeit vom 08.07.1977

Die Zeit vom 26.07.1977

Die Zeit vom 12.08.1977

Die Zeit vom 19.08.1977

Die Zeit vom 02.09.1977

Die Zeit vom 26.08.1978

Die Zeit vom 23.09.1978

Die Zeit vom 30.11.1978

Die Zeit vom 05.01.1979

Die Zeit vom 12.o1.1979

Die Zeit vom 19.o1.1979

Die Zeit vom o9.o3.1979

Die Zeit vom o6.o7.1979

Die Zeit vom 17.o8.1979

Die Zeit vom o8.o8.198o

Die Zeit vom 19.o9.198o

Die Zeit vom 24.1o.198o

dpa (Deutsche Presse-Agentur) vom 25.o6.1961 (dpa 16 wt - 11.32)

dpa vom 17.o1.1963 (dpa 151 kh - 17.oo)

dpa vom 1o.1o.1969 (dpa 95 we/ba - 14.3o)

dpa vom 15.o3.197o (dpa 1o8/1o5 js - 16.1o)

dpa vom 16.o6.197o (dpa 217 js - 19.54)

dpa vom o7.12.197o (dpa re/wi - 21.17)

dpa vom o7.12.197o (dpa 212 re/wi - 21.17)

dpa vom 16.12.197o (dpa 248 ku/vd - 2o.47)

dpa vom o2.o5.1974 (dpa o61 it se mw - o9.35)

dpa vom o2.o5.1974 (dpa o63/o61 it se mw - o9.44)

dpa vom 27.o7.1974 (dpa ho se ha - 11.55)

dpa vom 26.o9.1974 (dpa 31o it se ks - 21.oo)

dpa vom o3.11.1974 (dpa o73 vo cw - 11.56)

dpa vom o3.11.1974 (dpa o87 vo cw va - 12.35)

dpa vom 1o.o4.1975 (dpa 352 ho re wt - 22.57)

dpa vom 13.o4.1975 (dpa 242 gh se sw - 19.45)

dpa vom 2o.o6.1975 (dpa ow ku ks - 18.21)

dpa vom o4.o7.1975 (dpa gh cw 1u - 11.27)

dpa vom o9.o7.1975 (dpa ms ku ku - 14.54)

dpa vom 12.11.1975 (dpa it re va - 17.oo)

dpa vom 16.11.1975 (dpa it cw wi - 14.19)

dpa vom 16.11.1975 (dpa it cw wi - 14.33)

dpa vom o5.o4.1976 (dpa 1h gev re - 15.o6)

dpa vom o1.o9.1976 (dpa vo ku wi - 13.4o)

dpa vom 11.o9.1976 (dpa ki re wi - 19.45)

dpa vom 11.o9.1976 (dpa ho re fe - 2o.14)

dpa vom 15.1o.1976 (dpa hi cg sr - 12.55)

dpa vom 19.1o.1976 (dpa ow cw sr - 16.45)

dpa vom 11.12.1976 (dpa vo re - 15.15)

dpa vom 11.12.1976 (dpa vo re ks - 15.28)

dpa vom 11.12.1976 (dpa vo re - 15.53)

dpa vom o4.o3.1977 (dpa e1 kn kn - 12.19)

dpa vom o4.o3.1977 (dpa e1 kn kn - 12.59)

dpa vom 27.o6.1977 (dpa ti cw kn - 16.37)

Flensburger Tageblatt vom o3.o9.197o

Flensburger Tageblatt vom o9.1o.1975

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.1o.1965

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.1o.1966

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.o7.197o

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.o2.1972

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.o7.1973

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.o1.1974

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom o5.o4.1974

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom o2.o8.1974

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.o9.1974

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom o9.o6.1975

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1o.o6.1975

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.o6.1975

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom o7.o7.1975

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.07.1975

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.10.1975

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.02.1976

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.10.1976

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.11.1976

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.11.1976

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.11.1976

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.12.1976

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.12.1976

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.12.1976

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.03.1977

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.07.1977

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.05.1977

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.06.1977

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.02.1979

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.02.1979

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.03.1979

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.03.1979

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.05.1979

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.08.1980

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.11.1980

Frankfurter Neue Presse vom 11.03.1970

Frankfurter Neue Presse vom 15.01.1974

Frankfurter Rundschau vom 18.08.1970

Frankfurter Rundschau vom 03.09.1970

Frankfurter Rundschau vom 12.01.1971

Frankfurter Rundschau vom 26.08.1971

Frankfurter Rundschau vom 06.10.1971

Frankfurter Rundschau vom 18.10.1971

Frankfurter Rundschau vom 03.05.1972

Frankfurter Rundschau vom 26.o5.1972

Frankfurter Rundschau vom o6.11.1972

Frankfurter Rundschau vom 14.11.1972

Frankfurter Rundschau vom 18.12.1972

Frankfurter Rundschau vom 24.o3.1973

Frankfurter Rundschau vom 22.11.1974

Frankfurter Rundschau vom o5.o6.1975

Frankfurter Rundschau vom o9.o6.1975

Frankfurter Rundschau vom 1o.o6.1975

Frankfurter Rundschau vom 3o.o6.1975

Frankfurter Rundschau vom 12.11.1975

Frankfurter Rundschau vom 15.11.1975

Frankfurter Rundschau vom 17.11.1975

Frankfurter Rundschau vom 18.o2.1976

Frankfurter Rundschau vom o2.o7.1977

Frankfurter Rundschau vom 31.o3.1977

Frankfurter Rundschau vom o7.o6.1977

Frankfurter Rundschau vom 29.o6.1977

Frankfurter Rundschau vom 19.o7.1977

Fuldaer Zeitung vom 29.1o.1975

Göttinger Tageblatt vom 13.11.1975

Hamburger Morgenpost vom o9.1o.1975

Handelsblatt vom 21.11.1966

Handelsblatt vom o5.o7.1977

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 3o.o3.1974

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 27.1o.1975

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 14.11.1975

Heidelberger Tageblatt vom o6.o9.1976

Hessische Allgemeine vom o9.1o.1975

Hessische Allgemeine vom 27.1o.1975

Informationen zur Deutschlandpolitik, Heft 3, 1974

Informationen zur Deutschlandpolitik, Heft 5, 1975

Informationen zur Deutschlandpolitik, Heft 6, 1975

Informationen zur Deutschlandpolitik, Heft 8, 1975

Junge Welt vom o2.1o.1974

Kieler Nachrichten vom 13.o1.1977

Kölner Stadt-Anzeiger vom o5.o3.1962

Kölner Stadt-Anzeiger vom 15.o1.1974

Kölner Stadt-Anzeiger vom o9.o6.1975

Kölner Stadt-Anzeiger vom o8.1o.1976

Kölner Stadt-Anzeiger vom o1.o7.1977

Kölnische Rundschau vom 15.o1.1974

Kölnische Rundschau vom o9.o6.1975

Kölnische Rundschau vom 11.o6.1975

Kölnische Rundschau vom 17.o7.1975

Lübecker Nachrichten vom o9.1o.1975

Main-Post vom 19.11.1975

Mainzer Allgemeine Zeitung vom 28.1o.1975

Münchner Abendzeitung vom 26.o5.1975

Münchner Abendzeitung vom o9.o6.1975

Münchner Abendzeitung vom 1o.o6.1975

Münchner Abendzeitung vom 15.11.1975

Münchner Abendzeitung vom 12.1o.1976

Münchner Abendzeitung vom 31.o5.1977

Münchner Express vom o5.o6.1975

Münchner Express vom 31.o1.1976

Münchner Merkur vom o4.o6.1975

Münchner Merkur vom o9.o6.1975

Münchner Merkur vom 1o.o6.1975

Münchner Merkur vom 31.o5.1977

Münchner Tagesspiegel vom o9.1o.1975

Münchner Tageszeitung vom o6.1o.1976

Nationalzeitung vom 29.o8.1975

Neue Rhein-Zeitung vom 15.o1.1974

Neue Rhein-Zeitung vom o9.o6.1975

Neue Rhein-Zeitung vom o7.o7.1975

Neue Zürcher Zeitung vom 13.o5.1965

Neue Zürcher Zeitung vom o3.o3.1967

Neue Zürcher Zeitung vom 11.o4.1974

Neue Zürcher Zeitung vom 29.o9.1975

Neue Zürcher Zeitung vom o9.1o.1975

Neue Zürcher Zeitung vom 27.1o.1975

Neue Zürcher Zeitung vom 13.o3.1976

Nürnberger Nachrichten vom o9.1o.1975

Nürnberger Nachrichten vom 27.1o.1975

Nürnberger Nachrichten vom 3o.1o.1975

Nürnberger Nachrichten vom o4.11.1975

Nürnberger Zeitung vom o4.o2.1976

PPP (Parlamentarisch-Politischer Pressedienst) vom 27.o2.197o

PPP (Parlamentarisch-Politischer Pressedienst) vom o6.o3.197o

PPP (Parlamentarisch-Politischer Pressedienst) vom 15.o4.197o

PPP (Parlamentarisch-Politischer Pressedienst) vom 17.11.1975 (ja/1711/-/vo)

PPP (Parlamentarisch-Politischer Pressedienst) vom 18.11.1975 (ee/1811/-/vo)

PPP (Parlamentarisch-Politischer Pressedienst) vom 19.o7.1976 (beu/ja)

PPP (Parlamentarisch-Politischer Pressedienst) vom 3o.o8.1976 (99/-/ee)

Publik vom 17.o7.197o

Quick vom 22.o5.1974

Quick vom o5.o6.1975

Quick vom 17.o7.1975

Rheinische Post vom 15.o1.1974

Rheinische Post vom o9.o6.1975

Rheinische Post vom o7.o7.1975

Rheinische Post vom o4.o7.1977

Rheinischer Merkur vom 23.o3.1973

Rheinischer Merkur vom 15.o6.1973

Rheinischer Merkur vom o3.o8.1973

Rheinischer Merkur vom o9.11.1973

Rheinischer Merkur vom 25.o1.1974

Rheinischer Merkur vom 13.o6.1975

Rheinischer Merkur vom 15.o7.1977

Rheinischer Merkur vom o9.o3.1979

Rhein-Neckar-Zeitung vom o5.o4.1974

Rhein-Zeitung vom 27.1o.1975

Ruhr-Nachrichten vom o9.o6.1975

Ruhr-Nachrichten vom o2.o7.1977

Rundblick vom o5.o3.1975

Rundblick vom o1.1o.1975

Saarbrücker Zeitung vom 15.11.1975

Sonde, Heft 1, 1968

Sonde, Heft 4, 1969

Sonde, Heft 4, 1972

Sonde, Heft 2, 1974

Sonde, Heft 1, 1975

Sonde, Heft 1, 1977

Sonde, Heft 4, 1978

SPD-Pressedienst vom o7.o7.1975

SPD-Pressedienst vom o4.11.1975

Stern vom o8.1o.1972

Stern vom o1.o3.1973

Stern vom o1.o4.1976

Stuttgarter Nachrichten vom 15.o1.1974

Stuttgarter Zeitung vom 21.o2.197o

Stuttgarter Zeitung vom o1.o2.1972

Stuttgarter Zeitung vom 15.o1.1974

Stuttgarter Zeitung vom 15.o4.1975

Stuttgarter Zeitung vom 1o.o6.1975

Stuttgarter Zeitung vom 2o.1o.1975

Stuttgarter Zeitung vom 18.11.1975

Stuttgarter Zeitung vom 3o.o6.1977

Süddeutsche Zeitung vom 26.o6.1961

Süddeutsche Zeitung vom 18.o5.1973

Süddeutsche Zeitung vom 15.o1.1974

Süddeutsche Zeitung vom o2.o8.1974

Süddeutsche Zeitung vom o9.o6.1975

Süddeutsche Zeitung vom 1o.o6.1975

Süddeutsche Zeitung vom 11.o6.o975

Süddeutsche Zeitung vom o7.o7.1975

Süddeutsche Zeitung vom 1o.o7.1975

Süddeutsche Zeitung vom 2o.11.1975

Süddeutsche Zeitung vom o4.o2.1976

Süddeutsche Zeitung vom o7.1o.1976

Süddeutsche Zeitung vom 1o.12.1976

Süddeutsche Zeitung vom o2./o3.o7.1977

Süddeutsche Zeitung vom 25./26.o2.1978

Süddeutsche Zeitung vom o9.o3.1979

Süddeutsche Zeitung vom o4.o5.1979

Trierischer Volksfreund vom o6.o3.197o

Trierischer Volksfreund vom 12.o3.197o

Trierischer Volksfreund vom o5.1o.1976

Trierischer Volksfreund vom 2o./21.11.1976

Trierischer Volksfreund vom 23.o1.1979

Union in Deutschland, Informationsdienst der CDU, vom 25.11.1976

Welt am Sonntag vom 23.11.1969

Welt am Sonntag vom 12.o9.1971

Welt am Sonntag vom 2o.o2.1972

Welt am Sonntag vom 28.o5.1972

Welt am Sonntag vom 31.o3.1974

Welt am Sonntag vom o8.o6.o975

Weser-Kurier vom o4.11.1975

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom o4.o2.1963

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 14.o8.1963

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom o9.o6.1975

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 2o.11.1976

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 22.11.1976

Westfälische Nachrichten vom o7.o6.1975

Westfälische Nachrichten vom o9.1o.1975

Westfälische Rundschau vom 15.11.1975

Wiesbadener Kurier vom o4.11.1975

Wirtschaftswoche vom o6.11.197o

Wirtschaftswoche vom 2o.11.197o

Würzburger Nachrichten vom 24.o7.1975

Zur Sache, Heft 4, 1972

D. Wissenschaftliche Zeitschriften und Jahrbücher

American Journal of International Law, Bd. 38, 1944

Archiv der Gegenwart, 22. Jg.

Archiv der Gegenwart, 35. Jg.

Archiv der Gegenwart, 38. Jg.

Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12, 1969

Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik (Hg.): Europa-Archiv, Zeitschrift für auswärtige Politik, Bonn 197o-1976 (EA)

Deutscher Staatsgedanke, 2. Reihe III, Bde. 1-2, München 1921/1923

Jahrbuch für Internationales Recht, Bd. 1, 1947

Parliamentary Affairs, Heft 2, 1973

Politische Vierteljahresschrift, Heft 2, 196o

Politische Vierteljahresschrift, Heft 3, 1963

Politische Vierteljahresschrift, Heft 3, 1963

Politische Vierteljahresschrift, Heft 1, 1964

Politische Vierteljahresschrift, Heft 1, 1968

Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 2, 1971

The American Political Science Review, Bd. 61, Nr. 4, 1967

The American Political Science Review, Literatur XIII, 1968

Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 15, 1967

West European Politics, Heft 2, 1979

Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3, 1973

Zeitschrift für Politik, N.F., Bd. 3, 1956

Tabellarischer Lebenslauf

Geboren am 6.9.1949 in Bochum-Linden als Sohn von Karl Heinrich Pauly und Gustel Pauly, geb. Bramsiepe.

Vom 12.4.1956 bis zum 6.4.196o Besuch der Grundschule in Bochum-Linden.

Am 17.3.196o Aufnahme in das Theodor-Körner-Gymnasium in Bochum; Ablegen der Reifeprüfung am 28.5.1969.

Vom 1.7.1969 bis zum 31.12.197o Ableistung des Wehrdienstes beim 7. sPi Bataillon 11o in Minden/Westfalen (vom 1.1o. 197o bis zum 31.12.197o zum Zwecke des Studiums beurlaubt).

Vom WS 197o/71 bis zum SS 1972 Studium an der Ruhr-Universität Bochum in den Fächern Germanistik, Geschichtswissenschaft und Sozialwissenschaft. Vom WS 1972/73 bis zum SS 1973 Studium an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen in den Fächern Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft und Soziologie. Vom WS 1973/74 bis zum WS 1976/77 Studium an der Ruhr-Universität Bochum in den Fächern Sozialwissenschaft und Geschichtswissenschaft.

Am 4.11.1976 Ablegen der Ersten Philologischen Staatsprüfung in den Fächern Sozialwissenschaft und Geschichtswissenschaft.

Am 1.11.1976 Einstellung aLs Studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I an der Ruhr-Universität Bochum.

Vom 1.2.1977 bis zum 31.3.1979 Tätigkeit in der Redaktion der Politischen Vierteljahresschrift in Bochum bzw. (ab Oktober 1977) in Trier.

Seit dem 1.8.1977 Anstellung als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich III (Politikwissenschaft) der Universität Trier.